

Die Demokratie-Förderungspolitik der EU und die Entwicklung der Demokratie in der Türkei



Dissertation zur Erlangung des Grades des Dr. phil.
im Fachbereich 1
der Universität Siegen

eingereicht an der
Philosophischen Fakultät
Februar 2011

von

Nihat Yilmaz

Gutachter:

- 1. Gutachter: Prof. Dr. Jürgen Bellers**
- 2. Gutachter: Prof. Dr. Kemal Inat**

Vorwort

Die vorliegende Dissertation wäre ohne die wertvolle Unterstützung vieler interessierter und überaus engagierter Personen nicht möglich gewesen. Daher danke ich an erster Stelle allen im Quellenverzeichnis genannten Interviewpartnern für ihre Zeit und entgegengebrachtes Interesse.

Ich danke Herrn Jürgen Bellers herzlich für die Betreuung meines Promotionsprojektes und für seine klaren Rückmeldungen, die mir wiederholt dabei halfen, mich auf das Wesentliche zu konzentrieren. Prof. Dr. Kemal Inat danke ich für die Übernahme des Zweitgutachtens.

Ich widme diese Doktorarbeit meinem, am 16.01.2011 geborenen Sohn Eymen Yılmaz.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
Inhaltsverzeichnis.....	3
Tabellenverzeichnis.....	9
Abbildungsverzeichnis.....	9
Abkürzungsverzeichnis	10
1. Einleitung	18
1.1. Stand der Forschung.....	21
1.2. Fragestellungen und Struktur der Arbeit.....	22
1.3. Zielsetzung der Arbeit	28
1.4. Methodischer Zugang.....	29
2. Theoretische Grundlagen	34
2.1. Neoliberaler Institutionalismus	35
2.1.1. Der Regimeansatz	38
2.1.2. Interdependenzansatz	40
2.2. Europäische Integration und Europäisierungsforschung.....	44
2.2.1. Das top-down-leverage-Modell	53
2.2.2. Das Bottom-up-linkage-Modell	54
2.3. Transformationstheorie	55
3. Klärung und Definition der zentralen Begriffe	58
3.1. Demokratie.....	59
3.1.1. Definitionen der Demokratie.....	61
3.1.2. Polyarchie.....	63
3.2. Demokratisierung	65
3.3. Menschenrechte.....	65

3.4.	Good Governance	69
3.5.	Demokratieförderung	70
4.	Der Demokratisierungsprozess in der Türkei und der Europäische Einfluss	71
4.1.	Die Ideologien in der letzten Zeitabschnitte des Osmanischen Reiches.....	72
4.1.1.	Osmanismus	72
4.1.2.	Islamismus	74
4.1.3.	Turkismus (Turanismus)	75
4.1.4.	Die Liberalen.....	77
4.1.5.	Westlertum	77
4.2.	Verordnete Europäisierung im Osmanischen Reich: Reformsultane.....	78
4.2.1.	Das Osmanische Reich Ein historischer Überblick mit Blick auf Europa....	81
4.2.2.	Der Bündnisvertrag: Sened-i ittifak (29. September 1808)	82
4.2.3.	„Heilsame Neuordnung“ (die Tanzimat-Reformen von 1839)	82
4.2.4.	Das „Reformedikt“ (Islahat Fermanı) von 1856	83
4.2.5.	Die erste osmanische Verfassung (Kanun-i Esasi) von 1876 im Sinne des europäischen Konstitutionalismus	84
4.3.	Die Jungtürkische Periode in der türkischen Geschichte,1908-1946	86
4.4.	Der schwierige Weg zur Demokratie nach dem 2. Weltkrieg	98
4.4.1.	Die Einführung des Mehrparteiensystems und die Phase bis 1960	102
4.4.2.	Die Rolle des Militärs im politischen System der Türkei und wechselnde Verfassungen.....	103
4.4.2.1.	Die Verfassung von 1961 – die erste Lektion des Militärs?	108
4.4.2.2.	Die Intervention der Generäle (1971–1973); die zweite Lektion des Militärs?	111
4.4.2.3.	Das Militärregime vom 12. September 1980; die dritte Lektion des Militärs?	112

4.4.2.4. Der „postmoderne Militärputsch“ (1997)	116
4.4.2.5. Die Intervention des Militärs bei der Präsidentenwahl und der darauffolgenden Wahl (2007)	118
5. Die Demokratie-Förderungspolitik der EU und ihre Anwendung auf die Türkei	121
5.1. Die Demokratieförderungspolitik der EU	124
5.1.1. Die Europäische Union in der Welt	125
5.1.2. Demokratieverständnis in der Europäischen Union.....	127
5.1.3. Die Probleme der Demokratie im Einigungsprozess der Europäischen Union.....	128
5.1.3.1. Die Funktionsprobleme des EU-Systems	131
5.1.3.2. Öffentlicher Raum von Europa	132
5.1.3.3. Die europäische Staatsbürgerschaft	134
5.1.3.4. Europäische und nationale Identität	141
5.1.4. Die Demokratieförderung der Europäischen Union	143
5.1.4.1. Zum Begriff der externen Demokratieförderung	145
5.1.4.2. Konzept und Theorie externer Demokratieförderung der EU.....	146
5.1.4.3. Die Entwicklung der Menschenrechts- und Demokratieförderung	151
5.1.4.4. Die Akteure der externen Demokratieförderung.....	153
5.1.4.5. Zwecke der Politik zur Demokratieunterstützung der EU	156
5.1.4.6. Instrumente zur Demokratieförderung der Europäischen Union	160
5.1.4.6.2. Positivmaßnahmen	163
5.1.5. Die Europäische Nachbarschaftspolitik	165
5.1.6. Die Auswertung der EU-Demokratieförderungspolitik.....	166
5.1.6.2. Die positiven Seiten der Politik	167
5.1.6.2. Die negativen Seiten der Politik.....	167
5.2. Die Demokratisierung der Türkei auf dem Weg zur EU	170

5.2.1. Die historischen Entwicklungen der EU in ihrer Beziehung zur Türkei	171
5.2.1.1. Das Assoziierungsabkommen von 1963	175
5.2.1.2. Das Zusatzprotokoll zum Assoziierungsabkommen von 1970	177
5.2.1.3. Die Zeit in den Abgrund von 1971–1983	177
5.2.1.4. Der Antrag der Türkei auf EU/EG-Mitgliedschaft im Jahr 1987	178
5.2.1.5. Die Unterzeichnung der Zollunion 1996.....	179
5.2.1.6. Dämpfer durch die EU-Konferenz in Luxemburg 1997	180
5.2.1.7. Die Türkei als offizieller Beitrittskandidat – der Beschluss von Helsinki im Jahr 1999.....	181
5.2.2. Pro und Kontra eines EU-Beitritts	182
5.2.2.1. Die geographische Lage der Türkei	183
5.2.2.2. Migration und Integration	184
5.2.2.3. Religion und Kultur	185
5.2.2.4. Geostrategische Lage	187
5.2.2.5. Kemalismus und Militär.....	189
5.2.2.6. Argumente zu den Kosten und wirtschaftliche Aspekte.....	190
5.2.2.7. Argumente mit Blick auf die türkische Geschichte	192
5.2.2.8. Stärkere Vertretung im EU-Parlament.....	193
5.2.3. Die Auffassungen in der Türkei über den EU-Beitritt.....	194
5.2.3.1. Befürworter	195
5.2.3.2. Kontroversen.....	197
5.2.4. Die nationalen Programme der Türkei zur Übernahme des Besitzstandes der Europäischen Union.....	202
5.2.5. Grundsätze, Prioritäten, Zwischenziele und Bedingungen der Beitrittspartnerschaft für die Türkische Republik.....	211
5.2.6. Die Fortschrittsberichte von 2008 und 2009	216

5.2.6.1. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.....	218
5.2.6.2. Menschenrechte und Minderheitenschutz.....	222
5.2.6.3. Regionale Fragen und internationale Verpflichtungen	227
5.2.6.4. Die wichtigste Ergebnisse des Fortschrittsberichts 2010 zur Lage der Türkei	229
5.2.7. Alternative Kooperationsmöglichkeiten seitens der Türkei.....	234
5.2.7.1. Stärkere Anlehnung an die USA	234
5.2.7.2. Stärkere Position in der islamischen Welt	235
5.2.7.3. Annäherung an Russland und China	236
5.2.7.4. Der Traum von einer großtürkischen Welt	237
5.2.7.5. Privilegierte Partnerschaft zur EU	240
5.2.8. Die Demokratieförderung der EU auf den türkischen Demokratisierungsprozess	242
5.2.8.1. Die Staatspolitik der Türkei und die EU-Demokratieförderung	253
5.2.8.2. Instrumente der Demokratieförderungspolitik der EU in der Türkei...	257
5.2.8.3. Die Änderungen in der Türkei durch die EU-Politik der Türkei	259
5.2.8.4. Die Zivilgesellschaften in der Türkei.....	260
5.2.8.5. Die Schwächen der EU-Demokratieförderung in der Türkei	266
5.2.8.6. Die EU-Forderungen und das türkische Justizsystem.....	268
5.2.8.7. Die türkische Wirtschaft und die EU-Konvergenzkriterien.....	282
5.2.8.8. Die neue Außen- und Innenpolitik der Türkei unter dem Einfluss der EU.....	287
6. Resümee	305
6.1. Erörterung der Thesen.....	310
6.2. Zusammenfassung der Forschungsergebnisse	319
7. Quellenverzeichnis.....	324

7.1. Literatur.....	324
7.2. Dokumente und Internetquellen.....	343
7.3. Verzeichnis der Gesprächspartner.....	348
8. Anhang.....	349

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Schematische Darstellung des Verstehens	30
Tabelle 2: Theoretische Erklärungsansätze.....	38
Tabelle 3: Neue Wege der externen Demokratieförderung	50
Tabelle 4: Das Ende von Diktaturen	58
Tabelle 5: Die Identitätsstruktur der türkischen Gesellschaft	185
Tabelle 6: Prognose der Einwohnerzahlen in Mio.....	193
Tabelle 7: Volkswirtschaftliche Kennzahlen	298
Tabelle 8: Verhandlungen	350
Tabelle 9: Beziehungen zwischen der EU und der Türkei	356

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Sechseck der Demokratieförderung	147
Abbildung 2: Die Klassifikation des Ausmaßes von Europäisierung.....	149
Abbildung 3: Vergleich zwischen Mitglieds- und Beitrittseuropäisierung.....	151
Abbildung 4: Akteure der externer Demokratieförderung	154
Abbildung 5: Instrumente der externen Demokratieförderungspolitik.....	161
Abbildung 6: Die fünf Kriterien des BMZ.....	163
Abbildung 7: Gerichtsbarkeitszweige in der Türkei	272
Abbildung 8: Gründungen der Ordentlichen Gerichtsbarkeit	275
Abbildung 9: Verwaltungsgründungen	275
Abbildung 10: Die Türkei in Zahlen.....	285
Abbildung 11: AKP kann alleine regieren.....	297

Abkürzungsverzeichnis

ABGS	Prime Ministry Secretariat General for EU Affairs
AKP	Adalet ve Kalkınma Partisi (Partei der Gerechtigkeit und Entwicklung)
ANAP	Anavatan Partisi (Mutterlandspartei)
BGA	Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandel
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMM	Große Nationalversammlung
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
BNE	Bruttonationaleinkommen
BZW.	Beziehungsweise
CDU	Christlich-Demokratische Union
CHP	Cumhuriyet Halk Partisi (Republikanische Volkspartei)
CIA	Central Intelligence Agency

CPT	European Committee for the Prevention of Torture
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
DED	Deutscher Entwicklungsdienst
DGM	Devlet Güvenlik Mahkemesi (Staatssicherheitsgericht)
DP	Demokratische Partei
DTM	Dış Ticaret Müsteşarlığı (Undersecretariat of the Prime Ministry for Foreign Trade)
DYP	Doğru Yol Partisi (Partei des Richtigen Wegs)
DVU	Deutsche Volksunion
ECOSOC	Economic and Social Council
EFTA	Europäische Freihandelsgesellschaft
EG	Europäische Gemeinschaft
EGKS	Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGMR	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
ENP	Europäische Nachbarschaftspolitik

ENPI	Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument
EP	Europäische Parlament
EPG	Europäische Politische Gemeinschaft
ESA	Europäische Raumfahrtagentur
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungsgemeinschaft
Etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FP	Tugendpartei
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GDAÜ	Güneydoğu Avrupa İşbirliği Süreci (Southeast European Cooperation Process)
GTZ	Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit
HKNM	Hoher Kommissar für nationale Minderheiten

HSBC	Hongkong-Shanghai Banking Corporation
HSYK	Hohe Rat für Richter und Staatsanwälte
IAO	Internationale Arbeitsorganisation
IGO	International Governmental Organization
ILO	Internationales Arbeitsamt
IMF/IWF	International Monetary Fund (Internationaler Währungsfonds)
INGO	International Non Governmental Organisation
ITC	İttihat ve Terakki Cemiyeti (Das Komitee für Einheit und Fortschritt)
KFOR	Kosovo Force
KKTC	Kuzey Kıbrıs Türk Cumhuriyeti (Türkische Republik Nordzypern)
MA	Vertrag von Maastricht
MHP	Milliyetçi Hareket Partisi (Partei der Nationalistischen Bewegung)
M.K.	Mustafa Kemal
NAFTA	North American Free Trade Agreement
NATO	North Atlantic Treaty Organisation

NGO	Non-Governmental Organisation
NPD	Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands
OAU	Organisation der Afrikanischen Einheit
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development (heute OEEC)
OLAF	Office de la lutte anti-fraude (Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung)
OPCAT	Optional Protocol to the Convention against Torture
OPEC	Organization of Petroleum Exporting Countries
OSCE	The Organization for Security and Cooperation in Europe
PKK	Partiya Kerkeran Kurdistan (Arbeiterpartei Kurdistans)
PLO	Palestine Liberation Organisation
RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
RP	Wohlfahrtspartei
SAM	Stratejik Araştırmalar Merkezi (Center for Strategic Research)
SEECF	Südost-Europäischen Länder Kooperationsprozesse

SFOR	Stabilisation Force
SP	Saadet Partisi (Partei der Glückseligkeit)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPÖ	Die Sozialdemokratische Partei Österreichs
SR	Sicherheitsrat
TBMM	Türkiye Büyük Millet Meclisi (Große Nationalversammlung der Türkei)
TD-IHK	Türkisch-Deutsche Industrie- und Handelskammer
UdSSR	Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UN	United Nations
UNDP	United Nations Development Programme
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
URL	Uniform Resource Locator
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
USAID	United States Agency for International Development
USW.	Und so weiter
v.a.	von allem/allen

Vgl.	Vergleiche
VN	Vereinte Nationen
WEU	Westeuropäische Union
WTO	Welthandelsorganisation
Z.B.	Zum Beispiel
Z.T.	Zum Teil

Zur Aussprache türkischer Namen und Begriffe

c stimmhaftes *dsch* wie in „Dschungel“

ç stimmloses *tsch* wie in „Tscheche“

ğ so genanntes weiches g, zwischen *a, ı, o* und *u* wie das deutsche Dehnungs- *h*,
zwischen *e, i, ö* und *ü* wie das deutsche *j*

ı *i* ohne punkt, wie das unbetonte *e* in „be-enden“

ş stimmloses *sch* wie in „scharf“

v immer wie das *w* in „Wasser“

y wie das *j* in „jeder“

z stimmhaftes *s* wie in „Sonne“

1. Einleitung

„Wichtig sind nicht die Änderungen in Gesetzen, sondern die Änderung der Demokratie in den Köpfen“

Europa war schon immer attraktiv. Es ändert sich aber rasch. Politische Veränderungen stoßen neue Erweiterungsrunden in der EU an. In den vergangenen Jahrzehnten hat jede Erweiterungsrunde das Projekt Europa verändert. Im Jahre 2007 hat die Europäische Union ein mehr als nur beachtenswertes Jubiläum gefeiert.¹ Am 25. März 1957 wurde mit der Unterzeichnung der „Römischen Verträge“ der Grundstein für den europäischen Integrationsprozess gelegt.²

Historisch betrachtet, ist die gegenwärtige Europäische Union eine Folge des Zweiten Weltkrieges. Das europäische Einigungswerk verfolgt das Ziel, Europa vor Krieg und Zerstörung zu bewahren. Aus der überwiegend handelspolitischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit der sechs Gründerstaaten in den ersten Jahren ist heute eine Europäische Union mit 490 Millionen Einwohnern geworden. Sie behandelt eine Vielfalt von Fragen, die sich unmittelbar auf unser tägliches Leben auswirkt. Aus der Wirtschaftsgemeinschaft ist eine politische Gemeinschaft entstanden, die sich nicht nur um einen funktionierenden Binnenmarkt kümmert, sondern auch um Fragen wie die innere Sicherheit und die gemeinsame Außenpolitik sowie um Beschäftigung, soziale Sicherheit oder den Umweltschutz.³

„Die Union wird seit dem Inkrafttreten des Vertrages von Maastricht gern im Bild der drei Säulen oder Pfeiler umschrieben. Die Wirtschafts- und Währungsunion bildet die

¹ Vgl. Ehrhart, Hans-Georg/Jaberg, Sabine/Rinke, Bernhard u. a.: Einleitung. In: Ehrhart, Hans-Georg/Jaberg, Sabine/Rinke, Bernhard u.a. (Hg.): Die Europäische Union im 21. Jahrhundert. Wiesbaden 2007, S. 7-11.

² Vgl. Straubhaar, Thomas: Weniger Europa hat mehr Zukunft. Abrufbar im Internet. 2007. URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,472730,00.html>. Stand: 01.12.2009.

³ Vgl. Europa: Panorama der Europäischen Union. In Vielfalt geeignet. Abrufbar im Internet. 2007. URL: http://europa.eu/abc/panorama/index_de.htm. Stand: 10.12.2009.

erste Säule, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik die zweite Säule und die Zusammenarbeit in der Justiz- und Innenpolitik die dritte Säule“.⁴

Weltweit werden etwa 2,55 Milliarden Menschen autoritär regiert, etwa 3,92 Milliarden Menschen leben in Demokratien, davon 0,87 Milliarden in den OECD-Industrieländern.⁵ Die Europäische Union ist eine Wertegemeinschaft, welche unter anderem das Ziel der Integration verfolgt. Die gemeinsamen Werte implizieren Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Schutz der Menschenrechte und *good governance*. Mit wachsenden Aufgaben wird die Legitimation der Union zu einem zentralen Problem des Einigungsprozesses.⁶

Um die Einflussnahme in den internationalen Beziehungen zu erhöhen, sollten die Außenbeziehungen Europas stärker gepflegt werden. Europäische Grundwerte wie Demokratie und Menschenrechte, Frieden und Sicherheit sollten mehr gefördert werden. Es muss zu den wichtigen Zielen der Gemeinschaft zählen, dass den am wenigsten entwickelten Ländern geholfen wird. Die Union muss ihr soziales Modell verteidigen und ihre Präsenz auf den internationalen Märkten behaupten. Ihre Mitgliedstaaten müssen gemeinsam etwas gegen den internationalen Terrorismus unternehmen sowie gegen das organisierte Verbrechen, die weltweite Armut, die Weiterverbreitung von nuklearen, bakteriologischen und chemischen Kampfmitteln sowie gegen die Zerstörung der Umwelt, um ihre territorialen Integrität auf diesem Wege zu schützen. Dass die Europäische Union diese Verantwortung übernimmt, erwarten auch ihre Beitrittskandidaten.⁷

⁴ Hartmann, Jürgen (2009): Das politische System der Europäischen Union. Eine Einführung. 2. Auflage, Frankfurt/New York 2009, Campus Verlag, S. 16f.

⁵ Vgl. Bertelsman Stiftung: Bertelsmann Transformation Index's. Politische Gestaltung im internationalen Vergleich. Gütersloh 2008, Bertelsman Stiftung Verlag, S. 48.

⁶ Vgl. Bieber, Roland/Epiney, Astrid/Haag, Marcel: Die Europäische Union. Europarecht und Politik. 7. Auflage, Baden-Baden 2006, Nomos Verlagsgesellschaft, S. 35f.

⁷ Vgl. Wiehler, Frank: Die Erweiterung der Europäischen Union. Eine Herausforderung. Textsammlung „AGENDA 2000“. Die Union und die Welt. Baden-Baden 1998, Nomos Verlagsgesellschaft, S. 54.

Über das Thema „Die Demokratieförderungspolitik der EU“ gibt es wenig Literatur. Die vorhandene Literatur betont, dass der demokratische Wandel in den Beitrittsländern durch die demokratische Konditionalität der Europäischen Union erleichtert würde. Die Europäische Union sei ein entscheidender Akteur im Demokratisierungsprozess der Türkei. Die demokratische Konditionalität der Europäischen Union beeinflusse den türkischen Reformprozess zudem erheblich.

Wandlungsprozesse hin zu mehr Demokratie sind ebenso wichtig wie spektakuläre Vorgänge in der Geschichte von Staaten und ihren Bürgern.⁸ Um den Einfluss der Europäischen Union auf die Demokratisierung der Türkei besser verstehen zu können, sollen historische Prozesse der demokratischen Reformen in der Türkei und die EU-Türkei-Beziehungen untersucht werden. Um den Anfang und die Entwicklung des türkischen Demokratisierungsprozesses zu analysieren, muss man zwei Faktoren in diesem Prozess berücksichtigen. Dies sind national/gesellschaftliche und international/globale Dynamiken.

Die EU ist eine übernationale regionale Gründung. Sie spielt sowohl im wirtschaftlichen und politischen als auch im soziokulturellen Bereich eine wichtige Rolle, die sie von Tag zu Tag intensiviert und erweitert, indem sie sich neue Ziele setzt. Die Türkei möchte seit über vierzig Jahren ein Teil der EU werden; das Ziel einer Integration mit dem Westen ist zur Staatspolitik geworden ist, – auch wegen der politischen und wirtschaftlichen Erfordernisse, die die Konjunktur mit sich bringen. Die Türkei, die von den Europäischen Integrationsbewegungen nach dem Zweiten Weltkrieg nicht fernbleiben möchte, ist im Jahre 1947 der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit, im Jahre 1949 dem Europäischen Rat und im Jahre 1952 der NATO beigetreten.

Der erste Kontakt mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, also der heutigen Europäischen Union, fand sechs Jahre nach der Gründung der Union statt, namentlich

⁸ Vgl. Bertelsman Stiftung: a.a.O., 2008, S. 7.

mit der Unterschreibung des Abkommens von Ankara am 12. September 1963. Die Beziehungen, die seit dieser Zeit wechselhaft verliefen, haben mit der Mitgliedschaftskandidatur, die im Dezember 1999 auf dem Helsinki-Gipfel beschlossen wurde, und mit dem Beginn der Verhandlungen nach dem Brüsseler Gipfel vom 18. bis 19. Juni 2004 eine wichtige Etappe erreicht. Aber der Verhandlungsprozess, den die Türkei mit der EU führt, setzt sich unter dem Schatten einiger Probleme wie Religion, Zypern, Griechenland, Menschenrechte fort. Nebenbei hat die Bewegungslosigkeit, die nach 2006 in den Beziehungen mit der EU entstand, auch gezeigt, dass sich der Verhandlungsprozess weiterhin problematisch gestalten wird.

Bei dieser Arbeit handelt es sich um eine theoriegeleitete, empirische Analyse des Demokratisierungsprozesses und seiner Einflussfaktoren. Theoretisch zu verorten ist das skizzierte Promotionsvorhaben im Forschungsbereich der internationalen Beziehungen, und zwar speziell in den Bereichen des neoliberalen Institutionalismus, der Transformationsforschung und der Europäisierungstheorie. Der Erklärungsgehalt dieser Theorien wird dabei auf seine strukturellen bzw. externen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen sowie seine Auswirkungen auf die Demokratisierung hin untersucht.

1.1. Stand der Forschung

Die Demokratieförderung, die sich insbesondere nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Systeme Osteuropas zu einer wahren „Wachstumsindustrie“ entwickelt hat, hat weltweit Konjunktur. Sie war in den 1990er Jahren zu einem zentralen Paradigma westlicher Außen- und Entwicklungspolitik geworden. Nicht allein internationale Organisationen und einzelne Staaten unterstützen externe Demokratie, sondern auch private Stiftungen und andere Nichtregierungsorganisationen, die mit sehr unterschiedlichen Programmen demokratische Entwicklungen in Drittländern fördern. Bis heute sind sie vor allem in den ehemals sozialistischen Ländern sehr aktiv. Dahinter

steckt der Gedanke, dass die Demokratieförderungspolitik Lösungen für die globalen Probleme.⁹

Es besteht großer Bedarf an der Untersuchung von externen Faktoren. Politikwissenschaftler beschäftigen sich mit externen Dynamiken aus ganz unterschiedlichen Forschungsperspektiven, z. B. Area-Forscher, Demokratie- oder Transformationsforscher sowie Experten auf dem Gebiet der Internationalen Beziehungen und der Europaforschung.¹⁰

In der deutschen Politikwissenschaft hat sich spätestens mit dem politischen Paradigmenwechsel, der mit dem Zusammenbruch des Kommunismus einsetzte, der Standpunkt etabliert, dass moderne Entwicklungspolitik eine Synthese von Entwicklung, *Good Governance*, Demokratie und Menschenrechten darstellt. Sie erfordert eine Rundumerneuerung staatlichen Handelns, sowie ein Überdenken althergebrachter entwicklungspolitischer Strategien und Instrumente. Die Förderung von Demokratie und Menschenrechten hat sich erst Anfang der 1990er Jahre zu einem eigenständiger Programm- und Projekttyp deutscher Entwicklungszusammenarbeit entwickelt.¹¹

1.2. Fragestellungen und Struktur der Arbeit

Die zentralen Fragestellungen, die sich aus einer operativen Perspektive ergeben, können in Form von „Fünf-W-Fragen“ zusammengefasst werden: **Wer** fördert **wann**, **wen**, **warum** und **wie**? Etwas ausführlicher lassen sich die Fragekomplexe wie folgt formulieren:

⁹ Vgl. Bundestag: Deutscher Bundestag. Abrufbar im Internet. 2009. URL: <http://www.bundestag.de/das-parlament/2009/08/Beilage/005.html>. Stand: 01.12.2009.

¹⁰ Kneuer, Marianne: Externe Faktoren der Demokratisierung. In: Erdmann, Gero/Kneuer, Marianne (Hrsg.): Externe Faktoren der Demokratisierung. Baden-Baden 2008, Nomos Verlag, S.9-37.

¹¹ Spanger, H.-J.: Moral versus Interesse? Die Ambivalenz westlicher Demokratiehilfe für Russland. In: Osteuropa. H. 7, S.793-810, zit. nach Freise, Matthias: Externe Demokratieförderung in postsozialistischen Transformationsstaaten. Band 27, Münster 2004, Lit Verlag, S. 19.

Demokratisierungsprozesse und Einflussfaktoren: Welche Faktoren steuern und/oder beeinflussen Demokratisierungsprozesse? Welche Rolle spielen dabei insbesondere die externen Faktoren? Welche Instrumente und Maßnahmen zur externen Beeinflussung werden eingesetzt?

Demokratieförderung im Rahmen der Europäischen Union: Was sind Kennzeichen der EU-Demokratieförderungspolitik? Welchen tatsächlichen Einfluss hat die Europäische Union auf Transformationsprozesse? (Beschleunigung, Verlangsamung, Stabilisierung) Mit welchen Zielen versuchen externe Akteure auf Transformationsprozesse Einfluss zu nehmen? Unter welchen Bedingungen erscheint externe Demokratieförderung der EU möglich und sinnvoll?

Fallanalyse Türkei: Wie verläuft der türkische Demokratisierungsprozess vor dem Hintergrund des angestrebten EU-Beitritts? Welche Rolle spielt die Demokratieförderungspolitik der EU in der Türkei? Welchen Stellenwert hat/hatte die türkische Innenpolitik im Demokratisierungsprozess? Welche Auffassungen werden in der Türkei in Bezug auf den EU-Beitritt vertreten, auf Seiten von Militär, Staatsideologie, Eliten, Zivilgesellschaften? In welchen Bereichen hat die Türkei Demokratiedefizite? Gibt es in der Türkei eine Achsenverschiebung?

Die zentralen Hypothesen, die der Analyse zugrunde liegt, lautet wie folgt:

- These 1: Die politische Kultur der Türkei erschwert erheblich den EU-Beitritt. Im türkischen politischen Leben wurde die Opposition niemals als positiv empfunden. Mit dem Übergang vom Einparteiensystem (1923-1950) zum Mehrparteiensystem (1950 bis heute) haben sich sehr große negative Einflüsse entwickelt, die die türkische Demokratie nachhaltig geprägt haben. Nach dem Übergang auf das Mehrparteiensystem im türkischen politischen Leben, haben stets Konflikte zwischen Regierung und Militär, sowie Regierung und Opposition stattgefunden. Diese Probleme erschweren die Demokratisierung der Türkei. Ausserdem wirkt sich die politische Kultur der Türkei auch auf den Beitrittsprozess in die EU negativ aus (Das Bottom-up-linkage-Modell).

- These 2: Demokratisierungsprozesse von Staaten werden durch interne und externe Faktoren beeinflusst. Externe staatliche und nicht-staatliche, insbesondere transnationale Akteure können auf die Innenpolitik des Zielstaates wirken. Zudem können systemische Einflüsse eine Rolle in Transformationsprozessen spielen. Je größer die Akzeptanz des Absenders und dessen Politik im Zielstaat ist, desto höher ist die Effektivität einzuschätzen. Die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei stützen sich auf eine sehr lange Vergangenheit. Die Forderungen der EU von der Türkei erschweren ab und zu die politische Führung in der Türkei. Je hoch die Annehmbarkeit der EU-Forderungen sind, desto einfacher wird die Realisierung der EU-Anpassungsprozess der Türkei sein. Aber wenn die EU an die Türkei Forderungen stellt, deren Erfüllungen schwer sind, wird es für die Türkei nicht einfach sein den EU-Anpassungsprozess effektiv zu verwirklichen (Transformationstheorie und Europäisierungstheorie nach Börzel).
- These 3: Das türkische Militär hatte/hat in der türkischen Politik eine bedeutende Rolle. Wenn die Interdependenz zwischen der EU und der Türkei zunimmt, dann verliert die militärische Macht an Bedeutung. In der Türkei hat das Militär im politischen Bereich stets Einfluss gezeigt. Die Putsche des türkischen Militärs haben die Demokratie in der Türkei unterbrochen. Vor allem wurden die Beziehungen mit der EU durch diese Putsche unterbrochen und der Beitrittsantrag, der im Jahre 1959 zu gleicher Zeit mit Griechenland gestellt wurde, konnte bis heute nicht angenommen werden. Aber mit der Zunahme der Beziehungen zwischen der Türkei und EU haben die EU Forderungen, die zu Verwirklichung der EU-Integration erfüllt wurden, der Entwicklung der Demokratie in der Türkei positiv beigetragen. Also ist die Steigerung der Beziehungen zwischen der EU und der Türkei direkt proportional mit der Erhöhung des Demokratiestandards in der Türkei (Neoliberaler Institutionalismus bzw. Interdependenz-Theorie).
- These 4: Aufgrund starkem Wunsches der Türkei der EU beizutreten, kann die Europäische Union in der Türkei eine bestimmte Rolle in den jüngsten internen Reformen spielen. Die Türkei ist seit ungefähr 150 Jahren im Europäisierungsbestreben. Die Höhe des Entwicklungsstandes in Europa, die Überlegenheit in Technologie,

Wissenschaft und Menschenrechte sind wichtige Anzeiger, die Europa anziehend machen. Wegen der jahrelangen europäischen Bewunderung der Türkei kann die EU die Reformen, die sie in der Türkei möchte, leicht verwirklichen (Das top-down-leverage Modell).

- These 5: Die jüngsten Reformen stellen symbolische und inhaltlich erhebliche Anstrengungen zur Förderung der Demokratie in der Türkei dar. Vor allem ab dem Jahre 1999 wurden in der Türkei wichtige Schritte auf dem EU-Weg gemacht und infolgedessen haben am 3. Oktober 2005 die Beitrittsverhandlungen begonnen. Viele Reformen, die nach dem Jahre 1999 in Bezug auf EU-Anpassung verwirklicht worden sind, haben in der Türkei wichtige Beiträge zur Erhöhung des Demokratiestandards geleistet (Europäische Integration und Europäisierungsforschung).

Diese Dissertation behandelt vier Themengebiete. Zuerst geht sie auf den Stand der Forschung und auf die theoretischen Grundlagen ein, um sich daran anschließend mit der Klärung und Definition von zentralen Begriffen zu beschäftigen. Dabei werden bestimmte Ansätze fokussiert, welche auf Neoinstitutionalismus, Europäischer Integration und Europäisierungs- und Transformationstheorie aufbauen und deren Annahmen in unterschiedlicher Form übernehmen bzw. ergänzen.

Nachdem ein Einblick in die theoretischen Grundlagen und in die Begriffserklärungen gewonnen wurde, geht es um die Demokratieförderungspolitik der EU. In diesem zweiten Teil der Arbeit wird Folgendes untersucht: der Begriff der externen Demokratieförderung, das Demokratieverständnis in der EU, die Position der EU in der Welt, Demokratieprobleme der EU, Instrumente zur Demokratieförderung der EU, Zwecke der Politik zur Demokratieunterstützung der EU, die Europäische Nachbarschaftspolitik und die Auswertung der EU-Demokratieförderungspolitik.

Im dritten Teil der Arbeit wird der Demokratisierungsprozess der Türkei dargestellt. Zu Beginn sollen die Europäisierungspolitik im Osmanischen Reich und die Wirkung der Jungtürken auf den Demokratisierungsprozess analysiert werden. Anschließend werden die Effekte des türkischen Militärs auf den Demokratisierungsprozess der Türkei

dargestellt und die Beziehung der Türkei und der EU bewertet. Dabei widmet sich die Untersuchung den nationalen Programme der Türkei und den Fortschrittsberichten der EU für die Türkei.

Die Stärke dieser Dissertation liegt in der ausführlichen Bearbeitung der türkischen Texte, um an die Probleme heranzugehen und die Analyse der türkischen Politik durch türkische Quellen zu bestimmen.

Die Datensammlung für die vorliegende Arbeit basiert auf folgenden Schritten:

Die Interpretation einer Fülle von Sekundärliteratur, speziell offizieller internen Dokumenten der EU, insbesondere der Europäischen Kommission, die den Rahmen für die europäische Förderung von Demokratie und Menschenrechten vorgeben. Dabei wurde auch einschlägige analytische Literatur zu den Themen Systemwechsel, internationale Demokratieförderung, EU-Türkeibeziehungen, Entwicklung der türkischen Demokratie, Demokratie in der EU und Internationale Beziehungen einbezogen.

„Schmitter und O’Donnell stellen in ihrem Werk *Transitions from Authoritarian Rule* für die untersuchten Fälle in Südeuropa und Lateinamerika fest, dass dort das Phänomen der militärischen Niederlage keine Rolle spielte (als Ausnahmen nennen sie Italien, teilweise Portugal). Laut den Autoren stellen die Transitionen rein interne Prozesse dar. Die meisten Studien ließen wie Schmitter und O’Donnell internationale Akteure außer Acht. Die These von Schmitter und O’Donnell, dass es sich bei den Umbrüchen in Südeuropa und Lateinamerika um ausschließlich interne Prozesse handele, blieb lange vorherrschende Meinung und in ihrem Kern unbestritten. Die politikwissenschaftliche Forschung konzentrierte sich entsprechend auf die inneren Abläufe“.¹²

„Laurence Whitehead widmete sich den internationalen Aspekten von Demokratisierung. Er nahm sich gegen den mainstream der internationalen Einflüsse auf die Demokratisierungen in Südeuropa an. Whitehead bereicherte und erweiterte die

¹² Kneuer: a.a.O., 2008, S. 11f.

auf zwei Erklärungsansätze reduzierte Sicht, die den Demokratisierungsanstoß entweder ausschließlich von außen – durch militärische Eroberung „imposition by conquest“ – oder lediglich als ausschließlich inneren Vorgang versteht“.¹³

„Auch Geoffrey Pridham schwamm gegen den mainstream in Bezug auf externe Faktoren und nahm sich seit 1991 in mehreren Veröffentlichungen dem Thema der externen Faktoren an. Als Herausgeber des Sammenbandes „Encouraging Democracy. The International Context of Regime Transition in Southern Europe“ stieß er eine erste Betrachtung des internationalen Kontextes in Südeuropa an“.¹⁴

Zu den Standardwerken über Geschichte der modernen Türkei sind die Arbeiten von Erik J. Zürcher, Tarık Zafer Tunaya, Hasan Bülent Kahraman und Udo Steinbach zu zählen.

Eine hervorragender Beitrag über die Demokratieförderungspolitik der EU ist das von Matthias Freise herausgegebene Buch „Externe Demokratieförderung in postsozialistischen Transformationsstaaten“ und von Marianne Kneuer Buch „Externe Faktoren der Demokratisierung“.

Einige der wichtigen Probleme, die während den Interviewsgesprächen der Dissertation begegnet werden, sind die folgenden:

Die Türkei ist das einzige laizistisch-muslimische Land, das seit langer Zeit der EU beitreten will. Deshalb ist die Beziehung zwischen der EU und der Türkei immer wichtig. Aber bis heute wurden die Auswirkungen auf die türkische Demokratie der internen und externen Dynamiken zu wenig erforscht.

An dieser Stelle sei erwähnt, dass die Kosten für eine Besprechung als Forschungsmethode hoch sind. Denn die Reisekosten für persönliche Gespräche in unterschiedlichen Städten und mit unterschiedlichen Personen sind sehr hoch. Außerdem nimmt eine Besprechung viel Zeit in Anspruch. Die durchschnittliche Dauer

¹³ Ebd., S. 12.

¹⁴ Ebd., S. 12f.

einer Besprechung beträgt ungefähr 60 Minuten. Zudem ist es in der Türkei bisweilen sehr schwer, mit wichtigen Personen oder Institutionen Interviews durchzuführen. Denn die politische Tagesordnung in der Türkei ändert sich sehr schnell. Ein anderes Problem betrifft Transkription, das sehr lange dauert.

Darüber hinaus gibt es sehr viele bürokratische Hindernisse beim Eintritt in offizielle Institutionen wie ins Parlament, in das Außenministerium etc. Dies führt zu Schwierigkeiten bei der Erreichung des Ortes der Besprechung. Insbesondere das Staatspersonal hat ausdrücklich darauf bestanden, dass die Namen bei der Quellenangabe nicht angegeben werden.

Ein Ausblick auf offene Forschungsfragen und zusammenfassende Bewertung der Arbeit bilden den Abschluss der Untersuchung.

1.3. Zielsetzung der Arbeit

Diese Dissertation verfolgt die Absicht, die Demokratieförderungspolitik der Europäischen Union und die politische Dimension der türkischen Demokratisierung zu erörtern. Die Auseinandersetzung mit dem Thema erfolgt anhand der Frage, welche Faktoren den Demokratisierungsprozess einschneidend beeinflusst haben. Grundsätzlich lassen sich zwei Gruppen von Einflussfaktoren unterscheiden: (1) interne, die sich auf die Rolle der im Land selbst beteiligten innenpolitischen Akteure beziehen, und (2) externe, die sich auf von außen an die Türkei herangetragene Entwicklungen beziehen.

Bei der Frage nach der Bedeutung interner Faktoren soll die Rolle der innenpolitischen Akteure untersucht werden. Dies umschließt etwa die Analyse der Interessen und das Verhalten der Regierung sowie der wichtigsten Oppositionsgruppen.

Ohne die Auswertung der historischen Dimension und in diesem Bereich liegenden tatsächlichen Dynamiken kann die politische Demokratisierung der Türkei nicht erklärt

werden. Die demokratischen Bewegungen begannen in der Türkei im Jahr 1789 mit der Französischen Revolution. Zu dieser Zeit fingen in der osmanischen Gesellschaft systematische Wandlungen an. Erwähnung finden auch konstitutionelle Reformen des türkischen Staates.¹⁵

1.4. Methodischer Zugang

Die Dissertation wird durch eine hermeneutische Untersuchung versuchen, die Demokratieförderungspolitik der EU und den Demokratisierungsprozess in der Türkei aufzuzeigen.

Mit der hermeneutischen Methode ist zunächst die Deutungs-, Auslegungs- oder Verstehenslehre gemeint.¹⁶ In den empirischen Sozialwissenschaften ist damit vor allem das Interesse an Texten verbunden, in denen ihr Gegenstand behandelt wird. Dass sich die Aussagen über ihren Gegenstand an nichts anderem als an Texten überprüfen lässt, ist wie folgt zu verstehen.¹⁷

Die analytische Methode betrachtet den Untersuchungsgegenstand als Objektbereich ähnlich wie in den Naturwissenschaften. Naturwissenschaftliche Methoden erfassen nur die Oberfläche, aber nie den inneren Sinn der sozialen Realität.¹⁸ Das Innere des Menschen, seine Motive und seine inneren Triebkräfte sind demgegenüber nicht genau zu erfassen. Was ein Mensch wirklich denkt ist durch Befragungen nur sehr unvollkommen zu erfassen, denn der Befragte kann lügen oder sich irren.¹⁹

¹⁵ Vgl. Kahraman, Hasan Bülent: Türk Siyaseti'nin Yapısal Analizi. Istanbul 2008, Agora Verlag, S. 4.

¹⁶ Vgl. Schlosser, Dirk Berg/Stammen, Theo: Einführung in die Politikwissenschaft. 6. Auflage, München 1995, C.H.Beck Verlag, S. 118.

¹⁷ Vgl. Wernet, Andreas: Einführung in die Interpretationstechnik der Objektiven Hermeneutik. Band 11, 2. Auflage Wiesbaden 2006, VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 11.

¹⁸ Vgl. Welzel, Christian: Wissenschaftstheoretische und methodische Grundlagen. In: Mols, Manfred/Lauth, Hans-Joachim/Wagner, Christian (Hrsg.): Politikwissenschaft. Eine Einführung. 5. Auflage, Paderborn/München/Wien/u.a. 2006, Ferdinand Schöningh Verlag, S. 98.

¹⁹ Vgl. Bellers, Jürgen/Kipke, Rüdiger: Einführung in die Politikwissenschaft. 3. Auflage, München/Wien 1999, R. Oldenbourg Verlag, S. 95.

Mit Hilfe der Hermeneutik lassen sich menschliche Lebensäußerungen, wie folgt skizziert, verstehen.²⁰:

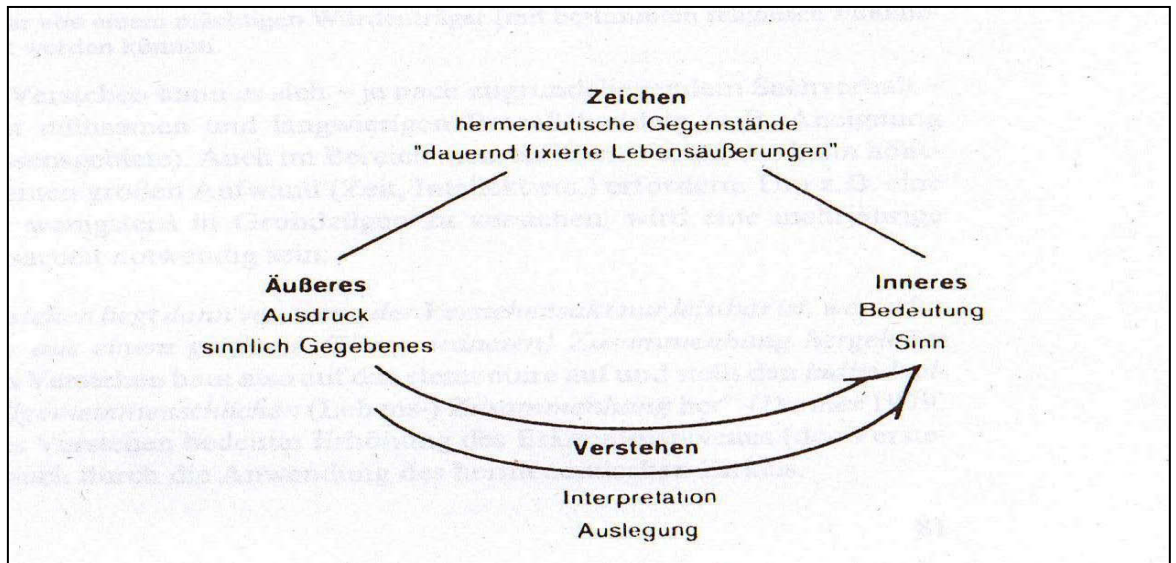


Tabelle 1:Schematische Darstellung des Verstehens. Quelle: Lamnek zit. nach Danner 1979: 36.

Zur Erhebung und Auswertung von Daten stehen der empirischen Sozialforschung eine Reihe von Methoden zur Verfügung; hierzu zählen schriftliche, persönliche und telefonische Interviews, systematische Beobachtungsverfahren, qualitative Befragung, Einstellungsmessung und Skalierung, Inhaltsanalyse von Texten, Randomized-Response-Technik und nichtreaktive Verfahren, Verfahren der Stichprobenziehung, experimentelle und quasiexperimentelle Längs- und Querschnittsstudien u.a.m.²¹

Der Politikwissenschaftler führt eine spezifische Form des Interviews, bei der es um die Gewinnung von Informationen über Sachverhalte geht. Politikwissenschaftliche

²⁰ Vgl. Lamnek, Siegfried: Qualitative Sozialforschung. Methodologie. Band 1, 3.Auflage, Weinheim 1995, Psychologie Verlags Union, S. 87.

²¹ Vgl. Diekmann, Andreas: Empirische Sozialforschung. Grundlagen. Methoden. Anwendungen. 19.Auflage, Hamburg 2008, Rowohlt Verlag, S. 18.

Interviews sind weniger strukturiert und setzen in der Regel nicht so rigorose Techniken voraus wie andere Formen des Interviews in der empirischen Sozialforschung.²²

Dabei interessieren ihn das Funktionieren von politischen Institutionen, der Ablauf von Prozessen, die zu bestimmten Entscheidungen führten, sowie Machtverhältnisse und Konflikte innerhalb politischer Vereinigungen usw. Er führt Interviews vor allem dann, wenn schriftliche Dokumente als Quellen nicht zur Verfügung stehen.

In dieser Dissertationsschrift sind die anfangs aufgestellten Fragestellungen in der Arbeit mit Literatur, Experten-Interviews und eigenen Ideen umfassend zu reflektieren. In der Dissertation soll englisch-, deutsch-, türkisch- und osmanischsprachige Literatur analysiert werden.

Die Daten dieser Arbeit wurden hauptsächlich mittels semi-strukturierter Experteninterviews erhoben. Neben den Interviews wurde an Fortbildungsveranstaltungen und Konferenzen teilgenommen, um die erhobenen Aussagen durch eigene Beobachtungen zu triangulieren. In allen Interviews wurde ein halbstandardisierter Fragebogen eingesetzt, in dem hauptsächlich offene Fragen formuliert wurden. Die Antworten der Befragten wurden während des Interviews aufgezeichnet und anschließend transkribiert.

„Diese Form des Interviews dient vor allem der Exploration von Sachverhalten oder der Ermittlung von Bezugssystemen des Interviewten am Anfang einer Untersuchung. Bei dieser Vorgehensweise gibt es nur mehr einen Fragenkatalog bzw. Gesprächsleitfaden, der eine Struktur in das Gespräch bringen soll. An vorher festgelegten Stellen ist es dem

²² Vgl. Lehmbruch, Gerhard: Einführung in die Politikwissenschaft. 4. Auflage, Stuttgart/Berlin/Köln/u.a. 1971, W. Kohlhammer Verlag, S. 86.

Interviewer erlaubt, den Wortlaut der Fragen zu verändern, Zusatzfragen zu stellen, oder Nachzuhaken wenn etwas nicht verstanden wurde.“²³

Beim teilstrukturierten Interview handelt es sich um eine Gesprächsform, die aufgrund vorbereiteter und vorformulierter Fragen stattfindet und die die Abfolge der Fragen offen lässt. Während des Interviews ist es grundsätzlich möglich, Themen aufzugreifen, die der Befragte ins Gespräch einbringt. Um die Validität ihrer „improvisierten“ Fragen und die Inter-Reliabilität der geführten Interviews verdeckt durchführen zu können, Hierfür müssen die Interviewer gut geschult sein.

„Der Vorteil dieser Vorgehensweise ist darin zu sehen, dass dem Interviewten mehr Raum für eigene Formulierungen gegeben wird. Daher geht das halbstandardisierte Interview mehr in die Tiefe als das standardisierte, und es darf auch vom vorgegebenen Gesprächsleitfaden abgewichen werden. Nachteilig ist die sich daraus ergebende eingeschränkte Vergleichbarkeit der einzelnen Interviews, da sie nicht mehr standardisiert sind“.

Durch die Bewertung von internen Dokumenten der EU, insbesondere Fortschrittsberichten der EU-Kommission, die den Rahmen für die europäische Förderung von Demokratie und Menschenrechten vorgeben, des Nationalen Programmes der Türkei, von Gesetzänderungen in verschiedenen Bereichen, der Presserklärungen des Generalstabes und der Regierung und Presseberichten wird erklärt, welche Effekte die EU als externer Akteur auf die Demokratisierungs- und politischen Entscheidungsprozesse hat. Außerdem werden die Änderungen durch verschiedene Beispiele erläutert. Dabei wurde auch einschlägige analytische Literatur zu den Themen Systemwechsel, internationale Demokratieförderung, EU-Außenbeziehungen und Internationale Beziehungen einbezogen.

²³ Stangl, Werner: Das Interview. Abrufbar im Internet. 2010. URL: <http://arbeitsblaetter.stangl-taller.at/FORSCHUNGSMETHODEN/Interview.shtml>. Stand: 15.10.2010.

Nach Beginn der Dissertation wurde im Sommersemester 2009 eine halbjährige Feldforschung in der Türkei zur Literaturrecherche und zur Durchführung von Experteninterviews sowie Teilnahmen an verschiedenen Konferenzen über die Beziehung zwischen der EU und der Türkei vorgenommen. In der Türkei wurden Recherchen durchgeführt in den Bibliotheken des türkischen Außenministeriums und des Türkischen Nationalparlaments (Türkiye Büyük Millet Meclisi-TBMM), in der Nationalbibliothek (Milli Kütüphane), in den Bibliotheken der Universitäten „Sakarya Universität“, „Boğaziçi und Marmara“ Universitäten in Istanbul sowie zusätzlich in Institutionen wie dem Center for Strategic Research (Stratejik Araştırmalar Merkezi - SAM).

Die Interviews wurden in Istanbul, Ankara, Sakarya und Trabzon durchgeführt. Die Befragungsmethode stützte sich auf offene, halbstandardisierte Fragenkomplexe mit der Möglichkeit der offenen Gesprächsführung.²⁴ Schließlich wurden im Rahmen des Forschungsaufenthaltes in Istanbul und Ankara Hintergrundgespräche geführt mit türkischen Sozialwissenschaftlern, Journalisten, Zivilgesellschaften und Regierungsbeamten, insbesondere mit dem türkischen Minister für den EU-Beitritt und dem Vorsitzenden der Menschenrechtskommission der Türkei. Die Ergebnisse dieses Forschungsaufenthalts sind in diese Arbeit integriert worden.

Bei der Erhebung wurden mit 15 Türkei-Experten Interviews geführt. Die Interviews erfolgten auf Englisch, Deutsch oder Türkisch. In dieser Arbeit wird die qualitative Inhaltsanalyse genutzt, um inhaltliche Informationen aus den erhobenen Daten zu gewinnen. Um die Auswertung der Interviews mit Hilfe der qualitativen Inhaltsanalyse durchführen zu können, müssen die Interviews verschriftlicht werden, damit sie in Form eines Textes vorliegen, d.h. transkribiert werden.

²⁴ Vgl. Freise, Matthias: Externe Demokratieförderung in postsozialistischen Transformationsstaaten. Band 27, Münster 2004, Lit Verlag, S. 17f.

Die Transkription erfolgt nach folgenden Regeln²⁵:

- Verwendung von Standorthographie ohne literarische Umschrift
- Nichtverbale Äußerungen werden nur transkribiert, wenn sie eine Aussage eine andere Bedeutung geben, z.B. Lachen.
- Besonderheiten der Betonung werden vermerkt, z.B. „betont“
- Besonderheiten bei ja/nein Antworten werden vermerkt (zögern, dehnen, ...)
- Unverständliche Passagen werden gekennzeichnet („xx“)

Die Transkription erfolgt in der Originalsprache des Interviews, also entweder in Deutsch, Türkisch oder in Englisch. Die Transkriptionsdateien werden anonymisiert und verschlüsselt gespeichert, die Zitate werden mit Codes versehen, sodass kein Rückschluss auf den Gesprächspartner, wohl aber ein Rückschluss auf die Quelle möglich ist.²⁶

Um spätere Verständnisprobleme zu vermeiden und den Zeitbedarf für das Ausfüllen des Fragebogens ermitteln zu können, wurde mit einem Dozenten an der Technischen Schwarzmeer-Universität ein Pretest durchgeführt.

2. Theoretische Grundlagen

Die Internationale Politik kennt gegenwärtig vier theoretische Grundlagen, namentlich den Realismus (mit seiner modernen Variante des Neorealismus), Funktionalismus oder Integrationstheorie, Imperialismus- und Dependenztheorie sowie den Interdependenzansatz (Institutionalismus).²⁷

²⁵ Gläser, Jochen/Laudel, Grit: Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen. Wiesbaden 2004, VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 188f.

²⁶ Vgl. Giesendorf, Sabrina: Politische Konditionalität der EU. Eine erfolgreiche Demokratieförderungsstrategie? Eine Analyse am Beispiel der Türkei. Baden-Baden 2009, Nomos Verlag, S. 37.

²⁷ Vgl. Druwe, Ulrich: Studienführer Politikwissenschaft. 2. Auflage, Neuried 1994, Ars Una Verlag, S. 201.

Gegenstand der Internationalen Beziehungen ist das Gesamtgefüge aller politisch für relevant gehaltenen grenzüberschreitenden Beziehungen. Darunter fallen die politischen ebenso wie die wirtschaftlichen, rechtlichen, kulturellen und anderen sozialen Beziehungen.²⁸ Die Handlungsträger, die auf internationalen Ebene in Aktion treten können, lassen sich analytisch wie folgt unterscheiden: in Einzelpersonen, subnationale Interessengruppen, Nationalstaaten, zwischenstaatliche Subsysteme und internationale Systeme.²⁹

Im folgenden Kapitel werden die dieser Dissertation zugrundeliegenden Forschungstheorien erörtert.

2.1. Neoliberaler Institutionalismus

Der von Ernst B. Haas begründete Neofunktionalismus hat sich basierend auf dem Beispiel der Europäischen Gemeinschaft entwickelt. Ernst Haas argumentiert in seinem Buch „Uniting of Europe: Political, Social and Economic Forces“, dass die Kooperation zwischen den EG-Ländern mit dem Beginn von der Kohle und Stahl stattfindet und Schritt für Schritt weiter wird. Haas hat den Begriff „Spill-Over-Effekt“ im Bereich der internationalen Beziehungen benutzt. Der „Spill-Over-Effekt“ ist einer der Hauptargumente des Neofunktionalismus. Die Grenzen von Spill-Over können sich von unteren Sektoren der Ökonomie bis zur politischen Integration erweitern. Aufgrund der Zunahme der beteiligten Akteure eines Integrationsprozesses werden neue Supranationale Institutionen entstehen und neue politische Autoritäten und Abhängigkeiten an den Tag kommen.³⁰

²⁸ Vgl. Lauth, Hans-Joachim/Zimmerling, Ruth: Internationale Beziehungen. In: Mols, Manfred/Lauth, Hans-Joachim/ Wagner, Christian (Hrsg.): Politikwissenschaft. Eine Einführung. 5. Auflage, Paderborn/München/Wien/u.a. 2006, Ferdinand Schöningh Verlag, S. 143f.

²⁹ Vgl. Lehmbruch: a.a.O., 1971, S. 196.

³⁰ Vgl. Ülger, İrfan Kaya: Avrupa Birliğinde Siyasal Bütünleşme. İstanbul 2002, Gündoğan Verlag, S. 123f.

Der neoliberale Institutionalismus fokussiert sich auf die Nationalstaaten und kritisiert die voll integrierte Systematik aneignender Modelle, weil diese Modelle kulturelle, soziale und politische Unterschiede außer Betracht lassen.³¹

Im Rahmen der neo-institutionellen Forschung kann zwischen formellen und informellen Institutionen differenziert werden. Um informelle Institutionen genauer zu definieren, wird der Aspekt der offiziellen Kodifizierung als Ausgangspunkt gewählt. Damit ergeben sich folgende Unterschiede: Formale Institutionen sind im staatlichen System verankert und öffentlich kodifiziert; sie werden infolgedessen mit staatlich sanktionierter Gewalt bewahrt. Dahingegen sind informelle Institutionen nicht staatlich kodifiziert; sie gründen auf verschiedenen Sanktionsmöglichkeiten.³²

„Zur neoliberalen Theorie, bzw. dem ‚neoliberalen Institutionalismus oder auch ‚Neoinstitutionalismus‘ oder neuerdings manchmal bloß ‚Institutionalismus‘, gehören der Interdependenz-Ansatz und die funktionale Regimetheorie. Vertreter der neoliberalen Theorie fragen danach, warum es im internationalen System zwischen egoistischen Akteuren zu Kooperation kommt und welche Auswirkungen kooperative Verhaltensweisen auf die Teilnehmer haben. Die neoliberale Beschreibung widmet sich Formen kooperativer Verhaltensweisen zwischen Staaten in einem anarchischen internationalen System; die neoliberale Erklärung konzentriert sich auf die Interessenkonstellation zwischen Staaten als rationalen Akteuren. Die Gründe für kooperatives Verhalten von Staaten liegen in rationalen Interessen an Nutzenmaximierung. Die Interessenkonstellation zwischen Staaten wird zur unabhängigen Variable, das kooperative Verhalten der Staaten wird zur abhängigen Variable. Institutionen besitzen die Eigenschaft von intervenierenden Variablen, insofern sie die Interessenkonstellation beeinflussen.“³³

Der Neoinstitutionalismus-Ansatz gehört zur Schule der Globalisten. Das Standardwerk dieser Denkrichtung stammt vom amerikanischen Politologen Robert Owen Keohane

³¹ Vgl. Rosamond, Ben: Theories of European Integration, (ed: Neill Nugent, William E. Paterson, Vincent Wright), New York 2002, Palgrave Verlag, S. 123f.

³² Vgl. Lauth, Hans-Joachim: Demokratietypen auf dem Prüfstand. Zur Reichweite von Lijpharts Mehrheits- und Konsensusdemokratie in der Vergleichenden Politikwissenschaft. In: Schrenk, Klemens H./Soldner, Markus (Hrsg.): Analyse demokratischer Regierungssysteme. Wiesbaden 2010, VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 48f.

³³ Auth, Günther: Theorien der internationalen Beziehungen kompakt. München 2008, Oldenbourg Verlag, S. 61.

und ist 1984 unter dem Titel „After Hegemony. Cooperation und Discord in the World Political Economy“ erschienen. Die weltwirtschaftlichen Beziehungen und die Möglichkeiten einer verbesserten internationalen Kooperation sind grundlegende Themen. In Deutschland wird dieser Ansatz von den Tübinger Politikwissenschaftlern Volker Rittberger und Michael Zürn aufgegriffen, die sich im Vergleich mit ihren amerikanischen Kollegen weniger mit internationalen Wirtschaftsbeziehungen beschäftigen als vielmehr mit Problemen der internationalen Sicherheit.³⁴

	Neorealismus	Neoliberalismus	Neoinstitutionalismus
Merkmale des Internationalen Systems	Erklärung des Endes Ost-West-Konflikts		
	Real existierender Sozialismus hat Wettrüsten verloren	Interner Druck nach Demokratisierung hat sich durchgesetzt	Irrelevant
Interessen	Größtmögliche Macht jedes Einzelstaates auf Kosten der anderen Staaten	Bevölkerung strebt weltweit nach mehr politischer Beteiligung	Staaten haben wegen weltwirtschaftlicher Verflechtung vielfältige gemeinsame Interessen
Figur	Hegemonie der USA	Wachsende Zahl demokratisierter und friedfertiger Staaten	Wachsende Bedeutung Internationaler Regime
Strategie zur	Weltpolizist	Unterstützung der	Stärkung der

³⁴ Vgl. Adam, Hermann: Bausteine der Politik. Eine Einführung. Wiesbaden 2007, VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 297.

Friedenssicherung	USA bestimmt internationale Spielregeln	weltweiten Demokratisierungstendenzen	Internationalen Organisationen und der Verbindlichkeit des Völkerrechts
-------------------	---	---------------------------------------	---

Tabelle 2: Das Internationale System zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Theoretische Erklärungsansätze.
Quelle: Adam 2007: 299.

Der Begriff „Internationales Regime“ ist zentral für den neoliberalen Institutionalismus. Der Blick auf Regime führt zu einer Reihe von politikwissenschaftlichen Fragen: „Wann und wie entstehen Regime, unter welchen Bedingungen sind sie stabil und dauerhaft? Bei welchen Konflikten stehen die Chancen für eine Kooperation gut, bei welchen Interessenkonstellationen fällt es schwer, zu einem Regime zu kommen“³⁵

Der Institutionalismus-Ansatz verteidigt, dass die Staatsbildung durch den Willen der Menschen verursacht wird. Für ein supranationales Europa müssen sich die Völker des kontinentalen Nationalstaates die Idee der Vereinigten Staaten von Europa aneignen. Diese Theorie betont die Wichtigkeit des Nationalstaates im Integrationsprozess. Kritisiert worden ist diese Theorie vor allem deswegen, weil sie internationale Organisationen ausgrenzt.

2.1.1. Der Regimeansatz

Internationale Regime spielen sowohl in der Literatur von internationaler Politik als auch von internationalen Beziehungen eine wichtige Rolle. Dem sogenannten Regimeansatz zufolge nehmen in den internationalen Beziehungen die Regime des Nationalstaates einen wichtigen Platz ein. Die Regimetheorie meint, dass die Regime des Nationalstaates in ihrer Außenpolitik effektiv sind.³⁶

³⁵ Ebd., 299.

³⁶ Vgl. Aksoy, Sevilay: Rejim Teorileri İnsan Hakları Sorunlarının İncelenmesinde Çerçeve Olarak Kullanılabilir mi? Uİ Dergi, Cilt 2, Nr.: 5, Ankara 2005, S. 1.

Die Ansätze von Regimeanalyse und Interdependenz sind theoretisch eng miteinander verwandt. Zu den Vertretern des Regimeansatzes zählen Stephen D. Krasner, Klaus Dieter Wolf, Oran R. Young und Mark W. Zachner.³⁷

Internationale Regime lassen sich einer Definition zufolge als institutionalisierte normative und regelgeleitete Verhaltensstandards begreifen, die bei der politischen Konflikt- oder Interdependenzbewältigung zum Tragen kommen.

Regime wiederum werden als Prinzipien verstanden, die empirischen, kausalen und normativen Grundsätzen folgen. Während Normen implizite Verhaltensstandards sind, die in Rechten und Pflichten zum Ausdruck kommen, sind Regeln explizite Verhaltensvorschriften. Schließlich sind Entscheidungsverfahren die maßgeblichen Praktiken für das Treffen und Implementieren kollektiver Entscheidungen. Um von einem „Regime“ sprechen zu können, muss diesem ein Mindestmaß an Dauerhaftigkeit und Effektivität unterstellt werden.³⁸

Der Regimeansatz findet in aktuellen Diskussionen in der politikwissenschaftlichen Teildisziplin „Internationale Beziehungen“ Befürwortung. Sein Ausgangspunkt ist der Gedanke, dass sich zwischen Staaten informelle, soziale, wirtschaftliche und politische Beziehungsgeflechte bilden, die wiederum spezifische, handlungsleitende Normen herausbilden, die sich größtenteils institutionell oder wenigstens organisatorisch verfestigen. Weil sie nicht wie internationale Organisationen den üblichen Legitimationszwängen und der öffentlichen Kontroverse parlamentarischer Demokratien unterliegen, haben diese Beziehungsgeflechte zwar eine eher stille, dafür aber große Wirkung.³⁹

³⁷ Vgl. Druwe, Ulrich/Hahlbohm, Dörte/Singer, Alex: Internationale Politik. Neiried 1995, Ars Una Verlag, S. 101.

³⁸ Vgl. ebd., S. 101f.

³⁹ Vgl. Bellers, Jürgen: Innere Bedingungen für den Wandel außenpolitischer Strategien. In: Bellers, Jürgen/Rosenthal, Claudius (Hrsg.): Die gesellschaftliche Basis von Außenpolitik. Münster 2001, Lit Verlag, S. 475.

Untersucht man die Wirkung von internationalen Regimen, gilt es zum einen nachzuweisen, dass Regime konfliktregulierenden Charakter haben, und zum anderen zu klären, welchen konkreten Beitrag sie zur Zivilisierung der internationalen Beziehungen leisten.⁴⁰

2.1.2. Interdependenzansatz

Wenn wir den Ablauf des Idealismus im XX. Jahrhundert betrachten, begegnen wir dem Engländer Norman Angell, der das gegenseitige Abhängigkeitsphänomen und die vertikale und horizontale Spiegelung dieses Phänomens auf die Beziehungen zwischen den politischen Wissenschaften zum ersten Mal in einem analytischen Umfang behandelt. Die Diskurse, die Angell führte, klangen in der intellektuellen Umgebung jenes Zeitabschnitts bemerkenswert nach.⁴¹

Neben der akademischen Umgebung, die die theoretische Infrastruktur erstellte, kam auch ein anderer, anzumerkender Beitrag von der politischen Bühne, und zwar die Präsident der USA Woodrow Wilson. Wilson, der sich die Frage stellte, wie man sichere internationale Beziehungen schaffen könnte. Dies schaffen zu können, beabsichtigte er eine liberale, demokratische Welt. Am 8. Januar 1918 in einer programmatischen Rede des US-Kongresses erklärte Wilson mit seinem 14-Punkte-Programm die Grundzüge einer Friedensordnung.⁴²

Unter diese Punkte fielen u. a. Freiheit in den Meeren, offene Diplomatie, Abrüstung, Errichtung einer internationalen Organisation, Kolonien und Selbstbestimmung; dabei glaubte Wilson, dass die menschliche Natur gut sei, liberale demokratische Staaten zusammenkommen und internationalen Frieden und Sicherheit erstellen könnten. Die

⁴⁰ Vgl. Druwe/Hahlbphm/Singer: a.a.O., 1995, S. 103.

⁴¹ Vgl. Wilson, Peter: Introduction. *The Twenty Years Crisis and Category of Idealism in International Relation*, Thinkers of the Twenty Years Crisis, (ed), David Long, Peter Wilson, Oxford 1995: Clarendon Press, S. 15-23.

⁴² Vgl. Waltz, Kenneth N.: *Emerging Structure of International Politics*. *International Security*, 1993, Vol: 18, No: 2.

Menschheit könne durch Erziehung davon abgehalten werden, den Krieg als ein Mittel ihrer Politiken anzusehen.⁴³

Wilson betonte, dass ein Gerechtigkeitssinn festgesetzt werden muss, der von jedermann akzeptiert wird, und er behauptete, dass mittels internationaler Zusammenarbeit, freiem Handel, demokratischen Führungen und einer internationalen Organisation, in der Völker gleichmäßig vertreten werden, der ständige Frieden errichtet werden kann. Trotz Wilsons Idee eines Projekts zur Errichtung eines friedlichen Weltsystems wurde die Politik, die er während seiner Präsidentschaft führte, kritisiert.⁴⁴

Hintergrund des Interdependenzansatzes, der in den 1970er Jahren entwickelt wurde und der enge Verbindungen zum Neorealismus hat, war die Ökonomisierung der Politik bzw. die Politisierung der Ökonomie. Dieser Ansatz ist heute zentral für die Theoriediskussion der Internationalen Politik. Zu seinen prominenten Vertretern gehören Robert O. Keohane, Joseph S. Nye, Richard Rosecrance und Ernst-Otto Czempiel. Grundlegend ist das Konzept der „komplexer Interdependenz“, das Keohane/Nye in ihrem Buch „Power and Interdependence (1977)“ einführten. Zentral ist der Gedanke einer wechselseitigen, aber nicht symmetrischen Abhängigkeit aller Akteure des Internationalen Systems von ihrer jeweiligen Umwelt. Diese Abhängigkeit führt dazu, dass eine einseitige Vorteilssuche kostenspielig ist; durch kooperatives Verhalten dagegen können Interessen kostengünstig durchgesetzt werden. Zwischengesellschaftliche Verflechtung oder auch komplexe Interdependenz zählen zu den konzeptuellen Basisvariablen, denen jedoch keine eindeutige Wirkung zugeschrieben wird. D. h., abhängig von spezifischem Handlungskontext und

⁴³ Vgl. Gavin, Francis J.: The Wilsonian Legacy in the Twentieth Century, Orbis 1997, Vol: 41, No: 4, S. 632.

⁴⁴ Vgl. McKillen, Elizabeth: Ethnicity, Class and Wilsonian Internationalism Reconsidered. Diplomatic History, 2001, Vol: 25, No: 4, S. 561.

Akteursstruktur kann Interdependenz zu friedlichem oder gewalttätigem Verhalten führen.⁴⁵

Die beschriebenen Interdependenzphänomene stellen die Autonomie nationalstaatlichen Handelns in der internationalen Politik von >>oben<< oder >>außen<< her in Frage. Transnationale Akteure und transnationale politische Phänomene unterminieren die staatliche Handlungsautonomie von >>unten<< oder >>innen<< her. Staatliche Grenzen werden infolge des Ausbaus, der Ausdifferenzierung der internationalen Arbeitsteilung sowie der globalen Verdichtung von Verkehrs- und Kommunikationsnetzen überschritten. Von der Veränderung dieser binnengesellschaftlicher Parameter ist der Handlungsspielraum nationaler Akteure soweit betroffen, dass er kaum zu kontrollieren ist.⁴⁶

Die Konsequenzen der Interdependenz von Gesellschaften und Staaten zeigen, so lautet eine wichtige These der Theorie, keine eindeutig definierten Konsequenzen, seien es Kooperationen, Konfliktverhalten oder Gewalttätigkeit. Letzteres muss unter Berücksichtigung jedes spezifisch untersuchten Handlungskontextes analysiert werden. Unter die Analysefaktoren fallen sowohl die Interessen der beteiligten Akteure, die Interdependenzstrukturen und die problembezogenen Rahmenbedingungen als auch die historisch veränderten Rahmenbedingungen internationaler Politik.⁴⁷

Empfindlichkeit und Verwundbarkeit sind Interdependenz-Indikatoren; sie bestimmen die relative Machtposition eines Staates zu anderen Staaten.⁴⁸ Was aber bedeuten diese Indikatoren? Kann ein Staat den Mangel selbständig und mit relativ geringem Aufwand beseitigen, spricht man von Interdependenz-Empfindlichkeit. Ist derselbe Staat nur bedingt selbständig und unter sehr hohem Aufwand in der Lage, den Mangel zu beheben, spricht man von Interdependenz-Verwundbarkeit. Empfindlichkeit meint also den Grad der Reaktionsfähigkeit innerhalb eines gegebenen politischen Rahmens.

⁴⁵ Vgl. Druwe: a.a.O., 1994, S. 203.

⁴⁶ Vgl. Meyers, Reinhard: Grundbegriffe und theoretische Perspektiven der Internationalen Beziehungen. In: Stammen, Theo/Clapham, Ronald/Greifenhagen, Martin und Sylvia/u.a. (Hrsg.): Grundwissen Politik. Frankfurt/New York 1997, Campus Verlag, S. 333.

⁴⁷ Vgl. Druwe/Hahlbphm/Singer: a.a.O., 1995, S. 97.

Verwundbarkeit dagegen bezeichnet den Grad der Reaktionsfähigkeit für die Suche nach Alternativen jenseits herrschender Rahmenbedingungen. Interdependenz-Verwundbarkeit, so kann festgehalten werden, lässt eine Änderung des politischen Rahmens notwendig erscheinen.⁴⁹

Unabhängigere, also empfindliche Akteure, haben einen größeren außenpolitischen Handlungsspielraum im Vergleich zu stark abhängigen, verwundbaren Akteuren. Hieraus folgt, dass weniger stark abhängige Akteure eine asymmetrische Interdependenzbeziehung einsetzen können, um ihre Interesse an einer Senkung der Kosten gegenüber einem stark abhängigen Staat durchzusetzen.⁵⁰

Mit Blick auf die vorgestellte Interdependenz-Theorie lautet die kritische Frage, ob zunehmende Interdependenz zur Minderung der Machtausübung in internationalen Beziehungen führt oder ob sie diese lediglich auf andere Ebenen verschiebt.⁵¹

Folgendes Fazit kann aus der Theoriediskussion gezogen werden: Die komplexe Interdependenz belastet eine einseitige Vorteilssuche mit zunehmend höheren Kosten, während es kollektives Handeln dagegen ermöglicht, Ziele mit geringeren Kosten zu erreichen. Komplexe Interdependenz zeigt damit eine Reihe von Wirkungen, die an dieser Stelle aufgezählt sei:

- zur untergeordneten Bedeutung militärischer Macht im außenpolitischen Instrumentarium von Staaten;
- zur Auflösung der Hierarchie der Politikfelder in der Außenpolitik;
- zur steigenden Bedeutung nicht-staatlicher und internationaler Akteure,
- zu einem dichten Netz formaler und informaler Beziehungen, an dem sowohl staatliche, nicht-staatliche Akteure als auch internationale Akteure mitarbeiten,
- zu eher kooperativen Konfliktstrategien.⁵²

⁴⁸ Vgl. Auth: a.a.O., 2008, 64f.

⁴⁹ Vgl. ebd.

⁵⁰ Vgl. ebd., S.65.

⁵¹ Vgl. Albrecht, Ulrich: Internationale Politik. 5. Auflage, R. Oldenbourg Verlag, München/Wien 1999, S. 197.

2.2. Europäische Integration und Europäisierungsforschung

Europa hat viele unterschiedliche Traditionen und Sprachen, aber auch gemeinsame Werte wie Demokratie, Freiheit und soziale Gerechtigkeit, die die EU verteidigt. Ziel der EU ist es, die Zusammenarbeit der Völker Europas zu fördern, dadurch dass sie die Einheit unter Wahrung der Vielfalt stärkt.⁵³

Integration war für diejenigen, die sich mit internationaler Politik beschäftigten, aus zwei Hinsichten wichtig. Erstens gibt es gegenwärtig zahlreiche internationale und interethnische Organisationen. Zweitens sind Nationalstaaten bei der Bereitstellung von Frieden und Sicherheit gegenüber ihren Völkern ungenügend, was die Bedeutung solcher globalen Errichtungen und Institutionalisierungen bei der Verwirklichung dieser Zwecke erhöht.⁵⁴

Integration ist ein Begriff, der Wandel betrifft, und für die Bezeichnung von „politischer Gemeinschaft“ oder „integrierter Gesellschaft“ benutzt wird. Integrationen sind Strukturen, die Gewaltmerkmale vermindern und gegenseitige Abhängigkeit, gemeinsames Interesse und Zusammenarbeit stärken.⁵⁵

Der Begriff Integration bildet bezüglich seiner Definitionen und den beigemessenen Eigenschaften eines der wichtigen Forschungsthemen der internationalen Beziehungen. In diesem Zusammenhang hat die Vielfalt der Themen der internationalen Beziehungen bezüglich Inhalt und Zahl auch die Theorien der EU-Integration beeinflusst. Verschiedene Ansätze wie der Idealismus-Realismuskonflikt, Funktionalismus, Neo-Funktionalismus, Theorismus haben in den ersten zwanzig Jahren die theoretischen Arbeiten der EU-Integration geprägt.

⁵² Vgl. Druwe/Hahlbphm/Singer: a.a.O., 1995, S. 101.

⁵³ Vgl. Europa: Panorama der Europäischen Union. In Vielfalt geeignet. Abrufbar im Internet. 2007. URL: http://europa.eu/abc/panorama/index_de.htm. Stand: 10.12.2009.

⁵⁴ Vgl. DTM: Avrupa Birliği ve Türkiye. Avrupa Birliği Genel Müdürlüğü, Ankara 1997, S. 45ff.

⁵⁵ Vgl. Ari, Tayyar: Uluslararası İlişkiler Teorileri, İstanbul 2002, Alfa Verlag, S. 446f.

Wenn die Theorien der anderen Zeitabschnitte untersucht werden, stehen das Ausmaß der Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten und der Einfluss auf die EU-Bildung überwiegend im Vordergrund.

Nach David Mitrany, einem wichtigen Vertreter funktionalistischer Theorie, ist funktionelle Zusammenarbeit in wirtschaftlichen und technischen Sektoren möglich. Die Basisthesen der Funktionalitätstheorie lauten wie folgt.⁵⁶:

a) Der Nationalstaat kann den Frieden und das Wohlbefinden der Menschheit nicht schaffen.

b) In der internationalen Arena haben technische Themen an Wichtigkeit gewonnen.

c) In diesem Zusammenhang ist die Rede von der Ausführung bestimmter Funktionen der Befugnisübertragung von Nationalstaaten an Autoritäten, die mit Macht und Befugnissen ausgestattet sind.

d) Die funktionelle Organisation wird auch die anderen Bereiche in Gang bringen. Zum Beispiel wird sie in Bereichen wie Gemeinsamer Markt, Vergütung, Preis, Versicherungswesen oder soziale Sicherheit ähnliche Gliederungen schaffen.⁵⁷

Die funktionale Theorie, die nach dem Ersten Weltkrieg die Integration von Europa zu erläutern versuchte, wurde der Kritik ausgesetzt, dass sie die internationalen Beziehungen unabhängig vom politischen Tagesablauf behandle und nur auf technokratischer Ebene zu integrieren versuche. Die Antwort auf diese Kritik war der sogenannte Neo-Funktionalismus, den Rosamond als föderalen Funktionalismus bezeichnet.⁵⁸

⁵⁶ Vgl. ebd., S. 448.

⁵⁷ Vgl. ebd., S. 6.

⁵⁸ Vgl. Rosamond: a.a.O., 2002, S. 44.

Im Rahmen der „Römischen Verträge“, die am 1. Januar 1958 in Kraft traten, formulierten die sechs Gründerstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, 1952), der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG, 1957) und der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom, 1957) einen „immer engeren Zusammenschluss“ als Ziel. Als wesentliche Punkte der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft nannte der EWG-Vertrag die Schaffung einer Zollunion (Abbau der Handelshemmnisse, gemeinsamer Außenzoll) und eines gemeinsamen Marktes mit freiem Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr. Zu den wesentlichen Aufgaben der Europäischen Atomgemeinschaft zählt nachdem EURATOM-Vertrag die Kontrolle der Atomindustrie.⁵⁹

Der Prozess zur Entwicklung einer neuartigen und eigenständigen Organisation ist nicht am Ende. Der EUV (1992) errichtete eine Wirtschafts- und Währungsunion mit gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik sowie einer strukturierten Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Innenpolitik. Der Vertrag von Amsterdam (1997) bekräftigte die rechtsstaatlichen und demokratischen Grundlagen der Union. Die Vertragsreformen des Jahres 2001 (Vertrag von Nizza) bereitete die Erweiterung um die Staaten Ost- und Mitteleuropas in den Jahren 2004 und 2007 vor. Die Europäische Verfassung führte zu einer weiteren Ordnung und Festigung des Integrationsprozesses.⁶⁰

Die europäische Integration stellt in ihrer besonderen Entwicklung einen Grenzbereich dar von zwischenstaatlicher und innerstaatlicher Politik. Denn in keiner anderen internationalen Organisation wird die internationale Anarchie noch weiter überwunden. In der EU haben die Mitgliedstaaten in vielen Politikbereichen ihre souveränen Kompetenzen an supranationale Organe delegiert oder üben sie zumindest gemeinsam anstatt autonom aus. Dies betrifft an erster Stelle den Binnenmarkt, die Handelspolitik und die Währungspolitik. Den Grundsätzen der Direktwirkung und des Vorrangs des

⁵⁹ Vgl. Proske, Christina/Vieser, Susanne/Fritzler, Marc: EU. München 1994, Wilhelm Heyne Verlag, S. 12.

europäischen Rechts entsprechend gelten europäische Regeln in den Mitgliedstaaten auch dann, wenn sie nicht explizit in nationales Recht überführt worden sind.⁶¹

Der Europäische Integrationsprozess hat zu einem zusammengesetzten Regierungssystem geführt und damit auch zu einem doppelten Prozess der Entgrenzung: Auf der einen Seite wird Staatsgewalt vom nationalen Staatsgebiet abgelöst, zum anderen agiert eine neue „Staatsgewalt“ auf ursprünglich nationalstaatlichem Terrain. Die Europäische Integration hat den politischen Handlungsraum von Nationalstaaten, erheblich erweitert. Gleichzeitig hat sie für eine Erschütterung nationaler Staatlichkeit, Autonomie, Souveränität und Demokratie gesorgt.⁶²

Den unterschiedlichen Integrationsfolgen entsprechend kommt in der Untersuchung der EU eine Varietät an Konzepten und Theorien der Internationalen Beziehungen und der vergleichenden Analyse politischer Systeme zum Tragen. Die Integrationstheorien aus den Internationalen Beziehungen werden für die Erklärung der konstitutionellen Veränderungen und Entwicklungsschritte der europäischen Integration herangezogen.⁶³

Die europäische Integration selbst wird sowohl auf Seiten von Politikwissenschaftlern als auch von Politikern oft als Vorgang verstanden, der den nationalen Entscheidungsebenen eine weitere, supranationale hinzufügt, im Sinne einer „Mehrebenenpolitik“. Im Rahmen dieses Konzepts werden zwei alternative Thesen vertreten: die „Sandwich-These“ und die „Provinzialisierungsthese“. Mit Ersterer wird angenommen, dass der Nationalstaat in Zukunft in der EU an Bedeutung verlieren wird,

⁶⁰ Vgl. Bieber, Roland/Epiney, Astrid/Haag, Marcel: Die Europäische Union. Europarecht und Politik. 7. Auflage, Baden-Baden 2006, Nomos Verlagsgesellschaft, S. 35f.

⁶¹ Vgl. Schimmelfennig, Frank: Internationale Politik. In: Lauth, Hans-Joachim/Wagner, Christian (Hrsg.): Politikwissenschaft. Eine Einführung. 6. Auflage, Paderborn/München/Wien/u.a. 2009, Ferdinand Schöningh Verlag, S. 135-162.

⁶² Vgl. Katzenhusen, Ines/Lamping, Wolfram: Demokratie, europäische Integration und Institutionenwandel. In: Katzenhusen, Ines/Lamping, Wolfram (Hrsg.): Demokratien in Europa. Einfluss der europäischen Integration auf Institutionenwandel und neue Konturen des demokratischen Verfassungsstaates. Opladen 2003, Leske+Budrich Verlag, S. 10.

⁶³ Vgl. Schimmelfennig: a.a.O., 2009, S. 157f.

und dies mit dem Ergebnis der Herausbildung eines „Europa der Regionen“. Die „Provinzialisierungs-These“ betrachtet dagegen die Regionen als Verlierer des europäischen Integrationsprozesses. Dies wird dann nicht zuletzt auf den größten Abstand zur Europäischen Ebene zurückgeführt.⁶⁴

Während Steuerungsfähigkeit und Autonomie des Regierungssystems früher zusammengingen, entkoppeln sie sich heute und die nationalstaatliche Steuerungsfähigkeit nimmt in den Feldern ab, in denen soziale Handlungszusammenhänge die politischen Grenzen überschreiten. Diese Entwicklung kann durch internationale bzw. supranationale Institutionenbildung kompensiert werden; wobei die Effektivität der neuen politischen Strukturen geringer ist als diejenige der Nationalstaaten. Die bekannten Ansätze zur externen Demokratieförderung variieren wenigstens vier Parameter. Traditionelle Ansätze werden folgendermaßen charakterisiert:

- Der erste Parameter ist die Ebene, auf welche die Demokratieförderung abzielt, d. h. einerseits auf das politische System als solches, die Gewaltenteilung zwischen den Staatsorganen, freie und faire Wahlen sowie die Achtung individueller und bürgerlicher Rechte. Andererseits kann der Parameter die für die Demokratisierung notwendigen sozio- ökonomischen Voraussetzungen betreffen: hierzu zählen Wirtschaftswachstum, Heterogenität der Produktion, Bildung und Förderung der Herausbildung einer Mittelschicht, die liberale politische Rechte und Freiheiten einfordert.
- Mit dem zweiten Parameter sind die Akteure gemeint, die die Demokratieförderung im Auge haben und die entweder Regierungen oder Nicht-Regierungsakteure sind.
- Mit dem dritten Parameter wird die Richtung der Demokratisierung beschrieben, die im Falle von externem Druck von oben nach unten verläuft und im Falle des gesellschaftlichen Austauschs von unten nach oben.

⁶⁴ Vgl. Sturm, Roland: Die Zukunft des Bundesstaates in der Dynamik europäischer Integration. Ein Beitrag aus politikwissenschaftlicher Perspektive. In: Hrbek, Rudolf (Hrsg.): Europapolitik und Bundesstaatsprinzip. Baden-Baden 2000, Nomos Verlagsgesellschaft, S. 193.

- Der vierte Parameter ist schließlich die Art der Kooperation, die mit dem jeweiligen Modell verbunden ist: intergouvernementale Beziehungen im ersten und transnationale Interaktion im zweiten Fall.⁶⁵

Im Allgemeinen kann Demokratieförderung so begriffen werden, dass sie über alle vier Parameter unabhängig variiert. Demokratischer Wandel sollte sowohl aus einer *bottom-up* als auch aus einer *top-down* Perspektive analysiert werden, wobei es gilt, Verknüpfungspunkte zwischen beiden Ebenen zu beschreiben.⁶⁶

Der erste Ansatz betont den Einfluss von internationalen Akteuren auf Drittstaaten durch Konditionalität (leverage) in intergouvernementalen Verhandlungsprozessen. Der zweite Ansatz unterstreicht die Demokratisierungseffekte, die durch soziale, ökonomische und politische Verflechtungen (linkage) zwischen demokratischen und nicht-demokratischen Staaten zustande kommen. Demokratisierung ist im letzteren Falle primär die Folge einer Unterstützung zivilgesellschaftlicher Gruppen sowie der Entwicklungs- und Sozialisationswirkung finanzieller Hilfe und des Handels.⁶⁷

Über sogenannte Top-Down-Strategien, d. h. externe Demokratieförderung, gibt es eine Vielzahl von Untersuchungsergebnissen. Diese Form der Demokratieförderung richtet sich an die herrschenden Eliten in den Zielländern und zwar mit der Absicht einer demokratischen Konsolidierung durch Einflussnahme von oben, etwa durch Beratungstätigkeiten bei der Implementierung von Wahlsystemen und demokratischen Verfassungen. Weitaus weniger Erkenntnisse gibt es über die Wirkungsweisen der sogenannten Bottom-up-Strategien, bei denen Transformationsprozesse durch die Förderung demokratischer Werte und Verhaltensmuster vorangetrieben sowie zivilgesellschaftliche Organisationen in Richtung einer liberalen Demokratie begleitet werden sollen. Das liegt auch daran, dass die Zahl der Akteure, die Top-Down-

⁶⁵ Vgl. Freyburg, Tina/u.a.: Neue Wege der externen Demokratieförderung. In: Erdmann, Gero/Kneuer, Marianne (Hrsg.): Externe Faktoren der Demokratisierung. Baden-Baden 2009, Nomos Verlag, S. 170f.

⁶⁶ Vgl. Ethier, Diane: Is Democracy Promotion Effective? Comparing Conditionality and Incentives. In: Democratization 10, 1, 2003, S. 99-120.

⁶⁷ Vgl. Freyburg/u.a.: a.a.O., 2009, S. 169f.

Strategien anwenden, deutlich geringer ist als die der Fördereinrichtungen für die Aufgabe, Zivilgesellschaft und politische Kultur im Transformationsprozess zu unterstützen.⁶⁸

Die erste Kombination besteht in der intergouvernementalen Einflussnahme durch Konditionalität von oben nach unten (top-down leverage). Sie war charakteristisch für die EU-Politik. Nach diesem Modell ist externe Demokratieförderung darauf bedacht, die Kosten-Nutzen Kalkulationen autokratischer Herrscher durch positive oder negative Konditionalität zu verändern.

	Erstes Modell: Leverage	Zweites Modell: Linkage
Zielebene	Politisches System	Politisches System
Zielakteure	Regierungen	Zivilgesellschaften
Richtung der Demokratisierung	Von oben nach Unten (top-down)	Von unten nach oben (bottom-up)
Art der Kooperation	Intergouvernemental	Transnational

Tabelle 3: Freyburg, Tina/u.a.: Neue Wege der externen Demokratieförderung. In: Erdmann, Gero/Kneuer, Marianne (Hrsg.): Externe Faktoren der Demokratisierung. Nomos Verlag, Baden-Baden 2009, S. 169-195. (mit einigen Modifikationen).

Die zweite Kombination besteht in der transnationalen Verflechtung von unten nach oben (*bottom-up linkage*). Bei diesem Modell nehmen die Sozialisierungseffekte einen zentralen Stellenwert ein, die durch externe Hilfe und Zusammenarbeit auf zivilgesellschaftliche Gruppen, ihre Mobilisierung und Erwartung an die Regierung erreicht werden können. Von einem *bottom-up*-Modell ist daher die Rede, da durch die externe Demokratieförderung gesellschaftliche Grundlagen und Forderungen nach

⁶⁸ Vgl. Freise: a.a.O., 2004, S. 21.

Demokratie erhöht werden sollen. Während das zweite Modell die Nachfrageseite anvisiert, konzentriert sich das erste Modell auf die Angebotsseite der Demokratisierung.⁶⁹

In der externen Demokratisierungsforschung werden die Vor- und Nachteile von „bottom-up“- und „top-down“- Strategien in der Demokratieförderung diskutiert. Die Anhänger einer „bottom up“- Strategie verweisen auf den Einfluss der Zivilgesellschaft auf die Demokratisierung. Die Vertreter der „top-down“ Strategie betonen dagegen die Bedeutung staatlicher Institutionen und politischer Eliten. Vertiefende Forschungsarbeiten gehen der Frage nach, welche einzelnen Akteure zu fördern sind und welche Instrumente, Anreize und Sanktionen seitens der internationalen Akteure am besten eingesetzt werden. Eine Schlussfolgerung, die aus den Forschungsergebnissen gezogen werden kann, legt die Skepsis gegenüber den tatsächlichen Chancen nahe, von außen auf nicht-demokratische Regime Einfluss nehmen zu können.⁷⁰

Die Frage nach der Zukunft von Demokratie und Regieren in den Mitgliedsstaaten der EU droht in der Diskussion um ihre zukünftige Gestalt und Reichweite gegenwärtig in den Hintergrund zu geraten.⁷¹

In diesem Zusammenhang ist von der „Europäisierung“ der Rede, bei der es darum geht, kausale Mechanismen zu identifizieren, die für Veränderungen verantwortlich sind, und Prozessen zu untersuchen, durch die sich „Europäisierung“ als Veränderung von Strukturen, Institutionen, Kompetenzen, Programmen und Handlungsmustern übersetzt.. Die Europaforschung unterscheidet verschiedene Dimensionen der „Europäisierung“: die „harte“ Normsetzung durch Gemeinschaftsrecht, die schleichende Anpassung von mitgliedsstaatlichen Institutionen an „Integrations- bzw.

⁶⁹ Vgl. Freyburg/u.a.: a.a.O., 2009, S. 171f.

⁷⁰ Vgl. Melnykovska, Inna /Schweickert, Rainer: NATO als ein potentieller Katalysator der institutionellen Konvergenz – der Fall UkraineBerlin 2009, . DDZ Digitales Druckzentrum, S. 9.

⁷¹ Vgl. Katenhusen/Lamping: a.a.O., 2003, S. 22.

Handlungszwänge“ ,die strategische Instrumentalisierung der europäischen Ebene zur Durchsetzung innenpolitisch sonst inopportuner oder blockierter Politiken sowie schließlich den schrittweisen und vergleichsweise „sanften“ kulturellen, kognitiven Verhaltens- und Wertewandel in den Nationalstaaten, der durch die Unionsmitgliedschaft ausgelöst wird. All dies führt zu Politikwandel, jedoch aus sehr unterschiedlichen Gründen. Die häufige Neufiguration von Akteurskonstellationen und Interessen durch die europäische Integration, die Umverteilung von Machtressourcen, welche die Auseinandersetzung mit neuen Handlungsanforderungen, Problemstellungen und Normen auf Seiten der jeweiligen nationalstaatlichen Akteure erzwingt, führt letztendlich dazu, dass die politischen Spielregeln neu geschrieben werden. So kommt es, dass es neben der Normsetzung auf supranationaler Ebene der integrationsinduzierte Wandel von innenpolitischen Gelegenheitsstrukturen ist, der das größte Veränderungspotenzial in den Mitgliedsstaaten mit sich bringt.⁷²

„Die Europäisierungsforschung analysiert in erster Linie die Einflüsse der EU auf die institutionellen Entwicklungen in einem Land. Historisch betrachtet, unterscheidet man drei Dimensionen der Europäisierungsforschung, namentlich die Mitgliedschafteuropäisierung, die Erweiterungseuropäisierung und die Nachbarschafteuropäisierung. Die Arbeiten der Mitgliedschafteuropäisierung den Einfluss der EU auf interne Polity, Politics und Policies in den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten. Da die Anreize der Mitgliedschaft bei Mitgliedschafteuropäisierung nicht wirken, wird die institutionelle Konvergenz meist nach konstruktivistischer Logik mit der Angemessenheit und dem Adaptionsdruck (adaptational pressure) erklärt, die zu einer Beseitigung eines „misfits“ zwischen europäischen und nationalen Institutionen führen.“⁷³

Die Erweiterungseuropäisierung hat zu einem massiven Transfer von Institutionen geführt. Die institutionelle Konvergenz durch die Erweiterungseuropäisierung wird mit Hilfe einer rationalistischen Logik erklärt. Die EU-Beitrittsperspektive wird als maßgeblicher Teil der Konditionierung betrachtet. Großen Einfluss haben aber auch Inhalte und Klarheit von Forderungen, Linkage-Mechanismen und finanzielle

⁷² Vgl. ebd., S. 22f.

⁷³ Melnykovska/Schweickert: a.a.O., 2009, S. 12.

Unterstützung der Reformen in der Erweiterungseuropäisierung. Darüber hinaus sind die interne Reaktion (local perception) auf EU-Forderungen und EU- Belohnungen für institutionelle Reformen wichtige Einflussgrößen.⁷⁴

In den Institutionen und Verfahren in Brüssel kooperieren Akteure, die konstitutionell entweder primär in nationalen und auch subnationalen oder europäischen Räumen angesiedelt sind. Nationale Regierungen und Verwaltungen, Regionen und Kommunen sowie NGOs, Verbände und auch nationale Gerichte sind in ihren alltäglichen Dienstgeschäften und Aktivitäten zentrale Akteure und Mitträger der EU. Diese Mehrebenenperspektive kann von den Mitgliedstaaten „von unten“ (im englischen Sprachgebrauch: „bottom-up“) anhand der Beteiligungsmuster nationaler Akteure in den EU-Institutionen untersucht werden, oder aber von der EU-Ebene „nach unten“ auf die Mitgliedstaaten („top-down“) als eine Form der „Europäisierung“ nationaler Systeme beschrieben werden.⁷⁵

2.2.1. Das top-down-leverage-Modell

Obwohl die positiven Eigenschaften von kleinen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union betont werden, kann nicht davon die Rede sein, dass die klassischen Machtbeziehungen ihre Einflüsse vollkommen verloren haben. Der Stellenwert der Bevölkerung beim institutionellen Gleichgewicht, Extemporieren großer Staaten aufgrund ihrer größeren Beiträge an das Budget der Organisation, die passive Rolle der kleinen Staaten in den Sicherheitsthemen sind wichtige Beispiele für die Absonderung der kleinen und großen Staaten in der EU. Mit internationalen Abkommen wurden die

⁷⁴ Vgl. Melnykovska/Schweickert: a.a.O., 2009, S. 12.

⁷⁵ Vgl. Wessels, Wolfgang: Das politische System der Europäischen Union. Wiesbaden 2008, VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 45f.

Einflüsse der kleinen Mitgliedsstaaten garantiert, die direkten Einflüsse der europäischen Machtpolitik wurden zu Gunsten der kleinen Staaten vermindert.⁷⁶

Das Top-down-Modell betont bei der Fortführung des Projekts zur Europäischen Union den Ablauf der Europäisierung von oben nach unten. Beim Top-Down-Modell wird betont, dass die europäischen Staaten mit der Machtgewinnung der Zentralgewalt oder der übervolklichen Struktur, von oben nach unten, eine bestimmte Wandlung erleben werden.⁷⁷

Dies kann man am Beispiel des EU-Beitritts veranschaulichen, der ein schlüssiges Verfahren darstellt, bei dem zunächst ein Antrag gestellt wird, über den nach festgelegten Kriterien entschieden wird. Da der Westen im Osten mit Wohlstand, Freiheit und Rechtssicherheit in Verbindung gebracht wird, wollen fast alle Länder im Osten der EU beitreten.⁷⁸

2.2.2. Das Bottom-up-linkage-Modell

Wenn die Arbeitsweise der Europäischen Union betrachtet wird, kommt die Existenz von zwei Ausgleichsmerkmalen zum Vorschein: erstens der Ausgleich von Mitgliedsstaaten, zweitens der Ausgleich von Staatsbürgern. Obwohl die EU kein Bundesstaat ist, weisen die Probleme zwischen den großen und kleinen Mitgliedsstaaten Ähnlichkeit auf mit föderalen Systemen. Es wurde ständig versucht, das demokratische Prinzip „eine Person – eine Stimme“ mit dem Prinzip „ein Staat – eine Stimme“ zu harmonisieren.⁷⁹

⁷⁶ Knudsen, Olav F.: Introduction. In: Bauwens, Werner/ Clesse, Armand/ Knudsen, Olav F. (Hrsg.): *Small States and Security Challenge in the New Europe*. Brassey's, London 1996, S. xvi.

⁷⁷ Vgl. Nolte, Hans-Heinrich: Die Osterweiterung der EU. Eine historische Perspektive. In: Katenhusen, Ines/Lamping, Wolfram (Hrsg.): *Demokratien in Europa. Einfluss der europäischen Integration auf Institutionenwandel und neu Konturen des demokratischen Verfassungsstaates*. Opladen 2003, Leske+Budrich Verlag, S. 55.

⁷⁸ Vgl. ebd.

⁷⁹ Vgl. Bourlanges, Jean-Louis: Achieving a New Balance Between Large and Small States. In: Beniamino Andreatta, et al. (Hrsg.): *In a Larger EU. Can All Member States Be Equal?* The Philip Morris Institute, Brussels 1996, S. 28.

Das Prinzip der Gleichberechtigung von Mitgliedsstaaten bildete die Basis für die Beschlussfassung der EU. Während sehr wichtige Beschlüsse wie die Revision von Vereinbarungen mit Einstimmigkeit getroffen werden, hat diese Art und Weise dazu geführt, dass alle Mitgliedsstaaten in gleichmäßigen Bedingungen anwesend sind. Daneben waren die Mitgliedsstaaten auch in den Themen wie Organisation der Ratsführung, Ernennungen der Beauftragten oberster Ebene (Kommissionsleiter, ATAD und Mitglieder des Gerichtshofes ersten Grades) gleichberechtigt. Die Gleichberechtigung der Staatsbürger wurde mit der unterschiedlichen Festsetzung der Vertreterzahlen der Mitgliedsstaaten gewährt. Die Sitze der Mitgliedsstaaten im Parlament, die Stimmenbedeutungen im Rat, die Vertreterzahlen in den Kommissions- und Fürspracheorganen (Regionskomitee, ökonomisches und soziales Komitee) wurden nach der Zahl der Bevölkerung bestimmt.⁸⁰

2.3. Transformationstheorie

Vor allem die Diskussionen bis zu den 1990er Jahren haben die Position und die Rolle, die theoretische Struktur der EU im internationalen System, die Eigenschaften der Beziehungen zwischen den Mitgliedsstaaten und deren durchgeführte Politik unter die Lupe genommen. Solche Annäherungen werden bis heute fortgeführt; dabei bilden die Eigenschaften der künftigen Organisation, die Kultur und die Beziehung zwischen der EU und den anderen Geographien Punkte auf der neuen Tagesordnungen.⁸¹

Ein großer Teil der EU-Analysen in der Vergangenheit und Gegenwart beschäftigten sich mit der Möglichkeit der Integration und mit den Eigenschaften von Beziehungen zwischen den Mitgliedsstaaten und begrenzt auf die Organisation. Sowohl diejenigen Analysen, die beide Ansichten akzeptierten, als auch diejenigen, die sich der EU-Bildung mehrdimensional annäherten, konnten vom Nationalstaat und dem strukturellen

⁸⁰ Vgl. ebd., S. 29.

⁸¹ Vgl. McKillen: a.a.O., 2001, S. 562.

Trend nicht abweichen. Eine neue und unleugbare Tatsache, die die EU-Bildung betrifft, ist die Angelegenheit der persönlichen Identifikationsfeststellung der EU.⁸²

Die Transformationstheorie ähnelt in der Hauptsache den theoretischen und funktionalistischen Theorien, sie wird angewendet, um die Transformation der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zu erläutern. Dieser Theorie zufolge erleben die Kandidaten und die Mitglieder der Europäischen Union zur Integration an die verschiedenen gemeinsamen Politiken eine bestimmte Transformation. Zur Integration an Politiken wie gemeinsame Landwirtschaft, Industrie kommt es im Rechtswesen und in den Politiksystemen der Staaten zur Durchführung einer bestimmten Transformation. Somit übertragen die Staaten ihre Staatsgewalt zwar nicht direkt, aber mit der Transformation integrieren sie sich in die Struktur und passen sich den Bestimmungen einer oberen Autorität an.⁸³

Die Transformationsforschung beschäftigt sich mit dem Gesamtkomplex von Bedingungen, Faktoren, Prozessen und Ergebnissen der Veränderungen eines politischen Systems und seiner Subsysteme. Mit den Wirkungsmechanismen externer Demokratieförderung beschäftigt sie sich weniger. Erst in den letzten Jahren sind externe Einflussgrößen behandelt worden, und dies vor allem im anglo-amerikanischen Forschungskontext. Unter den Stichworten Democracy Promotion, Democracy Building und Democracy Aid sind sie in den USA zu wichtigen Themen der internationalen Politikforschung geworden.⁸⁴

Die deutschen Politikwissenschaftler *Wolfgang Merkel* und *Hans-Jürgen Puhle* fassen in ihrem 1999 erschienen Werk „Von der Diktatur zur Demokratie: Transformationsbedingungen, Erfolgsbedingungen, Entwicklungspfade“ die bisherigen Erkenntnisse der Transformationsforschung zusammen. Und Sie suchen die Antwort die

⁸² Vgl. ebd.

⁸³ Vgl. Grieco, J. M.: Anarchy and the limits of cooperation: a realist critique of the newest liberal institutionalism. In: Linklater, A. (Hrsg.): International Relations. Critical Concepts in Political Science. Volume II, Routledge, USA 2001, S. 44.

⁸⁴ Vgl. Freise: a.a.O., 2004, S. 19f.

folgende Frage: Wann bildet sich nach der Ablösung einer Diktatur eine dauerhaft stabile Demokratie?⁸⁵

Es werden drei Phasen eines Transformationsprozesses voneinander differenziert. Als *erste Phase* wird das Ende bzw. der Zusammenbruch des diktatorischen Systems bezeichnet, die Institutionalisierung der Demokratie wird als *zweite Phase* bezeichnet und die *Konsolidierung* eines demokratischen Systems wird als *dritte Phase* eines Transformationsprozesses gesehen. In der Realität fällt es jedoch besonders schwer, die zweite und die dritte Phase voneinander zu trennen.⁸⁶

Für Lipset zählen wirtschaftliche Stabilität und soziale Entwicklung zu den grundlegenden Erfolgsbedingungen einer dauerhaft bestehenden Demokratie. Im Einzelnen nennt Lipset folgende Faktoren, die eine Demokratie begünstigen:

- hohes Niveau sozioökonomischer Entwicklung
- große Mittelschicht und eine in hohem Maße sozial abgesicherte Unterschicht
- Aufstiegschancen für alle
- hohes Engagement der Bürger in Parteien und Verbänden
- relativ hoher Ausbildungsstand der Bevölkerung
- relativ egalitäres Wertesystem.

Der Zusammenhang zwischen Wohlstand und Demokratie ist allerdings nicht zwingend, was man am Beispiel von Indien sieht, in dem sich eine Demokratie behaupten konnte, obwohl das Land einen unterdurchschnittlichen wirtschaftlichen Entwicklungsstand hat.⁸⁷

Wirtschaftliche und gesellschaftliche Faktoren spielen zwar eine wichtige Rolle, sie allein sind allerdings nicht ausschlaggebend. Vielmehr muss eine ganze Reihe von

⁸⁵ Vgl. Adam: a.a.O., 2007, S. 100.

⁸⁶ Vgl. ebd.

⁸⁷ Vgl. ebd., S. 95.

internen Faktoren und externe Gründe zusammentreffen, um das Ende einer Diktatur auszulösen.⁸⁸

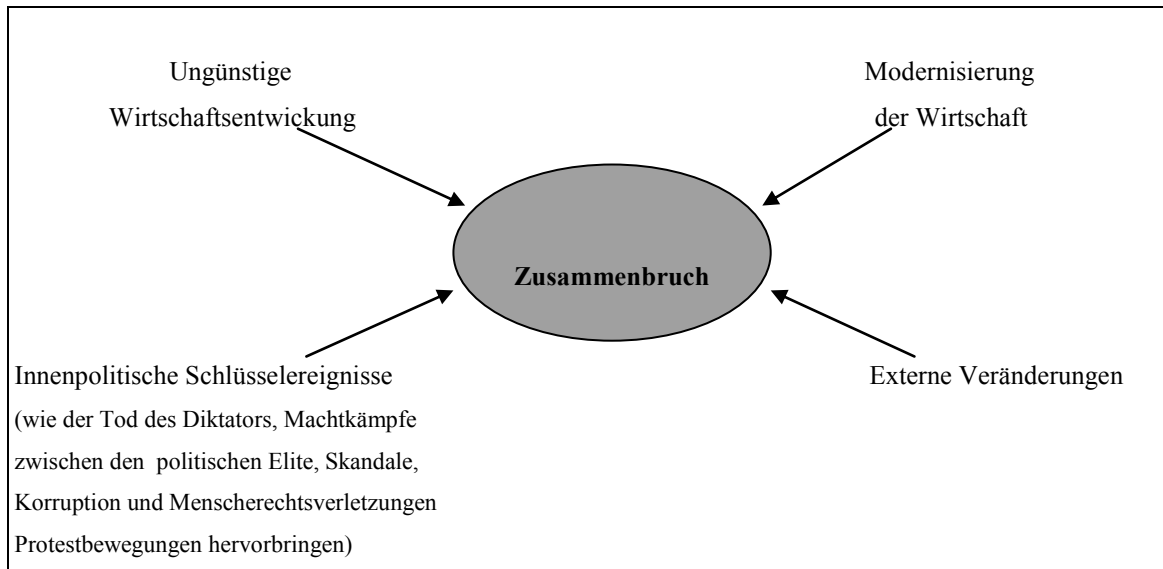


Tabelle 4: Das Ende von Diktaturen. Quelle: vgl. Adam zitiert nach Merkel 2007: 98.

Wo die Bedingungen für eine stabile Demokratie fehlen und von den Regierungen kurzfristig auch nicht hergestellt werden können, sind neue Mischformen zwischen Demokratie und Diktatur entstanden. Man nennt sie fragile (=zerbrechliche) oder defekte (=schadhaft, nicht in Ordnung) Demokratien.⁸⁹

Diesen fragilen oder defekten Demokratien ist eine spezifische Mischung aus demokratischen und autoritären Elementen gemeinsam. Dabei können sie noch viele Jahre Bestand haben, ohne in die alte Diktatur zurückzufallen, aber auch ohne sich zu einer „Voll-Demokratie“ weiterzuentwickeln.⁹⁰

3. Klärung und Definition der zentralen Begriffe

Zur Klärung dessen, was Demokratie eigentlich bedeutet, ist es erforderlich, ihr Gesamtkonzept in seine wesentlichen Elemente zu unterteilen, welche wie folgt lauten:

⁸⁸ Vgl. ebd., S. 97.

⁸⁹ Vgl. ebd., S. 102.

⁹⁰ Vgl. ebd.

zum einen Partizipation, Pluralismus, Rechtssicherheit, die Einhaltung der Menschenrechte und zum anderen die Freiheitsrechte, als Bedingungen für ihre Verwirklichung, u. a. Meinungs-, Presse-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit.⁹¹

3.1. Demokratie

Der Begriff Demokratie bezeichnet ein politisches System, in dem vor dem Gesetz alle Menschen, egal welcher Religion, Rasse und Sprache angehörig, nicht nur die gleichen natürlichen Rechte haben, sondern auch die gleichen politischen sowie sozialen Rechte und in dem die Regierenden von den Regierten frei gewählt werden.⁹²

Verallgemeinert betrachtet, bedeutet Demokratie die Regierung des Volkes. Gesellschaften haben die Demokratie je nach ihrer sozial- wirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Struktur auf verschiedene Weisen gelebt. Demokratie wurde seit der Zeit des klassischen Griechenlands bis zum heutigen Tage aus unterschiedlichen Gesichtspunkten erforscht, aber erst im 20. Jahrhundert respektiert. Heute steht die Demokratie als ein politisches Regime für eine Ordnung, in der Menschenrechte realisiert werden.⁹³

Demokratie kann niemals auf Prozeduren oder Körperschaften degradiert werden; sie kann als eine gesellschaftliche und politische Macht betrachtet werden, die sich bemüht, einen Rechtsstaat nach den Interessen derjenigen zu ändern, die sich unter der Herrschaft befinden. Demokratie sollte gleichzeitig als ein Mittel zur Ausgleichung

⁹¹ Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung: Das mühsame Geschäft der Demokratieförderung. Konzepte und Erfahrungen aus der internationalen Entwicklungszusammenarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn 1999, Friedrich-Ebert-Stiftung Verlag, S. 7f.

⁹² Vgl. Commission of the European Communities: Communication from the Commission. A Constitution for the Union. COM, 548 Final, Brussels 2003, S. 56.

⁹³ Vgl. ebd.

gesellschaftlicher Ungleichheiten im Namen der moralischen Rechte betrachtet werden.⁹⁴

Etymologisch stammt das Wort Demokratie aus dem Griechischen und bedeutet Volkssouveränität. Demokratie kann als Staatsform definiert werden, in der Bürger Chancengleichheit haben, an der Kollektivdiskussion und an der Beschlussfassung teilzunehmen.⁹⁵ In der Definition ist die gleiche Partizipation ein wichtiger Schlüsselbegriff. Der Begriff „Demokratie“ steht häufig mit der Abstimmung in Verbindung. Die regelmäßigen, fairen und freien Wahlen sind absolute Voraussetzungen für moderne repräsentative Demokratien. Die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen und Demonstrationen sowie die Unterzeichnung von Petitionen sind die verschiedenen Möglichkeiten, an denen die Bürger intensiver beteiligt sind.⁹⁶

Unter Demokratie wird daher weniger ein bestimmtes politisches System verstanden, als vielmehr die Form der Partizipation, die Fragen nach der Verteilung von Werten in einer Gesellschaft regelt. Weil Gesellschaften dynamisch und mobil sind, bleibt Demokratie immer ein Prozess, d. h. Demokratisierung. Moderne Demokratien zeichnen sich im Besonderen durch ihre internationale und normativ diversifizierte Ausrichtung aus. Dies führt u. a. auch dazu, dass die Definition von Gemeinwohl kaum mehr möglich ist. Denn die Vermittlungsbemühungen unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessen werden immer diffuser.⁹⁷

⁹⁴ Vgl. Corbett, Richard: *The European Parliament's Role in Closer EU Integration*. ST. Martins Press Inc., U.S.A 1998, S. 178.

⁹⁵ Vgl. Warren, Mark E.: *Democracy and Association*. Princeton University Press, Princeton 2001, S. 60.

⁹⁶ Vgl. Young, Iris Marion: *Inclusion and Democracy*. Oxford 2002, Oxford University Press, S. 24f.

⁹⁷ Vgl. Hoffmann, Dieter/Jäger, Thomas: *Demokratisierung. Krise eines Prozesses*. In: Jäger, Thomas/Hoffmann, Dieter(Hrsg.): *Demokratie in der Krise? Zukunft der Demokratie*. Opladen 1995, Leske Budrich Verlag, S.15f.

3.1.1. Definitionen der Demokratie

Obwohl der Kampf für Demokratie und Demokratisierung in der Welt eine lange Geschichte hat, tritt die Entwicklung der modernen Demokratie, vor allem im 19. Jahrhundert, mit großem Fortschritt voran und im 20. Jahrhundert wurde sie weiter beschleunigt. Eine große Rolle spielten dabei die Amerikanische und Französische Revolution. Die historische Perspektive macht deutlich, dass die Demokratie ihre Stärke im weitesten Sinne in den Bewegungen des Volkes nimmt.⁹⁸

Zu Letzteren zählen Umwelt-Bewegungen, Frauenbewegungen, Studentenbewegungen und andere, welche die Menschen zusammenbringen und zum gemeinsamen Handeln bewegen. Demokratie bedeutet auch, dass die Menschen in der politischen Verwaltung mitarbeiten. Das auf die Souveränität des Volkes basierende politische System braucht einige notwendige Elemente. Diese sind politische Freiheiten, Rechtsstaatlichkeit, Beschränkung der Macht, Gewaltenteilung, Transparenz, Säkularismus, Demokratiekultur, Zivilgesellschaft und die Garantie der Freiheit und Gerechtigkeit.⁹⁹

Politischen Freiheiten gehören zu den unverzichtbaren Voraussetzungen der Demokratie. Diese sogenannten politischen Freiheiten sind die Freiheit der politischen Partizipation, Bürgerrechte und politische Wettbewerbsfähigkeit. Die Freiheit zum Wählen und Gewählt werden sowie die Teilhabe an politischen Aktivitäten gehören zu den Freiheiten der politischen Partizipation. Unter solche Aktivitäten fallen u. a. die politische Parteigründung, der Parteibeitritt, das Gründen von Vereinen sowie die Beteiligung an Versammlungen und Kundgebungen.¹⁰⁰

Zu den persönlichen Freiheiten gehören die Meinungsfreiheit, die Religions- und Gewissensfreiheit, das Recht auf Leben und die Unantastbarkeit. Die politische

⁹⁸ Vgl. Erdoğan, Mustafa: *Anayasal Demokrasi*, 3. Auflage, Ankara 1999, Siyasal Kitabevi Verlag, S. 204.

⁹⁹ Vgl. Clark, John: *Kalkınmanın Demokratikleşmesi Gönüllü Kuruluşların Rolü*. Übersetzt von Serpil Ural. Ankara 1996, Türkiye Çevre Vakfı Verlag, 28.

¹⁰⁰ Vgl. ebd.

Wettbewerbsfähigkeit bedeutet die Vielfalt und Verschiedenheit der politischen Parteien, die Ausführung der Wahlen im Wettbewerb und die Offenheit der Parteiführung für jedermann.¹⁰¹

Der Rechtsstaat sorgt dafür, dass die Handlungen und Ausführungen, welche die vom Volk gewählten Vertreter durchführen, jeder Zeit der Justiz offen sind und dass sie im Rahmen der Rechtsstaatlichkeit ausgeführt werden. Die politische Macht und ihre Befugnisse nicht begrenzen zu können, widerspricht dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit. Unbegrenzte Stärke und Autorität der politischen Macht können zu Beschränkungen oder gar zur Abschaffung der politischen Freiheiten führen. Gewaltenteilung zielt darauf ab, dass die Legislative, Exekutive und Judikative nicht unter einer Macht zusammenkommen. Gesetze zu verabschieden, ist der Legislative vorenthalten, die Ausführung der Gesetze der Exekutive. Auftretende Konflikte mit der Einhaltung der Gesetze zu kontrollieren und gegebenenfalls zu mahnen, ist eine Aufgabe der Judikative.¹⁰²

Die Maßnahmen und Verfahren von den Regierenden sollten offen für das Volk sein und es sollte auch möglich sein, das Recht und die Freiheit zur Informationen über die Regierenden zu erhalten. Die Demokratie plädiert für die Glaubensfreiheit. Der Laizismus ist in Bezug auf die Religions- und Gewissensfreiheit erforderlich. Politische Freiheiten sind nicht nur gesetzlich geschützt. Bildung und Institutionalisierung der Demokratie erfordern eine starke und aktive Zivilgesellschaft. Bereitstellung und Gewährleistung der Rechte und Freiheiten im Angesicht der politischen Macht finden durch die Institutionalisierung der Zivilgesellschaft statt.¹⁰³

Dass das Volk bei politischen Entscheidungen Mitspracherecht hat, dieses Recht hat seine Quelle in der Verfassung und in anderen Normen. Die Existenz der Demokratie ist

¹⁰¹ Vgl. ebd.

¹⁰² Vgl. Aktan, Coşkun Can: Yeni Bir Sistem Arayışı Demokrasi Poliarsi ve Demarsi, Konya 2005, Çizgi Kitabevi Verlag, S. 11ff.

¹⁰³ Vgl. ebd.

abhängig von der Teilnahme der Öffentlichkeit an den politischen Entscheidungen. Ohne Freiheit und Sicherheit der Justiz ist die Demokratie einfach nur eine Wahl zur diktatorischen Ausführungen der Mehrheit. Wenn ein auf die Mehrheit basierendes System der gesamten Gesellschaft kein Respekt zollt, gibt es Willkür. Forderungen nach Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit sollten nicht nur auf dem gesunden Menschenverstand der Regierenden beruhen. Innerhalb dieser Freiheiten sind die Meinungsfreiheit, die Freiheit der Information und deren Verbreitung beheimatet. Diese Freiheiten sollten institutionell und rechtlich verankert und garantiert werden.¹⁰⁴

3.1.2. Polyarchie

Ein Führungsstil in modernen Industriegesellschaften, der nicht von einer Elite, sondern aus mehreren Elitegruppen besteht, die sowohl die gesellschaftlichen als auch politischen Prozesse beeinflussen, wird als Polyarchie bezeichnet. Polyarchie ist ein politisches System, das durch zwei Merkmale gekennzeichnet ist. Erstens ist in der Polyarchie eine Opposition zwar erlaubt aber nur auf eine kleine Gruppe beschränkt. Zweitens sind in einer Polyarchie zwar die meisten Erwachsenen als Bürger anerkannt, sie können die politische Autorität jedoch nicht durch Wahlen abwählen oder eine echte Opposition führen.¹⁰⁵

Um die Polyarchie von den anderen Systemen zu unterscheiden und sie genauer zu definieren, müssen bei ihr sieben Institutionen zur gleichen Zeit vorhanden sein, die wie folgt aufgezählt werden:

Gewählte Vertreter: Sie bestimmen die Politik.

Freie und faire Wahlen: Volksvertreter werden in kurzen Abständen, ohne allgemeine Repressalien zu spüren, in rechtmäßigen Wahlen bestimmt.

¹⁰⁴ Vgl. ebd.

¹⁰⁵ Vgl. Dahl, Robert: Democracy and Its Critics. In: Green, Philip (Hrsg.): Key Concepts In Critical Theory Democracy. New Jersey 1993, Humanities Press, S. 57-66.

Das allumfassende Wahlrecht: In der Praxis hat jeder Erwachsene das Recht, bei der Wahl seine Stimme abzugeben

Das Recht auf Wettbewerb für eine Position: In der Praxis haben alle Erwachsenen das Recht, sich für die in den Wahlen bestimmte Positionen zur Wahl zu stellen. Doch kann das erforderliche Alter um gewählt zu werden, im Gegensatz zum Wählen, höher angesetzt sein.

Meinungsfreiheit: Die Bürgerinnen und Bürger haben das Recht, ihre Gedanken ohne Androhung von schweren Strafen über politische Themen, Personal, Verwaltung, Regierung, sozio-ökonomische Ordnung frei auszudrücken. Diese Freiheit erlaubt auch Ideologiekritik.

Alternative Informationen: Die Bürger haben das Recht, sich über alternative Quellen zu informieren. Diese Quellen sind gesetzlich geschützt.

Organisatorische Autonomie: Die oben genannten Rechte und Freiheiten stehen den Bürgern politischer Parteien und Interessengruppen sowie Organisationen zur Verfügung.

Mit Blick auf das Robert Dahls Polyarchiekonzept wird ein Minimalverständnis von Demokratie sichtbar. Ihm zufolge braucht es die aufgezählten sieben Kriterien, um ein politisches System als demokratisch bezeichnen zu können: die Wahl der Amtsinhaber, freie, faire und regelmäßig stattfindende Wahlen, ein möglichst auf alle Erwachsenen ausgedehntes inklusives Wahlrecht, das passive Wahlrecht für möglichst alle Erwachsenen, Meinungsfreiheit, Informationsfreiheit sowie Organisations- und Koalitionsfreiheit.¹⁰⁶

¹⁰⁶ Vgl. Freise: a.a.O., 2004, S. 22.

Diese Elemente sind jedoch nur im Sinne von formalen Voraussetzungen von Demokratie zu verstehen. Dabei sind sich Politikwissenschaftler darüber einig, dass demokratische Institutionen und Wahlverfahren für ihr Funktionieren eine geeignete politische Kultur und eine Demokratie stützende Zivilgesellschaft brauchen.¹⁰⁷

3.2. Demokratisierung

Mit der universellen Idealisierung von Demokratie sowie dem Verständnis des Rechtsstaates änderte sich das Konzept des modernen Staates. Dass der Einzelne vom „öffentlichen Dienst profitiert“ hat zur Entstehung der Ideologie der Menschenrechte geführt. Die Konzepte „Demokratische Verwaltung“ und „Demokratie in der Verwaltung“ bedeuten auf den ersten Blick dasselbe, sie sind aber in der Tat unterschiedliche, aber sich vervollständigende Konzepte.¹⁰⁸

Obwohl eine demokratische Regierungsführung durch demokratische Wahlen zustande kommt, führt erst das Zusammenspiel vieler Elemente zur Festigung der Demokratie. Dass die mit der Gesetzgebung bevollmächtigten Institutionen und Entscheidungsträger in allgemeinen Wahlen bestimmt werden, kann als erster und unverzichtbarer Schritt zur demokratischen Verwaltung dienen.¹⁰⁹

3.3. Menschenrechte

Das allgemeinste Verständnis von Menschenrechten ist der Schutz der Menschenwürde, materiell sowie moralisch. Menschenrechte stehen heutzutage in der Weltöffentlichkeit ganz oben auf der Themenliste. Der Grad der Zivilisation eines Landes wird nicht mehr

¹⁰⁷ Vgl. Linz, J./A. Stepan: Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe. Baltimore und London 1996, zit. nach Freise, Matthias: Externe Demokratieförderung in postsozialistischen Transformationsstaaten. Band 27, Münster 2004, Lit Verlag, S. 22.

¹⁰⁸ Vgl. Gülmez, Mesut: İnsan Hakları ve Demokrasi Eğitimi, Ankara 2001, TODAİE Verlag, S. 4.

¹⁰⁹ Vgl. ebd.

auf dem Gebiet der Wissenschaft und Technik gemessen, sondern auf dem Gebiet der Entwicklung und dem Respekt gegenüber den Menschenrechten.¹¹⁰

Das Konzept der Menschenrechte taucht in allen Gebieten des täglichen Lebens auf und ist somit ein rechtlicher und zugleich soziologischer Begriff. Um die Grenzen und den Umfang dieser Begrifflichkeit zu nennen, wurden verschiedene Definitionen gemacht. Mit einigen Unterschieden im Inhalt werden Menschenrechte als angeborene, unveräußerlichen Rechte, unentbehrlich Grundrechte und Grundfreiheiten definiert. Die Schwierigkeit in der Definition liegt darin, dass Freiheit und Recht nicht genau voneinander zu trennen sind.¹¹¹

Im Allgemeinen zeigt das Konzept der Menschenrechte ein Ideal. Die Benutzer dieses Begriffes bezeichnen damit nicht dasjenige, was wirklich vorhanden ist, sondern dasjenige, was sein sollte. Damit sind Menschenrechte allen Menschen – ohne Diskriminierung – anzuerkennen.¹¹²

Das Konzept der Menschenrechte ist im Prozess der historischen Entwicklung in vieler Hinsicht diskutiert worden. Es symbolisierte den idealen Weg in der Innen- und Außenpolitik und wurde insbesondere in den westlichen Demokratien, vor allem mit dem Anspruch universelle Werte, als eine Art Instrument der Außenpolitik eingesetzt. In östlichen Ländern und den islamischen Gesellschaften wird von besonderen Umständen gesprochen, vor allem in Bereichen, die die Frauen betreffen. In diesem Zusammenhang kommt es zu großen Debatten über den universellen Charakter der Menschenrechte und ihre religiösen und kulturellen Aspekte.¹¹³

"Alle Menschen sind frei geboren und sind in Bezug auf die Würde und Rechten gleich. Sie besitzen Vernunft und Gewissen und sollen brüderlich miteinander umgehen".

¹¹⁰ Vgl. ebd.

¹¹¹ Vgl. ebd.

¹¹² Vgl. ebd.

In der Allgemeinen der Menschenrechte heißt es: „Jeder hat Anspruch auf alle in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten, ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Anschauung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand. Des weiteren darf kein Unterschied gemacht werden auf Grund der politischen, rechtlichen oder internationalen Stellung des Landes oder Gebietes, dem eine Person angehört, gleichgültig ob dieses unabhängig ist, unter Treuhandschaft steht, keine Selbstregierung besitzt oder sonst in seiner Souveränität eingeschränkt ist“.¹¹⁴

Wie sich in den ersten beiden Punkten der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zeigt, ist eine allgemeine Definition der Menschenrechte. In gewissem Sinne wird mit dem Begriff Menschenrechte dasjenige wiedergegeben, was eigentlich jedem Menschen anerkannt werden müsste, namentlich Ehre und Wert.¹¹⁵

Die Rechte und Freiheiten kommen vom Kerngedanken, dass alle Menschen ähnlichen Anforderungen gegenüberstehen. Die Wahrnehmung der Rechte und Freiheiten kann nicht nur im geografischen, sondern auch im historischen Sinne inhaltliche Differenzen zeigen. Als Beispiel wäre zu nennen, dass in einigen Ländern das Wahlrecht von Frauen viele Jahre ignoriert wurde, dagegen zählen diese Rechte in einigen Ländern zu den „sine qua non“ der Demokratie.¹¹⁶

Seit Jahrhunderten tragen die Menschen angehäufte Information von Ereignissen in die nächsten Generationen. Damit werden, gemäß der natürlichen Entwicklung der Demokratie, die Menschenrechte und Grundfreiheiten zunehmend ausgedehnt. Ein weiteres Beispiel ist die Stellung der Technik in der Geschichte der Menschheit, deren Fehlen nicht gefühlt wurde. Das Fehlen von früheren Rechten wird nun jedoch fühlbar.

¹¹³ Allgemeine Deklaration der Menschenrechte: der Generalversammlung vom 10. Dezember 1948.

URL: <http://www.un.org/Depts/german/grunddok/ar217a3.html>. Stand: 15.10.2010.

¹¹⁴ Vgl. ebd.

¹¹⁵ Vgl. Schorlemer, S.V.: Human Rights. Substantive and Institutional Implications of the War Against Terrorism. *European Journal of International Law*, Vol. 14, No. 2, 2006, S. 265f.

¹¹⁶ Vgl. ebd.

Öffentlicher Verkehr, Transport, Information, Kommunikation sind Themen, die anfangs als ein Luxus angesehen wurde, nun aber im Laufe der Zeit notwendig geworden sind. Auch die als eine Nebenwirkung der Technologie gesehene Umweltverschmutzung wurde lebensbedrohlich und man fordert nun das Recht, in einer gesunden Umwelt zu leben. Wie dieses Beispiel zeigen soll, sind Rechte und Freiheiten nicht von statischer Struktur. Im Zusammenspiel mit einer sich ständig wechselnden und entwickelnden sozialen Struktur werden sich neue Konzepte der Freiheit und der Menschenrechte immer verändern und weiterentwickeln.¹¹⁷

Länder, die demokratisch regiert werden, zeigen mit den Ausführungen der Menschenrechte, wie weit sie zivilisatorisch entwickelt sind. Alle Länder, die als demokratischer Staat anerkannt werden wollen, müssen erkennen, dass sie die Rechte zu schützen und garantieren haben, die nun universellen Charakter besitzen.¹¹⁸

Im politischen Sprachgebrauch bezeichnen „Menschenrechte“ diejenigen Freiheitsansprüche, die der Einzelne allein aufgrund seines Menschseins erheben kann und die eine Gesellschaft aus ethischen Gründen rechtlich absichern muss. In diesem Zusammenhang werden „natürliche“, „vorstaatliche“, „angeborene“ und „unveräußerliche“ Rechten analytisch voneinander unterschieden. In deren Achtung und Sicherung legitimiert sich ein politisches Gemeinwesen. Im juristischen Sinne verstand man unter Menschenrechten Folgendes:

- erstens, und dies im Unterschied zu Grundrechten, solche Rechte des Einzelnen, zu deren Wahrung der Staat auf Grundlage völkerrechtlicher Normen verpflichtet ist und
- zweitens, und dies im Unterschied zu Bürgerrechten, verfassungsmäßige Rechte, die alle auf einem Territorium lebenden Menschen betreffen.¹¹⁹

¹¹⁷ Vgl. Woyke, Wichard: Handwörterbuch Internationale Politik. 10. Auflage, Opladen&Farmington Hills 2006 Barbara Budrich Verlag, S. 309.

¹¹⁸ Vgl. ebd.

¹¹⁹ Vgl. ebd.

Dem menschenrechtlichen Legitimationsgedanken zufolge ist ein Staat erst dann legitim, wenn er die Freiheit, Gleichheit und verantwortliche Mitwirkung jedes Einzelnen in allen dem Menschen wesentlichen Daseinsbereichen ermöglicht und für die faktischen Bedingungen ihrer Wahrnehmung sorgt.¹²⁰

Dieser Gedanke ist in seiner verfassungsrechtlichen Ausgestaltung erstmals in den klassischen Erklärungen der Menschenrechte zu finden, d. h. in der „Virginia Bill of Rights“ (1776) und der „Declaration des droits de l’homme et du citoyen“ (1789), in denen auch die ersten Kataloge einzelner Menschenrechte auftauchen. In den nach 1830 im europäischen Konstitutionalismus entstandenen Verfassungen stehen die „klassischen“ Rechte ebenso im Vordergrund: individuelle Freiheitsrechte, das sind Leben, Sicherheit, Religion, Eigentum und rechtstaatliche Gerichtsverfahren, und politische Rechte, das sind Wahl, Meinungs- und Pressefreiheit. Diese Menschenrechte werden im Laufe des 19. Jahrhunderts durch die Liste sozialer Menschenrechte komplementiert, zu denen Arbeit, soziale Sicherheit, Bildung u. a. zählen. Doch erst im Sozialstaat des 20. Jahrhunderts kommt es zu ihrer institutionellen Sicherung. Das Entwicklungsprogramm der UN (UNDP) hat im Jahr 1991 darüber hinaus einen „Human Freedom Index“ entwickelt, durch den die Bindung von Entwicklungsprojekten an die Beachtung von Menschenrechten operationalisiert werden soll:¹²¹

3.4. Good Governance

Seit Anfang der 1970er Jahre tauchen in den modernen Rechtsstaaten die Ideen von „*good governance*“ auf, und zwar mit dem Ziel, das schlechte Regieren in der demokratischen Regierungsführung so niedrig wie möglich zu halten. Diese Konzepte

¹²⁰ Vgl. ebd.

¹²¹ Vgl. ebd., S. 316.

und Vereinbarungen wurden in der öffentliche Verwaltung und Verwaltungsverfahren ein fester Bestandteil.¹²²

Welche neue Qualität des Regierens soll der Begriff der Governance bezeichnen, der in den Politikwissenschaften ein „Schlüsselbegriff“ ist? Diese Frage ist tatsächlich nur schwer zu beantworten, weil der Begriff heterogene Vorstellungen über Staatsmodernisierung, kooperative Staatlichkeit oder die Reaktivierung gesellschaftlicher Problemlösungspotenziale unter sich vereint. Governance beschreibt vage „Soll-Zustände“ neuer Staatlichkeit und kooperativ-partizipativer Aufgabenbewältigung. Der Begriff definiert sich lediglich in der assoziativen Differenz zu „altem“ oder „traditionellem“ Regieren.¹²³

Man verbindet gegenwärtig „*good governance*“ nicht nur mit Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, sondern in den letzten Jahren finden auch Konzepte aus den sozialen, wirtschaftlichen, politischen und administrativen Bereichen Berücksichtigung.¹²⁴

3.5. Demokratieförderung

Nach Sandschneider werden unter Demokratieförderung die Versuche externer Akteure verstanden, in einem anderen Land Grundmuster politischer Entscheidungsfindung und Ordnung so zu beeinflussen, dass sie wenigstens die Minimalkriterien für demokratische Ordnungen erfüllen. Zu den externen Akteuren zählen alle individuellen oder kollektiven Akteure, die den Versuch unternehmen, Demokratisierungsprozesse eines Landes von einem außerhalb dieses Ziellandes

¹²² Naisbitt, John: Megatrends. New York 1984, Warner Books.

¹²³ Vgl. Katenhusen/Lamping: a.a.O., 2003, S. 24.

¹²⁴ Vgl. Küçükadi, İonna: Human Rights: The Idea, the Demand and the Instruments. Ankara 1995, Philosophical Society of Turkey, S. 80f.

gelegenen Entscheidungszentrum direkt oder indirekt und mit selbst gewählten Mitteln zu verändern.¹²⁵

4. Der Demokratisierungsprozess in der Türkei und der Europäische Einfluss

Die EU-Beitrittsfähigkeit der Türkei entscheidet sich wesentlich am Grad der in der Türkei verwirklichten Demokratie. In der aktuellen Debatte mahnen Skeptiker an, dass der Weg der Türkei zu einem liberalen und demokratischen Staat noch weit sei. Dieses Argument unterstellt allerdings, dass Demokratisierung überall nach dem gleichen Muster und unabhängig von historischen und kulturellen Einflüssen verläuft. Die historischen Wurzeln und das Erbe des Osmanischen Reiches, die nach der Gründung der Republik konsequent betriebene Modernisierungspolitik und der Prozess der Demokratisierung verdeutlichen, dass westliche Gesellschaften und deren Verfassungssysteme stets ein Vorbild für die Türkei waren.¹²⁶

Nach jedem Militäreingriff wurde die Soldaten zur Kaserne zurückgezogen, dies erleichterte sogar den demokratischen Prozess. Seit den Militärputschen hat die Türkei die Prüfung des demokratischen Wandels nicht nur einmal, sondern viele Male bestanden.¹²⁷

Aufgrund von nationalem und internationalem Druck hat jede Regierung, die seit den 1990er Jahren in der Türkei amtiert, Maßnahmen zur Verbesserung der Menschenrechtslage ergriffen. Diese betreffen im Wesentlichen verfassungs- und

¹²⁵ Vgl. Sandschneider, Eberhard: Externe Demokratieförderung. Theoretische und praktische Aspekte der Außenunterstützung von Transformationsprozessen, Zentrum für angewandte Politikforschung, München 2003, S. 3f.

¹²⁶ Vgl. Laçiner, Sedat: „Das alte Europa“ gegen die Europäische Union. In: Laçiner, Sedat/Özcan, Mehmet/Bal, Ihsan(Hrsg.): Das türkische Europa. Istanbul 2005, Verlag Hayat, S. 17.

¹²⁷ Vgl. Çukurçayır, Akif: Siyasal Katılma ve Yerel Demokrasi. Ankara 2002, Yargı Verlag, S. 23ff.

strafrechtliche Modifikationen und die Institutionalisierung von Menschenrechten im politischen System.¹²⁸

Die Türkei wird seit den Terrorangriffen auf die westliche Welt am 11. September als Modell gesehen, eine mehrheitlich islamische Gesellschaft mit demokratischen westlichen Werten zu verbinden. Deshalb wird der AKP von etlichen ausländischen Akteuren eine bedeutende Rolle beigemessen und den Ereignissen und Machtkämpfen internationale Beachtung geschenkt.¹²⁹

Die Kriege und Interventionen im Irak und in Afghanistan haben deutlich gemacht, wie wichtig eine Partnerschaft zwischen der Türkei und der EU ist. Vor diesem Hintergrund tragen beide Partner eine große Verantwortung.

4.1. Die Ideologien in der letzten Zeitabschnitte des Osmanischen Reiches

Ziel der Ideologien, die im letzten Zeitabschnitte des Osmanischen Reiches aufkamen, war es, dessen Zusammenbruch zu verhindern. Die von osmanischen Intellektuellen hervorgebrachten Ideologien entstanden besonders in der Zeit nach den Tanzimat- und Islahatreformen.

4.1.1. Osmanismus

Die Osmanismus-Ideologie wurde mit dem Tanzimat zusammen die politische Ideologie des Osmanischen Reiches. Ziel dieser Ideologie war es, die Aufsplitterung des Osmanischen Reiches zu verhindern. Der Nationalismus, welcher sich mit dem Einfluss

¹²⁸ Vgl. Liese, Andrea: Zur Situation der Menschenrechte in der Türkei. In: Hasse, Jana/Müller, Erwin/Schneider, Patricia (Hrsg.): Menschenrechte. Baden-Baden 2002, Nomos Verlag, S. 147.

¹²⁹ Vgl. Coşkun, Birgül Demirtaş: Republikaner versus Demokraten? Zur politischen Entwicklung in der Türkei. In: Welt-Trends. Zeitschrift für internationale Politik. Zerrissene Türkei. 16. Jg., 2008, S. 39.

der Französischen Revolution im Osmanischen Reich zu verbreiten begann, bildete die Grundlage der Idee des Osmanismus.¹³⁰

Der Grundsatz des Osmanismus lautete „ittihat-ı Anasır“, das heißt: Unabhängig von Religion und Rasse werden alle Bestandteile der Identität unter die Priorität der Idee der „Osmanischen Union“ gestellt. So wurde versucht, den Begriff des „Osmanen“ als oberstes Identitätsmerkmal zu definieren. Osmanismus ist in diesem Sinne mehr als das Osmanische Reich, das die territoriale Integrität schützt. Die Inspiration dieses Geistes waren die Freimaurerei und ihre Logen. Der Unionist Kazım Nami Duru sagt über die Freimaurer Folgendes: „Rassen, Nationen und Religionen, die nie zusammenkommen könnten und immer zerstritten waren, verstehen sich unter dem Dach der Freimaurerei“. Nach dem Vorbild der Freimaurer könnte man auch dem Osmanischen Reich eine neue Form geben. Einigen Historikern zufolge ist die Wirkung der Freimaurerlogen auf die Proklamation des II. Konstitutionalismus groß gewesen.¹³¹

Mit der Frage „Wie wird das Osmanische Reich befreit“, ist der Osmanismus die erste vorgetretene politische Ideologie und eine Grundlage für die nachkommenden politischen Bewegungen. Er spielt eine wichtige Rolle im politischen und einflussreichen Leben des Osmanischen Reiches. Der Osmanismus bringt in allen ethnischen Gruppen im Osmanischen Reich das Gefühl des Osmanismus und parallel dazu eine Osmanische Nation hervor.¹³²

Die Osmanische Freiheitsgemeinde wurde in Thessaloniki gegründet. Die Stadt Thessaloniki ist das Tor des Osmanischen Reiches zu Europa und das Eingangstor des europäischen Imperialismus zum Balkan. Durch die Freimaurer und die zionistischen Organisationen beherrschten die Juden das kommerzielle, wirtschaftliche, politische und soziale Leben von Thessaloniki. In dem 1839 deklarierten „Gülhane Hattı Homayoun“ ist die Idee der „İttihat-ı Anasır“ als Prinzip deklariert worden. Mit dem Prinzip der territorialen Bruderschaft versuchte man zwischen den Osmanen, die

¹³⁰ Vgl. Tunaya, Tarık Zafer: Türkiye’de Siyasi Partiler İkinci Meşrutiyet Dönemi, Cilt: I, 2. Auflage, İstanbul 1988, Hürriyet Vakfı Verlag, S. 31.

¹³¹ Vgl. Yazıcı, Nevin: Osmanlılık Fikri ve Genç Osmanlılar Cemiyeti., Ankara 2002, Kültür Bakanlığı Verlag, S. 44.

¹³² Vgl. Ülken, Hilmi Ziya: Türkiye’de Çağdaş Düşünce Tarihi. İstanbul 2005, Ülken Verlag, S. 124ff.

verschiedenen Religionen angehörten, das Gleichheitsprinzip zu verwirklichen. Der Begriff „İttihat-ı Anasır“ (Union der Elemente) war der Ausdruck dieses neuen Ideals. Er wurde verwendet, um die Einheit der Vielfalt zu erklären.¹³³

Die Tanzimat-Bewegung fing an, die Interessen der westlichen Staaten gegenüber dem Osmanischen Reich und dessen multinationale Struktur zu verhindern. Sie hatte die alleinige Absicht, allen Bürgern das Gleiche Recht zu geben und die Einheit der Osmanen zu wahren.¹³⁴ Als osmanische Identität galt jahrhundertlang die islamische Identität. Diese Identität wurde lange Zeit nicht vom Nationalismus beeinflusst.¹³⁵

4.1.2. Islamismus

Die Bewegung des Islamismus im Osmanischen Reich ist als eine Ideologie der Entwicklung und Befreiung die Fortsetzung der Osmanismus-Bewegung. Sie könnte als Nationalismus und im gewissen Maße auch als eine dem Türkismus vorhergehende Bewegung behandelt werden.¹³⁶

Der Islamismus im 19. bis 20. Jahrhundert will, dass der Islam als Ganzes „wieder“ im Leben der Muslime dominiert, also im Glauben und Gottesdienst sowie in Moral, Philosophie, Politik, Recht und Bildung.¹³⁷

Wenn wir uns die jüngere osmanische Geschichte anschauen, sehen wir Intellektuelle, die nach Europa fliehen und von dort im Jahre 1867 gegen die osmanische Regierung die erste demokratisch-revolutionäre Opposition gründen. Zu dieser Zeit gibt es die ersten Theoretiker, die den traditionellen Islam zum Islamismus umformen. Zu diesen Intellektuellen gehören unter anderem Ali Suavi, Namik Kemal und Ziya Pascha.¹³⁸

„Die Islamisten akzeptierten die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung, doch interpretierten sie das neue System als Ausdruck des in der Scharia angelegten

¹³³ Vgl. Tunaya: a.a.O., 1988, S. 30f.

¹³⁴ Vgl. Kuran, Ercüment: Türk Çağdaşlaşması. Ankara 1997, Akçağ Basım Verlag, S. 245..

¹³⁵ Vgl. Timur, Taner: Osmanlı Kimliği. İstanbul 1986, Hil Verlag, S. 145..

¹³⁶ Vgl. ebd.

¹³⁷ Vgl. Kuran: a.a.O., 1997, S. 246.

¹³⁸ Vgl. Türköne, Mümtaz'er: Millî Devlet-Laiklik-Demokrasi. In: Türk Günlüğü. Nr.:75, 2003, S. 38.

Gedankens der „Beratung“. Allerdings gab es unter ihnen bei aller Übereinstimmung im Grundsätzlichen, d.h. der vollen Umsetzung der Scharia im neuen System, auch unterschiedliche Akzente. So vertraten einige islamistische Intellektuelle, nicht zuletzt unter dem Eindruck der andauernden verheerenden Niederlagen gegen die Europäer, die Ansicht, dass es möglich und unbedingt notwendig sei, nach japanischem Vorbild Wissenschaft und Technik vom Westen zu übernehmen, ohne dabei sich auch dessen Kultur anzueignen.¹³⁹

Den Osmanismus durch den Islamismus zu ersetzen, war kein Gedanke, den ein Intellektueller in der Osmanischen Gesellschaft im Jahre 1870 ohne Weiteres wagen konnte. Um die verschiedenen ethnischen Gruppen des Osmanischen Reiches zusammenzuhalten, wurde der Osmanismus als eine Notwendigkeit angesehen. Andererseits wurden die 250 Millionen Muslime durch die Idee der „Islamischen Einheit“ im Osmanischen Reich verbunden, wodurch eine riesige Macht gewonnen werden konnte. Zu der Zeit des Sultans Abdulaziz existierte islamische Einheit (Ittihat-i Islam) als praktisches Instrument der Außenpolitik¹⁴⁰

„Im 19. Jahrhundert propagierten die osmanischen Eliten zunächst eine Loyalität gegenüber Staat und Dynastie jenseits von ethnischen und konfessionellen Gegensätzen. Spätestens 1878 war jedoch offenkundig geworden, dass zumindest auf dem Balkan diese Ideologie völlig unwirksam war.“¹⁴¹

4.1.3. Turkismus (Turanismus)

Das Osmanische Reich war vor dem Nationalismus in einer Struktur namens „Nationales System“ organisiert. Die Gemeinden in diesem System erschienen als

¹³⁹Kramer, Heinz/Reinkowski, Maurus: Die Türkei und Europa. Eine wechselhafte Beziehungsgeschichte. Stuttgart 2008, W. Kohlhammer Verlag, S.106.

¹⁴⁰ Vgl. Türköne: a.a.O., 2003, S. 38.

¹⁴¹ Faroqhi, Suraiya: Geschichte des Osmanischen Reiches. München 2000, C.H. Beck Verlag, S. 105f.

religiöse Gemeinschaften. Nach der Osmanischen Herrschaft galt nicht das griechische Volk, sondern die orthodoxe Nation.¹⁴²

Dass sich die Ideen des Nationalismus in Europa verbreiteten und im Balkan wirksam wurden, stellte nach der Französischen Revolution im Jahre 1789 für das Osmanische Reich eine neues und sehr wichtiges Problem dar. In kurzer Zeit sah man unter den christlichen Elementen des Reiches wirksame nationalistische Bewegungen. Doch im Vergleich mit diesen Nationalistischen Bewegungen sah man unter den türkischen Elementen des Reiches kein ähnliches Verhalten.¹⁴³

Die neuen Begriffe, die mit der Französischen Revolution auftauchten, zum Beispiel Heimat, Nation, Freiheit, Gleichheit oder Konstitutionelle Monarchie schädigten im Osmanischen Reich die Integrität des Staates. Mit dem laizistischen, nationalen Souveränitätsprinzip, das im Westen Verbreitung fand, wurde der ideologische Charakter des Nationalismus bewusst vernachlässigt.¹⁴⁴

Da der Nationalismus für die Integrität des Staates eine Bedrohung darstellte, hat das Osmanische Reich gegen die nationalistische Bedrohung gemeinsam mit militärischen und administrativen Maßnahmen eine Ideologie entwickelt. Mit der Tanzimat-Bewegung sollte die osmanische Heimat geschaffen werden, eine Nation auf Grundlage der Loyalität gegenüber der osmanischen Dynastie.¹⁴⁵

Den erfolgreichen und systematischen Ausdruck des Türkismus findet man in der literarischen Zeitschrift „Junge Schriftsteller“, die 1911 in Thessaloniki erschien. Die Herausgeber der Zeitschrift „Junge Schriftsteller“ waren Ömer Seyfettin, Ziya Gökalp und Ali Canip. Sie gingen gegen die Regeln der arabischen und persischen Grammatik vor, die Eingang in die Türkische Sprache gefunden hatte. Gleichzeitig versuchten sie,

¹⁴² Vgl. Hanioglu, Şükrü: *Batıcılık. Tanzimattan Cumhuriyete Türkiye Ansiklopedisi. Cilt:5*, İstanbul 1985, İletişim Verlag, S. 1389.

¹⁴³ Vgl. ebd.

¹⁴⁴ Vgl. Kuran: a.a.O., 1997, S. 246.

¹⁴⁵ Vgl. Hanioglu: a.a.O., 1985, S. 1389.

arabische und persische Wörter, für die es türkische Entsprechungen gab, aus der Sprache zu entfernen.¹⁴⁶

Ziya Gökalp Gründer der türkischen Bewegung und Mitglied des Zentralkomitees für Einheit und Fortschritt: „Turan ist kein illusorisches Vaterland. Die in Asien nebeneinander wohnenden türkischen Stämme werden sich unter der türkischen Fahne sammeln und ein großes Kaiserreich bilden. Turan ist das Vaterland des Großtürkentums. Turan ist aber nicht das Vaterland der Vaterlandslosen.“¹⁴⁷

4.1.4. Die Liberalen

Die Liberalen werden oft im Osmanischen Staat mit der Idee der Verwestlichung verwechselt. Für die Ausrichtung nach „Westen“ sind beide grundlegend, doch die Liberalen denken, dass das liberale Wirtschaftssystem zu dominieren hat, um die Auflösung des Osmanischen Reiches zu verhindern.¹⁴⁸

Die Liberalen sind mit der Bewegung zusammen, die mit den Bemühungen der Modernisierung und Verwestlichung im Osmanischen Reich anfangen, zu einer Bewegung des Denkens nach der II. Konstitutionellen Monarchie geworden. In Hinblick des türkisch politischen Denkens ist die Verwestlichung der komplizierteste Begriff, der je konfrontiert werden. Obwohl er am Anfang als ein sehr umfassender und neutraler Begriff präsentiert wurde, hat er schnell einen politischen Inhalt bekommen. Man kann behaupten, dass die Verwestlichung aus drei Stufen bestand. Dies sind der Mentalitäts-, Institutions- und Identitätsprozess.¹⁴⁹

4.1.5. Westlertum

¹⁴⁶ Vgl. Sadiq, Mohammad: Türkçülük Cereyeni. Türk Milliyetçiliğinin Eşiğinde (1908-1918). Türk Kültür Araştırmaları. Jahr:3,4,5, Nr.:5-20, Ankara 1972, Türk Kültür Enstitüsü Verlag, S. 11.

¹⁴⁷ Vgl. Roth,Jürgen/Taylan, Kamil: Die Türkei. Republik unter Wölfen. Bornheim 1983, Lamuv Verlag, S. 109.

¹⁴⁸ Vgl. Kahraman, Hasan Bülent: Bir Zihniyet, Kurum ve Kimlik Kurucusu Olarak Batılılaşma. Modern Türkiye’de Siyasi Düşünce. Modernleşme ve Batıcılık. Cilt:3, Ankara 2002, İletişim Verlag, S. 125.

¹⁴⁹ Vgl. ebd.

Die Konflikte der Türken mit dem Westen nahmen mit den Siedlungen der Türken im Mittelmeerraum ihren Lauf. Die Türken kamen zuerst während des Byzantinischen Reiches mit Venedig und Genua in Verbindung und lernten viel über die Schifffahrt, Küche und Wirtschaft. Doch die intensivste Beziehung zwischen den Türken und dem Westen wurde in der Periode des Osmanischen Reiches erlebt.¹⁵⁰

„Zeitgenössisch sein“ könnte im Modernen Türkisch als „mit anderen in der gleichen Zeit leben“ definiert werden. Im Hinblick auf die Idee trägt es die Bedeutung „Auf das gleiche Niveau mit der entwickelten Gesellschaften kommen“. Verwestlichung kann heißen, den Westen als Beispiel zu nehmen, zu versuchen so zu sein wie der Westen.¹⁵¹ Manchmal wird dieser Begriff auch für Industrialisierung und Aufbruch verwendet.

Die ersten Erneuerungen aus dem Westen zeigten sich im Osmanischen Reich im militärischen Bereich.¹⁵² Ab 1860 sieht man gegenüber den Bemühungen zur Verwestlichung eine Reihe von Reaktionen, die auf den Kreis der Elite beschränken. Die neuen Osmanen haben sich außer für den Kauf von Technologie wenig für Innovationen interessiert. Zu dieser Zeit versuchte man, die traditionellen und modernen Werte zu mischen. Ab 1839 bekamen die Anhänger der Modernisierung in der Verwaltung die Macht in die Hand und sie begannen, die gewünschten Veränderungen in kurzen Abständen durchzuführen.¹⁵³

4.2. Verordnete Europäisierung im Osmanischen Reich: Reformsultane

¹⁵⁰ Vgl. Ülken: a.a.O., 2005, S. 123.

¹⁵¹ Vgl. Tunaya: a.a.O., 1988, S. 4.

¹⁵² Vgl. Lewis, Bernard: Modern Türkiye'nin Doğuşu. Übersetzt von Metin Kıratlı. Ankara 1997, Türk Tarih Kurumu Verlag, S. 48.

¹⁵³ Vgl. Kahraman: a.a.O., 2002, S. 126.

Völkerrechtlich betrachtet, ist die Türkei ein Nachfolgestaat des Osmanischen Reiches, dessen Glanzzeit in die Periode zwischen 1453 und 1683 fällt. Ziel aller osmanischen Herrscher war es, in Europa Fuß zu fassen.¹⁵⁴

Die Geschichte des Osmanischen Reiches von 1299 bis 1923 kann chronologisch wie folgt beschrieben werden:

1. Aufbauphase (1299-1453): Die Aufbauphase beginnt mit der Gründung des Osmanischen Reiches im Jahre 1299 und endet mit der Beherrschung von Konstantinopel.
2. Glanzzeit (1453-1683): Die glanzvollste Epoche des Osmanischen Reiches begann mit der Eroberung von Istanbul und endete mit der erfolglosen Belagerung der Stadt Wien im Jahre 1683.
3. Untergang und Ende (1683-1923): Der Untergang begann mit der Niederlage Mehmeds IV. vor Wien und wurde mit der Gründung der türkischen Republik im Jahre 1923 besiegelt.¹⁵⁵

Die Beziehungen zwischen dem Osmanischen Reich und Europa blicken zwar auf eine lange Geschichte zurück, nahmen aber erst Beginn des 19. Jahrhunderts spezifische politische Formen an. Gleichzeitig trat das Osmanische Reich zugleich in sein „längstes Jahrhundert“ ein. Dem niederländischen Historiker und Türkeiexperten Erik Zürcher zufolge war das Osmanische Reich zu dieser Zeit von drei historischen Entwicklungen beeinflusst, die von Europa ausgingen, namentlich erstens von der Inkorporation eines wachsenden Teils der osmanischen Wirtschaft in das kapitalistische Weltsystem, zweitens von der zunehmenden Einflussnahme der europäischen Großmächte und drittens von der zunehmenden Wirkung der europäischen Ideen wie Nationalismus, Liberalismus, Säkularismus und Positivismus.¹⁵⁶

¹⁵⁴ Vgl. Aksoy, Metin: Die Türkei auf dem Weg in die EU. Die Beziehungen zwischen der Türkei und der Europäischen Union- insbesondere von 1990 bis Ende 2004. Frankfurt am Main 2007, Europäischer Verlag der Wissenschaften, S. 19.

¹⁵⁵ Vgl. Şen, Faruk: Türkei. Land und Leute. München 1985, C.H. Beck Verlag, S.34-38.

¹⁵⁶ Vgl. Zürcher, Erik J.: Turkey. A Modern History. London/New York 2003, I.B. Tauris Verlag, S. 2.

Das Osmanische Reich erlebte in dieser Zeit einen Reform- und Modernisierungsschub. Doch dann kam 1876 mit Abdülhamit II. noch einmal ein Sultan an die Macht, der den Weg in den Verfassungsstaat 30 Jahre lang aufhielt. Diese Restauration der absoluten Palastherrschaft endete 1908 mit der Wiederberufung des Parlaments auf Betreiben der Jungtürken, die den ständigen Abspaltungen neuer Nationalstaaten mit der Verfassung ein Ende setzen wollten. Sie banden die in allen Teilen des Osmanischen Reiches aufkeimenden Nationalbewegungen mit ein.¹⁵⁷

Das Reformwerk zur Anpassung an europäische Standards begann im Rahmen der sogenannten „Tanzimat (Re-Organisation)-Periode“ im 19. Jahrhundert. Die Tanzimat-Periode zählt als erstes systematisches Reformwerk, das sich an Europa orientierte.¹⁵⁸

In der türkischen Geschichte wurde Europäisierung mit der zeitgenössischen Zivilisation identifiziert. Da der Begriff Zivilisation heute Europa vertritt, bemüht sich die Türkei um die Europäisierung. Da die europäische Zivilisation als oberste Zivilisation angesehen wird, möchte die Türkei ein Teil davon sein.¹⁵⁹

Zu Beginn der Gebietsverluste des Osmanischen Reichs und seit Selim dem III. hat die Europäisierung an Bedeutung gewonnen. Die Gründe für Gebiets- und Machtverluste werden erforscht und die Bemühungen der Modernisierung wurden zuerst mit den Reformen in der Armee zu realisieren versucht. Im Westen fängt Modernisierung im zivilen Bereich an, in der Türkei beginnt sie im militärischen Bereich. Mit Entwicklungen wie der Benutzung von modernen Waffen, Eröffnungen von Artillerieschulen, der Weiterbildung von Preußischen Strategien wurde der Versuch unternommen, die Armee zu modernisieren. Die Modernisierung sollte militärisch verfolgt werden. Die Bemühung zur Fortsetzung des Staates hat die Türkei zur Europäisierung geführt. In der Türkei haben Europäisierung und Modernisierung die gleiche Bedeutung.¹⁶⁰

¹⁵⁷ Vgl. Buhbe, Matthes (1996): Türkei. Politik und Zeitgeschichte. Opladen 1996, Leske + Budrich Verlag, S. 12.

¹⁵⁸ Vgl. Tibi, Bassam: Aufbruch am Bosphorus. Die Türkei zwischen Europa und dem Islamismus. München/Zürich 1998, Diana Verlag, S. 231.

¹⁵⁹ Interviewgespräch mit s6pr4.

¹⁶⁰ Interviewgespräch mit rx61e.

Die Erreichung der zeitgenössischen Zivilisation, die von Atatürk als Ziel gesetzt wurde, hat den Willen zur Europäisierung der Türkei erhöht. Dies ist ein richtiges Ziel; denn der Lebensstil von Europa und den Europäern und deren Nutznießen von Grundrechten und Freiheiten befinden sich auf einem noch höheren Niveau als in der Türkei. Deshalb möchte die Türkei sich so sehr europäisieren.¹⁶¹

Heutzutage herrscht in den EU-Türkei-Beziehungen eine pessimistische Atmosphäre. Von wem die nationalen Institutionen in der Türkei geführt werden, ist für die EU-Mitgliedschaft wichtig. Wenn wir die Institutionen der Türkei betrachten, sehen wir, dass in der Regierung der AKP die öffentlichen Institutionen, also die nationalen Institutionen, die EU-Mitgliedschaft als positiv ansehen. Sowohl die EU als auch die Türkei werden von der gegenseitigen Übereinstimmung profitieren. Auch die nationalen Institutionen in der Türkei müssen für die Mitgliedschaft arbeiten.¹⁶² Das Bildungssystem der Türkei konnte sich den Entwicklungen auf der Welt nicht anpassen und deshalb sollte aus Gebieten, in denen das Bildungsniveau hoch sind, Unterstützung geholt werden.¹⁶³

4.2.1. Das Osmanische Reich Ein historischer Überblick mit Blick auf Europa

In der Epoche der „Reformsultane“ wurde mit gewissem Erfolg der Versuch unternommen, europäische Reformen von oben durchzudrücken. Die Neuordnung (Tanzimat) erstreckte sich zwar nur auf eine kleine, vorwiegend militärische Elite, sie setzte dennoch einen langsamen Umbruch der Gesellschaft in Gang, der bis heute anhält.¹⁶⁴

Ende des 19. Jahrhunderts fanden dann die westlichen Ideen des Nationalstaatsgedankens, der Republik und des Laizismus Eingang in die Gesellschaftsform. Die jungtürkische Nationalbewegung wollte einen modernen, einheitlichen türkischen Nationalstaat nach europäischem Vorbild. Als dessen Kehrseite

¹⁶¹ Interviewgespräch mit is0175.

¹⁶² Interviewgespräch mit kr7s1.

¹⁶³ Interviewgespräch mit bp1j34.

¹⁶⁴ Vgl. Moser, Brigitte/Weitmann, Michael W.: Landeskunde der Türkei. Geschichte, Gesellschaft und Kultur. Hamburg 2008, Helmut Buske Verlag, S. 92.

kann allerdings die rigorose Türkifizierung des alten osmanischen Vielvölkerstaates betrachtet werden, die sowohl das Armenierproblem (1915) als auch die bis heute anhaltende Kurdenproblematik zur Folge hatte.¹⁶⁵

4.2.2. Der Bündnisvertrag: Sened-i ittifak (29. September 1808)

Sultan Mahmut II. (1808), der die Janitscharen ausschalten konnte, begann die moderne Verfassungsentwicklung der Türkei. Die Reformen betrafen Verwaltung, Justiz und den Bildungsbereich. Der Bündnisvertrag, der den Autoritätsverfall der osmanischen Zentralgewalt mit den Landherren aufhielt, entspricht noch nicht einer Verfassung im Sinne des Konstitutionalismus des 19. Jahrhunderts, sondern er ist das pragmatische Ergebnis der Lösung eines Machtkampfes zwischen der feudalen Zentralgewalt und Landherren. Nicht vom Bündnisvertrag berührt waren die absolutistische Gewalt des Sultans und seiner Verwaltung über den osmanischen Untertan.¹⁶⁶

4.2.3. „Heilsame Neuordnung“ (die Tanzimat-Reformen von 1839)

Im letzten Regierungsjahr Mahmuds II., 1839, wurden die Tanzimat-Reformdekrete in einem Reichreformgesetz zusammengefasst. Das Edikt von Gülhane, das 1839 vom Großwesir Resid Pasa entworfen wurde, gilt als osmanische Fortsetzung der Menschenrechtserklärung der Französischen Revolution.¹⁶⁷ Mit der Verlesung des Kaiserlichen Ediktes wurde die Epoche der Tanzimat-i hayriye (Wohltätige Verordnungen) eingeläutet, die Elemente einer bürgerlichen Neuordnung erhielten. Eines ihrer zentralen Elemente war die Rechtsschutzgarantie für Person und Vermögen aller Untertanen, ohne Ansehen von Rang und Herkunft.¹⁶⁸ Die Reformen nach europäischem Vorbild waren eine von oben oktroyierte, aufgesetzte Neuordnung, die nach preußischem Vorbild eine Heeresneuorganisation initiierte und nach

¹⁶⁵ Vgl. ebd.

¹⁶⁶ Vgl. Rumpf, Christian: Das türkische Verfassungssystem. Wiesbaden 1996, Harrassowitz Verlag, S. 37f.

¹⁶⁷ Weithmann, Michael W.: Die Türkei. Nation zwischen Europa und dem Nahen Osten. Regensburg 2002, Friedrich Pustet Verlag, S. 47.

¹⁶⁸ Kreiser, Klaus/Neumann, Christoph K.: Kleine Geschichte der Türkei. Stuttgart 2003, Philipp Reclam jun. GmbH&Co., S. 316f.

französischem Vorbild eine Staatsaufbau- und Verwaltungsreform. Dabei spielten in der Tanzimat-Zeit vor allem exogene Faktoren eine wichtige Rolle, der massive Einfluss des Auslandes. So hatte etwa die Forderung der europäischen Regierungen nach wirtschaftlichem Liberalismus weitgehende Konzessionen an ausländische Wirtschaftskräfte zur Folge.¹⁶⁹

Darüber hinaus brachten die Reformen die Einführung des Berufsbeamtentums und die Bekämpfung der Bestechlichkeit mit sich. Der Reformerschluss war ein erster und wichtiger Schritt in Richtung einer modernen Verfassungsentwicklung, der zudem auf eine Europäisierung hinzielte.¹⁷⁰

4.2.4. Das „Reformedikt“ (Islahat Fermani) von 1856

Ein zweiter Erlass, Hatt-i Hümayun (Großherrliche Handschreiben) genannt, bestimmte das Verhältnis der Religionsgemeinschaften im Sinne eines geregelten Nebeneinanders.¹⁷¹ Im Jahr 1856 kam es zu einem Grundgesetz, das alle Reformdekrete zusammenfasste und das Scheriatrecht für ungültig erklärte. Damit war das Osmanische Reich, wenigstens dem Papier nach, zu einem europäischen laizistischen Rechtsstaat geworden.¹⁷²

Wie schon beim Reformerschluss war es auch beim Erneuerungserlass wieder das zentrale Anliegen, den Status der nichtmuslimischen Minderheiten zu verbessern. Nichtmuslimische Gemeinden durften eigene Schulen gründen und unterhalten, der Zugang zum öffentlichen Dienst sollte für alle gleich sein.¹⁷³ Die bislang politisch diskriminierten Nicht- Muslime sollten im Reich künftig ebenfalls im Prinzip ohne Einschränkung volle osmanische Staatsbürger sein. Gleichzeitig wurde aber die Stellung eines Ersatzmannes oder die Zahlung einer Wehrsteuer vorgesehen, ein säkularer Erinnerungsposten an die islamische Kopfsteuer für die Christen und Juden.¹⁷⁴

¹⁶⁹ Vgl. Moser/Weithmann: a.a.O., 2008, S. 92.

¹⁷⁰ Vgl. Rumpf: a.a.O., 1996, S. 38f.

¹⁷¹ Vgl. Weithmann: a.a.O., 2002, S. 47.

¹⁷² Vgl. Moser/Weithmann: a.a.O., 2008, S. 93.

¹⁷³ Vgl. Rumpf: a.a.O., 1996, S. 40.

¹⁷⁴ Vgl. Steinbach, Udo: Geschichte der Türkei. München 2000, C. H. Beck Verlag, S. 17f.

Darüber hinaus sollte die Gerichtsbarkeit ausgebaut werden und dem Grundsatz der Öffentlichkeit gefolgt werden.¹⁷⁵

4.2.5. Die erste osmanische Verfassung (Kanun-i Esasi) von 1876 im Sinne des europäischen Konstitutionalismus

Ein weiterer Meilenstein, mit dem der umfassende Umbau von Staat und Gesellschaft in die erste osmanische Verfassung mündete, ist die 1876 von Sultan Abdülhamit II. (1876–1909) proklamierte Verfassung. Der Anstoß kam nicht nur von den Jung-Osmanen, sondern von reformfreudigen Regierungsmitgliedern selbst, wie dem Großwesir Mithat Pascha.¹⁷⁶

Dem Staatsgrundgesetz könnten nach Inhalt und Struktur die belgische Verfassung von 1831 und die preußische Verfassung von 1851 Pate gestanden haben. Die neue Verfassung war nicht das Ergebnis eines den Idealen demokratischer Herrschaftsform entgegenstrebenden nationalen, kollektiven Bewusstseins und auch noch nicht Bestandteil bzw. Produkt einer bestimmten neuen politischen Kultur, weil die oppositionelle Bewegung der Jungosmanen noch viel zu schwach war. Darüber hinaus enthielt diese Konstitution nicht nur Bestimmungen zur Staatsorganisation, sondern auch zur Regelung der Beziehungen zwischen Bürger und Staat.¹⁷⁷

Das Parlament bestand aus zwei Kammern, dem Abgeordnetenhaus und dem höchstens ein Drittel so großem Senat. Damit stand die Gesetzinitiative der Regierung zu. Auf der anderen Seite bestimmte der Padişah über den Zusammentritt und die Auflösung des Parlaments und er war Herr über Krieg und Frieden. Als Spitze der Exekutive war er frei bei der Ernennung des Großwesirs und der Minister. Die Gerichtsbarkeit wurde als unabhängig konzipiert. Außerdem gab es ein absolutes Folterverbot. Durch Art. 113 der Verfassung wurde dem Padişah eine Befugnis eingeräumt, jede Person des Landes zu verbannen, die für die Regierung eine Gefährdung darstellte.¹⁷⁸

¹⁷⁵ Vgl. Rumpf: a.a.O., 1996, S. 42.

¹⁷⁶ Vgl. Weithmann: a.a.O., 2002, S. 49.

¹⁷⁷ Vgl. Rumpf: a.a.O., 1996, S. 40.

¹⁷⁸ Vgl. ebd., S. 43.

Die Nennung des Islams als osmanische Staatsreligion war neu und folgte selbstverständlich nicht europäischen Mustern. Der Staatsaufbau aber wurde nach belgischem Vorbild als Zweikammern-System eingerichtet. Der vom Herrscher einberufene Senat hatte die Gesetzinitiative, das im ganzen Reich gewählte Parlament mit 130 Abgeordneten war abstimmungsberechtigt. Dieses Modell räumte dem Monarchen weiterhin eine starke Stellung ein und wurde als besonders geeignet für autoritätsgewohnte Gesellschaften betrachtet. Mit dem Prinzip der Wahl fand der Gedanke der Volkssouveränität Eingang in die osmanische Gesellschaft.¹⁷⁹ Das Sultansreich wurde de jure zu einer konstitutionellen Monarchie. Doch, was in der Hauptstadt des noch immer riesigen Reiches auf dem Papier beschlossen wurde, kam in der fernen Provinz nur verzögert oder gar nicht zur Geltung. Die Widerstände gegen die Europäisierung waren vor allem auf Seiten der islamischen Geistlichkeit, der Ulema, so stark, dass sie die Modernisierung auf dem Lande zu Fall brachte und unbeirrt am Scheriatrecht festhielt.¹⁸⁰

Das Grundgesetz unter Sultan Abdülhamit II. war nur kurze Zeit gültig und hatte ohnehin mehr autokratische als konstitutionelle Bestandteile. Abdülhamit gelang es über mehr als drei Jahrzehnte und zum Teil mit polizeistaatlichen Instrumenten, innere und äußere Gegner unter Kontrolle zu halten. Am 14. Februar 1878 entließ der Sultan das Parlament für unbestimmte Zeit. Das Schicksal der Verfassung macht deutlich, dass alle Maßnahmen den inneren und äußeren Druck nicht zu mindern vermochten. Danach galten für drei Jahrzehnte Liberalismus, Nationalismus und Konstitutionalismus als subversive Weltbilder.¹⁸¹

Seit der Regierungszeit von Sultan II. Abdülhamit ist das Land technologisch modernisiert worden. Neben dem Eisenbahnbau wurde ein Heerwesen nach überwiegend deutschen Grundsätzen geschaffen, darüber wurden Häfen angelegt und die Wohlfahrtseinrichtungen verbessert. Die Einrichtung des Verwaltungsapparats entsprach demjenigen eines europäischen Staatswesens. Für Ackerbau und Landwirtschaft, für Vieh- und Pferdezucht, für Weinbau, für Kunst und Wissenschaft

¹⁷⁹ Vgl. Weithmann: a.a.O., 2002, S. 49.

¹⁸⁰ Vgl. Moser/Weithmann: a.a.O., 2008, S. 93.

hat Abdülhamit viel getan, wenigstens äußerlich betrachtet. Aus all dem ist sein Renommee als erleuchteter, reformfreundlicher Herrscher zu erklären.¹⁸²

4.3. Die Jungtürkische Periode in der türkischen Geschichte,1908-1946

Für das Verständnis der gegenwärtigen Herrschaftsstruktur der Türkischen Republik ist die Kenntnis der als „unionistische“ bzw. „jungtürkisch“ bezeichneten Periode (1908-1918) von entscheidender Bedeutung.¹⁸³ „Unionisten rekrutierten sich aus den neuen aufstrebenden Schichten und hatten von Anfang an das größere Gewicht innerhalb der Erneuerungsbewegung. In ihren Programmen war vom radikalen Umbau der alten Gesellschaft nach europäischem Muster die Rede. Ein starker Flügel forderte die Abschaffung des Sultanats und die Einrichtung der Republik. Der neue Staat sollte auf jeden Fall laizistisch, weltlich sein.“¹⁸⁴

Die Jungtürken-Bewegung war eine politische Oppositionsbewegung, die in der Nach-Tanzimat-Periode entstanden war, als die osmanische Gesellschaft die europäische Kultur schon kennengelernt hatte. An ihr zeigten vor allem türkische Intellektuelle Interesse.¹⁸⁵

Die Jungtürken waren die Fortsetzung der Neuen Osmanischen Bewegung. Das Ziel beider war es, eine Gesellschaft von Gleichberechtigten zu erschaffen und die Auflösung des Osmanischen Reiches zu verhindern. Mit den Namen Mizancı Murat, Samipaşa Sezai, İsmail Kemal und Ali Şefkati sind wichtige Personen, die das Erbe der jungen Osmanen in das Komitee für Einheit und Fortschritt trugen.¹⁸⁶ Nach Angaben mehrerer Autoren scheinen sich die „Jungosmanen“ zunächst im Juni 1865 in einem

¹⁸¹ Vgl. Steinbach: a.a.O., 2000, S. 18f.

¹⁸² Vgl. Küntzer, Karl: Abdul Hamid II. und die Reformen in der Türkei. Dresden/Leipzig 1897, Carl Reissner Verlag, S. 20.

¹⁸³ Bezwan, Naif: Türkei und Europa. Die Staatsdoktrin der Türkischen Republik, ihre Aufnahme in die EU und die kurdische Nationalfrage. Baden-Baden 2008, Nomos Verlag, S. 59.

¹⁸⁴ Moser/Weithmann: a.a.O., 2002, S. 62.

¹⁸⁵ Vgl. Dogan, Ilyas: Säkularisierungstendenzen im Osmanischen Reich. In: Depenheuer, Otto/Dogan, Ilyas/Can, Osman (Hg.): Zwischen Säkularität und Laizismus. Münster 2005, Lit Verlag, S.46.

¹⁸⁶ Vgl. Dabağyan, Levon Panos: Osmanlı'da Şer Hareketleri ve Abdülhamid Han. İstanbul 2000, IQ Kültür Sanat Verlag, S. 223.

Geheimbund unter dem Namen „Patriotische Allianz“ (İttifak-ı Hamiyet) formiert zu haben.¹⁸⁷

Die Zunehmende Kapitalüberfremdung des halbkolonialen Osmanischen Reiches erzeugte Gegenkräfte, die sich zum Kampf gegen die ausländische Abhängigkeit und die Sultansherrschaft zusammenschlossen. Die nationalistische Bewegung im Osmanischen Reich rekrutierte sich in erster Linie aus dem Militär. Ab 1870 entwickelte sich unter Intellektuellen und Offizieren die Bewegung der „Neuen Osmanen“, später „Jungtürken“ genannt, die radikal-nationale Ideen vertraten. Auf ihrem Programm standen verschiedene Dinge wie die Reformierung des Islams, die Abschaffung des sultanischen Absolutismus und ein allgemeines liberales Gedankengut. Im Jahr 1876 musste ihr führender Kopf, der Schriftsteller und Dichter Namık Kemal, ins Exil gehen. In Paris gründete er die Zeitung Freiheit (Freiheit). Nach seiner Rückkehr ins Osmanische Reich brachte er 1873 ein Drama heraus, das nicht die Religion oder die Dynastie, sondern das Vaterland (Vatan) in den Mittelpunkt des Geschehens stellte.¹⁸⁸

Die Jungtürken wollten einen großtürkischen Nationalstaat errichten. Die Ideologien sehr unterschiedlicher Bewegungen und Kräfte, die alle das hamidische Regime stürzen wollten, vertraten die bürgerlich-nationalen Interessen gegenüber dem feudal-klerikalen System.¹⁸⁹

Als 1915 die armenische Bevölkerung in Ostanatolien Anstalten machte, die vorrückenden russischen Truppen mehr oder weniger heimlich zu unterstützen, wurden von Istanbul aus Kurden und Türken gegen ihre christlichen Nachbarn mobilisiert. Um jegliche armenische Hilfe für das zaristische Russland auszuschalten, erfolgte im Mai 1915 aus Istanbul eine hochoffizielle Verordnung zur Umsiedlung der gesamten armenischen Bevölkerung aus den Regionen Erzurum, Van und Bitlis nach Syrien. Bei

¹⁸⁷ Vgl. Zürcher: a.a.O., 2003, S. 69.

¹⁸⁸ Vgl. Weithmann: a.a.O., 2002, S. 48.

¹⁸⁹ Vgl. Buhbe: a.a.O., 1996, S. 17.

Massakern und während Deportationen in die syrische Wüste kamen hunderttausende Armenier um.¹⁹⁰

Der sogenannte Völkermord an den Armeniern signalisierte frühzeitig die rassistische Politik, die hinter der Idee des Panturanismus stand.¹⁹¹ Nach Lorenz Diefenbach wohnten im Jahr 1877 ca. 400.000 Armenier, davon die Hälfte in Konstantinopel, kleinere Teile in Mazedonien.¹⁹² Der Befehl von Enver Pascha an die Armee der Ostfront lautete: „Eure erste Pflicht ist es, mit eurer Einheit im Iran einzumarschieren, Teheran zu besetzen, die iranische Regierung von den Russen zu säubern, wenn möglich in der Umgebung von Türkistan einen Aufstand zu provozieren und im Aufmarschgebiet Propaganda gegen die Russen und Engländer zu verbreiten. Eine Einflussnahme auf Afghanistan wäre wünschenswert. Um Bagdad nicht an die Engländer zu verlieren, muss alles erforderlich unternommen und Bagdad erobert werden.“¹⁹³

Ganz ungesühnt blieben der sogenannte Mord und Vertreibung übrigens nicht, denn mit der armenischen Untergrundarmee war nicht zu spaßen: Wie nach einer Liste fielen fast alle höheren türkischen Verantwortlichen für diese brutale „Lösung der Armenierfrage“ in den folgenden zehn Jahren armenischen Attentaten zum Opfer, darunter Talat Pascha im Jahr 1921. Die „Armenierfrage“ ist bis zum heutigen Tag eine der schwersten Hypotheken für die neue Türkei geblieben. Während die armenische Seite einen Genozid an eineinhalb Millionen Menschen beklagt und von der Türkei zumindest die Anerkennung als „Völkermord“ verlangt, hat sich das offizielle Ankara lange Zeit für unzuständig erklärt.¹⁹⁴

Die Jungtürken oder das Komitee für Einheit und Fortschritt waren die treibende Kraft der Revolution von 1908, welche die Verfassung wiedereinsetzte. Obwohl sie anfänglich im Hintergrund blieben mit ihrer Basis in Saloniki, schickten sie den in die

¹⁹⁰ Vgl. Moser/Weithmann: a.a.O., 2002, S. 73.

¹⁹¹ Vgl. Roth/Taylan: a.a.O., 1983, S. 109.

¹⁹² Vgl. Diefenbach, Lorenz: Die Volksstämme der Europäischen Türkei. Frankfurt am Main 1877, Christian Winter Verlag, S.108.

¹⁹³ Roth/Taylan: a.a.O., 1983, S. 109.

¹⁹⁴ Vgl. Moser/Weithmann: a.a.O., 2002, S. 74.

kurze Konterrevolution vom April 1909 verwickelten Abdülhamit in das Exil und bildeten die Regierung. Dem ersten Parlament mit 288 Abgeordneten, das in Istanbul zusammentrat, gehörten 147 Türken, 60 Araber, 27 Albanier, 26 Griechen, 14 Armenier, 10 Slawen und 4 Juden an. Ihr Traum war, das Reich auf der Grundlage des Pan-Turanismus neu zu errichten.¹⁹⁵

Die ideologischen Grundlagen der Jungtürken

„Wo es auf der Welt einen Türken gibt, da fangen unsere natürlichen Grenzen an“ sagte der Gründer der nationalistischen Bewegungspartei Alparslan Türkeş. In der türkischen Geschichte beginnt der systematische Nationalismus mit der Bewegung der Jungtürken. Die jungtürkische Bewegung erwies sich als chauvinistisch-großtürkische Bewegung, die das einzige Ziel hatte, die Assimilierung der übrigen Völker im Osmanischen Reich zu erreichen. In der jungtürkischen Bewegung wucherte der Gedanke des Turanismus. Ziel dieser politischen Bewegung war die Einheit aller Turkvölker von Innerasien bis zum Balkan. Besonderen Anklang fand die Idee des Turanismus bei den Turkvölkern in Russland, die sich der Übergriffe und Assimilationspolitik des zaristischen Reiches zu entziehen versuchten.¹⁹⁶

Die Jungtürken glaubten, dass die grundlegenden Probleme des Staates durch die Verkündigung der Konstitutionellen Monarchie gelöst werden könnten. Deshalb war der Ausgangspunkt der Jungtürken die Verkündigung der konstitutionellen Monarchie. Bei den 468 Organisationsmitgliedern hatte der Begriff „Freiheit“, den Namık Kemal sehr oft benutzte, einen besonderen Platz. Insbesondere für Prinz Sabahattin sollte durch den Begriff Freiheit die Identität der Minderheiten von Religion und Kultur schützend wahrgenommen werden. Sie sollten mit politischen Rechten ausgestattet werden.¹⁹⁷

¹⁹⁵ Vgl. Ender, Aydin: Ursprung und Vermächtnis des Kemalismus. In: Ayres, Ron/Dogan, Selahittin M./ Ender, Aydin, u.a. (Hrsg.): Türkei. Staat und Gesellschaft. Frankfurt am Main 1987, Isp Verlag, S. 70.

¹⁹⁶ Vgl. Roth/Taylan: a.a.O., 1983, S. 106f.

¹⁹⁷ Vgl. Tunaya: a.a.O., 1988, S. 46.

Zusammenfassend hatte die jungtürkische Formel so gelaute: ein Türke sei gleichzeitig „Mitglied der türkischen Nation, der muselmanischen Völkerfamilie und der europäischen Zivilisation“.¹⁹⁸

Ziya Gökalp ist eine wichtige Person in der Entwicklung des Türkischen Denkens. Mit seinen Ansichten im Bereich der Modernisierung, Religion, Entwicklung und Sozialwissenschaften hat er das türkische Denken sehr beeinflusst. Obwohl Gökalp eine tiefe Verbundenheit mit der Idee der Verwestlichung zeigte, wies er sein ganzes Leben auf die Bedeutung des Islams lang hin.¹⁹⁹

In der Periode, in welcher er seine Ideen äußerte, endete die Zeit des Imperiums und eine neue Wirtschaft und eine neues politisches Verständnis entstehen. Nach Gökalp ist die soziale Revolution eine Neuschaffung des Lebens für diejenigen, die das alte Leben nicht mögen. Ein neues Leben bedeutet: neue Wirtschaft, neue Familie, neue Ehre, neues Recht und neue Politik.²⁰⁰

Ziya Gökalp lebte zu einer schwierigen Zeit des Osmanischen Reiches. Er hatte mit seinen Ideen über Einheit und Fortschritt und die Türkische Republik großen Einfluss. Gökalp hat einen wichtigen Betrag geleistet für den Türkismus, das Leben der türkischen Politik und das türkische Denken. Er war zugleich Denker, Politiker und Aktivist. Seine Einflüsse auf die Bildung der Ideologie der Türkischen Republik und das Denksystem von Atatürk sind nicht zu leugnen.²⁰¹

In seinen Schriften propagierte er die Synthese zwischen der „nationalen türkischen Kultur“ und der „Zivilisation“. Neben der Begründung des türkischen Nationalismus, postulierte er auch ein eher mystisches, patriotisches „pantürkisches“ Ideal. Im Wortlaut

¹⁹⁸ Vgl. Peters, Richard: Die Geschichte der Türken. 2. Auflage, Stuttgart/Berlin/Köln/u.a. 1966, W. Kohlhammer Verlag, S. 137.

¹⁹⁹ Vgl. Sezer, Baykan: Ziya Gökalp ve Durkheim. 60. Ölüm Yıldönümünde Ziya Gökalp. İstanbul 1986, İstanbul Üniversitesi Verlag, S. 19.

²⁰⁰ Vgl. Gökalp, Ziya: Makaleler II. Redakteur von Süleyman Hayri Bolay, Ankara 1982, Kültür Bakanlığı Verlag, S. 40.

²⁰¹ Vgl. Sezer: a.a.O., S. 19.

klingt das bei Gökalp so: „Die Heimat der Türken ist nicht die Türkei und nicht Turkestan. Es ist ein riesiges und ewiges Land – Turan!“²⁰²

Yusuf Akçura, der in die Geschichte des Türkischen Denkens als Vater des Turanismus einging, ist ein türkischer Intellektueller, der viel Wichtiges beitrug zur Bestimmung der Lebensphilosophie der Türkischen Gesellschaft und zum Gedanken der Errichtung der Türkischen Republik und der nationalen Regierung.²⁰³

Yusuf Akçura redete nach der Tanzimat-Periode neben der Bewegung des Osmanismus und Islamismus das erste Mal von der Bewegung des Türkismus. Akçura widmete sein Leben dem Nationalismus und der Populismus. Somit wollte er sein eigentliches Ziel, die Nationale Souveränität, erreichen. Yusuf Akçura hat eine wichtige Rolle in der Phase des nationalen Kampfes gespielt und während der Errichtung und Strukturierung der Türkischen Republik neben Atatürk gekämpft. Die neu gegründete Türkische Republik bedeutete die Verwirklichung des Türkismus-Ideals und war ein klares Zeichen dafür, dass die Idee von Akçura ein Treffer war.²⁰⁴

Das Komitee für Einheit und Fortschritt: Die Stammorganisation des türkischen Nationalismus

In seiner ursprünglichen Form wurde die später als „Komitee Einheit und Fortschritt“ institutionalisierte Bewegung im Juli 1889 an der militärischen Ärzteakademie in Konstantinopel als konspirativer Geheimbund ins Leben gerufen. Gegründet wurde diese Bewegung als geheime Organisation von Kadetten der Ärzteschule, – nämlich von Ibrahim Temo, Abdullah Cevdet, Ishak Sukuti und Mehmet Resit und unter dem Namen „Verein der Osmanischen Einheit“.²⁰⁵

Es wird angegeben, dass İbrahim Temo, der Gründer dieser Organisation, während seines Urlaubs Birindizi und Neapel besuchte. Und während seines Aufenthalts geriet er mit den Freimaurern in Verbindung und sammelte viele Informationen über das

²⁰² Vgl. Gust, Wolfgang: Das Imperium der Sultane. Eine Geschichte des Osmanischen Reichs. München/Wien 1995, Carl Hanser Verlag, S. 365.

²⁰³ Vgl. Akçurağaoğlu, Yusuf: Türkçülük ve Dış Türkler. Ankara 1990, Toker Verlag, S. 134f.

²⁰⁴ Vgl. ebd., S. 135.

²⁰⁵ Vgl. Bezwan: a.a.O., 2008, S. 96/vgl. Ülken: a.a.O., 2005, S. 561.

Italienische Carbonari Organisationssystem. Die Freimaurerei-Ansprüche gegen den Ausschuss für Einheit und Fortschritt stammen ursprünglich aus dieser Zeit. Rıza Nur, ein wichtiger Unionist, zieht in seinen Erinnerungen inhaltliche Verbindungen zwischen der Freimaurerei und dem Ausschuss für Einheit und Fortschritt. Die Organisation, die ihre geheimen Aktionen erstmals unter den Schülern der Militärischen Medizin-Akademie durchführte, verbreitete sich in kurzer Zeit in die harbiye (Kriegsschule), Mülkiye (öffentlicher Dienst), Bahriye (Seestreitkräfte) und in Hochschulen wie Topçu und Mühendishane. Zur selben Zeit führte der innere Druck des Reiches die Aktionen ins Ausland. 1889 wird in Paris die Zentrale Niederlassung gegründet, dessen Veröffentlichungsorgan die Zeitung „Meşveret“ ist.²⁰⁶

Ein wichtiges Thema, das 1902 zur Teilung des Kongresses führte, war die Notwendigkeit der Unterstützung des Militärs und der Ausländer bei den Revolutionen, die innerhalb des Reiches stattfanden sollten. Die erste Gruppe unter Führung von Ahmet Rıza betrachtete die Teilnahme des Militärs an der Revolution als notwendig, aber war gegen die ausländische Intervention. Im Gegensatz dazu akzeptierte die zweite Gruppe unter Führung von Sebahattin die Kooperation mit dem Ausland und die Notwendigkeit eines Eingriffes von Seiten eines freien, demokratischen Landes.²⁰⁷

Somit hatte die Gruppe „Einheit und Fortschritt“ eine nationalistische und zentrale Verwaltung auf Grundlage von Bürger und Militär (zivil-militärische Bürokratie) vor Augen intellektueller Zusammenarbeit. Prinz Sebahattin, Teşebbüs-ü şahsi (Privat Eigentum) und Adem-i Merkeziyet (Dezentralization) wiederum bezweckten eine Verwaltung, deren Grundlage auf der Zusammenarbeit zwischen einheimischen und fremden Bürgern und die nicht zentral, sondern föderativ gesteuert werden sollte.²⁰⁸

Die Gründung der türkischen Republik

Als Verbündeter der Mittelmächte tritt das Osmanische Reich im Jahr 1914 in den Ersten Weltkrieg ein. Und Mustafa Kemal Atatürk organisiert nach der Besetzung

²⁰⁶ Vgl. Ülken: a.a.O., 2005, S. 561.

²⁰⁷ Vgl. Teziç, Erdoğan: 100 Soruda Siyasi Partiler. İstanbul 1976, Gerçek Verlag, S. 178f.

²⁰⁸ Vgl. ebd.

Izmirs durch Griechenland den militärischen Widerstand, womit er sich gegen die Entscheidung der türkischen Regierung unter Sultan Mehmed VI. widersetzte, sich den Forderungen der Alliierten des Ersten Weltkriegs zu beugen. Auf Druck von Mustafa Kemal wird das Parlament neu gewählt und verabschiedet 1920 den „Nationalpakt“, der nationale Unabhängigkeit innerhalb der Waffenstillstandslinien von 1918 fordert. Daraus folgen innerstaatliche und bewaffnete Konflikte mit Griechenland. 1921 wird das „Grundgesetz“ verabschiedet, das die Nation zur Trägerin der Souveränität erklärt und Mustafa Kemal die Regierungsbildung überträgt.²⁰⁹

Nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches kamen die Menschen in den restlichen Regionen zusammen und erhielten nach der Befreiung von den feindlichen Armeen die Unabhängigkeit. Sie waren einer Meinung, dass ein nationaler und einheitlicher Staat geschaffen werden und dessen Führer der Kuvayi Milliye Mustafa Kemal Atatürk sein soll. Der nationale und einheitliche Staat, der mit dem Geist des Befreiungskriegs entstand, ließ später alle Ländern der Welt seine Struktur mit dem Vertrag von Lausanne akzeptieren. Daher ist der Vertrag von Lausanne das erste offizielle Dokument der Türkischen Republik.²¹⁰

Der Vertrag von Lausanne ist mit Blick auf Klärung der englischen Kurdenpolitik sehr wichtig. Nachdem England mit den anderen Verbündeten zusammen in Lausanne Position bezog zur nationalen türkischen Bewegung, stand das Südost-Problem. Das durch die Regierung in Ankara zustande kam und Ankara-Regierung als offizieller Gesprächspartner akzeptiert wurde, sehr weit hinten an. Lord Curzon, der britische Vertreter, äußerte in den Telegraphen, die er nach Paris und Rom schickte, dass es kein Kurden Problem mehr geben, sowie es auch im Vertrag von Sevres stehe. Somit galt das Kurden-Problem nicht mehr als ein Internationales Problem, sondern zu einer internen Angelegenheit der Staaten innerhalb der türkischen Grenzen.²¹¹

²⁰⁹ Vgl. Bellers, Jürgen/Benner, Thorste/Gerke, Ines M.: Handbuch der Außenpolitik von Afghanistan bis Zypern. München 2001, R. Oldenbourg Verlag, S. 271.

²¹⁰ Vgl. Tunaya: a.a.O., 1988, S. 122.

²¹¹ Vgl. ebd.

Während der Lausanne-Besprechungen haben die Kurden selbst keinen offiziellen Vertreter in das Türkische Komitee geschickt, sondern alle Verantwortungen von den Besprechungen des Türkischen Komitees erwartet. Da die kurdischen Vereine damals ihre Aktivitäten verloren hatten, waren sie auch gar nicht in der Lage, als Partei in der Konferenz anzutreten. Ismet Pasa, der Leiter des türkischen Komitees in Lausanne sagte: „Die BMM-Regierung ist der wahre und legitime Vertreter der Kurden sowie der Türken, weil die wahren und legitimen Vertreter der Kurden in die BMM eintraten und mit den türkischen Vertretern gleichermaßen an der Verwaltung des Staates beteiligt waren. Ismet Pasa brachte die Abgeordneten kurdischer Herkunft nach Lausanne und zeigte somit den Ländern der Welt, dass Türken und Kurden zusammengehören“.²¹²

Mustafa Kemal setzte dann radikale Reformen durch, die zur Trennung von Staat und Islam führten und das Ziel hatten, aus der Türkei einen modernen europäischen Staat zu machen. 1922 wurden das Sultanat, 1924 das Kalifat und 1925 die Scharia-Gerichte abgeschafft. Die Polygamie wurde ebenso verboten wie das Tragen des Fez. Seit 1934 sind die Türken zum Führen von Familiennamen verpflichtet. Die Türkei führte 1925 den Gregorianischen Kalender ein und machte 1935 den Sonntag anstelle des Freitags zum Wochenruhetag. 1928 wurden die arabischen Schriftzeichen durch das lateinische Alphabet ersetzt.²¹³

Es gab sechs Prinzipien des Kemalismus, die grundlegend waren für die praktisch-programmatische Grundlage der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Modernisierung der Türkei. Diese Prinzipien lauten: Republikanismus, Populismus/Demokratie, Etatismus, Revolutionismus/Reformismus, Nationalismus und Säkularismus/Laizismus. 1. Republikanismus. Der Republikanismus steht für die Verteidigung der republikanischen Staatsform, 2. Demokratie. Es war von Anfang an das Ziel der Republik, eine Demokratie im westeuropäischen Sinne herzustellen, was auch die soziale Gleichheit der Bürger bedeutet, 3. Etatismus geht zu einem gewissen Grade mit einer vom Staate dirigierte Volkswirtschaft einher, was der Privatinitiative dennoch einen gewissen Spielraum gewährt, 4. Revolutionarismus als Prinzip richtete

²¹² Vgl. ebd.

²¹³ Vgl. Krech, Hans: Der Bürgerkrieg in der Türkei (1978-1999). Berlin 1999, Dr. Köster Verlag, S. 21.

sich gegen die Ideen des Jungtürkentums. 5. Nationalismus ist gleichbedeutend mit einer neuen Türkei im Sinne eines rein türkischen Nationalstaates nach europäischem Vorbild, 6. Laizismus bedeutet, die Trennung von Staat und Kirche und die revolutionäre Erhebung gegen die Theokratie der Sultane und Kalifen.²¹⁴ Diese Prinzipien sind inhaltlich eng miteinander verbunden. Sie waren die Ergebnisse von lang anhaltenden politischen Aktionen und Diskussionen. Obwohl es keine historisch fundierte, allgemeingültige inhaltliche Definition dieser Prinzipien gibt, wurden/werden sie von allen Regierungen und Parteien zur Begründung ihrer jeweiligen Programme und Politik herangezogen.²¹⁵

„Kemalismus“ gilt als Sammelbezeichnung für die politischen und sozialen Ideen Kemal Atatürks, die dieser von 1922 bis 1934 in einer weltgeschichtlich beispiellosen „Revolution von oben“ durchsetzte. Die Reformmaßnahmen betrafen die Staatsform (Parlamentarische Präsidialrepublik), die Religion (Abschaffung des Islams als Staatsreligion), das Bildungswesen (Lateinschrift, Alphabetisierungskampagne) und das Rechtswesen (Bürgerliche Gesetzgebung nach europäischen Vorbildern). Bis heute bildet der Kemalismus die offizielle Basis des türkischen Staates.²¹⁶ Die „Revolution von oben“ (Orhan Pamuk) sollte Gültigkeit für alle Völkerschaften der Türkei erlangen.²¹⁷ Revolution und Demokratie sind nicht voneinander zu trennen. Es gibt keine Demokratie ohne Revolution und keine Revolution ohne Demokratie.²¹⁸

Die Türken wollten von sich aus den Weg der Europäisierung beschreiten. Dies geschah unter der Formel des Kemalismus, dienichts anderes meint als den Weg zur europäischen Kultur und Zivilisation. Die Hauptaufgaben der neuen türkischen

²¹⁴ Vgl. Peters: a.a.O., 1966, S. 143.

²¹⁵ Vgl. Kramer/Reinkowski: a.a.O., 2008, S. 128.

²¹⁶ Vgl. Moser/Weithmann: a.a.O., 2008, S. 110.

²¹⁷ Vgl. Zlepko, Dmytro: Die Türkei und die Ukraine – zwei Länder auf dem Weg in die EU? In: Altmann, Franz-Lothar u.a.: Politische Studien. Europa – Perspektiven und Grenzen. München 2009, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., S. 115.

²¹⁸ Vgl. Rocamora, Joel: Demokratie und progressive Bewegungen im Süden. In: Hippler, Jochen (Hg.): Demokratisierung der Machtlosigkeit. Politische Herrschaft in der Dritten Welt. Hamburg 1994, Konkret Literatur Verlag, S. 54.

Demokratie waren der Kampf gegen Theokratie und Absolutismus und die Verteidigung der nationalen Souveränität.²¹⁹

Besonders eng verbunden fühlte sich Mustafa Kemal mit dem Fortschrittsdenken des französischen Philosophen Auguste Comte (1798-1857); in welchem weder Metaphysik noch Spekulation oder Irrealismus galten, sondern nur die objektiven Tatsachen. Auch die philosophischen Schriften des deutschen Physikers Ernst Mach (1838–1916) waren Einfluss gebend für Kemals naturwissenschaftlich begründetes funktionales Weltbild.²²⁰

Bevölkerungsstatistik in der Türkei im Befreiungskriegsjahre (Einschätzungsweise)		
Nationalitäten	Türken	10 Mio.
	Araber	7 ``
	Armenier	1,5 ``
	Griechen	1,5 ``
	Juden	0,8 ``
	Andere	2,4 ``
	Gesamt	23,2 Mio.
Religionen	Muhammedaner	18 ``
	Christen	4,4 ``
	Juden	0,8 ``
	Gesamt	23,2 Mio.

Tablo 1: Bevölkerungsstatistik in der Türkei im Befreiungskriegsjahre. Quelle: Eigene Darstellung nach Ahmet Emin. Emin, Ahmet (1918): Die Türkei. 5. Band, Friedrich Andreas Perthes Verlag, Gotha.

Parlamentarismus und Einparteiensystem bis 1946

Zwischen den Jahren 1923–1945 wurde die Armee langsam von der Politik entfernt. Während dieser Zeit wurde betont, dass die Soldaten nicht der Politik beitreten können. Es wurde für die Soldaten erforderlich, sich zwischen diesen beiden zu entscheiden. Außerdem wurden in diesen Jahren von der Union aus verschiedene Institutionen und Organisationen herausgebracht, um den Staat auf ein solides Fundament zu stützen. Der

²¹⁹ Vgl. Peters: a.a.O., 1966, S. 138.

²²⁰ Vgl. Moser/Weithmann: a.a.O., 2002, S. 58.

Militärkorps wurde zu einer Bildungseinrichtung, der diesen Ansatz verstärkte. Durch den Zweiten Weltkrieg traten die Beziehungen mit der Armee wieder in den Vordergrund.²²¹

In den ersten Jahren der Republik hielten die politischen und militärischen Persönlichkeiten zusammen, doch als mit der Zeit zwischen den Vorgängern des Nationalen Kampfes und Atatürk Streitigkeiten aufkamen – wegen der Konsistenz der Schaffung des neuen Regimes, beteiligten sich manche Generale in der Opposition. Darauf beschloss Mustafa Kemal, die Armee von der Politik fernzuhalten. Denn eine politische Verschwörung gegen das neue Regime hätte das Ende des neu geborenen Regimes bedeuten können.²²²

Um dies zu vermeiden, hat Mustafa Kemal, die opponierten Generäle und Gruppen, die gegen die Allianz von İsmet İnönü und Fevzi Pascha erstellt wurde, mit der Gesetzesnummer 385 vom 19. Dezember 1923 von den politischen Streitigkeiten der Armee liquidiert. Dies bedeutete eine Änderung im Regime der Politik der Armee. Damit die Soldaten in den nächsten Parlamentswahlen Abgeordnete werden können, wurden Regelungen getroffen, denen zufolge die Soldaten vom Wehrdienst zurücktreten müssen. Sollten sie dies nicht tun, sollten sie nicht an den Ratsgesprächen teilnehmen können. Das Hauptziel dieser Gesetzgebung war es, die wenigen opponierten Abgeordneten zu liquidieren, die es nach den erneuerten Wahlen nicht schafften, ins Parlament einzutreten.²²³

Innenpolitisch war durch die kemalistische Revolution und mit der „Republikanischen Volkspartei“ ein Einparteiensystem entstanden. Dies ermöglichte Atatürk auch, seine Eigenschaften als Gründer und Vorsitzender dieser Partei mit seiner Stellung als Staatspräsident zu vereinbaren.²²⁴

²²¹ Vgl. Çeçen, Anıl: *Kemalizm*. Istanbul 1998, Çağdaş Verlag, S. 15f.

²²² Vgl. Şen, Serdar: *Geçmişten Geleceğe Ordu*. İstanbul 2000, Alan Verlag, S. 26.

²²³ Vgl. *Elektronik Sosyal Bilimler Dergisi*: Abrufbar im Internet. 2010. URL: <http://www.e-sosder.com/>. Stand: 15.11.2010.

²²⁴ Vgl. Peters: a.a.O., 1966, S. 142.

Erst 1945, als Atatürks Nachfolger, Ismet İnönü, an der Macht war, wurde ein Mehrparteiensystem zugelassen. Wobei die Kommunisten im linken Parteienspektrum verboten und blieben. Die Kemalisten spalteten sich mit der Zeit langsam in einen sozialdemokratischen Flügel und in einen national-revolutionären Flügel. Rechts von der Mitte siedelte sich 1946 eine weitere Großpartei an unter dem Namen „Demokratische Partei“. Deren Gründer waren Adnan Menderes und Celal Bayar. Sie entwickelte sich zu einer Sammelpartei für all diejenigen, die die Grundprinzipien des Kemalismus zwar akzeptierten, aber mit den Reformen unzufrieden waren. Im rechten Spektrum fanden sich radikale nationalistische und rassistische Parteien, unter welchen auch noch pantürkische Gruppen waren. Nicht in dieses Schema einzuordnen waren die islamischen Parteien, die noch im Untergrund arbeiteten, heute aber in der Wohlfahrtspartei vereint sind.²²⁵

Infolge des Sieges über İnönü und Atatürk auf Seiten von Menderes als Vertreter der rechten Opposition bei den Wahlen von 1950 kam es zu einer breiten religiös-reaktionären Bewegung. Weitere Wahlsiege der Demokratischen Partei in den Jahren 1954 und 1957 führten dazu, dass Menderes die kemalistische Volkspartei direkt angriff. Schließlich führten Studentenunruhen angesichts der wachsenden Re-Islamisierung 1960 und unter dem Motto „Zurück zu Atatürk“ zu einer pro-reformistischen Machtübernahme des Militärs. Und so kam es, dass die alte Interessenkollision zwischen Intellektuellen und Armee wieder aufkam.²²⁶

4.4. Der schwierige Weg zur Demokratie nach dem 2. Weltkrieg

Mit der Abschaffung des Sultanats und des Kalifats und mit der Ausrufung der Republik in Übereinstimmung mit der Schaffung eines modernen Nationalstaates wurden wichtige Maßnahmen ergriffen und damit war auch eine neue Verfassung notwendig geworden. Die Verfassung von 1924 wurde vorbereitet und mit dem 3. Artikel im Namen der Nation hatte die Türkische Nationalversammlung zum Ausdruck gebracht. Während der Verfassungsverhandlungen deuteten die Mitglieder des Rates an,

²²⁵ Vgl. Moser/Weithmann: a.a.O., 2008, S. 114f.

²²⁶ Vgl. ebd., S. 115.

dass diese 3. Artikel der Verfassung der wichtigste und heiligste Artikel ist. Deswegen ist die Verfassung von 1924 die erste, die auf Grundlage der nationalen Souveränität basiert. Die moderne Interpretation des Prinzips der nationalen Souveränität hat der Türkei den Weg zu einer modernen Demokratie geöffnet.²²⁷

Die Verfassung von 1924 veränderte den Status der Streitkräfte nicht: Die Führung der Streitkräfte gehörte zu Friedenszeiten zuerst dem Generalstab, während des Krieges wurde diese Aufgabe vom Präsidenten auf Vorschlag des Ministerrats durchgeführt. Der Generalstabchef wird nach dem Gesetz der Streitkräfte die Führung erhalten. In der Verfassung von 1924 steht auch, dass der Oberbefehl der geistigen Einheit des Parlaments gehört und vom Präsidenten aus vertreten wird. Diese Bestimmungen sind auch in den späteren Verfassungen der Republik erhalten worden.²²⁸

In der Verfassung von 1921 (1920–1924) heißt es, dass der Präsident des Generalstabs als Stellvertreter in der Regierung ist und dem Parlamentspräsidenten und Oberbefehlshaber Mustafa Kemal verbunden ist.

Verfassung von 1924 (1924–1961):

a) Im Zeitraum von 1924–1944 war der Generalstabchef in der staatlichen Organisation mit seinem autonomen Status dem Präsidenten verbunden.

b) In der Zeit von 1944–1949 war der Generalstabchef dem Minister verbunden.

c) Zwischen 1949–1960 war der Generalstabchef dem Minister zur Nationalen Verteidigung verbunden.

Am Ende des Zweiten Weltkriegs wurde proklamiert, dass die politischen und wirtschaftlichen Interessen der Türkei auf jeden Fall auf der Seite des Westens sind. Somit wendete sich die Türkei zum Westen. Besonders die Truman-Doktrin beschleunigte die Übergangszeit vom Einpartei- zum Mehrparteiensystem.²²⁹

²²⁷ Vgl. Erdilek, Neşe: Hükümetler ve Programları. Cumhuriyet Dönemi Türkiye Ansiklopedisi, 1985, Cilt:4, İletişim Verlag, S.971.

²²⁸ Vgl. ebd.

²²⁹ Vgl. Tunaya: a.a.O., 1988, S. 56.

Am 12. Juli 1947 lautete es gemäß der Truman-Doktrin, dass die Türkei und Griechenland von den USA militärisch, politisch und wirtschaftlich unterstützt wird. In dieser Lehre betonen die amerikanischen Berechtigten zwei Punkte: die sowjetische Bedrohung und die Schritte in Richtung Demokratisierung der Türkei. Die USA bezweckte durch ihre militärische und wirtschaftliche Hilfe, das Regime dieser Länder im Schatten der UdSSR aufrechtzuerhalten und nicht durch die sowjetische Bedrohung erschüttern zu lassen.²³⁰

Die an kemalistischen Prinzipien orientierte Türkei durchlebte mehrere gewaltsame Eruptionen, namentlich drei Militärputsche, eine islamistische Regierung und eine fast vollständige Bankrotterklärung der traditionellen politischen Parteien bei der Wahl 2002.²³¹

Der militärische Charakter der gegenwärtig gültigen Verfassung hängt mit dem Militärputsch von 1980 zusammen. Im Sinne der Beitrittsverhandlungen mit der EU wird die Verfassung nach und nach ziviler gemacht.²³²

Nach Auffassung der politischen Führung in Ankara bedrohen terroristische Gruppen die türkische Demokratie und den Rechtsstaat von innen. Zu diesen zählen radikale religiöse Kräfte, kurdische Separatisten, vor allem die PKK und marxistische Organisationen. Der Kampf gegen Terroristen, die den inneren Frieden des Landes stören, ist ein legitimes Recht jedes Rechtsstaates.²³³

Es kann gesagt werden, dass die EU einen wichtigen Beitrag zur Demokratisierung in der Türkei geleistet hat, vor allem im politischen Bereich. Die Vergabe der Mitgliedschaftsperspektive hat in der Türkei sowohl die Politiker als auch die Nichtregierungsorganisationen und die Akademiker ermutigt. In allen Institutionen, die

²³⁰ Vgl. Ağaoğlu, Samet: Demokrat Parti'nin Doğuş ve Yükseliş Sebepleri. İstanbul 1972, Baha Verlag, S. 136.

²³¹ Vgl. Dembinski, Matthias: Zur Erweiterung verdammt? Die Türkeipolitik der Europäischen Union. In: Jopp, Matthias/Schlotter, Peter (Hrsg.): Kollektive Außenpolitik. Die Europäische Union als internationaler Akteur. 2. Auflage, Frankfurt am Main/Berlin 2007, Nomos Verlag, S. 315.

²³² Vgl. Röhrich, Wilfried: Die politischen Systeme der Welt. Die Entwicklungsgesellschaften Nordafrikas und des Nahen Ostens. München 2003, C.H. Beck Verlag, S. 103-108.

²³³ Vgl. Bozkurt, Mahmut (1995): Die Beziehung der Türkei zur Europäischen Union. Frankfurt am Main 1995, Europäischer Verlag der Wissenschaften, S. 153f.

der Europäischen Union angehören, treten drei hauptsächliche Faktoren auf. Diese sind Demokratie, Menschenrechte und Justizhoheit. Wenn diese drei Begriffe unvoreingenommen und ohne Interesse durchgeführt werden können, kann dies ein Zeichen für den Fortschritt mit positiver Wirkung sein.²³⁴

Der Bereich, in der die EU den positivsten Einfluss zeigt, ist der Bereich Menschenrechte. In der Türkei gab es in der Tat eine problematische Gesetzgebung in Bezug auf Menschenrechte. In der Verfassung und in den Gesetzen wurden Punkte behandelt, die den Menschenrechten widersprachen, aussortiert. Auf diesem Wege wurden die Standards an die Menschenrechte in der Verfassung erhöht. Die EU hat bei dieser Angelegenheit eine sehr wichtige Rolle gespielt. Bei der Organisation des Staates konnte die EU nicht so wirksam sein, sie hat dies auch nicht sehr viel gefordert. Wir können sagen, dass die EU auch auf die Zivilisation des Regimes in der Türkei einen großen Einfluss ausübt.²³⁵

Der Demokratisierungsprozess oder die Bearbeitung dieser Anpassungspakete wurden vor der Regierungszeit der AKP, in der Zeit der 3er-Koalition verabschiedet. Es ist nicht möglich mit Anpassungspaketen oder ähnlichen Durchführungen eine Gesellschaft in kurzer Frist zu demokratisieren. Aber es ist zu früh, um den Erfolg der Regelungen und ihren konkreten Einfluss angemessen beurteilen zu können, die in der Türkei in Bezug auf die Mitgliedschaft der Europäischen Union durchgeführt werden. Die Integration mit der Europäischen Union ist mit einer gesellschaftlichen Entwicklung verbunden. Politische, finanzielle, militärische Reformen und Reformen in Bezug auf Grundrechte und Freiheiten sind Dinge, die später realisiert werden sollte. Die zwischengesellschaftliche Integration muss zuerst realisiert werden. Mit der Festschreibung neuer Regeln entwickelt sich keine Demokratie von heute auf morgen. Die Regeln müssen verinnerlicht und die Durchführungen müssen umgesetzt werden. Die Gesellschaft ändert sich nicht über Nacht. Wegen des Wunsches der Türkei, der EU beizutreten, wird auf die Türkei großer Druck ausgeübt.²³⁶

²³⁴ Interviewgespräch mit x2y6n.

²³⁵ Interviewgespräch mit is0175.

²³⁶ Interviewgespräch mit rx61e.

4.4.1. Die Einführung des Mehrparteiensystems und die Phase bis 1960

Mit Beginn dieser Phase hat sich die politische Szene der Türkei verändert. Durch die Haltung der DP gegen die Armee wurde die Intervention vom 27. Mai 1960 im Land ein Wendepunkt. Seitdem hat die Armee in der Landesregierung bei politischen Entscheidungen, in wirtschaftlichen Prozessen und in gerichtlichen Institutionen an Kraft gewonnen. Mit der Gründung der Nationalen Entwicklungspartei am 18. Juli 1945 und der Demokratischen Partei am 7. Januar 1946 kamen viele wichtige politische Entwicklungen im Mehrparteienzeitraum bis zum 27. Juli 1960 hervor.²³⁷ Ein neues Wahlgesetz, das den Übergang zum Mehrparteiensystem ermöglicht, wird am 31.5.1946 in der Türkischen Großen Nationalversammlung verabschiedet.²³⁸ Nicht einmal sechs Monate nach der Gründung der DP wurden die einmal im Jahr stattfindenden, Allgemeinen Wahlen beschlossen am 21. Juli 1946 durchzuführen.²³⁹ Die Beibehaltung des Mehrheitswahlrechtes und nach der nächsten Wahl behauptete Wahlfälschungen sollen für dem Ausgang der ersten Wahl nach Übergang zum Mehrparteiensystem verantwortlich gewesen sein: Die Republikanische Volkspartei errang 395 von 465 Mandaten in der Türkischen Großen Nationalversammlung, die Demokratische Partei 66, Unabhängige 4 Mandate.²⁴⁰ Die CHP gewinnt die Wahlen gegenüber der DP (Demokratische Partei).

Die Regierung unter der Demokratischen Partei Regierung zeigte eine negative Haltung gegenüber der zivilen und militärischen Bürokratie und gegenüber Intellektuellen. Hierfür gab es mindestens drei Gründe: Der erste Grund ist, dass diese Gruppen die Atatürk-Reformen vor der Zeit der Republikanischen Volkspartei und der Demokratischen Partei hüteten und die diese Ära immer noch gedanklich unterstützten. Der zweite Grund war die Unsicherheit der Demokratischen Partei gegen die Ideologie der Republikanischen Volkspartei. Der dritte Grund lautete, dass die Demokratische Partei keine andere dominierende Quelle außer dem Volk akzeptierte. Obwohl in der

²³⁷ Vgl. Çeçen: a.a.O., 1998, S. 34.

²³⁸ Vgl. Oehring, Otmar: Die Türkei im Spannungsfeld extremer Ideologien (1973-1980). Eine Untersuchung der politischen Verhältnisse. Berlin 1984, Klaus Schwarz Verlag, S. 8.

²³⁹ Vgl. Çeçen: a.a.O., 1998, S. 34.

²⁴⁰ Vgl. Oehring: a.a.O., 1984, S. 8.

Geschichte der Türkei die zivilen, militärischen Bürokraten und Intellektuellen die Türkei regierten, und zwar unter dem Motto „Trotz der Öffentlichkeit, für die Öffentlichkeit“, wurden demokratische Parteiführer von „traditionalistisch-liberalen“ Gruppen unterstützt, die gegen den „staatlich-herausragenden“-Ansatz waren.²⁴¹

Als in den Wahlen 1950 gegen die wechselnde Herrschaft ein Staatsstreich oder Eingriff in die Zivilpolitik hätte durchgeführt werden können, hat der Minister Menderes am 6. Juni 1950 den damaligen Generalstab, die Kommandeure und einige Generale in den Ruhestand geschickt. Während die DP aus den Wahlen vom 2. Mai 1954 mit einem großen Sieg herausging, waren diese Wahlen für CHP, wie bereits im Jahr 1950, eine Katastrophe. Die DP nahm 58.42 % der Wahlen in dem 305 Abgeordnete gewonnen haben, blieb CHP mit 35.11 % 31 Abgeordneten.²⁴²

4.4.2. Die Rolle des Militärs im politischen System der Türkei und wechselnde Verfassungen

Die Armee im Osmanischen Reich befand sich in einem zentralistischen Zustand. Im zentralen Staat spielt die Armee nicht nur in der Wirtschaftsorganisation eine entscheidende Rolle, sondern auch in der auf Eroberung basierenden politischen Organisation ist die Armee in einem aktiven Zustand. In der Übergangszeit vom Osmanischen Reich zum Nationalstaat wurden mit dem Nationalen Befreiungskrieg und der Ausrufung der Republik die ersten Grundlagen geschaffen.²⁴³

Im Sommer 1923 fanden die TBMM-Wahlen statt. Es befanden sich noch 12 aktive Offiziere im Parlament, davon sechs mit nationaler politischer Bedeutung. Diesen teilte Mustafa Kemal verschiedene Aufgaben in der politischen und militärischen Führung zu. Fevzi Cakmak wurde Mustafa Kemals militärischer Sachwalter. Die Nationalversammlung ernannte Fevzi Cakmak am 3. März 1924 zum Generalstabchef.

²⁴¹ Vgl. Erdoğan, Mustafa: Anayasacılık, Parlamentarizm, Silahlı Kuvvetler. Ankara 1993, Siyasal Kitabevi Verlag, S. 127.

²⁴² Vgl. Erdilek: a.a.O., 1985, S. 971.

²⁴³ Vgl. Erdoğan: a.a.O., 1993, S. 46.

Bis zum Erreichen der Altersgrenze 1944 blieb er in dieser Position, ohne sich aktiv in die Politik einzumischen.²⁴⁴

Im dem Kemal den Generalstabchef durch die TBMM-Entscheidung vom März 1924 unmittelbar dem Präsident unterstellen und von der Kabinettsliste streichen ließ, sicherte er seine zivile Macht. Bis dahin hatte der höchste Offizier der Armee einen ständigen Sitz im Kabinett gehabt. Die Ämtertrennung von Militär und Politik wurde durch die Verankerung in der Verfassung untermauert. In der nachfolgenden Gesetzgebung wurde sie präzisierend verschärft.²⁴⁵

Historisch betrachtet, ist das Militär seit den Reformen Kemals der kemalistischen Tradition verpflichtet. Deshalb wird der Kemalismus vom politischen Islam kritisiert, also von denjenigen, die einen theokratischen Staat nach den Geboten der Scharia vor Augen haben. Im "Nationalen Sicherheitsrat" der Türkei, den es in ähnlicher Form auch in den USA und in anderen Ländern gibt, sitzen neben dem Staatspräsidenten der Ministerpräsident, seine beiden Stellvertreter und je nach Tagesordnung andere Minister sowie in gleicher Zahl die Offiziere der Militärspitze. Das Gremium hat aber keine entscheidungstragende Gewalt, als ein verfassungsmäßiges Beratungsorgan hat es allein beratenden und empfehlenden Charakter.²⁴⁶

Nach dem Zweiten Weltkrieg griff das Militär dreimal in die Politik der Republik Türkei ein. 1960, 1971 und 1980 wurde die Regierungsgewalt geputscht. Im Jahre 1997 wurde der damalige Ministerpräsident Necmettin Erbakan zum Rücktritt gezwungen. Zu letzt stellten die Militärs der AKP-Regierung ein Ultimatum an. Trotz ihrer Eigeninteressen hängen die türkischen Generäle jedoch nicht an der Macht. Nachdem die Militärregierung einige Jahre regierte, gab sie die Regierungsgewalt stets an die Zivilisten zurück. Das soll aber nicht bedeuten, dass sie sich in diesen Zeiten völlig aus der Politik zurückgezogen hätten.²⁴⁷

²⁴⁴Vgl. Buhbe: a.a.O., 1996, S. 42ff.

²⁴⁵ Vgl. ebd.

²⁴⁶ Vgl. Keskin, Hakkı: Warum die Türkei die Gemeinschaft bereichern würde. In: König, Helmut/Sicking, Manfred (Hg.): Gehört die Türkei zu Europa? Bielefeld 2005, Transcript Verlag, S. 74.

²⁴⁷ Güsten, Susanne/Seibert, Thomas: Was stimmt? Türkei. Die wichtigsten Antworten. Freiburg 2007, Herder Verlag, S. 27-32.

Heute glaubt niemand, dass es noch einen weiteren Putsch geben wird, denn die neue Generation wird solche Bestrebungen nicht erlauben. Diese Lage ist auf jeden Fall aufgrund der EU. Wenn wir von Nichtregierungsorganisationen reden, reden wir von einem bestimmten Teil. Nur von denen, die auf der Seite der Bevormundungsauffassung sind und die den Status quo bewahren möchten, ist die Rede.²⁴⁸

Ein Großteil der Menschen in der Türkei ist der Meinung, dass das Militär die Demokratie negativ beeinflusst. Demokratie ist ein Regime, in dem Gewählte den Ernannten überwiegen. In der Türkei mindert sich nach und nach die Rolle des Militärs. Um die Faktoren, die bei der Rollenminderung der Militärs in der Türkei effektiv sind, verstehen zu können, müssen interne und externe Dynamiken zusammen betrachtet werden. Obwohl hier interne Dynamiken noch effektiver sind, haben interne Dynamiken die Rollenminderung der Militärs nicht allein gemacht. Die EU hat dabei die Türkei unterstützt. Es wird von vielen akzeptiert, dass wegen der EU die Rolle des Militärs in der türkischen Politik vermindert ist. Aber innen ist ein sehr starker Wille vorhanden. Zum Beispiel ist im Jahre 2007 ein Putschversuch unternommen worden. Wenn wir hier die Haltung der Regierung betrachten, sehen wir, dass die Regierung noch aufrechter steht. Das hat der Demokratisierung den Weg geöffnet. Mit dem Anfang der Verhandlungen im Jahre 2005 wurde ein solcher Punkt erreicht: die EU sagt nun: „Löst das Zypernproblem!“ Die EU stellt der Türkei zwei sehr ernste Forderungen: die erste ist die Lösung des Zypernproblems, die zweite ist die Regelung der Beziehungen zwischen Zivil und Militär wie in Europa. Im Jahre 2009 sollte sich die EU entscheiden, ob sie mit der Türkei weitermachen oder aufhören will. Aber da sie die Bemühungen der Türkei sehen, brechen sie die Beziehungen nicht ab.²⁴⁹ Die Rolle des Militärs in der türkischen Politik ist in bestimmtem Maß vermindert. Zwischen der EU und dieser Angelegenheit befindet sich eine bestimmte Parallelität.²⁵⁰

Das türkische Militär ist das Militär des türkischen Volkes. Aber hier wird das Militär in eine bestimmte Form gesetzt und die Gehirne der Militärs werden so gewaschen, dass sie anfangen, Rechtswidrigkeiten als Dienstleistungen für den Staat anzusehen. Mit der

²⁴⁸ Interviewgespräch mit m8n4x.

²⁴⁹ Interviewgespräch mit kr7s1.

Entwicklung eines Modells, das nicht den Idealen von Atatürk entspricht, wird versucht, die Armee unter dem Namen Kemalismus in eine bestimmte Form zu setzen.²⁵¹

Nach den Nationalisten in der Türkei kann das türkische Militär dem Demokratisierungsprozess in der Türkei nur positiv beitragen. Das Militär hat ohnehin keinen direkten Einfluss auf die Politik. Das Militär ist die Garantie für die unveränderlichen Artikel der Verfassung und für den Fortbestand des Staates. Wenn sich die Beziehungen mit der EU vertiefen, mindert sich die Rolle des Militärs nicht. Denn wenn die EU die Türkei aufnimmt, wird sie dank der Türkei aus militärischer Sicht noch kräftiger sein. Die EU kann diese Situation nicht übersehen haben.²⁵²

Nach den USA ist die 2. größte Armee in der NATO die türkische Armee. Wenn bei den Osmanen Militär gesagt wurde, war damit die führende Schicht gemeint. In der Türkei wird das Militär als Gründer der Republik wahrgenommen. Die Republik wurde weitgehend vom Militär gegründet. Gebildete Menschen, die lesen und schreiben konnten, wurden bei den Osmanen Soldaten. Ärzte und Ingenieure waren auch Soldaten. Nachdem die Soldaten die Republik gegründet hatten, haben sie zu deren Schutz einen Innenreflex verwirklicht. Zum Beispiel gibt es in der türkischen Gesellschaft keine Blutspendegewohnheit. In Europa gibt es diese Gewohnheit. Soldaten in der Türkei pflanzen für gewöhnlich einen Baum. Einem analphabetischen türkischen Soldaten, der zum Militär eingezogen wird, steht keine Schildwache bevor, ihm werden Lesen und Schreiben beigebracht. Sogar heute machen die Soldaten im Osten die Aufgaben, die der Staat machen sollte. Die Schüler werden von den türkischen Soldaten auf die Universität vorbereitet. Vorsorgeuntersuchungen, Frauenkrankheiten, Zahnerkrankungen u. Ä. werden in von Soldaten durchgeführt. Eine solche Mentalität, eine solche Armeeordnung gibt es auf der ganzen Welt nicht. Natürlich haben alle militärischen Eingriffe der Demokratie Schaden zugefügt. Aber die Verantwortungen für Putsche dem Militär unterzujubeln, ist auch nicht sehr richtig. Es waren die Zivilen, die die Soldaten einberufen haben. Viele Abgeordnete haben die Soldaten vor dem 12. September 1980 zur militärischen Aufgabe gerufen. Das Problem

²⁵⁰ Interviewgespräch mit ab1c2.

²⁵¹ Interviewgespräch mit bp1j34.

in Bezug auf das Bevormundungssystem ist bei uns von alters her vorhanden. Demirel wurde Vater, Çiller Mutter, Ecevit Karaoğlan (schwarzhaariger Junge), Türkeş Häuptling genannt. Dies sind Beispiele zum Bevormundungsproblem. Es zeigt den Wunsch auf der Suche nach einem Retter. Auch der Wunsch der letzten Tage vom Jahr 2010 in der Türkei in Bezug auf den Übergang zum Präsidialsystem kann hieraus hervorgehen. Begriffe unserer Vergangenheit wie Khanat, Sultanat werden auch heute erwünscht. Die Ansammlung vieler Probleme löst Putsche aus. Die Disziplin, die in Deutschland bei Zivilen vorhanden ist, gibt es in der Türkei bei Soldaten.²⁵³

Einigen Meinungen zufolge hat sich die Rolle der türkischen Soldaten in der türkischen Politik vermindert, und zwar aufgrund der verbesserten Kriegsführungskraft der Soldaten und der Arbeiten zur Professionalisierung der Armee. Aus den genannten Gründen haben sich die Soldaten aus der Politik zurückgezogen. Das Militär schaut nicht auf die Verfassung oder auf die Gesetze, wenn es einen Putsch macht. Wenn die Armee das Gefühl hat, dass das Vaterland aus den Händen gleitet, kann es sich der Politik bemächtigen. Mit den sich vertiefenden Beziehungen mit der EU kann die Rolle des Militärs gemindert werden. Aber so mehr sich das Militär auch zivilisiert, sein Einfluss auf nationale Angelegenheiten mindert sich nicht so viel. Da die Soldaten überwiegend ausgebildet sind, haben sie sehr gute Kenntnisse in ihren Bereichen. In der Führungsakademie, in der Marinekommandantur gibt es viele Soldaten, die einen Master oder einen Doktor haben, zwei Fremdsprachen können, deren Bildungsniveau also sehr hoch ist. Die Türkei ist ein Land, auf den kein Land verzichten kann. Die EU, Russland, Amerika und Israel können nicht auf die Türkei verzichten. Zum Beispiel befindet sich Island in der NATO, aber es hat keine Armee, denn es hat nichts zu verlieren. Aber bei der Türkei ist dies nicht der Fall, das ganze Petroleum gelangt über die Türkei nach Europa. Auch Wasserwege, Transportwege, Speditionen- und Energienwege befinden sich in der Türkei. Denn das Baku Ceyhan Petroleum wird über die Türkei nach Europa transportiert. Deshalb ist es nicht möglich, dass diese Länder auf die Türkei verzichten und dass sich die Kraft der Armee in der Türkei vermindert. Die Existenz der Türkei ist für Europa eine Sicherheit. Im Bluebook, den Amerika jedes

²⁵² Interviewgespräch mit x2y6n.

Jahr veröffentlicht, befinden sich Länder, die Amerika zu Terroristen erklärt hat. In diesem Buch ändern sich drei Länder nie: Iran, Irak und Syrien. Das sind die Nachbarländer der Türkei. Wenn die Türkei der EU beitrifft, wird die EU ein direkter Nachbar dieser Länder. Die EU wünscht sich solch eine Lage nicht. Die Türkei kann nicht auf die Armee verzichten, denn um ihre Existenz in ihrer geographischen Lage fortzuführen, braucht die Türkei eine starke türkische Armee.²⁵⁴

Die türkischen Streitkräfte haben nach Schutz ihrer jetzigen Position gestrebt. Obwohl sich innerhalb der Streitkräfte von Zeit zu Zeit Oppositionen gegen die Entwicklungen auf dem Weg zu der EU gebildet haben, wurde der Demokratisierung und den Besserungen der Menschenrechte nicht widersprochen. Vielleicht waren Personen vorhanden, die mit den Reformen der EU nicht sehr zufrieden waren. Dennoch ist es nicht richtig zu sagen, dass die türkischen Streitkräfte die EU-Reformen der Regierung behindern. Im Vergleich zu der Zeit vor 10, 20 Jahren hat sich der Stellenwert des Militärs im politischen Leben der Türkei deutlich vermindert. Wobei der Einfluss der EU nicht unterschätzt werden sollte.²⁵⁵

Nach dem Putsch im Jahre 1980 kam es in der Türkei nicht tatsächlich zu einem Staatsstreich. Die Ankündigungen vom 28. Februar und 27. April waren Einflussversuche. Weitere Putsche in der Türkei sind nicht zu erwarten, was allerdings nicht auf den Einfluss der EU zurückzuführen ist.²⁵⁶

4.4.2.1. Die Verfassung von 1961 – die erste Lektion des Militärs?

Der erste Militärputsch der türkischen Geschichte ereignete sich am 27. Mai 1960. Es war eine Korrekturrevolution, in der die kemalistischen Prinzipien wiederhergestellt wurden.²⁵⁷ Das „Komitee der nationalen Einheit“, das sich aus 38 Offizieren verschiedener Dienstgrade unter der Führung des Heereskommandanten zusammensetzte, stürzte die Regierung von Menderes, der seit 1950 Ministerpräsident

²⁵³ Interviewgespräch mit rx61e.

²⁵⁴ Interviewgespräch mit rx61r.

²⁵⁵ Interviewgespräch mit is0175.

²⁵⁶ Interviewgespräch mit ky4r9.

war, und löste das Parlament auf. General C. Gürsel, der ehemalige Oberbefehlshaber der Armee, übernahm die Macht. Adnan Menderes und Celal Bayar wurden festgenommen. Wenig später wurden beide zum Tode verurteilt.²⁵⁸

Obwohl die USA aufgrund bilateraler Verträge die Möglichkeit dazu gehabt hätten, hatten sie keinen Grund einzugreifen. Über CIA-Informationen wusste man, dass die Mehrzahl der putschenden Offiziere den USA und der NATO positiv eingestellt waren. Nur drei Monaten nach dem Putsch wurde zwischen dem Offizierskomitee und den USA ein Abkommen unterzeichnet, durch das die USA den Militärs 1.000 Mio. TL zur Verfügung stellten. Am 15. 9. 1960 schloss das Komitee im Gegenzug mit der Weltbank ein Abkommen, wonach ausländischen – insbesondere US-amerikanischen – Firmen der Bau von Eisen- und Stahlwerken genehmigt wurde.²⁵⁹

Auf der einen Seite beendete der Militärputsch eine erfolgsversprechende Ära der türkischen Demokratie, auf der anderen Seite wurde er zum Verboten einer neuen sozio-politischen Ordnung. Die hierzu nötige neue Verfassung wurde von oben verordnet und am 9. Juli 1961 durch eine Volksabstimmung angenommen. Die Verfassung von 1961 war die liberalste in der türkischen Verfassungsgeschichte. Doch dieses liberale Dokument, das der Regierung bei ihrer Machtausübung zahlreiche Kontrollen, insbesondere durch Verfassungs- und Verwaltungsgerichte auferlegte, erschwerte ein wirksames Regieren.²⁶⁰

Ein wesentliches Merkmal dieser Verfassung war der große Katalog an Grundrechten und Grundpflichten des türkischen Staatsbürgers. Den Bürgern wurde mit dieser Gesetzgebung, ähnlich dem Grundgesetz in der BRD, unter anderem Folgendes zugebilligt: die Unantastbarkeit der Person und der Wohnung, Schutz der Intimsphäre sowie Rechte und Freiheiten der Kommunikation, Reise, Niederlassung, Gedanken- und Meinungsäußerung, Kunst. Und Wissenschaft, Presse, Versammlung, Demonstration

²⁵⁷ Vgl. Kreiser/Neumann: a.a.O., 2003, S. 428f.

²⁵⁸ Vgl. Işıklı, Alpaslan: Gewerkschaften und Arbeitsbewegung nach dem 27. Mai 1960. In: Seven, Ömer (Hg.): Türkei zwischen Militärrherrschaft und Demokratie. Hamburg 1984, VSA Verlag, S. 139.

²⁵⁹ Vgl. Hofmann, Barbara / Balkan, C.: Militär und Demokratie in der Türkei. Berlin 1985, Express Edition GmbH, S. 56ff.

und Vereine. Außerdem beinhaltete es einen umfangreichen Bestand an sozialen und wirtschaftlichen Rechten und Pflichten. Zum ersten Mal in der Verfassungsgeschichte wurden soziale Rechte wie das Recht auf Arbeit, Urlaub, gerechten Lohn, soziale Sicherheit, Gesundheit, Koalitionsbildung, Abschluss von Tarifverträgen und das Recht auf Streik durch die Verfassung gewährleistet. In Art. 2 wurde verankert, dass es die Aufgabe des Sozialstaates ist, diese Rechte in die Praxis umzusetzen. Hinzu kommt, dass die Verfassung von 1961 sehr viel klarer Gesetzgebung von Exekutive trennte und die Rechtsprechung als wirksame und unabhängige Gewalt gestaltete. Das Prinzip der Gewaltenteilung sollte zum Tragen kommen. Darüber hinaus wurden die Organe der Gesetzgebung und der Exekutive noch einmal aufgespalten. Das bedeutete eine weitere Auflösung der Vernetzung. Die gesetzgebende Gewalt bestand nun aus zwei Kammern: der Nationalversammlung (Millet Meclisi) und dem Senat (Senato), die zusammen die traditionelle Bezeichnung „Große Nationalversammlung der Türkei“ (Türkiye Büyük Millet Meclisi) trugen. Die Exekutive bestand wie bisher aus dem Präsidenten der Republik und dem Ministerrat.²⁶¹

Neu eingeführt wurde mit dem Art. 111 der Nationale Sicherheitsrat. Durch diesen übt das Militär bis heute Einfluss auf die Politik aus. Der Hohe Richterrat (Yüksek Hakimler Kurulu), später nach Art. 132 Hoher Richter- und Staatsanwälterat genannt, sollte die Unabhängigkeit der Gerichte kontrollieren. Ebenfalls neu eingeführt wurden der Militärgerichtshof (Askeri Yargitay), der Kassationshof als oberstes und zugleich einziges Verwaltungsgericht (Yargitay) nach Art. 140 sowie das Konfliktlösungsgerichtshof (Uyusmazlik Mahkemesi) nach Art. 142. Die Einführung des effektivsten und wichtigsten Verfassungsorgans, des Verfassungsgerichts (Anayasa Mahkemesi) war eine weitere staatsorganisatorische Ausbaumaßnahme, die die Türkei einem modernen Rechtsstaat näher brachte. Die neue Verfassung sollte auch eine Einparteiendiktatur wie die der Demokratischen Partei (DP) in den 1950er Jahren verhindern. Der demokratisch mehrheitlich gewählte Ministerpräsident der DP, Adnan

²⁶⁰ Vgl. Steinbach, Udo: Eingriff des Militärs. In: Türkei. Informationen zur politischen Bildung, Heft 277, 2002, S. 12.

²⁶¹ Vgl. Tanör, Bülent: Der Verfassungswandel in der Türkei. In: Özak, Halil I./ Dagyeli, Yildirim (Hg.): Die Türkei im Umbruch. Frankfurt am Main 1989, Dagyeli Verlag, S. 12-16.

Menderes, wurde jedoch kurz nach dem Staatsstreich durch die Putschisten auf der Gefängnisinsel Imrali erhängt.²⁶²

Neu war auf Verfassungsebene der Nationale Sicherheitsrat (Art. 111). Man sollte die Errichtung des Nationalen Sicherheitsrats im Kontext der insgesamt ausführlicheren Regelung des Not- und Ausnahmezustandes betrachten (Art. 123, 124). In sicherheitspolitischen Fragen spielt der Rat bis heute eine wichtige Rolle. Das in diesem Rat vertretene Militär, welche nach wie vor nicht entscheidungsbefugt ist, übt einen erheblichen politischen Einfluss aus – bis in den Verfassungs- und Gesetzesalltag hinein.²⁶³

4.4.2.2. Die Intervention der Generäle (1971–1973); die zweite Lektion des Militärs?

Am 12. März 1971 mischte sich die Armee mit einem vom Generalstabchef und den Kommandanten der Teilstreitkräfte unterzeichneten „Memorandum“ an die Adresse von Regierung und Parlament erneut ein. Erklärtes Ziel der Streitkräfte war das Beenden der wachsenden Gewalt. Die wichtigsten Gewerkschaften sowie DISK und die Türk-Is stimmten dem Memorandum zu. Die „Arbeitspartei der Türkei“ und Ecevit für seine Person bezogen dagegen Opposition. Ecevit trat aus Protest von seinem Posten als Generalsekretär zurück. Das Militär formierte ein neues Kabinett. Im Schatten des „Memorandums“ arbeitete das Parlament jedoch weiter. Die politischen Ziele der Regierung des 12. März gegenüber den Gewerkschaften stellten sich schnell heraus. Es kam zur Verfügung der Führer der DISK sowie zahlreiche Lehrern und Intellektuellen. Diese wurden wegen angeblicher Beteiligung an dieser Affäre angeklagt obwohl sie später freigesprochen wurden, blieben sie für längere Zeit im Gefängnis.²⁶⁴

Die Verfassung wurde unter dem Regime des 12. März zweimal geändert. Die Veränderungen entsprachen ungefähr einem Drittel der Verfassung. Dabei wurden sogar

²⁶² Rumpf, Christian: Das Verfassungssystem der Türkei. In: Der Bürger im Staat, 55 Jg., 2005, Heft 3, S. 93.

²⁶³ Vgl. ebd.

²⁶⁴ Vgl. Seven, Ömer: Türkei zwischen Militärherrschaft und Demokratie. Hamburg 1984, VSA-Verlag, S. 142ff.

Grundrechte eingeschränkt. Die Gewerkschaftsfreiheit wurde mit der Verfassungsänderung vom 20. September 1971 eingeschränkt.²⁶⁵

Dieses Memorandum erweiterten die Beschränkungsmöglichkeiten der Grundrechte. Mit Staatssicherheitsgerichten (Devlet Güvenlik Mahkemesi) wollte man politische Delinquenz bekämpfen (Art. 136). Die sogenannten „DGM“s mussten nach einem Urteil des Verfassungsgerichts ihre Arbeit jedoch schon 1975 einstellen. Mit dem Hohen Militärverwaltungsgerichtshof (Yüksek Askeri Idare Mahkemesi) bekam das Militär eine eigene Verwaltungsgerichtsbarkeit (Art. 140). Die Befugnisse des Verfassungsgerichts wurden nur auf Nachprüfung der verfassungsändernden Gesetze auf Formfehler beschränkt.²⁶⁶

4.4.2.3. Das Militärregime vom 12. September 1980; die dritte Lektion des Militärs?

Als es zum zweiten Mal nach 1961 zur Intervention des Militärs in das politische System kam, war das politische System nahe daran sich aufzulösen und die öffentliche Verwaltung stand vor dem Zusammenbruch. Dieses Mal sollte das militärische Zwischenspiel länger dauern als je zuvor.²⁶⁷ Überall im Land herrschten Bürgerkriegszustände, in denen sich radikale linke und rechte Gruppen, Anarchie und Terror verbreiteten. Die Generäle meinten es dieses Mal ernst. Es sollte im Unterschied zum Memorandum von 1971 nicht nur Kosmetik an der Verfassungsmäßigen Ordnung vorgenommen werden, sondern es sollte eine neue Türkei mit einem neuen politischen System entstehen, in der die Zustände, die vor dem Putsch an der Tagesordnung standen, nicht mehr vorkommen können sollten. Am 12.9.1980 um 4:00 Uhr morgens ertönte aus den Radios der Armeemarsch. Anschließend hielt der damalige Generalstabchef Kenan Evren seine Rede zur Nation: „Bestehen und Unabhängigkeit der Türkischen Republik, uns vom großen Atatürk anvertraut, sind durch innere und äußere Feinde in Gefahr. Das Ziel ist, die Integrität des Landes zu schützen, die

²⁶⁵ Vgl. ebd.

²⁶⁶ Rumpf, Christian: Das Verfassungssystem der Türkei. In: Frech, Siegfried/Öcal, Mehmet (Hg.): Europa und die Türkei. Schwalbach 2006, Wochenschau Verlag, S. 63.

²⁶⁷ Vgl. Rüstow, Dankwart A.: Die Türkei. Brücke zwischen Orient und Okzident. Der Militärputsch von 1980 und seine Auswirkungen. Göttingen 1990, Vandenhoeck und Ruprecht, S. 77-81.

ationale Einheit zu sichern [...]und die Hindernisse für ein ordnungsgemäßes Funktionieren der Demokratie zu beseitigen“.²⁶⁸

Das Parlament wurde aufgelöst und die Verfassung wurde außer Kraft gesetzt. Ein Nationaler Sicherheitsrat als oberstes politisches Gremium unter der Führung Kenan Evrens übernahm die Macht.²⁶⁹ Die Befehlshaber aller Waffengattungen sowie der Gendarmerie waren an sie gebunden. Beim Putsch von 1980 waren die Ziele des Putsches einfacher als 1960, denn es galt in erster Linie, die Sicherheit wiederherzustellen. Die Wirkungen waren jedoch tiefer als 1971. Ein umfangreicher Umbau von Staat, Wirtschaft und Parteiensystem wurde vorgenommen. Bevor die Militärs im November 1983 die Macht wieder in die Hände einer gewählten zivilen Regierung zurückgaben, ließen sie in der neuen Verfassung vom 7. 11. 1982 das Interventionsrecht des von ihnen kontrollierten Nationalen Sicherheitsrats verankern.²⁷⁰

Während des Übergangs von der Militär- zur Zivilregierung kam es zu einem Verbot aller politischen Parteien der Zeit vor 1980. Ihren Parlamentariern war jede politische Aktivität für fünf Jahre untersagt, ihren führenden Köpfen sogar für zehn Jahre. Auch neu gegründete Parteien und ihre Vorsitzenden bedurften der amtlichen Zulassung zum Wahlkampf.²⁷¹

Der Putsch von 1980 fand unter dem Befehl des Generalstabschefs Kenan Evren statt, eines in amerikanischen Kreisen „hoch angesehenen Generals“. Die US-Militärmission in Ankara wurde eine Stunde vor dem Putsch informiert. Dies war sicherlich kein Zufall. Es kann als ein Indiz dafür betrachtet werden, dass der Putsch im Einklang mit der NATO-Strategie stand.

Die erste Maßnahme, die von den Militärs ergriffen wurde, war die Verhaftung der gesamten Regierung. Infolgedessen wurde das Parlament aufgelöst und die Verfassung

²⁶⁸ Vgl. Birand, Mehmet Ali: Die Beziehungen der Türkei zur EG. Der Vertrag von Ankara. In: Özak, Halil I./Dağyeli, Yıldırım (Hg.): Die Türkei im Umbruch. Frankfurt am Main 1989, Dağyeli Verlag, S. 186f/vgl. Steinbach, Udo: Die Türkei im 20. Jahrhundert. Schwieriger Partner Europas. Bergisch Gladbach 1996, Gustav Lübbe Verlag, S. 197.

²⁶⁹ Vgl. Steinbach: a.a.O., 1996, S. 195ff.

²⁷⁰ Vgl. Rumpf: a.a.O., 2006, S. 51.

²⁷¹ Vgl. Rüstow: a.a.O., 1990, S. 77-81.

außer Kraft gesetzt. Sobald die Armee geputscht hatte, wurden über 100 Parlamentarier und Vertreter von Parteien verhaftet. Dass in 20 der 67 Provinzen herrschende Kriegsrecht wurde auf das ganze Land ausgedehnt, der juristische Staatsapparat und alle Gerichte an die Militärdiktatur gebunden. Um ihre Macht zu festigen, wurden alle Stadtparlamente aufgelöst und die Bürgermeister abgesetzt. Die noch von Demirel eingesetzten Gouverneure wurden ebenfalls durch Armeeeoffiziere eingesetzt.

Die „Beratende Versammlung“ wurde ein Jahr nach dem Putsch von 1980 eingesetzt. Sie sollte nach Darstellung General Evrens zugleich eine Art Parlament sein. Die Mitglieder wurden aber nicht gewählt. Sie wurden vom Nationalen Sicherheitsrat ernannt. Es waren insgesamt 11.125 Personen, die sich eine Kandidatur für die 160 Sitze der beratenden Versammlung bewarben. 40 Mitglieder wurden durch die Militärs nach eigenem Ermessen bestimmt. Die restlichen 120 wählten sie aus Listen von 360 Namen aus. Diese wurden ihnen von den Gouverneuren der Provinzen des Landes vorgeschlagen.

Für die beratende Versammlung wurden insgesamt vier Verpflichtungen formuliert:

- Sie sollte ein neues Grundgesetz aufsetzen, das der Bevölkerung in einem Referendum zur Billigung vorgelegt werden sollte.
- Sie hatte nach der Volksabstimmung ein neues Parteiengesetz zu erlassen. Darin war der Umriss für die Aktivitäten der Parteien zu zeichnen.
- Die Konstituente sollte gesetzgebende Funktionen erfüllen; sowohl neben ihren Beratungen der Gesetze als auch nach deren Verabschiedung.
- Sie hatte die Vorgehensweise für die nächste Parlamentswahl festzulegen.²⁷²

Die Verfassung von 1982 ist die heute noch gültige Verfassung in der Türkei. Um deren stetige Reformierung mit dem Ziel eines EU-Beitritts bemühen sich die Regierungen seit 1983. In den letzten Jahren wurden durch die aktuelle Regierungspartei AKP von Ministerpräsident Erdogan besondere Fortschritte erzielt.

²⁷² Vgl. Hoffmann/Balkan: a.a.O., 1985, S. 83–90.

Die türkischen Medien feierten die Verabschiedung des 7. EU-Anpassungspaketes durch das Türkische Parlament vom 31. Juli 2003.

Die radikalsten Reformen des 35 Punkte umfassenden Paketes betreffen ohne Zweifel den Nationalen Sicherheitsrat und den Generalsekretär dieses Gremiums. Die Funktionen und die Zuständigkeit dieses Gremiums wurden stark beschnitten. Die EU-Harmonisierungskommission des türkischen Parlaments wies in ihrem Vorbericht zu den Verfassungsänderungen darauf hin, dass in keinem anderen EU-Mitgliedstaat und den EU-Kandidatenländern ein Nationaler Sicherheitsrat mit so weitreichenden Kompetenzen wie in der Türkei existiere. Dies sei auch immer ein Hauptkritikpunkt der Europäer gewesen, weshalb man sich zu einer grundlegenden Neuregelung des Nationalen Sicherheitsrates entschlossen habe.

Durch zwei Gesetzesänderungen kommt den Entscheidungen des Nationalen Sicherheitsrates künftig de facto nur noch eine beratende Funktion zu und diese beinhaltet auch nur Aspekte der nationalen Sicherheitspolitik. Die Koordination zwischen Nationalem Sicherheitsrat und Ministerpräsidenten kann einem stellvertretenden Ministerpräsidenten überantwortet werden. Bisher sprach der Nationale Sicherheitsrat Empfehlungen in allen politischen Bereichen aus. Man formulierte hier bisher nationale Ziele, bestimmte geeignete Maßnahmen hinsichtlich der Wahrung der Nationalen Integrität und traf als Hüter der verfassungsrechtlichen Ordnung viele Entscheidungen, die auch von der Politik befolgt wurden.

Der Generalsekretär dieses Gremiums, bisher ein vom Militär bestimmter Vier-Sterne General, soll zukünftig durch einen Zivilisten ersetzt werden. Die Zivilisierung des Nationalen Sicherheitsrates geht jedoch noch weiter, da auch das Ernennungsverfahren für den Generalsekretär geändert wurde. Nun wird auf Vorschlag des Ministerpräsidenten und mit Genehmigung des Staatspräsidenten dieser Posten besetzt. Dies kann nach wie vor auch ein Offizier sein, dazu wäre dann zusätzlich ein positiver Bescheid des Generalstabchefs vonnöten. Dieses Zugeständnis der Regierung an das Militär bedeutet jedoch automatisch keine Aushöhlung der Reform. Es ist eine realistische Einschätzung der Regierung, weil eine solch grundlegende Reform nicht

abrupt durchzuführen ist. Zudem war es vorausschauend, wie sich wenige Tage später bei den Sitzungen des Obersten Militärrates zeigen sollte.

Des weiteren beinhaltet das Reformpaket die Bestimmung, dass Sicherheitsratssitzungen nur noch alle zwei Monate und nicht wie bisher monatlich stattfinden werden. Zudem werden künftig Sitzungen des NSR auch auf Vorschlag des Ministerpräsidenten oder durch Einberufung des Staatspräsidenten zustande kommen. Auch dies sind geeignete Maßnahmen, um den Einfluss des Militärs auf die türkische Politik zurückzudrängen. Diese Reform steht oder fällt mit den Ausführungsbestimmungen zu den Funktionen und den Aufgaben des Nationalen Sicherheitsrates, die in den nächsten drei Monaten dafür zu erarbeiten sind. Auch hier wird sich erst in der Zukunft zeigen, ob wichtige Entscheidungen des Parlaments auch eins zu eins umgesetzt, oder nicht durch interpretationsabhängige Formulierungen oder Verschleppungstaktik Reformvorhaben aufgeweicht werden.²⁷³

4.4.2.4. Der „postmoderne Militärputsch“ (1997)

28. Februar 1997 beschloss der Nationale Sicherheitsrat ein „Maßnahmenpaket“. Damit sollten militante islamistische Gruppen kontrolliert werden. Die Regierung wurde beauftragt, das Strafgesetzbuch um Paragraphen zu erweitern und die Verstöße gegen die laizistische Staatsordnung unter Strafe zu stellen.²⁷⁴

Im Angesicht der konzentrierten Aktion der Streitkräfte, des Verfassungsgerichts und nicht zuletzt dank der erfolgreichen Abwerbung von Mitgliedern der Regierungsparteien brach die Erbakan/Ciller-Koalition zusammen. Im Juni „enthüllte“ der Sprecher des Generalstabs, Fevzi Türkeri, 30 fundamentalistische Gruppen. Angeblich hätten sich diese Gruppen zu Anschlägen vorbereitet. Der politische Islam wolle „das Land zurück in eine endlose Finsternis und weg von der westlichen Zivilisation ziehen“. Die Armee werde einem Aufstand dieser Kräfte mit „Waffengewalt“ begegnen. Damit wurde das bis dahin von der Armee vermiedene

²⁷³Vgl. Tröndle, Dirk/Augustin, Sankt: Das 7. EU-Anpassungspaket. Reform des Nationalen Sicherheitsrates. Abrufbar im Internet. 2003. URL: <http://www.kas.de/wf/de/33.2298/>. Stand: 16.01.2011.

²⁷⁴ Vgl. Kreiser/Neumann: a.a.O., 2003, S. 457.

Stichwort „Gewalt“ ausgesprochen. In der Türkei war es für jeden klar, dass dies die ultimative Warnung an die „politische Kaste“ war. Am 18. Juni 1997 musste Erbakan weichen.²⁷⁵

Die Gründung eines Krisenstabes beim Ministerpräsidium (9. Januar 1997), das Memorandum des Nationalen Sicherheitsrates und die Errichtung der „Arbeitsgruppe West“ im Militärapparat im Februar 1997 werden von Kritikern in der Türkei als ein indirekter Militärputsch bezeichnet. Zum Aufgabenbereich des Krisenstabs gehört damit die Pflicht, Maßnahmen zur Verhütung, Verhinderung und Beseitigung von Krisen zu ergreifen, die die innere Einheit, Verfassung, Demokratie etc. gefährden. Dieser Krisenstab wurde in das Sekretariat des Nationalen Sicherheitsrates eingebunden, dem Ministerpräsidenten unterstellt. Er steht in der Verantwortung von Militär und Ministerpräsidenten. Das Parlament ist jedoch nicht befugt, ihn zu kontrollieren. Hiermit hat sich das Militär das Recht auf die Intervention in die Politik des Landes unter Garantie gestellt. Der Einfluss dieses Krisenstabes geht über das schon bestehende Maß an Einflussnahme des Nationalen Sicherheitsrates hinaus.²⁷⁶

Die Aufgabe der „Arbeitsgruppe West“ innerhalb des Militärs war das Beobachten der Aktivitäten islamistischer Strömung. Dem Militär gelang es zudem, die zivile Regierung unter Druck zu setzen. Sie trieb die in dem Memorandum geforderten Maßnahmen voran und setzte entsprechende Gesetze durch das Parlament um. Mit dem fortdauernden Propagieren der Gefahr eines „zweiten Iran“ ist versucht worden, die Zustimmung des Volkes für die Legitimation eines militärischen Eingreifens zu erlangen. Möglicherweise waren die Wohlfahrtspartei (RP, Refah Partisi) oder die neu gegründete Nachfolgebpartei, die Tugendpartei (FP, Fazilet Partisi), auch deswegen keine geeigneten Bündnispartner für das Militär, weil sie im Unterschied zu den übrigen konservativen Parteien über eine Verankerung in der Bevölkerung verfügten, auf dessen Druck sie reagieren muss. Dem Militär konnte sie hingegen nicht Garant genug für ihr freies Agieren sein. Dies bedeutete, dass sie in einer Zweckmühle zwischen den Militärs und ihrer Basis gefangen wurde. Es zeichnete sich bereits zu diesem Zeitpunkt ab, dass

²⁷⁵ Vgl. ebd., S. 475.

auch die Tugendpartei von einem Verbot bedroht war. So geschah es auch. Denn das Staatssicherheitsgericht verkündete zu prüfen, ob die Tugendpartei nicht lediglich eine Fortsetzung der Wohlfahrtspartei darstellte und damit ebenso von dem Urteil des türkischen Verfassungsgerichts betroffen sei.²⁷⁷ Nachdem durch ein Urteil des Verfassungsgerichts festgestellt wurde, dass die Tugendpartei die Ziele der Wohlfahrtspartei verfolgte, wurde ein Parteiverbot erlassen.²⁷⁸

Erst vor zwei Tagen sagte Erbakan zum Putsch vom 28. Februar 1997, dass die Militärs 50 Abgeordneten des Koalitionspartners die Räume gezeigt hätten, in denen sie hingerichtet werden sollten. Dies wurde vom Militär nicht verneint. Wegen seiner verspäteten Erklärung wurde Erbakan scharf kritisiert. Er sagte hierzu, dass er den Staat nicht tiefer in die Krise ziehen wollte.²⁷⁹

4.4.2.5. Die Intervention des Militärs bei der Präsidentenwahl und der darauffolgenden Wahl (2007)

Die Nominierung des Staatspräsidenten auf der Website des türkischen Militärs lasen viele als Androhung eines neuen Putsches. Die Wahl des neuen Staatspräsidenten in der Türkei hat einer politischen Krise die Tür geöffnet. Das türkische Parlament trat zum ersten Wahlgang eines Nachfolgers des scheidenden Staatspräsidenten zusammen. Dabei verfügte die unter Ministerpräsident Erdogan regierende AKP im Parlament über eine Mehrheit von allein 353 von 550 Abgeordnetensitzen. Nachdem sich die im Abgeordnetenhaus vertretenen Oppositionsparteien CHP; ANAP und DYP aus Protest gegen Erdogans Partei nicht an der Wahlrunde beteiligten, fehlten Abdullah Gül in der ersten Abstimmung zur erforderlichen Zweidrittelmehrheit nur zehn gültige Wahlstimmen. Infolge des Wahlboykotts nahmen an der Sitzung 361 Parlamentarier teil. Zwei Drittel aller Abgeordneten hätten aber anwesend sein müssen. Dies nahm die

²⁷⁶ Vgl. Dufner, Ulricke: Militär kontra Islamismus. 1998. Abrufbar im Internet. URL: <http://www.uni-muenster.de/PeaCon/wuf/wf-98/9840500m.html>. Stand: 13.11.2009.

²⁷⁷ Vgl. ebd.

²⁷⁸ Vgl. Keskin, Hakki: Die deutsch-türkische Debatte über den EU- Beitritt der Türkei. Eine unendliche Geschichte. In: Frech, Siegfried/Öcal, Mehmet (Hg.): Europa und die Türkei. Schwalbach 2006, Wochenschau Verlag, S. 76ff.

²⁷⁹ Vgl. ebd.

Oppositionspartei CHP als Anlass für eine Beschwerde gegen die Gültigkeit der ersten Wahlrunde vor dem Verfassungsgericht. Zur Wahl des Staatsoberhauptes sieht die Verfassung höchstens vier Wahlgänge vor. In den ersten beiden Wahldurchgängen braucht der Kandidat eine Zweidrittelmehrheit. In den letzten beiden Abstimmungen reicht eine einfache Mehrheit aus. Mit ihrer satten Mehrheit im Parlament sollte die AKP die letztgenannte Hürde nehmen und Gül nach bisherigem Zeitplan spätestens im dritten Wahlgang am 9. Mai 2007 durchsetzen²⁸⁰

Die Generalität befürchtete unter Ministerpräsident Erdogan und eines „islamisch orientierten“ Staatspräsidenten Gül eine Abkehr der westlich orientierten, säkularisierten Grundausrichtung der Türkei.²⁸¹

Das türkische Militär wurde durch den EU-Erweiterungskommissar Rehn derweil zur Zurückhaltung gemahnt. Der Kommissar bezeichnete die damalige Situation als eine Prüfung für die Stabilität der türkischen Demokratie. „Das ist ein Test für die demokratische Reife der Türkei“, sagte Graham Watson, Chef der Europäischen Liberalen. Grundsätzlich spielte aber das elektronische Ultimatum der Militärs den Gegnern einer EU-Mitgliedschaft der Türkei Argumente zu. Damit werden sich nennenswerte Fortschritte der Beitrittsverhandlungen zwischen der Türkei und der EU möglicherweise auf einen späteren Zeitpunkt verzögern. In Istanbul demonstrierten über eine Millionen Türken gegen Güls drohenden Einzug in den Präsidentenpalast.²⁸²

Das Verfassungsgericht billigte den Antrag der Opposition und annullierte den ersten Wahlgang. Weil nun die Wahl des Staatspräsidenten unmöglich geworden war, griff Erdogan zur letzten Alternative und setzte Neuwahlen 2007 an. Der Staatspräsident sollte durch das Volk gewählt werden. Hierzu waren Veränderungen in der Verfassung nötig. Die CHP war anfänglich mit der AKP einer Meinung. Es dauerte aber nur eine kurze Zeit und die CHP änderte ihre Meinung. Demnach wäre es falsch, dem Volk die

²⁸⁰ Vgl. ebd.

²⁸¹ Vgl. HSBC Gruppe: Trends im Visier. Türkei. 2007. Abrufbar im Internet. URL: http://www.hsbctrinkausmarkets.de/markets/content/downloads/marktamalysen/trends_im_visier_bondboard.pdf. Stand: 14.11.2009.

²⁸² Vgl. ebd.

Wahl des Staatsoberhauptes zu überlassen. Einen vernünftigen Grund konnte sie hierfür nicht nennen.²⁸³

Der EU-Beitrittskandidat Türkei steckte – wieder einmal – in einer tiefen Krise, die Politiker in Brüssel, Paris, London und Berlin aufmerksam verfolgen. Ein offener Konflikt zwischen AKP-Anhängern und dem Militär wäre fatal gewesen für das Land, das bisher als „strahlendes Beispiel für die Aussöhnung einer mehrheitlich muslimischen Bevölkerung mit einem säkularen, demokratischen Staat“ galt, so sagt es jedenfalls der Soziologe Dogu Erbil.²⁸⁴

Die AKP hat Hunderte Reformen durchgeboxt und die Türkei in Beitrittsverhandlungen mit der EU geführt. Die Meinung, dass die Islamgegner Kräfte des Fortschritts seien, trifft nicht unbedingt zu. Viele von ihnen sind dem Westen kritisch bis feindlich gegenübergestellt. Auf der Demonstration in Istanbul konnte man nicht nur Ausrufe gegen die Regierung, sondern auch gegen Amerika und die EU hören.²⁸⁵

Am Sonntag, den 22. 7. 2007, gewann die konservativ-islamisch ausgerichtete AKP von Ministerpräsident Erdogan die Parlamentswahl klar. Damit errang Erdogan die absolute Mehrheit im Parlament. Er kündigte an, dass er weiterhin für die EU-Vollmitgliedschaft kämpfen wird. Die AKP-Premier Erdogan hat knapp 47 % der Stimmen erzielt. Insgesamt bekam er von rund 550 Abgeordneten 340 Stimmen. Die oppositionelle Republikanische Volkspartei CHP bekam davon 112, und die dritte Partei, die nationalsozialistische MHP, hatte mit 14,3 % und 71 Abgeordneten im Parlament den Sprung über die 10%-Hürde geschafft. Der Stimmenzuwachs der islamisch geprägten AKP gilt in der türkisch-politischen Geschichte als der zweite Rekord nach demjenigen der demokratischen Partei in den 1950er Jahren.²⁸⁶

²⁸³ Vgl. Grossbongardt, Annette/Zand, Bernhard: Drama mit vertauschten Rollen. In: Der Spiegel, 2007, Heft 19, S. 104-108.

²⁸⁴ Vgl. ebd.

²⁸⁵ Vgl. ebd.

²⁸⁶ Vgl. Kálnoky, Boris: Erdogan bei Parlamentswahlen. 2007. Abrufbar im Internet. URL: http://www.welt.de/politik/article1046967/Die_Tuerkei_soll_der_Welt_als_Vorbild_dienen.html. Stand: 15.11.2009.

Für den deutlichen Sieg des Premiers Erdogan spielten zwei wichtige Gründe eine enorme Rolle. Erstens verfügt die Türkei über eine gute wirtschaftliche Lage in der Regierungszeit der AKP. Zweitens spielt das Militär, welches bei der Präsidentenwahl von Abdullah Gül verhindert und auf Ärger der Bevölkerung gesorgt hat.²⁸⁷

Der Kommentator der liberalen Zeitung „Milliyet“, Hasan Cemal, kommentierte wie folgt: „Das ist ein Memorandum des Volkes, gegen das quasi Memorandum des Militärs. Dies darf aber nicht dazu führen, dass der Regierung der Sieg über den Kopf wächst.“²⁸⁸

5. Die Demokratie-Förderungspolitik der EU und ihre Anwendung auf die Türkei

Während Demokratie im traditionellen Sinne als Produkt von Binnenkräften analysiert wird, rücken die Beschreibung und Kategorisierung exogener Effekte, wie zum Beispiel regionaler und globaler Demonstrationseffekte, erst seit kurzem in den Blickpunkt des Forschungsinteresses.²⁸⁹

Demokratieförderung selbst tritt dabei in sehr unterschiedlichen Facetten auf, die an dieser Stelle kurz aufgezählt werden sollen: 1) das Mit-gutem-Beispiel-Vorgehen, 2) das Propagieren von Demokratie in internationalen Diskussionsforen, 3) die gewaltsame Durchsetzung von demokratischen Mitteln bzw. die Intervention, 4) das Erzwingen von demokratischen Prinzipien durch Embargo/Sanktionen, 5) Demokratie als Voraussetzung für Mitgliedschaft(en), 6) Unterstützung demokratischer Kräfte/einer aktiven Opposition und 7) Konditionalität/ Kopplung von Wirtschaftshilfen an Demokratisierungsforderungen.²⁹⁰

²⁸⁷ Vgl. Pick, Ulrich: Türkei. Erdogans AKP erzielt deutlichen Sieg. 2007. Abrufbar im Internet. URL: <http://www.swr.de/nachrichten/-/id=396/nid=396/did=2400450/9hmj4p/index.html>. Stand: 15.11.2009.

²⁸⁸ Ebd.

²⁸⁹ Thiel, Rainer H.: Diffusion von Demokratie. Exogene auf Regimetransitionen. Wiesbaden 2001, Deutscher Universitäts-Verlag, S. 6f.

²⁹⁰ Vgl. Grimm, Sonja: Demokratieförderung: Lässt sich Demokratie von außen fördern und erzwingen? Abrufbar im Internet. 2005. URL: http://www2.rz.hu-berlin.de/demokratieforschung/Thesenpapiere_WS0506_Demokratiefoerderung/Burnell_2000.pdf. Stand: 18.10.2010.

Demokratisierungshilfen sind ein unstrittiges Element der Förderung von Menschenrechten. Sie sollten nicht nur in Staaten zum Einsatz kommen, in denen sich demokratische Strukturen gerade entwickeln. Auch in Ländern mit noch repressiven Regimen sollten Demokratiebewegungen, Menschenrechts- und Frauenbewegungen unterstützt und gefördert werden.²⁹¹

Sowohl regionale Gemeinschaften oder Bündnisse als auch internationale Organisationen und Regime definieren mehr und mehr den Rahmen für nationale Politik und damit für die Verwirklichung von Demokratie. Die Begrenzung der Reichweite und Problemlösungskapazität nationaler Politiken durch den Prozess der „Globalisierung“ hat den Stellenwert von internationalen Handlungsebenen und Kooperationsverfahren erhöht („global governance“). Letztere treten im Wesentlichen in drei Bereichen auf: erstens durch verstärkte zwischenstaatliche Kommunikation und Kooperation, zweitens durch die Definition von verbindlichen Normen, Werten und Zielen für internationale Politik und drittens durch die Entwicklung von „Regimen“ und Institutionen der globalen Politik.²⁹²

Damit europäische Produkte im globalisierten Wirtschaftsklima im Weltmarkt konkurrieren können, strebt die Europäische Union an, bei den traditionellen Systemen der Mitgliedsstaaten wirtschaftliche, institutionelle und politische Transformationen zu gewährleisten. Doch für deren Verwirklichung muss eine starke, kulturelle Infrastruktur gebildet werden.²⁹³

Die EU bemüht sich, außer einer Freihandelszone ein kulturelles Gebiet zu werden. Damit verschiedene Kulturen wirtschaftlich integrieren und sich der wirtschaftlichen Ordnung anpassen können, sind Bewusstsein und Gefühl für Zusammengehörigkeit und europäische Identität zu verinnerlichen. Mit anderen Worten: der Grund dafür, dass seit

²⁹¹ Vgl. Pfeil, Florian: *Zivilmacht für die Menschenrechte? Menschenrechte in der deutschen Außenpolitik 1990-1998*. Band 40, Hamburg 2000, Verlag Dr. Kovac, S: 75.

²⁹² Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung: a.a.O., 1999, S. 62.

²⁹³ Vgl. Aydilge, Sarp: *Avrupa Birliği Kültür Politikaları*. Abrufbar im Internet. 2005. URL: <http://www.eurozine.com/articles/2004-04-09-sarp-tr.html>. Stand: 21.04.2009.

den 1980er Jahren bei Gemeinschaftspolitiken kulturelle und gesellschaftliche Integration noch wichtiger geworden sind, ist wieder wirtschaftlich.²⁹⁴

Als die EU den Versuch unternahm, weiter in Richtung der Ziele des Vertrags von Maastricht vorzustoßen, wurde sie u. a. mit Problemen konfrontiert wie dem Herrschaftsproblem von Nationalstaaten und der Zukunft der nationalen Zugehörigkeiten. In diesem Zusammenhang kann man von einer Anspannung zur Bewältigung der psychologischen Grenze sprechen, die bezüglich der Integration besteht. Sie wurde durch die Einführung des Euro und Bemühungen zur Bildung einer EU- Armee einigermaßen überwunden.²⁹⁵

In den letzten Jahren hat bei der Definition von Europa „Kultur“ einen wichtigen Platz gewonnen. Kultur ist ein Thema, das die Zukunft der Gesellschaften in Europa interessiert. Jean Monnet, einer der Architekten des modernen Europa sagte: „Wenn ich das Haus Europa von Neuem errichten müsste, würde ich nicht im wirtschaftlichen oder politischen Bereich anfangen, sondern von der Kultur beginnen.“²⁹⁶

Jean Monnet betonte die Wichtigkeit des kulturellen Europa und erklärte, wie schwer der gesellschaftliche Teil dieses Projekts fiel. Der hauptsächliche Grund des kulturellen Effekts auf das Zusammenkommen Europas in den letzten Jahren ist das Identitätsproblem. Gegenüber den vorhandenen nationalen Identitäten ist die Möglichkeit und Gesetzmäßigkeit einer „Europäeridentität“ ein Diskussionsthema.²⁹⁷

Zusammengefasst steht die EU neben ihren vorhandenen Zielen, Problemen und den Angleichungsbemühungen der Interessen der Mitgliedsstaaten gegenüber. Der erste Schritt zum neuen Europa, der im Jahre 1992 mit dem Vertrag von Maastricht gemacht wurde, brachte Diskussionen um den Erweiterungsprozess, internationale Bedingungen,

²⁹⁴ Vgl. ebd.

²⁹⁵ Vgl. Kürşat, Ertuğrul: AB ve Avrupalılık. Doğu-Batı: Avrupa. Nr:14, Jahr:4, İstanbul 2001, Felsefe ve Sanat Verlag, S. 145.

²⁹⁶ Vgl. ebd.

²⁹⁷ Smith, Anthony: National Identity and the Idea of European Unity. In: Gowan, Peer/Anderson, Perry (Hrsg.): The Question of Europe. London, New York 1997, Verso Press, S. 318-345.

Werte und Grenzen von Europa mit sich. Zu diesem Zeitpunkt ist die EU mit Europas Realitäten und Zwiespältigkeiten konfrontiert.²⁹⁸

Wie in den Kapiteln zuvor erwähnt, sind Kultur und dazugehörige Symbole wichtig, um die Legitimation der Nationalstaaten gewährleisten zu können. Kultur besteht nicht nur aus Traditionen und Sitten oder einem Lebensstil. Gleichzeitig können auch Tatsachen, die den politischen Bereich betreffen, symbolisiert werden.²⁹⁹

Auch der EU-Prozess benötigte zur Deckung eigener Demokratielücken und zur Reifung des Öffentlichkeitsprozesses eine Reihe von Symbolen. Fakten wie Euro, EU-Verfassung, Politiken zur Ausbildung, Kopenhagener Kriterien sind Politiken, die zum Nutzen der EU-Staatsbürgerschaft beitragen. Die Politik der EU zur Unterstützung der Demokratie hat sich vor allem ab den 1990er Jahren sowohl mit dem Vertrag von Maastricht als auch mit dem Hervortreten des politischen Integrationsziels intensiviert. Diesbezüglich wurde beabsichtigt, die EU-Organisationen noch mehr zu demokratisieren und die jährlichen demokratischen Tätigkeiten der Mitgliedsstaaten und der Kandidaten der EU mit Berichten im Parlament zu diskutieren.³⁰⁰ Nebenbei wurden die Entwicklung der nichtstaatlichen Organisationen und die noch effektivere Tätigkeit der demokratischen Prozesse in der EU beabsichtigt.

5.1. Die Demokratieförderungspolitik der EU

„Im Rahmen ihres außenpolitischen Regierens exportiert die Europäische Union (EU) ihr Modell legitimen demokratischen Regierens in Drittstaaten und agiert dort als externer Demokratisierer. Theoretisch wird in der Integrationsforschung mit Hilfe einer Innen-Außen-Analogie davon ausgegangen, dass die EU eine Wertegemeinschaft darstellt und diese Werte auch nach außen vertritt. Im Zentrum dieser Identifikation der EU als Wertegemeinschaft stehen die nicht immer ganz klar gegeneinander abgegrenzten Begriffe Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und – seit dem Weißbuch der Europäischen Kommission (2001) – gutes Regieren (good governance).

²⁹⁸ Vgl. Corbett: a.a.O., 1998, S. 178.

²⁹⁹ Vgl. ebd.

³⁰⁰ Vgl. ebd.

Diese Begriffe sind in den letzten Jahren zur Referenzgröße sowohl des internen als auch externen Regierens der EU geworden. Insofern spricht man hier mittlerweile von einem *democracy mainstreaming*, da die EU in ihren multiund bilateralen Außenbeziehungen die oben genannten Werte einfordert. Dabei steht ihr ein umfangreiches Instrumentarium zur Verfügung³⁰¹.

5.1.1. Die Europäische Union in der Welt

Die EU ist kein staatliches Gebilde im herkömmlichen Sinne, keine föderative Staatenvereinigung von Europa und schon gar kein Zentralstaat. Sie ist aber auch keine rein intergouvernementale Vereinigung. Dazu weist sie schon zu viele Institutionen auf, die den Rahmen internationaler Organisationen überschreiten wie der Welthandelsorganisation (WTO) oder ihrer ehemaligen Konkurrenz, der Europäischen Freihandelszone (EFTA).³⁰²

Ein gleichgerichtetes Handeln der Länder der Europäischen Union wird zu einer immer deutlicheren Notwendigkeit, um damit gemeinsame Interessen zu vertreten, die Vorteile der Globalisierung zu nutzen, und um die daraus erwachsenen Zwänge bewältigen zu können. Die Partner Europas, allen voran die Beitrittskandidaten, erwarten von der Union, dass sie ihre Verantwortung in vollem Umfang übernimmt.³⁰³

Bei der Gründung und Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft waren bzw. sind drei europapolitische Perspektiven maßgebend: die Sicherheitsperspektive, die Wohlstandsperspektive und die Großmachtperspektive. Auf die Wohlstandsperspektive, die häufig die Rolle des kleinsten Nenners spielte, konnten sich alle einigen.³⁰⁴

³⁰¹ Jünemann/Knodt: Externe Demokratieförderung durch die Europäische Union. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 13. Jg., Heft 1, 2006, S. 113.

³⁰² Vgl. Wagener, Hans-Jürgen: Europäische Wirtschaftspolitik. In: Beichelt, Timm/Choluj, Bozena/Rowe, Gerard u.a.: Europa-Studien. Eine Einführung. Wiesbaden 2006, VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 350.

³⁰³ Wiehler, Frank: Die Erweiterung der Europäischen Union. Eine Herausforderung. Textsammlung „AGENDA 2000“. Die Union und die Welt. Baden-Baden 1998, Nomos Verlagsgesellschaft, S. 54.

³⁰⁴ Vgl. Voigt, Rüdiger: Weltordnungspolitik. Wiesbaden 2005, VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 188.

Eine oder mehrere dieser Perspektiven bildeten den Hintergrund für die Entscheidungen der Akteure. Für die kleineren Länder, aber auch für Frankreich, besaß vor allem die Sicherheitsperspektive einen hohen Stellenwert, später jedoch gewann die Großmachtperspektive an Bedeutung. Angesichts ihrer jungen Demokratie bildete für die Bundesrepublik Deutschland am Anfang, neben der Erweiterung des Exportmarktes, die Anerkennung als gleichberechtigter Partnerstaat ein zentrales Anliegen. Dafür war die Bundesrepublik bereit, die eigenen nationalen Interessen an die zweite Stelle treten zu lassen. Damit sollte die europäische Integration zu einem Eckpfeiler deutscher Außenpolitik werden.³⁰⁵

Die Außenbeziehungen Europas müssen unbedingt noch aktiver werden. Dies bedeutet, dass die Europäische Union ihre Einflussnahme in den internationalen Beziehungen zu verstärken hat. Grundwerten wie Frieden und Sicherheit, Demokratie und Menschenrechten muss mehr Geltung verschafft werden. Den am wenigsten entwickelten Ländern zu helfen, ihr soziales Modell zu verteidigen und ihre Präsenz auf den internationalen Märkten zu behaupten, muss zu wichtigen Zielen der Gemeinschaft werden. Über die Wahrung der territorialen Integrität der Union hinaus müssen die Mitgliedstaaten gemeinsam vorgehen im Kampf gegen das organisierte Verbrechen, den Terrorismus, die Weiterverbreitung von bakteriologischen, nuklearen und chemischen Kampfmitteln sowie gegen die Zerstörung der Umwelt. Nur so kann ein nachhaltiges Wachstum unter optimaler Nutzung der globalen Ressourcen gesichert werden.³⁰⁶

Im Jahre 2003 waren aufgrund der Uneinigkeit europäischer Regierungen darüber, wie dem Irak unter Saddam Hussein zu begegnen sei, oftmals vom Scheitern der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) die Rede. Zwischen alten und neuen Mitgliedern kam es zu schwerwiegenden Meinungsunterschieden, die den Erwartungen an ein sich enger zusammenschließendes Europa trotzten.³⁰⁷

³⁰⁵ Vgl. ebd.

³⁰⁶ Vgl. Wiehler: a.a.O., 1998, S. 54.

³⁰⁷ Vgl. Algieri, Franco: Die erweiterte EU als internationaler Akteur. In: Chardon, Matthias/Frech, Siegfried/Hüttmann, Martin G. (Hg.): EU-Osterweiterung. Schwalbach 2005, Wochenschau Verlag, S. 229.

Die Regierungschefs sollten sich einigermaßen einig sein über den Rahmen ihrer gemeinsamen Außenpolitik gegenüber den Weltmächten USA, China oder Russland und über ihr politisches Handeln gegenüber der UN, der Welthandelsorganisation (WTO), des IMF oder der Weltbank.³⁰⁸

Die Erweiterung der Europäischen Union wird nicht nur Einfluss nehmen auf das Schicksal der Europäer, der Mitgliedstaaten und der Beitrittsbewerber. Durch ihre internationalen Implikationen wird die Erweiterung Folgen haben – weit über die neuen Grenzen des erweiterten Europas hinaus. Denn sie wird das Gewicht Europas in der Welt verstärken.³⁰⁹

5.1.2. Demokratieverständnis in der Europäischen Union

Die Europäische Union ist ein System „*sui generis*“, also ganz eigener Art.³¹⁰ (vgl. Tömmel 2006: 54), was im Wesentlichen an ihren spezifischen Charakteristika liegt, zu denen das Verhandlungssystem, das Mehrebenensystem sowie die Systeme der „multi-level governance“ sowie der „network-governance“ gehören.³¹¹

Mit seinem Mehrebenensystem stellt das politische System der EU eine Variante der zahlreichen bundesstaatlichen Konstruktionen dar, welche auf der einen Seite die Einheit im Ganzen und auf der anderen Seite die Verschiedenheit in den Teilen repräsentieren.³¹² Unter diesem Aspekt betrachtet, kommt die erwähnte Besonderheit des politischen Systems noch einmal zum Vorschein, wie auch Hartmann betont: „Im Wertekanon von Demokratie, Freiheit und Markt stimmen das supranationale politische System in Brüssel und die nationalstaatlichen politischen Systeme Europas überein, wie ein Blick in den Vertrag von Lissabon zeigt.“³¹³ Auf der Unionsebene hat es die Züge

³⁰⁸ Vgl. Schmidt, Helmut: Die Selbstbehauptung Europas. Perspektiven für das 21. Jahrhundert. Stuttgart /München 2000, Deutsche Verlags-Anstalt, S. 179.

³⁰⁹ Vgl. Wiehler: a.a.O., 1998, S. 54.

³¹⁰ Vgl. Tömmel, Ingeborg: Das politische System der EU. 2. Auflage, Oldenbourg 2006, Wissenschaftsverlag, S. 54.

³¹¹ Vgl. ebd., S. 243.

³¹² Hartmann, Jürgen: Das politische System der Europäischen Union. Eine Einführung. 2. Auflage, Frankfurt/New York 2009, Campus Verlag, S. 15f.

³¹³ Ebd.

eines glanzlosen Funktionalstaates. Gleichzeitig sind die Mitgliedstaaten Nationalstaaten mit einer gewachsenen Identität.³¹⁴

Dem Demokratieverständnis der EU liegt die Auffassung der liberalen Politikphilosophie zugrunde. Die auffälligste Eigenschaft der europäischen Definition von Demokratie ist die Rechtsstaatlichkeit in der EU. Um die Demokratieauffassung in der EU noch besser zu verstehen, sollte analysiert werden, in welcher Integrationsstruktur die EU gebildet ist. Außerdem sollten auch die organisatorischen und rechtlichen Eigenschaften dieser gebildeten Struktur analysiert werden.³¹⁵ Die EU-Integrationsbewegung wurde bereits kurz nach ihrer Gründung nach dem Zweiten Weltkrieg, d. h. binnen eines halben Jahrhunderts, zu einer der größten sozialen und politischen Projekte des 20. Jahrhunderts. Im Anschluss an eine Reihe von Entwicklungs- und Vertiefungsperioden hat die Organisation eine politische Struktur erreicht, die einzigartig ist auf der Welt.

5.1.3. Die Probleme der Demokratie im Einigungsprozess der Europäischen Union

Die Europäische Union hat mit der mittel- und osteuropäischen Erweiterungsperspektive einen neuen Prozess eingeleitet. In wenigen Jahren ist die Mitgliederzahl der Union von 6 auf 27 gewachsen. Der Zuständigkeitsbereich der EU ist von der Währungsunion bis zur Sozialpolitik, von Außen- und Sicherheitspolitik bis Umwelt, von der Justiz- und Innenpolitik bis regionale Politik erweitert worden. Man kann deutlich sehen, dass die Europäische Union im Vergleich zu anderen internationalen Organisationen eine komplexere politische und rechtliche Struktur hat.³¹⁶

Legitimität und demokratischen Grundlagen des Integrationsprozesses wurden vor den 1990er Jahren nicht thematisiert, in erster Linie aufgrund des begrenzten

³¹⁴ Vgl. ebd.

³¹⁵ Vgl. Smith: a.a.O., 1997, S. 318-345.

³¹⁶ Vgl. Demir, Nesrin: Avrupa Birliği'nde Demokrasi (Die Demokratie in der EU). Ankara 2007, Seçkin Verlag, S. 89.

Zuständigkeitsbereichs der Gemeinschaft.³¹⁷ Nach einer verbreiteten Auffassung hat die Transformation der EU, die mit dem Vertrag von Maastricht initiiert wurde, zu einem Regime mit supranationalem Charakter geführt. Dies bringt eine Reihe von legitimationswirksamen Konsequenzen mit sich. Zunächst führt die Transformation zu einer Politisierung der EU, in deren Folge die EU nicht mehr nur mit ökonomischen Kriterien beurteilt wird, sondern auch mit demokratischen Standards. Zudem hat die Transformation dazu geführt, dass den Bürgern das Demokratiedefizit der EU bewusst wird. Letzteres hat schließlich die Erosion der Unterstützung der EU zur Konsequenz.³¹⁸

Die Unionsführung spiegelt die Differenz zur Gesetzgebung, Ausführung und Urteilung des traditionellen Nationalstaat-Modells nur bedingt wider. Repräsentative demokratische Strukturierungen in der Union und parlamentarische Verantwortung gegenüber dem Wähler sind so gut wie nicht vorhanden. Der Rat, der die verfassungsmäßige Ordnungsbehörde der Union ist, stützt sich auf eine indirekte Vertretungsbasis. Das Europäische Parlament (EP) hat z.B. nicht die Besteuerungsbefugnis. Die Union hat keine eigenen politischen Parteien. Demgegenüber ist die Kommission ein starker Akteur der Union.³¹⁹

Nach Einschätzung des ehemaligen deutschen Außenministers Joschka Fischer ist das größte Problem, mit dem sich die EU heute konfrontiert sieht, der demokratische Legitimationsmangel aus Sicht der EU-Staatsbürger.³²⁰

Obwohl die Zahl derjenigen EU-Staatsbürger, die sich neben der nationalen Identität als Europäer bezeichnen, in hohem Maße gestiegen ist, ändert sich das Problem nicht. EU-

³¹⁷ Vgl. Horeth, Marcus: No Way Out for the Beast? The Unsolved Legitimacy Problem of Europe Governance. *Journal of European Policy*. Vol:6, 1999, No:2, S. 252-278.

³¹⁸ Vgl. Fuchs, Dieter : Das Demokratiedefizit der Europäischen Union und die politische Integration Europas: Eine Analyse der Einstellungen der Bürger in Westeuropa. Abrufbar im Internet. 2002. URL: <http://bibliothek.wzb.eu/pdf/2002/iii02-204.pdf>. Stand: 02.01.2010.

³¹⁹ Vgl. Lemke, Christiane: Demokratie in Amerika. Kann Europa von der US-amerikanischen Erfahrung lernen? In: Katenhusen, Ines/Lamping, Wolfram (Hrsg.): *Demokratien in Europa. Einfluss der europäischen Integration auf Institutionenwandel und neue Konturen des demokratischen Verfassungsstaates*. Opladen 2003, Leske+Budrich Verlag, S. 117f.

³²⁰ Vgl. ebd.

Staatsbürger denken, dass zwischen ihnen und Brüssel unüberwindbare Distanzen vorhanden sind. In dieser Hinsicht haben sie durchaus Recht. Denn sie sind von der Chance zur direkten Kontaktschließung oder zum Kontakt durch Vertreter zu europäischen Institutionen in hohem Maße entbehrt.³²¹

Trotz all dieser Diskussionen ist die EU eine übernationale Organisation. Heute befindet sich die Institution der EU zwischen zwei adversativen Tatsachen, die als national und übernational definiert werden können. In diesen Gebieten wurde die Übertragung auf die postnationale Dimension nicht verwirklicht. Dies ist eine der wichtigsten Ursachen für das Problem der EU-Demokratie. Was die EU von ihrer Lage im Fegefeuer der Kritik befreien wird, sind die Entwicklung der europäischen Staatsbürgerschaft und deren Vertiefung in den Individuen. Die Nichtbildung eines europäischen Demos intensiviert auch die Kritiken bezüglich der Politiken der EU und deren Institutionen. Das Problem ist also nicht allein begrenzt auf die Angelegenheit zur Erhöhung der Befugnisse der EP.³²²

Cohn-Bendit und Bayrou forderten, die EU in eine Demokratie umzugestalten. Dazu sollte „ein neuer Akteur“ der europäische Bürger auftreten und die EU mitgestalten. Es gab vier Reformmotive, die Cohn-Bendit und Bayrou dazu veranlassten, eine funktionstüchtige, erweiterungsfähige, politisch handelnde europäische Demokratie zu verlangen. Diese Motive waren:

- Transparenz der Entscheidungsverfahren
- Partizipationsmöglichkeiten für die Bürger
- Öffentlichkeit der europapolitischen Auseinandersetzungen und

³²¹ Vgl. Çelebi, Aykut: Avrupa Halkların Siyasi Birliği, İstanbul 2002, Metis Verlag, S. 67f.

³²² Vgl. ebd.

- Klare Verantwortlichkeit der handelnden Politiker.³²³

Wie diese vier Motive umgesetzt werden soll, ist allerdings weniger leicht zu beantworten.³²⁴

Zum einen ist es erforderlich, das Europäische Parlament in seiner Rolle als aktiver und selbstbewusster Mitgesetzgeber zu stärken. Zum anderen müssen sich auch die nationalen Parlamente stärker sowohl mit den Grundfragen als auch mit den vielen Einzelheiten der europäischen Politik befassen. Dabei stehen das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente nicht miteinander in Konkurrenz, sondern vielmehr in der gemeinsamen Verantwortung für die europäische Demokratie. Schließlich muss auch die Position der regionalen Demokratie gestärkt werden.³²⁵

5.1.3.1. Die Funktionsprobleme des EU-Systems

Die Funktionsprobleme des EU-Systems betreffen in erster Linie drei Bewertungsmaßstäbe, die in der kritischen Debatte um die EU hervorstechen, namentlich die Aspekte der *Effizienz*, der *Effektivität* und der *demokratischen Legitimation* des EU-Systems und seiner Entscheidungen.³²⁶ Auf diese Punkte soll an dieser Stelle näher eingegangen werden.

1. Das EU-System ist aus nationaler Perspektive wenig effizient: wegen der Vielzahl von Institutionen sowie ihrer Doppelstruktur, ihrer Verflechtungen und Überlappungen mit nationalen Entscheidungsgremien. Die ergebnisarmen Entscheidungsprozesse erscheinen auch wegen der Abwälzung eines Großteils des Arbeitsaufwands sowie der Folgekosten für die Mitgliedstaaten als wenig effizient. Aus einer anderen Perspektive

³²³ Vgl. Bayrou, François/Bendit, Daniel Cohn: Demokratie als europäische Herausforderung. In: Marhold, Hartmut (Hrsg.): Die neue Europadebatte. Leitbilder für das Europa der Zukunft. Bonn 2001, Europa Union Verlag, S. 255.

³²⁴ Vgl. Loth, Wilfried: Europäische Integration in historischer Perspektive. In: Katzenhusen, Ines/Lamping, Wolfram (Hrsg.): Demokratien in Europa. Einfluss der europäischen Integration auf Institutionenwandel und neue Konturen des demokratischen Verfassungsstaates. Opladen 2003, Leske+Budrich Verlag, S. 40.

³²⁵ Vgl. Pöttering, Hans-Gert: Die Bedeutung des Europäischen Parlaments für die fortschreitende Integration der Europäischen Union. In: Altmann, Franz-Lothar u.a.: Politische Studien. Europa – Perspektiven und Grenzen. München 2009, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., S. 32.

³²⁶ Vgl. Tömmel: a.a.O., 2006, S. 195.

und insbesondere im Vergleich mit anderen internationalen Zusammenschlüssen erscheint das System hingegen durchaus als effizient und Aufwand und Ergebnis als angemessen.³²⁷

2. Mit Blick auf die Effektivität des Systems und seiner Politikgestaltung ist zu klären, ob Entscheidungen der EU tatsächlich zur Verwirklichung von Zielsetzungen und zur Lösung anstehender Probleme führen. In Zusammenhang mit dieser Frage ist zu berücksichtigen, dass die Steuerungskette im Rahmen der EU sehr lang ist. Das heißt, Europäische Entscheidungen und Politiken können allein deswegen oft keine direkte Wirkung entfalten, weil die EU die nationalen Staaten überlagert. Effektivität kann daher oft nur über die Einwirkung auf Mitgliedstaaten und nicht-staatliche Organisationen und Akteure erreicht werden.³²⁸

3. Die demokratische Legitimation des EU-Systems als drittes funktionales Problem wird in der wissenschaftlichen Diskussion in der Regel im Sinne eines „demokratischen Defizits“ diskutiert. Das EU-System ist im Vergleich zu nationalen Staaten nur schwach legitimiert, was vor allem daran liegt, dass das Europäische Parlament als Vertretung der Völker Europas nur begrenzte legislative, budgetäre und Kontrollbefugnisse besitzt. Auch die anderen Organe sind allenfalls schwach demokratisch legitimiert, darüber hinaus besitzen sie kaum Rechte und Mittel zur gegenseitigen Kontrolle.³²⁹

5.1.3.2. Öffentlicher Raum von Europa

Unter dem „Öffentlichen Raum“ begreift man den Kommunikation, den Dialog und die Diskussion in der Zivilgesellschaft. Er beinhaltet den Kommunikations- und Diskussionsprozess und die Methoden und Mittel, die in diesem Prozess benutzt werden. Der öffentliche Raum ist eine wichtige Plattform zur Bildung von demokratischen Ansichten und der Willensbildung der Staatsbürger. Er ist auch eine unentbehrliche Quelle der demokratischen und politischen Kultur. Durch visuelle, schriftliche und elektronische Kommunikation oder persönliche Gespräche wie

³²⁷ Vgl. ebd., S. 240f.

³²⁸ Vgl. ebd., S. 195f.

³²⁹ Vgl. ebd., S. 241.

Kaffeeunterhaltungen, Saalversammlungen, Diskussionsveranstaltungen, öffentliche Konferenzen u. ä. können sich die Staatsbürger über öffentliche Probleme informieren und ihre Meinungen äußern, die diese Informationen kritisieren.³³⁰

Ein öffentlicher Raum speziell für Europa sollte nicht in Form einer neuen Produktion der Öffentlichkeit verwirklicht werden. Der europäische öffentliche Raum soll das gedankliche, politische und praktische Werk gesellschaftlicher Bewegungen von Menschen sein, die sich Europäer nennen. Der europäische öffentliche Raum ist nicht unabhängig von der Frage „Was für ein Europa möchten wir?“. Der politische Integrationsprozess der EU wird sich nach den Dialogen, Diskussionen und Konflikten zwischen den Nationen, die im europäischen öffentlichen Raum stattfinden werden, formen.³³¹

Die Institutionen der EU sollten als ein Potential betrachtet werden, der diesen Prozess stützt und die demokratische Infrastruktur im öffentlichen Raum vorbereitet. Deshalb sollten die EU-Staatsbürger das Bewusstsein haben, dass die EU-Staatsbürger das Subjekt des EU-Rechts, der Politik und der Zukunft ist. Die direkte Anknüpfung der Staatsbürger mit den Institutionen von Europa und die Verfolgung der Tagesordnung der Organisationen sind sehr wichtige Angelegenheiten.³³²

Obwohl das europäische Demokratie- und Öffentlichkeitsproblem vor allem im Zusammenhang mit der institutionellen Struktur und der Zusammenarbeit der Union diskutiert wird, bringt es auch die Zugehörigkeit der Staatsbürgerschaft an die Tagesordnung. Die Verwandlung Europas in eine noch demokratischere Struktur hängt von der Entwicklung der Staatsbürgerschaft ab. Dies bezieht sich weder allein auf die Definition der EU-Staatsbürgerschaft in offiziellen Texten noch allein auf die Arbeiten zur Einsetzung der europäischen Identität.³³³

³³⁰ Vgl. Çelebi: a.a.O., 2002, S. 93ff.

³³¹ Vgl. ebd.

³³² Vgl. ebd.

³³³ Vgl. Yiğit, Dilek: Avrupa Birliği Anayasası ve Kurumsal Yapı Reformu. TC Başbakanlık Hazine Müsteşarlığı. Abrufbar im Internet. 2009. URL: <http://www.treasury.gov.tr/irj/go/km/docs/documents/Hazine%20Web/Arastirma%20Yayin/Ara%C5%9Ft%C4%B1rma%20%20Uzmanl%C4%B1k%20Tezler>

Die europaspezifischen Werte wurden mit einer Bewegung gebildet, die von der Basis anfang, stellt sich heraus, dass das EU-Projekt für seine Dynamik die europäischen Völker benötigt. Diese Situation ist eine Realität, die dem historischen Charakter von Europa entspricht. Die Entwicklung der Unionsstaatsbürgerschaft, die das wichtigste Merkmal dieser Dynamik schaffen kann, besitzt die Eigenschaft zur Offenstellung der zwischengesellschaftlichen Kommunikationskanäle in der Struktur der EU.³³⁴

5.1.3.3. Die europäische Staatsbürgerschaft

„EU-Staatsbürgerschaft“ und „europäische Identität“ sind zwar nicht unabhängig voneinander, dennoch aber Fakten, die unterschiedliche geschichtliche, soziologische und kulturelle Infrastrukturen haben. Wie bereits erläutert, symbolisiert die europäische Identität einen undurchsichtigen, philosophischen und geschichtlichen Begriff, deren Existenz und Eigenschaft immer noch eine Streitfrage ist, über die kein Übereinkommen geschaffen werden konnte. Die EU-Staatsbürgerschaft ist ein Kandidat der Identität, sie ist mit den Zwecken der Union begrenzt, wird für heute mit einer bedachtsamen Annäherung bewertet und kann in offiziellen Texten konkretisiert werden. Die Wertlegung auf kulturelle Politiken kann diesen Prozess unterstützen oder entwickeln.³³⁵

Der Hauptpunkt, in dem beide Fakten zusammenkommen, ist die Existenz der Vorstellung von einem vereinigten Europa. In diesem Zusammenhang kann die EU-Staatsbürgerschaft als eine neue und wichtige Phase des europäischen Gedankens, deren Entwicklung sich fortsetzt, definiert werden. Sie ist neu und wichtig; denn sie besitzt eine Eigenschaft, in der vielleicht zum ersten Mal im Zusammenhang der politischen

i/Ara%C5%9Ft%C4%B1rma%20%C4%B0nceleme%20Dizisi/39%20%20Avrupa%20Birli%C4%9Fi%200Anayasas%C4%B1%20ve%20Kurumsal%20Yap,%C4%B1%20Reformu.pdf. Stand: 21.07. 2010.

³³⁴ Vgl. Smith: a.a.O., 1997, S. 318-345.

³³⁵ IKV: Avrupa Birliği Zirve Sonuç Bildirisi. Abrufbar im Internet. 2004. URL: <http://www.ikv.org.tr/icerik.asp?konu=abguncel&id=1336&baslik=16-17> ARALIK 2004 AB ZİRVESİ SONUÇ BİLDİRGESİ. Stand: 22.11.2010.

Integration der EU vorgestellt wird, was eine Europäerschaft ist und wie sie erlebt werden kann.³³⁶

Ähnlich wie die europäische Identität ist auch die EU-Staatsbürgerschaft ein dynamischer Prozess. Mit anderen Worten: sie ist ein wichtiger Teil eines noch nicht fertigen Projekts, der sich in den Schatten der Vergangenheit eine Richtung sucht. Außerdem sind die Politiken, die bezüglich der EU-Zugehörigkeit durchgeführt werden, wichtige Anhaltspunkte, die die Möglichkeit zur Umwandlung Europas in eine integrierte politische Struktur verstärken. Aber auch die heutigen Spiegelungen und Eigenschaften der EU-Staatsbürgerschaft sind ein wichtiges Diskussionsthema. Deshalb sollten zuerst einige Anhaltspunkte zur EU-Zugehörigkeit bewertet werden.³³⁷

Obwohl die Diskussionen bezüglich der EU-Staatsbürgerschaft bis zum Vertrag von Rom gestützt werden, wurde der Anfang der rechtlichen, politischen und anwendungsbezogenen Schritte in den 1990er Jahren möglich. Mit dem Vertrag von Maastricht wurde die EU-Zugehörigkeit vielmehr mit der politischen Seite behandelt. Die Bewertung der Grenzen und des Umfangs vom Begriff Staatsangehörigkeit ist wichtig, denn somit wurden die Legitimationssuche der EU und das Demokratietheorieproblem verdeutlicht. Das Ende des Kalten Krieges und der Sowjetunion war, wie auf der ganzen Welt, auch für Europa der Bote vom Anfang eines neuen Prozesses. Einige der Gründe der Geschwindigkeitsgewinnung dieses Prozesses können wie folgt zusammengefasst werden.³³⁸

Nach dem Ende des Kalten Krieges haben sich die osteuropäischen Länder an den Westen gerichtet, was mit einer wichtigen Transformation verbunden war. Im Jahre 1989 wurde anschließend an die Revolutionen in Osteuropa der Warschauer Pakt aufgelöst; diese Entwicklung hat die Außenpolitik der EG direkt beeinflusst.³³⁹

Vor allem am Ende des Jahres 1991, nach der Auflösung der UdSSR, hatte die westliche Welt ihren Feind verloren, die Sicherheitspolitik der Zeit des Kalten Krieges

³³⁶ Vgl. ebd.

³³⁷ Vgl. ebd.

³³⁸ Vgl. Ülger: a.a.O., 2002, S. 41.

³³⁹ Vgl. ebd.

wurde unter den betreffenden Bedingungen zerteilt und hatte eine komplizierte Erscheinung gewonnen. Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft fanden sich plötzlich in enger Beziehung mit den osteuropäischen Ländern. Vor allem durch den Dialog, den Deutschland mit den östlichen Nachbarn führte, stieg in den alten Ostblockländern die Neigung zur „Rückkehr nach Europa“. Wirtschaftliche Probleme, Meinungsverschiedenheiten über die Grenzen und ethnische Konflikte, die in diesen Ländern erlebt wurden, begannen die Europäische Gemeinschaft direkt zu beeinflussen.³⁴⁰ Seit Mitte der 1990er Jahre begann die EU mit einem neuen Entwicklungsprozess, der die zentraleuropäischen und osteuropäischen Länder umfasste. Im Zusammenhang dieses Entwicklungsprozesses wurden die Kriterien von Maastricht und Kopenhagen als wesentlich bestimmt.

Im Jahr 1992 wurden mit dem Vertrag von Maastricht dem wirtschaftlichen Unionssinn kulturelle, soziale und politische Elemente hinzugefügt; auf diesem Wege wurde der Begriff „Union“ erweitert. Im 151. Paragraphen des Vertrags heißt es: „Die Union wird den kulturellen Entwicklungen der Mitgliedsstaaten beitragen, auf der anderen Seite wird sie die nationalen und regionalen Unterschiede respektieren, zugleich wird sie das kulturelle Erbe in den Vordergrund tragen“. Zur Realisierung des Paragraphen wird die Europäische Union zwischen den Mitgliedsstaaten die Initiative ergreifen und deren Zusammenarbeit ermutigen. Wenn erforderlich, wird sie die kulturellen Tätigkeiten der Mitgliedsstaaten unterstützen und für deren Bedürfnisse aufkommen. Ermutigung zur Schaffung eines „europäischen Kulturbereichs“ wurde als hauptsächliches Ziel gesetzt.³⁴¹

Der Vertrag von Amsterdam brachte neben der Staatsbürgerschaft zusätzlich auch den Fakt der Unionsbürgerschaft. Jeder, der die Staatsbürgerschaft eines Mitgliedsstaates besitzt, ist auch ein Staatsbürger der Union. Die Unionsstaatsbürger, die auf diese Weise definiert werden, haben Rechte und Aufgaben, die mit dem Vertrag verbunden sind.³⁴²

³⁴⁰ Vgl. ebd.

³⁴¹ Aydilge, Sarp: Avrupa Birliği Kültür Politikaları. Abrufbar im Internet. 2005. URL: <http://www.eurozine.com/articles/2004-04-09-sarp-tr.html>. Stand: 21.04.2009.

³⁴² Moussis, Nicholas: Avrupa Birliği Ortak Politikaları übersetzt von Ahmet Fethi, İstanbul 2004, Mega Verlag, S. 184.

Die Individuen, die binnen der Grenzen der EU leben, verfügen über einige spezielle Rechte. Diese Rechte umfassen nur die Staatsbürger der Mitgliedsstaaten und interessieren nur in bestimmten Situationen die Staatsbürger dritter Länder. Damit der Begriff „Unionsstaatsbürger“, entsprechend dem politischen Integrationsideal, eine feste integrierte Struktur und eine Kontinentsganzheit erreichen kann, wurde er in den betreffenden Artikeln des Vertrags von Amsterdam wie folgt charakterisiert: „Jeder, der die Staatsbürgerschaft des Mitgliedsstaates besitzt, ist Staatsbürger der Union. Aber diese Staatsbürgerschaft ist nachträglich zum nationalen Staatsbürgerschaft und kann nicht an deren Stelle treten“.³⁴³

Die EU, die mit kleinen Schritten die politische Integration erreichte, führt die gleiche Politik auch bei der Staatsbürgerschafts- oder Identitätspolitik durch. Somit ist die Staatsbürgerschaft in dieser Phase nur ein Statut, der einige, zwar politisch und rechtlich verlockende, aber kontrollierte Rechte erteilt. Nur ein Staatsbürger eines Mitgliedsstaates der EU kann als EU-Staatsbürger einige Rechte erwerben und manche Verantwortungen übernehmen. Als Ergebnis des Verbundenheitsprinzips hängen das Erhalten und der Verlust der EU-Staatsbürgerschaft vom Verlust und Erhalt der Staatsbürgerschaft des Mitgliedsstaates ab.³⁴⁴

Der Gedanke zur Bindung der Staatsbürgerschaften der Mitgliedsstaaten mit der Staatsbürgerschaftspolitik Europas ist eine Probe für die möglichen Formen der EU-Staatsbürgerschaft in der Zukunft. Dies ist ein erfolgreicher Anfang für einen langen und komplizierten Prozess. Im Vertrag von Maastricht sind für Individuen, die in der Zukunft möglicherweise miteinander leben werden, zur Gewährung einer Harmonie im positiven und negativen Sinne, heute hauptsächlich vier Privilegien vorhanden.³⁴⁵

- Das Recht auf Freizügigkeit und Niederlassung auf den Gebieten der Mitgliedsstaaten (Artikel 8s),

³⁴³ Vgl. ebd., S. 184ff.

³⁴⁴ Vgl. Çeker, Mustafa: AB Hukukunda Vatandaşlık ve Bireysel Haklar. Abrufbar im Internet. 2007. URL: [http://www.cu.edu.tr/insanlar/mceker/avrupa%20birliđi%20hukuku/5-AB%20VATAN DAŞLIđI.ppt](http://www.cu.edu.tr/insanlar/mceker/avrupa%20birliđi%20hukuku/5-AB%20VATAN%20DAŞLIđI.ppt). Stand: 10.10.2010.

³⁴⁵ Vgl. ebd.

- Bei Aufenthalt in einem Staat außerhalb des Mitgliedsstaates der Staatsbürgerschaft, Wahlrecht bei Wahlen für Gemeindeverwaltungen und Wahlen der EP (Artikel 8b).
- Bei einem Staat, der kein Mitglied der EU ist und in dem der eigene Staat nicht vertreten wird, hat der Staatsbürger das Recht, unter den Diplomatie- oder Konsulatsschutz eines beliebigen Mitgliedsstaates einzutreten (Artikel 8c),
- Recht auf Antragseinreichung im Europäischen Parlament und Recht auf Antragsstellung beim europäischen Ombudsmann (Artikel 8d).

Der Begriff EU-Staatsbürgerschaft steht mit den Begriffen der Identität und des öffentlichen Raumes der EU in enger Verbindung.³⁴⁶ Die EU-Staatsbürgerschaft umfasst Angelegenheiten wie die Erhöhung der Teilnahme am demokratischen Prozess der EU, das Kontaktieren zwischen den Individuen und den EU-Organen sowie die Entwicklung und Verinnerlichung der EU-Werte. Langfristig schafft sie über den Kanal der EU-Staatsbürgerschaft eine Identitätsform, die Europa gehört. Wenn die EU-Staatsbürgerschaft in Richtung auf die individuelle Zugehörigkeit keinen Fortschritt zeigt, kann eine politische Integration der EU im Monopol des Nationalstaates möglich sein.

In diesem Zusammenhang zählt die „Dienstleistung“ einer übernationalen oder postnationalen Identität zur wichtigsten Alternative für die EU. Sie sollte den Identitätspolitiken und Werten unter heutigen Bedingungen entsprechen. Bevor im vierten Kapitel langfristige Analysen unter die Lupe genommen werden, müssen an dieser Stelle die vorhandenen Verträge und die durchgeführten Politiken bewertet werden. Im Vertrag von Maastricht wurden die Texte bezüglich der Staatsbürgerschaft wie folgt ausgedrückt:

Mit dem Freizügigkeits- und Niederlassungsrecht ist das nichtwirtschaftliche Freizügigkeits- und Aufenthaltsrecht gemeint. Denn ein wirtschaftliches Niederlassungsrecht zur Freizügigkeit von Arbeit, Kapital und Dienstleistungen wurde bereits zum Vertrag von Maastricht auf unterschiedliche Weise behandelt. Aber das

³⁴⁶ Vgl. Moussis: a.a.O., 2004, S. 190f.

Freizügigkeitsrecht hängt hauptsächlich von den Durchführungen der Mitgliedsstaaten und den Begrenzungen in diesen nationalen Regelungen ab. In diesem Zusammenhang wurde das Freizügigkeits- und Niederlassungsrecht jedem und allgemein erteilt. Trotzdem wurde dem Rat die Berechtigung erteilt, die Befugnisse abzusetzen, die erleichternde Bestimmungen bezüglich des Niederlassungsrechts beinhalten.³⁴⁷

Das Wahlrecht aus der Sicht des Vertrags von Maastricht betrifft die Wahl von Kommunalräten und EP-Mitgliedern. Der gemeinsame Punkt für beide Wahlen ist der Aufenthalt in einem Mitgliedsstaat und der Besitz des Wahlrechts an diesem Ort. Im Gemeinschaftsvertrag wurde das Wahlrecht in Bezug auf Gemeindeverwaltungen nicht geregelt. Also bilden die Regelungen den Kern der EU-Staatsbürgerschaft. Aber diese Rechte besitzen nicht die Eigenschaft einer direkten Durchführung. Alle beide bedürfen neuer nationaler Implementationen, also Regelungen.³⁴⁸

Diplomatischer Schutz und Konsulatsschutz: der 20. Paragraph des Vertrags der Europäischen Gemeinschaft betrifft den Schutz vom Staatsbürger eines Mitgliedsstaats in einem dritten Staat, in dem seine diplomatische Vertretung nicht vorhanden ist. In einem solchen Fall kann gemäß diesem Paragraphen der Vertreter eines anderen Mitgliedsstaats diese Person unter Schutz nehmen, und zwar nach den gleichen Bedingungen, unter denen er seine Staatsbürger schützt. Aber zur Durchführung dieses Systems müssen zwischen dem dritten Staat und den Mitgliedsstaaten internationale Gespräche durchgeführt werden. Dieser Schutz indirekter Eigenschaft gilt sowohl für natürliche als auch für juristische Personen.³⁴⁹

Das Recht auf Antragseinreichung ist ein Recht, das jedem Staatsbürger des Mitgliedsstaates, neben den anderen Rechtswegen gewährt wird. Gemäß dem Art. 195 ernannt das EP eine berechtigte Person, die sich um die Probleme der Unionsstaatsbürger kümmert. Jeder Unionsstaatsbürger hat das Recht, sich an diese berechtigte Person zu wenden. Das Recht auf Antragserteilung haben alle juristischen

³⁴⁷Vgl. Güven, Feyzan: Avrupa Birliğinde Vatandaşlık Kavramı. Gazi Üniversitesi Sosyal Bilimler Enstitüsü Özel Hukuk Anabilim Dalı Yüksek Lisans Tezi, Ankara 2007, S. 91f.

³⁴⁸ Vgl. ebd.

³⁴⁹ Vgl. ebd.

und natürlichen Personen, die ihren Aufenthalt im Mitgliedsstaat haben oder in der ihre Zentrale vorhanden ist.³⁵⁰

Mit dem Vertrag von Maastricht wurde als Spiegelung der zuvor durchgeführten Arbeiten, eine rechtliche und politische Bindung geschaffen zwischen europäischen Individuen und der EU. Aber der Vertrag von Maastricht ist keine endgültige Phase, sondern der erste ernste Schritt zur Bildung der europäischen Demokratie, der einen langen Prozess umfassen wird.

In der Ratsanordnung vom 6. Dezember 1993 wurde, ohne die Bildung einer Anpassung zwischen den Wahlgesetzen der Mitgliedsstaaten, eine ausführliche Regelung zum Wahlrecht der EU-Staatsbürger in den EP-Wahlen erstellt. Demnach können Personen, die ihren Aufenthalt in einem Mitgliedsstaat haben, aber nicht dessen Staatsbürger sind, bei den EP-Wahlen ihr Wahlrecht nutzen.

Für Letztere wurden einige Bedingungen festgelegt, denzufolge die Person ein EU-Staatsbürger sein muss, der seinen Aufenthalt in dem Mitgliedsstaat hat, in dem er seine Stimme abgibt oder kandidiert, und er muss sich an die Gesetze des Mitgliedsstaats in Bezug auf EP-Wahlen halten.

Zwecke der europäischen Staatsbürgerschaft sind während des Integrationsprozesses die Verstärkung und die Intensivierung der europäischen Identität mit umfangreicher Teilnahme der Staatsbürger. Die Betonung der vier hauptsächlichen Rechte und Verantwortungen, die in dem Vertrag von Maastricht bestimmt wurden, wurden im Vertrag von Amsterdam wieder aufgenommen. In dem Vertrag wurde neben nachträglichen Texten bezüglich des Zugehörigkeitsprozesses der Unionsstaatsbürger die Beziehung zwischen der nationalen Staatsbürgerschaft und dem europäischen Staatsbürgerschaft verdeutlicht. In dem Vertrag von Amsterdam wurde der Ausdruck „die EU-Staatsbürgerschaft ergänzt zwar die nationale Staatsbürgerschaft, kann aber nicht an deren Stelle treten“ festgelegt.

³⁵⁰ Vgl. Moussis: a.a.O., 2004, S. 191-194.

In diesem Zusammenhang sind die Rechte und Prinzipien, die mit der EU-Staatsbürgerschaft akzeptiert wurden, nicht unverwechselbar oder unabhängig, sie werden den Rechten, die mit der nationalen Staatsbürgerschaft erworben werden, zugesetzt und ergänzen sie. Diese Betonung, die mit dem Vertrag von Amsterdam wiederholt wurde, bezieht sich auf die Beseitigung von Zweifeln der Mitgliedsstaaten gegenüber der EU-Staatsbürgerschaft. Außerdem haben die Diskussionen bezüglich der Rechtszuteilung für Staatsbürger von Drittländern, die keine EU-Staatsbürger sind, aber ihren Aufenthalt im Mitgliedsstaat haben, ein Ende gefunden.³⁵¹

5.1.3.4. Europäische und nationale Identität

Identität ist ein gesellschaftliches Faktum. Da in nichtmenschlichen Bereichen keine Identitäten entstehen, kann auch von einer Identität hier nicht die Rede sein. Nebenbei besitzt Identität eine vielseitige Eigenschaft.³⁵² Die EU erzielt im politischen Unionsprozess auch eine bestimmte Identität. Dieses Faktum befindet sich auch in der Staatsbürgerschaft, Kultur und ähnlichen Politiken.

Deshalb ist es kein Zufall, dass Diskussionen bezüglich der Begriffe von Staatsbürgerschaft und Identität der EU mit dem Vertrag von Maastricht im Jahre 1992 angefangen haben. Denn es ist eine natürliche Entwicklung, dass eine Organisation, die im Prozess der Institutionalisierung einen wichtigen Weg geschaffen und sich die politische Integration als konkretes Ziel gesetzt hat, die Zugehörigkeit derjenigen Individuen diskutiert, die binnen ihrer Grenzen leben. In diesem Sinne beschäftigt sich die EU-Staatsbürgerschaft auch mit dem Schaffen von Demokratie und Öffentlichkeit in der EU.³⁵³

Die Beschlüsse, welche in Angelegenheit der EU-Staatsbürgerschaft getroffen werden, und die diesbezüglich durchgeführten Politiken spiegeln die Wichtigkeit der Angelegenheit in der Tagesordnung der Union wider. Aber anstatt auf die EU-

³⁵¹ Vgl. ebd.

³⁵² Vgl. Eralp, Atilla: *Avrupa Kimliğinin Oluşumu ve Türk Kimliği. Türkiye ve Avrupa: Batılılaşma Kalkınma Demokrasi*. İstanbul 1997, İmge Verlag, S. 18-21.

Staatsbürgerschaft, die der Zukunft der EU eine Richtung geben wird, bezieht sich die Angelegenheit auf die europäische Identität und auf die Grenzen Europas. Wie zuvor erwähnt, stellt die Staatsbürgerschaft nur eine Phase in der Identitätsentwicklung Europas dar. Wichtig ist die Umwandlung einer Staatsbürgerschaft, die einen mittelfristigen Prozess umfasst, zu einer europabasierten EU-Identität.³⁵⁴

Nach Çelebi (2002) hat die EU in der Entwicklung der europäischen Identität eine neue Wahrnehmungsphase gebildet, die Begründungen der diesbezüglichen Hypothesen müssen konkretisiert werden. Denn die Entwicklungen seit den 1990er Jahren geben Hinweise darauf, dass Diskussionen zur europäischen Identität und zu den Grenzen Europas der Integration langfristig eine Richtung geben werden. Im Gegensatz zu der Staatsbürgerschaft, die abhängig von den Unionspolitiken zu sein scheint, wird die EU-Organisation in der Achse des Begriffs „Europäerschaft“ geformt werden. Deshalb sollten die Bedingungen, die neue Ansichten zum Jahrhundert langem Integrationsideal schaffen können, unter die Lupe genommen werden.³⁵⁵

Allein diese Hauptüberschriften, die mit unterschiedlichen Beispielen belegt werden können, zeigen, dass die Politiken in Bezug auf die EU-Identität nicht auf die rechtlichen Politiken und Unionspolitiken begrenzt bleiben werden. Die zukünftige politische Struktur der EU ist heute noch nicht erkennbar. Zur Steigerung der Verwirklichungsmöglichkeit eines „Vereinigten Europa“ werden bezüglich der EU-Staatsbürgerschaft seit dem Jahre 1957 ernsthafte Schritte unternommen. Politiken wie die europäische Währungseinheit (Euro), das europäische Militär, die EU-Hymne, EU-Fahne sind Fakten, die Europa diesem Ideal näher bringen und auf die Symbole einer ganz integrierten politischen Struktur (Staat) verweisen.³⁵⁶

Zusammengefasst wird neben der Staatsbürgerschaft der Europäischen Union und den politischen Zwecken der Identitätspolitik Folgendes erzielt: die Umwandlung und

³⁵³ Vgl. Euractiv: Avrupalı Değerleri ve Kimliği. Abrufbar im Internet. 2007. URL: <http://www.euractiv.com.tr/abnin-gelecegi/link-dossier/avrupali-degerleri-ve-kimligi>. Stand: 12.10.2010.

³⁵⁴ Vgl. ebd.

³⁵⁵ Vgl. Çelebi: a.a.O., 2002, S. 67.

³⁵⁶ Vgl. Euractiv: Avrupalı Değerleri ve Kimliği. Abrufbar im Internet. 2007. URL: <http://www.euractiv.com.tr/abnin-gelecegi/link-dossier/avrupali-degerleri-ve-kimligi>. Stand: 12.10.2010.

Ausbreitung der gemeinsamen europäischen Kultur, die Produktion von Kulturgütern, die im Weltmarkt noch mehr Platz haben, die Öffnung zum externen Wettbewerb als gemeinsame Macht, die wirtschaftliche Konkurrenz mit großen Weltmächten wie Amerika, die Akzeptanz der Kultur, Tradition und Lebensstil von Europa und die Bildung von menschlichem Bewusstsein. Somit wird sich in der Identitätspolitik der EU die Mühe gegeben, Menschen zu schaffen, die die europäischen Kulturprodukte verbrauchen und die gemeinsame europäische Identität annehmen.³⁵⁷

Für die Verwirklichung dieser Zwecke bzw. einer EU-Staatsbürgerschaft, die sich noch in der Anfangsphase befindet wird ein langfristiger und rationaler Prozess benötigt. Die wesentlichen Etappen auf dem Wege zu einer EU-Staatsbürgerschaft als Integrationsziel führten über den wahrhaftigen Willen der einzelnen Mitgliedsstaaten. Die EU steht vor einer Reihe von sehr unterschiedlichen Schwierigkeiten und Gelegenheiten, damit Nationalstaaten, die sich über Jahrhunderte politisch entwickelt haben, diesen Willen auch zeigen oder zu diesem Zweck gezwungen werden können. Sowohl die internen als auch die externen Dynamiken von Europa werden diesen Prozess bestimmen. Mit anderen Worten: Der Inhalt der EU-Staatsbürgerschaft, der in Vertragstexten ausgedrückt wird und der die Erwartungen der Zukunft widerspiegelt, muss noch gefüllt werden.

5.1.4. Die Demokratieförderung der Europäischen Union

Die Erweiterung, die zur Zeit die westlichen Balkanländer und die Türkei betrifft, fördert nicht nur die strategischen Interesse der EU an Stabilität, Sicherheit und Konfliktverhütung, sondern sie trägt auch zu mehr Wohlstand und Wachstumsmöglichkeiten bei sowie zur Absicherung wichtiger Verkehrsadern und Energierouten.³⁵⁸

Bei den Voraussetzungen für die Mitgliedschaft in die EU nimmt die „Menschenrechtskomponente“ in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der

³⁵⁷ Vgl. Aydilge, Sarp: Avrupa Birliği Kültür Politikaları. Abrufbar im Internet. 2005. URL: <http://www.eurozine.com/articles/2004-04-09-sarp-tr.html>. Stand: 21.04.2009.

³⁵⁸ Vgl. Pfeil: a.a.O., 2000, S. 90f.

EU zumindest rhetorisch einen wichtigen Stellenwert ein. Das liegt auch daran, dass diese Ziele zwischen den Mitgliedstaaten wenig umstritten sind, was sich u. a. auch in der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) äußert. Die Grundprinzipien der Menschenrechtspolitik der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten wurden Bereits 1986 durch den Ministerrat der EU definiert und 1990 in einer gemeinsamen Presseerklärung der EG mit folgenden Worten erneut unterstrichen: „Menschenrechtsfragen sind eine wesentliche Komponente der völkerrechtlichen Beziehungen und ein Eckpfeiler des Verhältnisses der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten zum Rest der Welt.“³⁵⁹

Auch im Vertrag von Maastricht wurde die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU auf Grundlage der Wahrung von gemeinsamen Werten eingeführt. Sie soll die „Entwicklung und Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie de Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten“ verfolgen. Im Rahmen der GASP sollte zudem ein gemeinsames Vorgehen der EU-Mitgliedsstaaten in den internationalen Institutionen, vor allem in den Vereinten Nationen, koordiniert werden.³⁶⁰

Das aktuelle europäische Integrationsmodell stützt sich auf eine übernationale Autorität und beruht aufgrund der speziellen Struktur der EU gegenüber von früheren Organisationen über eine noch größere Grundlage. Im Grunde ist die EU das Produkt einer neuen Auffassung über die Vereinigung der Mächte in Europa. Die europäische Integration basiert auf einem sehr eigenen Integrationsmodell.³⁶¹

Diesem Modell liegt die Auffassung zugrunde, dass Frieden, Sicherheit und wirtschaftlicher Wohlstand nicht mit dem Aussondern von Koalitionen und Bündnissen erreicht werden können. Vielmehr werden gemeinsame Ziele und Interessen bestimmt, die der Kontrolle einer hohen Autorität unterliegen. Eines der politischen Gemeinschaftsziele war die Demokratieunterstützung, ohne dabei direkt in die demokratischen Prozesse und inneren Angelegenheiten von einzugreifen.

³⁵⁹ Ebd.

³⁶⁰ Vgl. ebd.

³⁶¹ Vgl. Corbett: a.a.O., 1998, S. 179.

5.1.4.1. Zum Begriff der externen Demokratieförderung

Nach Sandschneider kann man darüber hinaus zwischen direkten und indirekten Einflussfaktoren differenzieren und sowohl die Motive und Interessen der Adressaten als auch die der externen Akteure sowie die unterschiedlichen Transformationsphasen der Demokratieförderung untersuchen.³⁶²

Folgt man den von Sandschneider eingeführten Unterscheidungen, so wird sichtbar, dass die EU bei ihrer Demokratieförderung sowohl indirekt Einfluss zu nehmen versucht, durch Konditionalität in den Beitrittsverhandlungen, als auch direkt, namentlich durch die konkrete Unterstützung beim Aufbau demokratischer Strukturen.³⁶³

Strittig dabei ist, ob Demokratie überhaupt von außen gefördert werden kann. In Hinsicht auf diese Frage müssen die relevanten Akteure, Ziele und Motive sehr genau analysiert werden.³⁶⁴

Demokratie zu „exportieren“, setzt gesellschaftliche, ökonomische und kulturelle Bedingungen voraus, die in vielen Staaten der Welt nicht (oder noch nicht) gegeben sind. Die historische Perspektive macht deutlich, dass die Bestrebung demokratischer Staaten, ihr Regierungssystem ins Ausland zu transferieren, auch auf der Annahme beruht, dass sich mit Staaten besser kooperieren lässt, die nicht nur ein ähnliches oder gleiches politisches System haben, sondern zugleich auch ähnliche Wertmuster.³⁶⁵

Besonders vielversprechend ist die externe Demokratieförderung im Fall einer nationalen Unterstützung, also immer dann, wenn sie den Prozess einer intern aufgenommenen initiierten Demokratisierung vervollständigen kann.³⁶⁶

³⁶² Vgl. Kojda, Miriam: Der EU-Erweiterungsprozess und die Gretchenfrage: Ist Demokratie käuflich? Abrufbar im Internet. 2009. URL: http://www.kfibs.org/assets/files/KFIBS_2009.01_kojda_der_euerweiterungsprozess_und_die_gretchenfrage_ist_demokratie_kaeu_flich_studie_final.pdf. Stand: 17.10.2010.

³⁶³ Vgl. ebd.

³⁶⁴ Vgl. Giesendorf: a.a.O., 2009, S. 79.

³⁶⁵ Vgl. Freise: a.a.O., 2004, S. 24.

³⁶⁶ Vgl., ebd., S. 79.

Handlungstheoretiker untersuchen in erster Linie die Binnenakteure im Demokratisierungsprozess. Der erhebliche Einfluss von externen Akteuren auf die Demokratisierung gerät dabei jedoch aus dem Blick, der sich historisch anhand der zweiten Demokratisierungswelle in Deutschland, Italien und Japan sowie anhand der EU-Hilfen für Portugal, Spanien und Griechenland in den 1970er Jahren nachvollziehen lässt. Sie zeigt deutlich, wie externe Unterstützung und die multilaterale Einbindung in regionale demokratische Bündnisstrukturen die demokratische Konsolidierung eines Landes stärken kann. Der Marshall-Plan und die frühe Einbindung von Deutschland und Italien in die EGKS (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl) (1951) und in die EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) (1957) haben zu einer erheblichen Stabilisierung geführt, der Demokratie beider Länder beigetragen. Dies gilt auch für Griechenland, Portugal und Spanien in den 1970er und 1980er Jahren – wenn auch in geringerem Maße. Es war vor allem der Anreiz, in die wirtschaftsfördernde und wohlfahrtssteigernde europäische Gemeinschaft aufgenommen zu werden, der zu einem Push-und-pull-Effekt auf die Konsolidierungsbemühungen der drei Länder führte.³⁶⁷

Mit dem Ziel der politischen Einheit und mit Blick auf die Demokratiemängel begannen die Zuständigen der EU, mehr Wert auf den Demokratisierungsprozess zu legen. Deshalb haben sie sowohl bei den Mitgliedsstaaten als auch bei den Kandidaten mit einem demokratischen Unterstützungsprozess von außen begonnen, ohne in die inneren Angelegenheiten einzugreifen.³⁶⁸

5.1.4.2. Konzept und Theorie externer Demokratieförderung der EU

Sandschneider, der die Grundlagen für die externe Demokratieförderung untersucht hat, stellt folgende sechs Einflussaspekte heraus, die in wechselseitiger Abhängigkeit miteinander stehen: Internationale Rahmenbedingungen (1), Strategien, Instrumente und Maßnahmen der Geberakteure (2), Adressaten (3), Motive und Ziele (4), Akteure (5)

³⁶⁷ Vgl. Merkel, Wolfgang (2010): Gegen alle Theorie? Die Konsolidierung der Demokratie in Ostmitteleuropa. In: Schrenk, Klemens H./Soldner, Markus (Hrsg.): Analyse demokratischer Regierungssysteme. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 558f.

³⁶⁸ Vgl. Calhoun, Craig: The Democratic Integration of Europea. Social Science Resarch Council. Abrufbar im Internet. 2004. <http://eurozine.com/articles/09.13.2006.eurozine-en.html>. Stand: 13.10.2010.

und Strategien/Instrumente (6). Diese Sechseckaspekte der Demokratieförderung stellt Sandschneider wie folgt graphisch dar.³⁶⁹

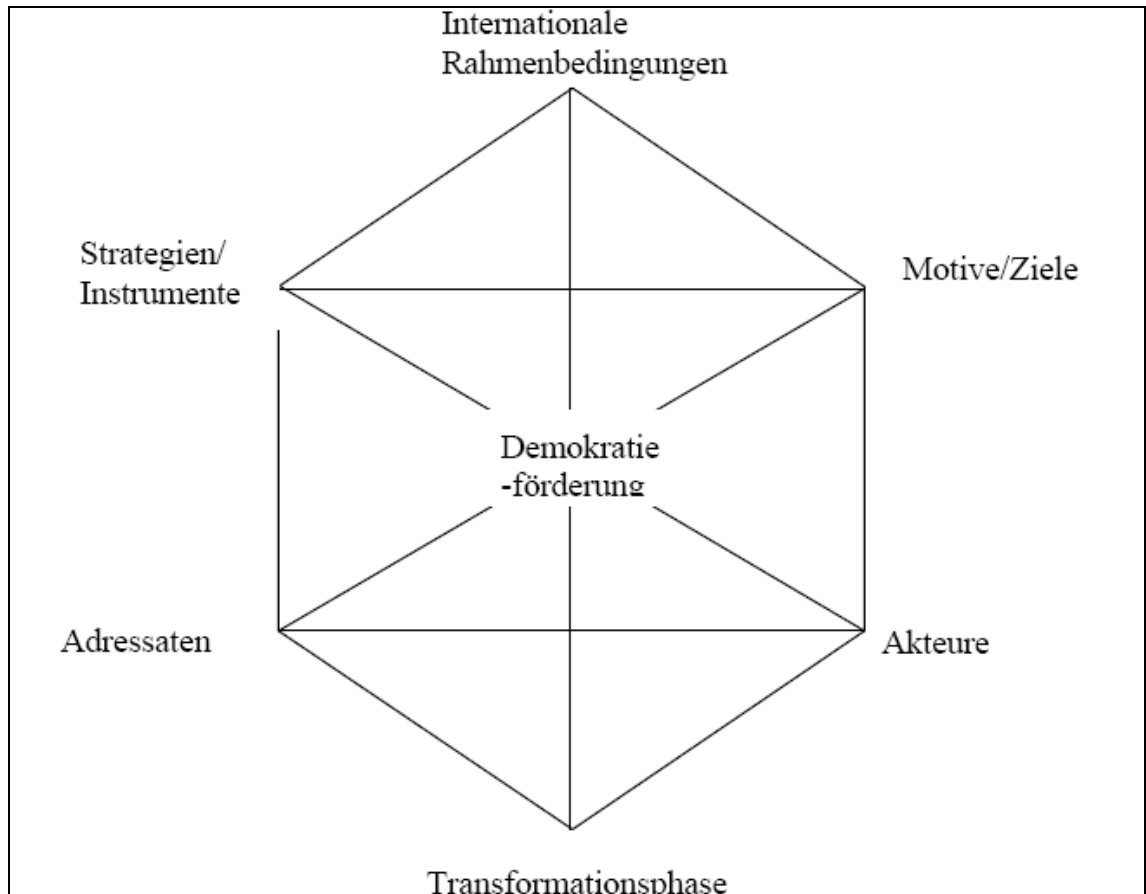


Abbildung 1: Sechseck der Demokratieförderung. Quelle: Sandschneider 2003: 10.

5.1.4.2.1. Internationale Rahmenbedingungen

Ein in der Demokratisierungsliteratur wiederholt genannter exogener, also außerhalb der Untersuchungseinheit Nationalstaat liegender Einflussfaktor, ist der Diffusionseffekt: Diffusionsprozesse sollen ihm zufolge für die globale Verbreitung von Demokratie mit verantwortlich sein.³⁷⁰

³⁶⁹ Vgl. Sandschneider: a.a.O., 2003, S. 10.

³⁷⁰ Vgl. Thiel: a.a.O., 2001, S. 1.

5.1.4.2.2. Adressaten externer Demokratieförderung

Die „politische Konditionalität“ wirft Fragen nach der Legitimität von externen Einflussnahmen auf interne Angelegenheiten auf. Auf Seiten ihrer Adressaten werden sie als Formen von Bevormundung und Erpressung abgelehnt. Sie pochen auf ihr Recht einer eigenständigen Entwicklung, das auch die Wahl des politischen Systems einschließt.³⁷¹

Der Versuch, durch die „politische Konditionalität“ das westliche Demokratiemodell zu exportieren, stößt auf eine grundlegende Schwierigkeit, die die Stockholmer Initiative so formulierte: „Demokratie entwickelt sich nicht auf Befehl von Außen, sondern muss sich infolge einer internen ‚Nachfrage‘ herausbilden. Demokratie wird nicht von oben nach unten verordnet, sondern muss sich von der Basis aus entwickeln.“³⁷²

5.1.4.2.3. Europäisierung und innerstaatlicher Wandel

Für die Vertreter der Europäisierungsliteratur liegt die Herausforderung in der qualitativen Bestimmung von nationalen Wandlungsprozessen. Tanja Börzel und Thomas Risse haben hierfür eine eingängige Klassifikation des Ausmaßes von Europäisierung erarbeitet, und zwar unter Hinzunahme eines dreistufigen Gradmessers, der an dieser Stelle vorgestellt werden soll:³⁷³

- Absorption als Prozess, bei dem ein Nationalstaat europäische Politiken in das nationale System einfließen lässt. Dies führt nur zu geringen Änderungen von nationalen Politikgehalten, -strukturen und -prozessen. Der Grad des nationalen Wandels ist folglich äußerst gering.

³⁷¹ Vgl. Nuscheler, Franz: Demokratie, ein fragiler Exportartikel. In: Hippler, Jochen (Hg.): Demokratisierung der Machtlosigkeit. Politische Herrschaft in der Dritten Welt. Hamburg 1994, Konkret Literatur Verlag, S. 232.

³⁷² Vgl. ebd., S. 233.

³⁷³ Vgl. Axt, Heinz-Jürgen/Schwarz, Oliver/Wiegand, Simon: Konfliktbeilegung durch Europäisierung? Zypernfrage, Ägäis-Konflikt und griechisch-mazedonischer Namensstreit. Baden-Baden 2008, Nomos Verlag, S. 30.

- Auch Akkommodation führt nur zu einem minimalen Wandlungsprozess, weil die Nationalstaaten zwar neuartige Politikmuster von der europäischen Ebene übernehmen, aber ohne an ihnen substantielle Veränderungen vorzunehmen („patching up“).
- Mit Transformation ist dagegen eine Entwicklung gemeint, die mit einem ausgeprägten nationalen Wandel verbunden ist. In einem solchen Fall substituiert der Nationalstaat traditionelle Politiken durch europäische und modifiziert sie derart, dass sie sich grundlegend von ihrer vorherigen Gestalt differenzieren.

In Ergänzung zu diesem Gradmesser erfassen die Arbeiten von Claudio Radaelli die Europäisierung mittels eines vierteiligen Kontinuums, welches die Möglichkeit berücksichtigt, dass es in einem Nationalstaat zu überhaupt keinem Wandel kommt („inertia“). Zudem trägt Claudio Radaelli dem Paradox Rechnung, dass Bemühungen einer Europäisierung nationaler Politik das Gegenteil hervorrufen können, also eine „Anti-Europäisierung“ („retrenchment“).³⁷⁴

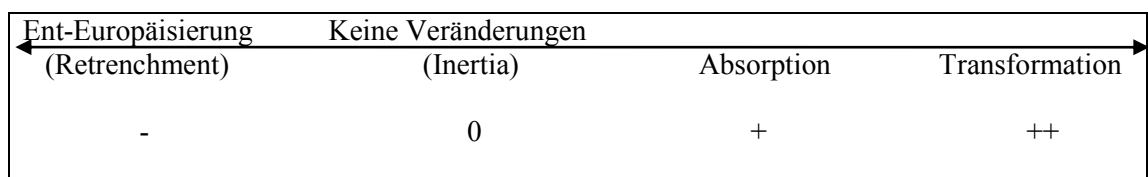


Abbildung 2: Quelle: (Axt/Schwarz/Wiegand 2008: 31; Radaelli 2003: 35).

Um diese Änderungsprozesse der Politik von Nationalstaaten zu beschreiben, der sich aus der Teilhabe am Prozess der europäischen Integration ergibt, verwendete die Europäisierungsforschung zunächst überwiegend die klassische Top-down-Perspektive. D. h., dass europäische Vorgaben und deren Umsetzungen werden betrachtet. Vor allem die unzureichende Implementation von Europäischem Recht auf Seiten der Nationalstaaten bereitet in diesem Prozess Probleme. Zur Erklärung dieses Sachverhalts wurde die These der Anpassungsgüte zwischen europäischer Vorgabe und nationaler Politik formuliert (Goodness of Fit oder Mifsit). In diesem Zusammenhang haben Christoph Knill und Andrea Lenschow den Einfluss nationaler administrativer Traditionen auf die Implementation europäischer Richtlinien unterstrichen.³⁷⁵ Die

³⁷⁴ Vgl. ebd., S. 30.

³⁷⁵ Vgl. ebd., S. 32.

Effektivität der Umsetzung und der Grad des nationalen Anpassungsverhaltens stehen ihnen zufolge einerseits abhängig von der objektiven Kompatibilität zwischen den europäischen Rechtsakten und den betroffenen nationalen Policies, andererseits aber auch vom Anpassungsdruck der Mitgliedstaaten.³⁷⁶

Der Analyseansatz von Tanja Börzel und Thomas Risse greift aber vor allem deswegen zu kurz, weil er mit seiner Top-down-Perspektive von klaren politischen Vorgaben auf europäischer Ebene in Form von Rechtsakten ausgeht. Diese Voraussetzung wird aber lediglich im Bereich der positiven Integration erfüllt, in welchem die EU durch eindeutige Vorgaben einen klar definierten Anpassungsdruck auf den Nationalstaat ausübt; dies betrifft vor allem die Agrar- und Umweltpolitik sowie die Wirtschafts- und Währungsunion. Dies gilt aber nicht für den Bereich der negativen Integration, in welchem die EU den Nationalstaaten keine konkreten Politikmodelle zur Orientierung bietet (wie im Binnenmarkt und der Wettbewerbspolitik). Dies gilt auch nicht für Politikbereiche, auf die die EU-Institutionen nur gering Einfluss nehmen, also etwa die Außen- und Sicherheitspolitik oder die Steuerpolitik.³⁷⁷

Um die Unterschieden zwischen direkter und indirekter Einflussnahme zu berücksichtigen, beschreibt Claudio Radaelli Faktoren wie Zwang, Mimetismus und normativen Druck. Panayotis Ioakimidis unterscheidet darüber hinaus zwei grundlegende Typen von Europäisierung: der bewusst herbeigeführte Akt der Wandlung, d. h. die intendierte Europäisierung, und die prozessuale Wandlung ohne erkennbare Steuerung durch einen Akteur, d. h. die responsive Europäisierung.³⁷⁸

Doch es erscheint problematisch, wenn nationale Wandlungsprozesse allein auf die Wirkmächtigkeit der EU zurückgeführt werden. Denn der europäische Integrationsraum wird von einem Interaktionsnetz unterschiedlicher Organisationen und Institutionen bestimmt, das in seiner Gesamtheit Einfluss übt.³⁷⁹

³⁷⁶ Vgl. ebd., S. 32f.

³⁷⁷ Vgl. ebd., S. 33.

³⁷⁸ Vgl. Ioakimidis, Panayotis C.: The Europeanization of Greece. An overall assessment. In: Featherstone, Kevin/Kazamias, George (Hrsg.): Europeanization and the southern periphery. London/Portland 2001, S. 74f. und vgl. Axt/Schwarz/Wiegand: a.a.O., S. 35.

³⁷⁹ vgl. Axt/Schwarz/Wiegand: a.a.O., 2008, S. 35.

	Mitgliedseuropäisierung	Beitrittseuropäisierung
Akteursqualität des Nationalstaats	Sowohl Produzent als auch Konsument von Europäisierung	Überwiegend Konsument von Europäisierung
Interaktion zwischen Nationalstaat und EU	Ausgeglichen: sowohl Top-down als auch Bottom-up („two-way street“)	Asymmetrisch: überwiegend Top-down (Einbahnstraße)
Mechanismen	Weite Spannweite zwischen direkter und indirekter Einwirkung	Überwiegend direkte Einwirkung; Besonderheit des Gatekeeping (Politik der Konditionalität)
Ergebnis	Stetiger politischer Wandel	Rascher politischer Wandel mit weitreichenden Auswirkungen

Abbildung 3: Vergleich zwischen Mitglieds- und Beitrittseuropäisierung. Quelle: Axt/Schwarz/Wiegand 2008: 40.

Wie gezeigt, bringt die Europäisierungsforschung ein lang vernachlässigtes Feld zurück auf die Forschungsagenda: die Rückwirkung europäischer Integration auf den Nationalstaat. Dieser Prozess der Europäisierung umfasst dabei sämtliche Dimensionen nationalstaatlicher Politik, bedient sich sehr verschiedenen Mechanismen und fördert höchst divergierende Ergebnisse zu Tage.³⁸⁰

5.1.4.3. Die Entwicklung der Menschenrechts- und Demokratieförderung

Der regionale Menschenrechtsschutz wurde mit der europäischen Menschenrechtskonvention schon früh in Europa initiiert, und zwar im Mai 1948 auf einem Europa-Kongress in Den Haag, auf dem sich mehr als tausend Delegierte der europäischen Einigungsbewegung getroffen hatten. Der Kongress artikuliert die Überzeugung, dass Menschenrechte die „essentielle Basis“ eines vereinten Europas bilden sollten, und beauftragte eine Kommission, die „Charter of Human Rights“ zu entwerfen. Es herrschte Einigkeit darüber, Menschenrechte nicht nur zu deklarieren,

³⁸⁰ Vgl. ebd., S. 40.

sondern auch einen Gerichtshof zu errichten, der Klagen über Konventionsverletzungen nachgehen und festgestellte Verstöße ahnden sollte.³⁸¹

Die Grundsätze der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit und der Grundfreiheiten sind ein sind wesentliche Bestandteile des europäischen Integrationsprozesses. Die EU hat durch den Kopenhagener Beschluss von 1993 die Mitgliedschaft in der EU an Bedingungen und Kriterien gekoppelt, welche die Kandidaten erfüllen müssen und die folgend angeführt werden:³⁸²

- erstens das politische Kriterium: Freiheit, Demokratie, Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, Rechtsstaatlichkeit als *conditio sine qua non*;
- zweitens das wirtschaftliche Kriterium: die Existenz einer funktionierenden Marktwirtschaft und die Fähigkeit, dem Wettbewerb in der EU standzuhalten;
- drittens das rechtliche Kriterium: die Übernahme des rechtlichen „Besitzstandes“ der EU (*acquis communautaire*), die bestehende Regelungen dürfen nicht in Frage gestellt oder verhandelt *werden*;
- und viertens die Fähigkeit und Bereitschaft der EU, weitere Mitglieder zu verkraften, ohne an Integrationskraft zu verlieren.³⁸³

Diese Beitrittskriterien erfüllen den Zweck, das Integrationsniveau der Gemeinschaft bei prinzipiell bestehendem Erweiterungsinteresse zu protegieren.³⁸⁴

Auch die rechtliche Struktur und die Führungsstruktur der EU weisen natürlich wichtige Unterschiede auf. Die EU hat nicht nur die wirtschaftliche und politische Einheit zum Ziel, sondern auch die rechtliche Einheit als deren Grundlage. Bei der Verwirklichung dieses Zwecks spielen der direkter Einfluss des Gesellschaftsrechts und die Prinzipien zur Übermacht des Gesellschaftsrechts über das nationale Recht eine effektive Rolle,

³⁸¹ Vgl. Opitz, Peter J.: Menschenrechte und internationaler Menschenrechtsschutz im 20. Jahrhundert. München 2002, Wilhelm Fink Verlag, S. 195.

³⁸² Vgl. Nolte: a.a.O., 2003, S. 47.

³⁸³ Filzmaier, Peter/u.a.: Internationale Politik. Wien 2006, Facultas Verlag, S. 267f.

³⁸⁴ Vgl. Zeh, Julie: Recht auf Beitritt? Ansprüche von Kandidatenstaaten gegen die Europäische Union. In: Altmann, Franz-Lothar u.a.: Politische Studien. Europa – Perspektiven und Grenzen. München 2009, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., S. 72.

vor allem bei der Gewährleistung zur Integration des Gemeinschaftsrechts mit dem nationalen Recht.³⁸⁵ Andererseits muss zur Realisierung dieser Zwecke die Mitgliedschaft zur Gemeinschaft erhalten werden, zugleich müssen von den Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft einige Befugnisse übertragen werden. Aus dieser Perspektive betrachtet, verfügt jeder Mitgliedsstaat über ein begrenztes Herrschaftsrecht.

Es ist bereits herausgestellt geworden, dass die EU, im Gegensatz zu den anderen internationalen Organisationen, über eine hoch komplizierte Struktur und rechtliche Bestimmungen verfügt. Die Institutionen der Union gleichen aus Sicht der Befugnisse und des Beschlussmechanismus den Institutionen von Nationalstaaten. Die Beschlüsse, die von diesen Institutionen getroffen werden, bringen sowohl für den Mitgliedsstaat als auch für dessen Völker einige Verantwortungen und Rechte mit sich.³⁸⁶

5.1.4.4. Die Akteure der externen Demokratieförderung

Zu den externen Demokratieförderern zählen: 1) internationale Organisationen: UN, World Bank, IWF, OSCE, die Europäische Kommission, das Commonwealth Sekretariat, 2) Staaten/Geberländer: Ministerien, Regierungen, Entwicklungsagenturen (USAID, GTZ), 3) Stiftungen, Parteien, 4) NROs.³⁸⁷

Akteure der externer Demokratieförderung	
Stärkung und Weiterentwicklung des UNO-Menschenrechtsschutzes	Eine Zivilmacht sieht in den Vereinten Nationen den geeigneten Rahmen, um den internationalen Menschenrechtsschutz zu fördern. Sie beteiligt sich deshalb aktiv an den Schutzmechanismen der UNO und tritt für ihre Verbesserung und Weiterentwicklung ein.

³⁸⁵ Vgl. Decker, Frank: Governance Beyond the Nation State Reflections on the emocratic Deficit of the EU. Journal of European Public Policy, Volume:9, 2002, No.2, S.256f.

³⁸⁶ Vgl. Corbett: a.a.O., 1998, S. 179.

³⁸⁷ Vgl. Grimm, Sonja: Demokratieförderung: Lässt sich Demokratie von außen fördern und erzwingen? Abrufbar im Internet. 2005. URL: http://www2.rz.hu-berlin.de/demokratieforschung/Thesenpapiere_WS0506_Demokratiefoerderung/Burnell_2000.pdf. Stand: 18.10.2010.

Stärkung und Weiterentwicklung des Menschenrechtsschutzes im Rahmen anderer internationaler/regionaler Organisationen	Da der Schutz der Menschenrechte im Rahmen der Vereinten Nationen nicht ausreichend gewährleistet werden kann, tritt eine Zivilmacht auch für die Stärkung anderer kooperativer Formen der Förderung von Menschenrechten ein (z.B. im Rahmen der EU/GASP)
Zusammenarbeit mit NGOs	Eine Zivilmacht erkennt die bedeutende Rolle von NGOs im Bereich der MR-Politik an und arbeitet eng mit ihnen zusammen.

Abbildung 4: Akteure der externer Demokratieförderung. Quelle: Pfeil 2000: 56.

Die europäische Demokratisierungspolitik verfolgt die Entwicklung einer civil society in Ländern der Dritten Welt durch Hilfen für NROs und andere Institutionen, die dem staatlichen Einfluss entgegenwirken. Die EU unterstützt aber auch das Prinzip von good governance auf Seiten von staatlichen Bürokratien. Der Hauptansatzpunkt dieses Politikansatzes besteht in der notwendigen finanziellen Disziplin, vor allem bei den Staatshaushalten. Unterschwellig ist die Drohung, die Entwicklungshilfe einzustellen, wenn Menschenrechte fortgesetzt oder missachtet werden, ein Teil der europäischen Demokratisierungspolitik.³⁸⁸

Dass die externe Dimension von Demokratisierungen in den letzten Jahren vermehrt thematisiert worden ist, lässt sich an zwei zentralen Daten festmachen: erstens am dominoartigen Zusammenbruch des kommunistischen Herrschaftsbereiches, auf die die Unterstützung externer Akteure bei der Demokratisierung der ehemals kommunistischen Staaten, – insbesondere durch die Europäischen Union, zweitens an der Invasion in Afghanistan im Jahr 2001 und am Irak-Krieg 2003. Diese beiden Ereignisse sind Schlüsselthemen in der aktuellen wissenschaftlichen Debatte. Durch die militärische Demokratisierungsoffensive von George W. Bush im Irak wurden sowohl im öffentlichen als auch im wissenschaftlichen Bereich Diskussionen über die Frage

³⁸⁸ Vgl. Vashee, Baker: Demokratie und Entwicklung in den neunziger Jahren. In: Hippler, Jochen (Hg.): Demokratisierung der Machtlosigkeit. Politische Herrschaft in der Dritten Welt. Hamburg 1994, Konkret Literatur Verlag, S. 197.

nach der „richtigen“ Strategie und deren Erfolgchancen eingeläutet sowie über Demokratieförderung von außen im allgemeinen angestoßen.³⁸⁹

Die EU, die ihren politischen Einigungsprozess noch nicht beendet hat, wies Ähnlichkeiten mit einem Nationalstaat auf. Dies führte dazu, dass die demokratischen Merkmale der EU in Frage gestellt wurden. Bei den Beschlüssen, die von den Institutionen der EU getroffen wurden, wurde das Thema zur Tagesordnung, ob die Interessen der Staatsbürger der einzelnen Mitgliedsstaaten geschützt werden. Mit dem Vertrag von Maastricht (MA), der als Wendepunkt des Übergangsprozesses der EU in die politische Union bezeichnet wird, wurden einige Berechtigungen der Nationalstaaten von der nationalen Ebene auf die europäische Ebene übertragen, was die Notwendigkeit mit sich brachte, den Integrationsprozess in Frage zu stellen. Die damit verbundene, sehr intensive Diskussion um die Themen „Demokratielücke“ oder „Demokratiemangel“ begann in unterschiedlichen akademischen, rechtlichen und politischen Bereichen. Dass das EU-Parlament keine gesetzgebenden und überwachenden Funktionen oder diese Berechtigungen nicht durchführen konnte, wurde im Allgemeinen als das Problem der Demokratielücke betrachtet.³⁹⁰ Da die Beschlüsse, die in der Führung der Union getroffen wurden, hinter geschlossenen Türen stattfanden, führte dies dazu, dass die EU-Führung als nicht genügend durchscheinend und offen betrachtet wurde. Bei den Vereinbarungen, die in den Konferenzen zwischen den Regierungen angenommen wurden und zu denen die Europäische Aktie und die Verträge von Maastricht, Amsterdam und Nizza zählen, wurden die Berechtigungen des EU-Parlaments verstärkt.

Die Konjunktur der externen Demokratieförderung hält seit Anfang der 1990er Jahre an. Zahllose Akteure – Nationalstaaten, internationale Organisationen und in zunehmendem Maße auch NGOs – leisten in den Transformationsländern des ehemaligen Ostblocks Förderarbeit und verfolgen auf diesem Wege das Ziel, lebendige Demokratien zu entwickeln, die dem politischen Referenzrahmen der westlichen Geber entsprechen. Während sich ihre Arbeit zu Beginn auf die Einsetzung demokratischer

³⁸⁹ Vgl. Kneuer: a.a.O., 2008, S. 9f.

³⁹⁰ Vgl. Decker: a.a.O., 2002, S. 257.

Wahlverfahren, Verfassungen und Rechtssysteme sowie auf die Parteienlandschaften konzentrierte, steht seit Mitte der 1990er Jahre die Zivilgesellschaft im Zentrum externer Förderanstrengungen.³⁹¹

Letzteres ist mit der Forderung an gesellschaftliche verbunden und gewissermaßen Teil einer arbeitsteiligen Demokratieförderung: Denn erst Bildung und Emanzipationsbemühungen an der Basis machen die Menschen wirklich demokratiefähig. So sorgt der Aufbau von Gewerkschaften, Parteien und sonstigen Interessenverbänden für Pluralismus und Verwaltungsförderungen bis hin zu Budgethilfen können „good governance“ bewirken. Jede Form von staatlicher oder multilateraler Kooperation trägt Verantwortung dafür, dass nicht autoritäre oder gar totalitäre Tendenzen gefördert werden und der Weg zu mehr Öffnung und Demokratie freigelegt wird.³⁹²

5.1.4.5. Zwecke der Politik zur Demokratieunterstützung der EU

Mit Beseitigung des ehemaligen Feindes nach dem Kalten Krieg, wurde das Thema Grenzen von Europa erneut an die Tagesordnung gebracht. Mit dem Ende des Kalten Krieges hatten örtliche und regionale Konflikte an Intensität gewonnen- Letzteres und die Probleme, die die südlichen Länder hatten, brachten für die EU neue Sicherheitswahrnehmungen mit sich. Die Auflösung der UdSSR schuf auch neue Fakten, die die Grenzen Europas betrafen. Diese Situation zeichnete die Grenzen des östlichen Europas im intellektuellen und politischen Sinne neu.³⁹³

Die Ostgrenze war zwischen allen Grenzen Europas die variabelste Grenze, denn hier waren keine natürlichen Barrieren vorhanden, die die Grenzen bestimmten. Die östliche Grenze war niemals feststehend; sie wurde nach den militärischen und politischen Bedingungen jener Zeit erneut bestimmt. Außerdem war in Europa kein Gebiet

³⁹¹ Vgl. Freise: a.a.O., 2004, S. 11.

³⁹² Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung: a.a.O., 1999, S. 10.

³⁹³ Vgl. Delanty, Gerard (2002): *Avrupa'nın İcadı*. İstanbul 2002, Adres Verlag, S. 163-167..

vorhanden, das wie der Balkan der politischen Natur Europas widersprach. Die Balkanländer waren nach Europas Auffassung immer zwiespältig.³⁹⁴

Obwohl sie aus geographischer Sicht zweifellos Europäer sind, stehen sie politisch Asien noch näher. Denn die Balkanländer blieben eine lange Zeit außerhalb von Europa und wurden als ein Überhang nach Asien betrachtet. Wie von den oben erläuterten allgemeinen Bewertungen zu verstehen ist, hat Osteuropa aus politischer, historischer, wirtschaftlicher und kultureller Sicht wichtige Unterschiede zu Westeuropa. Deshalb führt der Weg zur Wahrnehmung einer neuen und veränderten Identität in Europa wieder über den Osten.³⁹⁵

Jede Entwicklungstheorie ist sehr eng an eine bestimmte geographische Grenze und an eine die Identität betreffende Definitionsvariante gebunden. Wenn Europa sich als eine Union betrachtet, ist es unvermeidbar, dass es einige Grenzen bestimmt. Sowohl die Legitimationskrise der Nationalstaaten als auch die Lösung bei nationalen Zugehörigkeiten und die Nichtbefolgung der neuen Identitätsanträge sind Zeichen dafür, dass die Evolution der europäischen Identität auf einer unterschiedlichen Ebene zum Tragen kommt.³⁹⁶

Die Möglichkeit ist sehr gering, den Globalisierungsfakt, der zur Zerrüttung der Ehe zwischen Kultur und Politik (Herrschaft) führte, und die Natur des Begriffs Nation, die mit geschichtlichen Legenden gesegnet wurde, mit dem vorhandenen geschichtlichen Charakter der Nationalstaaten zu decken. Zur Minderung der Anspannung, deren Lösung schwer und lang andauernd zu sein scheint, tritt die übernationale Struktur der EU als Führungssystem in den Vordergrund.³⁹⁷

Eine EU-Staatsbürgerschaft kann, die in der Rotation der europäischen Identität geformt wird, der Bote einer neuen Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft sein. Dieser Prozess kann sich vollziehen, indem die EU bewertet, wie die Globalisierung als

³⁹⁴ Vgl. ebd., S. 44.

³⁹⁵ Vgl. Sarıbay, A. Yaşar: Küreselleşme, Postmodern Uluslaşma ve İslam. Global ve Yerel Eksende Türkiye. İstanbul 2000, Alfa Verlag, S.216f.

³⁹⁶ Vgl. ebd.

³⁹⁷ Vgl. ebd.

externer Faktor die Gesellschaft oder das Individuum beeinflusst.³⁹⁸ Deshalb müssen die globale Wirtschaft nach dem Kalten Krieg oder der Prozess, der als System definiert wird, in Bezug auf Auswirkungen auf die EU genauer unter die Lupe genommen werden.

Der Begriff Identität wird mit dem Vorhandensein des „Anderen“ bedeutsam. Jede Identität ist einerseits einschließend und andererseits ausschließend. Die EU besteht nicht nur aus Institutionen. Ihr hauptsächlichlicher Mangel liegt in ihrer nationalen Dimension. Er zeigt sich vor allem daran, dass es heute nicht möglich ist von einem europäischen Volk zu sprechen. Die Vereinbarungen, die die EU zur Integration führten, wurden mit Volksabstimmungen abgelehnt oder mit geringen Unterschieden angenommen. Dies zeigt, dass der Integrationsprozess unabhängig vom Willen des Volkes verwirklicht wurde. Dass die Europäer bei der Führung Europas ihren Platz nicht gefunden haben, ist ein wichtiges Problem. Es ist erforderlich, dass der Begriff EU-Staatsbürger, dessen rechtliche Seite problematisch ist, umgewandelt wird, ohne die demokratischen, teilnehmenden und pluralistischen Bedürfnisse unserer Zeit und die übernationale Struktur der EU zu vernachlässigen. Denn die Globalisierung übt sowohl auf die Mitgliedsstaaten Zwang aus als auch auf die Zwecke, die Politik und Geopolitik der EU. Wegen der erwähnten Bedingungen muss der Inhalt der EU- Staatsbürgerschaft in diesem Prozess, der in den kommenden Jahren noch verständlich werden wird, mit dem Begriff Volk gefüllt werden.³⁹⁹

Zusammengefasst kann die Entwicklung der vorhandenen Politiken der EU, die sensibel gegen die wirtschaftlichen Bedingungen der Globalisierung vorgeht, aber gefühllos gegen die Auswirkungen im politischen, kulturellen Sinne, sich zurückziehende, neue Feinde schaffen und zu einem einen europäischen Unitarismus führen, in der ihre unterschiedlichen und dominierenden Seiten betont werden.⁴⁰⁰

Der aktuelle Globalisierungsprozess (Pluralismus, Multikulturelle, u. Ä.) führt zu Gefahren wie einem Identitätssinn, der andere Gesellschaften und Kulturen ausschließt.

³⁹⁸ Vgl. Üstel, Füsün: Yurttaşlık ve Demokrasi, Ankara 1999, Dost Verlag, S. 23ff.

³⁹⁹ Vgl. Altınbaş, Deniz: Avrupa Kimliği. Stratejik Öngörü. Ankara 2006, ASAM Verlag, S. 7ff.

⁴⁰⁰ Vgl. Üstel: a.a.O., 1999, S. 65.

Deshalb kann ein Europa, das mit dem Erweiterungsprozess seine Grenzen und seine Identität diskutiert, den Ablauf der neuen Identitätswahrnehmung ändern.

Die EU versucht vor allem, die osteuropäischen Länder und die baltischen Staaten gegen Russland in den Westen zu ziehen.⁴⁰¹

Die ganzen Politiken, die die Europäische Union für die kandidierenden Länder durchführt, stützen sich auf die eigenen Interessen Europas. Deshalb ist es von Nutzen, die Angelegenheiten, die die Europäische Union unterstützt, zweimal zu bedenken. Die Europäische Union, die mit der Unterstützung der Demokratisierung das Wahlsystem, die 10-Prozent-Sperrklausel oder die Vertretung der ethnischen Unterschiede ständig wiederholt, möchte an ihrer Grenze keine starke Türkei haben.⁴⁰² Deshalb verstärkt das Projekt zur Demokratieunterstützung in der Türkei mehr die Minderheitsgruppen. Die Ansprüche bezüglich der Minderheiten rufen uns die 1910er Jahren ins Gedächtnis. Die EU wünscht in der Türkei ein kleines Sultanat, das leicht zu verwalten ist, und möchte deshalb auf der Landkarte der Türkei Abänderungen vornehmen. Die Türkei ist eine regionale Macht. Stört es die westlichen Länder, dass die Türkei so stark ist? Wenn die Anerkennung des sogenannten Völkermords, die Annahme der kurdischen und allevitischen Bürger als Minderheit, die Revidierung der Syrien-Hatay-Grenze, die Öffnung der armenischen Grenze, der Prozess in Bezug auf das griechische Patriarchat in Fener usw. bedacht werden, scheint all dies als eine Wiederholung des Beharrens in der Zeit von 1910.⁴⁰³

Die Beeinflussung der Demokratie kommt heute überwiegend aus dem Westen. Im Westen gibt es politische Bewegungen, die im wahrsten Sinne des Wortes möchten, dass in der Türkei die Demokratie funktioniert, es einen guten Lebensstil gibt und die Menschen in noch demokratischerem Milieu leben.⁴⁰⁴

⁴⁰¹ Interviewgespräch mit rx61e.

⁴⁰² Interviewgespräch mit x2y6n.

⁴⁰³ Interviewgespräch mit ky4r9.

⁴⁰⁴ Interviewgespräch mit ab1c2.

5.1.4.6. Instrumente zur Demokratieförderung der Europäischen Union

Mittel und Wege erfolgreicher Demokratieförderung sind vielfältig. Der internationale Kontext kann den Systemwechsel unterstützen, aber ohne interne Zustimmung ist Demokratieförderung nicht erfolgreich.⁴⁰⁵ Die internen Politikstrukturen können von außen beeinflusst, sie können gefördert oder untergraben werden, aber sie sind kaum von außen und künstlich zu schaffen. Da aber viele Gesellschaften in der dritten Welt wenig gefestigt und deren Volkswirtschaften meist vom Ausland und vom Weltmarkt abhängig sind, spielen äußere Einflüsse eine besonders große Rolle, wie.⁴⁰⁶

Instrumente der externen Demokratieförderungspolitik	
Politische Maßnahmen	Die Außenpolitik einer Zivilmacht muss unbedingt vermeiden, den Eindruck zu erwecken, sie mache sich mit Menschenrechtsverletzern gemein. Kritische Distanz zu Regimen, die die Menschenrechte verletzen, muss gewahrt bleiben.
Militärische Maßnahmen	Eine Zivilmacht ist prinzipiell skeptisch in Bezug auf militärische Maßnahmen. Eine Unterstützung oder gar Beteiligung an „humanitären Interventionen“ kann für eine Zivilmacht nur unter engen Bedingungen möglich sein. Vor allem müssen die völkerrechtlichen Voraussetzungen erfüllt sein.
Ökonomische Maßnahmen	Positive und negative Wirtschaftssanktionen und Positivmaßnahmen sind normalerweise die mächtigsten Instrumente einer

⁴⁰⁵ Vgl. Grimm, Sonja: Demokratieförderung: Lässt sich Demokratie von außen fördern und erzwingen? Abrufbar im Internet. 2005. URL: http://www2.rz.hu-berlin.de/demokratieforschung/Thesenpapiere_WS0506_Demokratieforderung/Burnell_2000.pdf. Stand: 18.10.2010.

⁴⁰⁶ Vgl. Hippler, Jochen: Die Demokratisierung der dritten Welt nach dem Ende des kalten Krieges. In: Hippler, Jochen (Hg.): Demokratisierung der Machtlosigkeit. Politische Herrschaft in der Dritten Welt. Hamburg 1994, Konkret Literatur Verlag, S. 11.

	Zivilmacht. Wie bei den politischen Maßnahmen ist es wichtig, gleiche Standards anzuwenden und die Verhältnismäßigkeit zu wahren.
--	---

Abbildung 5: Instrumente der externen Demokratieförderungspolitik. Quelle: Pfeil 2000: 56f.

Interventionen in die staatliche Souveränität können die Demokratie sowohl fördern als auch behindern. Nach Sandschneider kommt den folgenden vier aufgeführten Einflusstypen der externen Demokratieförderung eine besondere Bedeutung zu:⁴⁰⁷

1. Intendierte aktive Einflüsse auf Fakten (Wirtschaftshilfe, Verfassungsberatung)
2. Intendierte aktive Einflüsse auf Präferenzen (Elitenauswahl, Verhandlungen, Verträge)
3. Unintendierte aktive Einflüsse auf Fakten (z.T. Sanktionen, Wirtschafts-, Sicherheitsinteressen versus Demokratisierungsinteressen)
4. Unintendierte passive Einflüsse auf Präferenzen (Modellcharakter, Snowballing).

Der Hauptanliegen der EU-Demokratieförderung liegt im Bedürfnis einer Aneignung zu einer Politik, die dem historischen Charakter von Europa entspricht. Die vom Großteil der bilateralen und multilateralen Gebern angewandten, „neuen“ Instrumente der Demokratieförderung der 1990er Jahre lassen sich in zwei Kategorien unterteilen, die anschließend näher erläutert werden sollen, und zwar in politische Konditionalität und Positivmaßnahmen:

5.1.4.6.1. Politische Konditionalität

Es lassen sich zwei Formen von Konditionalität unterscheiden: zum einen negative und zum anderen positive Konditionalität. Bei negativer politischer Konditionalität führt die Verletzung von Menschenrechten und demokratischen Prinzipien durch einen Empfängerstaat von Mitteln zum teilweisen oder vollständigen Entzug von Leistungen oder zur Ablehnung der Kreditvergabe. Von diesen Strafmaßnahmen ist humanitäre

⁴⁰⁷ Vgl. Sandschneider: a.a.O., 2003, S. 9.

Hilfe in der Regel ausgenommen. Als Beispiele für Fälle von negativer Konditionalität zählt die Einstellung der Zusammenarbeit auf Seiten der EU mit zahlreichen Ländern, u. a. Togo und Zaire, wegen Verstößen gegen Menschenrechte, Demokratie oder Good Governance.⁴⁰⁸

Im Falle positiver Konditionalität werden Fortschritte im Bereich von Menschenrechten und Demokratie belohnt, und zwar die durch Steigerung von Leistungen, dies kann in Form von (höheren und günstigeren Kredite oder Schuldenerlassen geschehen.⁴⁰⁹

Auch die Bundesregierung betont in allen Grundsatzdokumenten ihre Absicht, Demokratie und Menschenrechte zu fördern. Im Oktober 1991 publizierte das BMZ die folgenden fünf Kriterien sowie dazugehörige Indikatoren, an denen sich die Vergabe von Leistungen aus der EZ orientieren sollte:

Kriterien	Indikatoren
Die Beobachtung der Menschenrechte	<ul style="list-style-type: none"> • Freiheit von Folter • Rechte bei Festnahme und im Justizverfahren • Anwendung des Grundsatzes „Keine Strafe ohne Gesetz“ • Religionsfreiheit • Minderheitenschutz
Die Beteiligung der Bevölkerung am politischen Prozess	<ul style="list-style-type: none"> • demokratische Wahlpraxis • freie Äußerungsmöglichkeit der politischen Opposition innerhalb und außerhalb des Parlaments • Vereinigungsfreiheit für Parteien, Verbände etc. • Presse- und Informationsfreiheit

⁴⁰⁸ Vgl. Schmidt, Siegmund: Menschenrechte und Demokratie. In: Ihne, Hartmut/ Wilhelm, Jürgen (Hrsg.): Einführung in die Entwicklungspolitik. Münster 2006, Lit-Verlag, S. 105.

⁴⁰⁹ Vgl. ebd.

Die Gewährleistung von Rechtssicherheit	<ul style="list-style-type: none"> • Unabhängigkeit der Justiz • Prinzip „Gleiches Recht für alle“ • Transparenz und Berechenbarkeit staatlichen Handelns
Die Schaffung einer „marktfreundlichen“ Wirtschaftsordnung	<ul style="list-style-type: none"> • Schutz des Eigentums • Preisfindung durch den Markt • Gewerbe- und Niederlassungsrecht • Wettbewerb • realistische Wechselkurse
Die Entwicklungshilfeorientierung des staatlichen Handelns	<ul style="list-style-type: none"> • Ausrichtung der Regierungspolitik auf die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der ärmeren Bevölkerungsteile • angemessene Militärausgaben • Säuglingssterblichkeit • Einschulung an Grundschulen • Bekämpfung der Korruption • Effizienz des öffentlichen Dienstes • Effizientes und sozial ausgewogenes Steuersystem • Anteil Auslandshilfe • Ausgewogene Währungs- und Finanzpolitik • bevölkerungspolitische und umweltbezogene Maßnahmen

Abbildung 6: Die fünf Kriterien des BMZ. Quelle: BMZ 1998, zit. nach Schmidt 2006: 106.

5.1.4.6.2. Positivmaßnahmen

Unter den Begriff „Positivmaßnahmen“ fallen Maßnahmen, die die Menschenrechtslage, die Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungen

sowie die Schaffung von demokratischen und rechtsstaatlichen Strukturen fördern. Positivmaßnahmen sollen mit Ernst-Otto Czempiel in der Gesellschaftswelt greifen, nicht in der Staatenwelt. Unter diese Maßnahmen fallen die „Verfassungs- und Rechtsberatung, der Aufbau von Menschenrechtsinstitutionen, Demobilisierung und Reintegration von Söldnern/Soldaten, Dezentralisierung und Aufbau föderaler Strukturen, Wahlhilfe und Wahlbeobachtung und der Aufbau bzw. die Förderung von zivilgesellschaftlichen Organisationen.“⁴¹⁰

Im Vergleich zu Konditionalitäten sind Positivmaßnahmen auf langfristige Wirkung hin angelegt. Sie werden von nicht- oder halbstaatlichen Akteuren eingesetzt, wie zum Beispiel den politischen Stiftungen, der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), dem DED, den Kirchen oder NGOs, die mit Partnerorganisationen in den jeweiligen Ländern zusammenarbeiten. Daraus folgt, dass sie in „harten“ Autokratien oder gar totalitären Systemen kaum oder nur sehr begrenzt und oft nur gegen den Willen der jeweiligen Regierung eingesetzt werden können. Positivmaßnahmen werden aufgrund ihrer nachweisbaren Wirkungen oft sehr positiv evaluiert. Dennoch gestaltet sich eine exakte Feststellung ihrer Wirkung auf Demokratisierungsprozesse aufgrund der vielen Bewertungsfaktoren als sehr schwierig bzw. fast unmöglich.⁴¹¹

In jüngster Vergangenheit, so scheint es, relativierte vor allem der von der US-Regierung nach den Anschlägen vom 11.9.2001 ausgerufene Kampf gegen den Terrorismus die Menschenrechts- und Demokratieförderungspolitik. So wird im Zuge der Sicherheits- und Militärpolitik über die Verletzung von Menschenrechten durch Verbündete hinweggesehen, dies betrifft z. B. Pakistan und Usbekistan. Dies stellt nicht nur die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Demokratieförderungspolitik erheblich in Frage.⁴¹²

⁴¹⁰ Vgl. Pfeil: a.a.O., 2000, S. 40f.

⁴¹¹ Vgl. Schmidt: a.a.O., S. 106f.

⁴¹² Vgl. ebd., S. 107.

5.1.5. Die Europäische Nachbarschaftspolitik

Vor dem 2004 und der damit verbundenen fünften Erweiterung durch zehn neue Mitgliedstaaten begann die EU mit der Ausbildung einer „Europäischen Nachbarschaftspolitik“ (ENP), die durch die Europäische Kommission in ihrer Mitteilung unter dem Titel „Größeres Europa-Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarn“ vom 11. März 2003 veröffentlicht wurde. Hierin werden werthaltungskonforme und sicherheitspolitisch relevante „strategische Vormauern“ um die EU geschaffen werden. Die ENP-Staaten sollen von der EU durch Partnerschafts- und Kooperationsabkommen bzw. Assoziationsabkommen und spezielle Aktionspläne sowie Finanzierungsanreize wirtschaftlich im besonderen Maße gefördert werden, vor allem durch das „Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument“ (ENPI. Entscheidend ist jedoch vor allem, dass die ENP keine wie auch immer geartete Vorbeitrittsstrategie für einen späteren Beitritt enthält. Mit den ENP-Staaten sollen seitens der EU keine Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden. Die ENP bietet daher also lediglich eine Alternative für einen nicht gewährten Beitritt dar.⁴¹³

Die von der ENP angesprochenen 16 (Nachbar-)Staaten der EU betreffen drei unterschiedliche geographische Räume: erstens Europa, im Besonderen Belarus, Moldawien, die Ukraine und den „Sonderfall Russland“, zweitens den Kaukasus, d.h. Armenien, Aserbaidshan und Georgien, und drittens den Mittelmeerraum-. Zur letzten Regionen gehören alle Teilnehmer des 1995 eingeleiteten „Barcelona-Prozesses“ der „Europa-Mittelmeer-Partnerschaft“, das sind: Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Marokko, Syrien, Tunesien sowie die Palästinensische Autonomiebehörde.⁴¹⁴

Mit der Europäischen Nachbarschaftspolitik werden vor allem Ziele in der Sicherheitspolitik verfolgt. So gilt die Unterstützung der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der Nachbarn mit einer breiten Palette von Instrumenten

⁴¹³ Vgl. Hummer, Waldemar: Europas Grenzen- eine Betrachtung aus juristischer Sicht. In: Altmann, Franz-Lothar u.a.: Politische Studien. Europa – Perspektiven und Grenzen. München 2009, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., S. 46f.

⁴¹⁴ Vgl. ebd., S. 47.

als beste Garantie für Frieden, Stabilität und langfristigen wirtschaftlichen Fortschritt. Die ENP hat sich auch explizit zum Ziel gesetzt, demokratischen Wandel zu fördern. Damit steht sie aus Sicht traditioneller Ansätze zur externen Demokratieförderung vor einer großen Herausforderung.⁴¹⁵, die die ENP aber allem Anschein nach zu meistern versteht. Denn die Europäische Nachbarschaftspolitik funktioniert, was sich laut der Anfang 2008 vorgestellten Fortschrittsberichte zur Implementierung der Europäischen Nachbarschaftspolitik an ersten konkreten Resultaten bemerkbar macht.⁴¹⁶

Dies liegt vielleicht auch an der spezifischen Form enger Assoziierungspolitik, die die ENP eröffnet und die neuen Perspektiven für die Untersuchung von Mechanismen und Bedingungen externer Demokratieförderung mit sich bringe. Diese Politik geht Wege der Demokratieförderung, die traditionelle Ansätze nicht zu erfassen verstehen und die somit theoretische Weiterentwicklungen erfordern.⁴¹⁷

Obwohl sich die Europäische Nachbarschaftspolitik bis dato als moderne und gute Sicherheitspolitik erwiesen hat, muss sie weiterentwickelt werden: sowohl nach Süden als auch nach Osten und nicht zuletzt gegenüber den genannten Avantgarde-Ländern.⁴¹⁸

5.1.6. Die Auswertung der EU-Demokratieförderungspolitik

Mehrere Studien konnten zeigen, dass europäische Integration die administrativen Strukturen und Verwaltungsapparate der Nationalstaaten nachhaltig verändert hat.⁴¹⁹ Im nächsten Abschnitt sollen die positiven und negativen Seiten der Politik der EU-Demokratieförderung näher analysiert werden.

⁴¹⁵ Vgl. Freyburg/u.a.: a.a.O., 2009, S. 169.

⁴¹⁶ Vgl. Waldner, Benita Ferrero: Die Europäische Nachbarschaftspolitik. Sicherheit und Wohlstand durch Vernetzung. In: Altmann, Franz-Lothar u.a.: Politische Studien. Europa – Perspektiven und Grenzen. München 2009, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., S. 10.

⁴¹⁷ Vgl. Freyburg/u.a.: a.a.O., 2009, S. 169.

⁴¹⁸ Vgl. Waldner: a.a.O., 2009, S. 11-15.

⁴¹⁹ Vgl. Axt/Schwarz/Wiegand: a.a.O., 2008, S. 28.

5.1.6.2. Die positiven Seiten der Politik

Die wichtigsten Vorteile der Demokratieunterstützung der EU bestehen in der Erhöhung von Demokratiestandards der Union und im Erfassen einer bestimmten Anpassungspolitik. Demokratie, die heute als die fortgeschrittenste Verwaltungsmethode angenommen wird, wird als die Anpassung von Führung, Union und Vielfältigkeit mit Freiheit und Integration betrachtet. Von Anfang an wurde bei der Integrationsbewegung Europas die Ermutigung von Demokratie, Rechtsstaat und Respekt der Menschenrechte als Ziel verfolgt. Die EU hat in ihren Gründungsjahren zwei Bedingungen für die Mitgliedschaft vorgesehen;⁴²⁰ die erste davon war „ein Staat Europas zu sein“, die zweite war „ein demokratischer Staat zu sein“. Nach 1990 wurden die Kriterien der Demokratie, die in den Kopenhagener Kriterien festgehalten wurden, für die kandidierenden Länder noch komplizierter. Obwohl das Protektorat der Menschenrechte separat nicht in dem Auftragsgebiet der EG ist, wird dieses heute als der natürliche, politische Zweck der EU angenommen. Der Respekt der Menschenrechte hat die Außenbeziehungen der EG/EU und die Beziehungen mit den kandidierenden Ländern in hohem Maße beeinflusst. Diese Struktur, die von Ländern gebildet wurde, deren demokratische Führung als fortgeschritten angenommen wird, wurde aus der Sicht der Demokratie in Frage gestellt und in verschiedenen Plattformen diskutiert. Dies führte dazu, dass über die EU zahlreiche Fragezeichen gestellt wurden.⁴²¹

5.1.6.2. Die negativen Seiten der Politik

Im Allgemeinen betrachtet, wurden Themen, die die EU betreffen, sowohl innerhalb der EU als auch außerhalb der Union in den letzten zehn Jahren sehr intensiv diskutiert. Wie bereits besprochen, ist die Entwicklung des EU-Projekts ein komplizierter und dynamischer Prozess. Und so ist es nicht verwunderlich, dass Sorgen und Probleme in

⁴²⁰ Vgl. Wooddard, S.: The Simple Guide to the Federal Idea. Abrufbar im Internet. 2000. URL: <http://www.eurplace.org/federal/wooddard>. Stand: 14.10.2010.

⁴²¹ Vgl. ebd.

den Vordergrund von Diskussion treten, jedenfalls mehr als die Möglichkeiten, die am Ende des Prozesses verwirklicht werden können.⁴²²

Die Lösung von Problemen, die aus der Entwicklung und Vertiefung hervorgehen, u. a. die EU-Identität, der öffentliche Raum, die Demokratielücke, Herrschaftsfragen sowie wirtschaftliche Entwicklungen, ist kurzfristig nicht möglich ist. Mit Blick auf Ausmaß und Lösungswege werden die Probleme der EU ganz unterschiedlich beurteilt. Einige Betrachter sind der Ansicht, dass die EU bei ihrer Lösung erfolgreich sein wird, andere wiederum behaupten ganz das Gegenteil.⁴²³

Bei Betrachtung des Integrationsprozesses wird deutlich, dass eines der wichtigen Diskussionsthemen bezüglich der EU der Begriff Herrschaft ist. Vor allem wurden nach Maastricht, dem wichtigsten Schritt zur politischen Einigkeit der EU, die übervolklichen nationalen Herrschaften mit den Institutionen der EU geteilt. Die Herrschaft über die Europäische Gemeinschaft, die zusammen mit Maastricht einer der drei Säulen der EU war, wurde ganz übertreten. Dies wurde als das Ende des Nationalstaats betrachtet. Das Thema der EU-Herrschaft, die heftig diskutiert wurde, stellt nicht nur für die kandidierenden Länder, sondern auch für die Mitgliedsstaaten der EU ein Problem dar.⁴²⁴

Einige Länder, die sich kritisch in Bezug auf das Thema der EU-Herrschaft äußerten, fanden es nachteilig, dass Begriffe wie „Föderalismus“ oder „Vereinigte Staaten von Europa“ benutzt wurden, andere Länder fanden Föderalismus als Verwaltungsmethode der EU oder eine ähnliche Bildung passend. Diese Annäherungsunterschiede waren an die politischen Kulturen, an die Geschichte und an die ähnlichen Bedingungen der

⁴²² Vgl. Ilgaz, Deniz: Democratisation, Citizenship and Civil Society. Citizenship Rights in the Turkish Republic: A Re-Evaluation in the Euro Mediterranean Area. The European Union and the Mediterranean. The Mediterranean's European Challenge. In: Xuereb, Peter. G. (Hrsg.): European Research and Documentation Centre. Vol: V, University of Malta 2004, pp.333- 379.

⁴²³ Vgl. Jimenez, Ruiz/u.a.: European and National Identities in EU's Old and New Member States. Ethnic, Civic, Instrumental and Symbolic Components. European Integration Online Papers (EIOP). Abrufbar im Internet. 2004. Vol.8,N11;<http://eiop.or.at/eiop/texte/011a>. Stand: 15.10.2010.

⁴²⁴ Vgl. Kirsty, Hughes: The Future of European Convention: Travelling Hopefully? Joint Working Paper for European Policy Institutes Network and Center for European Policy Studies, No.1, Brussels 2002, S. 4ff.

Länder gebunden. England und Dänemark gehören zu den Ländern, die besonders kritisch in Bezug auf Herrschaft sind.⁴²⁵

Im Prozess der internationalen Politik brachten Entwicklungen, die die Lage des herrschenden Staates als hauptsächlichen Darsteller erschwerten, auch Änderungen des Begriffes von Herrschaft mit sich. Herrschaft bedeutet zunächst „das Oberste“, „überlegen“ oder „Überlegenheit“. Auf Ebene der internationalen Beziehungen betrachtet, bedeutet der Begriff die erwünschte Bestimmung und Festsetzung der Beziehung eines Staates mit anderen Staaten, ohne Eingriff, Druckausübung oder Vermittlung eines anderen Staates oder einer anderen Macht.⁴²⁶

Doch heute verlieren Grenzen als Linien, die das Gebiet unter der Herrschaft der Staaten voneinander trennen, an Bedeutung. Diese weltweiten Entwicklungen beeinflussen die Bildung eines Organisationsmodells wie dasjenige der EU. Jervis, einer der Vertreter der institutionellen Annäherung, sagt, dass Institutionen oder Organisationen, auf denen Herrschaften übertragen werden, die Macht besitzen, die Innenpolitik zu ändern, und sie sogar zugleich die Macht haben, die Ziele, den Glauben und die Kraft der Gesellschaft so zu ändern, dass sie die Außenbeziehungen jenes Staates beeinflussen können.⁴²⁷

Steigende Kommunikation und Erleichterung des Verkehrs verengen die freien Bewegungszonen der Staaten, die Mitglieder internationaler Organisationen sind. Denn die Grenzen sind flexibel, die Länder sind voneinander abhängig und gehen von Tag zu Tag mehr internationale Verpflichtungen ein. Obwohl behauptet wird, dass Herrschaft von ihrer Natur aus unteilbar ist, ist heute erkennbar, dass Herrschaft auf diese oder jene Weise doch teilbar ist.⁴²⁸

Dass die Institutionen, auf die die EU-Länder ihre Herrschaften übertragen haben, nicht demokratisch sind, stellt nach Merih ein Problem dar. Denn es ist nicht möglich, von

⁴²⁵ Vgl.ebd.

⁴²⁶ Vgl. ebd., S. 7.

⁴²⁷ Vgl. Jervis, Robert: Realizm, Neorealizm and Cooperalizm. International Security. Vol: 24, No: 1, 1999, S. 62.

⁴²⁸ Vgl.ebd.

der Existenz eines „Demos“ zu sprechen, der diesen Institutionen Legitimität verleiht. Die Begrenzung der gesetzgebenden Zuständigkeit des EU-Parlaments, das die einzige Institution ist, in welcher das Volk vertreten wird, und deren ungenügende Kontrollfunktion bilden die Schwerpunkte des Demokratieproblems. Die Abweichung der Politiken der Nationalstaaten, die über eine repräsentative demokratische Struktur verfügen, mit den Unionspolitiken, d. h. der Verlust der Herrschaften aus den Händen von Mitgliedsstaaten und deren Völkern, führt zu einem wichtigen Demokratieproblem.⁴²⁹

5.2. Die Demokratisierung der Türkei auf dem Weg zur EU

In der türkischen Öffentlichkeit dominiert die Dichotomie zwischen „Europäisierung als Demokratisierung“ versus „Europäisierung als Gefährdung nationaler Einheit“.⁴³⁰

Die historische Entwicklung der Beziehungen zwischen der EU und der Türkei wird in diesem Kapitel in ihren wesentlichen Etappen nachvollzogen. Zu ihnen zählen das Assoziierungsabkommen von 1963, das Zusatzprotokoll des Assoziierungsabkommens, der Antrag der Türkei auf EU-Mitgliedschaft im Jahr 1987, die Unterzeichnung der Zollunion 1996, die Türkei als offizieller Beitrittskandidat 1999 sowie die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen 2005.⁴³¹

Die Europäisierung der Türkei und ihr Beitritt in die EU sind in erster Linie ein europäisch-amerikanisches und nicht so sehr ein türkisches Projekt. Amerikaner und Europäer sind nicht nur an einem stabilen Partner, sondern auch an einem Tor zur islamischen Welt interessiert. Die EU-orientierte Bildungselite im Westen der Türkei ist eine kleine Minderheit und hat nicht genügend Einfluss. Die breite Bevölkerung will zwar eine Demokratisierung und verspürt den Wunsch, der westlichen Welt zu zeigen,

⁴²⁹ Vgl. Kutlu, Merih: Bir Süper Devlet Yaratma Projesi: Avrupa Birliği. Abrufbar im Internet. 2002. URL: <http://www.turkab.net.ab/turkabmkl/.htm>. Stand: 17.10.2010.

⁴³⁰ Vgl. Küçük, Bülent: Die türkischen Fantasmen im EU-Beitrittskurs. In: Ataç, Ilker/Küçük, Bülent/Şener, Ulaş (Hrsg.): Perspektiven auf die Türkei. Ökonomische und gesellschaftliche (Dis)Kontinuitäten im Kontext der Europäisierung. Münster 2008, Verlag Westfälisches Dampfboot, S. 91.

⁴³¹ Vgl. Laçiner: a.a.O., 2005, S. 11f.

dass ein demokratischer Islam möglich ist. Gleichzeitig aber wird die Europäisierung dämonisiert. Aber die Türkei braucht Europa, sie braucht die Hilfe von außen und auch Vorgaben, was geht und was nicht geht.⁴³²

5.2.1. Die historischen Entwicklungen der EU in ihrer Beziehung zur Türkei

Obwohl die islamische Kultur weitreichende Konsequenzen für die Entwicklung der Türkei hatte, ist sie jedoch von Anbeginn ihrer Geschichte von europäischen Einflüssen geprägt worden. Die westlich und europäisch geprägten Reformen der Türkei haben eine lange Geschichte und lassen sich bis in die Zeit des Osmanischen Reiches zurückverfolgen.

Als die Türkei am 31. Juli 1959 den Aufnahmeantrag in die damals aus sechs Ländern bestehende Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) stellte, war sie auf die Mitgliedschaft in keiner Weise vorbereitet.⁴³³ Die EWG wurde gegen die Lösung der Probleme mit Waffengewalt, für die Akzeptierung von Menschenrechten gegründet.⁴³⁴ Am 12. September 1963 wurde das „Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Türkei“ in Ankara abgeschlossen. Das Assoziierungsabkommen wurde am 29. Dezember 1964 im Amtsblatt Nr. 217 veröffentlicht und als „Ankara-Abkommen“ bezeichnet.

Am 23. November 1970 wurde in Brüssel zwischen der Türkei und der EWG ein Zusatzprotokoll unterzeichnet, das die Detailfragen der Übergangsphasen regelte.⁴³⁵

Die Türkei wurde am 1. Januar 1996 in die Zollunion der EU aufgenommen. Dadurch wurden die Zölle für industrielle und gewerbliche Produkte beseitigt und die

⁴³² Vgl. Sayan, Giyasettin: Turbulenzen am Bosphorus? Militär, AKP und EU. In: Welt-Trends. Zeitschrift für internationale Politik. Zerrissene Türkei. 16. Jg., 2008, S. 87.

⁴³³ Vgl. Keskin: a.a.O., 2006, S. 69ff.

⁴³⁴ Vgl. Laçiner: a.a.O., 2005, S. 14.

⁴³⁵ Vgl. Keskin: a.a.O., 2006, S. 69ff.

Außenzölle der Türkei gegenüber Drittstaaten und den Außenzöllen der EU-Staaten angeglichen.⁴³⁶

Am 9. Dezember 1999 gaben die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten der Türkei in Helsinki den Beitrittskandidatenstatus. Neben den zehn bereits im Mai 2004 als Vollmitglieder aufgenommenen Staaten und neben Rumänien und Bulgarien, die 2007 der EU beitreten sollten, wurde die Türkei somit in die Liste der Beitrittskandidaten aufgenommen. Am 17. Dezember 2004 wurde von den 25 Staats- und Regierungschefs der EU bei ihrem Gipfeltreffen in Brüssel einstimmig beschlossen, am 3. Oktober 2005 die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu eröffnen.⁴³⁷

Die Diskussionen über die Vollmitgliedschaft der Türkei zeigen ganz offen, dass die EU wieder einmal einem Schicksalsmoment gegenübersteht. Die EU, die unausgesprochen oder auch offen daran glaubt, dass sie sich von menschlichen und politischen Werten aus gesehen der Vollkommenheit genähert hat, befindet sich jetzt wegen der Türkei in einer neuen der -Phase der Selbstkonfrontation. In dieser Situation gibt es eine Schicht, die genauso wie im Mittelalter versucht, dass „alte Europa“ zu beschützen. Nach ihrer Meinung gibt es ein unveränderliches Europa und die Türkei ist kein Teil dieser Zivilisation.⁴³⁸

Das gegenwärtige Bild zeigt, dass die EU den Mitgliedschaftsprozess der Türkei verlangsamt. Die EU kann mit der Brückenfunktion der Türkei in den Mittelosten hinausgehen. Die Türkei hat mit der Auffassung der jetzigen AKP-Regierung die Kraft, alle Forderungen der EU zu erfüllen.⁴³⁹

Die EU-Türkei-Beziehung kann als Verlobung beschrieben werden, in der eine Eheschließung unmöglich ist. Es handelt sich um eine sehr heterogene, sich auf und ab bewegende Beziehung. In dem Ankara-Abkommen im Jahre 1963 wurde angegeben,

⁴³⁶ Vgl. Plattner, Hans: Die Türkei. Eine Herausforderung für Europa. München 1999, Verlag Herbig, S. 91.

⁴³⁷ Vgl. Keskin: a.a.O., 2006, S. 70.

⁴³⁸ Vgl. Laçiner: a.a.O., 2005, S. 15.

⁴³⁹ Interviewgespräch mit m8n4x.

dass diese Beziehung, in der beide Parteien sehr ernste Schulden haben, mit einer Mitgliedschaft zum Abschluss gelangen soll. Wenn die Mitgliedschaft binnen einer solch langen Frist immer noch nicht besteht, trägt die Türkei zwar eine größere Schuld, aber die EU hat auch Fehler gemacht, die nicht zu unterschätzen sind.⁴⁴⁰

Kein anderes Land hat so lange auf die Mitgliedschaft gewartet. Die Arbeiten, die in den Jahren 1960 mit der EU, damals EWG, aufgenommen wurden, kamen zu unterschiedlichen Zeiten zu Stillstand Aussetzung, Suspendierung. Aber mit Özal gewannen sie wieder an Schwung.⁴⁴¹ Vor 60 Jahren war es nicht möglich, von der EU zu reden. Es war möglich von Völkern, die sich untereinander bekämpften, zu sprechen. Obwohl die Türkei in der Lage war, Mitglied der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu sein, haben Kommunalpolitiker in der Türkei dies nicht gefordert. Aber nachdem die EU nach einiger Zeit eine wahrhafte politische Union wurde, wollte die Türkei der EU beitreten, entfernte sich aber von den EU-Kriterien, weil sie mit Putschen und Problemen beschäftigt war.⁴⁴² Die Beziehungen machten in den Jahren 1990 mit der Zollunion bestimmte Fortschritte und in den Jahren 2000 wurden in Bezug auf den Mitgliedsprozess ernst zu nehmende Arbeiten durchgeführt. Aber in dieser Angelegenheit bestehen gegen die EU in Bezug auf Vertraulichkeit ernste Zweifel.⁴⁴³

In der EU befinden sich Länder, die die EU-Mitgliedschaft der Türkei nicht möchten. Aber die heutigen Regierungen in diesen Ländern können sich morgen ändern. Die Haltungen der Regierungen anderer Länder können sich ändern. Bei der Unterstützung der Mitgliedschaft der Türkei fanden von Zeit zu Zeit Auf- und Abstiege statt. Die Türkei hat ihre Haltung nach diesen Auf- und Abstiegen gerichtet. Aber für die Türkei ist es wichtig, die europäischen Standards in Bezug auf Demokratisierung und Menschenrechte zu erreichen. Dies ist noch wichtiger als die EU-Mitgliedschaft. Wenn die Türkei ihre wirtschaftliche Entwicklung weiterbringt und über stärkere Wirtschaft

⁴⁴⁰ Interviewgespräch mit kr7s1.

⁴⁴¹ Interviewgespräch mit s6pr4.

⁴⁴² Interviewgespräch mit ab1c2.

⁴⁴³ Interviewgespräch mit s6pr4.

verfügt, wird sie ihre Mängel in Bezug auf Menschenrechte und Demokratisierung beheben und dafür sorgen, dass Europa der Türkei hinterherläuft.⁴⁴⁴

In der Angelegenheit Zypern haben sowohl die EU als auch die Türkei Fehler gemacht. Es war ein großer Fehler, ohne das Zypern- Problem zu lösen, Südzypern als Mitglied aufzunehmen. Die EU war seit dem Jahre 1981 Teil der Angelegenheit Zypern. Da Griechenland im Jahre 1981 Mitglied der EU wurde, musste sie natürlich mit Griechenland gemeinsam handeln. Auch die Türkei hat Fehler gemacht bei der Lösung des Zypern-Problems. Wenn der Annan-Plan ein Jahr vor dem Referendum unterstützt worden wäre, hätte dieses Problem beiderseitig gelöst werden können.⁴⁴⁵ Darüber hinaus besteht ein anderes Problem in Bezug auf den Beitrittsprozess der EU die Frist des Prozesses. Es steht nicht fest, wann der Mitgliedschaftsprozess zu Ende geht. Obwohl Spanien, Polen, die ohne wirtschaftliche Unterstützung sind, die Mitgliedschaft erhalten und unterstützt werden und Griechenland in Notfall unterstützt wird, wird die Türkei, bis zur Erreichung eines bestimmten Standes, nicht unterstützt. Zudem verweisen die Beschränkungen in Bezug auf die Freizügigkeit auf den Doppelstandard der EU.⁴⁴⁶

Aus der Sicht der Türkei ist es eine 47-jährige Enttäuschung, aus Sicht der Europäischen Union ist der Hauptzweck die Hinhaltung eines Landes, die ideal ist, um ihre Reichtümer zu nutzen und sie zu betrügen.⁴⁴⁷ Der Ministerpräsident Tayyip Erdoğan sagte, dass sie weitergehen und die Kopenhagener Kriterien auch erfüllt werden, auch wenn die Türkei der EU nicht beitrifft.⁴⁴⁸

Bei der Opposition zur Mitgliedschaft der Türkei in die EU stehen der Bevölkerungsanstieg und die muslimische Religion an erster Stelle. Die Einsicht, dass die Türkei mit ihrer 70 Millionen Einwohner die restliche EU-Bevölkerung unterdrücken, verurteilen und gefangen nehmen würde, besteht durchaus. Außerdem entsetzt es die EU-Führer, dass sich die Menschen in Europa in den letzten Zeiten nach

⁴⁴⁴ Interviewgespräch mit is0175.

⁴⁴⁵ Interviewgespräch mit kr7s1.

⁴⁴⁶ Interviewgespräch mit ky4r9.

⁴⁴⁷ Interviewgespräch mit x2y6n.

⁴⁴⁸ Interviewgespräch mit s6pr4.

der islamischen Religion richten. Sie haben Angst, dass sich ihre eigene Bevölkerung islamisiert.⁴⁴⁹

Die EU ist sich unklar darüber, ob sie die Türkei unter gleichen Bedingungen zum Mitglied der EU machen soll. Die EU möchte die Türkei niemals verlieren, aber sie soll auch nicht unter den gleichen Bedingungen wie die anderen Länder Mitglied werden. Gründe hierfür liegen sowohl in wirtschaftlichen als auch sicherheitlichen Problemen, die mit dem Übergang der Türkei in den Mittelosten entstehen können. Ein anderer Grund ist das Fehlen einer Hinnahmekapazität der EU für ein Land wie die Türkei, deren Bevölkerung und Wirtschaft groß ist. Wenn wir bedenken, dass es in der EU bestimmte Machtzentren gibt, stehen Frankreich und Deutschland auf einer Seite. Auf der Gegenseite befindet sich England, und die Türkei wird sich wahrscheinlich neben England stellen. Deutschland und Frankreich werden diese Situation nicht sehr positiv aufnehmen. Binnen der EU ist keine gemeinsame Meinung über die Türkei vorhanden. Dies beeinflusst den Ablauf der Beziehungen. Wenn Frankreich und Deutschland zusammen effektiv sind, wird der Beitritt der Türkei in die Union noch schwer werden.⁴⁵⁰

Die oben kurz geschilderte geschichtliche Entwicklung der EU-Kandidatur der Türkei wird in den folgenden Kapiteln ausführlich analysiert.

5.2.1.1. Das Assoziierungsabkommen von 1963

Die Türkei entschied sich am 31.7.1959 sowohl aus politischen als auch aus wirtschaftlichen Motiven, den Antrag auf Assoziation mit der EG zu stellen. Zwei Jahre nachdem Griechenland am 9. 6. 1961 mit der EG assoziiert wurde, unterzeichnete die Türkei am 12. 9. 1963 einen entsprechenden Vertrag. Das Assoziierungsabkommen trat anschließend am 1. 12. 1964 in Kraft.

⁴⁴⁹ Interviewgespräch mit ia3z26.

⁴⁵⁰ Interviewgespräch mit s6pr4.

Ereignisse, die im Zusammenhang mit dem Assoziierungsabkommen in Zukunft eintreten könnten, waren damals für die Türkei nicht von Bedeutung. Das einzig Wichtige war, „im Europa-Zug“ zu sitzen.⁴⁵¹ Das Abkommen legte zum einen die politischen und wirtschaftlichen Ziele fest, und zum anderen bestimmte es die Rahmenbedingungen zur Verwirklichung des Vertragswerks. Die Vorbereitungs-, Übergangs- und Endphasen waren laut Assoziierungsabkommen die notwendigen Schritte, um die Türkei am Ende eines erfolgreichen Durchlaufs als Vollmitglied in die EG aufzunehmen.⁴⁵²

Die Vorbereitungsphase sollte in erster Linie zur wirtschaftlichen Stabilisierung der Türkei mit Hilfe der EG führen, wodurch die Türkei in der Lage sein sollte, ihre Verpflichtungen der Übergangs- und Endphase zu erfüllen (Artikel 3 Absatz 1). Die Vorbereitungsphase sollte mindestens fünf und höchstens zehn Jahre dauern. Bei Feststellung, dass sich die Wirtschaft der Türkei ausreichend entwickelt hat, würde man in das zweite Stadium eintreten (Übergangsphase).⁴⁵³

Die Übergangsphase sollte höchstens zwölf Jahre dauern, wobei es Ausnahmeregelungen im Abkommen gab (Artikel 4, Absatz 2). Die Übergangsphase begann schließlich mit dem Zusatzprotokoll und sollte 12–22 Jahre dauern. Die Endphase hatte zum Ziel, die Vollmitgliedschaft der Türkei zu verwirklichen.⁴⁵⁴

Die Unterzeichnung des Ankara-Vertrags brachte der Türkei mehr politisches Prestige als ökonomische Vorteile ein. Die Türkei glaubte, gegenüber anderen Ländern, die ebenfalls eine EG-Mitgliedschaft in Aussicht genommen hatten, einen Sonderstatus erlangt zu haben.⁴⁵⁵

⁴⁵¹ Vgl. Birand: a.a.O., 1989, S. 187–208.

⁴⁵² Vgl. Esen, Erol: Die Beziehungen zwischen der Türkei und der Europäischen Gemeinschaft. Pfaffenweiler 1990, Verlag Centaurus-Verlagsgesellschaft, S. 9–21.

⁴⁵³ Vgl. Birand: a.a.O., 1989, S. 192.

⁴⁵⁴ Vgl. Gür, Gürsel: Das Türkeiimage in der deutschen Presse unter besonderer Berücksichtigung der EU-Türkei Beziehungen. Die Assoziation zwischen der Türkei und der Europäischen Gemeinschaft. Frankfurt am Main/Berlin/Bern/u.a 1998, Verlag Peter Lang GmbH, S. 193.

⁴⁵⁵ Vgl. Birand: a.a.O., 1989, S. 193.

5.2.1.2. Das Zusatzprotokoll zum Assoziierungsabkommen von 1970

Das Zusatzprotokoll beinhaltete, dass die gegenseitigen Zölle zwischen der Gemeinschaft und der Türkei innerhalb von 22 Jahren bis 1995 schrittweise abgebaut werden sollten. Die Ziele dabei waren die Annäherung der türkischen und gemeinschaftlichen Wirtschaftspolitik (Art. 4 und 5), die Bestimmung für die Herstellung der Freizügigkeit von Arbeitnehmern (Art. 12) und die Aufhebung der Beschränkungen der Niederlassungsfreiheit und des freien Dienstleistungsverkehrs (Art. 13 und 14). Mit Beginn der Übergangsphase erhielten alle türkischen Industriewaren, mit Ausnahme von Textilprodukten und Erdölzeugnissen, freien Zugang in den EWG-Markt. Dabei gab es keine mengenmäßige Beschränkung (Art 9 und 24 ff. des Zusatzprotokolls). Auf der anderen Seite hatte auch die Türkei Verpflichtungen. Die Türkei sollte die Zölle für Industriewaren aus der EWG schrittweise senken. Nach 12–22 Jahren sollten diese Zölle ganz aufgehoben werden. Die Türkei verpflichtete sich außerdem dazu, gegenüber Drittländern ihren Zolltarif stufenweise dem EWG-Außenzoll anzugleichen.⁴⁵⁶

Während der Verhandlungen zum Zusatzprotokoll beharrte die Türkei auf zwei Punkten: der Sicherung ihrer Einkünfte und der Garantie, dass das Ziel der Verhandlungen eine Vollmitgliedschaft sei.⁴⁵⁷ Das Zusatzprotokoll zum Assoziierungsabkommen wurde am 23. November 1970 in Brüssel unterzeichnet und trat am 1. Januar 1973 in Kraft.⁴⁵⁸

5.2.1.3. Die Zeit in den Abgrund von 1971–1983

Die Beziehungen der Türkei zur Europäischen Gemeinschaft verschlechterten sich in den folgenden Jahren nach Unterzeichnung des Zusatzprotokolls dramatisch. Die Gründe dafür waren die Interventionen des Militärs in den Jahren 1971–1973, die 1973 einsetzende Ölkrise und der Zypernkonflikt 1974. Das Gleichgewicht in den

⁴⁵⁶ Yeşilyurt, Zuhâl: Die Türkei und die Europäischen Union Chancen und Grenzen der Integration. Osnabrück 2000, Verlag der Andere, S. 39–42.

⁴⁵⁷ Vgl. Birand: a.a.O., 1989, S. 195.

⁴⁵⁸ Vgl. Yeşilyurt: a.a.O., 2000, S. 39–42.

Beziehungen geriet sowohl aus türkischer als auch aus EG-Sicht völlig durcheinander. Dies hatte zur Folge, dass beide Vertragspartner verschiedene Wege gingen.⁴⁵⁹

Den Gipfel der negativen Beziehungen zwischen der EG und der Türkei bildete der Militärputsch vom Herbst 1980. Das Militär leistete „ganze Arbeit“. Das Parlament wurde aufgelöst und die Verfassung außer Kraft gesetzt.⁴⁶⁰ Es war die dritte Intervention des türkischen Militärs in die Politik des Landes, die das Land seit Ende der 40er Jahre auf dem Weg zur Demokratie zu bewältigen hatte. Dieses Mal sollte das militärische Zwischenspiel länger andauern als je zuvor. Die Folgen waren, dass die EG das Assoziationsabkommen aussetzte und die Türkei darauf mit dem formellen Abbruch der diplomatischen Kontakte reagierte. Das Assoziationsabkommen wurde 1983 erneut in Gang gesetzt, als das Militär die Macht wieder an ein demokratisches ziviles Regime abgab.⁴⁶¹

5.2.1.4. Der Antrag der Türkei auf EU/EG-Mitgliedschaft im Jahr 1987

Die Türkei stellte in Brüssel am 14. April 1987 den Antrag auf Vollmitgliedschaft in die Europäische Gemeinschaft. Der EG-Rat beauftragte für die Prüfung des Beitrittsantrags eine Kommission. Zweieinhalb Jahre später war die Kommission mit der Bearbeitung fertig geworden und veröffentlichte am 18. Dezember 1989 ihre Stellungnahme. Die Empfehlung der Kommission lautete, dem Beitrittsantrag der Türkei nicht stattzugeben. Brüssel verhielt sich entsprechend den Empfehlungen der Kommission und lehnte den Beitrittsantrag der Türkei am 3. Februar 1990 ab.⁴⁶²

Der zuständige spanische EG-Kommissar Abel Matutes begründete die Entscheidung der Kommission mit der zu dieser Zeit aktuellen politischen, wirtschaftlichen und

⁴⁵⁹ Vgl. Yesilyurt, Zuhul: Der Einfluss der Europäischen Union auf die Demokratisierung der Türkei. 01.10.2004. Abrufbar im Internet. URL: http://www.kas.de/db_files/dokumente/auslandsinformationen/7_dokument_dok_pdf_5398_1.pdf?041011144631. Stand: 1.10.2010.

⁴⁶⁰ Vgl. Steinbach: a.a.O., 2002, S. 14.

⁴⁶¹ Vgl. Rüstow: a.a.O., 1990, S. 77–81.

⁴⁶² Vgl. Aslan, Yusuf: Die Türkei. Von der West-Integration zur Ost-Wendung? Institutioneller Verwestlichungsprozess in der türkischen Geschichte und dessen Auswirkungen auf die türkische Außenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Beziehungen der Türkei zum Europarat. Die Vollmitgliedschaftsbestrebungen der Türkei. Frankfurt am Main 1998, Verlag Lang, S. 151.

sozialen Struktur in der Türkei. Trotz erreichter Verbesserung seien sowohl das Problem der Einhaltung der Menschenrechte als auch das der Respektierung von Minderheiten noch nicht gelöst. Auch die Fortschritte der Türkei in den 1980er Jahren beim wirtschaftlichen Wachstum und in der Exportfähigkeit reichten noch nicht, um einem freien Wettbewerb im künftigen Binnenmarkt standhalten zu können. Obwohl die ablehnende Haltung der EU-Staaten gegenüber dem EU-Beitritt der Türkei bestand, bleibt die beständige Westorientierung das Ziel der türkischen Innen- und Außenpolitik.⁴⁶³

5.2.1.5. Die Unterzeichnung der Zollunion 1996

Am 1. Januar 1996 trat die Zollunion zwischen der Türkei und der EU in Kraft. Die damalige Ministerpräsidentin Tansu Çiller, von Beruf Wirtschaftsprofessorin, hat in ihren Reden oft deutlich gemacht, dass die Zollunion der Türkei auch die Vollmitgliedschaft bringen würde. In der türkischen Öffentlichkeit wurde das Thema Zollunion kontrovers diskutiert. Einerseits wurde befürchtet, dass die türkische Wirtschaft durch die Zollunion einen Schaden davontragen könnte. Auf der anderen Seite war man der Meinung, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Türkei zu einem Zeitpunkt der Vollmitgliedschaft bereits gewährleistet sein würde.⁴⁶⁴ Die Türkei ist das einzige Beitrittsland, das vor einer Vollmitgliedschaft eine Zollunion eingegangen ist.

Die Auswirkungen der Zollunion waren sowohl positiver als auch negativer Natur. Im ersten Jahr gingen die türkischen Exporte gegenüber den Importen stark zurück. Außerdem blieben die vertraglich zugesicherten Finanzhilfen der EU an die Türkei aus –aufgrund von Griechenlands Veto und Beschlüssen des Europäischen Parlamentes. Die Finanzhilfen betragen ein Fünftel des Verlustes in Höhe von 5 Milliarden Dollar, der aufgrund des Wegfallens der Importsteuer entstanden war. Der erheblichste Nachteil für die Türkei entstand in den Entscheidungsprozessen und bei den Gestaltungen von EU-Verträgen, bei denen die Türkei als Nicht-Vollmitglied bis heute nicht mitwirkt. Der wichtigste wirtschaftliche Vorteil der Zollunion für die Türkei ist, dass die türkische

⁴⁶³ Vgl. Gür: a.a.O., 1998, S. 97–111.

Industrie sich international wettbewerbsfähiger machen und verstärkt Innovationen realisieren muss.⁴⁶⁵

5.2.1.6. Dämpfer durch die EU-Konferenz in Luxemburg 1997

Der Assoziationsrat erklärte der EU am 29. April 1997, dass die Türkei für eine Mitgliedschaft qualifiziert sei.⁴⁶⁶ Doch hat die Kommission in ihrem Bericht, Agenda 2000, der am 16. Juli 1997 in Luxemburg veröffentlicht wurde, die Möglichkeit einer Vollmitgliedschaft der Türkei auf unbestimmte Zeit verschoben. Die Türkei wurde nicht in die Liste der Beitrittskandidaten aufgenommen.⁴⁶⁷ Für die Anpassung der türkischen Ökonomie an die EU-Gepflogenheiten war die Zollunion sinnvoll. Politisch ist die Türkei ein Unikum. Denn sie ist ein Land, das seinen Markt fast grenzenlos für EU-Produkte geöffnet hat, ohne politische Mitspracherechte zu erlangen. Die Verärgerung in Ankara war deshalb groß, als die EU trotz dieser Vorleistung auf dem Luxemburger Gipfel von 1997 zehn osteuropäische Länder zu Beitrittskandidaten erklärte, die Türkei jedoch außen vorließ.⁴⁶⁸ Die Türkei fühlte sich als langjähriger strategischer Partner Westeuropas in der NATO benachteiligt gegenüber denjenigen ehemaligen Ostblock-Staaten, welche Beitrittskandidaten wurden.

Die Kommission entschied sich, Maßnahmen zur Stärkung der Beziehung innerhalb des bestehenden Rahmens vorzuschlagen, und führte diese mit dem Plan fort, die Türkei zu der Europa-Konferenz einzuladen. Aus Protest nahm die Türkei nicht teil an dem Eröffnungstreffen der Europakonferenz, die am 12. März 1998 in London stattfand. Sowohl die türkischen Politiker als auch die türkische Bevölkerung betrachteten die EU-Politik als eine Strategie des „Hinhaltens“. Man glaubte, dass die EU die Türkei weder aufnehmen noch ihr die Türen ganz zuschlagen wollte, um so wirtschaftlich von ihr profitieren zu können.

⁴⁶⁴ Vgl. Plattner: a.a.O., 1999, S. 91.

⁴⁶⁵ Vgl. Şen, Faruk: Die Situation der türkischen Wirtschaft nach der Zollunion. In: Zentrum für Türkeistudien, Essen 1996, S. 4.

⁴⁶⁶ Vgl. Plattner: a.a.O., 1999, S. 177.

⁴⁶⁷ Vgl. Moser/Weitmann: a.a.O., 2002, S. 301–351.

⁴⁶⁸ Vgl. Seufert, Günter/Kubaseck, Christopher: Die Türkei. Politik, Geschichte, Kultur. München 2004, C. H. Beck Verlag, S. 172-182.

Den Argumenten EU-Abgeordneter, welche behaupteten, dass die Türkei aus kulturellen und religiösen Gründen nicht in das christlich-geprägte Europa passen würde, entgegnete die Türkei mit der Frage, ob die EU ein „Christenclub“ sei.⁴⁶⁹

Die Ablehnung der Mitgliedschaft rief auf türkischer Seite große Enttäuschung hervor. Diese ging soweit, dass Ministerpräsident Mesut Yılmaz mitteilte, er wolle die EU-Türkei-Beziehungen auf politischer Ebene abbrechen.⁴⁷⁰

5.2.1.7. Die Türkei als offizieller Beitrittskandidat – der Beschluss von Helsinki im Jahr 1999

Nach einem intensiven Briefverkehr zwischen Gerhard Schröder und dem türkischen Ministerpräsidenten Bülent Ecevit im Mai 1999 wurde der erste Schritt in Richtung Helsinki getan. Auch der englische Premier Tony Blair und der französische Präsident Chirac machten es Schröder gleich, und das Eis zwischen der EU und der Türkei taute allmählich wieder auf. Die Versöhnung ist im Grunde genommen erst nach dem Erdbeben im August 1999 vollkommen vollzogen worden.⁴⁷¹

Am 10. und 11. Dezember 1999 beschloss der Europäische Rat, die Beitrittsverhandlungen mit sechs weiteren Staaten zu eröffnen – mit Bulgarien, Lettland, Litauen, Malta, Rumänien und der Slowakei (Helsinki-Gruppe). Der Türkei wurde in Helsinki der offizielle Kandidatenstatus zuerkannt.⁴⁷²

Für die EU-Türkei-Beziehung ist der Beschluss von Helsinki zu einem Wendepunkt geworden, weil die Türkei bis dahin formal aus dem Erweiterungsprozess ausgeschlossen wurde. Der nächste Schritt auf diesem Weg war die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen. Im Mai 2001 bestätigte der Europarat diesen Beschluss und

⁴⁶⁹ Vgl. Moser/Weitmann: a.a.O., 2002, S. 95.

⁴⁷⁰ Vgl. Şen, Faruk: Geschichte EU-Türkei-Beziehungen. In: König, Helmut, Sicking, Manfred (Hg.): Gehört die Türkei zu Europa? Bielefeld 2005, Transcript Verlag, S. 30ff.

⁴⁷¹ Vgl. Moser/Weitmann: a.a.O., 2002, S. 314.

⁴⁷² Vgl. Schley, Nicole/Busse, Sabine/Brökelmann, Sebastian J.: Knauer Handbuch Europa. München 2004, Knauer Verlag, S. 391.

formulierte konkrete Grundsätze, Prioritäten, Zwischenziele und Bedingungen der Beitrittspartnerschaft für die Türkische Republik.⁴⁷³

Die Türkei hat im April 2001 ein „Nationales Programm“ erarbeitet. Dieses Programm beinhaltet umfassende soziale und wirtschaftliche Reformen; es geht jedoch nur kurz ein auf politische und kulturelle Rechte, die Meinungs- und Pressefreiheit, den Minderheitenschutz und die Zypernfrage. Dieses Dokument wurde von der EU-Kommission als großer Fortschritt in den beiderseitigen Beziehungen gewertet.⁴⁷⁴

5.2.2. Pro und Kontra eines EU-Beitritts

Die Frage nach dem Beitritt der Türkei in die EU wird immer noch kontrovers diskutiert. Die Gegner behaupten, dass der Türkei-Beitritt zu einem Abgrund für Europa führen würde, wogegen die Befürworter meinen, dass ein Beitritt der Türkei zum Wohl Europas beitragen würde.⁴⁷⁵

Es fällt sehr schwer, sich für oder gegen den Beitritt auszusprechen. Wer Europa wirtschaftlich und soziokulturell „vertiefen“ will, den werden die Armut der Türkei, ihre künftige Bevölkerungsgröße, das kleinasiatische Demokratiekolorit, die unterstellte Alterität des Islam und nicht zuletzt mögliche Anrainerkonflikte eher bedenklich stimmen. Wer hingegen „erweitern“ möchte, dem werden die Möglichkeiten der türkischen Schwellenökonomie, islamische Demokratievarianten, eine große Zahl neuer und junger EU-Bürger, die Brücke nach Zentralasien und ins Zweistromland Zutrauen geben.⁴⁷⁶

⁴⁷³ Vgl. Korkisch, Fred: Die Amerikanische – Türkische Beziehungen. In: Riemer, Andrea/Korkisch, Fred(Hrsg.): Das Spannungsdreieck USA – Europa – Türkei. Frankfurt am Main 2003, Europäischer Verlag der Wissenschaften, S. 128.

⁴⁷⁴ Vgl. ebd.

⁴⁷⁵ Vgl. König, Helmut/Sicking, Manfred: Staat einer Einleitung: Gehört die Türkei zu Europa? – Konturen einer Diskussion. In: König, Helmut/Sicking, Manfred (Hg.): Gehört die Türkei zur Europa? Bielefeld 2005, Transcript Verlag, S. 9.

⁴⁷⁶ Vgl. Leggewie, Claus: Die Türkei in die Europäische Union? Zu den Positionen einer Debatte. In: Leggewie, Claus (Hg.): Die Türkei und Europa. Frankfurt am Main 2004, Suhrkamp Verlag, S. 17.

In der unten stehenden Tabelle werden die häufigsten Streitpunkte der Verhandlungen mit der Türkei aufgezeigt. Diese Darstellung soll dazu dienen, sich einen guten und vollständigen Überblick über die kursierenden Argumente zu verschaffen.

Hauptargumente im Streit um die EU-Mitgliedschaft der Türkei	
Pro	Kontra
Dynamik der Wirtschaftsunion	unaufholbarer Rückstand, übermäßige Anpassungskosten
Bevölkerungszahl im Verhältnis Zum Binnenmarkt (Marktmacht)	Bevölkerungszahl im Verhältnis zu den EU-Institutionen (Mehrheiten)
Modell der Versöhnung von Islam und Demokratie	Politischer Islam, Übergreifen in die Diaspora
Brücke Orient-Okzident	Zusammenprallen der Kulturen
Identitätserweiterung der EU	Identitätsbruch der EU
Pazifizierung der Region	Sicherheitsrisiko

Tablo 2: Hauptargumente im Streit um die EU-Mitgliedschaft der Türkei. Quelle: Leggewie, Claus: Die Türkei in die Europäische Union? In: Leggewie, Claus (Hg.): Die Türkei und Europa. Frankfurt am Main 2004, Suhrkamp Verlag, S. 17.

Im Folgenden werden die wichtigsten Argumente für und gegen den EU-Beitritt der Türkei erläutert.

5.2.2.1. Die geographische Lage der Türkei

Es ist nicht leicht, die Grenzen Europas festzulegen. Die unzuverlässige geografische Lage ist es, die eine eindeutige Antwort auf diese Frage erschwert, da zumindest für den Osten nicht eindeutig feststeht, wo sich die Grenze des europäischen Kontinents befindet.

Ein Argument der Beitrittsgegner ist, dass die geographische Lage der Türkei ein Problem darstellt, da der größte Teil ihres Territoriums sich nicht in Europa, sondern in Asien befindet. Bei einer Aufnahme der Türkei in die EU würde sich aus der europäischen Union eine eurasische Union entwickeln. Des Weiteren ist die Türkei ein kleinasiatischer Staat, der an die Grenze des geographischen Europas fällt. Darüber

hinaus ist die Türkei ein stark vom Islam geprägtes Land, was mit Blick auf die große politische Einheit Europas bei einer Aufnahme zu Konflikten führen kann.⁴⁷⁷

Die Befürworter argumentieren hingegen, dass der griechische Teil Zyperns, welcher sich ebenfalls weit im östlichen Mittelmeer befindet und dessen Hauptstadt Nikosia zugleich Hunderte von Kilometern östlich von Istanbul liegt, seit dem 1. Mai 2004 trotzdem zur EU gehört.⁴⁷⁸ Die Türkei besitzt eine sehr ähnliche geographische Lage wie Zypern.

Ein weiteres Argument der Befürworter ist, dass ehemalige EU-Vertreter hinter ihren Versprechungen stehen müssen. Bereits im Jahr 1963, namentlich im Ankara-Abkommen, wurde die Türkei offiziell als ein europäisches Land bezeichnet und ihr die EU-Mitgliedschaft in Aussicht gestellt.⁴⁷⁹ „Diejenigen EU-Vertreter, die 1963 mit der Türkei das Abkommen paraphierten, wussten sicherlich auch damals bereits, wo die Türkei liegt.“⁴⁸⁰ Die Kritiker des EU-Beitritts nehmen dieses Argument zwar ernst. Sie weisen aber darauf hin, dass die Zusicherung unter ganz anderen historischen Umständen gegeben wurde und sich im Grunde nur auf ökonomische Interessen bezog.⁴⁸¹

5.2.2.2. Migration und Integration

Andere umstrittene Aspekte des Türkei-Beitritts in die EU stellen die Migration und die Integration dar. Der Beitritt würde eine starke Zuwanderung türkischer Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt der EU zur Folge haben. Es droht eine Völkerwanderung. Die Armut Anatoliens verschärft das Migrationsproblem. Die hohe Bevölkerung der Türkei und die

⁴⁷⁷ Vgl. Wehler, Hans- Ulrich: Der Türkei-Beitritt zerstört die Europäische Union. In: König, Helmut/Sicking, Manfred (Hg.): Gehört die Türkei zur Europa? Bielefeld 2005, Transcript Verlag, S. 54.

⁴⁷⁸ Vgl. Stratenschulte, Eckart D.: Europa. Ein Überblick. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007, S. 2.

⁴⁷⁹ Vgl. Keskin: a.a.O., 2005, S. 65.

⁴⁸⁰ Ebd.

⁴⁸¹ Vgl. König/Sicking: a.a.O., 2005, S. 13.

hohe Geburtenrate stellen andere Angstquellen dar, insbesondere vor einer kulturellen Überfremdung der europäischen Gesellschaft.⁴⁸²

Die Meinung der Befürworter ist aber eine ganz andere. Durch die EU-Mitgliedschaft wird neuen Mitgliedern das Potenzial neuer Arbeitsplätze durch Investoren geschaffen. In der Türkei wird das nicht anders sein. Schon mit Beginn der Beitrittsverhandlungen dürfen die Investitionen dort ganz erheblich zunehmen. Somit wäre der Migrationsdruck aus der Türkei in die EU und nach Deutschland ganz erheblich gedämpft.⁴⁸³

5.2.2.3. Religion und Kultur

99 % der türkischen Bevölkerung sind Muslime. Dennoch herrscht in der Türkischen Republik eine strikte Trennung zwischen Staat und Religion.⁴⁸⁴

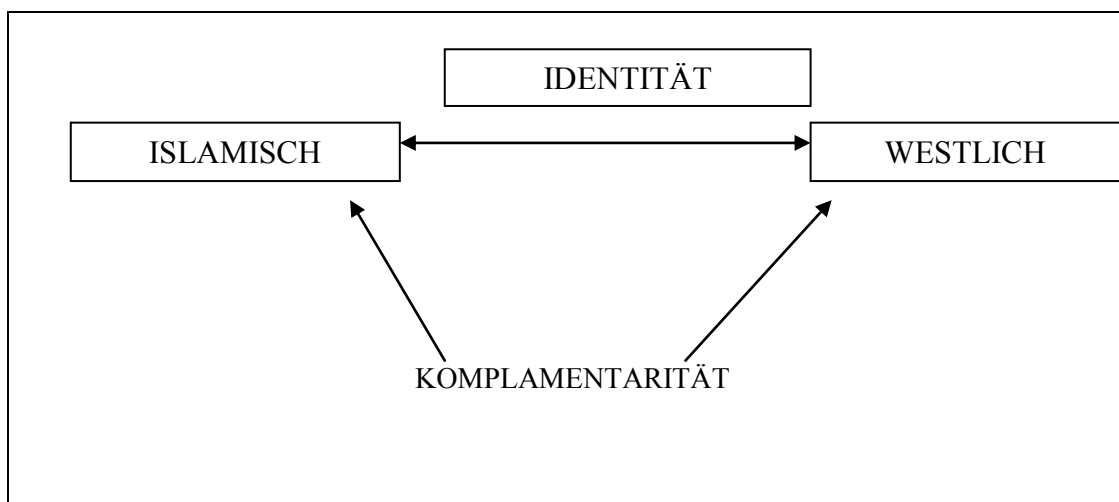


Tabelle 5: Die Identitätsstruktur der türkischen Gesellschaft. Quelle: Özertan, Nüşet S.: Türkei. Münster 1990, S. 211.

„Unter Berücksichtigung der identitären Gesamtentwicklung heißt das, dass die Identität der türkischen Gesellschaft aus zwei Identitätsfacetten besteht: aus einer islamisch und einer europäisch geprägten.“⁴⁸⁵

⁴⁸² Vgl. Keskin: a.a.O., 2005, S. 64.

⁴⁸³ Vgl. Keskin: a.a.O., 2006, S. 82.

⁴⁸⁴ Vgl. Özertan, Nüşet S.: Türkei: Mittel oder Mittler? Zu den politisch-kulturellen Grundlagen eines EG-Beitritts. Unter besonderer Berücksichtigung der historisch gewachsenen Identitätsstruktur der Türkei. Münster 1990, Lit Verlag, S. 203.

⁴⁸⁵ Ebd., S. 203.

Die Beitrittsgegner bestehen auf ihrer Meinung, dass die EU grundsätzlich auf einer christlich geprägten Gemeinschaft beruht und die Türkei mit ihrer islamischen Bevölkerungsmehrheit diesem Grundsatz widersprechen würde. Infolgedessen herrscht die Befürchtung, dass ein islamisches Land die auf einer christlichen Kultur basierende Identität zerstören könnte.⁴⁸⁶

Die Befürworter erwiderten der gegnerischen Partei, dass die EU kein „Christenclub“ sei, sondern eine Gemeinschaft der kulturellen, sprachlichen und religiösen Vielfalt. Darüber hinaus wird angedeutet, dass die Türkei ein Staat sei, der die Trennung zwischen Staat und Religion vollzogen und dies als einen unveränderlichen Grundpfeiler in der Verfassung verankert hat.⁴⁸⁷ Hinzu kommt, dass das Osmanische Reich als Vielvölkerstaat, im Gegensatz zum damaligen Europa, eine große religiöse Toleranz vorwies. Christen blieben Christen, auch wenn sie zu Bediensteten des Sultans wurden. Dem Patriarchat der orthodoxen Christen wurde der Sitz in der Hauptstadt eines muslimischen Weltreichs nicht verwehrt. Nicht zu vergessen ist, dass der Sultan Beyazid II. 1492 die spanischen Juden, die von der Inquisition bedroht wurden, in sein Reich aufnahm.⁴⁸⁸

Im Vergleich zu Frankreich und den Niederlanden gibt es in Deutschland proportional gesehen weniger Muslime. Andererseits aber ist Deutschland das Land, in dem vor allem die türkischen Muslime den „Euro-Islam“ perfektionieren. Der Euro-Islam hat nichts mit der Unionswährung Euro zu tun. Das ist eine europäische Weiterführung eines Systems, welches in der Türkei verankert ist. Die Gläubigen leben ohne jegliche Probleme und Verstöße gegen die demokratischen und die pluralistischen Strukturen im Frieden mit sich und mit der Urgesellschaft zusammen.⁴⁸⁹

Im Vergleich zu den anderen islamischen Ländern ist die Türkei dank des Laizismus ein einzigartiges Modell für alle anderen islamischen Länder geworden, da sie das Vorbild der islamischen Demokratie repräsentiert. Andere muslimische Staaten werden von

⁴⁸⁶ Vgl. ebd., S. 64.

⁴⁸⁷ Vgl. ebd., S. 70.

⁴⁸⁸ Vgl. Güsten/Seibert: a.a.O., 2007, S. 9–15.

⁴⁸⁹ Vgl. Güngör, Baha: Die Angst der Deutschen vor den Türken und ihrem Beitritt zur EU. Wie demokratisch ist der Islam? München 2004, S. 34-40.

Königshäusern oder Diktatoren regiert. Dies stellt natürlich einen weiteren Grund für den Beitritt in die EU dar.⁴⁹⁰

Die EU ist ein globales, zukunftsgerichtetes Modell einer offenen und multikulturellen Gesellschaft. Ihr Verdienst sollte nicht nur darin bestehen, den Wohlstand und den sozialen Frieden ihrer Bevölkerung zu sichern und zu steigern, sondern auch zum Prozess eines engen Dialogs und Austausches mit anderen Religionen und Kulturen und somit zum Frieden weltweit aktiv beizutragen. In diesem Sinne ist die EU-Mitgliedschaft der Türkei für ein solches Projekt bestens geeignet.⁴⁹¹

5.2.2.4. Geostrategische Lage

Die Türkei liegt in einer sehr verworrenen Lage (an der Kreuzung von Balkan, Zentralasien, Mittlerem Osten und dem Mittelmeerraum). Dies erschwert die Annahme einer für Europa strategisch bedeutenden Lage der Türkei.⁴⁹²

Die Kontrahenten behaupten, dass die Türkei nicht in der Lage sei, eine Brückenfunktion zwischen der EU und Asien einzunehmen. Für die europäische Seite gelte diese Brückenfunktion vielleicht, aber nicht für die islamischen Länder, für welche die Türkei zu sehr auf der Seite Israels und somit des Westens stehe, als dass sie für sie als verlässlicher Partner in Frage käme.⁴⁹³

Ein weiteres Problem stellt für die Beitrittsgegner die Tatsache dar, dass durch den Türkei-Beitritt die EU schließlich den gefährlichen Krisenregionen näher kommen würde. Natürlich stellt sich die Frage, weshalb die EU sich freiwillig Nachbarn anlegen sollte wie den chaotischen Irak, die syrische Diktatur, die iranische Theokratie und erodierende Staaten wie Georgien und Armenien.⁴⁹⁴

⁴⁹⁰ Vgl. ebd.

⁴⁹¹ Vgl. Keskin: a.a.O., 2006, S. 78.

⁴⁹² Vgl. Seeber, Richard/Mast, Florian: EU-Mitglied Türkei? In: Katsikaris, Apostolos (Hg.): Türkei-Europa. Essen 2006, Magnus Verlag, S.196f.

⁴⁹³ Vgl. Witzens, Udo: Aufnahme oder Ausgrenzung? Gehört die Türkei zu Europa? Köln 2004, S. 24.

⁴⁹⁴ Vgl. Wehler: a.a.O., 2005, S. 56ff.

Die Befürworter dagegen unterstreichen die Bedeutung eines Beitritts, da die Türkei ein wichtiges Bindeglied zwischen dem Nahen und Mittleren Osten darstellt und zugleich eine Brücke zum Islam. Im Falle einer Bedrohung, wie der des „Kampfes der Kulturen“ und der Zivilisationen, müsste die Türkei eine Vermittlerposition einnehmen. Nur so kann weltweit mehr Sicherheit, mehr Frieden, mehr Verständigung und mehr Zusammenarbeit zwischen vermeintlich gegensätzlichen Positionen in den islamischen und christlichen Ländern gestiftet werden. Mit ihrer geographischen und geopolitischen Lage ist die Türkei eine Brücke zwischen den Kontinenten Europa und Asien. In ihrer Rolle als Stabilitäts- und Machtfaktor im Nahen Osten ist sie auf besonderer Weise unverzichtbar.⁴⁹⁵

Die ausgeprägten Beziehungen zu den Nachbarstaaten (in den unmittelbaren Krisenregionen, vor allem im Nahen und Mittleren Osten) haben sich vor allem unter der Erdogan-Regierung in den letzten Jahren erheblich verbessert.⁴⁹⁶

Die Türkei verfügt über ein enormes Erfahrungspotenzial bei der Beteiligung an internationaler Friedenspolitik und leistet seit langem ihre Beiträge bei den Friedensmaßnahmen der UNO im Kosovo und in Afghanistan sowie bei den NATO-Missionen KFOR (Kosovo Force) und SFOR (Stabilisation Force).⁴⁹⁷

Des Weiteren verweisen Befürworter des Türkeibeitritts auf die Vorteile, die der Beitritt der Türkei für die Energiepolitik mit sich bringt. Allein das Nabucco-Projekt ordnet der Türkei sehr große energiestrategische Bedeutung zu. Die Pipeline Nabucco wird ab dem Jahr 2011 Erdgas aus Zentralasien über die Türkei in die EU fördern und somit die Abhängigkeit der EU von russischen Gasleitungen reduzieren. Insgesamt rund 30 % des Erdgasbedarfs Europas werden von Russland abgedeckt.⁴⁹⁸

⁴⁹⁵ Vgl. Pamir, Necdet: Energie Politik im kaspischen Raum. Europäische und amerikanische Konzeption. In: Rill, Bernd/Sen, Faruk (Hg.): Kaukasus, Mittelasien, Nahost - gemeinsame Interessen von EU und Türkei. München 2001, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., S. 31.

⁴⁹⁶ Vgl. Öcal, Mehmet: Außen- und Sicherheitspolitik. In: Frech, Siegfried / Öcal, Mehmet(Hg.): Europa und die Türkei. Schwalbach 2006, Wochenschau Verlag, S. 240.

⁴⁹⁷ Vgl. ebd., S. 249.

⁴⁹⁸ Vgl. Pamir: a.a.O., 2001, S. 31.

Trotz aller Schwierigkeiten im EU-Beitrittsprozess hat die Türkei bereits heute eine wichtige und herausragende strategische Bedeutung für die gesamte Europäische Union. Daher wäre der Verzicht auf die Türkei als Mitglied der EU unter Berücksichtigung aller Vorteile ein sehr hoher Verlust.⁴⁹⁹

Die EU wird sich künftig mit dem Thema der Energieversorgung intensiv beschäftigen müssen. Denn ohne Energiegüter würde nicht nur Europa, sondern der ganze Westen in eine gefährliche Lage gestürzt werden.⁵⁰⁰

5.2.2.5. Kemalismus und Militär

Nach dem Unabhängigkeitskrieg konnten die Soldaten auf rechtmäßiger Weise Abgeordnete werden, und in dieser Zeit waren viele Kommandeure Abgeordnete. Durch diese Abgeordneten von Mustafa Kemal war es möglich geworden, eine starke und handlungsfähige Regierung während des Krieges zu verschaffen und auch nach dem Krieg – trotz einer starken und effektiven Opposition – viele wichtige Entscheidungen zu treffen. Doch nachdem ein Teil der Abgeordneten aus unterschiedlichen Gründen in die Opposition von Mustafa Kemal eingetreten waren, ergriff⁵⁰¹ Mustafa Kemal die Maßnahme und entfernte Kazım Karabekir und Ali Fuat Pascha aus der Armee. Er gewann die Armee auf seine Seite und sorgte für deren Einheit und Zusammengehörigkeit.

Am 30. Oktober 1924 schickte er der Armee und denjenigen Korps-Kommandeuren, die gleichzeitig auch Abgeordnete waren, ein Telegramm, in dem geschrieben stand, dass diese als Abgeordnete bleiben können, aber ihren Wehrdienst abtreten sollen.⁵⁰²

⁴⁹⁹ Vgl. C.A.P (Centrum für angewandte Politikforschung): Eine gemeinsame Energiepolitik für Europa – Chancen und Herausforderungen. Abrufbar im Internet. 2007. URL: http://www.europaunion.de/fileadmin/files_eud/PDFDateien_EUD/EUD_AG_Energie/CAP_2007_DSf_Energie.pdf. Stand: 10.11.2009.

⁵⁰⁰ Vgl. Sieck, Annerose/Rüdiger, Jörg: Neues Grosses Europa Handbuch. Aktuell mit umfassendem Länderlexikon und allen wichtigen Daten und Informationen zur Europäischen Union. Die Türkei und der Islam. München 2005, Compact Verlag, S. 41.

⁵⁰¹ Vgl. Tunaya: a.a.O., 1988, S. 56.

⁵⁰² Vgl. Çeçen: a.a.O., 1998, S. 34.

Die Gegner der Vollmitgliedschaft sind der Meinung, dass der Einfluss des Militärs, das sich als Hüter der kemalistischen Ideologie betrachtet, auf die türkische Demokratie und die Politik zu stark sei. Das Militär putschte in den Jahren 1960, 1971 und 1980 die Regierungsgewalt und zwang im Jahr 1997 den damaligen Ministerpräsidenten Necmettin Erbakan zum Rücktritt.⁵⁰³ Zur Entwicklung einer bürgerlichen Gesellschaft genüge der Kemalismus nicht. Atatürks Republik der Einparteienherrschaft stellte keine Demokratie westlicher Prägung dar. Die daraus entstandenen Defizite wie kränkelnde Parteien, mangelnde Achtung der Menschenrechte und der Minderheiten sowie die dominierende Stellung des Militärs schleppt die Türkei noch heute mit sich.⁵⁰⁴

Befürworter hingegen argumentieren damit, dass das Militär Schritt für Schritt entmachtet würde. Das kann als Schritt zu einer türkischen Zivilgesellschaft unstrittig begrüßt werden. Die Militärputsche dürfen nicht als Machtinteresse türkischer Generäle gedeutet werden. Denn nachdem das Militär das Land regierte, gab es die Regierungsgewalt stets wieder an zivile Institutionen zurück.⁵⁰⁵

5.2.2.6. Argumente zu den Kosten und wirtschaftliche Aspekte

Ein weiteres Argument der Beitrittsgegner ist, dass die Türkei sowohl reich als auch arm ist. Unter diesen Umständen würde sich die EU durch den EU-Beitritt der Türkei einige Schwierigkeiten einhandeln.⁵⁰⁶ Laut Berechnungen wird die Türkei in den kommenden zehn Jahren mehr Einwohner haben wie die zehn neuen EU-Staaten zusammen. Demnach müssten jedes Jahr zwischen 16,5 und 27,5 Milliarden Euro in die Türkei fließen. Es gäbe jedoch keinen erwähnenswerten Rückfluss durch eine verstärkte Ausfuhr, da die Türkei schon seit langer Zeit, unter anderem durch die Zollunion, mit eingeschlossen ist.⁵⁰⁷ Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Türkei lag Ende 2003 umgerechnet in US-Dollar bei etwa 60 %, was dem Bruttoinlandsprodukt von Polen

⁵⁰³ Vgl. Güsten/Seibert: a.a.O., 2007, S. 27–32.

⁵⁰⁴ Vgl. Zlepko: a.a.O., 2009, S. 114.

⁵⁰⁵ Vgl. Wehler: a.a.O., 2005, S. 52.

⁵⁰⁶ Vgl. König/Sicking: a.a.O., 2005, S. 9–14.

⁵⁰⁷ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung (F.A.Z.): Türkei–Beitritt: Pro und Kontra. Abrufbar im Internet. 2004. URL: http://www.faz.net/Rub7FC5BF30C45B402F96E964EF8CE790_E1Doc~E8383C8F3D01143A19FF2C1286BA8C51D~ATpl~Ecommon~Scontent.html. Stand: 14.11.2009.

entsprach. Trotzdem lässt sich der Eindruck einer armen Türkei nicht vermeiden. Das Pro-Kopf-Einkommen ist sehr niedrig, die Lebenserwartung geringer als in Europa und die Kindersterblichkeit höher.⁵⁰⁸ Unter diesen Umständen wäre der Beitritt der Türkei eine finanzielle Belastung für die EU.⁵⁰⁹ Die Türkei zeigt bedeutende wirtschaftliche Schwächen. Das Wirtschaftswachstum hat die Türkei auf Kosten hoher Staatsverschuldungen herbeigeführt und zudem einer hohen Inflationsrate und dem Wachstum der Schattenwirtschaft zu verdanken.⁵¹⁰

Diesen kritischen Ausführungen der Beitrittsgegner treten die Befürworter mit folgenden Argumenten entgegen. Sie entgegnen, dass die trag- und ausbaufähige Infrastruktur sowie die Modernisierung des Dienstleistungssektors Stärken der türkischen Ökonomie seien. Dazu kämen die starken Erfahrungen mit der Marktwirtschaft.⁵¹¹ Die türkische Wirtschaft hat den Übergang zur Zollunion in den wesentlichen Punkten schon bewältigt. Die Zollunion hat der EU hohe Exportzuwächse gebracht und die türkische Binnen- und Exportwirtschaft hat sich verbreitet. Es stimmt, dass die türkische Wirtschaft noch lange nicht das europäische Wirtschaftsniveau erreicht hat. Dazu müsste die Türkei technische Qualitätsmerkmale erfüllen, technische Handelshemmnisse beseitigen, die Liberalisierung des Dienstleistungsverkehrs voranbringen, technische Vorschriften und Normen angleichen, Gesundheits- und Qualitätskontrollen einführen sowie die Gesetze zum Umwelt- und Verbraucherschutz dem europäischen Standard anpassen. Dynamik und Zielstrebigkeit der Türkei sprechen aber eindeutig für einen EU-Beitritt. Hohe Wachstumsraten mit einer sehr jungen und zunehmend besser ausgebildeten Bevölkerung untermauern diese Ansicht. Die EU würde sich ungern solch einen wichtigen Partner, der eine Verbindung zwischen Europa und dem Nahosten herstellt, entgehen lassen.⁵¹² Die Türkei ist im Jahr 2010 aus wirtschaftlicher Sicht an 17. Stelle auf der Welt.⁵¹³

⁵⁰⁸ Vgl. Güsten/Seibert: a.a.O., 2007, S. 98.

⁵⁰⁹ Vgl. König/Sicking: a.a.O., 2005, S. 9–14.

⁵¹⁰ Vgl. Martin, Wulf: Die Wirtschaft der Türkei. In: Die Türkei vor den Toren Europas, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Heft 1, 2000, S. 49.

⁵¹¹ Vgl. ebd.

⁵¹² Vgl. Wehler: a.a.O., 2005, S. 49-56.

⁵¹³ Interviewgespräch mit rx61e.

Aber das Handelsvolumen zwischen der EU und der Türkei sollte wirtschaftlich erweitert werden, also sollten Export- und Importelemente erhöht werden. Vor allem müssen die Exportelemente der Türkei gesteigert werden. Zum Beispiel deckt die EU viele ihrer Bedürfnisse mit Waren aus anderen Ländern ab, obwohl sie diese aus der Türkei besorgen könnte. Neben der Erweiterung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der EU und der Türkei muss auch das Abkommen über die Zollunion überarbeitet werden.⁵¹⁴

5.2.2.7. *Argumente mit Blick auf die türkische Geschichte*

Gegner des EU-Beitritts der Türkei argumentieren, dass das Osmanische Reich, als historischer Vorläufer der Türkei, bis ins 17. Jahrhundert von den Europäern zu Recht oder Unrecht als Erzfeind Europas und des Abendlandes angesehen wurde.⁵¹⁵ Europäische und osmanische Kultur und Gesinnung standen sich vollkommen entgegen. Weshalb sollte man also das Erbe des Osmanischen Reiches in die Union aufnehmen?⁵¹⁶

Beitrittsbefürworter bestreiten nicht, dass die Geschichte zur Klärung der Sachlage beitragen kann. Um auf diese Fragestellung eine verbindliche Antwort geben zu können, reiche dieser Aspekt allein jedoch nicht aus. Die Antwort auf die Frage nach den Grenzen Europas könne nur eine politische sein, wobei die aktuelle Zweckmäßigkeit wichtiger sei als die Geschichte. Es gilt: Zu Europa gehört, wer dazu gehören will.⁵¹⁷

⁵¹⁴ Interviewgespräch mit ia3z26.

⁵¹⁵ Vgl. Reinhard, Wolfgang: Nicht Geschichte, nicht Geografie. Abrufbar im Internet. 2004. URL: http://www.welt.de/print-welt/article311099/Nicht_Geschichte_nicht_Geografie.html. Stand: 13.11.2009.

⁵¹⁶ Vgl. König/Sicking: a.a.O., 2005, S. 12.

⁵¹⁷ Vgl. Reinhard, Wolfgang: Nicht Geschichte, nicht Geografie. Abrufbar im Internet. 2004. URL: http://www.welt.de/print-welt/article311099/Nicht_Geschichte_nicht_Geografie.html. Stand: 13.11.2009.

5.2.2.8. Stärkere Vertretung im EU-Parlament

Mit einer Einwohnerzahl von etwa 72 Millionen würde die Türkei zu den bevölkerungsreichsten Mitgliedern der EU gehören. Bei einer Mitgliedschaft würde sie über eine hohe Abgeordnetenzahl im Ministerrat verfügen. Der türkische Staat wäre also nach den derzeitigen Vorschriften mit 96 Abgeordneten so stark vertreten wie die Bundesrepublik Deutschland im Parlament. Wenn man bedenkt, zu welch hitzigen Debatten die Aufgabe der seit den Römischen Verträgen bestehenden Parität zwischen Deutschland und Frankreich trotz enger deutsch-französischer Beziehungen geführt hat, kann man sich fragen, wie es mit einer absoluten türkischen Vorherrschaft aussähe.⁵¹⁸

	Deutschland	Frankreich	Italien	Türkei
2005	82,5	60,7	57,2	73,3
2020	82,5	63,6	54,2	85,7
2050	79	64,2	44,9	97,8

Tabelle 6: Prognose der Einwohnerzahlen in Mio. Quelle: Goulard, Sylvie: *EU-Türkei: Eine Zwangsheirat?*, S. 62.

Laut der Gegnerfraktion im Straßburger Parlament wäre die Türkei auch zugleich der größte EU-Staat in der Union und würde dementsprechend mehr Anspruch erheben auf eine politische Sonderrolle oder auf eine finanzielle Sonderzuweisung. Dies sind die Bedenken der heutigen EU-Staaten.⁵¹⁹

⁵¹⁸ Vgl. Goulard, Sylvie: *EU-Türkei. Eine Zwangsheirat? Wenn die Mittel fehlen*. Berlin 2006, Berliner Wissenschafts-Verlag, S. 62.

⁵¹⁹ Vgl. Wehler: a.a.O., 2005, S. 55.

5.2.3. Die Auffassungen in der Türkei über den EU-Beitritt

Sowohl inner- als auch außerhalb der Türkei werden zu einem eventuellen Beitritt verschiedene Meinungen geäußert. Man kann diese Haltungen nicht ohne Weiteres entlang eines traditionellen Links-rechts-Schemas erklären.⁵²⁰

Außerhalb der Türkei findet man Befürworter und Gegner aus den verschiedensten Lagern (SPÖ dagegen, SPD dafür). In der EU steht die Mehrheit der Bevölkerung einem Türkeibeitritt äußerst skeptisch gegenüber, es gibt noch sehr viele Vorurteile. Wachsende soziale Probleme werden immer mehr zum Nährboden, auf dem nationalistische, rassistische und christlich-fundamentalistische Stimmung gemacht wird. Auch nicht-rechtsextreme bürgerliche Parteien – wie die deutsche CDU und die österreichische SPÖ – schüren Vorurteile. Die CDU hat Unterschriften gegen einen Türkei-Beitritt gesammelt, denen sich die neo-faschistische NPD und DVU sofort angeschlossen haben.⁵²¹

Das Thema Europa scheint innerhalb der Türkei auf den ersten Blick keine großen Kontroversen aufzuwerfen, denn 65–70 % Prozent der türkischen Bevölkerung sprechen sich für einen EU-Beitritt der Türkei aus. Aber der Großteil der türkischen Bevölkerung ist nur sehr wenig über die EU informiert; man erhofft von der türkischen EU-Mitgliedschaft mehr Wohlstand, mehr Demokratie und mehr Freiheit. Dass die EU-Mitgliedschaft auch mit einem massiven Verzicht auf Souveränität verbunden ist, wird aber verkannt. Denn die Türkei müsste im Falle eines Beitritts ohne Widerspruch zahllose Regelungen akzeptieren, die tief in die Politik, Wirtschaft, Administration und Gesellschaft eingreifen. Am Anfang der Beitrittsbemühungen war diese Zustimmung noch nicht so eindeutig. Vertreter des politischen Islam bezeichneten die Europäische Gemeinschaft als einen „Christlichen Klub“, türkische Nationalisten befürchteten eine Spaltung des Landes, für die Linke war die Gemeinschaft ein Zentrum des Imperialismus. Die einzige türkische Partei, die seit jeher eindeutig Gegner der erforderlichen Reformen im Zusammenhang mit der EU-Mitgliedschaft war, ist die

⁵²⁰ Vgl. SLP (Die sozialistische Linkspartei): Türkei und EU. Abrufbar im Internet. 2004. URL: <http://www.slp.at/index.php/artikel+M5c2d49f84f2/>. Stand: 14.01.2010.

⁵²¹ Vgl. ebd.

MHP, die Nationalistische Bewegung. Wenn die MHP künftig das Misstrauen gegenüber den Europäern propagiert, könnte sie eine Menge Unterstützung und Zulauf finden.⁵²²

Die Elite hat Angst um ihre Privilegien, viele Generäle befürchten einen Verlust ihrer Machtposition, nationalistische Gruppen beschwören den Souveränitätsverlust und zitieren die Ehre der Türkei, wenn sie Kritik abwehren wollen. Derzeit sieht es so aus, als würde der EU-Beitritt noch lange im Vordergrund der türkischen Innenpolitik stehen.⁵²³

5.2.3.1. Befürworter

Positive Stimmen hört man im Grunde aus allen Schichten der türkischen Bevölkerung. Man sieht den Kandidatenstatus, welcher der Türkei im Helsinki Gipfel verliehen wurde, als Beginn einer gänzlich neuen Ära. Die erhoffte Reformierung des Justizapparats sowie die Stärkung der Sozial- und Wirtschaftspolitik würden mit der Kandidatur schneller erfolgen. Die Türkei würde die Aufgaben, die sie in den letzten Jahren nicht erledigen konnte, mit den Auflagen der EU nun endlich nachholen. Das Wichtigste ist, dass sich das Profil des Politikers wandeln wird, da die Politik mit EU-Standards gestaltet wird.

EU-Befürworter der Türkei sehen in der Mitgliedschaft folgende Vorteile.

Vorteile für die Politik und Sicherheit:

- Die Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union wird den internationalen politischen Einfluss der Türkei steigern.
- Durch die Vollmitgliedschaft wird die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der Türkei gestärkt.

⁵²² Vgl. Schönbohm, Wulf E.: Eine Debatte über das Selbstverständnis. Abrufbar im Internet. 2006. URL: http://www.gesis.org/Information/SowiNet/sowiOnline/tuerkei/Tuerkei_gesamt.pdf. Stand: 13.02.2010.

⁵²³ Vgl. Zapf, Uta: Meine Türkei. In: Katsikaris, Apostolos (Hg.): Türkei-Europa. Essen 2006, Magnus Verlag, S. 184.

- Die Vorbildrolle der Türkei für die Länder des Mittleren Ostens wird an Bedeutung gewinnen.
- Die türkische Demokratie wird auf einer solideren Grundlage stehen und somit tiefer verwurzelt.
- Die Einbeziehung der Türkei in die inneren Angelegenheiten der EU wird den Kampf gegen Terrorismus, Drogen und illegale Einwanderung stärken.

Wirtschaftliche Vorteile:

- Die Mitgliedschaft der EU wird es der Türkei ermöglichen, ihre ökonomischen Interessen auf internationaler Ebene leichter zu schützen.
- Die Anzahl der ausländischen Investitionen wird deutlich ansteigen, da eine Vollmitgliedschaft der Türkei sämtliche politischen, wirtschaftlichen und bürokratischen Hindernisse für ausländische Investitionen beseitigen wird.
- Die Vollmitgliedschaft wird sowohl die Wissenschaft als auch den technischen Fortschritt in der Türkei vorantreiben.
- Der landwirtschaftliche Sektor wird reformiert.
- Die Entwicklung des Tourismussektors in der Türkei wird noch größere Fortschritte machen.
- Eine nachhaltige Stabilität in der Wirtschafts- und Finanzpolitik wird gesichert werden.
- Als Vollmitglied der EU wird die Türkei ihre ohnehin starke, wirtschaftliche Position in der Region noch weiter verfestigen.
- Die vollständige Liberalisierung der Märkte für Dienstleistungen und für das öffentliche Beschaffungswesen wird einen sehr großen Beitrag zur türkischen Wirtschaft leisten.
- Die Einbeziehung der Türkei in die transeuropäischen Netzwerke wird viele Vorteile mit sich bringen, besonders im Telekommunikations-, Transport-, Energie- und Umweltbereich.

Soziale Vorteile:

- Das europäische Sozialmodell wird in der Türkei eingeführt werden. Die Türkei würde sich an die Sozialpolitik der EU anpassen. Somit könnte die Errichtung eines finanziell nachhaltigen und umfangreichen Sozialsystems in der Türkei erleichtert werden.
- Es werden mehr Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen und die qualifizierte Ausbildung für türkische Bürger wird beachtlich steigen.
- Die justizielle und administrative Organisation der Türkei wird gefördert und die Restrukturierung vorangetrieben.
- Die Regionalpolitik der EU wird durch die Türkei übernommen, um regionale Unterschiede im Land zu verringern.
- Die Vollmitgliedschaft wird die nötigen Schritte vorantreiben, um die Umweltstandards im Land zu erhöhen.⁵²⁴

5.2.3.2. Kontroversen

Der Zypernkonflikt, die Armenienfrage und Sonderkonditionen, die allein der Türkei auferlegt werden, wie die „privilegierte Partnerschaft“, welche von der CDU vorgeschlagen wurde, sowie die ablehnende Haltung der Bevölkerung in einigen EU-Staaten haben auch in der Türkei die Diskussion über die EU-Mitgliedschaft erneut aufgeworfen. Diese Auseinandersetzung blieb nicht ohne Folgen. Sprachten sich noch Ende 2004 rund zwei Drittel der Bevölkerung für einen EU-Beitritt aus, so ging diese Zustimmung nach einer Umfrage vom Juni 2005 bis auf 55 % zurück.⁵²⁵

Eine repräsentative Erhebung des türkischen Ablegers des „Open Society Institute“ fand heraus, dass vor allem die Wähler der rechten „Partei der Nationalistischen Bewegung“ (MHP), der islamistischen „Partei der Glückseligkeit“ (SP), die kemalistische Elite und viele linke Gruppierungen gegen eine EU-Mitgliedschaft der Türkei sind. Die Nationalisten und die Islamisten misstrauen Europa, weil es danach trachte, die Türkei aufzuteilen und den Islam auszulöschen. Die zentralistische Bürokratie und linke

⁵²⁴ Vgl. Botschaft der Republik Türkei: Die Vorteile der EU-Mitgliedschaft der Türkei für die EU. Abrufbar im Internet. 2007. URL: <http://www.tcberlinbe.de/de/eu/beitrag-treu.htm>. Stand: 12.02.2010.

Globalisierungsgegner verwerfen den EU-Beitritt ebenfalls. Besonders die MHP und das nationalkonservative Spektrum vertreten die Meinung, dass es das Ende des türkischen Staates sei, wenn die Türkei alles tun würde, was die EU wünsche.⁵²⁶ Viele Türken betrachten die Abgabe nationaler Souveränität an supranationale Gremien als Unterwerfung.⁵²⁷

Die Nationalkonservativen, die Kemalisten oder der politische Islam wurden Vorbehalte gegen den Westen in immer agitatorischerem Tonfall vorgetragen. Die EU mit ihrem Wunsch nach „Integration“ wurde hier verdächtigt, die Türkei übervorteilen zu wollen und zu Zugeständnissen in der Zypern- und Kurdenfrage zu bewegen. Sie habe zudem insgeheim ihr uraltes Vorhaben wieder auf die Tagesordnung gesetzt, die Türkei spalten oder instabilisieren zu wollen. Überdies würden die Herrschenden in der Türkei dieses neo-imperialistische Vorhaben wieder unterstützen, entweder weil ihnen der politische Weitblick fehle oder sie Verrat im Schilde führten. Alle politisch-ideologischen Lager führten diese Kampagne in ihrem jeweiligen Jargon, beeinflussten sich dabei gegenseitig und tauschten Argumente aus. Man ließ Bilder von ohnmächtigen „Kollaborationsregierungen“ wieder aufleben, die in der Phase des Niedergangs des Osmanischen Reiches auf Hilfe aus dem Westen gesetzt hatten, und erweckte Assoziationen mit den wirtschaftlichen und rechtlichen Unterwerfungserklärungen der spätosmanischen Herrscher.⁵²⁸

Die bürokratische Elite haben auf die strukturelle Reformen des EU-Anpassungsprozesses reagiert, weil sie den Bestand ihrer Privilegien nicht verlieren wollen.⁵²⁹

⁵²⁵ Vgl. Keskin: a.a.O., 2006, S. 90.

⁵²⁶ Vgl. Hermann, Reiner: Das Ende des türkischen Staats. Abrufbar im Internet. 2004. URL: <http://www.faz.net/s/RubFC06D389EE76479EE76479E9E76425072B196>. Stand: 13.02.2010.

⁵²⁷ Vgl. Schönbohm, Wulf E.: Eine Debatte über das Selbstverständnis. Abrufbar im Internet. 2006. URL: http://www.gesis.org/Information/SowiNet/sowiOnline/tuerkei/Tuerkei_gesamt.pdf. Stand: 13.02.2010.

⁵²⁸ Vgl. Bora, Tanıl: Der bleierne Ruß über dem Abendlande. Das negative Bild vom Westen im Denken der türkischen Konservativen. In: Ataç, Ilker/Küçük, Bülent/Şener, Ulaş (Hrsg.): Perspektiven auf die Türkei. Ökonomische und gesellschaftliche (Dis)Kontinuitäten im Kontext der Europäisierung. Münster 2008, Verlag Westfälisches Dampfboot, S. 72.

⁵²⁹ Vgl. ebd.

Destabilisierung der nationalistischen Souveränität

Die nationalistischen Zeitungen beurteilen zwar die historische Bedeutung des Beginns der Beitrittsgespräche allesamt positiv, bringen aber gleichzeitig Bedenken zu Wort und sprechen Warnungen aus. Der 3. Oktober 2005 ist für die meisten Kommentatoren nicht mehr als ein weiterer Etappensieg in einem sehr langen Prozess. Kritik richtet sich vorrangig gegen die Christdemokraten, die Europäische Union und Österreich. Der Europäische Union fehle es generell an Visionen und dies bedeute, dass der „Mann EU“ krank sei. Der konservative Politikwissenschaftler Mim Kemal Öke stellt in einer seiner Kolumnen fest:

„Die EU hat noch immer nicht das aufgeblasene Ideal eines multikulturellen, pluralistischen Gesellschaftsmodells erreicht; sie verhält sich im Gegenteil wie ein Alzheimer-Patient, dessen Verstand über die Frage der Identität durcheinander geraten ist. Kurz: Die Europäische Union steht einer sich erneuernden Türkei wie als kranker Mann gegenüber“.⁵³⁰

Obwohl den Argumentationsketten der EU-Gegner ausnahmslos nationalistische Ressentiments zugrunde liegen und es ihnen an jeglichem Realitätssinn mangelt, kann diese unkomplizierte Argumentationsweise die türkische Regierung bedrohen, wenn sie im Verhandlungsprozess weitere zusätzliche Zugeständnisse an die EU machen sollte. Die MHP schaffte es, in Ankara mehrere zehntausend Menschen für eine Demonstration zusammenzubringen. Die AKP-Regierung geriet in die scharfe Kritik der nationalistischen Tageszeitungen, und ihren Protagonisten wurde der Ausverkauf des Landes vorgeworfen.

„Und dann werden wir Christen“

Atilla İlhan behauptet, dass die Bestrebungen der EU, die Türkei zu christianisieren, bis heute andauern. Der säkulare Literat skizzierte in einem Interview mit der islamistischen Zeitschrift „Gerçek Hayat“ die Geschichte der Missionierung der Türkei

⁵³⁰ Vgl. Spengler, Frank / Tröndle, Dirk: Es war noch nicht der letzte Tango. Wie türkische Medien die Eröffnung von EU-Beitrittsverhandlungen kommentieren. Abrufbar im Internet. 2005. URL: http://www.Die-tagespost.de/archiv/titel_anzeige.asp?ID=17857. Stand: 18.02.2010.

bis zu Henry Palmerston zurück, dem britischen Premierminister Mitte des 19. Jahrhunderts. Der muslimische Türke stelle für den Europäer die größte Gefahr dar. „Ihr Plan ist einfach: Sie teilen uns, und dann werden wir Christen.“⁵³¹

Die Bedenken der Islamisten gegenüber Europa gehen weiter. Nach Ahmet Taşgetiren, einem ihrer Vordenker, kenne die europäische Gesellschaft kaum mehr die Institution der Ehe. Außereheliche Beziehungen seien weit verbreitet. Für die türkische Gesellschaft seien freie geschlechtliche Beziehungen aber nicht akzeptabel.⁵³²

Die proislamische Nationale Sicht (Milli Görüş) und die damit verbundene Bewegung der Gerechten Ordnung (Adil Düzen) unter der Führung von Necmettin Erbakan glaubte, dass die Türkei zu sehr vom Westen abhängig sei und man dies ändern müsse. Laut Erbakan brachte die Westorientierung dem Land nichts Gutes. Er hatte die erklärte Absicht, das Land anstatt nach Westen in Richtung des Islams zu führen. Er wollte eine islamische NATO und islamische Vereinte Nationen gründen sowie eine gemeinsame islamische Währung einführen.⁵³³

Die islamische, extrem konservative Zeitung Milli-Gazete schlug als Alternative zur EU-Mitgliedschaft eine Führungsrolle der Türkei unter den islamischen Staaten mit dem Titel „Zurück zu unseren Wurzeln“ vor.⁵³⁴

Westlicher Imperialismus

Die linken Gruppierungen kritisierten das Ankara-Abkommen mit dem Slogan „Wir sind der Markt, sie profitieren“.⁵³⁵ Erol Manisalı, der nationallinke Wirtschaftsprofessor und Kolumnist der Zeitung Cumhuriyet, die das EU-Projekt ebenfalls ablehnt, ist einer der Globalisierungskritiker. In seinen Kolumnen schreibt er wöchentlich über den „westlichen Imperialismus“ und das „Großkapital“, das die Türkei in das „Wartezimmer

⁵³¹ Vgl. Kizilyaprak, Zeynel Abidin: Der EU-Beitritt in der türkischen Diskussion. Abrufbar im Internet. 2004. URL: http://www.bpb.de/themen/HRLQQW,0,Der_EUBeitritt_in_der_Diskussion.html. Stand: 12.07.2010.

⁵³² Vgl. ebd.

⁵³³ Vgl. Coşkun: a.a.O., 2008, S. 34.

⁵³⁴ Vgl. Kizilyaprak, Zeynel Abidin: Der EU-Beitritt in der türkischen Diskussion. Abrufbar im Internet. 2004. URL: http://www.bpb.de/themen/HRLQQW,0,Der_EUBeitritt_in_der_Diskussion.html. Stand: 12.07.2010.

der EU“ einsperren wolle, damit sie dort langsam zugrundegehe. Im Großen und Ganzen gehe es im EU-Projekt nur darum, den Friedensvertrag von Lausanne (1923), durch den die Gründung der Republik Türkei erst ermöglicht wurde, mit dem Diktatfrieden von Sevres zu ersetzen. Die Türkei habe erst Zypern aus der Hand gegeben, nun stünden „die Pläne der Armenier an, eine Autonomie für den Südosten der Türkei und Umwandlung des ökumenischen Patriarchats in einen orthodoxen Vatikan“.⁵³⁶

Gemäßigte Stimmen in der türkischen Öffentlichkeit

Die Europäische Union zeigt für viele türkische Kommentatoren keine deutliche Bereitschaft, die Türkei als Mitglied in die EU aufzunehmen. Viele meinen, dass bei einer nüchternen Betrachtung des Verhandlungsrahmens die Besonderheiten des türkischen Beitrittsprozesses erkennbar würden. Für den Intellektuellen Ali Bayramoğlu wird über dem Verhandlungsprozess unablässig das Schwert des Damokles schweben. Da man ständig mit neuen Hindernissen und einem Stocken der Verhandlungen rechnen müsse, würden die Debatten mit der Türkei nicht nur sehr lange dauern, sondern auch sehr mühevoll ablaufen. Den langen Verhandlungszeitraum betrachtet man in der Türkei nicht als das eigentliche Problem. Vielmehr wird befürchtet, dass das Land trotz des erfolgreichen Umsetzens der Mitgliedschaftskriterien kein EU-Vollmitglied werden könne. Ministerpräsident Erdoğan erklärte zu verschiedenen Gelegenheiten mehrfach, dass er und seine Regierung beharrlich am eingeschlagenen Reformkurs festhalten wollten, gleichgültig wie die Europäische Union ihre Entscheidung fälle. Gleichzeitig forderte er die EU auf, eine mutige Entscheidung zu treffen. Sie solle sich entweder für eine Rolle als globaler Akteur oder für einen „Christenclub“ entscheiden, erklärte Erdoğan.⁵³⁷

Derzeit sieht es so aus, als würden die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU in der Zukunft noch langsamer wachsen. Bis heute hat keine Partei außer der AKP den Versuch gestartet, in die EU aufgenommen zu werden. Die AKP unternahm dieses

⁵³⁵ Vgl. ebd.

⁵³⁶ Vgl. Hermann, Reiner: Das Ende des türkischen Staats. Abrufbar im Internet. 2004. URL: <http://www.faz.net/s/RubFC06D389EE76479EE76479E9E76425072B196>. Stand: 13.02.2010.

„EU-Projekt“ nicht aus Überzeugung, sondern um ihre Existenz zu wahren. Das bedeutet nicht, dass die AKP von heute auf morgen zum EU-Gegner wird, jedoch wird sie gegenüber der EU-Gegnerschaft der anderen Parteien nicht mehr desinteressiert bleiben können. Denn die AKP kann ihrer Wählerschaft die Sonderkonditionen nicht mehr vermitteln, die allein der Türkei auferlegt werden. Der Türkei steht in den Beziehungen zur EU eine negative Phase bevor.⁵³⁸

Die EU kann eine Sanktion wie die Abbrechung des Mitgliedschaftsprozesses durchführen. Zum Beispiel erfüllt die Türkei die Forderungen in Bezug auf Zypern und sagt, dass sie nicht mehr beitreten möchte. Obwohl diese Situation nicht sehr viel mit der EU zu tun hat, bedeutet dies nicht, dass sie von den Forderungen in Bezug auf Zypern befreit wird. Denn die EU ist eine Macht, die ein Teil des Zypernproblems geworden ist und deren Forderungen von der Türkei werden sich fortsetzen. Egal ob die Türkei Mitglied werden möchte oder nicht, wird auf die Türkei diesbezüglich Druck ausgeübt werden.⁵³⁹ Wenn die Türkei die Forderungen der EU nicht erfüllt, wird der Mitgliedschaftsprozess sehr lange dauern.⁵⁴⁰

5.2.4. Die nationalen Programme der Türkei zur Übernahme des Besitzstandes der Europäischen Union

In der Außenministerversammlung, die am 2. und am 3. Oktober 2005 in Luxemburg stattfand, wurde das Verhandlungsrahmendokument angenommen. Somit fanden die Verhandlungen mit der Türkei offiziell auf dem Gipfel in Luxemburg am 3. Oktober statt.

Das Dokument des Verhandlungsrahmens bestand aus drei Hauptteilen; der erste Teil behandelte die Prinzipien der Verhandlungen, der zweite den Inhalt der Verhandlungen

⁵³⁷ Vgl. ebd.

⁵³⁸ Vgl. Kadioğlu, Ayşe: Erdogan-Regierung unter Faschismusverdacht. Abrufbar im Internet. 2006. URL: <http://kleinasien.blogg.de/index.php?tag=10&monat=7&jahr=2006>. Stand: 16.02.2010.

⁵³⁹ Interviewgespräch mit kr7s1.

⁵⁴⁰ Interviewgespräch mit is0175.

und der letzte Teil die Verhandlungsverfahren. Die Annahme des Dokuments für den Verhandlungsrahmen erfolgte in ihren Grundzügen wie folgt:⁵⁴¹

Die Prinzipien der Verhandlungen

- Die Geschwindigkeit der Verhandlungen, die auf Grundlage der Gegebenheiten in der Türkei geführt werden, hängen vom Fortschritt ab, somit also von der Umsetzung der Verpflichtungen, die eine Mitgliedschaft mit sich bringt. Damit der Ministerrat die aktuelle Situation regelmäßig beobachten kann, werden die Ratspräsidentschaft oder auch die Kommission den Ministerrat umfassend informieren. Auf seiner Seite wird die Union an einem angemessenen Zeitpunkt entscheiden, ob die notwendigen Voraussetzungen für den Abschluss der Verhandlungen erfüllt sind. Diese Entscheidung wird nach dem im Paragraph 6 enthaltenen Anforderungen gefällt.
- Nach einem Beschluss des Europäischen Rates im Dezember 2004 beruhen die Verhandlungen auf Grundlage des 49. Artikels des Vertrages der Europäischen Union. Das gemeinsame Ziel der Verhandlungen ist der Beitritt. Die Verhandlungen führen zu Prozessen, deren Ende im Vorhinein nicht festgelegt werden kann. Wenn man die Kopenhagener Kriterien betrachtet, soll die Türkei für den Fall, dass sie ihre Mitgliedschaftspflichten nicht erfüllen kann, und auch im Fall der Erschöpfung der Aufnahmefähigkeit, so eng wie möglich an die europäischen Strukturen gebunden werden.
- Die Erweiterung sollte die laufende Strukturierung und den Integrationsprozess der Union und der Mitgliedstaaten stärken. Jede Anstrengung sollte die Integration der Union und die Effektivität zum Ziel haben. Die Aufnahmekapazität der Union –unter Berücksichtigung der Beschleunigung der europäischen Integration – ist für die allgemeine Interessenlage der Union und der Türkei ein wichtiger Gesichtspunkt. Um die Bedingungen des Türkeibeitritts an den Rat weitergeben zu können, soll die Kommission bei den Verhandlungen alle Themen zur Grundlage nehmen, die speziell

⁵⁴¹ Vgl. IKV: Avrupa Birliği Zirve Sonuç Bildirisi. Abrufbar im Internet. 2004. URL: <http://www.ikv.org.tr/icerik.asp?konu=abguncel&id=1336&baslik=16-17> ARALIK 2004 AB ZİRVESİ SONUÇ BİLDİRGESİ. Stand: 22.11.2010.

mit der Kandidatur der Türkei zu tun haben und den Inhalt des Berichts vom Oktober 2004 wiedergeben.

- Die Verhandlungen werden auf der Basis eröffnet, dass die Türkei die Voraussetzungen von Artikel 6 (1) des EU-Vertrags umsetzt, die im Jahr 1993 im Kopenhagener Europarat festgestellt wurden und auch in der Charta der Grundrechte deklariert werden. Die Union verlangt von der Türkei, dass der Reformprozess weitergeführt wird. Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Einbeziehung der europäischen Präzedenzfälle in Bezug auf die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten in der türkischen Gerichtsbarkeit sollen weiter entwickelt werden. Vor allem soll Folter effektiv bekämpft und gegenüber Misshandlung null Toleranz gezeigt werden; Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, Frauenrechte, ILO-Standards einschließlich Gewerkschaftsrechten sowie Minderheitenrechten sollen vertieft und deren Umsetzung konsequent angewendet werden.

- Für den Fall, dass die Grundsätze, die die Grundlagen der Union konstituieren, wie Freiheit, Demokratie, Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie die Rechtsstaatlichkeit von der Türkei missachtet werden, darf die Kommission unmittelbar oder auf Aufforderung durch einen Drittel der Mitgliedsstaaten die Aussetzung der Verhandlungen ausrufen und die für die Weiterführung der Verhandlungen notwendigen Bedingungen vorschlagen. Wenn nach einer Aussetzung ein Vorschlag zur Weiterführung vorliegt und die Meinung der Türkei eingeholt wurde, wird der Rat mit qualifizierter Mehrheit über die Bedingungen der Verhandlungen entscheiden. Die Länder der Regierungskonferenz werden im Einklang mit der Entscheidung des Rates handeln. In diesen Fällen wird das Europäische Parlament informiert.

- Die Fortschritte der Verhandlungen werden im Rahmen der wirtschaftlichen und sozialen Integration und nach Absatz 2 der Fortschritte des Kommissionsberichtes veranlasst.

Die Fortschritte werden im Rahmen folgender Bedingungen bewertet:

- Die Türkei verpflichtet sich den Kopenhagener Kriterien, die die offene Verpflichtung der Türkei für die guten nachbarschaftlichen Beziehungen, und wenn nötig, für die obligatorische Gerichtsbarkeit des Internationalen Gerichtshofs vorsieht, einschließlich des Engagements für eine friedliche Beilegung von Grenzstreitigkeiten im Rahmen des UN-Vertrages.
- Die Zypernfrage ist ein großes Hindernis vor dem EU-Beitritt der Türkei. Deshalb soll die Türkei kontinuierlich die Zypernfrage unterstützen, dieses Problem zu lösen. Dazu gehören die Schaffung eines Umfelds für die erforderlichen Schritte in der Streitfrage, eine umfassende Lösung im Rahmen der UNO sowie die Normalisierung der bilateralen Beziehungen zwischen allen Mitgliedsländern.
- Bis zum Beitritt müssen die Politik der Türkei gegenüber Drittländern sowie ihre Positionen in internationalen Organisationen (in allen EU-Mitgliedstaaten, darunter auch die Mitgliedschaft in diesen Organisationen und Vereinbarung) Politik und Positionen der Union und ihrer Mitgliedstaaten schrittweise angeglichen werden.
- Die Türkei muss die Ergebnisse der Beitrittsverhandlungen zum Zeitpunkt ihres Beitritts akzeptieren.

Der Inhalt der Verhandlungen

Die EU-Beteiligung der Türkei geht mit der Annahme von Rechten und der Ausübung von Pflichten einher, die im institutionellen Rahmen der Union festgelegt sind. Die Türkei muss diese in zum Zeitpunkt einer Mitgliedschaft aktuellem Stand umsetzen. Die Beteiligung bedeutet darüber hinaus die Einhaltung von Rechtsvorschriften neben rechtzeitiger und wirksamer Umsetzung des Besitzstandes. Die Türkei muss vor der Beteiligung der Besitzstand zur rechten Zeit ins Türkische übersetzen lassen und bis zur Beteiligung eine ausreichende Zahl von Dolmetschern und Übersetzern ausbilden, damit ein wirksames Funktionieren der Institutionen der EU gewährleistet werden kann. Irgendeine Bestimmung des Gemeinschaftsrechts eines Partnerschaftsvertrages kann in Beitrittsverhandlungen im Präzedenzfall nicht als Basis genommen werden. Die Türkei wird infolge der Beteiligung mit einer Ausnahmeregelung als Mitgliedstaat zur

Wirtschafts- und Währungsunion angehören, wird der Euro als internationale Währung anerkannt. Die anderen EU-Rechtsvorschriften in diesem Bereich werden infolge der Beteiligung vollständig durchgeführt. Durch den Beitritt in die Union werden Kompetenzen, die die Bereiche Freiheit, Sicherheit und Recht betreffen, einschließlich der Schengen-Gesetzgebung, von der Türkei übernommen.

Verhandlungsprozeduren

Der Inhalt der Verhandlungen wird einerseits unter Beteiligung aller Mitgliedstaaten und andererseits unter Beteiligung der Kandidatenstaaten in einer Regierungskonferenz durchgeführt. Damit die ersten Hinweise auf Probleme erhalten, die in den Verhandlungen potentiell entstehen können, wird das sogenannte Kommissions-Scanning-Programm das förmliche Verfahren der Kompetenz aufnehmen. Die angemessene Verwaltung und die rechtlichen Vereinbarungen der Türkei, einschließlich der effektiven Umsetzung von Vereinbarungen, bestimmen das Tempo der Verhandlungen. Zu diesem Zweck kann die Kommission die Fortschritte der Türkei durch Untersuchungen vor Ort, einschließlich der Testberichte, und mit allen Mitteln strengstens überwachen.

Das Nationale Programm zur Übernahme der gemeinschaftlichen Kompetenz der Türkei wurde am 19. März 2001 durch den Ministerrat genehmigt und am 24. März 2001 im Amtsblatt Nr. 24352 veröffentlicht. Parallel zur neuen Beitrittspartnerschaft, die am 14. April 2003 von der EU-Kommission genehmigt wurde, wurde das nationale Programm überarbeitet und am 23. Juni 2003 vom Ministerrat anerkannt und am 24. Juli 2003 im Amtsblatt Nr. 25178 veröffentlicht.

Es wurde versprochen, dass die folgend genannten Themen unter Berücksichtigung von politischen Kriterien zu gesetzlichen Regelungen führen:

- Gedanken- und Meinungsfreiheit,
- Vereinigungsfreiheit, das Recht auf friedliche Versammlung und der Zivilgesellschaft,

- der Kampf gegen die Folter,
- Prävention von Menschenrechtsverletzungen
- die Verbesserung von Kenntnissen über Menschenrechten bei Beamten und Bedienstete im Öffentlichen Dienst durch eine entsprechende Ausbildung,
- Funktionalität und Effizienz der Justiz, einschließlich des Staatssicherheitsgerichtes,
- Verringerung der regionalen Ungleichgewichte bei gleichzeitiger Verbesserung von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Möglichkeiten für die Bürger,
- keine Diskriminierung aufgrund von Sprache, Hautfarbe, Rasse, Geschlecht, politischer Meinung, Weltanschauung oder Religion
- Sicherstellung und Gewährleistung für alle Bürger von Menschenrechten und Grundfreiheiten, Gedanken-, Religions- und Gewissensfreiheit,
- Abschaffung der Todesstrafe,
- Einhaltung des Besitzstandes durch die Verfassung und andere einschlägige Rechtsvorschriften,
- der internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (VN-Sozialpakt). Zu den in diesem Pakt verankerten Rechten zählen insbesondere Rechte im Arbeitsleben, das Recht auf soziale Sicherheit, das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard, das Recht eines jeden auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit, das Recht auf Bildung und Teilhabe am kulturellen Leben sowie der Anspruch auf Genuss dieser Rechte ohne Diskriminierung.
- der Nationale Sicherheitsrat und Ausnahmezustand.

Nachdem die Türkei auf dem Gipfel von Helsinki als für eine Vollmitgliedschaft bereit erklärt wurde, ist eine Anordnung gemäß den EU-Integrationsgesetzen vorgenommen worden. Mit den Rechtsvorschriften der Europäischen Union im Einklang wurde damit begonnen, verschiedene Anpassungen an bestehenden Gesetzen in der Verfassung

vorzunehmen. Vor der Regierungszeit der AK-Partei Regierung, d.h. während der DSP-MHP-ANAP-Koalitionen wurden hierfür drei Reform-Pakete verabschiedet.

Erstes Resultat dieses Reformprozesses war eine Verfassungsänderung im Oktober 2001. Zwischen Februar 2002 und Juli 2004 sind dann acht Reformpakete verabschiedet worden, durch die eine Zahl von Gesetzen geändert oder durch Zusatzbestimmungen ergänzt worden sind. Im Mai 2004 trat eine weitere Verfassungsänderung in Kraft. Insgesamt sind im Rahmen des Anpassungsprozesses mit den Reformpaketen die Präambel und 43 Artikel der Verfassung sowie mehr als 300 Artikel von 40 Gesetzen geändert worden, die zum großen Teil mit den Menschenrechten im Zusammenhang stehen. Berücksichtigt man, dass außerdem in ihrer Bedeutung für die Grundfreiheiten wesentliche Gesetzbücher wie das bürgerliche Gesetzbuch und das Strafgesetzbuch überarbeitet worden sind, wird das ganze Ausmaß formaler Änderungen im Bereich der türkischen Rechtsordnung noch deutlicher.⁵⁴²

Mit dem auf dem Brüsseler EU-Gipfel am 17. 12. 2004 nach intensiven Diskussionen und Verhandlungen gefällten Beschluss über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen hat die Türkei ihr erstes Etappenziel erreicht. Somit markiert der Beginn der Beitrittsverhandlungen am 3. Oktober 2005 den Eintritt in einen neuen Abschnitt dieses langen Weges, auf dem sich erst noch zeigen wird, in welche Richtung sich diese schwierige Beziehung entwickelt.⁵⁴³

Der Prozess, der Ende 1999 eingesetzt hat und bis heute andauert, lässt sich in drei Phasen gliedern: Die Phase vom Amtsantritt der DSP-geführten Koalitionsregierung im Mai 1999 bis zu den Parlamentswahlen vom 3. 11. 2002, eine zweite Phase von der Übernahme der alleinigen Regierungsverantwortlichkeit durch die AKP bis zum Beschluss über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen am 17. 12. 2004, und im Anschluss daran eine dritte Phase, die noch andauert.⁵⁴⁴

⁵⁴² Vgl. Sancar, Mithat: Politische Dynamiken im EU-Anpassungsprozess. In: Katsikaris, Apostolos (Hrsg.): Türkei-Europa. Essen 2006, Magnus Verlag, S. 25.

⁵⁴³ Vgl. ebd.

⁵⁴⁴ Vgl. ebd.

Nach dem am 8. November 2000 durch die Europäische Union veröffentlichten EU-Dokument zur Beitrittspartnerschaft, das der Türkei als Wegweiser auf dem Weg zur EU dienen sollte, lag der Ball offiziell im türkischen Feld. Als eigentliches Datum für die Präsentation des Nationalen Programms, das die Türkei auf der Grundlage der Beitrittspartnerschaft zu erstellen hatte und das ihre Verpflichtungen in der Phase bis zur EU-Vollmitgliedschaft beinhalten sollte, war der Dezember 2000 vorgesehen. Doch als sei es nicht Ankara, das sich beeilen musste, landete das Nationale Programm, das die Genehmigung des Nationalen Sicherheitsrates erhielt, bei den Koalitionspartnern Ecevit, Bahçeli und Yılmaz und wurde schließlich von der Regierung angenommen und der Öffentlichkeit am 19. März 2001 präsentiert.⁵⁴⁵

Aus dem etwa 500 Seiten starken Dokument werden im Folgenden zentrale Aussagen dokumentiert, die sich mit der Menschenrechts- und Demokratisierungsproblematik befassen.⁵⁴⁶

Werden die Änderungen aus Sicht der Minderheiten näher betrachtet, wird deutlich, dass das vierte Integrationspaket die Rechtsvorschriften der Stiftungen ändert und es den nicht-muslimischen Bürgern leichter macht, Immobilien zu erwerben. Mit dem fünften Integrationspaket wurden die Strafprozessordnung und das Zivilprozessrecht geändert. Und die Anträge, die bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Pakets bestätigt worden sind, ermöglichen es, die Verfahren nochmals zu bearbeiten. Die Meinungsfreiheit wurde mit dem sechsten Integrationspaket erweitert. Außerdem ist im selben Gesetz die Gewalttätigkeit eine Voraussetzung für die Definition des Terrors geworden. Daneben wurde den privaten Radio- und Fernsehsendern erlaubt, in verschiedenen Sprachen und Dialekten Sendungen zu machen, die Einschränkung vor den Wahlen wurde aufgehoben; im Baugesetz wurden Änderungen gemacht, damit jede Religionsgemeinschaft einen Gebetsort errichten kann, und die Beschränkung bei der Namensgebung der Kinder wurde aufgehoben. Auch mit dem siebten Integrationspaket wurden ernsthafte Erneuerungen durchgesetzt, so wurde die Strafe für die Beleidigung der Republik und des Türkentums gemindert. Kritik, die nicht beleidigend ist, wird als

⁵⁴⁵ Vgl. Engin, Hülya: Das "Nationale Programm" der Türkei für den Weg zur EU. Abrufbar im Internet. 2009. URL: <http://www.dialogkreis.de/nn201-02.htm>. Stand: 20.03.2001.

Meinungsfreiheit anerkannt. Außerdem werden die Fälle, die Folter und Misshandlung betreffen, zügiger behandelt. Zudem wird rechtlich festgelegt, dass juristische Personen Vereine gründen können. Auch private Kurse für traditionelle Sprachen und Dialekte dürfen eröffnet werden, die bis dato verboten waren.⁵⁴⁷

Im 4. Integrationspaket, das am 2. Januar 2003 vom Parlament angenommen wurde, stehen die Anordnungen für die Verbesserung der Haftbedingungen und der Kampf gegen die Folter im Vordergrund. Die 58. Regierung legte den Entwurf, der während der europäischen Integration in verschiedenen Gesetzen zu Änderungen führte, am 9. Dezember 2002 dem Parlament vor. Am 16. Januar 2003 wurde er in der nationalen Kommission für Bildung, Kultur und Jugend und Sport und am 20. Januar 2003 in der Justiz-Kommission diskutiert und nach einigen Änderungen am Gesetzesentwurf am 23. Januar 2003 in der Generalversammlung des Parlaments angenommen. Mit diesem Gesetz ist eine mögliche Berufung der Türkei an den Europäischen Gerichtshof erleichtert worden.⁵⁴⁸

Das sechste Integrationspaket, das von der Regierung unter der AK-Partei angenommen wurde, trat am 19. Juli 2003 in Kraft. In den gesetzlichen Regelungen wurde die Strafminderung bei Ehrenmorden entfernt. Im siebten Integrationspaket, das am Juli 2003 vom Parlament verabschiedet wurde und das am 7. August 2003 in Kraft trat, wurden Änderungen vorgenommen, die den Nationalen Sicherheitsrat betreffen; seine Aufgaben und Befugnisse wurden reduziert und er wurde als beratendes Gremium deklariert. Das Paket sieht vor, Fälle im Zusammenhang mit Folter als „dringend“ und „vorrangig“ zu bearbeiten, d. h., deren rechtliche Behandlung sollte nicht über einen längeren Zeitraum als 30 Tage verzögert werden. Um die oben erwähnten Fälle auch an rechtlichen Feiertagen behandeln zu können, wurden rechtliche Änderungen vorgenommen. Für die Urteile des Obersten Militärgerichts wurden zivilrechtliche Überprüfungen ermöglicht und die Befugnisse des Präsidenten wurde beschränkt. Das achte Paket, das am 22. Mai 2004 in Kraft trat, sieht vor, dass die

⁵⁴⁶ Vgl. ebd.

⁵⁴⁷ Vgl. Oran, Baskın: Türkiye’de Azınlıklar. İstanbul 2004, İletişim Verlag, S. 117f.

⁵⁴⁸ Vgl. Belgenet: Katılım Ortaklığı Belgesi. Abrufbar im Internet. 2000. URL: http://www.belgenet.com/arsiv/ab/kob_2000.html. Stand: 20.11.2010.

Staatssicherheitsgerichte aufgehoben und Mitglieder aus dem Militär aus dem Hochschulrat entfernt werden. Mit dem neunten Paket werden, parallel zu den Verfassungsänderungen, viele rechtliche Mängel korrigiert, die den Weg zur EU erschweren.⁵⁴⁹

5.2.5. Grundsätze, Prioritäten, Zwischenziele und Bedingungen der Beitrittspartnerschaft für die Türkische Republik

In den Türkei- EU-Beziehungen gab es eine weitere wichtige Entwicklung in der Zeit, nach der die Türkei während des Helsinki-Gipfels offiziell als EU-Kandidat anerkannt wurde. Von der Europäischen Kommission wurde für die Türkei ein Dokument zur Beitrittspartnerschaft erarbeitet. Das Beitrittspartnerschafts-Dokument, das von der EU-Kommission am 8. November 2000 veröffentlicht wurde, setzt in allen Bereichen kurz- und mittelfristige Ziele fest, damit sich die Türkei während des Kandidatur-Prozesses dem EU- Besitzstand anpassen kann. Dieses Dokument wurde während des Nizza-Gipfels vom 7.–11. Dezember 2000 mit Änderungen bewilligt.

Das Beitrittspartnerschaftsdokument, das von dem EU-Rat offiziell am 8. März 2001 anerkannt wurde, ist ein Fahrplan für die Türkei, in dem die Prioritäten festgelegt sind, um die EU-Beitrittskriterien zu erreichen. Zweck dieses Beitrittspartnerschaftsdokumentes ist es, die angebotenen finanziellen Möglichkeiten und die den Hilfen unterliegenden Bedingungen alle unter einem Dach zu vereinigen. Letztere sollen dazu führen, dass die in den regelmäßigen Berichten von 2000 dargelegten Prioritäten in der Türkei auch umgesetzt werden können.

In dem Beitrittspartnerschaftsdokument,⁵⁵⁰ das für die Türkei vorbereitet wurde, wurden kurze und mittelfristige politische und wirtschaftliche Ziele formuliert. Im Allgemeinen werden in dem Beitrittspartnerschaftsdokument diese Themen behandelt:

Kurzfristige Ziele im politischen Bereich:

⁵⁴⁹ Vgl. NTV: Fortschrittsbericht zur Türkei. Abrufbar im Internet. 2009. <http://www.n-tv.de/politik/EU-ruengt-Folter-und-Ehrenmorde-article547152.html>. Stand: 11.11.2010.

⁵⁵⁰ Vgl. Belgenet: Katılım Ortaklığı Belgesi. Abrufbar im Internet. 2000. URL: http://www.belgenet.com/arsiv/ab/kob_2000.html. Stand: 20.11.2010.

- der politische Dialog im Rahmen des UN-Generalsekretariats für den Lösungsprozess des Zypern-Problems
- die Gesetzliche und verfassungsrechtliche Garantien für die Meinungsfreiheit zu stärken
- Vereinigungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und die Entwicklung der Zivilgesellschaft
- Maßnahmen gegen Folter und der Europäischen Konvention gegen Folter anpassen.
- die rechtliche Durchführung der Untersuchungshaft einführen
- Mit der Todesstrafe in Verbindung das Weiterführen des realen Moratoriums.
- Entfernung aller rechtlichen Vorschriften, die türkischen Staatsbürgern das ausstrahlen von Sendungen in ihrer Muttersprache tätigen wollen, nicht erlauben
- Verbesserung der Bedingungen im Südosten des Landes

Mittelfristige Ziele:

- Beilegung von Streitigkeiten im Einklang mit dem Grundsatz der Verfassung der Vereinten Nationen im Rahmen der laufenden Bemühungen zur Lösung der Grenzstreitigkeiten und andere Fragen im Zusammenhang mit
- Abschaffung der Todesstrafe, die Unterzeichnung der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte Protokoll Nr. 6
- Verfassungsmäßige Rolle des MGK als beratendes Organ der Regierung Anwendungen und die Harmonisierung der EU-Mitgliedsstaaten

Kurzfristige Ziele im Bereich der Wirtschaft:

- Öffentliche Ausgaben unter Kontrolle halten, Inflationsbekämpfung und Strukturreformen weiterführen
- Vorbereitung einer finanziellen Verfolgung vor der Teilnahme

- Berücksichtigung des sozialen Gedankens und weiterhin Privatisierung von staatlichen Unternehmen.
- Weiterführung der Agrarreformen

Mittelfristige Ziele im Bereich der Wirtschaft:

- Fertigstellung des Prozesses der Privatisierung und der Reformen des Finanzsektors in der Landwirtschaft
- Sicherung der Nachhaltigkeit des Renten-und Sozialversicherungssystems
- Durch besondere Aufmerksamkeit gegenüber jüngeren Generationen und benachteiligten Regionen ist es Ziel, das Niveau der allgemeinen Bildung und Gesundheit zu erhöhen.

Die EU-Außenminister stimmten dem viermal überarbeiteten Beitrittspartnerschaftsdokument der Türkei, ohne Einspruch, zu. In der Erklärung der allgemeinen Angelegenheiten der EU und des Rates für Außenbeziehungen wurden die Prioritäten des Dokumentprozesses sowie die Bedingungen und Prinzipien festgelegt. Dem neuen Beitrittspartnerschaftsdokument entsprechend wird die Türkei in den nächsten drei bis vier Jahren (kurzfristig) in den folgenden Bereichen Reformen verabschieden und auch umsetzen: Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Bürgerrechte und politische Rechte, wirtschaftliche und soziale Rechte, Minderheitenrechte, kulturelle Rechte sowie in Bezug auf den Schutz von Minderheiten sowie regionale und internationale Verpflichtungen und die Einhaltung wirtschaftlicher Kriterien und die Integration des gemeinschaftlichen Besitzstandes.⁵⁵¹

Trotz dieser Entwicklungen war nach der Erweiterung der EU, die institutionelle Struktur abgeschlossen, die vom Nizza-Vertrag festgelegt wurde. Dies aber enttäuschte die Türkei. Die Anzahl der Parlamentarier, nach Maß der Stimmen der einzelnen Beitrittsländer, ist für die Türkei nicht festgelegt. Die Türkei ist der einzige Beitrittskandidat, der nach der Erweiterung bei der institutionellen Struktur außen vor

⁵⁵¹ Vgl. Türkische Zeitung Yeni Şafak: AB Katılım Ortaklığı Belgesini Onayladı. 19 Februar 2008.

gelassen wurde. Der französische Präsident behauptet, dass diese Situation keine Diskriminierung darstelle. Laut Frankreich seien die Schweiz und Norwegen, zwei sehr beliebte europäische Länder, auch ausgeschlossen. Doch der Vergleich ist nicht legitim, denn diese beiden Länder sind noch nicht einmal Kandidaten der EU.⁵⁵²

Eine eng mit der Türkei verbundene Entscheidung wurde auf dem Kopenhagener Gipfel zum Thema Zypern getroffen. Nach den 10. –12. Absätzen des Entscheidungsberichtes des Gipfels waren die Verhandlungen mit Zypern abgeschlossen und die EU-Mitgliedschaft entschieden. Sollte es durch diese Gespräche zu keiner Einigung kommen, würde Südzypern alleiniges Mitglied. Mit dem Gipfel von Kopenhagen wurde die Vollmitgliedschaft von Zypern, Malta und acht weiteren Mittel- und Osteuropäischen Ländern beschlossen und deren Beteiligung ab dem 1. Mai 2004 die Beteiligung an der EU festgelegt. Das geplante Beitrittsdatum für Bulgarien und Rumänien wurde 2007.

Die EU-Orientierung am 17. Dezember 2004 war für die Türkei der wichtigste Wendepunkt auf dem Weg zu einer EU-Mitgliedschaft. Es wurde beschlossen, dass die Verhandlungen am 3. Oktober 2005 anfangen.

Auf dem Gipfel im Dezember 2002 hatte die Türkei sieben Anpassungspakete im Parlament verabschiedet, in denen Gesetze und Verfassungsänderungen vorgenommen worden sind, um einen Verhandlungstermin im Jahr 2004 zu bekommen. Die Europäische Kommission erklärte am 6. Oktober 2004 in ihrem „Korrekturbericht zum Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt 2004“, dass die Türkei immer noch einige Mängel zeige, aber im Gegensatz zum vorherigen Jahr wichtige Fortschritte gemacht hätte. Festgestellt wurde darüber hinaus, dass die Türkei mit ihren Reformen wichtige Fortschritte gemacht hätte, obwohl die Kriterien von Kopenhagen noch nicht ganz erfüllt seien. Nach der Veröffentlichung des Berichts wurde in der Zeit vom 16. – 17. Dezember 2004 in Brüssel ein Gipfel des Europarats organisiert, der einen weiteren Wendepunkt in den EU-Türkei-Beziehungen darstellte.

⁵⁵² Vgl. Brewin, Christopher: Turkey and Europe after the Nice Summit. Istanbul 2002, Tesev Verlag, S. 13.

Obwohl am auf dem Gipfel am 17. Dezember 2004 bereits die Entscheidung über die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei getroffen worden waren, hatte die EU nach Gündüz Akman immer noch nicht darüber entschieden, ob sie die Türkei zu ihrem Vollmitglied machen will. Der schwedische Präsident Persson machte Folgendes deutlich: „Wir wollen der Türkei keine Bedingungen setzen, sondern nur den Beitritt verhandeln. Doch die Türkei hat nicht lange standgehalten. Wir an ihrer Stelle, hätten die bedingte Mitgliedschaft nicht angenommen.“ Diese Aussage zeigte die bittere Wahrheit.⁵⁵³

In dem Abschlussbericht des Gipfels von 17 Dezember 2004 ist ein Rahmen festgelegt worden, der die Durchführung von Verhandlungen der neuen Kandidaten wie folgt beschreibt:⁵⁵⁴

- Die Verhandlungen zwischen den Regierungen aller Mitgliedstaaten und Beitrittsländer werden in der Konferenz behandelt, der Ministerrat stellt die notwendigen Kriterien für das Öffnen und Schließen der Verhandlungsrubriken fest. Diese Kriterien beinhalten die Reform gesetzlicher Vorschriften, deren zufriedenstellende Durchführung und die Pflichten aus bestehenden Verträge zwischen der EU und der Türkei.
- Lange Übergangszeiten, Ausnahmeregelungen, spezifische Vereinbarungen oder dauerhafte Schutzklauseln könnten die Grundlage für dauerhafte Schutzmaßnahmen, einschließlich der Bestimmungen des Gipfels von 17 Dezember 2004 an die Tagesordnung der türkischen Presse bringen. Die Kommission hält es für geeignet, Maßnahmen in Bezug auf die Freizügigkeit von Personen, die Strukturpolitik und die Landwirtschaft durchführen zu lassen.
- Der Beitritt wird erst nach 2014 möglich sein, und zwar nach Umsetzung des Finanzrahmens.

⁵⁵³ Vgl. Aktan, Gündüz: Brüssel Zirvesi'nin Ardından. In: Türkiye Günlüğü, Nr.:79, 2004, S. 10.

⁵⁵⁴ Vgl. IKV: Avrupa Birliği Zirve Sonuç Bildirisi. Abrufbar im Internet. 2004. URL: [http://www.ikv.org.tr/icerik.asp?konu=abguncel&id=1336&baslik=16-17 ARALIK 2004 AB ZIRVESI SONUÇ BİLDİRGESİ](http://www.ikv.org.tr/icerik.asp?konu=abguncel&id=1336&baslik=16-17%20ARALIK%202004%20AB%20ZIRVESI%20SONUC%20BILDIRGESI). Stand: 22.11.2010.

- Das gemeinsame Ziel der Verhandlungen ist der Beitritt. Offene Prozesse sind im Vorhinein nicht garantiert. Verhandlungen werden folgen. Falls das Beitrittsland seine Verpflichtungen nicht erfüllen kann, sollte es möglichst stark an die Strukturen der EU gebunden werden.
- Wenn ein Beitrittskandidat gegenüber den Grundsätzen der Union, zu denen Freiheit, Demokratie, Achtung der Menschenrechte und Schutz der Grundrechte und der Rechtsstaatlichkeit zählen, schwerwiegende und anhaltende Verletzungen zeigt, kann die Kommission auf eigene Initiative die Verhandlungen stoppen und raten oder die Verhandlungen wiederzueröffnen.
- Parallel zu den Beitrittsverhandlungen wird die Union mit den Beitrittsländern in einen intensiven politischen und kulturellen Dialog treten. Um das gegenseitige Verständnis der zusammenkommenden Menschen zu erhöhen, soll dieser intensive Dialog auch die Zivilgesellschaft einbeziehen.

5.2.6. Die Fortschrittsberichte von 2008 und 2009

Bemängelt werden vor allem ein unzureichender Reifegrad der türkischen Demokratie, Verletzungen von Menschenrechten und eine mangelnde Vereinigungsfreiheit, die Anwendung von Folter und Gewalt durch staatliche Ordnungsorgane sowie die Unterdrückung jeglicher Versuche, die Interessen der Minderheiten zu Geltung zu bringen.⁵⁵⁵

Die Kommission der Europäischen Union analysiert jedes Jahr – entsprechend den Zielen des Beitrittspartnerschaftsdokumentes und des Nationalen Programmes – die soziale und wirtschaftliche Lage sowie Entwicklungsfortschritte und Mängel in Bezug auf die Harmonisierung mit dem Besitzstand in den zukünftigen Mitgliedsländern. Die 2008, 2009 und 2010 erstellten Fortschrittsberichte der Türkei werden in diesem Abschnitt erwähnt.

⁵⁵⁵ Vgl. Aksoy: a.a.O., 2007, S. 72.

Der Fortschrittsbericht 2008 schreibt, dass die rechtlichen Vorschläge im Reformpaket der Regierung nicht angenommen wurden und dass es keine Entwicklung gibt, was eine Reduzierung der Zentralisierung anbetrifft. Dem Bericht zufolge nimmt die Parlamentarische Kommission für Menschenrechte die Beschwerden in Bezug auf den Verstoß von Menschenrechten an; sie spielt weiterhin dadurch eine aktive Rolle, dass sie in den Regionen Forschungen durchführt. Laut dem Fortschrittsbericht 2006 sollte ein Einklang zwischen dem Artikel 301 und den Europa-Standards hergestellt werden. Die meisten der Anklagen stützten sich insbesondere auf den Artikel 301 des türkischen Strafgesetzbuches, der die Beleidigung des Türkentums, der türkischen Republik sowie ihrer Organe und Institutionen unter Strafe stellt. Am 30. April 2008 hat das türkische Parlament den Artikel 301 geändert. Die potenzielle Auswirkung des Anti-Terror-Gesetzes bezüglich der Meinungsäußerung sei dem Bericht zufolge ein Anlass zur Sorge. In Bezug auf die Religionsfreiheit bestehe der Respekt gegenüber der Religionsfreiheit. Außerdem bestehen immer noch einige Probleme. Nicht muslimische Religionsgemeinschaften hätten nicht die Möglichkeit, rechtspersönlich zu werden, und die Eigentumsrechte blieben weiterhin eingeschränkt. Diese nicht muslimischen Religionsgemeinschaften hätten Probleme damit, ihre Stiftungen zu verwalten und ihr Eigentum durch das Gesetz zurückzunehmen. Das türkische Radio und die Fernsehanstalt sendeten weiterhin in fünf Sprachen, darunter auch Kurdisch. Allerdings seien Dauer und Umfang der Sendungen in fünf Sprachen sehr begrenzt. Nach Anwendung des Gesetzes, das 2004 anerkannt wurde, habe keine private Anstalt auf nationaler Ebene einen Antrag gestellt, um in einer anderen Sprache als Türkisch Sendungen zu machen. Gemäß dem Gesetz der politischen Parteien sei die Verwendung von anderen Sprachen als Türkisch im politischen Leben verboten. Mit der Änderung im Wohnrecht im September 2006 seien die diskriminierenden Bestimmungen gegenüber den Zigeunern aufgehoben. Doch im Gesetz über Aufenthalt und Reisen von Ausländern in der Türkei bestünden weiterhin diskriminierende Bestimmungen gegenüber den Zigeunern. Das Gesetz, das die Erhöhung der Hoheitsgewässer der Türkei als Kriegerklärung andeutet, ist auch eines der Kritikpunkte, da es nicht geändert wird und das Zypern-Problem nicht gelöst wurde.⁵⁵⁶

⁵⁵⁶ Vgl. Europäische Kommission: Fortschrittsbericht 2006 der Türkei. Abrufbar im Internet. 2006. URL:

Die Europäische Union hat der Türkei mangelnde Beitrittsreife bescheinigt. Die EU-Kommission prangerte im Fortschrittsbericht 2009 zur Türkei vor allem Defizite bei Bürgerrechten und bei der Meinungsfreiheit an. So genannte Ehrenmorde an Frauen und Folter seien immer noch "schwerwiegende Probleme", heißt es in dem Bericht. Auch im gespannten Verhältnis zur griechischen Republik Zypern gebe es keinerlei Fortschritte.⁵⁵⁷

Gleichwohl seien aber Verbesserungen im Justizsystem zu verzeichnen, erklärte die EU-Kommission. "Das Reformtempo muss jetzt deutlich beschleunigt werden", fordert die Gemeinschaft. Die Kommission kritisiert in dem Dokument wie schon in den vergangenen Jahren Mängel bei der Wahrung von Meinungs- und Pressefreiheit, Religionsfreiheit, Gewerkschaftsrechten, ziviler Kontrolle über das Militär und der Gleichberechtigung von Mann und Frau. Der Bericht nimmt im Abschnitt über die Religionsfreiheit erkennt die Cem-Häuser nicht als Gebetsorte an und erläutert, dass keine klerikale Schule mit ökumenischen Titel eröffnet worden sei.⁵⁵⁸

5.2.6.1. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

Die politische Vielfalt des Landes wird durch das neu gewählte Parlament viel besser repräsentiert. Die 10%-Hürde bei türkischen Parlamentswahlen wird jedoch immer noch als Störfaktor angesehen. Es gibt keine vergleichbar hohe Hürde bei Parlamentswahlen in Europa. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) entschied jedoch im Januar 2007, dass die Sperrklausel keine Verletzung des Rechts auf freie Wahlen darstellt. Doch würde eine Senkung dieser Hürde stabilere parlamentarische Mehrheiten aufrechterhalten.

Die öffentliche Verwaltung wurde durch das im April 2007 verabschiedete Gesetz über die Verwaltung und Kontrolle der öffentlichen Finanzen geändert, um eine viel bessere

http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2006/nov/tr_sec_1390_de.pdf. Stand: 19.10.2009.

⁵⁵⁷ Vgl. NTV: Fortschrittsbericht zur Türkei. Abrufbar im Internet. 2009. <http://www.n-tv.de/politik/EU-ruengt-Folter-und-Ehrenmorde-article547152.html>. Stand: 11.11.2010.

⁵⁵⁸ Vgl. Fortschrittsbericht 2009 der Türkei: Türkiye 2009 İlerleme Raporu. Abrufbar im Internet. 2009. URL: http://www.abgs.gov.tr/files/AB_Iliskileri/AdaylikSureci/IlerlemeRaporlari/turkiye_ilerleme_rap_2009.pdf. Stand: 25.10.2010.

Personalausstattung der für die Kontrolle der Finanzen zuständigen „Strategieentwicklungsstellen“ in den einzelnen Ministerien zu gewährleisten. Bei der Umsetzung dieses Gesetzes wurden im Oktober 2006 rund 600 Innenrevisoren für die lokalen Verwaltungen von der Regierung ernannt.

Man erwartet von der Türkei die Schaffung eines Ombudsmannsystems, wie es das Gesetz zur Einrichtung des Amtes eines Ombudsmanns vorsieht. Dieses Gesetz wurde jedoch im November 2006 vom Verfassungsgericht ausgesetzt. Das Ziel war es, die öffentliche Verwaltung durch den Bürger zu kontrollieren. Im Februar 2006 wurde auch das Regulatory Impact Assessment (Folgeabschätzung der Gesetzesvorhaben) in das türkische Rechtssystem eingeführt. Trotzdem sind in den Bereichen der Zentralisierung und der Beamtenetze noch Neuerungen erforderlich.

Die Rechtsreform der öffentlichen Dienste und der öffentlichen Verwaltung zeigt gewisse Fortschritte auf. Die Umsetzung und der Kapazitätsaufbau, die immer noch wichtige Anliegen darstellen, zeigten nur mäßige Fortschritte. Folgenden Themen muss man sich zukünftig viel stärker widmen: der Verbesserung von Transparenz und Rechenschaftspflicht, dem Bürokratieabbau, den Übertragungen von Befugnissen auf die lokalen Verwaltungen und der Aufstockung ihrer finanziellen Mittel.

Bei der Umgestaltung der Beziehung zwischen Militär und Zivilsphäre wurden kaum Fortschritte erzielt. Die Armee und deren Vertreter sollten es unterlassen, Erklärungen und Äußerungen abzugeben, die sich nicht auf Verteidigungs- und Sicherheitsfragen oder sonstige militärische Aspekte beziehen. Diese Erklärungen und Äußerungen bedürfen der Zustimmung ziviler Behörden. Diese sollten ihrerseits im vollen Umfang ihrer Überwachungsfunktion nachkommen. Die Armee äußerte sich 2007 mehrmals kritisch zum Ministerpräsidenten Erdoğan, jedoch bestätigte der Ausgang der Verfassungskrise im Frühjahr 2007 den Fortschritt des demokratischen Prozesses. Indes konnten es hochrangige Armeemangehörige auch danach nicht unterlassen, sich zu innen- und außenpolitischen Themen zu äußern, wie beispielsweise zum „gefährdeten“ Laizismus, Zypern oder der Kurdenfrage.

Die Justizreform konnte jedoch permanent Fortschritte verzeichnen. Probleme gibt es jedoch auch hier noch: Die Umsetzung der Rechtsvorschriften in der Praxis funktioniert nicht so schnell, wie man es gern sehen würde, und die nachdrückliche Durchsetzung der Unabhängigkeit der Justiz weist noch Schwachstellen auf. So lässt sich die Justiz immer noch von Äußerungen von hochrangigen Armeeangehörigen beeinflussen. Der Staatsanwalt, der für die Anklageschrift im Fall Şemdinli zuständig war, wurde vom Hohen Rat der Richter und Staatsanwälte seines Amtes enthoben. Der Fall wurde vom Gericht erster Instanz in Van wieder untersucht, nachdem der Kassationshof das Urteil abgab, dass die Straftaten nicht ordnungsgemäß festgestellt worden seien. Der Kassationshof vertrat auch die Ansicht, dass dieser Fall in den Zuständigkeitsbereich der Militärgerichtsbarkeit falle, doch wurde dies von der ersten Instanz abgelehnt.

Die Korruption ist in der Türkei immer noch ein weit verbreitetes Problem. Zwar hat man sich in den letzten Jahren verstärkt darum bemüht, die Korruption zu bekämpfen, doch es wurden nur mäßige Fortschritte erzielt. Die größere Transparenz in der öffentlichen Verwaltung hat dabei eine wichtige Rolle gespielt. Seitens der Medien wurde des Öfteren über Fälle von Korruption berichtet, insbesondere auf der Ebene der lokalen Verwaltungen. Zweifelsohne von großer Bedeutung sind die Schaffung einer Strategie zur Bekämpfung der Korruption und einer zentralen Stelle für die Koordination der Durchführung und die Verbesserung der Gesetzgebung.

Ein vom Europäischen Rat in Kopenhagen formuliertes Postulat bezieht sich auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Jeder Mitgliedstaat bekenne sich gemäß Absatz 3 der EUV-Präambel zu den Grundsätzen der Demokratie.⁵⁵⁹

Der Fall Ergenekon beherrschte weitgehend die Tagesordnung in der Türkei.⁵⁶⁰ Anfang Juli 2008 wurde vor einem Istanbuler Schwurgericht Anklage gegen Mitglieder der Unterorganisation Ergenekon erhoben, darunter auch ehemalige ranghohe Offiziere. Sie wurden beschuldigt, für mehrere bisher nicht aufgeklärte Morde verantwortlich zu sein. Außerdem wurde ihnen vorgeworfen, eine terroristische Vereinigung gegründet zu haben, um die Regierung Erdogan zu stürzen. Ohne Zweifel setzte dieses Verfahren

⁵⁵⁹ Vgl. Aksoy: a.a.O., 2007, S. 73.

gegen ehemalige Militärs ein wichtiges Zeichen für die neue Türkei. Das Verfahren wurde zeitgleich mit einer „Operation“ der ultranationalistischen Bewegung und von Ergenekon eröffnet, die beabsichtigte, sich der AKP zu entledigen, dadurch den Annäherungsprozess an die EU zu stoppen und den türkischen Laizismus wieder stärker an das Militär zu binden. Zu diesem Zweck sollte mit politischen Morden Chaos und eine nationalistische Grundstimmung erzeugt und das entsprechende ideologische Potenzial genutzt werden, einen Militärputsch zu legitimieren.⁵⁶¹ Die Anklage richtete sich gegen den sogenannten „tiefen Staat“. Um den „tiefen Staat“ zu beenden, müsse sich der Staat dieser Organisation entledigen, so lautete das Urteil.⁵⁶²

Die Tendenz hin zu einem solchen Staat im Staate, oder, wie dieser im türkischen bezeichnet wird, „tiefen Staat“ (derin Devlet), gehen bis auf die Staatsgründung der modernen Türkei zurück und haben eine jahrzehntelange Entwicklung hinter sich. Seit Anfang der 1970er Jahre haben die USA in der türkischen Armee eine Geheimdienstsparte gegen den Kommunismus aufgebaut. Es gab eine Spezialisierung auf die Kurdenproblematik. Etwa 14 000 verschwundene Menschen gehen auf das Konto von Ergenekon.⁵⁶³

Die juristischen Untersuchungen der angeblichen kriminellen Ergenekon-Organisation wurden weitergeführt. Die Anschuldigungen umfassten die Stürzung der Regierung und die Anstiftung zum bewaffneten Aufstand. Während der Ermittlungen wurden Waffen und Munition beschlagnahmt. Der erste Prozess, der im Oktober 2008 begann, wurde fortgesetzt. Drei Generäle im Ruhestand und ein ehemaliger Kommandant der Gendarmerie wurden mit 56 Verdächtigen in der zweiten Anklage im März 2009 dem Gericht vorgelegt und eine dritte Anklage von 52 Verdächtigen im Juli des selben Jahres. Die politische und gesellschaftliche Debatte über eine Verfassungsreform wurde weitergeführt. Durch die Änderungen der Verfassung nach dem Militärputsch von 1980 gäbe es ein wachsendes Bewusstsein im Land, und in vielen Fällen sei es möglich, eine

⁵⁶⁰ Vgl. Coşkun: a.a.O., 2008, S. 38.

⁵⁶¹ Vgl. Genç, Savaş: Demokratie, nicht Laizismus um jeden Preis. Zu den inneren Auseinandersetzungen in der Türkei. In: Welt-Trends. Zeitschrift für internationale Politik. Zerrissene Türkei. 16. Jg., 2008, S. 44.

⁵⁶² Vgl. Coşkun: a.a.O., 2008, S. 38

⁵⁶³ Vgl. Sayan: a.a.O., 2008, S. 86.

weitere Demokratisierung und Grundfreiheiten, die den europäischen Normen entsprechen, stärker zu garantieren. Zu den bereits genannten Grundfreiheiten zählen zum Beispiel Vorschriften über politische Parteien, auch die Volksanwaltschaft, die Entwicklung der gewerkschaftlichen Rechte und der Gebrauch anderer Sprachen als Türkisch.⁵⁶⁴

5.2.6.2. Menschenrechte und Minderheitenschutz

Mit inzwischen neun Reformpaketen hat die Türkei seit August 2002 viele der in der EU-Beitrittspartnerschaft aufgelisteten Prioritäten im Menschenrechtsbereich in Angriff genommen: Abschaffung der Todesstrafe, Maßnahmen zur Verhütung sowie zur erleichterten Strafverfolgung und Bestrafung von Folter („Null-Toleranz-Politik“), Ausweitung der Vereinsfreiheit, Ermöglichung der Wiederaufnahme von Verfahren nach einer Verurteilung der Türkei durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), Stärkung der zivilen Kontrolle über das Militär, Beendigung gesetzlicher Diskriminierungen von Frauen sowie eine grundlegende Reform des Straf- und Strafprozessrechts haben viele Verbesserungen gebracht. Weitere Reformen, vor allem im Bereich Religionsfreiheit sowie hinsichtlich der Durchsetzung von Gewerkschaftsrechten müssen von der türkischen Regierung noch durchgeführt werden.

Darüber hinaus kommt es vor allem auf die Anwendung der Reformgesetze in der Praxis an. Diesen Schwerpunkt „Implementierung beschlossener Reformen“ betont auch die EU in ihrer Beitrittspartnerschaft mit der Türkei. Der effektive Grundrechtsschutz hängt wesentlich von den Entscheidungen türkischer Gerichte ab, die das geltende Recht auslegen. Dies gilt maßgeblich im Bereich Presse- und Meinungsfreiheit.

Frauen und Männer sind nach den umfassenden Reformen im Zivil-, Arbeits-, Straf- und Verfassungsrecht der letzten Jahre in der Türkei gesetzlich weitgehend gleichgestellt. Die gesellschaftliche Wirklichkeit bleibt in weiten Teilen des Landes

⁵⁶⁴ Vgl. Fortschrittsbericht 2008 der Türkei: Türkiye 2008 İlerleme Raporu. Abrufbar im Internet. 2008. URL: http://www.abgs.gov.tr/files/AB_Iliskileri/AdaylikSureci/IlerlemeRaporlari/turkiye_ilerleme_rap_2008.pdf. Stand: 20.10.2010.

jedoch hinter den gesetzlichen Fortschritten weit zurück. Gehobenen Positionen von Frauen an Hochschulen, als Anwältinnen und Ärztinnen oder in der Wirtschaft in den Städten stehen traditionell-konservative Gesellschaftsstrukturen in den ländlich-konservativen Gebieten (einschließlich der von Binnenmigranten bewohnten städtischen Räume) gegenüber. Insbesondere im Südosten sind frühe arrangierte Ehen und das Fernbleiben der Mädchen vom Schulunterricht durchaus verbreitet. Trotz strenger strafrechtlicher Bestimmungen werden vor allem in den semi-feudalen Strukturen kurdischer Familienclans überwiegend Frauen Opfer familiärer Gewalt und so genannter "Ehrenmorde", allerdings überwiegend in den großen Städten der Türkei. Die Täter müssen mit bis zu lebenslanger Freiheitsstrafe rechnen. Die Regierung und das Amt für Religiöse Angelegenheiten (Diyanet) sprechen sich dezidiert gegen innerfamiliäre Gewalt aus.⁵⁶⁵

Die Abschaffung der Todesstrafe zählt zu den großen Fortschritten in der türkischen Menschenrechtspolitik. Im Ergebnis kritisch zu bewerten ist dagegen die von der AKP angekündigte "Null-Toleranz"-Politik gegenüber Folter. Zwar wurden die Strafen für Folterer erhöht und allen Häftlingen das Recht auf einen Anwalt zugesprochen. Auch die Zahl der Folterungen und Misshandlungen ist im Vergleich zu den 1990er Jahren deutlich gesunken. Seit 2007 haben aber Folter und Misshandlungen durch Polizisten wieder zugenommen - trotz der Unterzeichnung des Fakultativprotokolls der UN-Konvention gegen Folter.

Änderungen im Antiterror-Gesetz 2006 machten viele Verbesserungen im Bereich der Meinungsfreiheit zunichte, die durch Reformen im Straf- und Presserecht erzielt worden waren. Ein Symbol für bestehende Einschränkungen ist der Paragraph 301 des Strafgesetzbuches, der seit 2008 zwar nicht mehr die "Verunglimpfung des Türkentums" aber immer noch eine interpretationsoffene "Beleidigung der türkischen Nation" verbietet.

⁵⁶⁵ Vgl. Auswärtiges Amt: Staatsaufbau und Innenpolitik. Abrufbar im Internet. 2010. URL: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01_Nodes_Uebersichtsseiten/Tuerkei_node.html. Stand: 12.01.2011.

Die Frauenrechte wurden dadurch gestärkt, dass das neue Strafgesetzbuch von 2005 unter anderem keine Strafmilderungen mehr für "Ehrenmorde" vorsieht und Gewalt gegen Frauen härter bestraft. Jedoch kollidiert die Umsetzung der Gesetze mit patriarchalischen Gesellschaftsstrukturen und Widerständen bei den staatlichen Behörden sowie den Sicherheitskräften.

Ziel vielfacher Kritik ist der türkische Laizismus, der nicht unparteiisch, sondern zugunsten der sunnitischen Muslime voreingenommen ist. Das Präsidium für Religiöse Angelegenheiten (Diyanet), die staatliche Religionsbehörde, vertritt nicht die Interessen von Nicht-Muslimen und Aleviten. Das neue Stiftungsgesetz von 2008 lässt wichtige Eigentumsfragen von Nicht-Muslimen, die Rechtsstellung nicht-sunnitischer Religionsgemeinschaften sowie die Ausbildung ihrer Geistlichen weitgehend ungeklärt.⁵⁶⁶

Der völkerrechtliche Vertrauensschutz greift in das Verhältnis zwischen Mitgliedstaaten und Kandidatenstaaten ein, und zwar in immer stärkerem Maße – proportional zum Fortschreiten des Beitrittsprozesses.⁵⁶⁷ Menschenrechtsverletzungen sind häufig die Ursache von Migration, Sezessionsbestrebungen, Bürgerkrieg und Terrorismus.⁵⁶⁸

Gemäß Art 49 EUV wurde die Achtung der Menschenrechte als einer der Grundsätze, auf denen die EU basiert (Art 6 EUV), zu einer ausdrücklichen Voraussetzung des Beitritts. Auch nach dem Beitritt kann eine schwerwiegende und anhaltende Verletzung von Menschenrechten gemäß Art 7 EUV zu Sanktionen gegenüber einem Mitgliedstaat wie der Aussetzung des Stimmrechts führen.⁵⁶⁹

Über die Ratifizierung der Menschenrechte hatte das Parlament die UN- Konvention über Behinderung bestätigt, die am 18. Dezember 2008 in Kraft getreten war. Das Fakultativprotokoll zum Übereinkommen wurde im September 2009 unterzeichnet. Nach dem Beschluss der Regierung im September 2009 ist die Genehmigung des

⁵⁶⁶ Vgl. Söyler, Mehtap: Der demokratische Reformprozess in der Türkei. Abrufbar im Internet. 2009. URL: <http://www.bundestag.de/dasparlament/2009/39-40/Beilage/001.html>. Stand: 11.01.2011.

⁵⁶⁷ Vgl. Zeh: a.a.O., 2009, S. 74.

⁵⁶⁸ Vgl. Pfeil: a.a.O., 2000, S. 10.

⁵⁶⁹ Vgl. Nowak, Manfred (2002): Einführung in das internationale Menschenrechtssystem. Wien/Graz 2002, Neuer Wissenschaftlicher Verlag, S. 256.

Fakultativprotokolls zum VN-Übereinkommen gegen Folter (OPCAT) Tagesordnung des Parlaments. Das Protokoll erfordert, einen unabhängigen nationalen Präventionsmechanismus festzusetzen oder einzurichten, um die Haftanstalten der Parteien zu kontrollieren. Die Türkei hat in Bezug auf die europäische Menschenrechtskonvention die drei zusätzlichen Protokolle 12 nicht abgelehnt.⁵⁷⁰

5.2.6.2.1. Bürgerliche und Politische Rechte

Um die Folter und Misshandlungen zu verhindern, setzte die Regierung ihre Bemühungen fort zur Einhaltung rechtlicher Garantien. Um das Istanbul-Protokolls 13 besser umsetzen zu können, wurde im Jahre 2008 begonnen, die Mitarbeiter des Gesundheitswesens, Richter und Staatsanwälte in Folter und Misshandlungsfallen effektive Untersuchungs- und Aufklärungsausbildungen zu geben. Die Ausstattung von Räumen für das Verhör bei Polizei und Gendarmerie mit Audio- und Videoaufnahme-Systemen wurde fortgesetzt. Damit die Beschwerden der Bürger in Bezug auf Polizei, Gendarmerie und Küstenwache untersuchen, wurde einen unabhängigen nationalen Mechanismus abgeschlossen. Zur Schaffung dieser Einheit wird der Gesetzesentwurf abgeschlossen und dem Parlament vorgelegt.⁵⁷¹

Die Europarat-Kommission zur Vorbeugung von Folter hatte am 14. Juni 2009 in der Türkei eine groß angelegte Mission durchgeführt. Dieser Besuch war wichtig für die Null-Toleranz-Politik-Analyse der Regierung. In den letzten Jahren veröffentlichten Menschenrechtsorganisationen mehr Vorwürfen von Folter und Misshandlungen. Die CPT beobachtet die Behandlung von Personen ganz besonders, die von den Strafverfolgungsbehörden (Polizei und Gendarmerie) festgenommen werden, sowie die Bedingungen in den Haftanstalten für Ausländer, in denen sich die illegalen Einwanderer befinden. Die CPT hat die den Gefangenen angebotenen medizinischen Dienste sowie eine Reihe von anderen Themen im Zusammenhang von Gefängnissen

⁵⁷⁰ Vgl. Fortschrittsbericht 2009 der Türkei: Türkiye 2009 İlerleme Raporu. Abrufbar im Internet. 2009. URL: http://www.abgs.gov.tr/files/AB_Iliskileri/AdaylikSureci/IlerlemeRaporlari/turkiye_ilerleme_rap_2009.pdf. Stand: 25.10.2010.

bis ins Detail untersucht. Mit der Veröffentlichung dieser Berichte zeigt die türkische Regierung ihre Verbundenheit mit der Null-Toleranz-Politik in Bezug auf Folter und Misshandlung.⁵⁷²

5.2.6.2.2. Achtung der internationalen Menschenrechtsübereinkommen

Das Fakultativprotokoll zur UN-Konvention gegen Folter (OPCAT) ist seit 2005 nicht genehmigt worden.

5.2.6.2.3. Wirtschaftliche und Soziale Rechte

Im Hinblick auf die Rechte der Frauen ist einer gesetzliche Regelung vom März 2009 entsprechend eine Kommission für Chancengleichheit für Männer und Frauen eingerichtet worden. Die Kommission überwacht die Fortschritte bei der Gleichstellung der Geschlechter, gibt Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen und empfiehlt die notwendigen Anordnungen für den Einklang zwischen den türkischen Rechtsvorschriften und den Bestimmungen des internationalen Abkommens. Die Kommission untersucht auch die Beschwerden in Bezug auf einen Verstoß gegen die Gleichberechtigung der Geschlechter und die geschlechtsspezifische Diskriminierung. Entsprechend einer Gesetzesänderung erhalten die Beschäftigten unter Vertrag im öffentlichen Dienst ebenso wie Beamte 16 Wochen bezahlten Mutterschaftsurlaub. Außerdem können Frauen am Ende ihrer Elternzeit ihre Arbeit wieder an der gleichen Arbeitsstelle aufnehmen.⁵⁷³ Die vorläufigen Ergebnisse der türkischen Bevölkerungs- und Gesundheitsforschung 2008 zeigen in den vergangenen Jahren Fortschritte mit

⁵⁷¹ Vgl. Fortschrittsbericht 2008 der Türkei: Türkiye 2008 İlerleme Raporu. Abrufbar im Internet. 2008. URL: http://www.abgs.gov.tr/files/AB_Iliskileri/AdaylikSureci/IlerlemeRaporlari/turkiye_ilerleme_rap_2008.pdf. Stand: 20.10.2010.

⁵⁷² Vgl. Fortschrittsbericht 2009 der Türkei: Türkiye 2009 İlerleme Raporu. Abrufbar im Internet. 2009. URL: http://www.abgs.gov.tr/files/AB_Iliskileri/AdaylikSureci/IlerlemeRaporlari/turkiye_ilerleme_rap_2009.pdf. Stand: 25.10.2010.

⁵⁷³ Vgl. Fortschrittsbericht 2009 der Türkei: Türkiye 2009 İlerleme Raporu. Abrufbar im Internet. 2009. URL: http://www.abgs.gov.tr/files/AB_Iliskileri/AdaylikSureci/IlerlemeRaporlari/turkiye_ilerleme_rap_2009.pdf. Stand: 25.10.2010.

Blick auf die Indikatoren „Gesundheit der Mutter“ und „Gesundheit des Kindes“, obwohl es regionale Unterschiede gibt.⁵⁷⁴

5.2.6.2.4. Minderheitenrechte, kulturelle Rechte und Minderheitenschutz

Das ungelöste Problem der Minderheiten bleibt ein Stolperstein auf dem Weg in die EU.⁵⁷⁵

Vor allem in den Bereichen Bildung und Diskriminierung in der Bildung sind mehrere Berichte von Wissenschaftlern und von NGO's erstellt worden. Die Bemühungen, diskriminierende Aussagen aus Lehrbüchern zu entfernen, würden diesen Berichten zufolge weitergeführt. Dennoch bleibe der Ansatz der Türkei gegenüber den Minderheitenrechten eingeschränkt. Obwohl die Türkei der Internationalen Konvention in Bezug auf die Bürgerlichen und Politischen Rechte angehört, habe die Türkei Vorbehalte gegen die Rechte von Minderheiten und die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte der Vereinten Nationen in Bezug auf das Recht auf Bildung, die ein Anlass zur Sorge seien.

5.2.6.3. Regionale Fragen und internationale Verpflichtungen

Was den Bereich regionale Fragen und internationale Verpflichtungen anbelangt, hat sich die Türkei öffentlich dafür ausgesprochen, unter Federführung der Vereinten Nationen wieder echte Verhandlungen über eine umfassende Lösung der Zypern-Frage aufzunehmen. Jedoch sind keine Fortschritte im Hinblick auf eine Normalisierung der bilateralen Beziehungen zur Republik Zypern zu verzeichnen. Die Türkei hat weder das Zusatzprotokoll zum Assoziationsabkommen vollständig umgesetzt noch sämtliche

⁵⁷⁴ Vgl. Fortschrittsbericht 2008 der Türkei: Türkiye 2008 İlerleme Raporu. Abrufbar im Internet. 2008. URL: http://www.abgs.gov.tr/files/AB_Iliskileri/AdaylikSureci/IlerlemeRaporlari/turkiye_ilerleme_rap_2008.pdf. Stand: 20.10.2010.

⁵⁷⁵ Vgl. Zlepko: a.a.O., 2009, S. 115.

Hindernisse für den freien Warenverkehr, einschließlich der Beschränkungen bei den direkten Verkehrsverbindungen mit Zypern, beseitigt.⁵⁷⁶

Die Beziehungen zu Griechenland haben sich positiv entwickelt. Weitere vertrauensbildende Maßnahmen wurden ergriffen, doch die Grenzstreitigkeiten konnten nicht beigelegt werden. Die Türkei spielt weiterhin eine positive Rolle im westlichen Balkan. Die Beziehungen zu Bulgarien sind positiv geblieben. Gutnachbarliche Beziehungen sind weiterhin von entscheidender Bedeutung.⁵⁷⁷

Die EU hatte bis zuletzt darauf gehofft, die Teilung Zyperns überwinden zu können und daher den von den Vereinten Nationen (VN) erstellten Annan-Plan unterstützt. In einem getrennten Referendum sollten beide Seiten am 24. April 2004 über diesen Plan abstimmen, das Ergebnis entsprach jedoch nicht den Brüsseler Erwartungen: Die griechisch-zyprische Volksgruppe lehnte bei einer Wahlbeteiligung von knapp 88 % den Annan-Plan deutlich mit 75,8 % ab, während sich die türkischen Zyperer bei einer Wahlbeteiligung von rund 87 % mit einer klaren Mehrheit von 64,9 % für den Plan der VN aussprachen.⁵⁷⁸

Die EU setzte die Überwachung, im Einklang mit den Schlussfolgerungen des Rates vom 11. Dezember 2006, von Fortschritten des Berichtes vom 21. September 2005 weiter fort. Die friedliche Beilegung von Grenzstreitigkeiten in der Türkei und Griechenland hatte ihre Anstrengungen zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen fortgesetzt. Die 41. Runde der Sondierungsgespräche hatten in Istanbul im Dezember 2008 stattgefunden. Allerdings waren die Fortschritte begrenzt. Gegenüber der möglichen Ausdehnung der griechischen Hoheitsgewässer im Jahr 1995, blieb die Drohung in Bezug auf die Entscheidung „Spion bestimmt“ vom Parlament gültig. Nach den Entscheidungen des Rates im Dezember 2008 heißt es „Ist von der Türkei bedingungslos, wenn nötig, durch Kontaktaufnahme mit dem Internationalen

⁵⁷⁶ Vgl. Europäische Kommission: Türkei Fortschrittsbericht 2007. Abrufbar im Internet. 2007. URL: http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2007/nov/turkey_progress_reports_courtesy_transl_d_e.pdf. Stand: 19.10.2009.

⁵⁷⁷ Vgl. Fortschrittsbericht 2008 der Türkei: Türkiye 2008 İlerleme Raporu. Abrufbar im Internet. 2008. URL: http://www.abgs.gov.tr/files/AB_Iliskileri/AdaylikSureci/IlerlemeRaporlari/turkiye_ilerleme_rap_2008.pdf. Stand: 20.10.2010.

Gerichtshof, sofern die Vereinten Nationen in Einklang mit dem Bekenntnis zu guten nachbarschaftlichen Beziehungen und friedliche Beilegung von Streitigkeiten eine Zusage erforderlich.“ In diesem Zusammenhang forderte die Union, Drohungen und Aktionen zu vermeiden, die die guten nachbarschaftlichen Beziehungen und friedliche Lösungen der Probleme nachteilig beeinflussen könnten.⁵⁷⁹

Einschließlich der Flüge über die griechischen Inseln wurden von Griechenland aus eine beträchtliche Anzahl von formellen Beschwerden in Bezug auf die anhaltenden Luftraumverletzungen der Türkei gemacht. Die regionale Zusammenarbeit mit der Türkei, die Südost-Europäischen-Länder-Kooperationsprozesse (SEECP) der Rat für die regionale Zusammenarbeit beteiligten sich weiterhin aktiv an regionalen Initiativen. Die Türkei führt seit Juni 2009 die Präsidentschaft der GDAÜ (Southeast European Cooperation Process), die jährlich wechselt.⁵⁸⁰

5.2.6.4. Die wichtigste Ergebnisse des Fortschrittsberichts 2010 zur Lage der Türkei

Die Türkei macht nach Ansicht der Europäischen Union keine befriedigenden Fortschritte in Sachen Grundrechte. „Meinungsfreiheit und die Freiheit der Medien müssen sowohl per Gesetz als auch in der Praxis gestärkt werden. Defizite bleiben bei der Ausübung der Religionsfreiheit. Fortschritt ist auch bei Frauenrechten, Geschlechtergleichheit und den Rechten der Gewerkschaften notwendig“, heißt es im diesjährigen Fortschrittsbericht.⁵⁸¹

Im Falle der Türkei kam die Kommission zu dem Schluss, dass das Land Fortschritte bei der Erfüllung der EU-Beitrittskriterien gemacht hätte, insbesondere mit der Verfassungsreform. Allerdings müsse im Bereich der Grundrechte noch mehr erreicht

⁵⁷⁸ Vgl. Axt/Schwarz/Wiegabd: a.a.O., 2008, S. 20f.

⁵⁷⁹ Vgl. Fortschrittsbericht 2008 der Türkei: Türkiye 2008 İlerleme Raporu. Abrufbar im Internet. 2008. URL: http://www.abgs.gov.tr/files/AB_Iliskileri/AdaylikSureci/IlerlemeRaporlari/turkiye_ilerleme_rap_2008.pdf. Stand: 20.10.2010.

⁵⁸⁰ Vgl. Fortschrittsbericht 2009 der Türkei: Türkiye 2009 İlerleme Raporu. Abrufbar im Internet. 2009. URL: http://www.abgs.gov.tr/files/AB_Iliskileri/AdaylikSureci/IlerlemeRaporlari/turkiye_ilerleme_rap_2009.pdf. Stand: 25.10.2010.

⁵⁸¹ Vgl. Bolzen, Stefanie: EU kritisiert Mangel an Grundrechten in der Türkei. Abrufbar im Internet. 2010. URL: <http://www.welt.de/politik/ausland/article10716535/EU-kritisiert-Mangel-an-Grundrechten-in-der-Tuerkei.html>. Stand: 10.12.2010.

werden, insbesondere die Gewährleistung der freien Meinungsäußerung in der Praxis. Wenn die Türkei ihren Verpflichtungen im Rahmen der Zollunion mit der EU in vollem Umfang nachkomme und sich um Normalisierung ihrer Beziehungen zu Zypern bemühe, würde sie das Verhandlungstempo beschleunigen können.

Die Türkei hat lange versucht, ein Teil Europas zu werden, aber ihre Hoffnungen auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union werden heute vor allem durch die unaufgelösten Spannungen zwischen ihr und Europa untergraben. Zurzeit beherrschen statt der Aussicht auf eine gemeinsame Zukunft Furcht und Gewalt das immer konservativere politische Klima sowohl in der Türkei als auch in Europa. Dennoch fungiert „der Westen“ nach wie vor als übergreifender Bezugspunkt in diesen Spannungen sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene, insofern sie in einem „zivilisatorischen Diskurs“ artikuliert werden. Darum bleibt die geschichtliche Last der Ost/West-Polarität bestehen, auch wenn die tiefen Risse in der national/modernen Fantasie, die in der türkischen Politik hegemonial ist, mit jedem Tag wachsen, an dem die Medien ein neues „Ereignis“ enthüllen, das auf die Aktivitäten des sogenannten „tiefen Staates“ hinweist und die Gesellschaft in „Islamisten“ und „Laizisten“ spaltet.⁵⁸²

Der Begriff „Westen“ (Europa) ist der permanente Signifikant in der Sprache des türkischen Raums, er übt eine effektive Macht auf die Imagination der modernen türkischen Identität bzw. Differenz aus, sowohl als Bedeutung für Fortschritt, Demokratisierung und Wohlstand als auch als Figur der Entfremdung und Spaltung der nationalen Einheit. Der türkische Okzidentalismus formiert sich an der imaginären Schwelle, an der Grenzziehungspolitik zwischen „westlichen Ideen und Techniken“ und „östlichen Werten und Traditionen“. Er verweist darauf, was als gut und nützlich gedeutet und angeeignet werden soll und was als schädlich und unangemessen betrachtet wird.⁵⁸³

⁵⁸² Vgl. Ahıska, Meltem (2008): Okzidentalismus. Die historische Fantasie des Modernen. In: Ataç, Ilker/Küçük, Bülent/Şener, Ulaş (Hrsg.): Perspektiven auf die Türkei. Ökonomische und gesellschaftliche (Dis)Kontinuitäten im Kontext der Europäisierung. Münster 2008, Verlag Westfälisches Dampfboot, S.24f.

⁵⁸³ Vgl. Küçük: a.a.O., 2008, S. 81.

Die Verhandlungen mit der EU begannen offiziell am 3. Oktober 2005. Die Türkei wird am Ende der Beitrittsverhandlungen nicht garantiert Mitglied der Europäischen Union. Das bedeutet, dass das Ergebnis der Verhandlungen offen gelassen wurde. Gründe dafür waren kontroverse Debatten innerhalb der Kommission und öffentliche Diskussionen in mehreren EU-Staaten. Die Skeptiker hielten an der Integrationsidee fest. In der türkischen Öffentlichkeit wurde vor allem das unschlüssige Ende der Verhandlungen als eine Diskriminierung gegenüber allen anderen Beitrittskandidaten empfunden. Der Grund für die Verzögerung lag an der Blockadepolitik Österreichs, welches sich in letzter Minute zu einem Verhandlungsrahmen überreden ließ.⁵⁸⁴

Die Verfassungsänderung vom 12. September 2010

Diejenigen, die meinen, die letzte Verfassungsänderung habe der Demokratisierung der Türkei zweifellos genutzt, argumentieren diese mit Änderungen wie der positiven Diskriminierung in Bezug auf die Frauenrechte, mit den Regelungen der Kinderrechte und den persönlichen Antragstellungen beim Verfassungsgericht. Mit diesen Änderungen wurde verhindert, dass die Justiz unter die Gefangenschaft einer bestimmten Ideologie gerät.⁵⁸⁵ Außerdem wurde mit der Änderung des vorläufigen 15. Artikels die Aburteilung von Soldaten vor zivilen Gerichten ermöglicht. Dies ist ein wichtiger Vorteil. Diejenigen, die für die Verfassung Putsche gemacht haben, können vor Gericht gestellt werden.⁵⁸⁶ Es gibt auch Leute, die behaupten, dass diese Verfassungsänderung eine Änderung ist, die die Geschichte der Türkischen Republik prägen wird. Die Einflüsse dieser Änderungen auf die türkische Geschichte werden nach 20–30 Jahren spürbar werden. Die wichtigste Änderung ist die Bemühung zur Verhinderung der militärischen Bevormundung.⁵⁸⁷

Die Grundrechte und Freiheiten müssen den Individuen ohne Vorurteile und ohne Handel gegeben werden, also muss neben der Lebens- und Reisefreiheit auch Bildungsfreiheit garantiert werden. Die Hindernisse vor dieser Angelegenheit müssen

⁵⁸⁴ Vgl. Kramer, Heinz: EU-Türkei. Vor schwierigen Beitrittsverhandlungen. Abrufbar im Internet. 2005. URL: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=2178. Stand: 1.12.2009.

⁵⁸⁵ Interviewgespräch mit kr7s1.

⁵⁸⁶ Interviewgespräch mit s6pr4.

⁵⁸⁷ Interviewgespräch mit ab1c2.

eins nach dem anderen beseitigt werden. Bei der letzten Verfassungsänderung waren Regelungen zum Schutz von Frauen, Alten, Behinderten und Gestaltungen zur Erweiterung der Rechte der Arbeiter vorhanden. Außerdem wurden mit Regelungen zur Struktur des Verfassungsgerichts und der HSYK (Hoher Rat für Richter und Staatsanwälte) geändert. Die vorherige Verfassung führte zu einer antidemokratischen Lage bei der Bestimmung der Mitglieder der Verfassungsgerichts und der HSYK. Das Oberverwaltungsgericht, die Oberrechnungskammer und der Kassationsgerichtshof wählten die Mitglieder unter sich, sie bildeten das Verfassungsgericht und das Verfassungsgericht bildete diese Institutionen. Also war keine Wahlorganisation vorhanden. Die vorhandene Struktur wurde mit neuer verfassungsmäßiger Regelung in eine demokratische Lage gebracht. Dementsprechend kann nun ein Richter, der in der Provinz Anatolien beauftragt ist, ohne Beziehungen zu irgendwelchen Stellen, Mitglied der HSYK werden, wenn er genug Stimmen erhält.⁵⁸⁸

Die politische Macht spielt auch bei der Demokratisierung eine wichtige Rolle. Betrachtet man die politischen Parteien, wird deutlich, dass die AKP Grundrechte und Freiheiten in der Türkei hervorbringen und erweitern möchte. Sie ist auf dem Wege, noch mehr Demokratie und eine zivile Verfassung zu beantragen. Die Oppositionsparteien haben diesbezüglich eine konservativere Haltung. Nach den Meinungsforschungen ist einer der Hauptgründe derjenigen, die bei dem 12. September Referendum Ja gesagt haben, die Besserungen auf dem Bereich der Menschenrechte. Somit können diejenigen, die auf dem Bereich der Menschenrechte keine fortschrittliche Haltung einnehmen, vom Volk nicht genügend Unterstützung erhalten. Mit der letzten Verfassungsänderung wurden viele Rechte vorgesehen Auf dem Weg zur Demokratisierung ist der wichtigste Schritt derjenige der Justiz. Aber für den Fortschritt müssen die Reformen fortgesetzt werden.⁵⁸⁹

Nach manchen Ansichten kann die letzte Verfassungsänderung die türkische Demokratie nicht bedeutend beeinflussen. Denn eine große Mehrheit weiß nicht, warum sie bei der Volksabstimmung Ja oder Nein gesagt hat. Die Demokratie kann auf diese

⁵⁸⁸ Interviewgespräch mit ia3z26.

⁵⁸⁹ Interviewgespräch mit is0175.

Weise nicht europäisiert werden. Die Nichtverinnerlichung der durchgeführten Reformen ist aus Sicht der Demokratie eines der größten Probleme.⁵⁹⁰

Nach einer aktuellen Untersuchung wurden Gründe dafür gesucht, warum manche Nichtregierungsorganisationen eine negative Meinung zur Verfassungsänderung hatten. Natürlich sieht es so aus, als gäbe es keinen gemeinsamen Grund. Gemeinhin wird die Angelegenheit so interpretiert, dass die Neinstimmen in unterschiedlichen Gebieten der Türkei und aus verschiedenen Gründen abgegeben wurden. An dieser Stelle kommt es wahrscheinlich zu einem ersten Wahrnehmungsproblem. Die Türkei hat sich zwar einerseits an Europa, an den Westen gebunden, aber zugleich sind Leute mit der Behauptung aufgetreten, es sei zu einer Achsenverschiebung gekommen, die Nein gesagt haben. Darüber hinaus herrscht auch die Meinung vor, die Verfassungsänderung versuche eine befürwortende Justiz zu schaffen. Heraus kommt, dass die Medien in dieser Angelegenheit eine wichtige Rolle spielen. Es ist zu erkennen, dass einige unwahre Theorien einen großen Teil des Volkes in bedeutendem Maße beeinflusst haben.⁵⁹¹

Nach manchen Meinungen gibt es weder eine politische Partei noch eine Nichtregierungsorganisation, die gegen die Verfassungsänderung ist. Dass diese Reformen von der AKP durchgeführt werden, ist der Hauptgrund, warum Nichtregierungsorganisationen dagegen sind. Wenn die Artikel der Verfassung einzeln abgestimmt würden, würden viele Artikel mit einer großen Mehrheit die Jastimme erhalten.⁵⁹² Außerdem wird auch die Meinung vertreten, dass die Regierung zur Polarisierung in der Gesellschaft führt und Menschen deswegen gegen die Verfassungsänderung sind.⁵⁹³ Manchen Schichten zufolge wurden die Verfassungsänderungen von der Regierung nicht durch Konsens, sondern mit einer Zwangsmethode ins Referendum gebracht. Deswegen gibt es Menschen, die dagegen sind.⁵⁹⁴

⁵⁹⁰ Interviewgespräch mit rx61e.

⁵⁹¹ Interviewgespräch mit is0175.

⁵⁹² Interviewgespräch mit ab1c2.

⁵⁹³ Interviewgespräch mit rx61e.

⁵⁹⁴ Interviewgespräch mit x2y6n.

Da die Nichtregierungsorganisationen in der Türkei mit dem Staat identisch sind oder damit zufrieden sind, dass der Staat mit militärischer Bürokratie entworfen wird, waren sie sowohl von der Verfassungsänderung als auch von der Demokratie beunruhigt. Die Angst, ihre privilegierten Stellungen zu verlieren, haben Nichtregierungsorganisationen oder Regierungsorganisationen bei dieser Verfassungsänderung beunruhigt.⁵⁹⁵

Die Verfassungsänderung vom 12. September 2010 war eine Probe. Im Jahre 2011 wird die hauptsächliche Verfassungsänderung durchgeführt werden. Zu hören ist, dass einige Änderungen bei den unveränderlichen Artikeln der Verfassung durchgeführt werden. Die Verfassungsänderung von 2010 war eine Vorbereitung dafür, Begriffe wie Volk, Fahne und offizielle Sprache zu verändern. Die Struktur des Verfassungsgerichts wurde geändert, damit die Verfassungsänderung dort nicht scheitern konnte. Die ethnischen Gruppen in der Türkei werden von Ministerpräsident Erdogan wie eine Nation bezeichnet. Erdogan meint, ethnische Gruppen seien Hindernisse für eine Nationalisierung. Doch auch in Frankreich gibt es viele ethnische Gruppen. Das Dasein ethnischer Gruppen ist kein Hindernis für eine Nationalisierung. Die Soziologen beschreiben diese Lage als Akkulturation.⁵⁹⁶

5.2.7. Alternative Kooperationsmöglichkeiten seitens der Türkei

Die Türkei ist in der vorteilhaften Position, zwischen mehreren Alternativen auszuwählen, die einen relativ breiten Handlungsbogen umspannen.

5.2.7.1. Stärkere Anlehnung an die USA

Die erste Variante wäre eine noch stärkere Anlehnung an die USA unter dem Motto "Die Türkei als treuer Verbündeter in der NATO und im Kampf gegen den globalen Terrorismus". Diese mögliche Anlehnung ist aufgrund des Irakkriegs und dem daraus entstandenen und inzwischen stark ausgeprägten Anti-Amerikanismus unwahrscheinlich geworden. Sie sollte aber nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Zurzeit genießt die Schadensbegrenzung auf beiden Seiten höchste Priorität. Ob die

⁵⁹⁵ Interviewgespräch mit kr7sl.

USA aufgrund der geänderten Sicherheitslage die Türkei weiterhin finanziell unterstützen wird, wie sie es seit der Truman-Doktrin von 1947 getan haben, ist noch ungeklärt. Es wird wahrscheinlich zu einer Neudefinition des türkisch-amerikanischen Verhältnisses kommen. Dieses wird primär von den USA ausgehen und sehr stark abhängen von den Entwicklungen im Irak, den Optionen für amerikanische Basen im Mittleren Osten und der allfälligen Einigung der Türkei mit der EU. Man muss vor allem die Entwicklungen im Irak abwarten. Die Einheit des irakischen Staates ist gefährdet und würde bei einer Aufteilung in drei Teile einen von den Kurden lang angestrebten Kurdenstaat hervorbringen. Wie die Türkei darauf reagieren würde, bleibt abzuwarten. Aber aufgrund der starken Spannungen zwischen Türken und Kurden ist zu befürchten, dass die Türkei sich auf das Selbstverteidigungsrecht berufen wird. Gleichzeitig werden alte, für sie noch nicht eingelöste Ansprüche auf die Erdölgebiete rund um Mossul und Kirkuk erneut geltend gemacht werden. Ob die USA dann noch mäßigend auf die Türkei einwirken können, bleibt abzuwarten. Sollten die USA militärisch gegen die Türkei vorgehen, so wäre dies ein bewaffneter Konflikt zwischen zwei Mitgliedern der NATO, mit Kampfhandlungen in der Ägäis und am Balkan. Der Konflikt würde damit nach Europa hereingetragen werden. Die internationale Staatengemeinschaft wird einen Aggressionsakt gegen den Irak bzw. einen autonomen Kurdenstaat mit nachfolgender Besetzung nicht akzeptieren. Die Türkei würde damit innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft zum Aggressor. Europa müsste dann mit einer gesteigerten Migration aus der Türkei rechnen.⁵⁹⁷

5.2.7.2. Stärkere Position in der islamischen Welt

Die zweite Alternative zum EU-Beitritt beinhaltet eine Verstärkung der Position innerhalb der islamischen Welt. Abdullah Güls diplomatische Tour im Nahen Osten könnte als ein solches Signal verstanden werden. Dabei ist man in einer recht paradoxen Situation. Die Türkei ist islamisch, aber dennoch stark laizistisch. Dazu sind die Türken auch noch NATO-Mitglied. Dieses ist an sich ein einzigartiges Paradoxon – sowohl für

⁵⁹⁶ Interviewgespräch mit ky4r9.

⁵⁹⁷ Vgl. Riemer, Andrea K.: Konsequenzen eines möglichen EU-Beitritts der Türkei. In: Frech, Siegfried / Öcal, Mehmet (Hg.): Europa und die Türkei. Schwalbach 2006, Wochenschau Verlag, S. 38ff.

die islamische Welt als auch für die NATO. Dies erschwert die Position der Türkei, macht aber diese Variante nicht unrealistisch. Wenn es der Türkei gelingen sollte, sich als demokratischer und stabiler Pol in einer von Krisen überschütteten Region zu präsentieren, sind die Chancen zur Positionsstärkung durchaus gegeben. Ohne Zweifel würde die Türkei diese Rolle gerne übernehmen, sieht sich aber seit jeher mit Rezeptionsproblemen konfrontiert. Es würde einer großen diplomatischen Offensive mit flankierenden Maßnahmen bedürfen, um den „islamischen Weg“ auch nachhaltig umsetzen zu können. Man kann annehmen, dass weder die EU noch die USA oder Russland von dieser Alternative begeistert wären. Angesichts terroristischer Umtriebe wären sowohl die EU als auch die USA darum bemüht, die Türkei wieder verstärkt ins „westliche Boot“ zu bekommen. Die vergangenen Drohungen der Türkei, sich mehr der islamischen Welt zuzuwenden, haben den Europäern und Amerikanern in der Vergangenheit bereits große Sorgen bereitet. Die Türkei hat bereits bemerkt, dass dies eine gute Strategie ist, um die Aufmerksamkeit des Westens auf sich zu ziehen und somit zu ihrem Ziel zu kommen, nämlich einer EU-Vollmitgliedschaft. Jedoch ist dieses Mittel für die Türkei recht kontraproduktiv. Die Drohpolitik würde die Stimmung gegen einen Türkeibeitritt in der europäischen Bevölkerung nähren und zum Thema Islam trüben. Die Aufnahme der Türkei in die EU wäre unwahrscheinlich.⁵⁹⁸

Der ehemalige Führer der Islamisten, Necmettin Erbakan hatte seine politischen Gegner lange Jahre als „Nachahmer des Westens“ beschimpft und die Idee einer „Islamischen Gemeinschaft“ als Alternative zur EU propagiert.⁵⁹⁹

5.2.7.3. Annäherung an Russland und China

Die Variante drei sieht eine sukzessive Annäherung an Russland und China vor. Diese Entscheidung könnte aus einer Enttäuschung über das Verhalten der USA hervortreten. Die Türkei orientiert sich verstärkt gemäß ihrer nationalen Interessen und platziert sich als „Regional Player“, wobei sie jede von dritter Seite angebotene Unterstützung

⁵⁹⁸ Vgl. ebd., S. 40f.

abschöpft und nur soviel in internationale Kooperationen einbringt, wie zur Erfüllung ihrer nationalen Interessen erforderlich ist. Die Türkei würde eine Rolle in einem Gegengewicht zu den USA spielen wollen und sich mehr auf die "coalitions of the willing" in der islamischen Welt konzentrieren müssen. Es ist zu bezweifeln, dass die USA dies aufgrund der instabilen Lage im Irak akzeptieren würde. Die Region im Mittleren und im Nahen Osten würde dann „über Nacht“ zum Spielplatz von anderen Mächten werden. Dabei kommen auch der Iran, Indien und Pakistan ins Spiel. Somit bestünde die Gefahr, dass die Region durch den Wettbewerb von nach Hegemonie strebenden Staaten instabiler denn je würde. Dabei sollte nicht vergessen werden, dass es sich bei Indien und Pakistan um zwei Atommächte handelt, bei denen man aufgrund ihres Verhaltens in der Vergangenheit annehmen muss, dass sie auch bereit sind, ihre Nuklearkapazitäten einzusetzen. So würden die mühsamen Befriedungsversuche mit einem Schlag zunichtegemacht. Die Türkei verfügt zwar nicht über Nuklearwaffen, besitzt aber die zweitgrößte Armee der NATO. Konflikte zwischen den großen regionalen Parteien hätten hohe Überschwappeffekte.⁶⁰⁰

5.2.7.4. Der Traum von einer großtürkischen Welt

Am 17. April 1993 erlag der türkische Staatspräsident Turgut Özal im Alter von 65 Jahren überraschend einer Herzattacke. Kurz zuvor war er auf einer zweiwöchigen Rundreise durch die fünf Turkrepubliken, die durch den Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 zu selbstständigen Staaten geworden waren. Zu diesen fünf Ländern zählen: Aserbaidschan, Turkmenien, Usbekistan, Kasachstan und Kirgisien. In diesen Ländern leben mehr als 50 Millionen Menschen, die sogenannte „türkischer Zunge“. In der Türkei machte sich der utopische Gedanke von einem „großtürkischen Reich“ breit. Das Gebiet von der Adria bis an die Westgrenze Chinas könnte unter türkischer Führung stehen, so die Idee. Ab 1992 wurde alljährlich das „Türkische Gipfeltreffen“ abgehalten. „Wenn wir unsere historische Chance richtig nutzen und keinen Fehler

⁵⁹⁹ Vgl. Kizilyaprak, Zeynel Abidin: Der EU-Beitritt in der türkischen Diskussion. Abrufbar im Internet. 2004. URL: http://www.bpb.de/themen/HRLQQW,0,Der_EUBeitritt_in_der_t%FCrkischen_Diskussion.html. Stand: 12.07.2010.

⁶⁰⁰ Vgl. Riemer: a.a.O., 2006, S. 41f.

machen“ sagte Turgut Özal auf dem ersten Gipfel, „dann wird das 21. Jahrhundert ein türkisches Jahrhundert“. ⁶⁰¹

Die Enttäuschung kam schneller als der Wind. Özal gestand bei einer Rundreise ein, dass das „türkische Jahrhundert“ vorbei war, ohne dass es recht begonnen hatte. Mit der Besetzung des Berges Karabagh hatte Armenien aserbaidchanisches Territorium besetzt und Özal drohte in scharfem Ton mit einer militärischen Aktion. Doch die übrigen vier Turkrepubliken zeigten kein Interesse an einer Intervention, sicherlich spielte der immer noch starke Einfluss Russlands eine wichtige Rolle. Die Russen unterstützten die Armenier. Auch wirtschaftspolitisch sind die Turkrepubliken in einem sehr engen Kontakt mit Russland. Das ist ein Kontakt, den Ankara heute noch vermisst. Die Geschäfte mit den Turkstaaten machen nur 2 % des Außenhandels der Türkei aus. Selbst Statistiken zeigen, dass die Türkei wirtschaftlich stärker mit Russland verbunden ist als mit den Turkstaaten. ⁶⁰²

Dabei sollte es niemanden wundern, dass die kulturelle Annäherung nur schleppend vorankommt. In Ankara glaubte man wirklich, das „Türksein“ wäre bis nach China hinein verstanden worden. Bald musste man erfahren, dass es schon in Turkmenistan mit der Verständigung vorbei war. Es gibt heute immer noch kein gemeinsames Alphabet der Turksprachen und auch keinen kulturellen Austausch, der mehr als Folklore ist. ⁶⁰³

Jedoch kann man zweifelsohne sagen, dass die Türken und Aserbaidchaner ein sehr gutes Verhältnis miteinander pflegen. Ankara war 1993 jedoch nicht in der Lage, den Präsidenten Ebulfeyz Eldschibey mithilfe eines aserbaidchanischen Warlords zu stürzen. Eldschibey versäumte es, den russischen Erdölkonzern Lukoil in einen Vertrag aufzunehmen, der es westlichen Konsortien ermöglichte, aserbaidchanisches Öl auszubeuten. Jedoch sorgte Eldschibeys Nachfolger Haidar Aliew dafür, dass auch der Kreml von diesem Deal profitierte. Im September 2002 begann der Bau für eine

⁶⁰¹ Vgl. Seufert/Kubaseck: a.a.O., 2004, S. 194f.

⁶⁰² Vgl. ebd.

⁶⁰³ Vgl. ebd.

Pipeline von Baku über Tiflis bis zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan. Die wesentliche Aufgabe dieser Pipeline ist es, aserbaidchanisches Öl in den Westen zu transportieren. Das lag nicht unbedingt im Interesse Russlands, welches das Öl lieber über eigenes Gebiet geleitet hätte, jedoch hatte politischer Druck aus den USA die Russen dazu gezwungen, das Projekt zu akzeptieren. Am Anfang der neunziger Jahre wurde die aufkommende pantürkische Begeisterung von Washington stark angefochten. Man wollte sich jetzt über die Türkei am Rennen um das zentralasiatische Öl und Gas beteiligen. Mit den Ereignissen am 11. September 2001 und der daraus resultierenden Invasion des Iraks sind die USA jetzt trotzdem in Zentralasien präsent. Die Beziehungen zu den Turkstaaten muss die Türkei jetzt vollkommen neu und viel bescheidener gestalten.⁶⁰⁴

Als Reaktion auf die nationalistischen Bewegungen auf der ganzen Welt entstand im 19. Jahrhundert der türkische Nationalismus der Moderne. Das Ziel des Panturkismus, der türkischen Variante des Nationalismus, ist die weltweite Vereinigung der Türken. Der Turanismus hat seine Wurzeln im Panturkismus und leitet sich von dem Begriff „Turan“ ab. Der Turanismus strebt die Vereinigung aller türkischen Völker in einem türkischen Utopia namens „Turan“ an. Der Turkismus vertritt im Gegensatz zu den Konzepten des Turanismus und Panturkismus auch innenpolitische und gesellschaftliche Ordnungsvorstellungen. Im Turkismus steht die Verdrängung von nicht-türkischen Völkern, die in einem türkischen Lebensraum (Turan) leben, auf dem Programm. Im Turkismus wird dieses Vorhaben als Türkisierung bezeichnet.⁶⁰⁵

Der Panturkismus ist heute noch ein fundamentales Element der Ideologie der Ülkücü (Nationalisten)-Bewegung. "Dış Türkler" ("Außen-Türken") ist heute immer noch ein aktuelles Thema in der Türkei. Daraus folgt auch der stark verbreitete Begriff „Türk Dünyası“ („Türkische Welt“). Gemeint sind damit die Turkrepubliken und die türkischen Minderheiten außerhalb der türkischen Republik.⁶⁰⁶

⁶⁰⁴ Vgl. ebd.

⁶⁰⁵ Vgl. NRW (Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen): Türkischer Nationalismus: 'Graue Wölfe' und 'Ülkücü' (Idealisten)- Bewegung. Abrufbar im Internet. 2004. URL: http://www.im.nrw.de/sch/doks/vs/tuerkischer_nationalismus.pdf. Stand: 12.11.2010.

⁶⁰⁶ Vgl. ebd.

Der pantürkische Ansatz der Ideologie wird mit Begriffen wie „Türkische Welt“ oder „Außen-Türken“ untermauert, auch wenn der inzwischen stark verpönte Begriff „Panturkismus“ in Veröffentlichungen und auch auf Webseiten der Bewegung vermieden wird.⁶⁰⁷

5.2.7.5. Privilegierte Partnerschaft zur EU

Das Modell der privilegierten Partnerschaft ist ein von hauptsächlich christlich-konservativen Parteien aus Deutschland stammender Vorschlag. Dieses Modell gilt als Alternative zur Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU. Jedoch wurde die privilegierte Partnerschaft bei den vorhergegangenen Beitritten nicht diskutiert. Erst als es zu Verhandlungen um einen Beitritt der Türkei in die EU kam, wurde dieses Modell besprochen.⁶⁰⁸

Die Gegner eines EU-Beitritts der Türkei wollen das Land trotz allem eng an die EU binden und bezeichnen dies des Öfteren als „privilegierte Partnerschaft“. Diese Partnerschaft ist jedoch kein klar definiertes Konzept, sondern bezeichnet lediglich ein Bestreben nach einem engen gesellschaftlichen und wirtschaftspolitischen Verhältnis.⁶⁰⁹

Durch die „privilegierte Partnerschaft“ entstehen neue Zusammenarbeiten, die weit über die zwischen der Türkei und der EU eingegangenen Zollunion hinausgehen: Es könnte zum Beispiel eine alle Gütergruppen umfassende Freihandelszone geschaffen werden. Die Zusammenarbeit könnte noch weiter vertieft werden. Insbesondere wären davon die Zivilgesellschaft, die Förderung von Kleinen und Mittleren Unternehmen, der Umweltschutz sowie der Gesundheits- und Bildungsbereich betroffen. Darüber hinaus könnten der Terrorismus, Extremismus und das Organisierte Verbrechen durch die

⁶⁰⁷ Vgl. ebd.

⁶⁰⁸ Vgl. Ayen, Susanne: Wackelkandidat Türkei – Szenarien des Beitritts zur EU. Veröffentlichte Magisterarbeit. Darmstadt 2006, Grin-Verlag für akademische Texte, S. 13.

⁶⁰⁹ Vgl. Stratenschulte: a.a.O., 2007, S. 126.

Zusammenarbeit der Behörden und Institutionen im Innen- und Justizbereich sowie der Geheimdienste viel stärker bekämpft werden.⁶¹⁰

Die Elemente einer solchen privilegierten Partnerschaft sind zum Beispiel;

- Aufstockung der Hilfsprogramme,
- Erweiterung der Zollunion zur umfassenden Freihandelszone,
- Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Zusammenarbeit im Innen- und Justizbereich sowie stärkere Kooperationen zwischen den Geheimdiensten
- Unterstützung bei der Schaffung einer Euro-Mediterranen-Freihandelszone.⁶¹¹

Doch diese „privilegierte Partnerschaft“ besitzt die Türkei schon längst: Seit 1996 ist sie Mitglied der Zollunion. Freier Warenaustausch zwischen der EU und der Türkei ist schon längst Realität. Jedoch profitierte bislang nur die EU von diesem Warenaustausch. Seit dem Beitritt zur Zollunion hat sich das Außenhandelsdefizit zum Nachteil der Türkei erhöht.⁶¹²

Das Defizit der Türkei für die Jahre 1997-2004 liegt laut den Berechnungen des Präsidenten der Handelskammer von Ankara, Sinan Aygün, bei insgesamt 79,5 Milliarden Euro. Die Idee der „privilegierten Partnerschaft“ als Alternative zu einer Vollmitgliedschaft wird von der türkischen Bevölkerung und von den Deutschlandtürken ironisch als „privilegierte Diskriminierung“ verstanden.⁶¹³

⁶¹⁰ Vgl. CDU/CSU: Privilegierte Partnerschaft. Die europäische Perspektive für die Türkei. Beschluss der Präsidien der Christlich Demokratischen Union und der Christlich-Sozialen Union am 7. März 2004. Abrufbar im Internet. 2004. URL: <http://www.cdu.de/doc/pdfc/080304-beschluss-tuerkei.pdf>. Stand: 13.07.2010.

⁶¹¹ Vgl. Röllenblech, Udo: Die Europäische Union und die Türkei Beitrittsverhandlungen zur EU. Abrufbar im Internet. 2005. URL: http://www.eu-direct.info/downloads/EU_Tuerkei_04Okt2005.pdf. Stand: 14.11.2010.

⁶¹² Vgl. Keskin: a.a.O., 2006, S. 85.

⁶¹³ Vgl. ebd., S. 85f.

5.2.8. Die Demokratieförderung der EU auf den türkischen Demokratisierungsprozess

Im allgemeinen Sinne sind die Dynamiken, die die Entwicklung der Demokratie in der Türkei beeinflussen, sowohl interne als auch externe Dynamiken. Sie sind miteinander verschränkt.⁶¹⁴ Manche Betrachter vertreten die Meinung, dass bei den Demokratiebewegungen in der Türkei die eigenen internen Dynamiken entscheidender seien. Manche Betrachter dagegen nehmen den Standpunkt ein, dass der Einfluss der externen Dynamiken überwiegt. Aber sowohl bei den internen Dynamiken als auch bei den externen Dynamiken befinden sich Faktoren, die die Demokratie der Türkei positiv und negativ beeinflussen.

Innerhalb der Beziehungen der Türkei mit der Welt haben die externen Faktoren mit der Zeit auch großen positiven Einfluss gehabt. Heute können kleine Vorfälle auf der Welt die ganze Welt beeinflussen. Die Ökonomien sind integriert und internationale wirtschaftliche Unternehmen haben angefangen, den Platz der Staaten einzunehmen. Es gibt Unternehmen, die ein größeres Budget haben als viele Staaten. Wenn eine dieser Gründungen im wirtschaftlichen Sinne in Not geriet, werden alle Staaten davon beeinflusst. Deshalb haben externe Dynamiken, je nach Situation, positive oder negative Einflüsse.⁶¹⁵

Die Demokratisierungsbewegung der Türkei ist ein sehr langer Prozess. Wenn man bedenkt, dass die Demokratisierungsbewegung nach dem Zweiten Weltkrieg begonnen hat, wird der Einfluss externer Dynamiken auf den Demokratisierungsprozess sichtbar. Da totalitäre Regimes besiegt wurden, führte der Druck der Siegermächte dazu, dass die Türkei zum Mehrparteiensystem überging. Die ersten Wahlen wurden durchgeführt und somit entstand in der Türkei eine Demokratiewelle. Aber die folgenden Militärjungen zeigten, dass die Demokratie in der Türkei nicht tief verwurzelt war. Aber wenn man die Demokratisierungsarbeiten in den 2000er Jahren betrachtet, wird die Effektivität von externen Dynamiken erkennbar. Denn im Demokratisierungsprozess der Türkei nimmt die EU einen wichtigen Platz ein. Die EU hat der Türkei im Jahre 1999 mit

⁶¹⁴ Interviewgespräch mit ab1c2.

⁶¹⁵ Interviewgespräch mit ky4r9.

Helsinki die Türen geöffnet und der Prozess bis zur Gewinnung des Kandidatenstatus am 3. Oktober 2005 hat die Demokratisierung der Türkei sehr vorangebracht. Reformen wurden verwirklicht und wichtige Änderungen sind in Betracht gekommen. Im juristischen Bereich wurden Änderungen in Gesetzen und im Grundgesetz durchgeführt. Bis zu gegenwärtigen Zeitpunkt wurden 10 Anpassungspakete verabschiedet. Außerdem hat sich auch die Mentalität nach und nach erheblich gewandelt. Die Demokratie beginnt, die Köpfe der Menschen zu erreichen. Der Einfluss der EU in dieser Sache ist erheblich.⁶¹⁶

Diejenigen, die verfechten, dass externe Faktoren einen positiven Einfluss auf die Demokratisierung der Türkei haben, verweisen überwiegend auf die Beziehungen mit der EU. Die Regelungen, die im Umfang der EU durchgeführt wurden, zeigen positive Wirkungen auf die türkische Demokratie. Die negativen Wirkungen von externen Faktoren werden vorrangig in der Achse der USA und der NATO sichtbar. Einige verfechten den Standpunkt, dass die Weltkonjunktur einen bedeutend positiven Einfluss auf die Demokratisierung der Türkei hat. Vor allem beim Übergang von der Ein-Partei-Regierung auf das Mehrparteiensystem nach dem Zweiten Weltkrieg war der Einfluss der Länder groß, die den Zweiten Weltkrieg gewonnen hatten und die liberale Demokratie annahmen. Um gegen die Sowjetdrohung im Westblock Platz haben zu können, hat die Türkei den ersten Schritt gemacht zur Durchführung des liberalen Demokratiemodells, den der Westen annahm. Also hat die İnönü-Regierung unter dem Einfluss der Weltkonjunktur den Übergang auf das Mehrparteiensystem als unumgänglich angesehen und somit die Verwirklichung der wichtigsten Entwicklung in der Geschichte der Demokratie der Türkei veranlasst. Wenn wir die externen Mächte betrachten, die zur Gestaltung der Innen- und Außenpolitik der Türkei beigetragen haben, können zwei Mächte herausgestellt werden, namentlich die EU und die USA. Wir können sagen, dass der Einfluss der USA auf die türkische Demokratie im Allgemeinen negativ ist. Die USA ist eine Macht, die im Dilemma von Sicherheit oder Freiheit die Sicherheit bevorzugt. Die USA hat die Türkei vor dem Hintergrund ihrer eigenen Interessen aus sicherheitspolitischen Gründen als Partner angesehen. Dabei hat

⁶¹⁶ Interviewgespräch mit kr7s1.

sich auf die Förderung der türkischen Demokratie nicht so viel Wert gelegt wie die EU.⁶¹⁷ Die NATO war die Wahl der Türkei. In dem zweipoligen System während des Kalten Krieges hat die Türkei den Westen bevorzugt. Die Länder bevorzugten es, sich mit einem Land zu verbünden, das sich im fern liegenden Ländern befindet. Die Ansicht, von einem fernen Land noch weniger negativ beeinflusst zu werden, ist der Grund für diese Bevorzugung.⁶¹⁸

Die Beeinflussung durch externe Dynamiken ist Teil eines Entwicklungsprojektes der USA, nämlich des Großen Mittelostprojektes. Es verfolgt die Demokratisierung der Länder im Mittleren Osten. Da die Chancen der Eliten- Schicht abschwächen, an der Macht zu bleiben, versuchten die USA auf kontrollierte Weise die Demokratie in diesen Ländern auf kontrollierte Weise zu verbreiten. Die Türkei ist für die USA ein wichtiges Land. Da die Türkei ein Teil der NATO ist sowie Mitglied des Europäischen Rats und anderer westlicher Gründungen, möchten sie die Türkei keinesfalls verlieren. Auf diesem Wege haben sie manchmal die Demokratie gefördert, manchmal die Antidemokratie, zum Beispiel als sie den Putsch 1980 unterstützten. Ist dies eine demokratische Anwendung? Warum haben sie den Putsch unterstützt? Sie haben ihn unterstützt, um dafür zu sorgen, dass die Türkei auf gleicher Linie bleibt. Damit wird die Absicht verfolgt, dass die Türkei sich nicht mit anderen Ländern zusammenarbeitet, etwa mit dem Iran oder Syrien, und sich so vom Westen entfernt. Sie soll unter der Kontrolle der EU bleiben, ohne notwendigerweise Mitglied zu werden. Deshalb hat die EU die Türkei lange Zeit hingehalten. Die Sozialdemokraten haben die Demokratisierung der Türkei im Allgemeinen unterstützt. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, also die SPD, hat der Demokratie in der Türkei Unterstützung gegeben. Ihr Zweck war die tatsächliche Verbreitung der Demokratie. In diesem Sinne haben sie die Türen Europas der Türkei geöffnet. „Du kannst Mitglied werden, aber unter der Bedingung, die Standards der Demokratie zu erfüllen.“ – so lautet die Parole. Aber die französischen Sozialisten sind nicht der gleichen Meinung.⁶¹⁹

⁶¹⁷ Interviewgespräch mit kr7s1.

⁶¹⁸ Interviewgespräch mit rx6le.

⁶¹⁹ Interviewgespräch mit kr7s1.

Saudi-Arabien ist ein Verbündeter von Amerika, aber dessen Demokratisierung ist Amerika nicht so wichtig. Auch in Bezug auf den Irak verhält es sich ähnlich. Wenn eine autoritäre Regierung gebildet werden kann, die den Interessen der USA zuarbeitet, ist die USA damit einverstanden. Die USA besteht nicht auf Demokratie im Irak. Nach den Wahlen im Irak konnte nach ungefähr 8 Monaten eine Regierung gebildet werden. Hinter der verspäteten Bildung dieser Regierung steckte die USA, denn die USA duldet keine Betätigung der demokratischen Struktur im Irak.

Die USA hilft jedem Land nicht mit gleichen Zwecken. Die USA bevorzugen die Unterstützung aus Sicht der militärischen Sicherheit vor einer Demokratisierung der Türkei. Die Europäische Union legt Wert auf Demokratisierung in der Türkei. Aber von Zeit zu Zeit blockiert sie die Demokratisierung in der Türkei. Zum Beispiel möchte sie die Türkei vor der Tür warten lassen. Dies ist absolut keine Haltung, die die Entwicklung der Demokratie fördert. Ein Abwenden von dieser Politik und das gleichzeitige Öffnen der Tür für die Türkei werden dafür sorgen, dass die Demokratie-Anhänger in der Türkei in der Tat mitwirken.⁶²⁰

Vor allem in den Zeiten nach den 1970ern trat die Demokratisierung mehr in den Vordergrund als die Sicherheit. Ein Übergang von der NATO zur EU fand statt. Aber seit den 1980er Jahren, in der Regierungszeit von Turgut Özal, wurden Demokratiebemühungen noch mehr im Umfang der EU und der liberalen Demokratie zu verwirklichen versucht.⁶²¹ Werden die Reformfortschritte der letzten zehn Jahre unter die Lupe genommen, wird klar, dass ein wichtiger Teil von Ihnen auf den Beitrittsprozess in die EU zurückzuführen ist. Also hat die EU einen wichtigen Betrag zum Demokratisierungsprozess der Türkei geleistet. Um die Kopenhagener Kriterien zu verwirklichen, mussten zahlreiche Regelungen in Bezug auf Menschenrechte und Demokratisierung durchgeführt werden. Diese Notwendigkeiten waren die Forderungen der internen Dynamiken der Gesellschaft; für deren Verwirklichung war bis heute die erforderliche Kraft nicht vorhanden. Da diese Forderungen der EU auch von den internen Dynamiken unterstützt wurden, konnte ein wichtiger Teil der Hindernisse

⁶²⁰ Vgl. ebd.

⁶²¹ Interviewgespräch mit s6pr4.

beseitigt werden, der einer Demokratisierung im Weg stand. In der Zwischenzeit versuchten manche Politiker aus verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten, den EU-Beitritt zu verhindern, indem sie die Türkei von Zeit zu Zeit stark kritisierten und die Demokratisierungsbemühungen auf Seiten der Türkei auf diese Weise stark negativ beeinflussten. Aber der EU-Prozess hat die Demokratisierungsbemühungen der Türkei in hohem Maße unterstützt.⁶²² Also hat der Anpassungsprozess den Demokratisierungsprozess in der Türkei weitergebracht. Doch wenn die Demokratisierung von innen nicht unterstützt wird, wenn die Regierungen dieser Angelegenheit nicht glauben und keine Schritte machen, hat die Demokratisierung keine Verwirklichungschance.⁶²³

Gegen die Demokratisierungsbemühungen durch externe Faktoren werden auch kritische Stimmen laut. Es wird kritisiert, dass sowohl Europa als auch die USA versuchen, ein System zu ihren Interessen zu bilden, anstatt die Demokratie der Türkei zu unterstützen. Die Türkei war in der Osmanischen Zeit ein großes Reich, sie hatte die Feinde der Türkei beeinflusst und es wird befürchtet, dass sie die Macht der Osmanischen Zeit zurückgewinnt. Europa und die USA führten die Ideologien des Kolonialismus fort. Die ideologische Apartheid in der Zeit des Ersten Weltkrieges verwandelt sich zurzeit in Schaukelpolitik.⁶²⁴ Es wird auch die Ansicht vertreten, dass die Einflussbemühungen der EU von der türkischen Gesellschaft als Auferlegung empfunden werden. Jedenfalls besteht eine solche Wahrnehmung in der türkischen Gesellschaft. Sie wird als ein „Du musst ähnlich sehen, du musst mir angeglichen sein“ geäußert. Die Länder, die heute Mitgliedsstaaten der EU sind, haben nach der Auslösung der UdSSR am Ende des Kalten Krieges die Staaten dabei unterstützt, ihre Mängel zu beheben. Obwohl Bulgarien, Rumänien, Polen und Kroatien keine Mitglieder waren, wurden sie unterstützt. Aber die Türkei wird nicht von der EU wie oben genannten Ländern unterstützt.⁶²⁵

⁶²² Interviewgespräch mit is0175.

⁶²³ Interviewgespräch mit ab1c2.

⁶²⁴ Interviewgespräch mit bp1j34.

⁶²⁵ Interviewgespräch mit rx61e.

Der negativste interne Faktor für die türkische Demokratie ist der Militärputsch, der negativste externe Faktor ist die Doppelmoral der EU. Manche Unterstützungen und Dokumentationen, die parallel zur Innenpolitik der Türkei geleistet werden, werden innen positiv empfangen. Aber die Ratschläge und Suggestionen der externen Mächte in Bezug auf Armenier- und Zypernprobleme sind nicht sehr glaubhaft und werden von der türkischen Öffentlichkeit nicht gut aufgenommen.⁶²⁶ Obwohl aus Sicht der externen Dynamiken die geopolitische Lage, der Platz in der internationalen Arena und die Vergangenheit der Türkei für viele Länder Pluspunkte sind, sind sie für manche Länder ein Minuspunkt. Also sind Länder vorhanden, die den Aufstieg und die Weiterentwicklung der Türkei blockieren möchten. Und zur Unterbrechung des demokratischen Lebens in der Türkei werden auch unterschiedliche Mittel benutzt. Zum Beispiel werden Terrororganisationen, hergelaufene und disziplinelose Gruppen kanalisiert. Auf diesem Wege wird der Versuch unternommen, die Entwicklung der Türkei zu hindern. Wie kann sich ein Land entwickeln, das Probleme mit Terror, Unruhen und hoher Inflation hat?⁶²⁷

Die Türkei hat nach dem Osmanischen Reich die Republik als Führungsstil angenommen. Mit der Ausrufung der Republik stiegen auch die Bemühungen zur Verwestlichung.⁶²⁸ Die Türkei verfügt über eine 87-jährige Erfahrung mit dem politischen System der Republik. In der Türkei gibt es staatliche Institutionen, sogar Fußballvereine, die älter sind als die Republik. Bis 1950 wurde die Türkei unter einer Ein-Parteien-Mentalität regiert. Im Jahre 1950, nachdem zum Mehrparteiensystem übergegangen wurde, hat die türkische Gesellschaft die Wichtigkeit der Demokratie besser erkannt. Nach dem Beginn der Mehrparteienszeit im Jahre 1950 wurde das demokratische Leben der Türkei durch Staatsstrieche in den Jahren 1960, 1971 und 1980 unterbrochen. Alle Zivilgesellschaften und politischen Organisationen wurde infolge dieser Staatsstrieche unfähig. Aufgrund dieser Staatsstrieche konnte das EU-

⁶²⁶ Interviewgespräch mit ab1c2.

⁶²⁷ Interviewgespräch mit ia3z26.

⁶²⁸ Interviewgespräch mit bp1j34.

Abenteuer der Türkei, das im Jahr 1960 angefangen hatte, nicht an Tempo gewinnen. Sie wurden zu Hindernissen für den Übergang zur Demokratie.⁶²⁹

Wahrscheinlich gibt es kein anderes Land außer der Türkei auf der Welt, in dem die Innenpolitik so sehr mit der Außenpolitik verflochten ist. Beide Politikbereiche können nur schwerlich voneinander getrennt werden. Vor allem seit der Tanzimat-Zeit ist jedes interne Problem ein externes Problem. Da die Türkei auf dieser problematischen Geographie liegt, werden diese Probleme kein Ende finden. Wenn die PKK zu Ende geht, werden andere Probleme auftreten. Mehr als 30 000 PKK-Terroristen wurden getötet, davon besaßen 2000 keine türkischen Reisepässe. Die PKK ist ein internationalisiertes Problem. Die PKK wird von unterschiedlichen Völkern wie Armeniern, Russen und Deutschen unterstützt. Die Türkei wird überwiegend von außen unterstützt, aber es gibt Akteure, die von innen her helfen. Solange die Türkei nicht von außen manipuliert wird, wachsen die Probleme nicht so sehr und sind weniger andauernd. Bei der Verwurzelung der Demokratie der Türkei ist der Hauptakteur die externe Manipulation der Probleme der Türkei.⁶³⁰

In Zeiten von Globalisierung, in der die Kommunikation so sehr zunimmt, ist es normal, dass sich Völker, Gesellschaften gegenseitig beeinflussen. Die Außen-Entwicklungen können nach innen und die Innen-Entwicklungen können nach außen beeinflussen. Entscheidend ist die Innenwelt des Staates und des Volkes.⁶³¹ Das will heißen: Die Verwirklichung der türkischen Demokratisierung gründet in der Wahl der türkischen Menschen, der türkischen Gesellschaft. Doch der Einfluss von Europa verlief so: Institutionen und Anwendungen von Europa wurden betrachtet, vorzugsweise entnommen und der eigenen Struktur der Türkei angepasst. In der Türkei wurden europäische Institutionen abgebildet und zu verwirklichen versucht. Aber der türkische Mensch hat bestimmt eine eigene Auffassung von Demokratie und so ist von einer für die Türkei spezifische Demokratisierungsbemühung die Rede. Es muss differenziert werden zwischen EU-Mitgliedsländern, die über eine Demokratie nach EU-Standard verfügen, und Ländern, die die gleiche Demokratie-Perzeption besitzen. Aber die

⁶²⁹ Interviewgespräch mit ia3z26.

⁶³⁰ Interviewgespräch mit rx61e.

Demokratisierungsbemühung der Türkei ist ein Prozess, der von Europa geführt wird. Aber es ist nicht sehr glaubhaft, dass Europa sich um die Demokratisierung anderer Gesellschaften bemüht, die sie nicht als von sich annimmt, sondern als andere bezeichnet.⁶³²

Die Türkei versucht sich von der militärischen Bevormundung zu befreien. Aber bedauerlicherweise sind in der Türkei Nichtregierungsorganisationen vorhanden, die diese Bevormundung unterstützen. Globale wirtschaftliche Krisen haben als externe Faktoren die Demokratisierung der Türkei negativ beeinflusst. Amerika, Israel und Mittelosten sind externe Faktoren, die die Entwicklung der Türkei negativ beeinflusst haben.⁶³³

Als negative interne Faktoren können die Ein-Partei-Mentalität und die Existenz einer Mentalität betrachtet werden, die sich für die Fortsetzung der vorhandenen Ein-Partei-Hegemonie einsetzt. Eines der größten Hindernisse vor der Demokratisierung der Türkei ist die jakobinische Auffassung, die auf Grundlage der Logik „Wir sind die Eigentümer der Türkei“ handelt. Das andere Hindernis besteht in den militärischen Beherrschungsbemühungen und deren Bevormundung der türkischen Politik.⁶³⁴ Bestimmte Schichten, die für die Wahrung des Status quo in der Türkei sind, widersetzten sich den Schritten der Demokratisierung. Noch immer sind Parteien, Berufsverbände und manche Nichtregierungsorganisationen vorhanden, die diesen Widerstand offen zeigen. So verstanden, weist die öffentliche Unterstützung des Demokratisierungsprozesses sowohl eine steigende als auch eine sinkende Grafik auf. Wenn in der Türkei die Krise nicht vorhanden wäre, die durch den Widerstand gegen die Demokratisierung aufkommt, könnten die EU-Reformen wahrscheinlich auf eine noch schnellere Weise verwirklicht werden.⁶³⁵

An erster Stelle der negativen Einflüsse der internen Dynamiken befindet sich die größte Oppositionspartei CHP (Republikanische Volkspartei), die der

⁶³¹ Interviewgespräch mit ky4r9.

⁶³² Interviewgespräch mit rx61e.

⁶³³ Interviewgespräch mit m8n4x.

⁶³⁴ Interviewgespräch mit ia3z26.

⁶³⁵ Interviewgespräch mit ab1c2.

Demokratisierung, die mit dem Staat identifiziert wird, nicht zustimmt. Denn da die Demokratisierung mit dem Staat identifiziert wird, bedeutet sie die Teilung der Herrschaft seitens des Staates. Dass auch die CHP ihre Herrschaft teilen muss, möchte sie nicht akzeptieren. Wenn man bedenkt, dass auch mit einigen bürokratischen Akteuren (Militär, Justiz usw.) eine enge Beziehung vorhanden ist, fanden bei der CHP bis vor kurzem auch Meinungsänderungen statt. Dies brachte vor allem die Justizreform mit sich. Bis heute stellt die militärische Bürokratie ein ernstes Hindernis für die Demokratisierung der Türkei dar. Historisch betrachtet, galt dies bereits für die osmanische Zeit. Sogar Yavuz Sultan Selim konnte Janitscharen ernennen und mit Rebellion entthront werden. Militärpersonen und mit ihnen kooperierende Politiker greifen in der Türkei aktiv in den politischen Raum ein. Der Grund für den negativen Einfluss interner Dynamiken auf den Demokratisierungsprozess in der Türkei liegt in der Fortsetzung des Status quo und in der Bemühung derjenigen, die ihre Privilegien schützen wollen.⁶³⁶ Die Staatspolitik der Türkei handelt nach Westen. Mit dem Ausdruck von Atatürk ist das Ziel der Türkischen Republik, das Niveau der zeitgenössischen Zivilisation zu erreichen. Als ein interner Faktor, der die Demokratisierung verlangsamt, kann die offizielle Ideologie des Staates, namentlich der Kemalismus, betrachtet werden.⁶³⁷

Diejenigen, die den Status quo in der Türkei verfechten, möchten das Volk auf ihrer Seite haben. Aber für die Verwirklichung der Aufwärtsentwicklung muss der Staat dem Volk zur Verfügung stehen. Der Westen hat die Türkei gegen das kommunistische Regime unterstützt, aber er hat die Demokratisierung dabei ständig in den Hintergrund gedrängt. Dass in türkischer Bildungspolitik nationale und geistige Werte vernachlässigt wurden und Lehrpersonal ausgebildet wurde, das ebenfalls diese Werte nicht verinnerlichte, führte dazu, dass bei der Demokratisierung der Türkei externe Unterstützung benötigt wurde. Wenn das Bildungssystem besser wird, hat das auch

⁶³⁶ Interviewgespräch mit kr7s1.

⁶³⁷ Interviewgespräch mit s6pr4.

positiven Einfluss auf den Landfrieden. Deshalb würde eine gute nationale Bildungspolitik die Beseitigung der internen Probleme der Türkei erleichtern.⁶³⁸

Anderen Ansichten zufolge, ist die Bildungspolitik der Türkei positiv und trägt der Entwicklung der Türkei bei. Obwohl sie militärischen Interventionen ausgesetzt war, war die türkische Demokratie eine starke Demokratie, deren institutionelle Struktur in großer Masse verwurzelt ist und die zu einem gewissen Punkt gekommen ist. Die Entwicklung der Demokratie hat mit der gesellschaftlichen Dynamik zu tun. Die Republik wurde als Ergebnis des nationalen Kampfes gegründet. Als die Republik gegründet wurde, war in der Türkei noch keine Industriekultur vorhanden. In der Zeit der Republik waren in der Türkei keine Bodenschätze, kein Petroleum und kein Erdgas vorhanden. Diese waren die Hauptgründe für die zwei großen Kriege im 20. Jahrhundert und die größten Waffen des 20. Jahrhunderts. Die Alphabetisierung lag bei 5 % und weder noch Krankenhäuser noch ausgebildete Menschen waren vorhanden. Trotz all dieser Mängel durch die Bildungs- und Nationalisierungspolitiken der Republik ein Staat entstanden, der heute mit seiner Wirtschaft an 16. Stelle in der Welt steht. Die Entwicklung der Demokratie hat mit der Entwicklung des Individuums zu tun. Wenn ein Individuum entstanden ist, sind die Forderungen und die Perspektiven dieses Individuums wichtige Einflussgrößen für die institutionelle Festsetzung von Demokratie.⁶³⁹

Die negativen internen Einflussfaktoren auf die Demokratie sind die wirtschaftliche Unterentwicklung und Bildungsprobleme. Die Tatsache, dass die Türkei in beiden Bereichen nur ein niedriges Niveau erreicht, hat dies den Übergang zu Mentalität oder Verständnis einer westlichen Demokratie gehindert. Denn aufgrund ungenügender Ausbildung konnte die Entscheidungsfähigkeit des Individuums nicht weiterentwickelt werden. Ein Individualismus nach Vorbild der Französischen Revolution wurde nicht realisiert. Unter Demokratie und Menschenrechten wird in der Türkei nicht das Gleiche wie in Europa verstanden.⁶⁴⁰

⁶³⁸ Interviewgespräch mit bp1j34.

⁶³⁹ Interviewgespräch mit ky4r9.

⁶⁴⁰ Interviewgespräch mit rx61e.

Als anderen negativen Faktor begann die Türkei, Individuen zu verlieren. Es entstanden Gruppen und Religionsgemeinschaften zu entstehen. Ein anderer negativer Faktor ist die Demokratieauffassung von Politikern, der an der Regierung sind. Die Türkei rotiert zur einer formellen Demokratie, einer Demokratie, die Mittelostdemokratie genannt wird. Der Staat hat begonnen, ein Hindernis für die Demokratie zu werden. Die Regierung, die wir Staat nennen, hat die Gewaltenteilung abgeschafft. Gesetzgebung und Exekutive waren in einer Hand, die Gerichtsbarkeit ist auch in einer Hand. Auch die vierte Macht, die Medien, sind heute nicht mehr vorhanden. Zentrale Medien wurden mit schweren Steuerstrafen zum Schweigen gebracht. Wenn irgendein Geschäftsmann einer anderen Partei nahesteht, an deren Führung teilgenommen hat, prüfen am nächsten Tag staatliche Finanzbeamte dessen Finanzbücher. Die Geschäftsmänner werden somit unter Druck gesetzt. Daher ist eines der Dinge, die die türkische Demokratie negativ beeinflussen, die Mentalität der derzeitigen Regierung.⁶⁴¹

Bei der Demokratisierung eines Landes können externe Dynamiken niemals genügend sein. Externe Faktoren können antreibende Kraft oder Beispiel sein. Eine Demokratie, die auf Bestellung von draußen kommt, kann innen zu sehr ernstern Problemen führen. Eine echte Demokratie kann nur mit dem eigenen Antrieb des Volkes, mit der Umwandlung der Demokratie zum Lebensstandard realisiert werden. Deshalb können wir sagen, dass bei einem Demokratisierungsprozess interne Faktoren bestimmend sind. Wenn von außen kommende Faktoren diktiert werden, ohne sie den eigenen Bedingungen des Landes anzugleichen, hat dies einen negativen Einfluss.⁶⁴²

Von der Zusammenarbeit externer Dynamiken mit internen Akteuren muss die Rede sein. Als die AKP (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) an die Regierung kam, führte dies zur Erhöhung der Beziehungen mit externen Faktoren. Die AKP verfechtet keinen etatistischen Diskurs. Nach 1999 in den Jahren 2000 und 2001 wurde ein nationales Programm verabschiedet, aber, nicht durchgeführt. Bei internen Dynamiken ist es sehr wichtig wer an der Regierung ist, wer in der Politik Mitspracherecht hat.⁶⁴³

⁶⁴¹ Interviewgespräch mit ky4r9.

⁶⁴² Interviewgespräch mit x2y6n.

⁶⁴³ Interviewgespräch mit kr7s1.

Man kann, wie auch die konstruktivistische Theorie sagt, von einer Türkei reden, in der sich internationale Dynamiken und interne Dynamiken gegenseitig beeinflussen und somit den Weg zur Demokratie freilegen. Also können interne Dynamiken zur Demokratisierung durchaus geeignet sein, aber nur wenn die internen Akteure dazu bereit sind. Gleichzeitig müssen aber auch externe Dynamiken vorhanden sein auf dem Weg zu einer Demokratisierung.⁶⁴⁴

Dank der wandelnden und entwickelnden Technologie ist die Türkei heute zu einem „kleinen Dorf“ geworden. Wie auch woanders können türkische Menschen politische Vorgänge durch das Internet, den Fernseher und andere Medien leicht verfolgen. Wenn sie die dortigen sozialen Entwicklungen sehen, möchten sie, dass diese auch in der Türkei vorhanden sind, und stehen den politischen Parteien näher, die ihnen diese Sachen versprechen. Eine der wichtigsten Versprechungen der AKP war der Einsatz der Demokratie mit all ihren Institutionen und Regeln und damit die Vorbeugung von Rechtswidrigkeit.⁶⁴⁵

5.2.8.1. Die Staatspolitik der Türkei und die EU-Demokratieförderung

Das Volk bildet die Staatspolitik. Sie ist die Unterschrift des Volkes auf der Gründungsphilosophie. Es ist nicht sehr leicht, sie zu ändern. Vielleicht können ein oder zwei Durchführungen gemacht werden. Aber es ist sehr schwierig, die Grundbasis zu beschädigen. Bei der Demokratisierung ist der Staat allein nicht ausreichend. Sie kann nirgendwo genügend sein. Der Staat ist die organisierte Art der Gesellschaft; er braucht unbedingt Unterstützung. Wichtig ist der Stand der Entwicklung der Gesellschaft. Wenn beim ganzen Volk der Gedanke entstanden ist, dass Telefonate mitgehört werden, hat dies einen großen Einfluss auf die Vertraulichkeit des privaten Lebens, was die Demokratisierung negativ beeinflusst.⁶⁴⁶

Während der Zeit der AKP-Regierung hat der EU-Prozess sehr an Schnelligkeit gewonnen. In den vergangenen Zeiten war die Türkei wegen Terroranschlägen,

⁶⁴⁴ Vgl. ebd.

⁶⁴⁵ Interviewgespräch mit ia3z26.

⁶⁴⁶ Interviewgespräch mit ky4r9.

Unruhen und politischen Streiten für den Beitritt in die EU nicht bereit, aber jetzt befindet sie sich in einem gutem Zustand.⁶⁴⁷

Es kann den politischen Mächten vergleichsweise leichter vorkommen ein Land zu regieren, das nicht demokratisch ist. Wenn die Menschen keine Rechte haben und Hindernisse vor ihren Forderungen stehen, kann die politische Macht leicht auf ihren Maßnahmen sanktionieren. Aber Entwicklungen im Bereich der Demokratisierung und der Menschenrechte können diese Sanktionen sehr leicht beiseiteschaffen. Denn in solch einem Fall müssen sie überredet und ausgeglichen werden und auch die Probleme müssen gelöst werden. Als Ergebnis werden auch Nichtregierungsorganisationen bei den Wahlhaltungen des Wählers effektiv sein. Mit in Betracht ziehen dieser Situation, müssen sie sich noch mehr bemühen. Deshalb waren die politischen Mächte jahrelang nicht sehr bereitwillig, Grundrechte und Freiheiten weiterzuentwickeln. Aber es sollte gesehen werden, dass den politischen Parteien mit der Zeit diese Möglichkeit genommen wird. In der Folge werden die Menschen ihre demokratischen Rechte benutzen wollen und sie werden sie überreden, ihre Probleme zu lösen und ihre Forderungen soweit wie möglich zu erfüllen. Nur so könnt ihr an die Regierung kommen.⁶⁴⁸

Alle Forderungen der EU haben dazu geführt, dass die roten Linien unseres Staates überschritten oder unsere nationalen Werte beschädigt wurden. Die EU beharrt bei anderen Ländern auf ihre eigene Politik, indem sie die erwähnten drei Hauptfaktoren in Einklang bringt. Diese Faktoren heißen Justizhoheit, Demokratie und Menschenrechte. Die Rolle der Staatspolitik der Türkei bei der Demokratisierung unseres Landes liegt in den Bereichen nationale Einheit, Ganzheit und Sicherheit. Es sollte dafür gesorgt werden, dass falsche Durchführungen, die unter dem Namen Demokratisierung gemacht werden, unserem Land keinen Schaden hinzufügen.⁶⁴⁹

Die Staatspolitik der Türkei wurde von den Wünschen der EU nicht sehr stark beeinflusst. Die EU-Politik weist in der Türkei Kontinuität auf. Sogar in der Regierung

⁶⁴⁷ Interviewgespräch mit m8n4x.

⁶⁴⁸ Interviewgespräch mit is0175.

⁶⁴⁹ Interviewgespräch mit x2y6n.

Refah-Yol wurden die Beziehungen mit der EU fortgesetzt, obwohl Necmettin Erbakan, der Vorsitzender der RP (Wohlfahrtspartei), gegen die EU war.⁶⁵⁰ Bei der Demokratisierung ist die Rolle des Staates nicht genügend. Die Nichtregierungsorganisationen und andere öffentliche Institutionen müssen eine aktive Rolle spielen.⁶⁵¹

Die EU-Forderungen haben die türkische Demokratie auf jeden Fall beeinflusst und die Struktur des Staates auf eine noch demokratischere Arbeitsweise gebracht. Wenn wir die letzte Erdoğan-Regierung betrachten, sehen wir, dass die Demokratisierung vollkommen unterstützt wird. Da die AKP in einer demokratischen Atmosphäre bei der Realisierung ihrer Ziele noch ungezwungener sein wird, hat sie die Demokratisierung gefördert. Wenn wir die Dreier-Koalitionsregierung betrachten, können wir sagen, dass die ANAP (Mutterlandspartei) in Bezug auf die EU noch bereitwilliger war. Wir können sagen, sie seien in Bezug auf die Demokratie noch bereitwilliger. Aber die MHP (Partei der Nationalistischen Bewegung) und die DSP (Demokratische Linkspartei) waren in Bezug auf die EU nicht so sehr bereitwillig. Ecevit hat in den 1970er Jahren die Verpflichtungen gegenüber der EU nicht erfüllt und die Beziehungen ausgesetzt. Diese Situation führte zum Erkalten der Beziehungen mit der EU. Mit dem Putsch im Jahr 1980 kamen die Beziehungen ganz zum Stillstand.⁶⁵²

Die Türkei ist ein Staat, der im Mittelosten und Mittelasien sehr großen Einfluss hat, insbesondere im Kaukasus. Die Türkei ist in den letzten Jahren nach Afrika und Lateinamerika aufgebrochen und hat den Handel mit nahezu 150 Ländern aufgenommen. Sie führt einerseits ihre Bemühungen auf dem Weg der EU-Mitgliedschaft fort, andererseits wird sie die restlichen Länder der Welt nicht außer Acht lassen und ihre Beziehungen mit ihnen stets fortsetzen. Mit anderen Worten: Die Türkische Republik, die eine regionale Macht ist, wird ihre Bemühungen fortsetzen, eine Großmacht auf der Welt zu werden. Im Jahre 2023 den Platz 10 unter den größten Ökonomien der Welt einzunehmen, ist ihr Ziel. Die Türkei befindet sich heute unter den ersten 20 Ländern. Wenn dies verwirklicht worden ist, wird sie sowohl bei den

⁶⁵⁰ Interviewgespräch mit rx61e.

⁶⁵¹ Interviewgespräch mit ab1c2.

Vereinten Nationen als auch im Europäischen Rat noch effektiver sein. Dann wird sich die EU bemühen, die Türkei zu ihrem Mitglied zu machen.⁶⁵³

Innere Konflikte und Terroranschläge in der Türkei haben die Realisierung der Demokratisierung allein durch den Nationalstaat erschwert. Wenn irgendwo Blut fließt, fällt es sehr schwer, dort von Demokratisierung zu sprechen.⁶⁵⁴

In vielen Ländern war es immer schwer in Bezug auf Demokratie, Umwälzungen durchzuführen. Die Regierungen haben es schwer, wenn sie diese Themen behandeln. Von den Gefahren der Regimeänderung, den Gefahren der Systemänderung wird gesprochen und diejenigen, die den Status quo schützen, möchten diese Angelegenheiten nicht behandeln lassen. Aber wenn diese Angelegenheiten mit der EU erledigt sind, kann gesagt werden, dass es hierfür Beispiele auf der Welt gibt. Wenn es Positivbeispiele von EU-Ländern gibt, die genau diese Schritte gemacht haben, sehr wohlhabend sind und auch sehr gut leben, hat dies positiven Einfluss.⁶⁵⁵

Wenn sich ein Demokratisierungsprozess vollzieht und sich Menschenrechte entwickeln, wird es schwer, das Land zu regieren. Also haben sich die politischen Führungen der Demokratisierung widersetzt. Die Gesellschaft wurde unter Druck gesetzt und bei der Gesellschaft sind keine weitgehenden Demokratisierungsforderungen entstanden. Dies ging daraus hervor, dass interne Dynamiken nicht genügend an Kraft gewonnen haben. Diesbezüglich wurde die Unterstützung der EU benötigt.⁶⁵⁶

Wir haben in unserer Geschichte immer das Bedürfnis gehabt, von außen bewegt zu werden. Mit dem Einfluss der Südländer wurde die Einsicht übernommen, dass der Staat das Beste wüsste. Nach Gründung der Türkei hatte die Bewahrung der Republik Vorrang, die als wichtiger betrachtet wurde als die Demokratisierung. Am Anfang standen die Menschenrechte nicht im Vordergrund. Es war wichtig, den Staat vorrangig

⁶⁵² Interviewgespräch mit kr7s1.

⁶⁵³ Interviewgespräch mit is0175.

⁶⁵⁴ Interviewgespräch mit m8n4x.

⁶⁵⁵ Interviewgespräch mit ab1c2.

⁶⁵⁶ Interviewgespräch mit is0175.

auf festen Boden zu setzen. Den Fortbestand des Staates zu bewahren und aufrecht zu bleiben, war wichtiger als die Demokratisierung. In der Türkei können Institutionen nicht getrennt arbeiten. Sie können nur unter Staatspolitik handeln.⁶⁵⁷

Da die internen Dynamiken ungenügend sind, werden externe Unterstützungen gebraucht. Die Türkei war nicht ganz auf sich gestellt. Kann man mit Blick auf die Putsche sagen, dass diese nur aufgrund interner Dynamiken in der Türkei vorgekommen sind? So etwas ist unmöglich. Wenn von außen unbedingt ein Einfluss kommen muss, dann sollte er in die Richtung einer Demokratisierung führen. Erinnern sie sich an den Putsch vom 12. September 1980? Da war vom Rechts-Linkskampf die Rede. Wenn dieser Eingriff nicht wäre, könnte die Türkei an die Demokratie gelangen. Aber wir sehen, dass dieser Kampf auch von jemandem angestiftet wurde.⁶⁵⁸

5.2.8.2. Instrumente der Demokratieförderungspolitik der EU in der Türkei

Das größte Mittel, das die EU bei der Durchführung ihrer Politiken erzwingt, besteht in der Forderung, dass die Türkei sich an die zwischenstaatlichen Abkommen hält.⁶⁵⁹ Die EU beeinflusst die anderen Länder, indem sie manche Bürokraten unter Kontrolle nimmt und die Nichtregierungsorganisationen benutzt.⁶⁶⁰ Im Allgemeinen ist das benutzte Mittel wirtschaftlich. Obwohl die EU der Türkei im ernstesten Sinne keine wirtschaftliche Unterstützung gegeben hat, ist das hauptsächlichste Mittel in der Hand der EU die Erwartung, dass sich die wirtschaftliche Lage der Menschen verbessern wird. Abgesehen davon können wir die politische Macht der EU an zweite Reihe stellen.⁶⁶¹

Viele Mittel können in Betracht kommen. Zum Beispiel, wenn wir Land für Land voneinander unterscheiden, gibt es eine Gruppe von Ländern, die über die Mitgliedschaftsperspektive verfügen. Diesen gegenüber wird das Mittel der Türöffnung zur Mitgliedschaft benutzt. Der hauptsächlichste Grund für die Bemühung der Türkei, die Kopenhagener Kriterien zu erfüllen, ist der Wunsch zum Beitritt. In Bezug auf andere

⁶⁵⁷ Interviewgespräch mit rx61e.

⁶⁵⁸ Interviewgespräch mit kr7s1.

⁶⁵⁹ Interviewgespräch mit m8n4x.

⁶⁶⁰ Interviewgespräch mit rx61e.

Ländergruppen, die nicht über die Mitgliedschaftsperspektive verfügen, werden wirtschaftliche, politische Druckmittel benutzt.⁶⁶²

Die EU benutzt erstens überwiegend die Medien und zweitens wirtschaftlichen Figuranten als Mittel. Drittens benutzt sie die Nichtregierungsorganisationen. Ein Teil dieser Nichtregierungsorganisationen sind sowieso Organisationen, die in der Achse von Amerika, Europa und AKP gegründet wurden.⁶⁶³

Wenn die Türkei der EU nicht beitrifft, kann sie ihre multipolitische Außenpolitik fortsetzen. Von einer Beziehung der Türkei mit den USA und der EU, mit Russland, Iran, Syrien und mit anderen islamischen Ländern, mit Ostasien und mit Afrika ist die Rede. So sollte es auch sein.⁶⁶⁴

Es gibt natürlich Unterschiede zwischen den Beziehungen der Länder, bei denen von einem EU-Beitritt die Rede ist, und der Länder, bei denen dies nicht der Fall ist. Für die Türkei, bei der von einem EU-Beitritt die Rede ist, ist der Mitgliedschaftsprozess ein Mittel. Außerdem muss ein Land, dessen Prozess zur Mitgliedschaftsbeziehung begonnen hat, die erworbenen Kenntnisse von Europa in seinem eigenen Land akzeptieren. Solang dies nicht der Fall ist, kann die Mitgliedschaft nicht verwirklicht werden.⁶⁶⁵

Das wichtigste Mittel, das die EU bei der Erzwingung ihrer Forderungen von anderen Ländern benutzt, sind die Wirtschaft, die Nichtregierungsorganisationen und die Medien.⁶⁶⁶

In Großstadtverwaltungen wurden EU-Einheiten gegründet. Diese Einheiten verfolgen die Arbeitsweisen der Stadtverwaltungen in Europa. Diese Verfolgung führt dazu, dass Begriffe wie Governance und Nachhaltigkeit in der Türkei festgesetzt werden. Mit der Gründung der Jugendzentren wird für die Entwicklung der Jugendlichen im sozialen

⁶⁶¹ Interviewgespräch mit ab1c2.

⁶⁶² Interviewgespräch mit kr7s1.

⁶⁶³ Interviewgespräch mit ky4r9.

⁶⁶⁴ Interviewgespräch mit kr7s1.

⁶⁶⁵ Interviewgespräch mit is0l75.

⁶⁶⁶ Interviewgespräch mit bp1j34.

und kulturellen Sinne gesorgt. In diesen Jugendzentren gehen die Jugendlichen nach Paris, nach Wien und sehen die Lage der dortigen Jugendlichen. Die Jugendlichen dort kommen in die Türkei, gehen in die Dörfer und können dort auf dem Land arbeiten. Somit wird ein Handelsverkehr gebildet. Dieser Handelsverkehr trägt dazu bei, dass in Hinsicht auf die Stadtverwaltung neue Projekte entwickelt werden. Die Dienstleistungen in den dortigen Stadtverwaltungen werden gesehen und in die Türkei übertragen. Die Länder der EU waren bei der Stadtplanung in der Vergangenheit erfolgreich, aber diesen Erfolgen haben sie nichts Neues hinzugefügt. Heute sind in Frankreich, in Paris immer noch Armenviertel vorhanden. In der Türkei gibt es Slums, aber diese sind nicht so wie früher. Diese wurden in der Türkei gebremst. Mit kollektiven Wohnanlagen werden die Slums langsam beseitigt. Damit die Menschen unter noch besseren Bedingungen leben können, muss die Slumkultur in Stadtkultur umgewandelt werden. Außerdem wird dies der Demokratisierung Schwung verleihen.⁶⁶⁷

5.2.8.3. Die Änderungen in der Türkei durch die EU-Politik der Türkei

Wir können sagen, dass sich im Umfang der Kopenhagener Kriterien in der Türkei Vieles geändert hat. In dem Bereich Menschenrechte fanden ernste Besserungen statt, die jedoch nicht genügend waren. Die Türkei wurde dadurch aus der Liste der Länder gestrichen, die vom Europäischen Rat aufgrund der Durchführung von systematischen Folterungen beobachtet wurden. Der Standard des demokratischen Lebens hat sich verwurzelt. Über die Beziehungen von Zivil und Militär wurde sehr viel diskutiert, dabei traten Zivile oder die Bürger in den Vordergrund. All diese Angelegenheiten sind Reformen, die im Umfang der EU-Forderungen realisiert werden. Außerdem hat die EU auch wirtschaftliche Unterstützung geleistet.⁶⁶⁸

Aufgrund der EU-Politik hat sich in der Türkei Vieles geändert. Die Organisationsfreiheit hat sich geändert. Die Lage der Justizvollzugsanstalten hat sich verbessert. Folterungsbehauptungen in der Türkei haben aufgehört. Die Systematik von

⁶⁶⁷ Interviewgespräch mit ia3z26.

⁶⁶⁸ Interviewgespräch mit kr7s1.

Misshandlung und Folterung ist zu Ende gegangen. Die Todesstrafe wurde aufgehoben. Also in diesen Bereichen fanden sehr ernste Entwicklungen statt.⁶⁶⁹

Eine der Angelegenheiten, die für die Türkei aufgrund der EU-Politiken Probleme darstellt, ist die Zollunion. Die Türkei hat ihre wirtschaftliche Integration ohne die Unterstützung der EU realisiert. Aber zur Schnelligkeit einiger Rechtsordnungen hat die EU positiv beigetragen.⁶⁷⁰

Aus Sicht der allgemeinen Verwaltungen müssen die Beschlüsse des Volkes zur direkten Teilnahme an der Verwaltung noch erweitert werden. Auch in Bezug auf das Mitspracherecht der Nichtregierungsorganisationen in Verwaltungen gibt es in der Türkei einige Mängel. Aber mit den vorhandenen Regelungen wurden diese Probleme ein bisschen gelöst. Zum Beispiel haben sich das Gesetz der Großstadtverwaltung, das Gesetz der Provinzverwaltung, das Gesetz der Kommunalverwaltung, das Gesetz der Stadtverwaltung und das Gesetz der Provinzialbank geändert. Beiträge für die Stadtverwaltungen wurden erhöht. Mit diesen Regelungen wurde der Reformprozess zur Demokratisierung von Kommunalverwaltungen eingeleitet. Demnächst werden auch im Dörfergesetz einige Änderungen durchgeführt werden.⁶⁷¹

5.2.8.4. Die Zivilgesellschaften in der Türkei

Obwohl in der Türkei ständig Entwicklungen in Bezug auf Nichtregierungsorganisationen stattfinden, können wir im Vergleich zu den EU-Ländern sagen, dass die Nichtregierungsorganisationen nicht genügend fortgeschritten sind. Die Hindernisse auf dem Weg zur Organisationsfreiheit und zur Meinungsfreiheit haben die Entwicklung der zivilen Gesellschaftsbewegungen beeinflusst. Als diese Hindernisse allmählich aufgehoben wurden, bewegte sich die zivile Gesellschaft noch mehr, die Zahl der Organisationen und die Qualität der Organisationen stiegen langsam. Heute gibt es in der Türkei Organisationen, die in Bezug auf Demokratisierung und Menschenrechte sehr ernste Arbeiten durchführen. Wenn die Zahl der gesellschaftlichen

⁶⁶⁹ Interviewgespräch mit is0175.

⁶⁷⁰ Interviewgespräch mit ky4r9.

⁶⁷¹ Interviewgespräch mit ia3z26.

Veranstaltungen, die in der Türkei gegründet wurden, betrachtet wird, sieht es so aus, als gäbe es eine große Anzahl, aber wir können nicht sagen, dass alle dieser Veranstaltungen echte zivile Gesellschaftsveranstaltungen sind, also zum Beispiel Vereine der Landsmänner und Vereine, die für den Betrieb von Teamklubs gegründet wurden usw. Wenn aus Sicht der internen Dynamiken der Einfluss der Nichtregierungsorganisationen auf die Demokratisierung der Türkei betrachtet wird, gibt es sowohl positive als auch negative Einflüsse. Aber die Zahl der positiven Einflüsse ist größer.⁶⁷²

Obwohl interne Dynamiken bei der Demokratisierung eine wichtige Rolle spielten, haben externe Dynamiken in wichtigem Sinne dazu beigetragen, dass der Prozess an Schnelligkeit gewann. In der Türkei möchte das Volk Demokratie und Reformen. Es wird gesagt, dass es in der Türkei keine zivile Gesellschaft gibt. Aber im Jahre 2002 kam heraus, dass in der Türkei eine sehr kräftige zivile Gesellschaft vorhanden ist. Während der Zeit der Koalitionsregierung im Jahre 2002 sind die Kammergemeinschaft, TÜSIAD (Türkischer Verband der Industriellen und Geschäftsleute), Gewerkschaftskonföderationen, TÜRKİŞ (Konföderation der Arbeitergewerkschaften), DISK (Konföderation der revolutionären Arbeitergewerkschaften) und HAKİŞ (Gewerkschaftsföderation für Rechte) zusammen gekommen und sie haben der Regierung gesagt, dass die Koalitionsregierung den Weg vor der Türkei nicht sperren kann und die EU-Reformen verwirklichen muss. Im Sommer des Jahres 2002 wurden die erforderlichen Verfassungsänderungen verabschiedet, im Rahmen derer in der Türkei die Todesstrafe abgeschafft wurde, und zwar auf Druck durch die Zivilgesellschaft hin. In der Türkei muss dies unbedingt erwähnt werden; denn der Einfluss der zivilen Gesellschaft und der internen Dynamiken war sehr wichtig. Es fällt schwer, in der türkischen Politik solche Angelegenheiten zu sehen. Die Arbeitergewerkschaften, Arbeiter und Arbeitgeber, die eigentlich im Streit miteinander stehen, sind zusammengekommen und haben eine solche Initiative begonnen. Sie können mit 100–150 Vereinen hinter sich in Bezug auf Reformen Druck auf die Regierung ausüben. Die Türkei wollte die Kopenhagener Kriterien schleunigst

⁶⁷² Interviewgespräch mit is0175.

erfüllen und mit den Verhandlungen beginnen. Deshalb wurden in der Türkei 8–9 Anpassungspakete auf eine sehr schnelle Weise verabschiedet. Das Parlament hat Tag und Nacht gearbeitet, damit die Verhandlungen schleunigst aufgenommen werden konnten.⁶⁷³

In der Türkei sowohl die Hauptoppositionspartei als auch die MHP sind nicht gegen die EU. Sie haben einige Einwände gegen den EU-Prozess, aber sind nicht allgemein gegen die EU. Zuerst Deniz Baykal, später auch Kemal Kılıçdaroğlu von den Vorsitzenden der Hauptoppositionspartei haben dies bei ihren Besuchen in Brüssel ausdrücklich betont. Sie sind nicht gegen die EU und sie möchten, dass die Demokratie des türkischen Volkes gestärkt wird. Bestimmte Akteure, vor allem Nichtregierungsorganisationen und politische Parteien, möchten die Demokratisierung der Türkei. Die AKP-Regierung führt aus Sicht der zivilen Gesellschaft eine bemerkenswerte Politik. Die Regierung möchte, dass sich zivile Gesellschaften am Demokratisierungsprozess beteiligen. Zuerst wird eine Teilnahmepartnerschaft erstellt und dann wird ein nationales Programm vorbereitet. Die AKP-Regierung führt seit dem Jahre 2009 eine Politik, in der sie die Förderung der zivilen Gesellschaften in Bezug auf den Demokratisierungsprozess vorsieht. Das nationale Programm wurde mehr als 80 Nichtregierungsorganisationen gesendet und diese Organisationen wurden nach ihren Meinungen gefragt. Unter den internen Faktoren ist der negativste Faktor das Nichtvorhandensein einer Diskussionskultur.⁶⁷⁴

Aus Sicht der Erfahrung der Zivilgesellschaft hat die Türkei keine so gute Erfahrung bei Nichtregierungsorganisationen. Zum Beispiel befinden sich in der Türkei 150–200-jährige Kebap-Läden, aber keine so langfristigen politischen Parteien. Also kann man daraus die Wichtigkeit der zivilen Gesellschaft ableiten.⁶⁷⁵

In der Türkei befinden sich zahlreiche Vereine, Gründungen und Denkinstitutionen auf nationaler Ebene, deren Wurzeln sich auf die EU stützen. Die EU versucht, mit den Nichtregierungsorganisationen Werbung für sich zu machen. Aber da die EU die

⁶⁷³ Interviewgespräch mit e24fh8.

⁶⁷⁴ Interviewgespräch mit e24fh8.

⁶⁷⁵ Interviewgespräch mit ia3z26.

Nichtregierungsorganisationen nur mit Schenkungen in Gang setzen möchte, wird sie nur in Großstädten wirksam. Nach Osten blickend vermindert sich diese Wirkung.⁶⁷⁶

Demokratisierung ist etwas, das vorrangig auch für zivile Gesellschaften erforderlich ist. So sehr die Nichtregierungsorganisationen selbst demokratisch sind, desto mehr werden sie das Recht haben, Demokratisierung zu fordern. In der Türkei herrscht ein traditionelles Verständnis von Führung. Dies gilt nicht nur für den Staat, sondern auch für Nichtregierungsorganisationen. Wenn eine Gruppe die Führung einer Nichtregierungsorganisation erwirbt, tut sie alles, um sie nicht wieder zu verlieren. Bei den politischen Parteien in der Türkei herrscht das gleiche Problem. Sie gehen nicht, ohne die Wahlen zu verlieren. In der innerparteilichen Demokratie sind Probleme vorhanden. In der Türkei ist ein Wandel der Mentalitäten vonnöten.⁶⁷⁷

Die politischen Mächte hatten in der Türkei größtenteils Wirkung auf die Nichtregierungsorganisationen.⁶⁷⁸ Die Türkei hat keine Erfahrung mit der zivilen Gesellschaft.⁶⁷⁹ Die Rolle des Türkischen Staates bei der Demokratisierung ist nicht genügend. Bei der Demokratisierung war der Einfluss der zivilen Gesellschaft groß. Obwohl die Zahl der Nichtregierungsorganisationen in der Türkei steigt, müssen wir im Vergleich zum Westen sagen, dass die Nichtregierungsorganisationen weniger effektiv sind. Viele der Organisationen in der Türkei, die als Nichtregierungsorganisationen bekannt sind, sind nicht zivil. Es sind Organisationen vorhanden, die mit einigen Teilen im Staat zusammenarbeiten und von denen gegründet worden sind. Die zivile Gesellschaft in der Türkei ist nicht so effektiv wie die im Westen, aber sie sollte so sein.⁶⁸⁰

Die Nichtregierungsorganisationen sollten unbedingt Mitspracherecht bei Art und Durchführung von Reformen haben. Auch die Universitäten und Intellektuelle müssen Mitspracherecht haben. Aber diejenigen, die Mitspracherecht besitzen, sind die Politiker. Diese können nicht allein beschließen, sie treffen ihre Entscheidungen auch

⁶⁷⁶ Interviewgespräch mit m8n4x.

⁶⁷⁷ Interviewgespräch mit is0l75.

⁶⁷⁸ Interviewgespräch mit ab1c2.

⁶⁷⁹ Interviewgespräch mit rx61e.

⁶⁸⁰ Interviewgespräch mit kr7s1.

unter Berücksichtigung von Forderungen aus der Gesellschaft. Sie kommen zu einem Entschluss, indem sie die Forderungen der EU in Bezug auf Anpassung in Betracht ziehen.⁶⁸¹

Wenn wir Europa betrachten, sehen wir, dass Nichtregierungsorganisationen zwischen untereinander Beziehungen aufnehmen können. Auch die Nichtregierungsorganisationen in der Türkei und die Nichtregierungsorganisationen in der EU sollten Beziehungen aufnehmen. Dies sollte als eine Art Solidarität unter Nichtregierungsorganisationen, die ähnliche Zwecke und Ziele verfolgen, betrachtet werden und nicht als Ausnutzung des anderen.⁶⁸²

Das Abenteuer der Türkei, des türkischen Volkes mit der Einigung der EU-Institutionen ist ein nahezu 150-jähriger Prozess. Obwohl der Antrag der Türkei auf die EU-Kandidatur sehr spät erfolgte, umfasst die Angelegenheit der institutionellen Integration im Namen der Institutionen einen 150-jährigen Prozess. Die Türkei, die derzeit Kandidat ist, hat viel früher mit dem Prozess zur Integration mit EU-Institutionen begonnen als viele andere EU-Kandidaten. In letzter Zeit gibt es Durchführungen, Berichte und Meinungen auf Seiten der EU, die von der Türkei nicht zu akzeptieren sind. Die Türkei ist ein Einheitsstaat, der aufs Volksbasis gegründet wurde. Die gesellschaftliche Struktur der Türkei hat sich in diesem Sinne integriert. Die Türkei wünscht, der EU mit dieser gesellschaftlichen Staatsstruktur beizutreten. Wenn wir nur ein spezifisches Projekt in der Türkei betrachtet sollen, dann muss vorrangig diskutiert werden, ob in der Türkei eine zivile Gesellschaft vorhanden ist oder nicht. Noch ist es schwer von einer zivilen Gesellschaft in der Türkei zu sprechen. Nichtregierungsorganisationen sind entweder ideologisch gebunden oder direkt unter Kontrolle des Staates. Die Anzahl der Nichtregierungsorganisationen, die sich unter Kontrolle des Staates befinden, beträgt mehr als 100. Wenn dieses Projekt mit dem Staat integriert durchgeführt worden ist, taucht ein unterschiedlicher Eindruck vor uns auf. Dieses Bild gewinnt einen Charakter, der nicht das Individuum, sondern die Gruppe als Basis hat. Es ist bedenklich, dass dies so weitergeführt wird. Obwohl die Freiheit

⁶⁸¹ Interviewgespräch mit kr7s1.

⁶⁸² Interviewgespräch mit is0175.

und die Entwicklung des Individuums wichtig sein sollten, ist in der Türkei das Gegenteil der Fall. Die Freiheit des Individuums wird mit Konfessionen oder Ideologien begrenzt. Organisationen, die in der Türkei gegründet wurden und die sich Nichtregierungsorganisationen nennen, sind eigentlich Gründungen, die keine der Kriterien der zivilen Gesellschaft erfüllen. Wenn deren Durchführungen betrachtet werden, weisen sie Ähnlichkeiten mit dem Projekt der USA auf, in Bezug auf Demokratieexport in manche Länder.⁶⁸³

Bei den Demokratisierungsbemühungen sollte nicht nur vom Einbezug des Staates die Rede sein. Auch die Nichtregierungsorganisationen müssen bei den Reformen der Demokratisierung genügend Mitspracherecht haben. Also können Nichtregierungsorganisationen, die dem Volk nahestehen, bei den Reformen eine effektivere Rolle spielen. Aber zuerst sollte eine Schulung durchgeführt werden und das Volk sollte informiert werden. Deswegen sollten Vereine, Nichtregierungsorganisationen, Kommunalverwaltungen und vor allem Stadtverwaltungen unterstützt werden. Wenn das Volk einem Problem gegenübersteht, sollte es sich an die Stadtverwaltung wenden. Bei der Erfüllung der EU-Ziele sollte auch von Kommunalverwaltungen profitiert werden.⁶⁸⁴

Das Generalsekretariat für EU-Angelegenheiten muss in der Türkei noch besser institutionalisiert werden. Eine Struktur, die jedem Bereich angepasst ist, sollte verwirklicht werden. Das Generalsekretariat für EU-Angelegenheiten ist eine Strukturierung nach außen, aber ein Staatssekretariat muss gebildet werden, das seine Wirkung nach innen erhöht.⁶⁸⁵

Die Regierungen haben bei der Demokratisierung eine wichtige Rolle gespielt. Aber von Zeit zu Zeit gab es auch Regierungen, die sich von den Demokratien entfernt haben. Auch zu Putschzeiten gab es Regierungen. Aber diese waren aus Sicht der Demokratie nicht effektiv. Die Regierungen haben außer zu Zeiten von Putschen sehr

⁶⁸³ Interviewgespräch mit ky4r9.

⁶⁸⁴ Interviewgespräch mit m8n4x.

⁶⁸⁵ Interviewgespräch mit rx61e.

viel zur Demokratie beigetragen. Aber nationalistische Gruppen sollten bei der Demokratisierung der Türkei eine noch aktivere politische Rolle spielen.⁶⁸⁶

5.2.8.5. Die Schwächen der EU-Demokratieförderung in der Türkei

Die Türkei auszusperrten, ist ein großer Fehler. Obwohl in Zypern beim Referendum als Ergebnis ein Ja herausgekommen ist, wurden die Versprechungen nicht gehalten und die Schenkungen wurden nicht realisiert. Die Anwendungen von Visa sind ein anderes Problem. In Griechenland ist ein West- Thrakien-Problem vorhanden. Von den Muftiwahlen bis zu den Lehrplänen gibt es Probleme. Der Wunsch nach einem EU-Beitritt mindert sich nach und nach. Eine Glaubhaftigkeit der EU ist nicht vorhanden.⁶⁸⁷

Betrachtet man den Westen, dann hat die türkische Demokratie einige Mängel. Aber betrachtet man den Osten, erscheint die Türkei in ziemlich gutem Zustand.⁶⁸⁸ Der EU mangelt es in ihrer Politik zur Demokratieunterstützung an Vertrauen. Die EU hat einige Probleme bei der Wahrnehmung des Anderen. Da die Türkei ein Land mit islamischer Kultur ist, entsetzt dies manche Schichten. In Europa sind zwei Hauptauffassungen vorhanden. Eine dieser ist die Huntington- Auffassung, derzufolge Zivilisationskämpfe unvermeidlich sein sollen. Die andere Auffassung dagegen meint, dass die neue islamische und die westliche Zivilisation miteinander vereinbar sind. Bedauerlicherweise gibt es in den letzten Zeiten entsprechend der Thesen der Huntington-Auffassung in Deutschland, Holland und Frankreich vermehrt Islamophobie oder Ausländerfeindlichkeit. Diese Situation stellt eine Gefahr für die Außenpolitik dar, die behoben werden muss. Manchmal kann Islamophobie bis zu den Politikern gelangen und die Politiker geraten in Angst. Dann heißt es in der Tat, dass die Demokratieunterstützung in Frage gestellt wird. Wenn der Beitritt der Türkei opponiert wird, weil die EU als Christenklub bleiben soll, dann wird die Politik der EU zur Unterstützung der Demokratie umsonst sein. Die EU sollte große Acht auf die

⁶⁸⁶ Interviewgespräch mit ab1c2.

⁶⁸⁷ Interviewgespräch mit rx61e.

⁶⁸⁸ Interviewgespräch mit ab1c2.

Demokratieförderungspolitik geben, sonst wird niemand an die Demokratieunterstützung der EU glauben.⁶⁸⁹

Wenn wir die Länder in Betracht ziehen, die keine Mitgliedschaft von der EU beantragen, ist es nicht möglich zu sagen, dass die EU ihnen aus Sicht der Menschenrechte anregende Aktionen bietet. Die EU unterstützt im Umfang der EU-Vorschriften die Nichtregierungsorganisation. Dies hat sie nicht nur in der Türkei durchgeführt, sondern dies war bei allen kandidierenden Ländern der Fall. Von einem speziellen Fall für die Türkei ist nicht die Rede. Außerdem haben auch privatrechtliche Gesellschaften und bestimmte Anstalten des öffentlichen Rechts von Zeit zu Zeit Projekte vorbereitet und diese der EU vorgelegt und die EU hat diese unterstützt. Deshalb ist es nicht richtig, dies als eine Gunst der EU oder eine spezielle Unterstützung zur Demokratisierung der Türkei anzusehen. Die EU hat dies bei allen Ländern gemacht. Die Unterstützung, die der Türkei gegeben wurde, war nicht so groß wie die, die den vorigen Mitgliedsstaaten gegeben wurden. Da die Zahl der Mitglieder auf 27 Länder stieg, minderte sich die Unterstützung, die den 28./29. Ländern gegeben wurde, in hohem Maße.⁶⁹⁰

Bedenken sind große Mängel, die mit der Zeit in den Köpfen der Menschen in Bezug auf Vertraulichkeit mancher europäischen Länder entstanden sind. Wenn wir zurückblicken, sehen wir, dass die Türkei im Jahre 2003 alle Bedingungen, die unter den Kopenhagener Kriterien gefordert wurden, erfüllt und bei einigen Angelegenheiten sogar noch fortgeschrittene Schritte gemacht hatte. Die Wirtschaft der Türkei ist heute in einem sehr guten Zustand.⁶⁹¹

Am größten ist der Mangel an Werbung in der EU. Da die EU in Ländern der Dritten Welt als Christenklub angesehen wird, wirkt sich das antipathisch auf die EU aus. Damit die EU sagen kann, dass sie kein solcher Klub ist und ihr Zweck die Erweiterung der Beziehungen mit den Ländern der Dritten Welt ist, muss sie unterschiedliche Kulturen

⁶⁸⁹ Interviewgespräch mit kr7s1.

⁶⁹⁰ Interviewgespräch mit is0175.

⁶⁹¹ Interviewgespräch mit ab1c2.

in sich aufnehmen. Die EU kann sich in solchen Angelegenheiten nicht genügend öffnen.⁶⁹²

5.2.8.6. Die EU-Forderungen und das türkische Justizsystem

Nach der Gründung der Türkischen Republik baute Mustafa Kemal ein völlig neues, nach europäischem Vorbild organisiertes Rechtssystem auf, das das Osmanische Reich in dieser Form nicht kannte. Das Zivilrecht basiert seither auf dem schweizer und das Strafrecht auf dem italienischen Recht.⁶⁹³

In der Türkei sind unabhängige Gerichte und hohe Rechtsorgane mit der Ausübung der Gerichtsbarkeit befugt. Der Teil der Verfassung über die Gerichtsbarkeit beruht im Rahmen des Prinzips der Rechtsstaatlichkeit auf der Unabhängigkeit der Gerichte und Richter und auf dem Vertrauen gegenüber den Richtern. Die Garantie für Menschenrechte und Freiheiten erfolgt im Rahmen der Freiheit nach Einklagung seines Rechts. Die Gerichtsverhandlungen finden – von Ausnahmefällen abgesehen – öffentlich statt.

Es gelten das Prinzip der Legalität bei Verbrechen und ihrer Bestrafung, das Prinzip der Unschuldsvermutung und das Prinzip, dass die Strafverantwortung personengebunden ist. Jeder hat die Freiheit, vor einem Richter nach seinem Recht zu suchen.⁶⁹⁴

Wie in allen zeitgenössischen Demokratien gilt auch in der Türkei das Prinzip der Gewaltenteilung. In der Präambel der Verfassung, in der die Grundlagen der Staatsordnung beschrieben werden und die zum Text der Verfassung gehört, wird unterstrichen, dass die Gewalteinteilung nicht eine Einstufung der Verfassungsorgane nach Vorrang, sondern eine mit der Befugnis und den Aufgaben bestimmter Verfassungsorgane begrenzte Aufgabenverteilung und Kooperationsregelung ist.

⁶⁹² Interviewgespräch mit m8n4x.

⁶⁹³ Vgl. C.A.P.: Politisches System. Die Gerichtsbarkeit. Abrufbar im Internet. 2007. URL: <http://cap-online.eu/themen/tuerkei/politisches-system/gerichtsbarkeit.php>. Stand: 11.01.2011.

⁶⁹⁴ Vgl. Das Türkei-Portal: Das politische System. Abrufbar im Internet. 2006. URL: <http://www.ye-net.de/worldofturks/page.php?id=14>. Stand: 11.01.2011.

Das Prinzip der Gewalteinheit wird in der Türkei durch das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit realisiert. Dieses Prinzip gibt der Justiz im staatlichen und gesellschaftlichen Leben eine gewisse Überlegenheit. Die Macht in der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt wird in Folge der Überlegenheit der Justiz durch die Rechtsprechung eingeschränkt und ins Gleichgewicht gebracht. Die Tätigkeiten der Legislative und Exekutive stehen unter Aufsicht der Justiz. Somit wird in der staatlichen Verwaltung die Demokratie gewährleistet und gewahrt. Die Verfassung enthält die Regeln dieser Ordnung. Die bindenden und übergeordneten Regelungen in der Verfassung sind die grundlegenden Rechtsbestimmungen, die für Legislative, Exekutive und Judikative bindend sind. Die Hierarchie unter den Normen verhindert einen Widerspruch zwischen den untergeordneten und den höherrangigen Normen. Die Beschlüsse des Verfassungsgerichtes sind für alle gesetzgebenden, vollziehenden oder juristischen Organe, für die politische Führung und für alle natürlichen und juristischen Personen bindend. Diese Beschlüsse legalisieren die Arbeiten der Regierung.⁶⁹⁵

5.2.8.6.1. Der Begriff „Justizfunktion“

Nach einer Unterscheidung, die von Montesquieu abstammt, sind in einem Staat drei Funktionen vorhanden: diese sind Gesetzgebung (Legislative), Vollziehung (Exekutive) und Rechtsprechung (Judikative).

Die gesetzgebende Funktion ist die Setzung, Änderung und Aufhebung von allgemeinen und abstrakten Normen.

Die Ausführungsfunktion ist die Durchführung der allgemeinen und abstrakten Normen auf bestimmten Personen und Situationen.

Die Justizfunktion wird nach zwei verschiedenen Kriterien definiert.

Nach dem organischen Kriterium ist die Justizfunktion jede Art von Tätigkeit, die von Justizorganen, also Gerichtshöfen ausgeführt werden. Aber da das organische Kriterium jede Art von Tätigkeit der Gerichtshöfe in die Justizfunktion einordnet ist umfasst es

⁶⁹⁵ Vgl. ebd.

mehr als genug, denn Tätigkeiten von Geschäftsstellen der Gerichtshöfe und von Verwaltungspersonal sind keine gerichtlichen Tätigkeiten.

Nach dem materiellen Kriterium ist die Justizfunktion die Ausführungstätigkeit von Rechtsnormen auf bestimmte Situationen. Mit anderen Worten ist die Justizfunktion eine Staatsfunktion, die Rechtsstreitigkeiten und Geltendmachungen von Gesetzeswidrigkeiten löst und entscheidet.⁶⁹⁶

5.2.8.6.2. Systeme der Justizeinheit und Justizteilungen

In Hinblick auf Justizeinheiten sind zwei wichtige große Systeme vorhanden. Eines davon ist das System der „Justizeinheit“, welches in angelsächsischen Ländern vorzufinden ist. Das andere ist das System „Justizteilung“, das in kontinentaleuropäischen Ländern wie Deutschland, Frankreich und Italien vorwiegt. In der Türkei ist das zweite System installiert.

System der Justizeinheit

Das System der Justizeinheit wird in common law Ländern wie England, USA, Kanada, Australien, Südafrika durchgeführt. Im common law System besteht keine Unterscheidung im Hinblick auf Staatsrecht und Privatrecht. Justiz ist ein Ganzes. Nach dem gleichen Recht, nach dem zwischenmenschliche Streitigkeiten gelöst werden, werden auch die Streitigkeiten zwischen Staat und Individuen gelöst.⁶⁹⁷

System der Justizteilung

Das System, dass in kontinentaleuropäischen Ländern wie Frankreich, Deutschland und Italien durchgeführt wird, ist das Justizteilungssystem. Auch in der Türkei ist dieses System vorhanden. In diesem System besteht eine Unterscheidung im Hinblick auf Staatsrecht und Privatrecht. Auf Privatpersonen und dem Staat werden verschiedene Rechte angewendet. Als Ergebnis dieser ist in diesen Ländern das Justizteilungssystem

⁶⁹⁶ Vgl. Gözler, Kemal: Hukuka Giriş. Bursa 2010, Ekin Verlag, S. 90f.

⁶⁹⁷ Vgl. ebd., S. 91f.

entstanden. Das Kennzeichen dieses Systems ist das Vorhandensein einer Verwaltungsgerichtsbarkeit außer der Ordentlichen Gerichtsbarkeit. Ordentliche Gerichte und Verwaltungsgerichte bilden zwei voneinander unabhängige Ordnungen. Jeder dieser Organisationen wird „Gerichtsbarkeitszweig“ genannt. Die ordentlichen Gerichte haben ihre eigenen hohen Gerichte, die Verwaltungsgerichte haben ihre eigenen hohen Gerichte. Prinzipiell kann für ein Urteil, der binnen eines Gerichtsbarkeitszweigs gefällt wurde, bei dem anderen Gerichtshof, der sich im anderen Gerichtsbarkeitszweig befindet, der Rechtsweg nicht eingeschlagen werden.

Das System der Justizteilung ist eigentlich in Frankreich nach der Französischen Revolution mit der Gründung der französischen Conseil d'Etat (Staatsrat) entstanden. Dieses Organ wurde mit der Zeit wie ein Gerichtshof. Die Hauptaufgabe dieses Organs war die Verhandlung von juristischen Prozessen, die gegen die Tätigkeiten und Verfahren der Verwaltung erhoben wurden. Deshalb wird das Justizteilungssystem auch „Verwaltungs-Justiz“ oder kurz „französisches System“ genannt.⁶⁹⁸

5.2.8.6.3. Gerichtsbarkeitszweige in der Türkei

Die türkische Gerichtsbarkeit ist laut Verfassung unabhängig und unterliegt keiner Weisung. Die Richter fällen Urteile gemäß ihres Gewissens in Übereinstimmung mit der Verfassung, den Gesetzen und dem Recht. Richter dürfen nur zivile Personen sein.⁶⁹⁹

In dem Bereich des Justizsystems in der Türkei wurde das französische System angenommen. Das französische Conseil d'Etat' wurde als Beispiel genommen und im Jahre 1868 wurde unter dem Vorsitz von Mithat Pascha ein „Şurayı Devlet“ (Staatsrat) gegründet. Die hauptsächliche Aufgabe dieses Staatsrats war die Verhandlung von juristischen Prozessen, die mit der Regierung gleicher Meinung waren. Der Staatsrat wurde auch während der Zeit der Republik aufrecht erhalten. Der heutige Name dieses Staatsrats ist Danıştay.

⁶⁹⁸ Vgl. ebd., S. 92f.

⁶⁹⁹ Vgl. C.A.P.: Politisches System. Die Gerichtsbarkeit. Abrufbar im Internet. 2007. URL: <http://cap-online.eu/themen/tuerkei/politisches-system/gerichtsbarkeit.php>. Stand: 11.01.2011.

Wie auch im 9. Artikel der Verfassung von 1982 wird die Justizfunktion der Türkei von „unabhängigen Gerichtshöfen“ ausgeführt. Der Gegenstand dieses Abschnitts sind diese „unabhängigen Gerichtshöfe“ und deren Beziehungen untereinander. Die Justizteilung in der Türkei besteht nicht nur aus der Unterscheidung Ordentliche Gerichtsbarkeit – Verwaltungsgerichtsbarkeit. Viele andere Gerichtsbarkeitszweige sind vorhanden: Ordentliche Gerichtsbarkeit, Verwaltungsgerichtsbarkeit, militärische Strafgerichtsbarkeit, militärische Verwaltungsgerichtsbarkeit, Verfassungsgerichtsbarkeit, Konfliktgerichtsbarkeit.⁷⁰⁰

Gerichtsbarkeitszweige in der Türkei						
Gerichtsbarkeitszweig	Verfassungsgerichtsbarkeit	Ordentliche Gerichtsbarkeit	Verwaltungsgerichtsbarkeit	militärische Strafgerichtsbarkeit	militärische Verwaltungsgerichtsbarkeit	Konfliktgerichtsbarkeit
Oberes Instanzgericht	Verfassungsgericht	Kassationshof	Regionsgericht des Staatsrats	Militärisches Kassationshof	Militärisches Oberverwaltungsgericht	Kompetenzkonfliktgericht
Gericht erster Instanz		Zivilgericht (Ziviler Friedensgericht – Zivilkammer) Strafgericht (Friedensgericht-Strafkammer – Grosse Strafkammer)	Verwaltungsgericht Steuergericht	Disziplinargericht Militärgericht		

Abbildung 7: Quelle: Gözler: a.a.O., 2010, S. 93f.

⁷⁰⁰ Vgl. Gözler: a.a.O., 2010, S. 93f.

Verfassungsgerichtsbarkeit

Zwischen der Verfassung und den Gesetzen ist eine Hierarchie, also eine Unterordnung-Überordnung vorhanden. Die Verfassung ist bei den Gesetzen überlegen. Dann können die Gesetze der Verfassung nicht widersprechen. Das Verfassungsgericht (Constitutional Court, Cour constitutionnelle) überprüft, ob die Gesetze der Verfassung widersprechen oder nicht. Wenn sie der Verfassung widersprechen wird sie die Gesetze aufheben. Diese Tätigkeit des Verfassungsgerichts wird „Verfassungsgerichtsbarkeit (constitutional jurisdiction)“ genannt. Also ist die Verfassungsgerichtsbarkeit die Überprüfung der Gesetze in Bezug auf Vereinbarkeit mit der Verfassung.

Das türkische Verfassungsgericht wurde 1962 gegründet. Drei der Mitglieder des Verfassungsgerichts werden von der Großen Nationalversammlung (TBMM) gewählt, 14 werden vom Staatspräsident gewählt. Die gewählten Mitglieder bleiben zwölf Jahre im Amt. Aber die Mitglieder, die vor dem Ende dieser Frist ihr 65. Lebensjahr vollenden, gehen in Rente. Eine Person kann nicht zweimal zum Mitglied des Verfassungsgerichts gewählt werden (Art. 147).

Aufgaben und Befugnisse:

a) Hauptsächliche Aufgaben und Befugnisse: Sie überprüft die Vereinbarkeit mancher Normen mit der Verfassung. Die hauptsächliche Aufgabe und Befugnis des Verfassungsgerichts ist die Überprüfung der Gesetze, der gesetzeskräftigen Beschlüsse oder die Geschäftsordnung des Parlaments in Bezug auf Vereinbarkeit mit der Verfassung. Sie überprüft und kontrolliert die Verfassungsänderungen nur aus der Sicht der Form.

b) Zusätzliche Aufgaben und Befugnisse

- Es überwacht den Staatspräsidenten, den Präsidenten, die Kabinettsmitglieder, die Mitglieder von Obergerichten in der Eigenschaft als Staatsgerichtshof;
- Es entscheidet über persönliche Anfragen (mit der Änderung 2010 hinzugefügt)
- Es entscheidet über Verbot von politischen Parteien

- Es führt die finanziellen Kontrollen der politischen Parteien durch
- Es überprüft die Beschlüsse über die Aufhebung der Immunität
- Es überprüft die Beschlüsse über die Entlassung eines Parlamentsabgeordneten
- Es wählt den Präsidenten des Kompetenzkonfliktsgerichtshofs.⁷⁰¹

Durch das Verfassungsgericht ausgesprochene Parteiverbote haben in der Türkei eine besondere Tradition. Seit 1963 wurden 24 Parteien verboten. Darunter waren die islamistische "Wohlfahrtspartei" und ihre Nachfolgerin, die "Tugendpartei", in denen der amtierende Premier Recep Tayyip Erdogan und der derzeitige Staatspräsident Abdullah Gül ihre politische Karriere begonnen haben. Ein Verbotsantrag gegen die regierende AKP wurde am 31. März 2008 nach Prüfung durch das Verfassungsgericht für zulässig erklärt. Der AKP wurde vorgeworfen, einen auf der Scharia basierenden Gottesstaat aufbauen zu wollen und damit die kemalistischen Prinzipien zu verletzen. Mit der Beratung über das Verbot wurde am 28. Juli 2008 begonnen. Zwei Tage später gab das oberste Gericht sein Urteil bekannt. In der mündlichen Urteilsbegründung wurde dies als deutliche Warnung an die AKP bezeichnet, die staatlichen Finanzaufwendungen an die Partei wurden um die Hälfte gekürzt.⁷⁰²

Ordentliche Gerichtsbarkeit

Die Ordentliche Gerichtsbarkeit (judicial justice, ordinary justice, civil and criminal jurisdiction)‘ ist eine ordentliche und allgemeine Gerichtsbarkeit. Also werden die Prozesse, die sich nicht in anderen Gerichtsbarkeitszweigen befinden, in ordentlicher Gerichtsbarkeit verhandelt. Mit anderen Worten wenn die Streitigkeit nicht in dem Bereich der Verfassungsgerichtsbarkeit, der militärischen Strafgerichtsbarkeit und der militärischen Gerichtsbarkeit ist, befindet sie sich im Bereich der ordentlichen

⁷⁰¹ Vgl. ebd., S. 95f.

⁷⁰² Vgl. C.A.P.: Politisches System. Die Gerichtsbarkeit. Abrufbar im Internet. 2007. URL: <http://cap-online.eu/themen/tuerkei/politisches-system/gerichtsbarkeit.php>. Stand: 11.01.2011.

Gerichtsbarkeit. Deshalb ist die ordentliche Gerichtsbarkeit die umfangreichste Gerichtsbarkeit.⁷⁰³

Wir schematisieren das neue System der ordentlichen Gerichtsbarkeit der Türkei, die mit der Gesetzesänderung vom 26. September 2004 mit der Zahl 5.235 geändert wurde. Die türkische ordentliche Gerichtsbarkeit besteht nicht wie bisher aus zwei Instanzen. Sie hat drei Instanzen, diese sind „Erste Instanz (first instance)“, mittlere Instanz (Appellationsinstanz, appellate instance) und obere Instanz (Revisionsinstanz, last instance, last resort).⁷⁰⁴

Gründungen der Ordentlichen Gerichtsbarkeit		
Revisionsgericht	Oberes Instanzgericht (Kassationshof)	
Appellationsgericht	Gerichtshöfe mittlerer Instanz (regionale ordentliche Gerichte)	
Kreisgericht	Gerichtshöfe erster Instanz	
	Zivilgerichte	Strafgerichte
	1. Zivile Friedensgerichte 2. Zivilkammern	1. Friedensgerichte 2. Strafkammern 3. Grosse Strafkammern

Abbildung 8: Quelle: Gözler: a.a.O., 2010, S. 107.

Verwaltungsgerichtsbarkeit

„Die Verwaltungsgerichtsbarkeit (*administrative justice*)“ ist ein Gerichtsbarkeitszweig in der Streitigkeiten der Verwaltungsbehörden, die im Bereich des Verwaltungsrechts hervorgehen, gelöst werden. Mit anderen Worten ist Verwaltungsgerichtsbarkeit ein Gerichtsbarkeitszweig, in der Prozesse in Bezug auf Verwaltungshandeln und Verwaltungsakte der Zentralregierung des Staates verhandelt werden. Die Belegstellen der Verwaltungsgerichtsbarkeit sind in unserem Land in zwei Instanzen organisiert.⁷⁰⁵

Verwaltungsgründungen	
Oberes Instanzgericht	1. Staatsrat 2. Regionalverwaltungsgerichte
Gerichte Erster Instanz	1. Verwaltungsgerichte 2. Steuergerichte 3. Klagekammern des Staatsrats

Abbildung 9: Quelle: Gözler: a.a.O., 2010, S. 111.

⁷⁰³ Vgl. Gözler: a.a.O., 2010, S. 98.

⁷⁰⁴ Vgl. ebd., S. 107.

⁷⁰⁵ Vgl. ebd., S. 111.

Militärische Gerichtsbarkeit

Gerichtliche Tätigkeiten im Bereich des militärischen Strafrechts, Streitigkeiten, die Militärpersonen angehen und Verwaltungshandeln und Verwaltungsakte zum Militärdienst befinden sich im Umfang der militärischen Gerichtsbarkeit.

Die militärische Gerichtsbarkeit ist in zwei Gerichtsbarkeitsarten aufgeteilt: „militärisches Strafgerichtsbarkeit“ und „militärische Verwaltungsgerichtsbarkeit“. Beide Gerichtsbarkeitsarten haben eigene Verfahrensgesetze.⁷⁰⁶

„Militärische Strafgerichtsbarkeit (military criminal justice)“ sind gerichtliche Tätigkeiten der militärischen Gerichtshöfe im Bereich der militärischen Strafgerichtsbarkeit. In der Zeit vor dem 12. September 2010 wurden alle militärischen Straftaten von militärischen Gerichtshöfen verhandelt. Aber mit der Verfassungsänderung am 12. September 2010 werden die Prozesse zu den Straftaten in Bezug auf Staatsschutz und Verfassungsmässige Ordnung und den Verfahren dieser Ordnung in ordentlichen Gerichten verhandelt.⁷⁰⁷

„Militärische Verwaltungsgerichtsbarkeit (Military administrative justice)“ hat eine Instanz. Also ist in diesem Gerichtsbarkeitszweig als erstes und oberes Gericht nur ein Gerichtshof vorhanden; dieses Gerichtshof ist das militärische Oberverwaltungsgericht (AYİM, Military High Administrative Court). Über die Prozesse, die bei dem militärischen Oberverwaltungsgericht erhoben werden, urteilt einer der Kammer oder der Kammerrat. Diese Urteile sind endgültig. In der militärischen Verwaltungsgerichtsbarkeit ist keine Revision vorhanden.⁷⁰⁸

Konfliktgerichtsbarkeit: Kompetenzkonfliktgericht

„Kompetenzkonfliktgericht (Court of Conflicts, Court of Jurisdictional Disputes)“ ist berechtigt die Streitigkeiten bezüglich Aufgaben und Bestimmungen zwischen der ordentlichen, administrativen und militärischen Gerichtsbarkeit endgültig zu lösen

⁷⁰⁶ Vgl. Dinçkol, Abdullah: Hukuka Giriş. İstanbul 2000, Alkım Verlag, S. 163.

⁷⁰⁷ Vgl. Gözler: a.a.O., 2010, S. 121f.

(Verfassung, Art. 158). Aber bei den dienstlichen Streitigkeiten zwischen dem Verfassungsgericht und den anderen Gerichtshöfen wird das Urteil des Verfassungsgerichts als Grundsatz genommen. (Verfassung, Art. 158/3).

5.2.8.6.4. Unabhängigkeit der Richter und Sicherheiten des Richteramts

Richter müssen bei ihren Urteilen unabhängig und frei sein und nicht unter Druck und Einfluss stehen. Die Richter müssen sowohl gegen die gesetzgebende Körperschaft, das Ausführungsorgan und das Urteilsorgan als auch gegen ihre Umgebung unabhängig sein. Kurz gesagt müssen Richter ihre Dienste in Frieden und Ruhe, fern von materiellen und immateriellen Drucken jeder Art, durchführen können. Deshalb wurden den Richtern Sicherheiten wie „Sicherheit zur Nichtabsetzung“, „Sicherheit zur Nichtpensionierung“, „Sicherheit zur Nichtvorenthaltung der Löhne und Beihilfen“ gewährt.⁷⁰⁹

Die Verfassung 1982 hat zur Gewährung der Unabhängigkeit der Richter den Hohen Rat der Richter und Staatsanwälte (Supreme Council of Judges and Public Prosecutors) gegründet. Bei Personalverfahren der Richter, wie Ernennung, Aufstieg, Versetzung, Prüfung und Disziplin ist nicht das Justizministerium sondern der Hohe Rat der Richter und Staatsanwälte beauftragt und befugt.

Bei der Volksabstimmung, die im 12. September 2010 abgestimmt wurde, wurden bezüglich der Struktur des Hohen Rats der Richter und Staatsanwälte Regelungen durchgeführt und diesbezüglich wurde viel diskutiert.

In manchen demokratischen Ländern wie USA, Deutschland, Österreich, Belgien, England, Japan, Norwegen gehört die Ernennungsbefugnis der Richter direkt dem Ausführungsorgan (dem Ministerpräsident, dem Ministerrat oder dem Justizminister).

In manchen Ländern wie Frankreich, Holland, Spanien, Schweden, Italien, Portugal gehört die Befugnis zur Ernennung der Richter und zum Entschluss über Personalrechte

⁷⁰⁸ Vgl. ebd.

⁷⁰⁹ Vgl. ebd., S. 125f.

der Richter Raten, die nur zu diesem Zweck gegründet worden sind und die im Allgemeinen „Hohe Rat der Richter“ oder „Rat der hohen Gerichtsbarkeit“ genannt werden.

Mit der 12. September 2010 datierten Änderung des 159. Artikels der Verfassung, in Bezug auf Änderung des Hohen Rats der Richter und Staatsanwälte, werden 16 von 22 Mitglieder also 77 % der Mitglieder, unter Richtern und Staatsanwälten wieder von Richtern und Staatsanwälten gewählt. In keinem der Länder, in denen die Mitglieder zu diesen Raten von Richtern gewählt werden, ist der Satz der von Richtern gewählten Mitglieder so hoch wie in der Türkei. Zum Beispiel ist dieser Satz in Frankreich 50%, in Spanien 57 %, in Italien 59 % und in Portugal 41 %.⁷¹⁰

5.2.8.6.5. Mängel im türkischen Justizsystem und die Verfassungsreform vom 12. September 2010

Der Präsident Abdullah Gül erklärt dass das türkische Justizsystem eine gründliche Justizreform benötigt. In dem Justizsystem in der Türkei sind wichtige Mängel vorhanden. Die hauptsächlichen Mängel sind wie folgt:

- Untersuchungshaft: die Zahl der Inhaftierten in der Türkei ist höher als die Zahl der Strafgefangenen und auch die Dauer der Haft ist lang. Dies führt zu grossen Ungerechtigkeiten.⁷¹¹

- Aufschlagsatz der Klagen: einer der Gründe der hohen und schweren Arbeitsbelastung der Justiz ist der Nichtaufschlag der Klagen, die im Namen der Öffentlichkeit erhoben wurden. 52 % der Klagen in der Türkei, die im Namen der Öffentlichkeit erhoben werden, enden mit Freispruch. Und dies zeigt dass die Staatsanwaltschaft ohne genügende Forschung und Beweismittelsammlung Klagen erhebt. Dagegen enden 98 % solcher Klagen in Japan mit Verurteilung. Jeder Inspekteurbericht, jedes Sachverständigengutachten wird ohne Forschung in Anklageschrift umgewandelt. Mit der Ansicht dass der Richter urteilen soll wird der einfache Weg gewählt.

⁷¹⁰ Vgl. ebd.

⁷¹¹ Vgl. Türkische Zeitung Yeni Şafak: Yargı Reformu köklü bir ihtiyaç. Abrufbar im Internet. 2011. URL: <http://yenisafak.com.tr/Gundem/?i=297332>. Stand: 16.01.2011.

- Gerichtliche Polizei: einer der Gründe warum Klagen jahrelang dauern ist der Mangel an gerichtlicher Polizei in der Türkei. In der Türkei kann es Jahre dauern bis ein Angeschuldigter oder ein Zeuge gefunden und vor Gericht gestellt wird. Denn die Staatsanwaltschaft schreibt der Polizei, die Polizei an den Landkreis, der Landkreis an die Wache, somit dauert es viel zu lange bis ein Zeuge vor Gericht kommt. Und wenn binnen dieser Zeit eine Adressenänderung stattgefunden hat, dauert diese Zeit noch länger. Wenn dagegen eine gerichtliche Polizei, die an die Staatsanwaltschaft gebunden ist, vorhanden wäre, wäre diese Zeit viel kürzer.

- Einheit bei der Ausführung: in der türkischen Justiz befindet sich keine Einheit bei der Ausführung. Jeder Richter führt eine andere Prozedur durch. Jedoch muss eine Ausführungseinheit vorhanden sein. Wie die Zahl der Richter gibt es Verfahrensdurchführungen. Die Gewährung einer Ausführungseinheit wird die Zeit der Klagefristen verkürzen.

- Zahl der Richter und Gerichtshöfe: die Zahl der Richter und Gerichtshöfe in der Türkei ist ungenügend. Die Gerichtshöfe urteilen zu Gerichtsterminen in 4-5 Monaten. Die Rechtsanwälte brachten dieses Problem öfters in die Tagesordnung. Die Zahl der Richter und Gerichtshöfe in der Türkei müssen erhöht werden.

In der Türkei muss in kürzester Zeit ein Justizsystem aufgebaut werden, die gerecht, objektiv und unabhängig ist.

Eine Verfassungsreform ist schon lange geplant. Unklar blieb nach dem bislang nicht umgesetzten Versuch, Berufungsgerichte einzuführen und damit den Kassationshof als Revisionsinstanz zu entlasten, wie überhaupt eine Justizreform aussehen könnte. Die soll nun Kernstück der Verfassungsreform werden.⁷¹²

In der Türkei beginnt nach der Annahme einer weitreichenden Verfassungsreform eine neue Ära. Das sind die wichtigsten Neuerungen:

⁷¹² Vgl. Rumpf, Christian: Verfassungsreform. Abrufbar im Internet. 2010. URL: <http://www.tuerkeirecht.de/Verfassungsreform%20AKP.pdf>. Stand: 12.01.2011.

- Einschränkung der Militärjustiz: Zivilisten dürfen künftig nicht mehr vor Militärgerichte gestellt werden (etwa wegen Vergehen gegen die Nationale Sicherheit). Umgekehrt dürfen Militärs künftig vor zivile Gerichte gebracht werden, etwa wenn der Verdacht besteht, sie wollten die Regierung stürzen.
- Machtwechsel an den Gerichten: Der Oberste Rat der Richter und Staatsanwälte wird reformiert. Er entscheidet über Ernennungen von, wie der Name es sagt, Richtern und Staatsanwälten. Bislang hatte er fünf Mitglieder, die vom Staatspräsidenten ernannt wurden, anhand einer Vorschlagsliste Hoher Gerichte. Fortan wird der Rat 21 Mitglieder haben, von denen der Staatspräsident vier mehr oder minder nach Gutdünken ernennt. Der Justizminister sitzt dem Rat vor. 10 Mitglieder werden fortan durch Abstimmung der Richter und Staatsanwälte des Landes bestimmt.
- Reform des Verfassungsgerichts: Es wird statt bisher elf fortan 19 Richter zählen. Bislang wurden sie vom Präsidenten ernannt, anhand einer Vorschlagsliste der Gerichte, und sie dienten bis zur Erreichung des Rentenalters. Künftig ernennt das Parlament drei Richter, der Staatspräsident die übrigen, anhand einer Vorschlagsliste der Rechtsanwaltskammern, des Höheren Bildungsrates und der Gerichte. Die Richter werden für 12 Jahre ernannt.
- Reform des Parteischließungsverfahrens: Das Verfassungsgericht kann Parteien nur noch schließen, wenn sie zu Gewalt aufrufen – nicht mehr, wie bisher, wegen „islamischer Umtriebe“.
- Datenschutz: Die Bestimmungen zum Datenschutz werden verschärft. Persönliche Daten genießen einen größeren Schutz.
- Mehr Rechte für Frauen und andere „schwache“ Bevölkerungsgruppen: Die Änderungen stärken die Rechte von Frauen, Behinderten, Senioren, Arbeitnehmern, und Gewerkschaften. Der Staat schützt ihre Rechte fortan ausdrücklich.
- Reform des Obersten Militärrats: Der Rat berät unter Anderem jährlich über Entlassungen von Militär aus diversen Gründen. In der Praxis wollte die Armee damit

bislang vor allem eine Unterwanderung durch Islamisten verhindern. Künftig kann gegen solche Entlassungen appelliert werden.

- Strafbarkeit von Mitgliedern des Nationalen Sicherheitsrates: Unter der alten Verfassung waren dessen Mitglieder geschützt vor Strafverfolgung. Das bedeutete, dass die Putschgeneräle von 1980 (die den Rat einrichteten, als eigentliche Regierung des Landes) unantastbar waren. Möglicherweise können sie nun vor Gericht gestellt werden, das gilt natürlich vor allem auch für heutige Mitglieder. Die Befugnisse des Rates wurden bereits durch diverse Reformen in den letzten Jahren abgeschwächt.
- Ombudsmann für die Bürger: Das türkische Parlament soll künftig alle vier Jahre einen Ombudsmann wählen, der die Kontrolle über die Verwaltung verbessern und Beschwerden von Bürgern nachgehen soll.⁷¹³ Ein Ombudsmann-System wird Beschwerden der Bürger nach Möglichkeit ohne Gerichtsverfahren schlichten.⁷¹⁴

Meinungen zur Verfassungsreform vom 12. September 2010

Die Opposition, die derzeit durch die CHP dominiert wird, spricht sich gegen dieses Verfassungspaket aus. Sie befürchtet, dass es der AKP darum geht, ihre eigene Ideologie gegen die Ideen des Kemalismus durchzusetzen. Sie sieht das Verfassungspaket nicht nur als Schritt in Richtung auf mehr Demokratie, sondern gleichzeitig als Wegbereiter für eine weitere Islamisierung der Türkei.⁷¹⁵

Betrachtet man die inhaltlichen Stellungnahmen von Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen wird man feststellen, dass alle für Verfassungsänderungen sind. Der Widerstand sehr unterschiedlicher Kreise beruht auf Einwänden gegen die Prioritätensetzung sowie den Inhalten einiger Änderungen. Grundsätzlich wurde die Unterstützung des von der AKP forcierten Projekts von allen

⁷¹³ Vgl. Tages Anzeiger: Was sich in der Türkei ändert. Abrufbar im Internet. 2010. URL: <http://www.tagesanzeiger.ch/ausland/europa/Tuerken-stellen-sich-hinter-ihren-Praesidenten/story/24539625>. Stand: 12.01.2011.

⁷¹⁴ Vgl. Kálnoky, Boris: Das Referendum offenbart eine gesplante Türkei. Abrufbar im Internet. 2010. URL: <http://www.welt.de/politik/ausland/article9602372/Das-Referendum-offenbart-eine-gesplante-Tuerkei.html>. Stand: 12.01.2011.

⁷¹⁵ Vgl. Rumpf, Christian: Verfassungsreform. Abrufbar im Internet. 2010. URL: <http://www.tuerkei-recht.de/Verfassungsreform%20AKP.pdf>. Stand: 12.01.2011.

im Parlament vertretenen Parteien an Bedingungen geknüpft. Die AKP zog es vor, auf die Bedingungen nicht einzugehen und das Paket im Alleingang durchzubringen. Dabei ging es im Kern um sehr grundsätzliche Probleme der türkischen Demokratie.⁷¹⁶

Die EU-Kommission erklärte, die Zustimmung zu den Verfassungsreformen sei "ein Schritt in die richtige Richtung" bei den Bemühungen der Türkei, die EU-Beitrittskriterien zu erfüllen. Allerdings komme es nun auf die Umsetzung der Reformen an. "Eine ganze Reihe von Ausführungsgesetzen wird nötig sein, und wir werden deren Ausarbeitung genau beobachten."

Bundesaußenminister Guido Westerwelle sagte: "Die Verfassungsreform ist ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg der Türkei nach Europa." Er sei zuversichtlich, dass der Reformprozess in der Türkei im Sinne einer weiteren Öffnung der Gesellschaft fortgeführt werde.⁷¹⁷

5.2.8.7. Die türkische Wirtschaft und die EU-Konvergenzkriterien

“Bevor der Euro als gemeinsame Währung eingeführt werden kann, muss jeder Mitgliedstaat bestimmte wirtschaftliche und finanzielle Voraussetzungen erfüllen, die sogenannten Konvergenzkriterien. Es gibt vier Konvergenzkriterien”.⁷¹⁸

Preisstabilität: Die Inflationsrate darf nicht mehr als 1,5 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der drei preisstabilsten Länder überschreiten.⁷¹⁹

Haushaltsdisziplin: Haushaltsdisziplin heißt für Eurostaaten: die Neuverschuldung im Haushaltsjahr darf drei Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) nicht

⁷¹⁶ Vgl. Hibbeler, Stefan: Die Verfassungsänderung und ihr Kontext. Abrufbar im Internet. 2010. URL: <http://www.istanbulpost.net/10/05/01/verfassung.htm>. Stand: 12.01.2011.

⁷¹⁷ Vgl. TAZ: Türkei emanzipiert sich vom Militär. Abrufbar im Internet. 2010. URL: <http://www.taz.de/1/politik/europa/artikel/1/tuerkei-emanzipiert-sich-vom-militaer/>. Stand: 12.01.2011.

⁷¹⁸ Europa: Einführung des Euro: Konvergenzkriterien. Abrufbar im Internet. 2010. URL: http://europa.eu/legislation_summaries/economic_and_monetary_affairs/institutional_and_economic_framework/ec0013_de.htm. Stand: 02.01.2011.

⁷¹⁹ Vgl. Wissen Media Verlag: EU-Konvergenzkriterien. Abrufbar im Internet. 2009. URL: <http://www.wissen.de/wde/generator/wissen/ressorts/geschichte/zeitgeschehen/index.page=3676376.html>. Stand: 02.01.2011.

überschreiten und die gesamte Staatsverschuldung muss unter 60 Prozent des BNE bleiben.⁷²⁰

Wechselkurse: Die Währung muss zwei Jahre lang am Wechselkursmechanismus (WKM II) teilgenommen haben und muss gegenüber dem Euro stabil geblieben sein⁷²¹

Zinsen: Die langfristigen Zinssätze dürfen nicht höher 2% über dem durchschnittlichen Zinsniveau der 3 stabilsten Ländern liegen.⁷²²

Als Folge der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise schrumpfte das türkische BIP 2009 um 4,7 %. Bereits im letzten Quartal 2009 zeichnete sich jedoch eine konjunkturelle Belebung ab, die sich im Jahr 2010 verstärkt fortsetzte. Einen besonders großen Einfluss auf die relativ zügige Erholung hatte der im Jahr 2001 gründlich sanierte, relativ stabile türkische Bankensektor, der die Krise im Vergleich zu anderen OECD-Ländern ohne staatliche Unterstützung überstehen konnte. Im ersten Quartal konnte die Türkei mit 11,7 % das zweithöchste Wirtschaftswachstum nach China innerhalb der G-20 erzielen und lag im zweiten Quartal 2010 mit 10,3 % gleichauf mit China. Für das Jahr 2010 hat die türkische Regierung ihre Prognose für das Wirtschaftswachstum des BIP nach oben korrigiert und erwartet nun 7,5 %.⁷²³

Anfang 2001 war die Türkei in eine tiefe Wirtschaftskrise geschlittert, die massive Kapitalabflüsse auslöste. Der Internationale Währungsfonds musste damals mit einem 16 Milliarden-Dollar-Kredit aushelfen. Nach der Durststrecke ging es ab 2003 steil aufwärts, und das Land schaffte jahrelang ein Wachstum von durchschnittlich sechs Prozent. Seit Beginn des Jahrzehnts hat sich das Bruttoinlandsprodukt mehr als verdreifacht.

⁷²⁰ Vgl. Europäisches Parlament: Konvergenzkriterien. Abrufbar im Internet. 2011. URL: http://www.europarl.europa.eu/brussels/website/content/modul_06/start.html#03. Stand: 02.01.2011.

⁷²¹ Europäisches Parlament: Konvergenzkriterien. Abrufbar im Internet. Abrufbar im Internet. 2011. URL: <http://www.europarl.europa.eu/brussels/website/media/Definitionen/Pdf/Konvergenzkriterien.pdf>. Stand: 02:01:2011.

⁷²² Vgl. Europäisches Parlament: Konvergenzkriterien. Abrufbar im Internet. 2011. URL: http://www.europarl.europa.eu/brussels/website/content/modul_06/start.html#03. Stand: 02.01.2011.

⁷²³ Vgl. Auswärtiges Amt: Staatsaufbau und Innenpolitik. Abrufbar im Internet. 2010. URL: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01_Nodes_Uebersichtsseiten/Tuerkei_node.html. Stand: 12.01.2011.

Die Auswirkungen der globalen Finanzkrise indes sorgten 2009 wieder für einen Rückschlag: Die Wirtschaft schrumpfte um sechs Prozent, die Arbeitslosenquote schoss auf 15 Prozent empor, die Exporte brachen gar um 30 Prozent ein.

Heute gilt die Türkei allerdings wieder als wirtschaftlicher Musterschüler schlechthin: Im September bescheinigte ihr OECD-Generalsekretär Angel Gurría, das stärkste Wachstums aller OECD-Staaten. Im ersten Quartal wuchs das BIP um stolze 11,7 Prozent, im zweiten um 10,3 Prozent. Damit steht das Land am Bosphorus sogar besser da als die boomenden BRIC-Staaten Brasilien, Russland, Indien und China.

Die Gründe des wirtschaftlichen Wachstums

Das spektakuläre Wachstum basiert auf mehreren Ursachen: Neben dem starken Konsumanstieg dank niedriger Zinsen spielen der Bau- sowie der Exportboom eine wichtige Rolle. Die Tourismusbranche hat eine tolle Sommersaison hinter sich, der Immobiliensektor blüht, und auch die Istanbuler Börse verzeichnet einen Höhenflug: Im September kletterte der Leitindex ISE-100 auf ein Rekordhoch, seit Jahresbeginn haben türkische Aktien um rund 35 Prozent zugelegt. Die für heuer geplante Steuerreform, die eine Reduktion der öffentlichen Verschuldung vorsah, wurde allerdings verschoben und soll erst nach den nächsten Wahlen im Juni 2011 angegangen werden. Die Staatsschulden liegt aber schon jetzt weit unter den Maastricht-Kriterien.⁷²⁴

⁷²⁴ Vgl. Muzik, Peter: Die Wirtschaft steht auf die Türkei. Abrufbar im Internet. 2010. URL: <http://www.wienerzeitung.at/DesktopDefault.aspx?TabID=3924&Alias=wzo&cob=527506>. Stand: 11.01.2011.



Abbildung 10: Quelle: Muzik 2010: www.wienerzeitung.at.

Selten in ihrer Geschichte hat sich die Türkei so rasant verändert wie in den vergangenen zehn Jahren. 2001 führte eine schwere Finanzkrise das Land an den Abgrund der Staatspleite. Diese Krise fegte das alte politische Personal und die etablierten Parteien weg. Bei den Wahlen vom November 2002 gewann die erst ein Jahr zuvor gegründete Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP) mit Tayyip Erdogan fast zwei Drittel der Parlamentssitze.

Seither erlebt die Türkei die längste Phase politischer Stabilität und den steilsten wirtschaftlichen Aufstieg ihrer jüngeren Geschichte. Die Wirtschaftsleistung hat sich seit 2001 verdreifacht. Weltweit liegt die Türkei unter den größten Wirtschaftsnationen auf Platz 17. In der EU wäre das Land, gehörte es dazu, die Nummer sieben. In diesem Jahr wird die türkische Wirtschaft voraussichtlich um acht Prozent wachsen. Damit liegt das Land mit China an der Weltspitze. 2011 dürfte die Staatsverschuldung auf 45

Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zurückgehen. In der EU steht nur Luxemburg besser da.

Bundespräsident Wulff hat diese neue Türkei nicht nur in der kosmopolitischen Wirtschaftsmetropole Istanbul und in der Hauptstadt Ankara erlebt. Seine Reise führte ihn auch ins zentralanatolische Kayseri und ins südtürkische Adana. Wulff sah dort eine Türkei, die viele in Europa gar nicht kennen. Die Millionenstädte Kayseri und Adana gehören zu den „anatolischen Tigern“. Sie symbolisieren nicht nur den erstaunlichen ökonomischen Boom der türkischen Provinz, sondern auch den Aufstieg eines neuen Unternehmer- und Bürgertums. Es ist in den Traditionen Anatoliens verwurzelt, gewinnt aber zunehmend an Wohlstand und Einfluss. Erdogans AKP repräsentiert diese neue soziale Klasse. Die AKP vertritt einerseits die konservativ-muslimischen Werte ihrer Klientel, ist aber zugleich die treibende Kraft der demokratischen Reformen und wirtschaftlichen Modernisierung, die der Türkei den Weg in die EU ebnen sollen. Wulff erlebte eine Gesellschaft im Umbruch, eine neue Türkei: ein Land, das nicht nur wirtschaftlich die Muskeln spielen lässt, sondern das auch außenpolitisch neue Wege geht und eine Führungsrolle im Nahen Osten, vielleicht sogar in der islamischen Welt anstrebt.

Diese neue Türkei müsste eigentlich ein attraktiver Partner für die EU sein. Aber viele in Europa nehmen das Land anders wahr. Ihr Türkeibild stammt im Grunde noch aus den 90er-Jahren. Sie definieren die Türkei einseitig über ihre Identität als islamisches Land und sehen in der Hinwendung zu den östlichen Nachbarn einen Widerspruch zur EU-Kandidatur. Dabei liegt, neben der wirtschaftlichen Dynamik, gerade in der neuen türkischen Außenpolitik eine große Chance für Europa.⁷²⁵

⁷²⁵ Vgl. Höhler, Gerd: Die Türkei, der wirtschaftliche Tiger. Abrufbar im Internet. 2010. URL: <http://www.handelsblatt.com/meinung/kommentar-politik/aussenpolitik-die-tuerkei-der-wirtschaftliche-tiger;2677543>. Stand: 11.01.2011.

5.2.8.8. Die neue Außen- und Innenpolitik der Türkei unter dem Einfluss der EU

Die Türkei ist - gemäß ihrer Verfassung von 1982 - eine demokratische, laizistische, soziale und rechtsstaatliche Republik. Oberhaupt des Staates ist der Staatspräsident. Ministerpräsident und von ihm bestimmte Minister bzw. Staatsminister bilden gemeinsam den Ministerrat, der die Regierungsgeschäfte führt. Die türkische Verwaltung ist zentralistisch. Das Territorium ist in 81 Provinzen unterteilt, diese wiederum in Landkreise, an deren Spitze jeweils ein Gouverneur bzw. ein Landrat als Repräsentant der Zentralregierung in Ankara steht. Daneben gibt es auf der Ebene der Städte und Gemeinden lokale Verwaltungen, deren Leitung von der örtlichen Bevölkerung direkt und mit absoluter Stimmenmehrheit alle fünf Jahre gewählt wird. Mitglieder der Provinz- und Stadträte werden dagegen über Parteilisten mit relativer Mehrheit gewählt, sofern die Partei die Zehn-Prozent-Hürde überschreitet. Die Kompetenzen sind strikt getrennt. Städte und Gemeinden verfügen nur in relativ geringem Umfang über eigene Einnahmen und sind daher finanziell auf Zuwendungen der Zentralregierung angewiesen.⁷²⁶

Das türkische Parlament, die Große Türkische Nationalversammlung, wird für vier Jahre gewählt (Mehrheitswahlrecht). Die nächsten Wahlen sollen im Juni 2011 stattfinden. Auch hier gilt eine landesweite Zehn-Prozent-Hürde für den Einzug ins Parlament.⁷²⁷

5.2.8.8.1. Grundlinien der neuen Außenpolitik der Türkei

Die Türkei befindet sich in einem heterogenen außenpolitischen Umfeld, in dem die Regierung der AK-Partei eine Außenpolitik der „strategischen Tiefe“ und der „Null Probleme mit den Nachbarn“ betreibt. In den letzten Jahren hat die Türkei die Beziehungen zu zahlreichen Staaten, insbesondere zu ihren Nachbarn, intensiviert und zum Teil erheblich verbessert. Sie will als Regionalmacht stabilisierend wirken und

⁷²⁶ Vgl. Auswärtiges Amt: Staatsaufbau und Innenpolitik. Abrufbar im Internet. 2010. URL: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01_Nodes_Uebersichtsseiten/Tuerkei_node.html. Stand: 12.01.2011.

⁷²⁷ Vgl. ebd.

dabei auch als Mittler zwischen der islamischen Welt und dem Westen fungieren. Die zunehmend aktive Rolle des NATO-Mitglieds und EU-Beitrittskandidaten Türkei in der Region und darüber hinaus sieht die Regierung nicht im Gegensatz, sondern vielmehr als Ergänzung zur Westorientierung, die seit den Zeiten des Republikgründers Atatürk eine der wesentlichen Leitlinien türkischer Außenpolitik ist.⁷²⁸

Vollmitgliedschaft in der EU oder "privilegierte Partnerschaft", Westen oder Osten – das Ringen um die außenpolitische Orientierung und Verankerung der Türkei ist in vollem Gange. Es findet vor dem Hintergrund einer bedeutenden Geschichte statt: Hunderte von Jahren beherrschte das Osmanische Reich weite Teile Südosteuropas und Nordafrikas, sowie den Nahen Osten mit Palästina und dem heutigen Israel sowie Mesopotamien.

Wann immer die Türkei – nach dem Ersten Weltkrieg aus der Konkursmasse des Osmanischen Reiches gegründet – sich heute außenpolitisch positioniert, spielt die Historie dabei eine erhebliche Rolle. Lange wurde die Türkei in diesen Ländern, gerade im nahöstlich-arabischen Raum, noch immer als koloniale Besatzungsmacht wahrgenommen – sehr zum Nachteil einer türkischen Akzeptanz. Doch das hat sich geändert.

"Das Ansehen der Türkei dort hat sich in den vergangenen 15 bis 20 Jahren erheblich verbessert", sagt der Politologe und Türkei-Experte Cemal Karakas von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. Und das liege ausgerechnet an Recep Tayyip Erdogan – dem im Westen nicht unumstrittenen Regierungschef. Denn der Vorsitzende der nationalreligiösen Partei AKP betone im Gegensatz zu seinen kemalistischen Vorgängern – also Anhängern des Staatsgründers Kemal Atatürk – nicht das nationalistische Element, sondern beschwöre eher die Umma, die Gemeinschaft der gläubigen Muslime. "Erdogan fährt die Betonung des Türkentums stark zurück; die ethno-nationale Komponente spielt in seiner Außenpolitik kaum eine Rolle."

⁷²⁸ Vgl. Auswärtiges Amt: Staatsaufbau und Innenpolitik. Abrufbar im Internet. 2010. URL: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01_Nodes_Uebersichtsseiten/Tuerkei_node.html. Stand: 12.01.2011.

Generell orientierten sich die Leitlinien der türkischen Außenpolitik an der neuen strategischen Doktrin namens "Strategische Tiefe". Sie wurde vor rund fünf Jahren vom damaligen Professor für Internationale Beziehungen und jetzigen Außenminister Ahmet Davutoglu entwickelt. Sie formuliert das Ziel, zwar weiterhin am EU-Beitritt festzuhalten, zugleich aber die Türkei im Nahen Osten als regionale Ordnungsmacht zu positionieren. In diesem Kontext sei in jüngster Zeit eine Annäherung sowohl an Russland als auch an Armenien erfolgt, sagt Karakas. "Schwieriger ist, dass es auch zu einer Annäherung an Syrien und den Iran gekommen ist – da beide in den Augen der USA Schurkenstaaten sind. Das stellt vor allem die USA vor Probleme."

Der wesentliche Unterschied zwischen der heutigen türkischen Außenpolitik und jener des Kalten Krieges sei aber dass Ankara heute eigene nationale Interessen verfolge. "Das eröffnet neue Perspektiven für die Türkei - aber die türkischen nationalen Interessen entsprechen nicht unbedingt denen der USA", sagt der Politologe. Er erwähnt in diesem Zusammenhang auch den seit Jahren wachsenden Antiamerikanismus in der Türkei.

Ein weiteres Element in der Reorganisation der türkischen Außenpolitik sei die zunehmende Entfremdung zum Rüstungspartner Israel. Sie resultiere daraus, dass die Türkei ihren Einfluss auf den Nahen Osten sehr stark überschätzt habe und mehrfach brüskiert worden sei.

Erdogan gefalle sich in der Rolle des starken Mannes, der dem Westen – der EU, den USA und Israel – die Stirn biete. "Dieses Kalkül geht auf – in der arabischen Welt ist die Türkei so angesehen wie noch nie in ihrer Geschichte." Dabei wolle Erdogan den EU-Beitritt ernsthaft. Dass die türkische Außenpolitik gerade bezüglich eines EU-Beitritts politisiert werde, sei vor allem Schuld der Nationalisten und des Militärs. Diese fragten sich, wohin der Beitritt die Türkei führe, wenn dann etwa Kurden und religiöse Minderheiten wie die Christen – womöglich gar die Islamisten – mehr Recht erhalten müssten. "Man hat Angst um die gesellschaftliche und territoriale Integrität der Türkei", sagt Cemal Karakas. "Das ist eine Angst, die Kemalisten sehr stark schüren. Und

Erdogan wird manchmal von den Kemalisten getrieben – zum Beispiel in der Zypernfrage."⁷²⁹

Das grundlegende Ziel der türkischen Außenpolitik besteht darin, sowohl in der Türkei als auch in ihrer Region eine auf Frieden und Wohlstand basierende, stabile, kooperative und die menschliche Entwicklung fördernde Umgebung zu schaffen.

Um ihre nationalen und internationalen Ziele zu erreichen, hält die Türkei an den Prinzipien der guten Beziehungen und der Zusammenarbeit mit ihren Nachbarn und allen Ländern fest und trägt zu internationalem Frieden und Wohlstand sowie zu internationaler Stabilität und Sicherheit bei.

In der heutigen fragilen internationalen Umgebung gewinnen Leitbilder wie Demokratisierung, Pluralismus, nachhaltige Entwicklung, menschliche Entwicklung, interkulturelles Verständnis und die Schaffung von Harmonie und Toleranz an Priorität und Bedeutung. Die Notwendigkeit, die Probleme auf der Grundlage des Völkerrechts und des effektiven Multilateralismus zu lösen, wird offenkundiger denn je.

Als ein aktives Mitglied der heutigen globalisierten Welt wendet die Türkei eine multidimensionale, zielgerichtete, pragmatische, ausgewogene und humanitäre Außenpolitik mit Blick darauf an, in der Welt und besonders in ihrer Nachbarschaft den Frieden herzustellen und zu erhalten sowie die Stabilität und den Wohlstand zu fördern. Auf diese Weise misst die Türkei den transatlantischen Bindungen eine besondere Bedeutung bei. Sie trägt als Mitglied aktiv zu den Bestrebungen der NATO-Allianz bei, den internationalen Frieden und die internationale Stabilität zu erhalten, und verstärkt ihre Beziehungen zu den Ländern der Region. Die Türkei schreitet entschieden auf dem Weg des Beitritts zur Europäischen Union fort. Sie unterstützt auch Drittländer bei der Beseitigung von zwischenstaatlichen Problemen und wird zu einem einflussreicheren und bedeutenderen Akteur der internationalen Politik.

⁷²⁹ Vgl. Frankenfeld, Thomas: Türkei sucht nach "strategischer Tiefe". Abrufbar im Internet. 2010. URL: <http://www.abendblatt.de/politik/ausland/article1441105/Tuerkei-sucht-nach-strategischer-Tiefe.html>. Stand: 11.01.2011.

Als ein aktives und verantwortungsvolles Mitglied der internationalen Gemeinschaft in der heutigen globalisierten Welt ist die Türkei ein in allen Regionen wirksamer Akteur, der sich Mühe gibt, den Westen mit dem Osten und den Norden mit dem Süden zu versöhnen. Die Türkei dient durch ihre geographische Lage im Herzen Eurasiens und ihre engen historischen und kulturellen Bindungen zu weiten Gebieten als ein entscheidender Katalysator zur Förderung von Dialog und Interaktion zwischen den Kulturen.

Die institutionellen Beziehungen, – seien es Mitgliedschaft, Beobachterstatus oder Partnerschaftsdialog – die die Türkei mit vielen führenden internationalen und regionalen Organisationen errichtet hat, die verschiedenen Regionen und Funktionen abdecken, sind der beste Ausdruck für den vielfältig ausgerichteten Charakter der türkischen Außenpolitik. Die Türkei ist Mitglied der Vereinten Nationen, des Europarates, der Nordatlantikvertrag-Organisation (NATO), der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), der Welthandelsorganisation (WTO), der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC), der Organisation der Schwarzmeerwirtschaftskooperation (BSEC), der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (ECO), der D-8 und der Konferenz über Zusammenwirken und vertrauensbildende Maßnahmen in Asien (CICA). Die Türkei nimmt auch am „Barcelona-Prozess: Union für den Mittelmeerraum“ teil.

Die Türkei beteiligt sich aktiv als ständiger Beobachter an den Aktivitäten der Organisation der Amerikanischen Staaten, der Vereinigung der Karibischen Staaten und der Afrikanischen Union. 2007 schloss die Türkei eine Rahmenvereinbarung mit der Arabischen Liga, um die Beziehungen und die Zusammenarbeit durch die Schaffung eines Türkisch-Arabischen Kooperationsforums zu institutionalisieren; im Jahr 2008 überführte sie ihren Strategischen Dialog mit dem Golf-Kooperations-Rat (GCC) in einen strukturierten Rahmen.⁷³⁰

⁷³⁰ Vgl. Türkische Konsulat Essen: Die allgemeine Grundlage der türkischen Außenpolitik. Abrufbar im Internet. 2008. URL: <http://www.hatay.info/konsulat/index.php?page=292&printview=1>. Stand: 11.01.2011.

Als Argument für die neue türkische Außenpolitik, dass es nicht um eine Abwendung vom Westen und Hinwendung zum Orient geht, werden auch die vielfältigen außenpolitischen Initiativen der letzten Jahre angeführt. Diese Initiativen richteten sich ja schließlich genauso an Griechenland, Russland, den Südkaukasus und nicht nur gen Nahen und Mittleren Osten.

In der Tat, in den vergangenen eineinhalb Jahren erlebt die internationale und türkische Öffentlichkeit einen Marathon an außenpolitischen Initiativen und historischen „Ereignissen“. In atemberaubender Geschwindigkeit reitet die Türkei von einem vermeintlichen außenpolitischen Erfolg zum nächsten. Man kommt bei der Vielzahl der dabei geschlossenen Abkommen kaum noch hinterher: 25 Abkommen wurden jüngst mit Russland unterzeichnet, 22 mit Griechenland, 50 mit Syrien und zuguterletzt nun das Abkommen zwischen der Türkei, Jordanien, Syrien und dem Libanon über enge Kooperationen auf dem Gebiet Handel, Landwirtschaft, Gesundheit, Energie und Zoll.

Die Türkei sei sich mit der westlichen Staatengemeinschaft einig darin, dass der Iran nicht über Nuklearwaffen verfügen darf. Dies liege auch nicht im regionalen sicherheitspolitischen Interesse der Türkei. Allerdings sei die Türkei davon überzeugt, dass auch weiterhin der Verhandlungsweg vor Sanktionen oder gar militärischen Optionen zu suchen sei. Die Türkei habe mit dem Abkommen letztlich einen Vorschlag der IAEA aus dem Vorjahr aufgegriffen. Ob das Abstimmungsverhalten der Türkei im UN Sicherheitsrat wirklich im Sinne türkischer Interessen war, wird sehr wohl hinterfragt.

Darin zeige sich, ähnlich wie bei den populistischen Entgleisungen Erdogans in Sachen Mavi Marmara, dass das Paar Erdogan-Davutoglu vor lauter Eifer den Wald vor lauter Bäumen aus den Augen zu verlieren. Der Wald sei dabei tatsächliche gute Beziehungen sowohl zu den Nachbarstaaten, als auch zu den westlichen Verbündeten.

Ob innenpolitisch motiviert oder aus strotzendem Machtgefühl, die Türkei kann es sich nicht leisten, seine Verbündeten weiter zu irritieren. Auch als Regionalmacht muss sie eine kühle und abgewogene Außenpolitik definieren, die für die Partner kalkulierbar

bleibt. Nur langsam werden vereinzelte Stimmen laut, welche die türkische Regierung zur Zurückhaltung auffordern.⁷³¹

Die Türkei befindet sich in einem 150-jährigen Europäisierungsabenteuer. Deshalb fand in der Türkei zwar keine Achsenverschiebung statt, dafür wurde aber eine Achsenerweiterung verwirklicht.⁷³²

Die Türkei hat sich nach Europa gerichtet. Sie ist Kandidat für die EU-Mitgliedschaft, was nicht verhindert, dass die Türkei mit dem Rest der Welt keine Beziehungen eingeht. Sowohl aus Sicht der wirtschaftlichen Entwicklung als auch im Hinblick auf den Schutz des Weltfriedens liegt die Wichtigkeit der wirtschaftlichen Beziehungen offen. Zugleich ist die Türkei in ihrem Gebiet ein sehr wichtiger Staat. Deshalb ist es nicht richtig, die Entwicklungen in den Beziehungen mit den Ländern, die sich im Osten und im Süden der Türkei befinden, als Achsenverschiebung zu beurteilen.⁷³³

Die Türkei hat heute die Visumpflicht mit 30 Ländern aufgehoben. Dies wurde zur Erweiterung des Handelsvolumens und zur Entwicklung der Zweierbeziehungen verwirklicht, sowohl im Mittelosten als auch in Asien und in den arabischen Ländern sowie mit einigen Nachbarländern und einigen EU-Mitgliedern. Also würde es eine Achsenverschiebung bedeuten, wenn zwischen diesen Gebieten und der Türkei keine Feindlichkeiten und kein Hass bestehen? Natürlich nicht. Dies ist ein Begriff, den diejenigen erfunden haben, die die Entwicklung der Türkei nicht möchten.⁷³⁴

Nicht von einer Achsenverschiebung, sondern von einer Achsenfestsetzung ist die Rede. Wenn wir die Außenpolitik der Türkei betrachten, sehen wir, dass sie versucht, eine Null-Probleme-Politik mit den Nachbarn zu führen. Eigentlich versucht die Türkei, das zu machen, was Europa vor 50 Jahren gemacht hat. Vor 50 Jahren hat Europa bemerkt, dass Streitigkeiten nichts bringen und damit angefangen, Politiken zur Zusammenarbeit zu entwickeln. Auch die Türkei hat die politische Zusammenarbeit mit

⁷³¹ Vgl. Dufner, Ulrike: Türkische Außenpolitik: Die Zeit ist reif für besonnene Töne. Abrufbar im Internet. 2010. URL: <http://www.boell.de/weltweit/nahost/naher-mittlerer-osten-tuerkische-aussenpolitik-erdogan-israel-nahost-konflikt-tuerkei-9429.html>. Stand: 11.01.2011.

⁷³² Interviewgespräch mit ab1c2.

⁷³³ Interviewgespräch mit is0175.

⁷³⁴ Interviewgespräch mit ia3z26.

ihren Nachbarn dem Streit vorgezogen. Bei den Beziehungen der Türkei mit dem Westen ist nicht von Abweichungen die Rede. Nur die Beziehungen mit dem Osten werden an die Position gebracht, an der sie seien sollten.⁷³⁵

In der Türkei befindet sich keine Achsenverschiebung, sondern die Türkei hat ihre einseitige Politik vielseitig gemacht. Die Beziehungen mit Israel haben sich mit dem Tod von neun Personen nach dem Anschlag auf Mavi Marmara verschlechtert. Diese Situation wurde in der Weltpresse als Achsenverschiebung der Türkei kommentiert. Außerdem kann die Achsenverschiebung als eine Politik von Israel verstanden werden.⁷³⁶

5.2.8.8.2. Die wichtigen Entwicklungen der Innenpolitik

Die Türkei verbindet Elemente einer modernen, westlichen, demokratisch strukturierten Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft mit einem lebendigen und in der türkischen Gesellschaft tief verwurzelten Islam sowie mit einem teilweise ausgeprägten Nationalismus. Sie ist geprägt von starken politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gegensätzen, die das politische System immer wieder auf eine harte Belastungsprobe stellen. Das gemeinsame Erbe aus rund 700 Jahren osmanischer und 80 Jahren türkischer Geschichte ist eine ausgeprägt starke Rolle des Staates, gegenüber dem Rechte des Einzelnen häufig zurückstehen.

Die Türkei betrachtet sich als Modell eines laizistischen Staates (Trennung von Staat und Religion) mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung. Der Laizismus zählt zu den vier Grundprinzipien der Republik. Gleichzeitig übt der Staat durch das Amt für Religiöse Angelegenheiten (Diyanet) die Kontrolle über den (sunnitischen) Islam, der weite Teile des öffentlichen Lebens in der Türkei prägt, aus. Handlungen und Meinungsäußerungen, die einen Einfluss des Islam auf das staatliche oder gesellschaftliche Leben fordern, können strafrechtlich verfolgt werden. Das Laizismusprinzip ist immer wieder Gegenstand innenpolitischer Auseinandersetzungen,

⁷³⁵ Interviewgespräch mit kr7s1.

⁷³⁶ Interviewgespräch mit s6pr4.

die zum Teil mit erheblicher Schärfe geführt werden. Weitere kontroverse Themen sind die Stellung von Militär und Justiz sowie die Rechte der kurdischstämmigen Bevölkerung.

Die Westorientierung ist Staatsprogramm der modernen Türkei. Die türkische Regierung hat den Beitritt zur EU als prioritäres Ziel ihrer Politik formuliert. Sowohl Staatspräsident Gül als auch Ministerpräsident Erdoğan haben das Bekenntnis der türkischen Regierung zur Reformpolitik, die dem Wohl des Landes diene, mehrfach öffentlich betont. Sie werden darin von der Mehrheit der Bevölkerung unterstützt. Im Dezember 2008 hat die türkische Regierung ein neues Nationales Programm zur Umsetzung der Beitrittspartnerschaft mit der EU verabschiedet, das einen detaillierten Fahrplan zur Anpassung an den EU-Acquis in allen 35 Verhandlungskapiteln enthält. Am 12. September haben sich in einem Referendum rund 58 % der Türken für zuvor von der Regierung beschlossene Verfassungsänderungen ausgesprochen, die einige der in der Beitrittspartnerschaft genannten Prioritäten umsetzen. Die EU-Kommission begrüßte die Verfassungsänderungen als Schritt in die richtige Richtung.⁷³⁷

Die AKP-Regierung und Recep Tayyip Erdogan

Das nach Europa projizierte Image der AKP als eine gemäßigte, religiös orientierte Partei, wie etwa die CDU in Deutschland, ist ein Trugbild.⁷³⁸

Bei den Parlamentswahlen im November 2002 erzielte die neu gegründete konservativ-islamische Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP) die absolute Mehrheit. Sie regiert seither unter der Führung von Ministerpräsident Erdoğan. Dieser hat in den ersten vier Jahren seiner Regierungszeit eine Vielzahl von Reformen in der Türkei eingeleitet, die mit Blick auf den EU-Beitritt innenpolitisch durchsetzbar waren. Da das Wahljahr bevorstand und auf bestimmte Wählergruppen Rücksicht genommen werden

⁷³⁷ Vgl. Auswärtiges Amt: Staatsaufbau und Innenpolitik. Abrufbar im Internet. 2010. URL: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01_Nodes_Uebersichtsseiten/Tuerkei_node.html. Stand: 12.01.2011.

⁷³⁸ Vgl. Olschewski, Malte: Bajonette und Minarette- Das politische System der Türkei. Abrufbar im Internet. 2007. URL: <http://www.readers-edition.de/2007/05/08/bajonette-und-minarette-das-politische-system-der-tuerkei/>. Stand: 11.01.2011.

musste, war der Reformprozess in der Türkei aber ins Stocken gekommen. Noch vor den regulären Parlamentswahlen im November 2007 spitzte sich die politische Lage zu. So intensivierten sich die Diskussionen über eine mögliche Kandidatur Erdoğan's für das Amt des Staatspräsidenten. Erdoğan hatte 1998 den Vorsitz der islamisch-geprägten Nachfolgeorganisation der verbotenen Wohlfahrtspartei (RP) übernommen. Seine politische Vergangenheit bescherte seiner Kandidatur Kritik. Laut der türkischen Verfassung soll das Staatsoberhaupt direkt vom Parlament gewählt werden. Tatsache war, dass die Legislaturperiode der amtierenden Regierung nur noch wenige Monate betrug. Dies sorgte bei der Opposition für Unstimmigkeiten. Diese wollte die Wahl des Staatsoberhauptes von einer frisch legitimierten parlamentarischen Mehrheit durchführen lassen. Die AKP-Regierung dagegen beharrte auf dem Vorschlagsrecht des damaligen und derzeitigen Ministerpräsidenten Erdoğan. Er verzichtete auf seine Kandidatur und schlug den bisherigen Außenminister und langjährigen Wegbegleiter Abdullah Gül für das Amt des Staatspräsidenten vor.

Im Anschluss der an die Nominierung des künftigen Staatspräsidenten veröffentlichte das türkische Militär auf seiner offiziellen Homepage einen Artikel, der den Laizismus in der Türkei zum Inhalt hatte. Die Streitkräfte wollten den Laizismus „entschieden verteidigen“, um damit „ihre im Gesetz festgelegte Aufgabe“ zu erfüllen. Eine sehr große Mehrheit der Bevölkerung der Türkei hat den Laizismus verinnerlicht. Viele fassten den Artikel als eine Androhung eines neuen Putsches auf. Die Generalität befürchtete unter Ministerpräsident Erdoğan und eines „islamisch orientierten“ Staatspräsidenten Abdullah Gül eine Abkehr der westlich orientierten, säkularisierten Grundausrichtung der Türkei. Somit veranlasste die Wahl des Staatspräsidenten in der Türkei eine neue politische Krise. Das türkische Parlament trat zum ersten Wahlgang für die Wahl eines Nachfolgers des scheidenden Staatspräsidenten zusammen. Dabei verfügte die AKP im Parlament über 353 von 550 Abgeordnetensitzen (siehe Abbildung 7). Nachdem die im Abgeordnetenhaus vertretenen Oppositionsparteien CHP, ANAP und DYP aus Protest nicht an der Wahlrunde teilnahmen, fehlten Abdullah Gül in der ersten Abstimmung zur erforderlichen Zweidrittelmehrheit nur zehn gültige Wahlstimmen. Infolge des Wahlboykotts nahmen an der Sitzung nur 361 Parlamentarier

teil. Zwei Drittel aller Abgeordneten hätten aber anwesend sein müssen. Dies nahm die Oppositionspartei CHP als Anlass für eine Beschwerde gegen die Gültigkeit der ersten Wahlrunde vor dem Verfassungsgericht. Zur Wahl des Staatsoberhauptes sieht die Verfassung höchstens vier Wahlgänge vor. In den ersten beiden Wahldurchgängen braucht der Kandidat eine Zweidrittelmehrheit. In den letzten beiden Abstimmungen reicht eine einfache Mehrheit aus. Mit ihrer satten Mehrheit im Parlament sollte die AKP die Hürde nehmen und Abdullah Gül spätestens im dritten Wahlgang durchsetzen.⁷³⁹

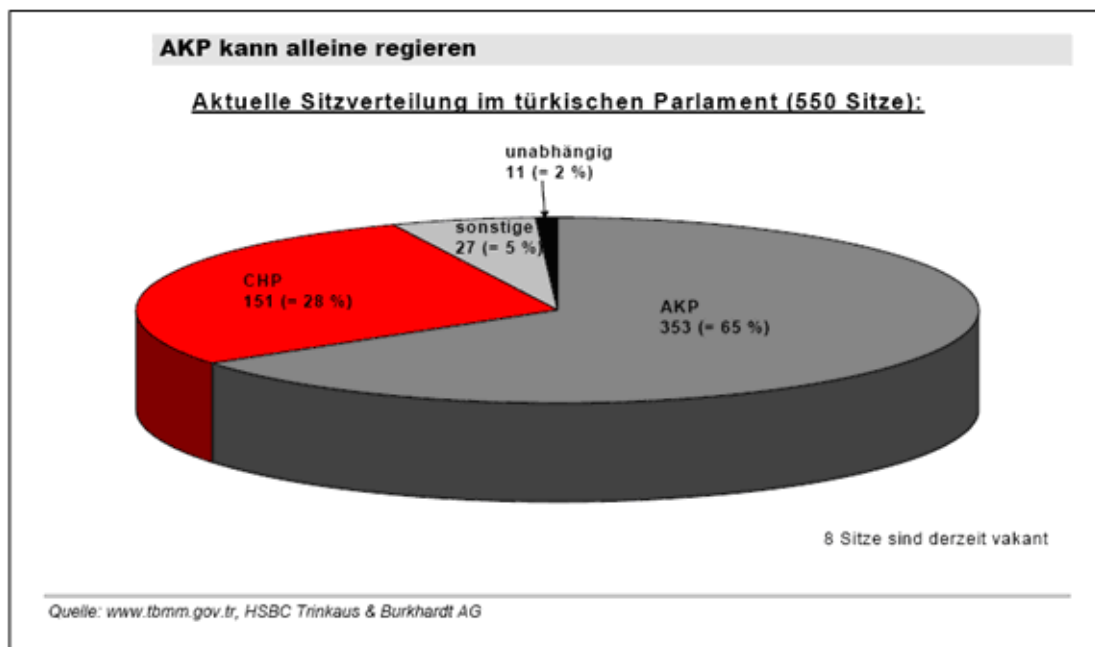


Abbildung 11: AKP kann alleine regieren. Quelle: http://www.hsbc-trinkausmarkets.de/markets/content/downloads/marktanalysen/trends_im_visier_bondboard.pdf.

Die islamisch-konservative AKP regiert seit 2002 und dies nicht ohne Erfolg. Keiner spricht mehr vom „kranken Mann am Bosphorus“. Um ihre sechs Prozent Wirtschaftswachstum beneiden die meisten Europäer die Türkei. Die ausländischen Investitionen boomen, auch die Exportzahlen liegen auf Rekordniveau (siehe Tabelle 7). Die AKP hat Hunderte von Reformen verabschiedet und die Türkei in

⁷³⁹ Vgl. Keskin: a.a.O., 2006, S. 76ff.

Beitrittsverhandlungen mit der EU geführt. Die Meinung, dass die Islamgegner Kräfte des Fortschritts seien, trifft nicht unbedingt zu. Viele von ihnen stehen dem Westen kritisch bis feindlich gegenüber. Auf einer Demonstration in Istanbul konnte man nicht nur Ausrufe gegen die Regierung, sondern auch gegen Amerika und die EU hören.⁷⁴⁰

Volkswirtschaftliche Kennzahlen			
Türkei	2006	2007e	2008e
BIP (% gg. Vj.)	5,3	4,1	6,2
Inflation (% gg. Vj.)*	9,6	8,5	6,3
Leistungsbilanz (% des BIP)	-8,7	-8,2	-6,4
<small>*Jahresendprognose</small>			

Tabelle 7: Volkswirtschaftliche Kennzahlen. Quelle: http://www.hsbrinkausmarkets.de/markets/content/downloads/marktanalysen/trends_im_visier_bondboard.pdf.

Am 22.07.2007, gewann die konservativ-islamisch ausgerichtete AKP von Ministerpräsident Erdoğan die Parlamentswahl eindeutig. Damit hatte er die absolute Mehrheit im Parlament errungen. Er kündigte an, dass er weiterhin für die EU-Vollmitgliedschaft kämpfen würde. Der AKP-Premier Erdoğan hatte knapp 47 % der Stimmen erzielt. Insgesamt bekam er von rund 550 Abgeordneten 340. Die republikanische Volkspartei CHP bekam davon 112, und die nationalistische MHP hatte den Sprung über die 10%-Hürde mit 14,3 % und 71 Abgeordneten im Parlament geschafft. Der Stimmenzuwachs der islamisch geprägten AKP gilt in der Geschichte der türkischen Politik als das zweithöchste Wahlergebnis nach der demokratischen Partei in den 50er Jahren.⁷⁴¹

Für den deutlichen Sieg des Premiers Erdoğan gab es zwei wichtige Gründe: Zum einen verfügte die Türkei in der Regierungszeit der AKP über eine gute wirtschaftliche Lage. Zum anderen spielte auch das Eingreifen des Militärs bei der Staatspräsidentenwahl eine Rolle. Das Volk war sehr erzürnt über die Machtspiele des Militärs. Die Intervention des Militärs in das politische Leben der Türkei, die mittlerweile zur „Tradition“ wurde, kam beim Volk definitiv nicht gut an und sorgte für Sympathie für die AKP.

⁷⁴⁰ Vgl. Grossbongardt/Zand: a.a.O., 2007, S. 104-108.

Trotz interner Differenzen führte die AKP wichtige Reformen ein. Diese beziehen sich hauptsächlich auf den Beitrittsprozess in die Europäischen Union. Die staatlichen Sicherheitsgerichtshöfe wurden aufgehoben. Die Todesstrafe, die seit Jahren nicht vollstreckt worden ist, wurde endlich abgeschafft. Mittlerweile ist es erlaubt, in den Medien Beiträge in kurdischer Sprache zu senden und die kurdische Sprache zu erlernen. Der europäische Beitrittsprozess und die damit verbundenen inneren Reformen waren ein wichtiger Teil der Innen- und Außenpolitik der AKP. Die vorausgegangene Koalitionsregierung begann mit den EU-Reformen und die AKP setzte diesen Prozess fort. Sie nutzte ihn zum Zwecke der Demokratisierung, um Legitimität in der Innenpolitik zu gewinnen und grenzüberschreitende Partnerschaften zu gründen.⁷⁴²

Obwohl die Regierungszeit der AKP zwischen 2002 und 2005 im Hinblick auf Reformen große Erfolge vorzuweisen hatte, verlangsamte sich der Prozess und es schien, als wäre der AKP die Begeisterung für die Umgestaltung des Landes abhanden gekommen. Dafür gibt es viele Gründe:⁷⁴³

- Die PKK setzte ihre Angriffe gegen die türkische Armee und Zivilisten fort.
- Ein weiterer Grund war die türkische Enttäuschung über die Zypernpolitik der EU und die damit verbundene Verlangsamung des Beitrittsprozesses. Die Union stoppte 2006 die Verhandlungen mit Ankara teilweise, weil die türkische Regierung sich weigerte, ihre Hoheitsgebiete für die griechisch-zypriotischen Flugzeuge und Schiffe zu öffnen.
- Ein anderer Grund für den Rückgang des Reformprozesses war die antitürkische Haltung in Frankreich nach der Wahl Sarkozys. Damit begann erneut die leidige Debatte darüber, ob die Türkei wirklich ein vollwertiges Mitglied in der Europäischen Gemeinschaft sein sollte und könnte.

⁷⁴¹ Vgl. Kálnoky, Boris: Erdogan bei Parlamentswahlen. 2007. Abrufbar im Internet. URL: http://www.welt.de/politik/article1046967/Die_Tuerkei_soll_der_Welt_als_Vorbild_dienen.html. Stand: 15.11.2009.

⁷⁴² Vgl. Coşkun: a.a.O., 2008, S. 33.

⁷⁴³ Vgl. ebd.

All dies verursachte eine Lähmung des Reformprozesses. Die Türkei interessierte sich nicht mehr für die EU-Reformen und infolgedessen verlor die Regierungspartei auch das damit verbundene Ziel aus den Augen.⁷⁴⁴

Das Kurdenproblem

Vor dem Hintergrund der Sorge, dass die Anerkennung ethnischer Unterschiede dem Auseinanderbrechen des zentralistischen Einheitsstaates Vorschub leisten könnte, werden alle türkischen Staatsbürger laut Verfassung als vor dem Gesetz gleichberechtigte Individuen und nicht als Angehörige einer Mehrheit oder Minderheit angesehen. Ihre ethnische Zugehörigkeit wird amtlich nicht erfasst.

Schätzungen zufolge sind 10 bis 15 der ca. 70 Millionen türkischen Bürger kurdischer Abstammung. Viele leben verstreut im Land und sind dort in die türkische Gesellschaft integriert. In den wirtschaftlich unterentwickelten und zum Teil noch feudalistisch strukturierten Regionen im Osten und Südosten der Türkei leben ca. sechs Millionen Kurden, in einigen Gebieten stellen sie die Bevölkerungsmehrheit. Ihre Lage hat sich in den letzten Jahren dank Infrastrukturmaßnahmen, einer – wenn auch begrenzten – Verbesserung der sozio-ökonomischen Verhältnisse sowie erster Schritte bei der Gewährung kultureller Rechte deutlich verbessert, wie unabhängige Menschenrechtsorganisationen feststellen.

Der im Sommer 2009 von Staatspräsident und Regierung initiierte Prozess der sog. „Demokratischen Öffnung“, der vor allem die dauerhafte Überwindung des Kurdenkonflikts ermöglichen, aber auch die generelle Demokratisierung der türkischen Gesellschaft befördern soll, hat bisher wenig konkrete Ergebnisse hervorgebracht. Die Regierung hält jedoch offiziell an diesem Projekt fest.⁷⁴⁵

In der "Kurdenfrage" deuteten die Reformen zunächst auf einen Wechsel von einer Verweigerungs- zu einer auf Bürgerrechten basierenden Politik hin. Fernseh- und

⁷⁴⁴ Vgl. ebd.

⁷⁴⁵ Vgl. Auswärtiges Amt: Staatsaufbau und Innenpolitik. Abrufbar im Internet. 2010. URL: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01_Nodes_Uebersichtsseiten/Tuerkei_node.html. Stand: 12.01.2011.

Rundfunksendungen sowie Lehre und Ausbildung in kurdischer Sprache wurden 2002 und 2003 gesetzlich ermöglicht. Bürokratische Hürden haben die Umsetzung aber lange verzögert und gewissermaßen verhindert. Im Einklang mit der nationalistischen Stimmung im Land brach die AKP den pluralistischen Bürgerschaftsdiskurs über die "Zugehörigkeit zur Türkei" (Türkiyelilik) ab. Der erneute Umschwung kam Ende 2008 mit der Gründung des staatlichen Fernsehsenders TRT 6, der in kurdischer Sprache sendet. Im Sommer 2009 startete die Erdoğan-Regierung dann eine Initiative namens "kurdische Öffnung", über deren Inhalt noch nichts bekannt ist, die aber dennoch eine breite öffentliche Diskussion über die Lösung der "Kurdenfrage" auslöste. Im Gegensatz zu früheren Initiativen wird diese auch vom MGK unterstützt, ein Indiz für die Schwächung der Ergenekon-Unterstützer im Militär.⁷⁴⁶

Eine einflussreiche Gruppe kurdischer Intellektueller hat einen Plan für ein autonomes Kurdistan innerhalb der Türkei vorgelegt. Gefordert werden nicht nur ein eigenes Parlament und eine regionale Regierung, sondern auch eine eigene Flagge und Hymne sowie eigene Streitkräfte. Hinter der Erklärung stehen sowohl die militante PKK als auch die legale kurdische Partei BDP und ein breites Spektrum unabhängiger Kurden. Obwohl der Vorsitzende der kurdischen BDP, Selahattin Demirtas, das Autonomiemodell als Diskussionsvorlage deklarierte, gaben sich Regierung und Opposition sowie der größte Teil der veröffentlichten Meinung schockiert über die weitgehenden Forderungen, die aus der kurdischen Region erhoben wurden.

Ministerpräsident Tayyip Erdoğan reagierte ungewöhnlich harsch auf die "demokratischen Autonomiepläne". Der Vorschlag sei eine "Sabotage des gesamten demokratischen Prozesses in der Türkei". Solche Vorschläge würden den sozialen Frieden gefährden. Wer Türkisch als alleinige Amtssprache infrage stelle, gefährde die Einheit des Landes. "Diese Leute", befand er während der Budgetdebatte im Parlament, "repräsentieren nicht die Kurden, die ich kenne. Wen vertreten sie überhaupt?"

Das demokratische Autonomiemodell, das jetzt von den Kurden vorgestellt wurde, ist die Rechnung Öcalans, die er Erdoğan für seine Zustimmung zum Waffenstillstand

⁷⁴⁶ Vgl. Söyler, Mehtap: Der demokratische Reformprozess in der Türkei. Abrufbar im Internet. 2009.

präsentiert. Die zur BDP gehörenden kurdischen Bürgermeister im Südosten des Landes haben bereits angekündigt, demnächst auch ohne Zustimmung aus Ankara überall zweisprachige Orts- und Verkehrsschilder aufzustellen. So treiben die Kurden die AKP-Regierung vor sich her, weil Erdogan im bevorstehenden Wahlkampf keinen Bürgerkrieg haben will, sondern vielmehr auf kurdische Stimmen hofft.⁷⁴⁷

Der Kopftuchstreit

Der Kopftuchstreit ist ein Streit um den Stellenwert eines Kleidungsstücks als religiöses oder politisches Symbol.

Der internationale Vergleich liefert keine überzeugenden Hinweise, wie wir mit dem Kopftuch am besten umgehen. Die immer wieder angeführte Türkei hat als einziges islamisches Land ein Kopftuchverbot in öffentlichen Räumen. Ob dies sinnvoll ist, wurde bisher nicht untersucht. Kopftuch tragende Türiinnen umgehen das Verbot, indem sie z. B. im Ausland studieren, und in der türkischen Gesellschaft scheint das Kopftuch heute eher weiter verbreitet zu sein als in früheren Jahren. In klassischen Einwanderungsländern wie Kanada oder den USA wäre allein die Diskussion über diese Frage undenkbar.

In Europa gibt es keine einheitliche Haltung im Umgang mit dem Kopftuch. Während Frankreich weit reichende Verbote sowohl für Lehrerinnen als auch für Schülerinnen erlassen hat, sieht man in Großbritannien keinen Handlungsbedarf. In Österreich gibt es kein Verbot; das Tragen des Kopftuchs gilt dort als Inanspruchnahme des Rechts auf Religionsfreiheit. Andere europäische Staaten haben keine Verbote (außer der Kanton Genf in der Schweiz).

In Deutschland wird die Frage entsprechend der föderalen Struktur uneinheitlich gehandhabt. Kopftuchverbote für Bedienstete des öffentlichen Dienstes im Schuldienst existieren in acht der sechzehn Bundesländer (Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Saarland, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bremen, Berlin).

Es ist fraglich, ob diese Verbote in der vorliegenden Form juristischen Überprüfungen standhalten werden. Am 7. Juli 2006 hob das Stuttgarter Verwaltungsgericht das Kopftuchverbot im Fall einer muslimischen Lehrerin auf. Das Verbot verstoße gegen das Gleichbehandlungsgebot aus religiösen Gründen, da Ordensschwwestern an einer staatlichen Schule in ihrer Tracht unterrichten dürften.⁷⁴⁸

Das Kopftuch tauchte zum ersten Mal 1964 an der Universität Istanbul auf. Die Medizinstudentin Gülseren Atasever durfte wegen ihres Kopftuchs als Jahrgangsbeste keine Rede halten. Die Tante des heutigen Wirtschaftsministers Ali Babacan wurde 1967 aus dem Hörsaal entfernt, worauf erste Proteste gegen das Kopftuchverbot an den Unis stattfanden.

In den 90er Jahren wurde das Kopftuch eher geduldet, in den Krisenjahren bis 2002 ging es unter. Ein Verfassungsgerichtsurteil von 1989 verbietet formal das Kopftuch - der regierungsnahe Hochschulrat erließ jedoch unlängst einen Beschluss über Bekleidungsvorschriften, den viele Rektoren zugunsten der Verhüllung auslegen.⁷⁴⁹

Die Unterorganisation „Ergenekon“

Der "Staat im Staate" steht heute in einer symbiotischen Beziehung zum organisierten Verbrechen und zu bewaffneten Konflikten. Teile des Sicherheitssektors, der Staatsgewalten, der Mafia, der Medien und der Wirtschaft sind in seine Strukturen integriert. Dadurch perpetuiert sich der Ausnahmezustand und ein politisches System bildet sich heraus, in dem sich der "Staat im Staate" zu dem Staat selbst transformiert, also formelle und informelle Herrschaft nicht mehr klar zu unterscheiden ist. Dies wirkt sich auf das gesamte politische System aus: Die Rechtsstaatlichkeit wird ausgehöhlt. Hieraus resultiert eine wachsende Diskrepanz zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit.

⁷⁴⁷ Vgl. Gottschlich, Jürgen: Kurden schockieren die Türkei. Abrufbar im Internet. 2010. URL: <http://www.taz.de/1/politik/europa/artikel/1/kurden-schockieren-die-tuerkei-1/>. Stand: 15.01.2011.

⁷⁴⁸ Vgl. Jessen, Frank/Moellendorf –Wilamowitz,Ulrich: Das Kopftuch – Entschleierung eines Symbols? Abrufbar im Internet. 2006. URL: http://www.kas.de/db_files/dokumente/zukunftsforum_politik/7_dokument_dok_pdf_9095_1.pdf. Stand: 22.01.2011.

⁷⁴⁹ Vgl. Zaptcioğlu, Dilek: Das Kopftuch als neue Leitkultur. Abrufbar im Internet. 2010. URL: <http://www.taz.de/1/politik/europa/artikel/1/das-kopftuch-als-neue-leitkultur/>. Stand: 12.01.2010.

Um sich ein klares Bild von dieser Struktur machen zu können, muss man sich ihre Entstehungsgeschichte vergegenwärtigen. Der "tiefe Staat" (derin devlet), wie der türkische "Staat im Staate" auch genannt wird, entstand nach dem NATO-Beitritt der Türkei 1952 zunächst als Teil des Militärs. Unter dem Namen "Gladio" existieren derartige Netzwerke auch in anderen NATO-Staaten als "Stay-behind"-Organisationen im Sicherheitssektor, um die "kommunistische Gefahr" zu bekämpfen. Allmählich verselbständigten sich diese Organisationen jedoch und versuchten, ihre Interessen mit Terrorakten durchzusetzen. Ihre Existenz war daher zunehmend schwieriger politisch zu rechtfertigen, weshalb sie nach dem Ende des Kalten Krieges in allen NATO-Mitgliedstaaten außer eben der Türkei aufgelöst wurden. Hier verhinderten dies der besondere Status des türkischen Militärs als zweitgrößte Armee der NATO und sein Kampf gegen die PKK. Der "tiefe Staat" konnte seine Macht sogar noch ausbauen, nachdem 1987 der Ausnahmezustand in den kurdisch bevölkerten Provinzen in der Ost- und Südosttürkei verhängt worden war.

Die Skandale von Susurluk 1996 und Schemdinli 2005⁷⁵⁰ haben den "Staat im Staate" ins Licht der Öffentlichkeit gerückt. Die Verwicklung des Gendarmerie-Geheimdienstes JITEM, dessen Existenz das Militär bis heute leugnet, wurde mehrmals nachgewiesen. Der JITEM kann somit als "Hauptquartier" des "tiefen Staats" gelten. Der türkische Menschenrechtsverein IHD schätzt, dass der JITEM zwischen 1989 und 2008 an etwa 5.000 unaufgeklärten Morden an Journalisten, Menschenrechtlern, Intellektuellen und politischen Aktivisten beteiligt war und für das Verschwinden von etwa 1.500 Personen verantwortlich ist. Die Zivilgerichte eröffneten in solchen Fällen kein Verfahren oder übergaben es an ein Militärgericht, wo es stets im Sande verlief.

Erst nachdem durch die Reformen die Kompetenzen des Militärs beschnitten und mit der Gründung der autonomen Region Kurdistan im Nordirak eine politische Lösung der "Kurdenfrage" drängender wurde, konnten die hohen Funktionäre des "tiefen Staats" teilweise enttarnt werden – im Wesentlichen durch den sogenannten "Ergenekon" –

⁷⁵⁰ Der Autounfall bei Susurluk 1996, bei dem ein Schwerverbrecher und ein hochrangiger Polizeichef im selben Wagen starben und ein Abgeordneter der damals an der Regierung beteiligten Partei des Rechten Weges (DYP) verletzt wurde sowie der Anschlag auf einen Buchladen 2005 in Şemdinli belegten die Verflechtung von Teilen des Staates, des Sicherheitssektors und der organisierten Kriminalität.

Prozess. Seit 2008 wird gegen ehemalige hochrangige Mitglieder des Militärs (darunter auch ein Gründer des JITEM) und der Antiterrorseinheiten der Polizei, Mafiabosse, Politiker, Journalisten und Unternehmer wegen mutmaßlicher Mitgliedschaft in einer kriminellen Organisation namens "Ergenekon" ermittelt. Damit stehen zum ersten Mal in der Geschichte der Republik ehemalige Vier-Sterne-Generäle wegen mutmaßlicher Putschplanung (zwischen 2003 und 2004) vor Gericht. "Ergenekon" hatte sich nach dem derzeitigen Ermittlungsstand zum Ziel gesetzt, politische Morde zu verüben sowie günstige Voraussetzungen für einen Sturz der AKP-Regierung zu schaffen.

Auffälligerweise wurden Mitglieder des "Staats im Staate" aus früheren Regierungen und dem Parlament bisher nicht in die Ermittlungen einbezogen. Zudem hat das Parlament bisher keine Untersuchung über die Organisation eingeleitet oder die juristische Immunität der Abgeordneten in Frage gestellt. Ebenso diskreditieren Ungereimtheiten in der Anklageschrift und die lange Inhaftierung der Angeklagten das Verfahren. Dennoch ist der Prozess wichtig für die Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit in der Türkei. Im Zuge des Verfahrens wurde die gerichtliche Immunität der Militärs aufgehoben, was entscheidend für die Auflösung des "tiefen Staats" ist. Der "Ergenekon"-Prozess kann Auslöser für weitere Reformen sein.⁷⁵¹

6. Resümee

Mit Blick auf die Haupteigenschaften der türkischen Außenpolitik wird deutlich, dass eine westenorientierte Politik geführt wird, die fern von Auseinandersetzungen ist. Der wichtigste Beweis für die Orientierung der Türkei nach Westen ist das Ziel der EU-Mitgliedschaft. Obwohl der Prozess seit dem Ankara-Abkommen im Jahre 1963 zu unterschiedlichen Zeiten abgebrochen oder verlangsamt wurde, blieb das Ziel bestehen, Europa zu erreichen. Dieser Trend setzte sich auch in der Zeit der AKP-Regierung fort und die Beziehungen mit der EU sind zu einer wichtigen Etappe gekommen, die es in der bisherigen Geschichte so noch nicht gegeben hat. Nach dem Kandidaturprozess, der

⁷⁵¹ Vgl. Söyler, Mehtap: Der demokratische Reformprozess in der Türkei. Abrufbar im Internet. 2009. URL: <http://www.bundestag.de/dasparlament/2009/39-40/Beilage/001.html>. Stand: 11.01.2011.

im Helsinki-Gipfel angenommen wurde, haben die Beitrittsverhandlungen zwischen der Türkei und der EU offiziell am 3. Oktober 2005 begonnen.

Die Beitrittsverhandlungen wurden von Behauptungen in den Schatten gestellt, dass die EU sich der Türkei nicht gerecht nähert. In dieser Zeit war der Verhandlungsrahmen, der die Prinzipien und Grundsätze der Beitrittsverhandlungen für die Türkei bestimmte, im Mittelpunkt der Kritik. Der Inhalt des Dokuments wurde in vielen Punkten als Diskriminierung der Türkei kritisiert. Aber viele dieser Kritiken waren überflüssig. Zum Beispiel war die Hinnahmekapazität kein Begriff, der für die Türkei lanciert wurde. In der Geschichte der EU war das Ende aller Beitrittsverhandlungen offen. Aber Realität ist auch, dass bei den Beziehungen mit der EU ein Doppelstandard gegen die Türkei für die Aufnahme in die EU eingeführt wurde. Der EU-Beitritt hat auch aus Sicht der Türkei einige positive Entwicklungen mit sich gebracht. Die Türkei ist in der letzten Zeit bereit gewesen, jede Angelegenheit wissenschaftlich zu diskutieren, die den Verhandlungsprozess betrifft, und die früher Tabu war. Auch die Medien und Nichtregierungsorganisationen nehmen an diesen Diskussionen teil.

Die Europäische Union betrachtet Menschenrechte und Demokratie als ihre Grundlagen. Deshalb erwartet die Europäische Union von den kandidierenden Ländern, dass sie in diesen Bereichen ein bestimmtes Niveau erreichen. Das hat sie in den Kopenhagener Kriterien konkret offengelegt, dadurch dass sie von den kandidierenden Ländern Garantien für Demokratie, Justizhoheit, Respekt der Menschenrechte, Rechte der Minderheiten und stabile Institutionen dafür forderte. Ohne die Erfüllung dieser Kriterien ist es nicht möglich, den Status einer vollständigen EU-Mitgliedschaft zu erreichen.

Die Verfassung der Türkei, die diese Grundsätze angenommen und somit mit den Mitgliedschaftsverhandlungen begonnen hatte, wurde von den EU-Organen in Bezug auf Menschenrechte und Demokratie als ungenügend angesehen. Nach 1999, als die vollständige Kandidatur der Türkei bekannt gegeben wurde, wurde in den Fortschrittsberichten und den Dokumenten zur Teilnahmebeteiligung angegeben, dass die vorhandene Verfassung die Wünsche der EU nicht erfüllt und umfassende

Änderungen erforderlich sind. Auch in der Türkei wurde die Verfassung von 1982 kritisiert und es wurden Forderungen gestellt in Bezug auf eine fortschrittliche Regelung der Menschenrechte und Demokratie.

In den Dokumenten, die seit Annahme des Kandidaturantrags über die Türkei veröffentlicht wurden, wird festgestellt, dass die Türkei in Bezug auf Menschenrechte und Demokratisierung Fortschritte gemacht hat. Es kann sogar behauptet werden, dass die Türkei in Bezug auf Menschenrechte, Freiheiten und Demokratie noch fortgeschrittener ist als die zentral- und osteuropäischen Länder, die in der letzten Erweiterungswelle EU-Kandidaten geworden sind. Weiter kann behauptet werden, dass die Türkei im Gegensatz zu den zentral- und osteuropäischen Ländern die Kopenhagener Kriterien auf sehr hohem Niveau erfüllt.

Die heutige Entschiedenheit der Türkei, Mitglied der Europäischen Union zu werden, um sich mit Europa zu vereinigen, lässt sich mit einem Blick auf die türkische Geschichte begründen. Diese war von Anbeginn an von einem Streben in Richtung Westen geprägt. Die Kontakte, die das Osmanische Reich auf wirtschaftlicher, politischer und militärischer Ebene zu Europa knüpfte, hatten zwei einschneidende Konsequenzen: den Zusammenbruch des Osmanischen Reiches und die Gründung der modernen, demokratischen, laizistischen Republik Türkei.⁷⁵²

Ungeachtet der zahlreichen, gegeneinander geführten Kriege waren die Türken die ersten Muslime, die beabsichtigten, das westliche Niveau zu erreichen und eine fortschrittliche Gesellschaft zu gründen. In der Tanzimat-Periode (1839 bis 1876) wurden ein umfangreiches Gesetzgebungswerk und eine europäisch-beeinflusste Reformpolitik in den Bereichen von Bildung und Recht eingeleitet. Auch die Jungtürken führten die Europäisierung fort, die für sie eine Befreiung von der Diktatur der Sultane war.⁷⁵³

Ob die EU die Türkei aufnehmen will oder nicht, darauf gibt Brüssel zurzeit keine klare Antwort. Aber auch die Türkei hat an EU-Euphorie eingebüßt. Dabei sehen beide Seiten

⁷⁵² Vgl. Yeşilyurt: a.a.O., 2000, S. 298.

⁷⁵³ Vgl. ebd., S. 298f.

klare sicherheitspolitische, wirtschaftliche und soziale Vorteile in einem EU-Beitritt der Türkei.

Die EU hat mehrere Vorbehalte gegen einen Beitritt der Türkei. Die geopolitische Lage der Türkei wird mit gemischten Gefühlen betrachtet. Während die einen von einer Brückenfunktion zur muslimischen Welt sprechen, warnen andere vor den zahlreichen Konflikten in den Nachbarstaaten des Landes.

Wirtschaftliche und damit einhergehende soziale Überlegungen stellen einen weiteren wichtigen Punkt gegen einen Beitritt der Türkei in die EU dar: Die Türkei ist ein großes, bevölkerungsreiches Land. Neben Reichtum gibt es in der Türkei auch sehr viel Armut. Die Angst der Europäer vor einer arbeitsbedingten Völkerwanderung ist bis zu einem gewissen Grade berechtigt. Aber man hat auch Angst davor, dass man der Türkei mehrere Milliarden Euro an Agrarsubventionen und Strukturhilfen transferieren muss. Die wirtschaftlichen Bedenken scheinen dabei am wenigsten haltbar: Die Türkei verzeichnet ein stetiges Wirtschaftswachstum und ist durch die Zollunion schon sehr weit in die EU integriert.

Am meisten Probleme bereiten den Türken die Einhaltung demokratischer Prinzipien und der Menschenrechte in ihrem Land. Einige Kopenhagener Kriterien wurden seitens der Türkei noch nicht erfüllt. Die Pressefreiheit ist weiterhin beschränkt. Neben mehr Meinungsfreiheit fordert die Kommission auch mehr Rechte für Frauen, Kinder, Gewerkschaften und Christen im Land. Laut der Fortschrittsberichte wird auch die mangelnde Religionsfreiheit der Christen kritisiert. Jedoch ist die Religionsfreiheit laut der türkischen Verfassung schon aufgrund des Laizismus-Prinzips gewährleistet. Sowohl Moslems, Christen als auch Juden dürfen ihre Religion zu Hause und in ihren Gotteshäusern frei ausleben.

Durch außen- und innenpolitische Probleme kam es in der Türkei zu einem Reformstau. Die EU erwartet eine Wiederbelebung der institutionellen Reformen. Der Einfluss der Armee auf das politische Leben in der Türkei wird auch stark kritisiert. Die Türkei soll das Militär endlich politisch in die Schranken weisen. Die Armee mischt sich nach freiem Willen jederzeit in die Politik ein, sobald sie den Laizismus als gefährdet ansieht.

Das Militär betrachtet sich seit jeher als Schützer der Verfassung und des Laizismus in der Türkei.

Die Anerkennung Zyperns stellt einen weiteren Knackpunkt dar. Die Türkei erkennt bisher nur den türkischen Teil Zyperns an. Die EU hingegen erkennt nur Südzypern an und nicht das den Türken gehörende Nordzypern. Die Türken haben den Annanplan in einem Referendum anerkannt. Die Südzyprioten lehnten diesen Plan jedoch ab. Der Annanplan versprach die Aufhebung des wirtschaftlichen Embargos gegen Nordzypern. Obwohl die Türkei diesem Plan zustimmte, sind die wirtschaftlichen Embargos gegen Nordzypern seitens der EU noch immer nicht aufgehoben worden. Dies betrifft vor allem die Öffnung von Häfen und Flughäfen. Nach wie vor weigert sich die Türkei, ihre Häfen für Schiffe aus der zur EU gehörenden griechischen Republik Zypern zu öffnen, solange die EU ihr Handelsembargo gegen den türkischen Inselteil nicht lockert.

Europäische Beitrittsgegner, die die Türkei kulturell und geografisch ausgrenzen wollen, vertreten die am wenigsten überzeugenden Argumente. Die Frage danach, ob die EU Erweiterung zu einer Identitätserweiterung oder einem Identitätsbruch führt, ist eine Frage des politischen Willens. Die Identität der Europäer ist immer auch ein Selbstentwurf. Der genaue Blick auf die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei lässt eine Kontinuität erkennen, die durchaus für einen Beitritt spricht. Die Ressentiments gegenüber der Türkei sind weder kulturell noch historisch haltbar. Ihr politischer Einfluss ist dennoch nicht zu unterschätzen.

Die Diskussion um den Verfassungsentwurf hat die Meinungsverschiedenheiten und Unsicherheiten der Europäer untereinander sichtbar gemacht. Die aktuelle europäische Identitätssuche der Europäer gestaltet sich schwierig und ist mit dem Abschluss des Reformvertrages noch lange nicht abgeschlossen. Die Tatsache dass die EU zurzeit nicht mit einer Stimme spricht, wurde dem Beitritt der Türkei in die EU bisher zum Verhängnis.

Genau an diesem Punkt setzt die Kritik aus Sicht der Türkei an. Die Stimmung im Land ändert sich. Die EU-Euphorie ist abhandengekommen. Die Ambiguität der EU ist ein

Problem. Beitrittsbefürworter in der EU müssen fürchten, dass die Türkei irgendwann die Nase voll haben könnte.

Doch Europa bleibt wichtig für die Türkei, insbesondere für den Ministerpräsidenten Erdogan. Er nutzt sie als Impulsgeber für wirtschaftliche, soziale und demokratische Reformen in seinem Land. Es geht Erdogans Regierung bei dem Projekt darum, die noch aus den Zeiten des letzten Militärputsches von 1980 stammende Verfassung durch ein „zivileres“ Grundgesetz zu ersetzen. Die Verfassung von 1980 macht ihm und seiner Partei AKP seit jeher Problemen. Der Widerstand der Armee und politischer Reformgegner ist absehbar, sodass Erdogan die Unterstützung Europas gut gebrauchen kann. Am 12. September 2010 wurde die türkische Verfassung reformiert, aber nicht ausreichend genug für die Demokratisierung. Die Türkei braucht unbedingt eine neue demokratische Verfassung.

Die EU verhandelt seit Oktober 2005 mit der Türkei über einen Beitritt, der vor 2020 als unwahrscheinlich gilt. Zwar ist das gemeinsame Ziel der Verhandlungen die Vollmitgliedschaft, doch auch wenn sie alle Kriterien erfüllt, wird die Türkei nicht automatisch beitreten. Es werden mindestens noch zehn Jahre vergehen. Die Hürden für das muslimisch geprägte Land gelten für keinen anderen EU-Beitrittskandidaten. Die Anzahl der EU-Gegner sowohl in der EU als auch in der Türkei nimmt von Tag zu Tag zu. Die AKP steht unter großem Druck. Während sie versucht, die EU-Beitrittskriterien zu erfüllen, wird sie von türkischen Nationalisten beschuldigt, die türkische Identität zu verkaufen. Die EU wird von einigen Linksgruppen in der Türkei als Imperialmacht betrachtet und man wirft der AKP vor, das eigene Land an diese Imperialmacht zu verlieren.

6.1. Erörterung der Thesen

These 1

Die politische Kultur der Türkei erschwert erheblich den EU-Beitritt. Im türkischen politischen Leben wurde Opposition niemals positiv empfangen. Mit

dem Übergang vom Einparteienleben (1925-1946) zum Mehrparteienleben (1946- bis heute) sind sehr grosse negative Einflüsse entstanden, die die türkische Demokratie beeinflusst haben. Nach dem Übergang auf das Mehrparteiensystem im türkischen politischen Leben, haben stets Konflikte zwischen Regierung- Militär, Regierung- Opposition stattgefunden. Diese Probleme erschweren die Demokratisierung der Türkei. Ausserdem wirkt sich die politische Kultur der Türkei auch bei dem Beitrittsprozess in die EU negativ aus.

Die Nichtexistenz von verfassungsmässigem Ausgleich stellte in den Einparteien-Jahren kein wichtiges Problem dar; denn in der Einparteien-Zeit war keine ernste Oppositionsbewegung vorhanden. Aber mit dem Übergang zum Mehrparteiensystem im Jahre 1949 traten demokratische Problem eindeutig in Erscheinung. Die Vorsitzenden der Mehrheitspartei, die die Gesetzgebende Gewalt benutzten, setzten ihre Autoritäten grossenteils zur Unterdrückung der Opposition. Ab den 50er Jahren stieg in der Türkei die Spannung zwischen der Regierungspartei und den Oppositionsparteien in grossem Masse.⁷⁵⁴

Wenn es aus einer noch weiteren politischen Perspektive betrachtet wird steht die Demokratisierung der Türkei vor vier grossen Problemen, die in der Zukunft in Erscheinung treten können, gegenüber. Diese sind der Anstieg des politischen Islam und des kurdischen Nationalismus, der Eingriff des Militärs in die zivile Politik und das Nichtvorhandensein einer Einigungskultur zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien in der Türkei.

Der Anstieg des politischen Islams wurde in der Mitte des Jahres 1990, als die islamistische Wohlfahrtspartei (RP) bei den Parlamentswahlen im Jahre 1995 mit 21,4% der Stimmen die erste Partei wurde, zu einem wichtigen Problem. Die Politik der Koalitionsregierung, die zwischen der Wohlfahrtspartei (RP) und der Partei des rechten

⁷⁵⁴ Vgl. Özbudun, Ergun/Gençkaya, Ömer Faruk: Türkiye’de Demokratikleşme ve Anayasa Yapımı Politikası. İstanbul 2010, Doğan Egmont Verlag, S. 23.

Weges (DYP) gegründet wurde, führte in kurzer Zeit zu extremen Polarisierungen im Land und zu ernststen Konflikten mit dem laizistisch tendierten Militär. Infolgedessen hat das Militär, die von Oppositionsparteien und wesentlichen Nichtregierungsorganisationen unterstützt wurde, die RP-DYP Regierung zum Rücktritt gezwungen. Nach kurzer Zeit wurde die Wohlfahrtspartei (RP) vom Verfassungsgericht wegen antilaizistischen Aktivitäten verboten. Bei deren Nachfolger der Tugendpartei (FP) geschah das gleiche Ergebnis. Es ist nicht möglich den Wunsch der RP die Gesellschaft zu Islamisieren und deren islamistische Diskurse mit dem Laizismusprinzip der Verfassung in Einklang zu bringen.

Die AKP (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung), die nach dem Verbot der FP gegründet wurde, nahm im Gegensatz zu ihren Vorgängern eine noch gemässigte Haltung an. Die Satzung und das Programm der AKP unterstützen den Laizismus und tragen keine Andeutung im Hinblick auf islamistische Tagesordnung. Die AKP bevorzugt es anstelle einer „moslemisch-demokratischen“ Partei „konservative demokratische“ Partei genannt zu werden. Aber ein bestimmter Teil der türkischen Öffentlichkeit ist skeptisch glaubt daran dass die AKP die Türkei zu einem Scharia zugrunde legenden islamischen Staat umwandeln möchte und auf diesem Weg eine geheime Tagesordnung hat. Es wird behauptet dass die AKP die Absicht hat einen islamischen Lebensstil zu bringen. Somit wird gesehen dass die türkische Gesellschaft in der Achse Laizismus- Religiosität drastisch polarisiert ist.

Ein zweites und noch ernstes Problem tritt mit dem Anstieg des kurdischen Nationalismus auf. Die Forderungen der Kurden schwanken zwischen vergleichsweise bescheidenen Forderungen wie Anerkennung von unterschiedlichen kulturellen Identitäten und an denen gebundenen kulturellen Rechten und radikalen Forderungen wie regionale Autonomie, Föderation sogar Trennung von der Türkei. Die kurdische Nationalität wurde von einer Reihe ethnischer Parteien, die wegen Zuwiderhandlungen gegen die territoriale Integrität und der nationalen Einheit vom Verfassungsgericht verboten wurden, vertreten.

Das dritte Hindernis vor der Bekräftigung der Demokratie ist der andauernde Einfluss des Militärs auf die zivile Politik. Dieser Einfluss wird in These 3 wieder behandelt werden.

Als letztes ist das Nichtvorhandensein einer Einigungskultur zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien in der Türkei ein wichtiges Hindernis vor der Demokratisierung der Türkei. Im Nationalrat und in Gruppenversammlungen teilen die politischen Parteien gegenseitig Hiebe aus. Einem positiven Gesetzesvorschlag einer Partei können die anderen Parteien opponieren. Diese Situation steht als wichtigstes Problem vor der Entwicklung der türkischen Demokratie. Die oben aufgeführten politischen Kompromisslosigkeitsbeispiele hindern zugleich auf die Durchführung der Reformen, die auf dem Wege der Europäischen Union erforderlich sind und bilden ein wichtiges Hindernis vor dem EU-Beitritt der Türkei.

These 2

Demokratisierungsprozesse von Staaten werden durch interne und externe Faktoren beeinflusst. Externe staatliche und nicht-staatliche, insbesondere transnationale Akteure können auf die Innenpolitik des Zielstaates wirken. Zudem können systemische Einflüsse eine Rolle in Transformationsprozessen spielen. Je größer die Akzeptanz des Absenders und dessen Politik im Zielstaat ist, desto höher ist die Effektivität einzuschätzen. Die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei stützen sich auf eine sehr lange Vergangenheit. Die Forderungen der EU von der Türkei erschweren ab und zu die politische Führung in der Türkei. Je hoch die Annehmbarkeit der EU-Forderungen sind, desto einfach wird die Realisierung der EU-Anpassungsprozess der Türkei sein. Aber wenn die EU der Türkei Forderungen stellt, deren Erfüllungen schwer sind, wird es für die Türkei nicht einfach sein den EU-Anpassungsprozess effektiv zu verwirklichen.

Die Entwicklungen in der Türkei entwickeln sich sowohl unter dem Einfluss der internen Dynamiken als auch der strategischen Position, in der sie sich befindet, und von der allgemeinen Weltkonjunktur.

Es sind viele interne und externe Dynamiken vorhanden, die die türkische Demokratie negativ und positiv beeinflussen. Das Forschungsergebnis zeigt dass die USA als Hauptakteur angesehen wird die negativen Einfluss auf die Demokratisierung der Türkei hat. Der hauptsächliche Grund dafür ist der Gedanke dass die USA die Putsche in der Türkei unterstützt hat. Ausserdem hat bei der Forschung der Gedanke wichtigen Platz eingenommen dass die USA bei der Unterstützung der Türkei auf dem Wege der Demokratisierung nicht wahrhaft war und ihre Interessen im Vordergrund gehalten hat. An erster Stelle der externen Dynamiken, die positiven Einfluss auf die Demokratisierung der Türkei haben, befindet sich ohne jeden Zweifel die Europäische Union. Die EU unterstützt die Demokratisierung der Türkei unwidersprochen und aufgeschlossen und bietet der Türkei mit vielen Methoden wie EU-Anpassungspakete, Fortschrittsberichte uä. Verordnungen die für die Entwicklung der Türkei erforderlich sind. Obwohl manche der Forderungen, die die EU von der Türkei fordert, einfach zu verwirklichen sind, erschwert die Realisierung mancher Forderungen die Regierungen in der Türkei im ernsten Sinne. Zum Beispiel werden die Forderungen der EU in Bezug auf Zypern von der türkischen Öffentlichkeit als Konzessionsvergabe einer externen Macht wahrgenommen. Aber nach dieser Forschung wird als Ergebnis erzielt dass die EU dem Prozess der Demokratisierung der Türkei wichtige positive Beiträge geleistet hat. Die Kopenhagener Kriterien der EU werden nicht nur für die Türkei, sondern für alle Länder, die der EU beitreten möchten, durchgeführt. Die Erfüllung dieser Kriterien bedeutet die Erhöhung des Demokratiestandards in der Türkei.

Wenn die Forderungen der EU Bestimmungen sind, die von der Türkei einfach anzunehmen sind, wird der Integrations- und Beitrittsprozess leichter abgewickelt. EU-Forderungen, bei denen sich um das Gegenteil handelt, führen dazu dass diese von der Türkei nicht einfach akzeptiert werden, die Demokratisierungsbemühungen in der

Türkei nicht leicht durchgeführt werden können und dass sich der Beitrittsprozess verlängert.

These 3

Das türkische Militär hatte/hat in der türkischen Politik eine bedeutende Rolle. In der Türkei hat das Militär im politischen Bereich stets Einfluss gezeigt. Die Putsche des türkischen Militärs haben die Demokratie in der Türkei unterbrochen. Vor allem wurden die Beziehungen mit der EU durch diese Putsche unterbrochen und unser Beitrittsantrag, die im Jahre 1959 zu gleicher Zeit mit Griechenland gestellt wurde, konnte wegen Putschen bis heute noch nicht verwirklicht werden. Aber mit der Zunahme der Beziehungen zwischen der Türkei und EU haben die EU Forderungen, die zu Verwirklichung der EU-Integration erfüllt wurden, der Entwicklung der Demokratie in der Türkei positiv beigetragen. Also ist die Steigerung der Beziehungen zwischen der EU und der Türkei direkt proportional mit der Erhöhung des Demokratiestandards in der Türkei. Wenn die Interdependenz zwischen der EU und der Türkei zunimmt, dann verliert die militärische Macht an Bedeutung.

Ab der Zeit der İttihat ve Terakki (Komitee für Einheit und Fortschritt) stellten militärische Eingriffe in der Türkei aus der Sicht der Demokratie das vorrangige Problem dar. Die „Rettung des Landes“ bildete die Legitimationsbasis dieser Eingriffe.

Die Fakten, die das Leben und das System der mehrparteiischen Politik in der Türkei aus der Sicht der Menschenrechte am meisten schädigten waren militärische Putsche und militärische oder halb-militärische Regime, die diesen folgten. Das Militär hat mit ihrer hart disziplinierten und hierarchischen Struktur die Neigung ihre eigenen Werte der Gesellschaft aufzunötigen. Die Verbreitung dass die politische Stabilität zunichte gegangen ist, hat auch die geeignete Atmosphäre für diese Eingriffe gebildet. Aber jeder Eingriff schafft auch neue Labilitäten.

Mit den Verfassungsänderungen im Jahre 2001 und 2010 wurde ein Teil der Privilegien des Militärs aufgehoben. Die wichtige Rolle des Militärs in der türkischen Politik ist teilweise das Ergebnis historischer- politischer Faktoren. Das Militär hat bei der Gründung der Republik eine sehr wichtige Rolle gespielt und wurde von da an der mächtigster Verteidiger des kemalistischen Erbe, noch wichtiger der mächtigster Verteidiger dessen einheitlichen, laizistischen und nationalen Staatsprinzipien. Das Gefühl dieser geschichtlichen Mission hat das Militär dazu geführt 5 Mal einzugreifen (1960,1971, 1980, 28. Februar 1997 und E-Memorandum im Jahre 2007). Ausser dem E-Memorandum im Jahre 2007 hat das Militär bei allen diesen Eingriffen neue verfassungsmässige Konzessionen erhalten und hat ihren politischen Einfluss verstärkt. Sowohl die Forderungen der politischen Islamisten als auch die Forderungen der kurdischen Nationalisten widersprechen den Werten wie einheitlicher, laizistischer Nationalstaat, die das Militär als heilig ansieht; solange sich diese zwei Drohungen auf irgendeine nicht vermindern, ist es wahrscheinlich dass die vormundschaftliche Rolle des Militärs fortführt.⁷⁵⁵

Ab dem Beginn des EU-Kandidaturprozesses der Türkei haben die türkischen Regierungen zur Erfüllung der politischen Bedingungen der Kopenhagener Kriterien, durch Verfassungsänderungen und Anpassungspakete, in Bezug auf Demokratisierung der Zivil-Soldat Beziehungen radikale institutionelle Reformen durchgeführt. In der Richtung der Reformen, die die Türkei im EU-Anpassungsprozess verwirklicht hat, hat sich der Einfluss der zivilen Seite der MGK (Nationaler Sicherheitsrat) noch mehr erhöht und mit der letzten Verfassungsänderung am 12.September 2010 können militärische Personen vor zivilen Gerichtshöfen zu Gericht sitzen. Alle diese Reformen wurden zur EU-Integration von der türkischen Regierung verwirklicht. Und dies zeigt dass die Forderungen der EU von der Türkei und die Erweiterung der Beziehungen zwischen der EU und der Türkei dazu geführt haben dass sich der Einfluss des Militärs im politischen Bereich vermindert hat.

These 4

⁷⁵⁵ Vgl. ebd., S. 33-36.

Aufgrund des starken Wunsches der Türkei der EU beizutreten, kann die Europäische Union in der Türkei eine bestimmte Rolle in den jüngsten internen Reformen spielen. Die Türkei ist seit ungefähr 150 Jahren im Europäisierungsbestreben. Die Höhe des Entwicklungsstandes in Europa, die Überlegenheit in Technologie, Wissenschaft und Menschenrechte sind wichtige Anzeiger, die Europa anziehend zeigen. Wegen der jahrelangen europäischen Bewunderung der Türkei kann die EU die Reformen, die sie in der Türkei möchte, leicht verwirklichen.

An erster Stelle der aussenpolitischen Ziele der Türkei befindet sich die EU-Mitgliedschaft. Der Europäisierungswunsch der Türkei hat nicht mit der Gründung der Republik begonnen, sondern viel früher mit den Tanzimat-Reformen, die in den letzten Zeiten der Osmanen verwirklicht wurden, angefangen. Der grosser Wunsch der Türkei, binnen der Grenzen Europas zu sein, ist eine wichtige Präferenz in den Händen der EU. Die EU wird es mit dieser Präferenz nicht schwer haben die Reformen, die sie von der Türkei fordert, durchführen zu lassen. Denn obwohl in der Türkei viele Regierungen mit unterschiedlichen politischen Ansichten die Führung hatten, ist das einzige das sich nicht änderte, der Europäisierungswunsch der Türkei. Europa wird, wie auch Atatürk angab, als zeitgenössische Zivilisation betrachtet. Einer der wichtigsten Ziele der Türkei ist das Erreichen dieser zeitgenössischen Zivilisation und somit das Gelangen an Entwicklungen in Technologie, Wissenschaft und Menschenrechte, die jedes Land der Europäischen Union besitzt.

Die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU sind im Allgemeinen sehr wechselhaft und schwankend. Der Wunsch der Türkei der EU beizutreten hat sich im Gegensatz zu den früheren Zeiten sehr vermindert. Der hauptsächliche Grund dieser Verminderung ist die Ansicht dass die EU gegenüber der Türkei mit Doppelstandards hantiert. Nach dieser Forschung sind, in der Hinsicht der Doppelstandards gegenüber der Türkei, nahezu alle gleicher Meinung. Sie behaupten dass für die Angabe eines Doppelstandards viele Gründe vorhanden sind. Als Beispiele dazu können die

Vorbedingungen gezählt werden in denen die EU von der Türkei die Lösung des Armenienproblems und des Zypernproblems fordert obwohl diese in den Kopenhagener Kriterien nicht vorhanden sind. Solche Bedingungen wurden von den anderen Kandidaturländern nicht gefordert.

Als letztes kann von dieser Forschung dieses Ergebnis erhalten werden. Da die Türkei den EU-Beitritt zu sehr wünscht kann die EU die Reformen, die sie von der Türkei fordert, sehr leicht durchführen lassen. Aber das grösste Hindernis der EU auf diesem Wege ist die Haltung der EU gegenüber der Türkei. Die Türkei fordert von der EU die Aufhebung des Doppelstandards und die Durchführung der gleichen Mitgliedschaftsbedingungen wie bei den anderen Kandidaturländern. Wenn die EU im Beitrittsprozess der Türkei aufgeschlossen ist, wird es noch einfacher sein, die geforderten Reformen in der Türkei zu verwirklichen.

These 5

Die jüngsten Reformen stellen symbolische und inhaltlich erhebliche Anstrengungen zur Förderung der Demokratie in der Türkei. Vor allem ab dem Jahre 1999 wurden in der Türkei wichtige Schritte auf dem EU-Weg gemacht und infolgedessen haben am 3. Oktober 2005 die Beitrittsverhandlungen begonnen. Viele Reformen, die nach dem Jahre 1999 in Bezug auf EU-Anpassung verwirklicht worden sind, haben in der Türkei wichtige Beiträge zur Erhöhung des Demokratiestandards geleistet.

Die Verfügung über ein demokratisches Politiksystem, das rücksichtvoll auf Basis-Menschenrechte ist, war einer der wichtigsten Vorbedingungen zur Vollmitgliedschaft der EU. Parallel zur Demokratisierungsfunktion in Süd- und Osteuropaländern, ist es offensichtlich dass die EU bei der Entwicklung der Demokratie in der Türkei ein wichtiger externer Akteur ist. Wenn wir die letzten Änderungen in der Verfassung und in verschiedenen Gesetzen beachten, die direkt die Beziehungen zwischen Türkei- EU angehen, kann einfach behauptet werden dass die EU-Beziehungen die Demokratie in der Türkei beeinflusst haben.

Die EU hat die Verwirklichung der verfassungsmässigen und rechtlichen Reformen in der Türkei sehr gefördert. Die Reformen, die in Folge dieser Förderungen realisiert worden sind, haben der Demokratisierung der Türkei wichtige Beiträge geleistet. Wie auch in dieser Arbeit erwähnt wurden durch die EU in der Türkei auf dem Wege der Demokratisierung viele wichtige Reformen verwirklicht. Im Jahre 1999 wurde in der Türkei die Todesstrafe offiziell aufgehoben, der Artikel 301 im Strafgesetz in Bezug auf Beleidigung des Türkentums wurde geändert, die Zahl der Zivilen im MGK (Nationaler Sicherheitsrat) wurde erhöht und die Befugnisse der militärischen Personen wurde eingeschränkt. Wie auch in dieser Forschung erwähnt wurden in den Jahren 2001, 2003, 2005, 2006 und 2010 viele Reformen zur EU- Anpassung verwirklicht. Die Türkei muss alle diese Angelegenheiten erfolgreich abschliessen und somit ihren Demokratiestandard auf einen besseren Stand erhöhen.

Aber ab dem 3. Oktober 2005 wurden von insgesamt 35 Angelegenheiten der EU- Anpassungsreformen nur 12 geöffnet und nur 1 wurde vorläufig geschlossen. Diese Situation zeigt dass die Türkei die EU-Forderungen noch schneller erfüllen muss und die sonstigen Angelegenheiten schleunigst abschliessen und die Hindernisse vor der EU-Mitgliedschaft abschaffen muss.

6.2. Zusammenfassung der Forschungsergebnisse

Im Rahmen dieser Arbeit wurde untersucht, welche internen und externen Faktoren den türkischen Demokratisierungsprozess beeinflussen. Dabei stand vor allem die EU, welche die türkische Demokratie seit Langem unterstützt, als externer Faktor im Mittelpunkt der Betrachtung von Reformen und Dynamiken.

Kritisch analysiert wurden hierfür zum einen das Demokratieverständnis der EU sowie ihre Demokratieförderungspolitik, insbesondere ihre Akteure, Ziele und Instrumente. Zum anderen wurden die historischen Wurzeln und die ideologischen Grundlagen des türkischen Integrationsprozesses in die EU betrachtet, das heißt die Europäisierungsbewegungen im Osmanischen Reich sowie der Kemalismus.

Schließlich wurden die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei mit Blick auf die Demokratisierung der türkischen Republik zugleich historisch und politisch analysiert.

Der Analyse dienten die aktuellen Fortschrittsberichte der EU über die Türkei, die einen guten Einblick gewähren in die Probleme und die Fortschritte auf dem Weg zu einer türkischen Demokratie. Darüber hinaus wurden Interviews mit Politikern, Professoren, Zivilgesellschaften und Journalisten ausgewertet.

Die Demokratieentwicklung in der Türkei und der Einfluss der EU

Die Türkei befindet sich in einem seit 150 Jahren andauerndem Europäisierungsabenteuer, dessen Ende noch nicht in Sicht ist. Die Türkei wird vonseiten der EU sowie von der türkischen Zivilgesellschaft bei ihrem Demokratisierungsprozess unterstützt und zwar mit positiven Folgen. Das zeigen die militärischen, wirtschaftlichen, politischen, sozialen und strukturellen Reformen der Türkei. Die Türkei braucht die Unterstützung der EU auch weiterhin, vor allem was den Wandel von Mentalitäten im Allgemeinen anbetrifft sowie im Spezifischen die individuelle Freiheit, Justizreformen, Grundfreiheiten, die türkische Wirtschaft, eine neue Verfassung, Dezentralisierung und Reformen in der Infrastruktur von Stadtverwaltungen und die Zypern- und Kurdenfrage.

Veränderungen in der militärischen Bürokratie haben dabei oberste Priorität. Denn das Militär spielt eine besondere Rolle in der türkischen Politik. Es ist für die Demokratieforschung der Türkei daher ein unverzichtbares Thema. Seit dem Zweiten Weltkrieg hat das Militär dreimal in die Politik der türkischen Republik eingegriffen.

Auch aktuell beeinflusst es die Demokratie negativ. In diesem Zusammenhang hat die offizielle Ideologie der Türkei, der Kemalismus, einen negativen Einfluss; er verlangsamt den Demokratisierungsprozess der Türkei entschieden. Aufgrund ihrer Unterstützung der türkischen Militärputsche fällt auch das Urteil für den Einfluss der USA auf die türkische Demokratie sehr negativ aus.

Die EU dagegen fördert die türkische Demokratie gegen das türkische Militär. Da sie den Einfluss des türkischen Militärs auf die Politik in der Türkei dadurch schwächt und

die Zuständigkeiten des Militärs kontinuierlich abnehmen, ist die EU-Förderung des türkischen Demokratisierungsprozesses positiv zu bewerten.

Die EU übt mit Hilfe folgender Instrumente Einfluss auf die Demokratisierung in der Türkei aus: 1) Nichtregierungsorganisationen, 2) Zivilgesellschaften, 3) Wirtschaftshilfen, 4) dem zwischenstaatlichen Abkommen, 5) Erwartung über die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des türkischen Volkes und 6) ganz besonders mit der Mitgliedschaftsperspektive.

Mit Blick auf das letzte Instrument stellt sich jedoch heraus, dass die EU gegen die Türkei im Allgemeinen einen Doppelstandard anwendet, was u. a. Beschränkungen in Bezug auf die Freizügigkeit deutlich machen. Und so steht nicht fest, wann der Mitgliedschaftsprozess abgeschlossen sein wird.

Aufgrund der EU-Politik hat sich in der Türkei bereits Vieles gewandelt. Die Organisationsfreiheit hat sich geändert. Die Lage der Justizvollzugsanstalten hat sich verbessert. Folterungsbehauptungen in der Türkei haben aufgehört. Die Systematik von Misshandlung und Folterung ist beendet worden. Die Todesstrafe wurde aufgehoben. Der Standard eines demokratischen Lebens hat sich verwurzelt. Über die Beziehungen von Zivil und Militär wurde sehr viel diskutiert. Die Demokratisierung der Kommunalverwaltung wurde durch die Aufnahme von Reformprozessen eingeleitet. Demnächst werden auch im Dörfergesetz einige Änderungen durchgeführt.

Bei den Demokratisierungsbemühungen sollte nicht nur von der Einbeziehung des Staates, sondern auch der Nichtregierungsorganisationen die Rede sein. Auch sie sollten bei den Reformen der Demokratisierung ausreichend Mitspracherecht erhalten. Denn Nichtregierungsorganisationen, die dem Volk nahestehen, können bei den Reformen eine effektive Rolle spielen. Nicht zuletzt sollten Vereine, Nichtregierungsorganisationen, Kommunalverwaltungen und vor allem Stadtverwaltungen entsprechend geschult und unterstützt werden.

Obwohl sich auch die Nichtregierungsorganisationen kontinuierlich weiterentwickelt haben, haben sie im Vergleich zu EU-Ländern noch ein großes Demokratiedefizit, das

sowohl die Organisationsfreiheit als auch die Meinungsfreiheit betrifft. Zivilgesellschaften, die von der EU gefördert werden, sind besonders in der West-Türkei wirksam. Nach Osten gehend vermindert sich diese Wirkung.

In der Türkei wird mit Blick auf diese Reformen aber auch von den Gefahren einer Regime- und Systemänderung gesprochen. Und so es diejenigen, die den Status quo aufrechterhalten wollen. Das Vorbild anderer EU-Länder, die den Demokratisierungsprozess erfolgreich vollzogen haben, kann die Gegner der Regimeänderung positiv beeinflussen.

Historische Dimension der EU-Integration der Türkei

Ohne die Auswertung der historischen Dimension und die in diesem Bereich liegenden tatsächlichen Dynamiken kann die politische Demokratisierung der Türkei nicht angemessen erklärt werden. Daher wurden in dieser Arbeit insbesondere die demokratischen Reformen im Osmanischen Reich untersucht.

Obwohl die islamische Kultur weitreichenden Einfluss auf die Entwicklung der Türkei hatte, ist sie jedoch von Anbeginn ihrer Geschichte von europäischen Einflüssen geprägt worden. Die westlich und europäisch geprägten Reformen der Türkei haben eine lange Geschichte und lassen sich bis in die Zeit des Osmanischen Reiches zurückverfolgen.

Die Türkei hat sich immer sehr viel Mühe gegeben, europäisch zu sein, weil in der türkischen Geschichte Europäisierung mit der zeitgenössischen Zivilisation identifiziert wurde. Da der Begriff Zivilisation bis heute für Europa steht, möchte die Türkei ein Teil davon sein.

Die historische Entwicklung der Beziehungen zwischen der EU und der Türkei wurde in ihren wesentlichen Etappen nachvollzogen. Zu ihnen zählen das Assoziierungsabkommen von 1963, das Zusatzprotokoll des Assoziierungsabkommens, der Antrag der Türkei auf EU-Mitgliedschaft im Jahr 1987, die Unterzeichnung der Zollunion 1996, die Türkei als offizieller Beitrittskandidat 1999 sowie die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen im Jahr 2005.

Die Europäisierung der Türkei und ihr Beitritt in die EU sind in erster Linie ein europäisch-amerikanisches und nicht so sehr ein türkisches Projekt. Amerikaner und Europäer sind nicht nur an einem stabilen Partner, sondern auch an einem Tor zur islamischen Welt interessiert. Die EU-orientierte Bildungselite im Westen der Türkei ist eine kleine Minderheit und hat nicht genügend Einfluss. Die breite Bevölkerung will zwar eine Demokratisierung und verspürt den Wunsch, der westlichen Welt zu zeigen, dass ein demokratischer Islam möglich ist. Gleichzeitig wird die Europäisierung dämonisiert. Aber die Türkei braucht Europa, sie braucht die Hilfe von außen, insbesondere Vorgaben, was geht und was nicht.

Im Ergebnis lässt sich festhalten, dass die EU die in der Arbeit identifizierten defizitären Bereiche der türkischen Demokratie weiter unterstützen soll. Und die Türkei soll – ganz unabhängig von der Frage einer EU-Vollmitgliedschaft – die EU-Kriterien erfüllen, um in Zukunft einen guten Demokratiestandard verwirklichen zu können.

7. Quellenverzeichnis

7.1. Literatur

Bücher:

Adam, Hermann: Bausteine der Politik. Eine Einführung. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007.

Ağaoğlu, Samet: Demokrat Parti'nin Doğuş ve Yükseliş Sebepleri. Baha Verlag, İstanbul 1972.

Ahıska, Meltem: Okzidentalismus. Die historische Fantasie des Modernen. In: Ataç, Ilker/Küçük, Bülent/Şener, Ulaş (Hrsg.): Perspektiven auf die Türkei. Ökonomische und gesellschaftliche (Dis)Kontinuitäten im Kontext der Europäisierung. Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2008, S.24-50.

Akçurağaoğlu, Yusuf: Türkçülük ve Dış Türkler. Toker Verlag, Ankara 1990.

Aksoy, Metin: Die Türkei auf dem Weg in die EU. Die Beziehungen zwischen der Türkei und der Europäischen Union- insbesondere von 1990 bis Ende 2004. Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt am Main 2007.

Aktan, Coşkun Can: Yeni Bir Sistem Arayışı Demokrasi Poliarsi ve Demarsi, Çizgi Kitabevi Verlag, Konya 2005.

Albrecht, Ulrich: Internationale Politik. 5. Auflage, R. Oldenbourg Verlag, München/Wien 1999.

Alemann, von Ulrich/Tönnemann, Wolfgang: Grundriss. Methoden in der Politikwissenschaft. In: Aleman, von Ulrich (Hrsg.): Politikwissenschaftliche Methoden. Grundriss für Studium und Forschung. Westdeutscher Verlag, Opladen 1995, S. 17-141.

Algieri, Franco: Die erweiterte EU als internationaler Akteur. In: Chardon, Matthias/Frech, Siegfried/Hüttmann, Martin G. (Hg.): EU-Osterweiterung. Wochenschau Verlag, Schwalbach 2005, S. 229–251.

Altınbaş, Deniz: Avrupa Kimliği. Stratejik Öngörü. ASAM Verlag, Ankara 2006.

Anayurt, Ömer: Hukuka giriş ve hukukun temel kavramları. Seçkin Verlag, 7. Auflage, Ankara 2005.

Arı, Tayyar: Uluslararası İlişkiler Teorileri, Alfa Yay, İstanbul 2002.

Aslan, Yusuf : Die Türkei. Von der West-Integration zur Ost-Wendung? Institutioneller Verwestlichungsprozess in der türkischen Geschichte und dessen Auswirkungen auf die türkische Außenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Beziehungen der Türkei zum Europarat. Die Vollmitgliedschaftsbestrebungen der Türkei. Verlag Lang, Frankfurt am Main 1998.

Auth, Günther: Theorien der internationalen Beziehungen kompakt. Oldenbourg Verlag, München 2008.

Axt, Heinz-Jürgen/Schwarz, Oliver/Wiegand, Simon: Konfliktbeilegung durch Europäisierung? Zypernfrage, Ägäis-Konflikt und griechisch-mazedonischer Namensstreit. Nomos Verlag, Baden-Baden 2008.

Ayen, Susanne: Wackelkandidat Türkei – Szenarien des Beitritts zur EU. Veröffentlichte Magisterarbeit. Grin-Verlag für akademische Texte, Darmstadt 2006.

Bayrou, François/Bendit, Daniel Cohn: Demokratie als europäische Herausforderung. In: Marhold, Hartmut (Hrsg.): Die neue Europadebatte. Leitbilder für das Europa der Zukunft. Europa Union Verlag, Bonn 2001.

Bellers, Jürgen: Innere Bedingungen für den Wandel außenpolitischer Strategien. In: Bellers, Jürgen/Rosenthal, Claudius (Hrsg.): Die gesellschaftliche Basis von Außenpolitik. Lit Verlag, Münster 2001, S. 458-500.

Bellers, Jürgen/Benner, Thorste/Gerke, Ines M.: Handbuch der Außenpolitik von Afghanistan bis Zypern. R. Oldenbourg Verlag, München 2001.

Bellers, Jürgen/Kipke, Rüdiger: Einführung in die Politikwissenschaft. 3. Auflage, R. Oldenbourg Verlag, München/Wien 1999.

Bertelsman Stiftung: Bertelsmann Transformation Index's. Politische Gestaltung im internationalen Vergleich. Gütersloh 2008, Bertelsman Stiftung Verlag.

Bezwan, Naif: Türkei und Europa. Die Staatsdoktrin der Türkischen Republik, ihre Aufnahme in die EU und die kurdische Nationalfrage. Nomos Verlag, Baden-Baden 2008.

Bieber, Roland/Epiney, Astrid/Haag, Marcel: Die Europäische Union. Europarecht und Politik. 7. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2006.

Birand, Mehmet Ali: Die Beziehungen der Türkei zur EG. Der Vertrag von Ankara. In: Özak, Halil I./Dağyeli, Yıldırım (Hg.): Die Türkei im Umbruch. Dağyeli Verlag, Frankfurt am Main 1989, S. 187–208.

Bora, Tanıl: Der bleierne Ruß über dem Abendlande. Das negative Bild vom Westen im Denken der türkischen Konservativen. In: Ataç, Ilker/Küçük, Bülent/Şener, Ulaş (Hrsg.): Perspektiven auf die Türkei. Ökonomische und gesellschaftliche (Dis)Kontinuitäten im Kontext der Europäisierung. Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2008, S. 50-80.

Bourlanges, Jean-Louis: Achieving a New Balance Between Large and Small States. In: Beniamino Andreatta, et al. (Hrsg.): In a Larger EU. Can All Member States Be Equal? The Philip Morris Institute, Brussels 1996.

Bozkurt, Mahmut: Die Beziehung der Türkei zur Europäischen Union. Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt am Main 1995.

Brewin, Christopher: Turkey and Europe after the Nice Summit. Tesev Verlag, Istanbul 2002.

Buhbe, Matthes: Türkei. Politik und Zeitgeschichte. Leske + Budrich Verlag, Opladen 1996.

Clark, John: Kalkınmanın Demokratikleşmesi Gönüllü Kuruluşların Rolü. Übersetzt von Serpil Ural. Türkiye Çevre Vakfı Verlag, Ankara 1996.

Commission of the European Communities: Communication from the Commission. A Constitution for the Union. COM, 548 Final, Brussels 2003.

Corbett, Richard: The European Parliament's Role in Closer EU Integration. ST. Martins Press Inc., U.S.A 1998.

Çelebi, Aykut: Avrupa Halkların Siyasi Birliği, Metis Verlag, İstanbul 2002.

Çeçen, Anıl: Kemalizm. İstanbul 1998, Çağdaş Verlag.

Çukurçayır, Akif: Siyasal Katılma ve Yerel Demokrasi. Yargı Verlag, Ankara 2002.

Dabağyan, Levon Panos: Osmanlı'da Şer Hareketleri ve Abdülhamid Han. IQ Kültür Sanat Verlag, İstanbul 2000.

Dahl, Robert: Democracy and Its Critics. In: Green, Philip (Hrsg.): Key Concepts In Critical Theory Democracy. Humanities Press, New Jersey 1993, S. 57-66.

Decker, Frank: Governance Beyond the Nation State Reflections on the emocratic Deficit of the EU. Journal of European Public Policy, Volume:9, No.2, 2002, S.256-272.

Delanty, Gerard: Avrupa'nın İcadı. Adres Verlag, İstanbul 2002.

Dembinski, Matthias: Zur Erweiterung verdammt? Die Türkeipolitik der Europäischen Union. In: Jopp, Matthias/Schlotter, Peter (Hrsg.): Kollektive Außenpolitik. Die Europäische Union als internationaler Akteur. 2. Auflage, Nomos Verlag, Frankfurt am Main/Berlin 2007, S. 315-353.

Demir, Nesrin: Avrupa Birliği'nde Demokrasi (Die Demokratie in der EU). Seçkin Verlag, Ankara 2007.

Diefenbach, Lorenz: Die Volksstämme der Europäischen Türkei. Christian Winter Verlag, Frankfurt am Main 1877.

Diekmann, Andreas: Empirische Sozialforschung. Grundlagen. Methoden. Anwendungen. 19.Auflage, Rowohlt Verlag, Hamburg 2008.

Dinçkol, Abdullah: Hukuka Giriş. Alkım Verlag, İstanbul 2000.

Dogan, Ilyas: Säkularisierungstendenzen im Osmanischen Reich. In: Depenheuer, Otto/Dogan, Ilyas/Can, Osman (Hg.): Zwischen Säkularität und Laizismus. Lit Verlag, Münster 2005, S.27-61.

Druwe, Ulrich/Hahlbohm, Dörte/Singer, Alex: Internationale Politik. Ars Una Verlag, Neiried 1995.

Druwe, Ulrich: Studienführer Politikwissenschaft. Ars Una Verlag, 2. Auflage, Neuried 1994.

DTM: Avrupa Birliği ve Türkiye. Avrupa Birliği Genel Müdürlüğü, Ankara 1997.

Ehrhart, Hans-Georg/Jaberg, Sabine/Rinke, Bernhard u. a.: Einleitung. In: Ehrhart, Hans-Georg/Jaberg, Sabine/Rinke, Bernhard u.a. (Hg.): Die Europäische Union im 21. Jahrhundert. Wiesbaden 2007, S. 7-11.

Ender, Aydin: Ursprung und Vermächtnis des Kemalismus. In: Ayres, Ron/Dogan, Selahittin M./ Ender, Aydin, u.a. (Hrsg.): Türkei. Staat und Gesellschaft. Isp Verlag, Frankfurt am Main 1987, S.68-101.

Eralp, Atilla: Avrupa Kimliğinin Oluşumu ve Türk Kimliği. Türkiye ve Avrupa: Batılılaşma Kalkınma Demokrasi. İmge Verlag, İstanbul 1997.

- Erdilek, Neşe: Hükümetler ve Programları. Cumhuriyet Dönemi Türkiye Ansiklopedisi, İletişim Verlag, Cilt:4, 1985, S. 968-971.
- Erdoğan, Mustafa: Anayasacılık, Parlamentarizm, Silahlı Kuvvetler. Siyasal Kitabevi Verlag, Ankara 1993.
- Erdoğan, Mustafa: Anayasal Demokrasi, 3. Auflage, Siyasal Kitabevi Verlag, Ankara 1999.
- Esen, Erol: Die Beziehungen zwischen der Türkei und der Europäischen Gemeinschaft. Verlag Centaurus-Verlagsgesellschaft, Pfaffenweiler 1990, S. 9–21.
- Ethier, Diane: Is Democracy Promotion Effective? Comparing Conditionality and Incentives. In: Democratization 10, 1, 2003, S. 99-120.
- Faroqhi, Suraiya: Geschichte des Osmanischen Reiches. C.H. Beck Verlag, München 2000.
- Filzmaier, Peter/u.a.: Internationale Politik. Facultas Verlag, Wien 2006.
- Freise, Matthias: Externe Demokratieförderung in postsozialistischen Transformationsstaaten. Lit Verlag, Band 27, Münster 2004.
- Freyburg, Tina/u.a.: Neue Wege der externen Demokratieförderung. In: Erdmann, Gero/Kneuer, Marianne (Hrsg.): Externe Faktoren der Demokratisierung. Nomos Verlag, Baden-Baden 2009, S. 169-195.
- Friedrich-Ebert-Stiftung: Das mühsame Geschäft der Demokratieförderung. Konzepte und Erfahrungen aus der internationalen Entwicklungszusammenarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn 1999, Friedrich-Ebert-Stiftung Verlag.
- Gavin, Francis J.: The Wilsonian Legacy in the Twentieth Century, Orbis, Vol: 41, 1997, No: 4.
- Genç, Savaş: Demokratie, nicht Laizismus um jeden Preis. Zu den inneren Auseinandersetzungen in der Türkei. In: Welt-Trends. Zeitschrift für internationale Politik. Zerrissene Türkei. 16. Jg., 2008, S. 40-49.
- Giesendorf, Sabrina: Politische Konditionalität der EU. Eine erfolgreiche Demokratieförderungsstrategie? Eine Analyse am Beispiel der Türkei. Nomos Verlag, Baden-Baden 2009.

- Gläser, Jochen/ Laudel, Grit: Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen. Wiesbaden 2004, VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Goulard, Sylvie: EU-Türkei. Eine Zwangsheirat? Wenn die Mittel fehlen. Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2006.
- Gökalp, Ziya: Makaleler II. Redakteur von Süleyman Hayri Bolay, Kültür Bakanlığı Verlag, Ankara 1982.
- Gözler, Kemal: Hukuka Giriş. Ekin Verlag, Bursa 2010.
- Grieco, J. M.: Anarchy and the limits of cooperation: a realist critique of the newest liberal institutionalism. In: Linklater, A. (Hrsg.): International Relations. Critical Concepts in Political Science. Volume II, Routledge, USA 2001.
- Gust, Wolfgang: Das Imperium der Sultane. Eine Geschichte des Osmanischen Reichs. Carl Hanser Verlag, München/Wien 1995.
- Güsten, Susanne/Seibert, Thomas: Was stimmt? Türkei. Die wichtigsten Antworten. Herder Verlag, Freiburg 2007.
- Gülmez, Mesut: İnsan Hakları ve Demokrasi Eğitimi, TODAİE Verlag, Ankara 2001.
- Güngör, Baha: Die Angst der Deutschen vor den Türken und ihrem Beitritt zur EU. Wie demokratisch ist der Islam? München 2004.
- Gür, Gürsel: Das Türkeiimage in der deutschen Presse unter besonderer Berücksichtigung der EU-Türkei Beziehungen. Die Assoziation zwischen der Türkei und der Europäischen Gemeinschaft. Verlag Peter Lang GmbH, Frankfurt am Main/Berlin/Bern/u.a 1998.
- Güven, Feyzan: Avrupa Birliğinde Vatandaşlık Kavramı. Gazi Üniversitesi Sosyal Bilimler Enstitüsü Özel Hukuk Anabilim Dalı Yüksek Lisans Tezi, Ankara 2007.
- Hanioğlu, Şükrü: Batıcılık. Tanzimattan Cumhuriyete Türkiye Ansiklopedisi. Cilt:5, İletişim Verlag, İstanbul 1985.
- Hartmann, Jürgen: Das politische System der Europäischen Union. Eine Einführung. 2. Auflage, Campus Verlag, Frankfurt/New York 2009.
- Hippler, Jochen: Die Demokratisierung der dritten Welt nach dem Ende des kalten Krieges. In: Hippler, Jochen (Hg.): Demokratisierung der Machtlosigkeit. Politische Herrschaft in der Dritten Welt. Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1994, S. 11-46.

Hofmann, Barbara / Balkan, C.: Militär und Demokratie in der Türkei. Express Edition GmbH, Berlin 1985.

Hoffmann, Dieter/Jäger, Thomas: Demokratisierung. Krise eines Prozesses. In: Jäger, Thomas/Hoffmann, Dieter(Hrsg.): Demokratie in der Krise? Zukunft der Demokratie. Leske Budrich Verlag, Opladen 1995, S.15-39.

Hummer, Waldemar: Europas Grenzen- eine Betrachtung aus juristischer Sicht. In: Altmann, Franz-Lothar u.a.: Politische Studien. Europa – Perspektiven und Grenzen. Hanns-Seidel-Stiftung e.V. München 2009, S. 42-52.

Iokimidis, Panazotis C.: The Europeanization of Greece. An overall assessment. In: Featherstone, Kevin/Kazamias, George (Hrsg.): Europeanization and the southern periphery. London/Portland 2001, S. 73-94.

Işıklı, Alpaslan: Gewerkschaften und Arbeitsbewegung nach dem 27. Mai 1960. In: Seven, Ömer (Hg.): Türkei zwischen Militärherrschaft und Demokratie. VSA Verlag, Hamburg 1984, S. 130-142.

Jünemann, Annette / Knodt, Michèle: Externe Demokratieförderung durch die Europäische Union. Ost- und Mitteleuropa, Mittelmeer, Lateinamerika, Karibik, Afrika und Asien

im Vergleich – ein Tagungsbericht. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 13. Jg., Heft 1, 2006, S. 113-122.

Kahraman, Hasan Bülent: Bir Zihniyet, Kurum ve Kimlik Kurucusu Olarak Batılılaşma. Modern Türkiye’de Siyasi Düşünce. Modernleşme ve Batıcılık. İletişim Verlag, Cilt:3, Ankara 2002.

Kahraman, Hasan Bülent: Türk Siyaseti’nin Yapısal Analizi. Agora Verlag, Istanbul 2008.

Katenhusen, Ines/Lamping, Wolfram: Demokratie, europäische Integration und Institutionenwandel. In:Katenhusen, Ines/Lamping, Wolfram (Hrsg.): Demokratien in Europa. Einfluss der europäischen Integration auf Institutionenwandel und neu Konturen des demokratischen Verfassungsstaates. Leske+Budrich Verlag, Opladen 2003, S. 9-29.

Keskin, Hakki: Die deutsch-türkische Debatte über den EU- Beitritt der Türkei. Eine unendliche Geschichte. In: Frech, Siegfried/Öcal, Mehmet (Hg.): Europa und die Türkei. Wochenschau Verlag, Schwalbach 2006, S. 69–95.

Keskin, Hakki: Warum die Türkei die Gemeinschaft bereichern würde. In: König, Helmut/Sicking, Manfred (Hg.): Gehört die Türkei zu Europa? Transcript Verlag, Bielefeld 2005, S.63-81.

Kneuer, Marianne: Externe Faktoren der Demokratisierung. In: Erdmann, Gero/Kneuer, Marianne (Hrsg.): Externe Faktoren der Demokratisierung. Nomos Verlag, Baden-Baden 2008, S.9-37.

Knudsen, Olav F.: Introduction. In: Bauwens, Werner/ Clesse, Armand/ Knudsen, Olav F. (Hrsg.): Small States and Security Challenge in the New Europe. Brassey's, London 1996.

Korkisch, Fred: Die Amerikanische – Türkische Beziehungen. In: Riemer, Andrea/Korkisch, Fred (Hrsg.): Das Spannungsdreieck USA – Europa – Türkei. Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt am Main 2003, S. 128-142.

König, Helmut/Sicking, Manfred: Staat einer Einleitung: Gehört die Türkei zu Europa? – Konturen einer Diskussion. In: König, Helmut/Sicking, Manfred (Hg.): Gehört die Türkei zur Europa? Transcript Verlag, Bielefeld 2005, S. 9–29.

Kramer, Heinz/Reinkowski, Maurus: Die Türkei und Europa. Eine wechselhafte Beziehungsgeschichte. W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 2008.

Krech, Hans: Der Bürgerkrieg in der Türkei (1978-1999). Dr. Köster Verlag, Berlin 1999.

Kreiser, Klaus / Neumann, Christoph K.: Kleine Geschichte der Türkei. Philipp Reclam jun. GmbH&Co., Stuttgart 2003.

Kuran, Ercüment: Türk Çağdaşlaşması. Akçağ Basım Verlag, Ankara 1997.

Küçük, Bülent: Die türkischen Fantasmen im EU-Beitrittskurs. In: Ataç, Ilker/Küçük, Bülent/Şener, Ulaş (Hrsg.): Perspektiven auf die Türkei. Ökonomische und gesellschaftliche (Dis)Kontinuitäten im Kontext der Europäisierung. Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2008, S. 80-102.

Küçükadi, İonna: Human Rights: The Idea, the Demand and the Instruments. Philosophical Society of Turkey, Ankara 1995.

Küntzer, Karl: Abdul Hamid II. und die Reformen in der Türkei. Carl Reissner Verlag, Dresden/Leipzig 1897.

Laçiner, Sedat: „Das alte Europa“ gegen die Europäische Union. In: Laçiner, Sedat/Özcan, Mehmet/Bal, Ihsan(Hrsg.): Das türkische Europa. Verlag Hayat, Istanbul 2005.

Lamnek, Siegfried: Qualitative Sozialforschung. Methodologie. Band 1, 3.Auflage, Psychologie Verlags Union, Weinheim 1995.

Lauth, Hans-Joachim: Demokratietypen auf dem Prüfstand. Zur Reichweite von Lijpharts Mehrheitsund Konsensusdemokratie in der Vergleichenden Politikwissenschaft. In: Schrenk, Klemens H./Soldner, Markus (Hrsg.): Analyse demokratischer Regierungssysteme. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2010, S. 47-61.

Lauth, Hans-Joachim/Zimmerling, Ruth: Internationale Beziehungen. In: Mols, Manfred/Lauth, Hans-Joachim/ Wagner, Christian (Hrsg.): Politikwissenschaft. Eine Einführung. 5. Auflage, Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn/München/Wien/u.a. 2006, S. 135-175.

Leggewie, Claus: Die Türkei in die Europäische Union? Zu den Positionen einer Debatte. In: Leggewie, Claus (Hg.): Die Türkei und Europa. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2004.

Lehmbruch, Gerhard: Einführung in die Politikwissenschaft. 4. Auflage, W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart/Berlin/Köln/u.a. 1971.

Lemke, Christiane : Demokratie in Amerika. Kann Europa von der US-amerikanischen Erfahrung lernen? In: Katenhusen, Ines/Lamping, Wolfram (Hrsg.): Demokratien in Europa. Einfluss der europäischen Integration auf Institutionenwandel und neue Konturen des demokratischen Verfassungsstaates. Leske+Budrich Verlag, Opladen 2003, S. 117-135.

Lewis, Bernard: Modern Türkiye'nin Doğuşu. Übersetzt von Metin Kırıtlı. Türk Tarih Kurumu Verlag, Ankara 1997.

Liese, Andreas: Zur Situation der Menschenrechte in der Türkei. In: Hasse, Jana/Müller, Erwin/Schneider, Patricia (Hrsg.): Menschenrechte. Nomos Verlag, Baden-Baden 2002, S.145-160.

Linz, J./A. Stepan: Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe. Baltimore und London 1996, zit. nach Freise, Matthias: Externe Demokratieförderung in postsozialistischen Transformationsstaaten. Lit Verlag, Band 27, Münster 2004.

Loth, Wilfried: Europäische Integration in historischer Perspektive. In: Katenhusen, Ines/Lamping, Wolfram (Hrsg.): Demokratien in Europa. Einfluss der europäischen Integration auf Institutionenwandel und neue Konturen des demokratischen Verfassungsstaates. Leske+Budrich Verlag, Opladen 2003, S.29-45.

Martin, Wulf: Die Wirtschaft der Türkei. In: Die Türkei vor den Toren Europas, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Heft 1, 2000.

Melnykovska, Inna /Schweickert, Rainer: NATO als ein potentieller Katalysator der institutionellen Konvergenz – der Fall Ukraine. DDZ Digitales Druckzentrum, Berlin 2009.

Merkel, Wolfgang: Gegen alle Theorie? Die Konsolidierung der Demokratie in Ostmitteleuropa. In: Schrenk, Klemens H./Soldner, Markus (Hrsg.): Analyse demokratischer Regierungssysteme. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2010, S. 545-563.

Meyers, Reinhard: Grundbegriffe und theoretische Perspektiven der Internationalen Beziehungen. In: Stammen, Theo/Clapham, Ronald/Greiffenhagen, Martin und Sylvia/u.a. (Hrsg.): Grundwissen Politik. Campus Verlag, Frankfurt/New York 1997, S. 313-435.

Moser, Brigitte/Weitmann, Michael W.: Landeskunde der Türkei. Geschichte, Gesellschaft und Kultur. Helmut Buske Verlag, Hamburg 2008.

Moussis, Nicholas: Avrupa Birliği Ortak Politikaları übersetzt von Ahmet Fethi, Mega Verlag, İstanbul 2004.

Naisbitt, John: Megatrends. Warner Books, New York 1984.

Nolte, Hans-Heinrich: Die Osterweiterung der EU. Eine historische Perspektive. In: Katenhusen, Ines/Lamping, Wolfram (Hrsg.): Demokratien in Europa. Einfluss der europäischen Integration auf Institutionenwandel und neue Konturen des demokratischen Verfassungsstaates. Leske+Budrich Verlag, Opladen 2003, S. 45-71.

Nowak, Manfred: Einführung in das internationale Menschenrechtssystem. Neuer Wissenschaftlicher Verlag, Wien/Graz 2002.

Nuscheler, Franz: Demokratie, ein fragiler Exportartikel. In: Hippler, Jochen (Hg.): Demokratisierung der Machtlosigkeit. Politische Herrschaft in der Dritten Welt. Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1994, S. 223-237.

O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Philippe C.: Transitions from Authoritarian Rule, Baltimore/London 1986, S.3-73, zit. nach Kneuer, Marianne: Externe Faktoren der

- Demokratisierung. In: Erdmann, Gero/Kneuer, Marianne (Hrsg.): Externe Faktoren der Demokratisierung. Nomos Verlag, Baden-Baden 2009. S.9-37.
- Oehring, Otmar: Die Türkei im Spannungsfeld extremer Ideologien (1973-1980). Eine Untersuchung der politischen Verhältnisse. Klaus Schwarz Verlag, Berlin 1984.
- Opitz, Peter J.: Menschenrechte und internationaler Menschenrechtsschutz im 20. Jahrhundert. Wilhelm Fink Verlag, München 2002.
- Oran, Baskın: Türkiye’de Azınlıklar. İletişim Verlag, İstanbul 2004.
- Öcal, Mehmet: Außen- und Sicherheitspolitik. In: Frech, Siegfried / Öcal, Mehmet(Hg.): Europa und die Türkei. Wochenschau Verlag, Schwalbach 2006, S. 239–269.
- Özbudun, Ergun/Gençkaya, Ömer Faruk: Türkiye’de Demokratikleşme ve Anayasa Yapımı Politikası. Doğan Egmont Verlag, İstanbul 2010.
- Özertan, Nüşet S.: Türkei: Mittel oder Mittler? Zu den politisch-kulturellen Grundlagen eines EG-Beitritts. Unter besonderer Berücksichtigung der historisch gewachsenen Identitätsstruktur der Türkei. Lit Verlag, Münster 1990.
- Pamir, Necdet: Energie Politik im kaspischen Raum. Europäische und amerikanische Konzeption. In: Rill, Bernd/Sen, Faruk (Hg.): Kaukasus, Mittelasien, Nahost - gemeinsame Interessen von EU und Türkei. Hanns- Seidel-Stiftung e.V, München 2001, S.27–45.
- Patzelt, Werner J.: Einführung in die Politikwissenschaft. Grundriss des Faches und studiumbegleitende Orientierung. 4. Auflage, Richard Rothe Wissenschaftsverlag, Passau 2001.
- Peters, Richard: Die Geschichte der Türken. W. Kohlhammer Verlag, 2. Auflage, Stuttgart/Berlin/Köln/u.a. 1966.
- Pfeil, Florian: Zivilmacht für die Menschenrechte? Menschenrechte in der deutschen Außenpolitik 1990-1998. Verlag Dr. Kovac, Band 40, Hamburg 2000.
- Plattner, Hans: Die Türkei. Eine Herausforderung für Europa. Verlag Herbig, München 1999.
- Pöttering, Hans-Gert: Die Bedeutung des Europäischen Parlaments für die fortschreitende Integration der Europäischen Union. In: Altmann, Franz-Lothar u.a.: Politische Studien. Europa – Perspektiven und Grenzen. Hanns-Seidel-Stiftung e.V. München 2009, S. 24-33.

- Proske, Christina/Vieser, Susanne/Fritzler, Marc: EU. Wilhelm Heyne Verlag, München 1994.
- Riemer, Andrea K.: Konsequenzen eines möglichen EU-Beitritts der Türkei. In: Frech, Siegfried/Öcal, Mehmet (Hg.): Europa und die Türkei. Wochenschau Verlag, Schwalbach 2006, S. 21–43.
- Rocamora, Joel: Demokratie und progressive Bewegungen im Süden. In: Hippler, Jochen (Hg.): Demokratisierung der Machtlosigkeit. Politische Herrschaft in der Dritten Welt. Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1994, S. 46-59.
- Rosamond, Ben: Theories of European Integration, (ed: Neill Nugent, William E. Paterson, Vincent Wright), Palgrave Verlag, New York 2002.
- Roth, Jürgen/Taylan, Kamil: Die Türkei. Republik unter Wölfen. Lamuv Verlag, Bornheim 1983.
- Röhrich, Wilfred: Die politischen Systeme der Welt. Die Entwicklungsgesellschaften Nordafrikas und des Nahen Ostens. C.H. Beck Verlag, München 2003.
- Rumpf, Christian: Das türkische Verfassungssystem. Harrassowitz Verlag, Wiesbaden 1996.
- Rumpf, Christian: Das Verfassungssystem der Türkei. In: Frech, Siegfried/Öcal, Mehmet (Hg.): Europa und die Türkei. Wochenschau Verlag, Schwalbach 2006, S. 43-67.
- Rüstow, Dankwart A.: Die Türkei. Brücke zwischen Orient und Okzident. Der Militärputsch von 1980 und seine Auswirkungen. Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen 1990.
- Sancar, Mithat: Politische Dynamiken im EU-Anpassungsprozess. In: Katsikaris, Apostolos (Hrsg.): Türkei-Europa. Magnus Verlag, Essen 2006.
- Sandschneider, Eberhard: Externe Demokratieförderung. Theoretische und praktische Aspekte der Außenunterstützung von Transformationsprozessen, Zentrum für angewandte Politikforschung, München 2003.
- Sarıbay, A. Yaşar: Küreselleşme, Postmodern Uluslaşma ve İslam. Global ve Yerel Eksende Türkiye. Alfa Verlag, İstanbul 2000.
- Schley, Nicole/Busse, Sabine/Brökelmann, Sebastian J.: Knaurs Handbuch Europa. Knaur Verlag, München 2004.

- Schlosser, Dirk Berg/Stammen, Theo: Einführung in die Politikwissenschaft. 6. Auflage, C.H.Beck Verlag, München 1995.
- Schimmelfennig, Frank: Internationale Politik. In: Lauth, Hans-Joachim/Wagner, Christian (Hrsg.): Politikwissenschaft. Eine Einführung. 6. Auflage, Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn/München/Wien/u.a. 2009, S. 135-162.
- Schmidt, Helmut: Die Selbstbehauptung Europas. Perspektiven für das 21. Jahrhundert. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart / München 2000.
- Schmidt, Siegmund: Menschenrechte und Demokratie. In: Ihne, Hartmut/ Wilhelm, Jürgen (Hrsg.): Einführung in die Entwicklungspolitik. Lit-Verlag, Münster 2006, S. 101-108.
- Seeber, Richard/Mast, Florian: EU-Mitglied Türkei? In: Katsikaris, Apostolos (Hg.): Türkei-Europa. Magnus Verlag, Essen 2006, S.192-204.
- Seufert, Günter/Kubaseck, Christopher: Die Türkei. Politik, Geschichte, Kultur. C. H. Beck Verlag, München 2004.
- Seven, Ömer: Türkei zwischen Militärherrschaft und Demokratie. VSA-Verlag, Hamburg 1984.
- Sezer, Baykan: Ziya Gökalp ve Durkheim. 60. Ölüm Yıldönümünde Ziya Gökalp. İstanbul Üniversitesi Verlag, İstanbul 1986.
- Sieck, Annerose/Rüdiger, Jörg: Neues Grosses Europa Handbuch. Aktuell mit umfassendem Länderlexikon und allen wichtigen Daten und Informationen zur Europäischen Union. Die Türkei und der Islam. Compact Verlag, München 2005.
- Smith, Anthony: National Identity and the Idea of European Unity. In: Gowan, Peer/Anderson, Perry (Hrsg.): The Question of Europe. Verso Press, London, New York 1997, S. 318-345.
- Spanger, H.-J.: Moral versus Interesse? Die Ambivalenz westlicher Demokratiehilfe für Russland. In: Osteuropa. H. 7, 2002, S.793-810, zit. nach Freise, Matthias : Externe Demokratieförderung in postsozialistischen Transformationsstaaten. Lit Verlag, Band 27, Münster 2004.
- Steinbach, Udo: Die Türkei im 20. Jahrhundert. Schwieriger Partner Europas. Gustav Lübbe Verlag, Bergisch Gladbach 1996.
- Steinbach, Udo: Geschichte der Türkei. C. H. Beck Verlag, München 2000.

- Stratenschulte, Eckart D.: Europa. Ein Überblick. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007.
- Sturm, Roland: Die Zukunft des Bundesstaates in der Dynamik europäischer Integration. Ein Beitrag aus politikwissenschaftlicher Perspektive. In: Hrbek, Rudolf (Hrsg.): Europapolitik und Bundesstaatsprinzip. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2000, S. 193-197.
- Şen, Faruk: Die Situation der türkischen Wirtschaft nach der Zollunion. In: Zentrum für Türkeistudien, Essen 1996, S. 4- 10.
- Şen, Faruk: Geschichte EU-Türkei-Beziehungen. In: König, Helmut, Sicking, Manfred (Hg.): Gehört die Türkei zu Europa? Transcript Verlag, Bielefeld 2005, S. 29–47.
- Şen, Faruk: Türkei. Land und Leute. C.H. Beck Verlag, München 1985.
- Şen, Serdar: Geçmişten Geleceğe Ordu. Alan Verlag, İstanbul 2000.
- Tanör, Bülent: Der Verfassungswandel in der Türkei. In: Özak, Halil I./ Dayyeli, Yildirim (Hg.): Die Türkei im Umbruch. Dayyeli Verlag, Frankfurt am Main 1989, S. 11-44.
- Teziç, Erdoğan: 100 Soruda Siyasi Partiler. Gerçek Verlag, İstanbul 1976.
- Thiel, Rainer H.: Diffusion von Demokratie. Exogene auf Regimetransitionen. Deutscher Universitäts-Verlag, Wiesbaden 2001.
- Tibi, Bassam: Aufbruch am Bosphorus. Die Türkei zwischen Europa und dem Islamismus. Diana Verlag, München/Zürich 1998.
- Timur, Taner: Osmanlı Kimliği. Hil Verlag, İstanbul 1986.
- Tömmel, Ingeborg: Das politische System der EU. Wissenschaftsverlag, 2. Auflage, Oldenbourg 2006.
- Tunaya, Tarık Zafer: Türkiye’de Siyasi Partiler İkinci Meşrutiyet Dönemi, Cilt: I, 2. Auflage, Hürriyet Vakfı Verlag, İstanbul 1988.
- Ülger, İrfan Kaya: Avrupa Birliğinde Siyasal Bütünleşme. Gündoğan Verlag, İstanbul 2002.
- Ülken, Hilmi Ziya: Türkiye’de Çağdaş Düşünce Tarihi. Ülken Verlag, İstanbul 2005.
- Üstel, Füsun: Yurttaşlık ve Demokrasi, Dost Verlag, Ankara 1999.

Vashee, Baker: Demokratie und Entwicklung in den neunziger Jahren. In: Hippler, Jochen (Hg.): Demokratisierung der Machtlosigkeit. Politische Herrschaft in der Dritten Welt. Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1994, S. 194-206.

Voigt, Rüdiger: Weltordnungspolitik. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005.

Wagener, Hans-Jürgen: Europäische Wirtschaftspolitik. In: Beichelt, Timm/Choluj, Bozena/Rowe, Gerard u.a.: Europa-Studien. Eine Einführung. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006, S. 349-365.

Waldner, Benita Ferrero: Die Europäische Nachbarschaftspolitik. Sicherheit und Wohlstand durch Vernetzung. In: Altmann, Franz-Lothar u.a.: Politische Studien. Europa – Perspektiven und Grenzen. Hanns-Seidel-Stiftung e.V. München 2009, S. 9-16.

Warren, Mark E.: Democracy and Association. Princeton University Press, Princeton 2001.

Wehler, Hans-Ulrich: Der Türkei-Beitritt zerstört die Europäische Union. In: König, Helmut/Sicking, Manfred (Hg.): Gehört die Türkei zur Europa? Transcript Verlag, Bielefeld 2005, S. 47-63.

Weithmann, Michael W.: Die Türkei. Nation zwischen Europa und dem Nahen Osten. Friedrich Pustet Verlag, Regensburg 2002.

Welzel, Christian: Wissenschaftstheoretische und methodische Grundlagen. In: Mols, Manfred/Lauth, Hans-Joachim/Wagner, Christian (Hrsg.): Politikwissenschaft. Eine Einführung. 5. Auflage, Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn/München/Wien/u.a. 2006, S. 395-431.

Wernet, Andreas: Einführung in die Interpretationstechnik der Objektiven Hermeneutik. Band 11, 2. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006.

Wessels, Wolfgang: Das politische System der Europäischen Union. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008.

Wiehler, Frank: Die Erweiterung der Europäischen Union. Eine Herausforderung. Textsammlung „AGENDA 2000“. Die Union und die Welt. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1998.

Wilson, Peter: Introduction. The Twenty Years Crisis and Category of Idealism in International Relation, Thinkers of the Twenty Years Crisis, (ed), David Long, Peter Wilson, Oxford 1995: Clarendon Press, S. 15-23.

- Witzens, Udo: Aufnahme oder Ausgrenzung? Gehört die Türkei zu Europa? Köln 2004.
- Woyke, Wichard: Handwörterbuch Internationale Politik. Barbara Budrich Verlag, 10. Auflage, Opladen&Farmington Hills 2006.
- Yazıcı, Nevin: Osmanlılık Fikri ve Genç Osmanlılar Cemiyeti. Kültür Bakanlığı Verlag, Ankara 2002.
- Yeşilyurt, Zuhale: Die Türkei und die Europäischen Union Chancen und Grenzen der Integration. Verlag der Andere, Osnabrück 2000.
- Young, Iris Marion: Inclusion and Democracy. Oxford University Press, Oxford 2002.
- Zapf, Uta: Meine Türkei. In: Katsikaris, Apostolos (Hg.): Türkei-Europa. Magnus Verlag, Essen 2006, S. 182-192.
- Zeh, Julie: Recht auf Beitritt? Ansprüche von Kandidatenstaaten gegen die Europäische Union. In: Altmann, Franz-Lothar u.a.: Politische Studien. Europa – Perspektiven und Grenzen. Hanns-Seidel-Stiftung e.V. München 2009, S. 70-79.
- Zlepko, Dmytro: Die Türkei und die Ukraine – zwei Länder auf dem Weg in die EU? In: Altmann, Franz-Lothar u.a.: Politische Studien. Europa – Perspektiven und Grenzen. Hanns-Seidel-Stiftung e.V. München 2009, S. 113-127.
- Zürcher, Erik J.: Turkey. A Modern History. I.B. Tauris Verlag, London/New York 2003.

Zeitschriften- und Zeitungsartikel

- Aksoy, Sevilay: Rejim Teorileri İnsan Hakları Sorunlarının İncelenmesinde Çerçeve Olarak Kullanılabilir mi? Uİ Dergi, Cilt 2, Nr.: 5, Ankara 2005.
- Aktan, Gündüz: Brüksel Zirvesi'nin Ardından. In: Türkiye Günlüğü, 2004, Nr.:79.
- Bila, Fikret: Yargının temel sorunları. Abrufbar im Internet. 2011. URL: <http://www.milliyet.com.tr/yarginin-temel-sorunlari/fikret-bila/siyaset/yazardetay/09.01.2011/1336892/default.htm>. Stand: 17.01.2011.
- Bolzen, Stefanie: EU kritisiert Mangel an Grundrechten in der Türkei. Abrufbar im Internet. 2010. URL: <http://www.welt.de/politik/ausland/article10716535/EU-kritisiert-Mangel-an-Grundrechten-in-der-Tuerkei.html>. Stand: 10.12.2010.

Coşkun, Birgül Demirtaş: Republikaner versus Demokraten? Zur politischen Entwicklung in der Türkei. In: In: Welt-Trends. Zeitschrift für internationale Politik. Zerrissene Türkei. 16. Jg.,2008, S. 31-40.

Elektronik Sosyal Bilimler Dergisi: Abrufbar im Internet. 2010. URL: <http://www.e-sosder.com/>. Stand: 15.11.2010.

Frankenfeld, Thomas: Türkei sucht nach "strategischer Tiefe". Abrufbar im Internet. 2010. URL: <http://www.abendblatt.de/politik/ausland/article1441105/Tuerkei-sucht-nach-strategischer-Tiefe.html>. Stand: 11.01.2011.

Frankfurter Allgemeine Zeitung (F.A.Z): Türkei–Beitritt: Pro und Kontra. Abrufbar im Internet. 2004. URL: <http://www.faz.net/Rub7FC5BF30C45B402F96E964EF8CE790E1Doc~E8383C8F3D01143A19FF2C1286BA8C51D~ATpl~Ecommon~Scontent.html>. Stand: 14.11.2009.

Gottschlich, Jürgen: Kurden schockieren die Türkei. Abrufbar im Internet. 2010. URL: <http://www.taz.de/1/politik/europa/artikel/1/kurden-schockieren-die-tuerkei-1/>. Stand: 15.01.2011.

Grossbongardt, Annette/Zand, Bernhard: Drama mit vertauschten Rollen. In: Der Spiegel, 2007, Heft 19.

Hartmann, Christof : Demokratisierung und das internationale System. Anmerkungen zu einigen Querverbindungen zwischen IB-Forschung und Komparatistik. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 4, 2, 1997, S. 329-346.

Hermann, Reiner: Das Ende des türkischen Staats. Abrufbar im Internet. 2004. URL: <http://www.faz.net/s/RubFC06D389EE76479EE76479E9E76425072B196>. Stand: 13.02.2010.

Horeth, Marcus: No Way Out for the Beast? The Unsolved Legitimacy Problem of Europe Governance. Journal of European Policy. Vol:6 No:2, 1999, S. 252-278.

Höhler, Gerd: Die Türkei, der wirtschaftliche Tiger. Abrufbar im Internet. 2010. URL: <http://www.handelsblatt.com/meinung/kommentar-politik/aussenpolitik-die-tuerkei-der-wirtschaftliche-tiger;2677543>. Stand: 11.01.2011.

Ilgaz, Deniz: Democratisation, Citizenship and Civil Society. Citizenship Rights in the Turkish Republic: A Re-Evaluation in the Euro Mediterranean Area. The European Union and the Mediterranean. The Mediterranean's European Challenge. In: Xuereb, Peter. G. (Hrsg.): European Research and Documentation Centre. Vol: V, University of Malta, 2004, pp.333- 379.

Jervis, Robert: Realizm, Neorealizm and Cooperalizm. *International Security*. Vol: 24, No: 1, 1999, S.42-63.

Jimenez, Ruiz/u.a.: European and National Identities in EU's Old and New Member States. Ethnic, Civic, Instrumental and Symbolic Components. *European Integration Online Papers (EIOP)*. Abrufbar im Internet. 2004. Vol.8,N11;<http://eiop.or.at/eiop/texte/011a>. Stand: 15.10.2010.

Kálnoky, Boris: Das Referendum offenbart eine gespaltene Türkei. Abrufbar im Internet. 2010. URL: <http://www.welt.de/politik/ausland/article9602372/Das-Referendum-offenbart-eine-gespaltene-Tuerkei.html>. Stand: 12.01.2011.

Kálnoky, Boris: Erdogan bei Parlamentswahlen. 2007. Abrufbar im Internet. URL: http://www.welt.de/politik/article1046967/Die_Tuerkei_soll_der_Welt_als_Vorbild_die_nen.html. Stand: 15.11.2009.

Kirsty, Hughes: The Future of European Convention: Travelling Hopefully? Joint Working Paper for European Policy Institutes Network and Center for European Policy Studies, No.1, 2002, Brussels.

Kürşat, Ertuğrul: AB ve Avrupalılık. *Doğu-Batı: Avrupa*. Nr:14, Jahr:4, Felsefe ve Sanat Verlag, İstanbul 2001.

Martin, Wulf: Die Wirtschaft der Türkei. In: *Die Türkei vor den Toren Europas*, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, 2000, Heft 1.

McKillen, Elizabeth: Ethnicity, Class and Wilsonian Internationalism Reconsidered. *Diplomatic History*, Vol: 25, 2001, No: 4.

Muzik, Peter: Die Wirtschaft steht auf die Türkei. Abrufbar im Internet. 2010. URL: <http://www.wienerzeitung.at/DesktopDefault.aspx?TabID=3924&Alias=wzo&cob=527506>. Stand: 11.01.2011.

Reinhard, Wolfgang: Nicht Geschichte, nicht Geografie. Abrufbar im Internet. 2004. URL: http://www.welt.de/print-welt/article311099/Nicht_Geschichte_nicht_Geografie.html. Stand: 13.11.2009.

Rumpf, Christian: Das Verfassungssystem der Türkei. In: *Der Bürger im Staat*, 55 Jg., 2005, Heft 3.

Sadiq, Mohammad: Türkçülük Cereyeni. *Türk Milliyetçiliğinin Eşiğinde (1908-1918)*. *Türk Kültür Araştırmaları*. Jahr:3,4,5, Nr.:5-20, Türk Kültür Enstitüsü Verlag, Ankara 1972.

Sayan, Giyasettin: Turbulenzen am Bosphorus? Militär, AKP und EU. In: Welt-Trends. Zeitschrift für internationale Politik. Zerrissene Türkei. 16. Jg., 2008, S. 84-88.

Schorlemer, S.V.: Human Rights. Substantive and Institutional Implications of the War Against Terrorism. European Journal of International Law, Vol. 14, No. 2, 2006, S. 265-282.

Schweers, Philipp/Osiewicz, Przemyslaw: Der Hüter der Republik. Zur Rolle des Militärs in der modernen Türkei. In: Welt-Trends. Zeitschrift für internationale Politik. Zerrissene Türkei. 16. Jg., 2008, S. 68-77.

Spengler, Frank / Tröndle, Dirk: Es war noch nicht der letzte Tango. Wie türkische Medien die Eröffnung von EU-Beitrittsverhandlungen kommentieren. Abrufbar im Internet. 2005. URL: http://www.Die-tagespost.de/archiv/titel_anzeige.asp?ID=17857. Stand: 18.02.2010.

Steinbach, Udo: Eingriff des Militärs. In: Türkei. Informationen zur politischen Bildung, Heft 277, 2002, S. 14.

Straubhaar, Thomas: Weniger Europa hat mehr Zukunft. Abrufbar im Internet. 2007. URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,472730,00.html>. Stand: 01.12.2009.

Tages Anzeiger: Was sich in der Türkei ändert. Abrufbar im Internet. 2010. URL: <http://www.tagesanzeiger.ch/ausland/europa/Tuerken-stellen-sich-hinter-ihren-Praesidenten/story/24539625>. Stand: 12.01.2011.

TAZ: Türkei emanzipiert sich vom Militär. Abrufbar im Internet. 2010. URL: <http://www.taz.de/1/politik/europa/artikel/1/tuerkei-emanzipiert-sich-vom-militaer/>. Stand: 12.01.2011.

Türkische Zeitung Yeni Şafak: AB Katılım Ortaklığı Belgesini Onayladı. 19 Februar 2008.

Türkische Zeitung Yeni Şafak: Yargı Reformu köklü bir ihtiyaç. Abrufbar im Internet. 2011. URL: <http://yenisafak.com.tr/Gundem/?i=297332>. Stand: 16.01.2011.

Türküne, Mümtaz' er: Millî Devlet-Laiklik-Demokrasi. In: Türk Günlüğü. Nr.:75, 2003, S. 33-51.

Waltz, Kenneth N.: Emerging Structure of International Politics. International Security, Vol: 18, 1993, No: 2.

Zapcıoğlu, Dilek: Das Kopftuch als neue Leitkultur. Abrufbar im Internet. 2010. URL: <http://www.taz.de/1/politik/europa/artikel/1/das-kopftuch-als-neue-leitkultur/>. Stand: 12.01.2010.

7.2. Dokumente und Internetquellen

Allgemeine Deklaration der Menschenrechte: der Generalversammlung vom 10. Dezember 1948. URL: <http://www.un.org/Depts/german/grunddok/ar217a3.html>. Stand: 15.10.2010.

Auswärtiges Amt: Staatsaufbau und Innenpolitik. Abrufbar im Internet. 2010. URL: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01_Nodes_Uebersichtsseiten/Tuerkei_node.html. Stand: 12.01.2011.

Aydilge, Sarp: Avrupa Birliği Kültür Politikaları. Abrufbar im Internet. 2005. URL: <http://www.eurozine.com/articles/2004-04-09-sarp-tr.html>. Stand: 21.04.2009.

Belgenet: Katılım Ortaklığı Belgesi. Abrufbar im Internet. 2000. URL: http://www.belgenet.com/arsiv/ab/kob_2000.html. Stand: 20.11.2010.

Botschaft der Republik Türkei: Die Vorteile der EU-Mitgliedschaft der Türkei für die EU. Abrufbar im Internet. 2007. URL: <http://www.tcberlinbe.de/de/eu/beitragetreu.htm>. Stand: 12.02.2010.

Bundestag: Deutscher Bundestag. Abrufbar im Internet. 2009. URL: <http://www.bundestag.de/dasparlament/2009/08/Beilage/005.html>). Stand: 01.12.2009.

Calhoun, Craig: The Democratic Integration of Europea. Social Science Research Council. Abrufbar im Internet. 2004. <http://eurozine.com/articles/09.13.2006.eurozine-en.html>. Stand: 13.10.2010.

C.A.P (Centrum für angewandte Politikforschung): Eine gemeinsame Energiepolitik für Europa – Chancen und Herausforderungen. Abrufbar im Internet. 2007. URL: http://www.europaunion.de/fileadmin/files_eud/PDFDateien_EUD/EUD_AG_Energie/CAP_2007_DSF_Energie.pdf. Stand: 10.11.2009.

C.A.P.: Politisches System. Die Gerichtsbarkeit. Abrufbar im Internet. 2007. URL: <http://cap-online.eu/themen/tuerkei/politisches-system/gerichtsbarkeit.php>. Stand: 11.01.2011.

CDU/CSU: Privilegierte Partnerschaft. Die europäische Perspektive für die Türkei. Beschluss der Präsidien der Christlich Demokratischen Union und der Christlich-

Sozialen Union am 7. März 2004. Abrufbar im Internet. 2004. URL: <http://www.cdu.de/doc/pdfc/080304-beschluss-tuerkei.pdf>. Stand: 13.07.2010.

Çeker, Mustafa: AB Hukukunda Vatandaşlık ve Bireysel Haklar. Abrufbar im Internet. 2007. URL: <http://www.cu.edu.tr/insanlar/mceker/avrupa%20birliđi%20hukuku/5-AB%20VATAN DAŞLIđI.ppt>. Stand: 10.10.2010.

Das Türkei-Portal: Das politische System. Abrufbar im Internet. 2006. URL: <http://www.ye-net.de/worldofturks/page.php?id=14>. Stand: 11.01.2011.

Dufner, Ulricke: Militär kontra Islamismus. 1998. Abrufbar im Internet. URL: <http://www.uni-muenster.de/PeaCon/wuf/wf-98/9840500m.html>. Stand: 13.11.2009.

Dufner, Ulrike: Türkische Außenpolitik: Die Zeit ist reif für besonnene Töne. Abrufbar im Internet. 2010. URL: <http://www.boell.de/weltweit/nahost/naher-mittlerer-osten-tuerkische-aussenpolitik-erdogan-israel-nahost-konflikt-tuerkei-9429.html>. Stand: 11.01.2011.

Engin, Hülya: Das "Nationale Programm" der Türkei für den Weg zur EU. Abrufbar im Internet. 2009. URL: <http://www.dialogkreis.de/nn201-02.htm>. Stand: 20.03.2001.

Euractiv: Avrupalı Deđerleri ve Kimliđi. Abrufbar im Internet. 2007. URL: <http://www.euractiv.com.tr/abnin-gelecegi/link-dossier/avrupali-deđerleri-ve-kimligi>. Stand: 12.10.2010.

Euractiv: Beziehungen zwischen der EU und der Türkei. Abrufbar im Internet. 2010. URL: <http://www.euractiv.com/de/erweiterung/beziehungen-zwischen-der-eu-und-der-tuerkei-de-linksossier-189067>. Stand: 24.01.2011.

Europa: Einführung des Euro: Konvergenzkriterien. Abrufbar im Internet. 2010. URL: http://europa.eu/legislation_summaries/economic_and_monetary_affairs/institutional_and_economic_framework/ec0013_de.htm. Stand: 02.01.2011.

Europa: Panorama der Europäischen Union. In Vielfalt geeignet. Abrufbar im Internet. 2007. URL: http://europa.eu/abc/panorama/index_de.htm. Stand: 10.12.2009.

Europäische Kommission: Fortschrittsbericht 2006 der Türkei. Abrufbar im Internet. 2006. URL: http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2006/nov/tr_sec_1390_de.pdf. Stand: 19.10.2009.

Europäische Kommission: Türkei Fortschrittsbericht 2007. Abrufbar im Internet. 2007. URL: http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2007/nov/turkey_progress_reports_courtesy_transl_de.pdf. Stand: 19.10.2009

Europäisches Parlament: Konvergenzkriterien. Abrufbar im Internet. 2011. URL: http://www.europarl.europa.eu/brussels/website/content/modul_06/start.html#03. Stand: 02.01.2011.

Europäisches Parlament: Konvergenzkriterien. Abrufbar im Internet. Abrufbar im Internet.2011. URL: <http://www.europarl.europa.eu/brussels/website/media/Definitionen/Pdf/Konvergenzkriterien.pdf>. Stand: 02:01:2011.

Fortschrittsbericht 2008 der Türkei: Türkiye 2008 İlerleme Raporu. Abrufbar im Internet. 2008. URL: http://www.abgs.gov.tr/files/AB_Iliskileri/AdaylikSureci/IlerlemeRaporlari/turkiye_ilerleme_rap_2008.pdf. Stand: 20.10.2010.

Fortschrittsbericht 2009 der Türkei: Türkiye 2009 İlerleme Raporu. Abrufbar im Internet. 2009. URL: http://www.abgs.gov.tr/files/AB_Iliskileri/AdaylikSureci/IlerlemeRaporlari/turkiye_ilerleme_rap_2009.pdf. Stand: 25.10.2010.

Fuchs, Dieter : Das Demokratiedefizit der Europäischen Union und die politische Integration Europas: Eine Analyse der Einstellungen der Bürger in Westeuropa. Abrufbar im Internet. 2002. URL: <http://bibliothek.wzb.eu/pdf/2002/iii02-204.pdf>. Stand: 02.01.2010.

Grimm, Sonja: Demokratieförderung: Lässt sich Demokratie von außen fördern und erzwingen? Abrufbar im Internet. 2005. URL: http://www2.rz.hu-berlin.de/demokratieforschung/Thesenpapiere_WS0506_Demokratiefoerderung/Burnell_2000.pdf. Stand: 18.10.2010.

Hibbeler, Stefan: Die Verfassungsänderung und ihr Kontext. Abrufbar im Internet. 2010. URL: <http://www.istanbulpost.net/10/05/01/verfassung.htm>. Stand: 12.01.2011.

HSBC Gruppe: Trends im Visier. Türkei. 2007. Abrufbar im Internet. URL: http://www.hsbcrinkausmarkets.de/markets/content/downloads/marktamalysen/trends_im_visier_bondboard.pdf. Stand: 14.11.2009.

IKV: Avrupa Birliği Zirve Sonuç Bildirisi. Abrufbar im Internet. 2004. URL: <http://www.ikv.org.tr/icerik.asp?konu=abguncel&id=1336&baslik=16-17> ARALIK 2004 AB ZİRVESİ SONUÇ BİLDİRGESİ. Stand: 22.11.2010.

Jessen, Frank/Moellendorf –Wilamowitz,Ulrich: Das Kopftuch – Entschleierung eines Symbols? Abrufbar im Internet. 2006. URL: http://www.kas.de/db_files/dokumente/zukunftsforum_politik/7_dokument_dok_pdf_9095_1.pdf. Stand: 22.01.2011.

Kadioğlu, Ayşe: Erdogan-Regierung unter Faschismusverdacht. Abrufbar im Internet. 2006. URL: <http://kleinasien.blogg.de/index.php?tag=10&monat=7&jahr=2006>. Stand: 16.02.2010.

Kizilyaprak, Zeynel Abidin: Der EU-Beitritt in der türkischen Diskussion. Abrufbar im Internet. 2004. URL: http://www.bpb.de/themen/HRLQQW,0,Der_EUBeitritt_in_der_t%FCrkischen_Diskussion.html. Stand: 12.07.2010.

Kojda, Miriam: Der EU-Erweiterungsprozess und die Gretchenfrage: Ist Demokratie käuflich? Abrufbar im Internet. 2009. URL: http://www.kfibs.org/assets/files/KFIBS_2009.01_kojda_der_euerweiterungsprozess_und_die_gretchenfrage_ist_demokratie_kae_u_flich_studie_final.pdf. Stand: 17.10.2010.

Kramer, Heinz: EU-Türkei. Vor schwierigen Beitrittsverhandlungen. Abrufbar im Internet. 2005. URL: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=2178. Stand: 1.12.2009.

Kutlu, Merih: Bir Süper Devlet Yaratma Projesi: Avrupa Birliği. Abrufbar im Internet. 2002. URL: <http://www.turkab.net.ab/turkabmkl/.htm>. Stand: 17.10.2010.

NRW (Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen): Türkischer Nationalismus: `Graue Wölfe` und `Ülkücü` (Idealisten)- Bewegung. Abrufbar im Internet. 2004. URL: http://www.im.nrw.de/sch/doks/vs/tuerkischer_nationalismus.pdf. Stand: 12.11.2010.

NTV: Fortschrittsbericht zur Türkei. Abrufbar im Internet. 2009. <http://www.ntv.de/politik/EU-ruegt-Folter-und-Ehrenmorde-article547152.html>. Stand: 11.11.2010.

Olschewski, Malte: Bajonette und Minarette- Das politische System der Türkei. Abrufbar im Internet. 2007. URL: <http://www.readers-edition.de/2007/05/08/bajonette-und-minarette-das-politische-system-der-tuerkei/>. Stand: 11.01.2011.

Pick, Ulrich: Türkei. Erdogans AKP erzielt deutlichen Sieg. 2007. Abrufbar im Internet. URL: <http://www.swr.de/nachrichten/-/id=396/nid=396/did=2400450/9hmq4p/index.html>. Stand: 15.11.2009.

Röllenblech, Udo: Die Europäische Union und die Türkei Beitrittsverhandlungen zur EU. Abrufbar im Internet. 2005. URL: http://www.eu-direct.info/downloads/EU_Tuerkei_04Okt2005.pdf. Stand: 14.11.2010.

Rumpf, Christian: Verfassungsreform. Abrufbar im Internet. 2010. URL: <http://www.tuerkei-recht.de/Verfassungsreform%20AKP.pdf>. Stand: 12.01.2011.

Schönbohm, Wulf E./Augustin, Sankt: Die Türkei am Wendepunkt. Abrufbar im Internet. 2002. URL: <http://www.kas.de/wf/de/33.561/>. Stand: 12.02.2010.

Wissen Media Verlag: EU-Konvergenzkriterien. Abrufbar im Internet. 2009. URL: <http://www.wissen.de/wde/generator/wissen/ressorts/geschichte/zeitgeschehen/index,page=3676376.html>. Stand: 02.01.2011.

Woodard, S.: The Simple Guide to the Federal Idea. Abrufbar im Internet. 2000. URL: <http://www.eurplace.org/federal/woodard>. Stand: 14.10.2010.

7.3. Verzeichnis der Gesprächspartner

Akman, Yahya, der Leiter der Petitionsausschuss des türkischen Parlaments, Ankara, 15.11.2010.

Çağırıcı, Kadir, der Direktor der Außenbeziehungen der Stadtverwaltung Adapazari, Sakarya, 20.10.2010.

Çakır, Osman, Abgeordnete und Mitglied der gemischten parlamentarischen Ausschuss EU-Türkei, Ankara, 13.11.2010.

Ergun, Metin, Abgeordnete des Türkischen Parlaments, MHP, Ankara, 08.11.2010.

İnat, Kemal, Politikwissenschaftler im Studiumfach internationale Beziehungen an der Sakarya Universität, Sakarya, 23.10.2010.

Kılıçaslan, Muhsin T., der Berater des Staatsministers für Menschenrechtsfragen in der Europaabteilung im türkischen Außenministerium, Ankara, 12.11.2010.

Koçer, Gökhan, Politikwissenschaftler im Studiumfach internationale Beziehungen an der Karadeniz Technical University, Trabzon, 08.10.2010.

Sancak, Kadir, Doktorand an der Karadeniz Technical University und Akademiker an der Gümüşhane Universität, Gümüşhane, 27.09.2010.

Şengül, Ayhan, der Berater der Abgeordnete, Ankara, 25.10.2010.

Topaloğlu, Nur Doğan, Chairman of Board of Arbitrators für Democracy, Ankara, 10.11.2010.

Üskül, Zafer, der Leiter der Menschenrechtskommission des türkischen Parlaments, Ankara, 06.11.2010.

8. Anhang

Kapitel	Screening (abgeschlossen)	Verhandlung
1. Freier Warenverkehr	16. Januar 2006 – 24. Februar 2006	—
2. Freizügigkeit der Arbeitnehmer	19. Juli 2006 – 11. September 2006	—
3. Niederlassungsfreiheit und freier Dienstleistungsverkehr	21. November 2005 – 20. Dezember 2005	Suspendiert
4. Freier Kapitalverkehr	25. November 2005 – 22. Dezember 2005	19. Dezember 2008 eröffnet
5. Vergaberecht	7. November 2005 – 28. November 2005	—
6. Gesellschaftsrecht	21. Juni 2006 – 20. Juli 2006	—
7. Schutz geistiger Eigentumsrechte	6. Februar 2006 – 3. März 2006	17. Juni 2008 eröffnet
8. Wettbewerbsrecht	8. November 2005 – 2. Dezember 2005	28. Juni 2006 eröffnet
9. Finanzdienstleistungen	29. März 2006 – 3. Mai 2006	Suspendiert
10. Informationsgesellschaft und Medien	12. Juni 2006 – 14. Juli 2006	19. Dezember 2008 eröffnet
11. Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	5. Dezember 2005 – 26. Januar 2006	Suspendiert
12. Lebensmittelsicherheit, Veterinärpolitik und Pflanzenschutz	9. März 2006 – 28. April 2006	30. Juni 2010 eröffnet
13. Fischerei	24. Februar 2006 – 31. März 2006	Suspendiert
14. Verkehrspolitik	26. Juni 2006 – 28. September 2006	Suspendiert
15. Energie	15. Mai 2006 – 16. Juni 2006	—
16. Steuerpolitik	6. Juni 2006 – 12. Juli 2006	30. Juni 2009 eröffnet
17. Wirtschafts- und Währungspolitik	16. Februar 2006 – 23. März 2006	—
18. Statistiken	19. Juni 2006 – 18. Juli 2006	26. Juni 2007 eröffnet
19. Sozialpolitik und Beschäftigung	8. Februar 2006 – 22. März 2006	—
20. Unternehmens- und Industriepolitik	27. März 2006 – 5. Mai 2006	29. März 2007 eröffnet
21. Transeuropäisches	30. Juni 2006 – 29.	19. Dezember 2007 eröffnet

Verkehrsnetz	September 2006	
22. Regionalpolitik und Koordination der strukturpolitischen Instrumente	11. September 2006 – 10. Oktober 2006	—
23. Justiz und Grundrechte	7. September 2006 – 13. Oktober 2006	—
24. Justiz, Freiheit und Sicherheit	23. Januar 2006 – 15. Februar 2006	—
25. Wissenschaft und Forschung	20. Oktober 2005 – 14. November 2005	Abgeschlossen
26. Bildung und Kultur	26. Oktober 2005 – 16. November 2005	—
27. Umwelt	3. April 2006 – 2. Juni 2006	21. Dezember 2009 eröffnet
28. Verbraucher- und Gesundheitsschutz	8. Juni 2006 – 11. Juli 2006	19. Dezember 2007 eröffnet
29. Zollunion	31. Januar 2006 – 14. März 2006	Suspendiert
30. Beziehungen nach Außen	10. Juli 2006 – 13. September 2006	Suspendiert
31. Außenpolitik, Sicherheits- und Verteidigungspolitik	14. September 2006 – 6. Oktober 2006	—
32. Finanzkontrolle	18. Mai 2006 – 30. Juni 2006	26. Juni 2007 eröffnet
33. Finanz- und Haushaltsbestimmungen	6. September 2006 – 4. Oktober 2006	—
34. Institutionen	—	Entfällt
35. Andere Fragen	—	Entfällt

Tabelle 8: Quelle: www.tusiad.org

Beziehungen zwischen der EU und der Türkei	
1949	Türkei wird Mitglied des Europarates
Feb. 1952	Die Türkei wird Vollmitglied der NATO.
Sept. 1959	Ankara bewirbt sich als assoziiertes Mitglied der Europäischen

	Wirtschaftsgemeinschaft.
12. September 1963	Das Assoziierungsabkommen (das Ankara-Abkommen) zwischen der Türkei und der EWG tritt in Kraft. Dieses sieht drei Phasen der Annäherung vor: fünf Jahre Vorbereitungszeit, maximal zwölf Jahre Übergangsphase mit dem Ziel einer Zollunion und eine Schlussphase, die die Möglichkeit einer Vollmitgliedschaft der Türkei in die EWG eröffnet
Nov. 1970	Unterzeichnung des Zusatzprotokolls und des zweiten Finanzprotokolls in Brüssel.
Jan. 1973	Zusatzprotokoll tritt in Kraft. Es legt im Detail fest, wie die Zollunion geschaffen werden würde.
Juli 1974	Die Türkei marschiert in Zypern ein
12. September 1980	Militärputsch in der Türkei, Einfrieren der Beziehungen zwischen EG und Türkei.
Juni 1980	Assoziierungsrat beschließt eine Reduzierung der Zölle auf fast alle Agrarprodukte auf "Null" bis 1987.
1982	Aussetzung des Ankara-Abkommens.
Sept. 1986	Das Treffen des türkisch-EG Assoziierungsrats belebt den Assoziierungsprozess wieder.
April 1987	Beitrittsantrag der Türkei zur EG
Dez. 1989	Ablehnung der Vollmitgliedschaft der Türkei durch die Europäische

	Gemeinschaft (EG)
1992	Türkei tritt der Westeuropäischen Union (WEU) als assoziiertes Mitglied bei
1993	Gründung der EU
01. Januar 1996	zum ersten Mal wird zwischen der EU und einem Nichtmitglied der EU die Zollunion eingeführt, seitdem gilt in der Türkei das europäische Wirtschaftsrecht
Dez. 1997	Auf dem Luxemburg-Gipfel weigern sich die EU-Regierungschefs, der Türkei den Kandidatenstatus zuzuerkennen.
Dez. 1999	Der Helsinki-Gipfel billigt den Kandidatenstatus der Türkei.
März 2001	Ministerrat billigt Assoziierungspartnerschaft zwischen der EU und der Türkei. Die türkische Regierung billigt das Nationale Programm der Türkei zur Annahme von EU-Gesetzgebung.
Sept. 2001	Das türkische Parlament billigt über 30 Verfassungsänderungen, um das politische Kriterium der Kopenhagen-Kriterien für eine EU-Mitgliedschaft zu erfüllen.
28./29 August 2002	Bericht der EU-Kommission bescheinigt der Türkei Fortschritte im Hinblick auf die

	EU-Angleichung
13. Dez. 2002	Der Kopenhagen-Gipfel beschließt, dass die EU Beitrittsverhandlungen mit der Türkei eröffnet werden, wenn der Europäische Rat im Dezember 2004, auf Grundlage eines Berichts und einer Empfehlung von der Kommission, entscheidet, dass die Türkei die politischen Kopenhagen-Kriterien erfüllt. Währenddessen einigen sich die EU-Spitzenpolitiker darauf, die Zusammenarbeit bei der Zollunion zu erweitern und zu vertiefen sowie die Türkei mit erhöhten Finanzhilfen in Hinblick auf einen möglichen Beitritt auszustatten.
Mai 2003	Ministerrat entscheidet über die Prinzipien, Prioritäten, mittelfristigen Ziele und Bedingungen einer Assoziierungspartnerschaft mit der Türkei.
Jan. 2004	Die Türkei unterzeichnet ein Protokoll, das die Todesstrafe in allen Situationen abschafft. Der Schritt wird von der EU begrüßt.
März 2004	Der Europäische Rat empfiehlt das Beenden des Monitoring der Türkei.

17. Dezember 2004	Staats- und Regierungschefs der EU in Brüssel entscheiden, dass ab dem 03. Oktober 2005 Verhandlungen mit der Türkei über den EU-Beitritt aufgenommen werden
1. Juni 2005	Das im September 2004 angenommene überarbeitete Strafgesetzbuch tritt in Kraft.
17. Juni 2005	Der Rat betont noch einmal das Bestreben der EU, mit dem Erweiterungsprozess fortzufahren.
03. Oktober 2005	Alle 25 europäische Außenminister in Luxemburg einigen sich auf einen gemeinsamen Rahmentext für die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Danach ist gemeinsames Ziel der Verhandlungen die Vollmitgliedschaft. Am Ende der Beitrittsverhandlungen soll jedoch nicht nur geprüft werden, ob die Türkei die Beitrittskriterien erfüllt, sondern auch ob die Europäische Union deren Aufnahme wirtschaftlich und politisch verkraften kann.
23. Jan. 2006	Der Rat beschließt die Grundsätze, Prioritäten und Bedingungen der Beitrittspartnerschaft mit der Türkei.
12. Juni 2006	EU beginnt konkrete Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Der Verhandlungsrahmen nennt 35 Kapitel.

	Jedes Kapitel muss vom Rat einstimmig geöffnet und geschlossen werden.
12.-27. Juli 2006	Ein Gerichtsurteil über 'Türkentum' im Fall von Hrant Dink schickt ein zweideutiges Signal an die EU und ruft Besorgnis über Meinungsfreiheit in der Türkei hervor.
4. Sept. 2006	Das Europäische Parlament nimmt einen Bericht über die Fortschritte der türkischen Beitrittsvorbereitungen. Laut Bericht hat die Türkei mangelnde Fortschritte in den Bereichen Meinungsfreiheit, Minderheitenrechte, Korruption und Gewalt gegen Frauen gemacht.
11. Dez. 2006	Die EU-Außenminister beschließen, den Empfehlungen der Kommission zu folgen und setzen Gespräche mit der Türkei über acht der 35 Verhandlungsbereiche aus.
10. Januar 2007	Staatspräsident Abdullah Gül, Staatsminister Ali Babacan und alle Vertreter der zuständigen Ministerien kommen zusammen, um einen eigenen, von der EU unabhängigen, Reformplan zur Erfüllung Beitrittskriterien zu erfüllen. Laut diesem Plan sollen die Kapitel bis 2013 abgeschlossen sein.
April 2008	Im Zuge des Türkei-Besuches des amtierenden EU-Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso werden einige Reformen verabschiedet

Januar 2009	Egemen Bağış wird zum ersten türkischen Europaminister ernannt, der die Beitrittsverhandlungen leitet.
12. Sept. 2010	Regierende AK-Partei gewinnt entscheidendes Referendum am 30. Jahrestag des Putsches im Jahr 1980, das große Verfassungsänderungen mit sich bringt, insbesondere für die Justiz. Hauptoppositionspartei CHP hat sich gegen die vorgeschlagenen Änderungen eingesetzt.

Tabelle 9: Quellen: www.td-ihk.de/www.euractiv.com/homepage.univie.ac.at